



Jahresbericht 2011

Mehrwert schaffen in neuem Umfeld

Leistung aus Leidenschaft



Mehrwert schaffen in neuem Umfeld

Es gehört zu unserem Selbstverständnis, erfolgreich zu sein, sich ambitionierte Ziele zu setzen und Mehrwert zu schaffen: für unsere Aktionäre, unsere Kunden, unsere Mitarbeiter und – als guter Unternehmensbürger – auch für die Gesellschaft.

Die Deutsche Bank ist global aktiv und übernimmt Verantwortung für ihre Partner. Das gilt in guten wie in schlechten Zeiten und selbst bei massiv veränderten Rahmenbedingungen: heute charakterisiert durch regulatorisch verringerte Handlungsspielräume sowie durch Finanz- und Wirtschaftskrisen einerseits, durch prosperierende Schwellenländer und einen starken Heimatmarkt Deutschland andererseits. Morgen bestimmt durch neue Herausforderungen, die nicht ausbleiben werden.

Um dieser Aufgabe jetzt und zukünftig gerecht zu werden, haben wir unser Geschäftsmodell grundlegend angepasst. Ein höheres Eigenkapital bei größerer Liquidität und flacherem Risikoprofil ist die solide Basis für mehr Stabilität und damit Vertrauen. Vertrauen, das unabdingbar ist, um nachhaltig Mehrwert zu schaffen.

Über unser Jahresthema „Mehrwert schaffen in neuem Umfeld“ sprachen wir mit unserer Aktionärin Dr. June Rin, Singapur (Seite 20/21); unserer Kundin Margarethe Weidner, Regensburg (Seite 34/35); unserem Mitarbeiter Abdullah Aldawood, Deutsche Securities Saudi Arabia LLC, Riad (Seite 58/59); und Ben Hecht, President&CEO, Living Cities, New York (Seite 64/65).

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode¹

Aktienkurs höchst¹

Aktienkurs tiefst¹

Ergebnis je Aktie (unverwässert)²

Ergebnis je Aktie (verwässert)²

Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio²

Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio²

Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)³

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Aufwand-Ertrag-Relation

Personalaufwandsquote

Sachaufwandsquote

	2011	2010
29,44 €	39,10 €	
48,70 €	55,11 €	
20,79 €	35,93 €	
4,45 €	3,07 €	
4,30 €	2,92 €	
928	753	
957	791	
8,2%	5,5%	
10,2%	9,5%	
10,3%	9,6%	
58,11 €	52,38 €	
78,2%	81,6%	
39,5%	44,4%	
38,7%	37,3%	

in Mio €

Erträge insgesamt

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt

Ergebnis vor Steuern

Jahresüberschuss

	2011	2010
33 228	28 567	
1 839	1 274	
25 999	23 318	
5 390	3 975	
4 326	2 330	

in Mrd €

Bilanzsumme

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital

Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente⁴

Tier-1-Kapitalquote⁴

	31.12.2011	31.12.2010
2 164	1 906	
53,4	48,8	
9,5%	8,7%	
12,9%	12,3%	

Anzahl

Niederlassungen

davon in Deutschland

Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)⁵

davon in Deutschland

	31.12.2011	31.12.2010
3 078	3 083	
2 039	2 087	
100 996	102 062	
47 323	49 265	

Langfristige Bonitätseinstufung

Moody's Investors Service

Standard & Poor's

Fitch Ratings

	31.12.2011	31.12.2010
Aa3	Aa3	
A+	A+	
A+	AA-	

¹Zu Vergleichszwecken wurde der Aktienkurs für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegebenen Bezugsrechte zu berücksichtigen.

²Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (verwässert und unverwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

³Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2011: 50 547 Mio €; 2010: 41 712 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen Gewinne/Verluste in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung, alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2011: minus 519 Mio €; 2010: minus 102 Mio €), sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2011: 617 Mio €; 2010: 461 Mio €). Die angewandten Steuersätze bei der Berechnung des Durchschnittlichen Active Equity basieren auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz.

⁴Kapitalquoten per 31. Dezember 2011 basieren auf Basel 2.5 Regeln; vorherige Perioden basieren auf Basel 2. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

⁵Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an.

Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Die Deutsche Bank-Aktie

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2011

Gesamtrendite (Total Return) ¹ im Jahresverlauf	-23,34%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra) ¹	5,48%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag ²	8,8 Mio Aktien
Aktienkurs höchst	48,70 €
Aktienkurs tiefst	20,79 €
Dividende je Aktie (für 2011 vorgeschlagen)	0,75 €

Per 31.12.2011

Ausgegebene Aktien	929 499 640
Ausstehende Aktien	904 610 641
Grundkapital	2 379 519 078,40 €
Marktkapitalisierung	27,36 Mrd €
Aktienkurs ³	29,44 €
Gewicht im DAX	5,19 %
Gewicht im STOXX 50	1,11 %

Wertpapierkennung

Deutsche Börse	New York Stock Exchange	
Emissionsart	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	US-\$
WKN	514000	DB
ISIN	DE0005140008	D 18190998
Reuters	DBKGn.DE	DBK GR

¹Auf der Basis von Xetra

²Orderbuchstatistik (Xetra)

³Xetra-Schlusskurs

Brief des Vorstandsvorsitzenden – 02
Group Executive Committee – 08
Bericht des Aufsichtsrats – 10
Aufsichtsrat – 18

01 – Der Deutsche Bank-Konzern

Unternehmensprofil und Überblick – 23
Stabilität in schwieriger Zeit
Corporate Governance – 27
Fundament für nachhaltigen Erfolg
Im Interesse unserer Partner – 29
Unternehmertum für Aktionäre,
Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft

02 – Zielgruppen

Aktionäre – 37
Staatsschuldenkrise belastet Aktienmärkte
Kunden – Corporate & Investment Bank – 41
Solide Leistung in schwierigem Umfeld
Kunden – Private Clients and Asset Management – 46
Höhere Erträge und Gewinne
Kunden – Corporate Investments – 51
Weitere nicht zum Kerngeschäft gehörende
Aktiva übernommen
Kunden – Zentrale Infrastruktur – 52
Instrument des Vorstands zur Konzernführung
Mitarbeiter – 53
Stabilität auf hohem Niveau
Gesellschaft – 56
Verantwortung übernehmen

03 – Konzernabschluss/Auszüge

Gewinn-und-Verlust-Rechnung – 61
Bilanz – 62
Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 63

04 – Weitere Informationen

Glossar – 67
Impressum/Publikationen – 71
Wichtige Termine – 72

Sehr geehrte Aktionäre und Elektoren,



Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands und des
Group Executive Committee

für die Weltwirtschaft war 2011 erneut ein sehr schwieriges Jahr. In Europa haben die hohe Verschuldung einiger Staaten und die drohende Ansteckung von weiteren Ländern das Vertrauen der Marktteilnehmer erheblich beschädigt. Regierungen und Zentralbanken griffen mit umfassenden Maßnahmen ein, um das Finanzsystem zu stabilisieren. In den Vereinigten Staaten schwächte sich die Wirtschaftsdynamik ab und die AAA-Bestnote für die Länderbonität wurde herabgestuft. Die Märkte begannen an der Fähigkeit der US-Regierung zu zweifeln, ihre Schuldenlast zu reduzieren. In Bezug auf Asien löste die Sorge vor potenziellen Vermögensblasen in China Befürchtungen eines konjunkturellen Abschwungs aus. Angesicht dieses sich stark verschlechternden Wirtschaftsumfelds kam es auf den internationalen Finanzmärkten zu heftigen Schwankungen, Liquiditätsengpässen und einer Risikoaversion der Anleger, wie wir sie unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers beobachtet hatten.

Diese widrigen Rahmenbedingungen haben sich natürlich auf den Gewinn der Deutschen Bank und ihren Aktienkurs ausgewirkt, obwohl wir bei beiden Kennzahlen besser abschneiden als viele unserer Wettbewerber. Das Ergebnis 2011 belegt unsere Widerstandsfähigkeit und Ertragskraft auch bei schwierigen Verhältnissen sowie die Stärke unseres Kundengeschäfts.

Der Konzerngewinn nach Steuern belief sich 2011 auf 4,3 Mrd €, ein Anstieg von 2,3 Mrd € gegenüber 2010. Der Vorsteuergewinn stieg im gleichen Zeitraum von 4,0 Mrd € auf 5,4 Mrd €. In unseren operativen Geschäftsfeldern Corporate & Investment Bank (CIB) und Private Clients and Asset Management (PCAM) erwirtschafteten wir einen Vorsteuergewinn von 6,6 Mrd €. Darin enthalten sind Sonderbelastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland. Ohne diese Negativeffekte hätte der Gewinn aus beiden Bereichen bei insgesamt fast 8 Mrd € gelegen. Gleichzeitig verbesserten wir unsere Tier-1-Kapitalquote und Tier-1-Kernkapitalquote, obwohl unsere risikogewichteten Aktiva vor allem wegen der erstmals angewandten Eigenkapitalstandards Basel 2.5 gestiegen sind. Wir haben unsere Liquiditätsreserven auf ihr bisher höchstes Niveau aufgestockt und unsere Refinanzierung qualitativ wie quantitativ weiter verbessert. Außerdem haben wir unser Geschäft ausgewogener gestaltet und die Ertragsbasis in PCAM sowie Global Transaction Banking (GTB) verbreitert, um wirkungsvoll unser starkes Investment Banking zu ergänzen.

Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) lag der Vorsteuergewinn bei 2,9 Mrd € nach Berücksichtigung von Sonderbelastungen für Rechtsrisiken und nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland von rund 1 Mrd €. Der Bereich wurde von rückläufigen Marktaktivitäten im zweiten Halbjahr stark beeinträchtigt. Allerdings konnten wir von der 2009 eingeleiteten Neuausrichtung unseres Investment Banking profitieren. Dank der Konzentration auf kundenbezogene Produkte und Dienste gelangen uns Ertragssteigerungen: Im Handel mit Rohstoffen hatten wir ein Rekordjahr und im Geschäft mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten erwirtschafteten wir gute Resultate. Auch die Stärke unserer Kundenbasis wurde deutlich sichtbar: So belegten wir gemäß Greenwich Associates im globalen Anleihegeschäft nach Marktanteilen Platz eins. Ebenfalls auf Rang eins kamen wir bei der Euromoney-Umfrage im globalen Devisengeschäft, und die Fachzeitschrift International Financing Review kürte uns zum „Best Bond House of the Year“. Gleichzeitig haben wir durch die engere Verzahnung unserer Geschäftsaktivitäten im Investment Banking Kosten einsparungen auf Jahresbasis von 500 Mio € realisiert. Außerdem konnte CB&S den erhöhten Kapitalanforderungen für Marktrisiken nach Basel 2.5 durch einen Abbau von Risikoaktiva gezielt entgegenwirken.

In PCAM – mit den Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management (AWM) sowie Private & Business Clients (PBC) – und in GTB erreichten wir in der Summe 2011 ein neues Rekordergebnis. Der addierte Vorsteuergewinn stieg hier im Vergleich zum Vorjahr um 78% auf insgesamt 3,7 Mrd € und trug somit mehr als die Hälfte zum Konzernergebnis bei. Die erfreuliche Entwicklung spiegelt unsere erfolgreiche Strategie wider, in diesen Bereichen über Akquisitionen zu wachsen und durch eine disziplinierte Integration die angestrebten Effizienzgewinne auszuschöpfen.

GTB erwirtschaftete einen Rekordgewinn von 1,1 Mrd €, das ist ein Anstieg von 16% gegenüber 2010. Ursächlich hierfür waren vor allem höhere Marktanteile in den Bereichen Cash Management und Trade Finance. Seit Beginn der Finanzkrise 2008 haben sich die Kundeneinlagen in GTB mehr als verdoppelt – ein klarer Vertrauensbeweis für die Deutsche Bank, der durch die Auszeichnung als „Global Bank of the Year for Cash Management“ des Fachmagazins Treasury Management International untermauert wird.

Unsere Unternehmensbereiche in PCAM – AWM und PBC – steigerten ihren Vorsteuergewinn auf insgesamt mehr als das Doppelte: von 1,1 Mrd € 2010 auf 2,5 Mrd € im Berichtsjahr. In AWM lag der Vorsteuergewinn bei 767 Mio €, verglichen mit 210 Mio € im Vorjahr. Dieser Zuwachs resultiert teilweise aus einem Umschwung im Geschäftsbereich Private Wealth Management, der nach einem Verlust von 57 Mio € im Jahr 2010 dank der positiven Entwicklung bei Sal. Oppenheim 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 321 Mio € erzielen konnte.

PBC erwirtschaftete mit 1,8 Mrd € einen Vorsteuergewinn in Rekordhöhe. Dieser Betrag berücksichtigt Belastungen von über 400 Mio € im Zusammenhang mit Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen der Postbank sowie weitere Kosten zu deren Integration. Der Rekordgewinn ist zum einen der immer engeren Kooperation mit der Postbank zu verdanken, bei der alle Projekte voll im Zeitplan liegen oder ihm sogar voraus sind. Zum anderen machten sich die Umsetzung von Effizienzsteigerungsmaßnahmen und ein konsequentes Risikomanagement positiv bemerkbar.

Unsere Kapitalquoten waren zum Jahresende 2011 so hoch wie noch nie. Die Tier-1-Kapitalquote verbesserte sich im Jahresverlauf von 12,3% auf 12,9%, die wichtigere Tier-1-Kernkapitalquote stieg im gleichen Zeitraum von 8,7% auf 9,5%. Damit haben wir die Anforderungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde deutlich und vorzeitig übertroffen. Unsere Liquiditätsreserven legten 2011 um 69 Mrd € auf 219 Mrd € zu und erreichten ebenfalls einen neuen Rekordstand. Sie setzen sich überwiegend aus baren und barähnlichen Zahlungsmitteln sowie hochliquiden Wertpapieren zusammen. Die Deutsche Bank ist damit besser als jemals zuvor für Zeiten knapper Liquidität gerüstet.

Es gibt vieles im Hinblick auf unser Ergebnis 2011, worauf wir stolz sein können. Ich bin nicht nur stolz auf das, was wir erreicht haben, sondern auch darauf, wie wir es geschafft haben. Die Finanzkrise hat die Rolle von Banken in der Gesellschaft verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Die Deutsche Bank nimmt ihre Verantwortung als Unternehmensbürger sehr ernst. Wir sind fest davon überzeugt: Der beste Weg, dauerhaften Wert für unsere Aktionäre zu schaffen, ist es, sich für alle unsere Stakeholder partnerschaftlich zu engagieren. Das haben wir 2011 bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen.

So macht die Integration der Postbank weiterhin gute Fortschritte – nicht nur aus finanzieller Sicht. Das zeigt sich auch in den konstruktiven Gesprächen und getroffenen Vereinbarungen mit den beteiligten Mitarbeitervertretern. In unserem Heimatmarkt Deutschland haben wir 2011 das Kreditvolumen um 7% erhöht, obwohl wir zugleich unser Kapital erhöhen und die Risiken senken müssen. Zudem haben wir bei der Vergütung Disziplin bewiesen. Der Bonuspool wurde 2011 um 17% reduziert und die Vergütung noch enger mit den langfristigen Interessen unserer Aktionäre verknüpft, indem ein größerer Teil aufgeschoben gewährt und über mehrere Jahre gestreckt wird.

Häufig heißt es, Banken lebten in einer Parallelwelt und stifteten keinen Nutzen für die Realwirtschaft, das Gemeinwesen und die Menschen generell. In der Deutschen Bank nehmen wir diese Kritik sehr ernst. Sie gefährdet das Grundvertrauen in die Banken und ist deshalb von weitreichender Bedeutung für unser Geschäft. Denn keine Branche ist mehr auf Vertrauen angewiesen als der Finanzsektor. Eine derartige öffentliche Wahrnehmung kann auch dazu führen, dass Regierungen und Aufsichtsbehörden immer restriktivere und möglicherweise schädliche Vorschriften erlassen. Für mich ist klar: Wir können nur dann nachhaltig erfolgreich sein und bleiben, wenn uns die Menschen vertrauen. Dieses Vertrauen müssen wir uns jeden Tag aufs Neue verdienen, indem wir verantwortungsbewusst handeln.

Mit Blick auf den weiteren Jahresverlauf 2012 bleiben die Aussichten für die Weltwirtschaft unsicher. In den Vereinigten Staaten haben sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Beschleunigung gefestigt. Der chinesischen Wirtschaft scheint nur eine leichte Konjunkturabschwächung bevorzustehen. In der Eurozone haben sich Regierungen, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden entschlossen gezeigt, die Schuldenkrise zu lösen. Die europäischen Staatsführer haben sich auch der außerordentlich wichtigen Aufgabe gestellt, die unerlässliche fiskalpolitische Harmonisierung in der Währungsunion voranzutreiben. Wir begrüßen diese konstruktiven Entwicklungen, sehen jedoch weiterhin beträchtliche Risiken in unserem Umfeld – seien sie wirtschaftlicher, politischer oder gesellschaftlicher Natur.

Insgesamt ist die Deutsche Bank hervorragend ausgestattet, um kommende Herausforderungen zu meistern und Chancen zu nutzen. Wir haben 2011 unsere Kapital-, Liquiditäts- und Finanzierungsposition gestärkt und uns angesichts unsicherer Märkte und strengerer aufsichtsrechtlicher Vorgaben einen Puffer verschafft. Wir haben den Übergang zu einem ausgeglicheneren und diversifizierteren Geschäftsmodell mit niedrigeren Risiken auf den Weg gebracht. Und wir konnten unsere Marktstellung im Privatkundengeschäft auf dem deutschen Heimatmarkt deutlich verstärken. Gleichzeitig haben wir unser Geschäft im Investment Banking mit Firmen und institutionellen Kunden weiter ausgebaut. Damit sind wir insgesamt sehr gut aufgestellt, um in unserem Kerngeschäft in einem wieder stabileren Umfeld Marktanteile zu gewinnen und profitabel zu wachsen. Das Grundprinzip unseres Handelns, von dem wir uns auch in Zukunft leiten lassen, bleibt unverändert: nachhaltigen Wert zu schaffen – für unsere Kunden, unsere Mitarbeiter, die Gesellschaft, in der wir tätig sind, und für Sie, unsere Aktionäre.

Ich danke Ihnen für Ihre Loyalität und Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands und
des Group Executive Committee

Frankfurt am Main, im März 2012

Group Executive Committee

1 Dr. Josef Ackermann, *1948

Vorstandsmitglied seit 1996.
Vorsitzender des Vorstands und des Group Executive Committee, verantwortlich für Asset and Wealth Management, Corporate Investments, Kommunikation & Gesellschaftliche Verantwortung, Volkswirtschaftliche Abteilung/DB Research und Revision.

2 Kevin Parker, *1959

Head of Asset Management.

3 Anshuman Jain, *1963

Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of the Corporate & Investment Bank.

4 Hermann-Josef Lamberti, *1956

Vorstandsmitglied seit 1999.
Chief Operating Officer, verantwortlich für Personal, Informationstechnologie, Operations und Prozessmanagement, Gebäude- und Flächenmanagement sowie Einkauf.

5 Stefan Krause, *1962

Vorstandsmitglied seit 2008.
Chief Financial Officer, verantwortlich für Finanzen, Steuern, Corporate Insurance, Investor Relations und Abteilung für Konzernentwicklung (AfK).

6 Werner Steinmüller, *1954

Head of Global Transaction Banking.

7 Jürgen Fitschen, *1948

Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Regional Management weltweit.
Vorsitzender des Management Committee Deutschland.

8 Seth Waugh, *1958

Chief Executive Officer
Deutsche Bank Americas.

9 Rainer Neske, *1964

Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Private & Business Clients.

10 Robert Rankin, *1963

Chief Executive Officer
Deutsche Bank Asia-Pacific (ex Japan).

11 Pierre de Weck, *1950

Head of Private Wealth Management.

12 Dr. Hugo Bänziger, *1956

Vorstandsmitglied seit 2006.
Chief Risk Officer, verantwortlich für Risikomanagement, Recht, Compliance, Unternehmenssicherheit, Treasury und Corporate Governance.



Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Das wirtschaftliche Umfeld im Jahr 2011 war geprägt von der Staatsschuldenkrise im Euroraum. Die hiermit verbundenen Spannungen an den Finanzmärkten führten in der zweiten Jahreshälfte zu einer deutlichen Verlangsamung der globalen Konjunktur. In unserem Heimatmarkt Deutschland war die konjunkturelle Entwicklung robust, jedoch verlor die deutsche Wirtschaft aufgrund der weltwirtschaftlichen Abkühlung zum Jahresende an Schwung.

Die Deutsche Bank verfolgte im Jahr 2011 die Umsetzung ihrer Strategie konsequent weiter. Durch die weitergehende Integration des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank sowie von Sal. Oppenheim und der Postbank wurden die Geschäftsbereiche Privat- und Geschäftskunden, Private Wealth Management und Global Transaction Banking ausgebaut. Hierdurch wurde die zweite Ertragssäule neben dem Investment Banking gestärkt. Im Investment Banking führte die Neuausrichtung zu einer deutlichen Verbesserung des Risikoprofils der Deutschen Bank.

Die Stärkung der Kapitalkraft der Deutschen Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat unverändert eine hohe Priorität. In einem herausfordernden Marktumfeld hat die Deutsche Bank ihre Tier-1-Kernkapitalquote auf 9,5% erhöht und ihre Liquiditätsreserven ausgebaut. Bei unserem diesjährigen Dividendenvorschlag haben wir die höheren Kapitalanforderungen aufgrund regulatorischer Vorgaben berücksichtigt, die sich insbesondere im Hinblick auf Basel 2.5 und Basel 3 sowie die Vorgaben der European Banking Authority ergeben. Darüber hinaus wird die weitere Integration der Akquisitionen die Deutsche Bank weiterhin vor große Herausforderungen stellen. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Wie in den Vorjahren befassten wir uns auch im Jahr 2011 mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen. Im Berichtsjahr behandelten wir eingehend die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagementsystem, die Planung und das interne Kontrollsyste. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie der Bank und deren Umsetzung. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2011 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

In der ersten Sitzung des Jahres am 2. Februar 2011 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung im vierten Quartal 2010 und im Geschäftsjahr 2010 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2010 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2011 bis 2013 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Herr Neske gab einen Fortschrittsbericht zur Integration der Deutschen Postbank AG. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen wir Anpassungen in der Geschäftsordnung für den Vorstand einschließlich des Geschäftsverteilungsplans. Wir beschlossen, dass Herr Dr. Börsig und Herr Dr. Eick im Geschäftsbericht als Finanzexperten nach deutschem und US-amerikanischem Recht benannt werden, und stellten fest, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses weiterhin unabhängig sind. Außerdem beschlossen wir eine Anpassung der Vorstandsverträge an neue regulatorische Vorgaben, erörterten die Bemessungsgrundlagen der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 und legten anschließend die Vorstandsvergütung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Präsidialausschusses und unter Einbindung externer, unabhängiger Rechts- und Vergütungsberater fest.

In der Bilanzsitzung am 11. März 2011 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2010. Außerdem wurden der Compliance- und Antigeldwäschiebericht sowie der Vergütungsbericht nach der Instituts-Vergütungsverordnung für das Jahr 2010 erörtert. Wir stimmten der Veräußerung der Immobilie Taunusanlage 12 in Frankfurt am Main an einen geschlossenen Immobilienfonds der DWS mit gleichzeitiger Rückmietung durch die Bank zu. Uns wurden Veränderungen in den Regional Advisory Boards und den Bezirksbeiräten in Deutschland vorgestellt und wir verabschiedeten die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2011.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung behandelten wir deren Ablauf und die angekündigten Gegenanträge sowie den Stand der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen der Jahre 2004 bis 2010. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst.

In einer außerordentlichen Sitzung am 25. Juli 2011 verlängerten wir auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vorstandsbestellungen der Herren Fitschen, Jain und Neske und beschlossen, die Herren Fitschen und Jain mit Wirkung vom Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012 an zu Co-Vorstandsvorsitzenden zu ernennen. Der Niederlegung der Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann zum gleichen Zeitpunkt stimmten wir zu. Herr Dr. Börsig teilte dem Aufsichtsrat mit, dass er sein Mandat als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats mit Ablauf der Hauptversammlung 2012 niederlegen wird.

In der Sitzung am 26. Juli 2011 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2011 sowie das Risikoprofil und befassten uns mit der Neuaustrichtung des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank (CIB). Herr Dr. Ackermann berichtete uns über die Ergebnisse des Stresstests der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) und wir erhielten Sachstandsberichte zur Integration der Postbank, zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten sowie zum Kapital- und Liquiditätsmanagement der Bank. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses stimmten wir der Auszahlung einer Versorgungszusage an Herrn Cohrs zu und wählten, jeweils mit Wirkung vom 1. August 2011, Herrn Dr. Siegert zum Mitglied des Prüfungsausschusses und Frau Labarge zum Mitglied des Risikoausschusses. Darüber hinaus überprüften wir den Zustimmungskatalog des Aufsichtsrats nach § 13 der Satzung.

In der letzten Sitzung des Jahres am 25. Oktober 2011 wurden wir vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal und über aktuelle Entwicklungen in Bezug auf die IT-Infrastruktur der Bank unterrichtet. Wir erörterten ausführlich mit dem Vorstand die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen, die Umstrukturierung europäischer Tochtergesellschaften der Bank sowie den Personalbericht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum fünf Mal. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen an die Vorstandsvergütung und sich hieraus ergebenden Erfordernissen zur Anpassung der Vorstandsverträge sowie mit der Vorbereitung der Festlegung der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 durch den Aufsichtsrat. Der Ausschuss behandelte darüber hinaus Fragen zur Besetzung der Ausschüsse des Aufsichtsrats und zur Verlängerung der Vorstandsbestellungen der Herren Fitschen, Jain und Neske. Intensiv befasste er sich mit der Nachfolge von Herrn Dr. Ackermann und erarbeitete einen entsprechenden Vorschlag an den Aufsichtsrat. Erforderliche Anpassungen in der Geschäftsordnung sowie im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand wurden ebenso erörtert wie der Vergütungsbericht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen stimmte der Präsidialausschuss zu.

Der Risikoausschuss behandelte in sechs Sitzungen insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Ausführlich erörterte er die Risikosituation und -vorsorge, die Kapitalausstattung der Bank, die Risikomanagementsysteme sowie Effekte der im Vorjahr getätigten Akquisition der Postbank auf das Risikoprofil der Bank. Ein weiteres Augenmerk lag auf den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, der europäischen Staatsschuldenkrise sowie den politischen Veränderungen in einigen Ländern des Mittleren Ostens/Nordafrikas wie auch ihren Auswirkungen auf die Bank und ihre Risikopositionen. Neben der Entwicklung wesentlicher Rechtsrisiken in einzelnen Geschäftsbereichen und Regionen sowie der Minimierung von Betrugsrisken wurden auch die Auswirkungen von Änderungen aufsichtsrechtlicher Regelungen auf die Bank und deren Risikopositionen eingehend behandelt. Des Weiteren standen die Entwicklung der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank, die Risikotragfähigkeit, der Stress-Test der European Banking Authority sowie deren neue, industrie-weite Anforderungen an das Eigenkapital im Mittelpunkt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und ausführlich besprochen sowie die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank diskutiert und – sofern erforderlich – genehmigt.

Der Prüfungsausschuss tagte im Jahr 2011 sechs Mal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2010, die Zwischenberichte sowie die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2011, erteilte den Prüfungsauftrag, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Eigene Prüfungs-schwerpunkte legte er für 2011 nicht fest, da die BaFin von ihrem Recht Gebrauch gemacht hatte, umfangreiche Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG festzulegen. Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung über-wacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsaus-schuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfver-fahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2010, Maßnahmen zur Bereinigung der Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Absatz 3 Aktiengesetz, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den von der BaFin nach § 30 KWG festgelegten Prüfungsschwerpunkten.

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2011 zwei Mal und behandelte dabei Nachfolgefragen im Aufsichtsrat.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2011 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2011 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil. Die durchschnittliche Präsenz lag über 95%.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat und der Präsidialausschuss befassten sich in ihren Sitzungen am 25. Mai 2011 mit den Anregungen und Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und nahmen jeweils zur Kenntnis, dass die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in ihrer Plenumssitzung am 4. Mai 2011 keine Änderungen am Kodex vorgenommen hatte.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit der Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss, zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 einen unabhängigen Vergütungsberater sowie einen externen Rechtsanwalt zur Überprüfung der Übereinstimmung mit den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu mandatieren.

Wir haben in der Sitzung am 1. Februar 2012 festgestellt, dass dem Aufsichtsrat eine nach unserer Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem haben wir festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß den Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zu Section 407 des Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten im Prüfungsausschuss wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Absatz 4 und 100 Absatz 5 AktG Herr Dr. Börsig, Herr Dr. Eick sowie Herr Dr. Siegert, der seit 1. August 2011 Mitglied des Prüfungsausschusses ist, benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 27. Oktober 2010 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 25. Oktober 2011 erneuert. Die Deutsche Bank entspricht den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit einer Ausnahme. Diese wurde vorsorglich aufgrund eines nicht rechtskräftigen Urteils des OLG Frankfurt vom 5. Juli 2011, das die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, aufgenommen. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung vom 25. Oktober 2011 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Finanzbericht 2011 auf den Seiten 411ff. und auf der Homepage der Bank im Internet unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Die im Jahr 2011 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder, Frau Garrett-Cox und Frau Voigt, erhielten auf den individuellen Kenntnisstand zugeschnittene Einführungen und umfangreiche Unterlagen. Außerdem nahmen Mitglieder des Aufsichtsrats an externen Fortbildungsmaßnahmen teil. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Rahmen eines Workshops im Februar 2011 durch einen externen Rechtsanwalt über die rechtlichen Grundlagen der Aufsichtsratstätigkeit informiert. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erörterten mit Mitarbeitern der Finance-Abteilung und des Abschlussprüfers neue Vorschriften zur Rechnungslegung und zur Bilanzierung sowie mit einem externen Rechtsanwalt die Überwachungsanforderungen an den Aufsichtsrat gemäß § 107 Absatz 3 Satz 2 Aktiengesetz. Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert. Darüber hinaus wird im April 2012 ein internes Seminar, das von einem externen Hochschullehrer geleitet wird, zu den Themen Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse, Risikomanagement sowie Funktionen und Verantwortung von Aufsichtsräten durchgeführt werden.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Im Zusammenhang mit der am 21. Dezember 2010 bekannt gegebenen Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und dem US-Justizministerium über den Verzicht auf Strafverfolgung im Zusammenhang mit steuerbezogenen Kundengeschäften hat die Bank ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das auch eine Prüfung möglicher Regressansprüche gegen ehemalige Vorstandsmitglieder zum Gegenstand hatte. Dieses Gutachten wurde in den Sitzungen des Präsidialausschusses und des Aufsichtsrats am 25. Mai 2011 behandelt. Es verneint Ansprüche gegen aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder. An den Diskussionen und Abstimmungen hinsichtlich möglicher Regressansprüche hat Herr Dr. Börsig nicht teilgenommen, da der Vorgang in seine Zeit als Mitglied des Vorstands zurückreicht.

Frau Ruck war bis Ende 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Sie hat sich bei dem nach § 32 Mitbestimmungsgesetz erforderlichen Beschluss des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG für das Geschäftsjahr 2010 enthalten.

Rechtsstreitigkeiten

Wir haben uns wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Hierzu zählen unter anderem die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 sowie die Verfahren Dr. Kirch, beziehungsweise dessen Rechtsnachfolgerin, und KGL Pool GmbH gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie detailliert im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2011 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2011 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese wurde durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt. Nachdem das Landgericht Frankfurt am Main in erster Instanz aufgrund einer Anfechtungsklage die Bestellung für nichtig erklärt hatte, hat das Amtsgericht Frankfurt am Main am 22. Februar 2012 auf Antrag der Bank in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss die KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gerichtlich zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestellt. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses haben wir dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers und der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Diskussion zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Im Jahr 2011 gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 schied Sir Peter Job aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank aus. Als Nachfolgerin wurde Frau Katherine Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Peter Kazmierczak hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 25. Oktober 2011 niedergelegt. Als seine Nachfolgerin wurde am 30. November 2011 Frau Renate Voigt für den Rest seiner Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats gerichtlich bestellt.

Wir danken den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre.

In unserer heutigen Sitzung am 16. März haben wir die Herren Dr. Stephan Leithner, Stuart Wilson Lewis und Henry Ritchotte, jeweils mit Wirkung zum 1. Juni 2012, für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Dr. Leithner ist seit dem Jahr 2000 bei der Deutschen Bank und ist seit 2010 Co-Head of Investment Banking Coverage & Advisory. Herr Lewis kam im Jahr 1996 zur Deutschen Bank und ist seit 2010 Deputy Chief Risk Officer. Herr Ritchotte ist seit dem Jahr 1995 bei der Deutschen Bank und ist seit 2010 Chief Operating Officer des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank. Mit Ablauf des 31. Mai 2012 scheiden Herr Dr. Bänziger und Herr Lamberti aus dem Vorstand aus und verlassen die Bank. Herr Dr. Ackermann wird mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 aus dem Vorstand der Bank, dessen Vorsitzender er seit 2002 ist, ausscheiden.

Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender

Frankfurt am Main, den 16. März 2012

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*
Stellvertretende Vorsitzende,
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick
KGE Asset Management Consulting Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
seit 26. Mai 2011,
Chief Executive Officer Alliance Trust PLC,
Brechin, Angus

Alfred Herling*
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*
Stellvertretender Vorsitzender ver.di
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
bis 31. Oktober 2011,
Hamburg

Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011,
London

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Peter Kazmierczak*
bis 25. Oktober 2011,
Deutsche Bank AG,
Herne

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Toronto

Maurice Lévy
Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert
Geschäftsführender Gesellschafter
de Haen-Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer
Persönlich haftender Gesellschafter
Robert Bosch Industrietreuhand KG,
Madrid

Stefan Viertel*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
seit 30. November 2011,
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
Vorsitzender des Aufsichtsrats
E.ON AG seit 5. Mai 2011,
Leverkusen

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

- Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender
- Alfred Herling*
- Karin Ruck*
- Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

- Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender
- Wolfgang Böhr*
- Karin Ruck*
- Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

- Dr. Karl-Gerhard Eick
Vorsitzender
- Dr. Clemens Börsig
- Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011
- Henriette Mark*
- Karin Ruck*
- Dr. Theo Siegert
seit 1. August 2011
- Marlehn Thieme*

Risikoausschuss

- Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender
- Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011
- Prof. Dr. Henning Kagermann
- Suzanne Labarge
bis 31. Juli 2011 Ersatzmitglied
- Dr. Theo Siegert
Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

- Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender
- Tilman Todenhöfer
- Werner Wenning



Dr. June Rin Singapur

Als langjährige Aktionärin der Deutschen Bank bleibe ich dem Unternehmen treu, auch wenn das Umfeld schwierig ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass früher oder später wieder bessere Zeiten anbrechen und meine Deutsche Bank-Aktien steigen werden.

Dr. June Rin,
Singapur



01 -

Der Deutsche Bank-Konzern

Unternehmensprofil und Überblick – 23

Stabilität in schwieriger Zeit

Corporate Governance – 27

Fundament für nachhaltigen Erfolg

Im Interesse unserer Partner – 29

Unternehmertum für Aktionäre, Kunden,
Mitarbeiter und die Gesellschaft

Unternehmensprofil und Überblick

Stabilität in schwieriger Zeit

Die Deutsche Bank ist eine führende globale Investmentbank mit einem bedeutenden und wachsenden Privatkundengeschäft. Das Synergiepotenzial dieser beiden sich gegenseitig verstärkenden Geschäftsfelder voll auszuschöpfen hat für uns eine strategisch hohe Priorität. Basierend auf einer breiten internationalen Präsenz, sind wir ein Marktführer in Europa und haben eine starke Wettbewerbsposition in Nordamerika sowie in wichtigen Wachstumsmärkten, vor allem in Asien.

Managementstruktur

Die Aufgaben des Vorstands der Deutschen Bank AG umfassen insbesondere die strategische Steuerung, Ressourcenallokation, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung sowie das Risikomanagement und die Kontrolle des Konzerns. Der Vorstand nimmt seine Führungs- und Aufsichtsfunktion, in der ihn die zentrale Infrastruktur und ihm zugeordnete Stabs- und Serviceabteilungen unterstützen, auch über von ihm geleitete funktionale Gremien wahr.

Das Group Executive Committee (GEC) besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den nicht zum Vorstand gehörenden Leitern der Kerngeschäftsfelder und der Region Americas. Zum 1. Januar 2011 wurde der Leiter der asiatisch-pazifischen Region (ohne Japan) in das Gremium berufen. Das unterstreicht die große Bedeutung dieses Wirtschaftsraums für unser künftiges Wachstum. In regelmäßigen Sitzungen analysiert das GEC die Entwicklung der Märkte, diskutiert die Lage der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische und Wettbewerbsfragen und erarbeitet Empfehlungen zur abschließenden Entscheidung durch den Vorstand.

Den Vorsitz im Vorstand und im GEC hat Josef Ackermann inne. Mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung 2012 wird er aus diesen Positionen ausscheiden und die beiden Mitglieder des Vorstands, Jürgen Fitschen und Anshu Jain, werden zu gleichberechtigten Co-Vorsitzenden des Vorstands und des GEC ernannt.

Managementstruktur



Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate & Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate & Investment Bank

Im Konzernbereich CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft. Wir betreuen Firmenkunden verschiedenster Größe, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Konzernen. Der Konzernbereich CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB). Der Unternehmensbereich CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen (M&A) sowie das übrige Corporate-Finance-Geschäft abdecken. Zum Unternehmensbereich GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Cash Management, Trade Finance sowie Trust & Securities Services für Unternehmen und Finanzdienstleister.

Private Clients and Asset Management

Der Konzernbereich PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

Asset and Wealth Management umfasst die Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). Im Geschäftsbereich AM haben wir das weltweite Fondsgeschäft für Privatkunden unter der Marke DWS Investments zusammengeführt. An institutionelle Kunden einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen bis zu alternativen Anlageformen reicht. Am 22. November 2011 haben wir angekündigt, die globale Aufstellung unseres Geschäftsbereichs AM zu überprüfen. Es ist unsere bewährte Politik, kontinuierlich die Geschäftsstruktur zu optimieren, insbesondere vor dem Hintergrund von Änderungen im regulatorischen wie wettbewerblichen Umfeld und absehbarer Auswirkungen auf Kosten sowie Wachstumsperspektiven. Auf dem Prüfstand steht der gesamte Geschäftsbereich Asset Management weltweit. Ausgenommen ist nur das Geschäft der DWS in Deutschland, im sonstigen Europa und in Asien, das ein Kernbestandteil unseres Privatkundenangebots in diesen Märkten bleibt. Der Geschäftsbereich PWM betreut vermögende und sehr vermögende Privatkunden und Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung einschließlich Beratung bei der Nachfolgeplanung und philanthropischen Engagements gehört.

Der Unternehmensbereich PBC richtet sich an Privatkunden, Selbstständige und kleine bis mittelgroße Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung anbieten. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Wachstumsmärkte China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich Corporate Investments hält unsere globalen Beteiligungen, die nicht zu unserem Kerngeschäft gehören. Dies sind im Wesentlichen unsere verbliebenen Industriebeteiligungen, übrige Kapitalbeteiligungen sowie sonstige Vermögenswerte, die vor allem aus bestimmten Immobilien- und Kreditengagements bestehen.

Unsere Strategie

Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 hat sich die Bankenlandschaft erheblich gewandelt. Insbesondere sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften deutlich verschärft worden. Wir haben frühzeitig erkannt, dass wir unsere Strategie und unser Geschäftsmodell dem veränderten Umfeld anpassen müssen. Mit der im Dezember 2009 beschlossenen Phase 4 unserer Managementagenda tragen wir den neuen Gegebenheiten Rechnung. Darin konzentrieren wir uns auf nachhaltige Profitabilität im Investment Banking durch eine größere Risiko- und Bilanzdisziplin, ein ausgewogeneres Geschäftsmodell, ein beständiges Wachstum unseres Engagements in Asien wie auch eine Neubelebung unserer Leistungskultur.

Die schwelende Staatsschuldenkrise in Europa und drohende Ansteckungseffekte haben 2011 an den Finanzmärkten zu extremer Nervosität und heftigen Schwankungen geführt. Die wirtschaftlichen Aussichten vieler Länder wurden zusehends verhaltener eingeschätzt. In dieser Situation haben wir daran festgehalten, den Abbau von Bilanzrisiken zu forcieren sowie die Ertragsqualität durch eine Verbreiterung der Basis zu steigern. Darüber hinaus räumen wir der weiteren Verbesserung unserer Kapital-, Refinanzierungs- und Liquiditätsposition oberste Priorität ein.

Wir sind zuversichtlich, dass wir auch in dem schwieriger gewordenen Umfeld gut positioniert sind, um nachhaltig erfolgreich zu sein.

Weltweite Präsenz



-
- Regionale Hauptstandorte
 - Hauptstadt des Landes, in dem wir vertreten sind

Corporate Governance

Fundament für nachhaltigen Erfolg

Wirkungsvolle Corporate Governance, die hohen internationalen Standards entspricht, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wesentliche Grundlagen sind vor allem das deutsche Aktiengesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Da unsere Aktie auch an der New Yorker Börse notiert ist, unterliegen wir zudem den betreffenden US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen und Bestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) sowie der New York Stock Exchange.

Durch unsere Corporate Governance stellen wir eine verantwortungsbewusste, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle der Deutschen Bank sicher. Vier Elemente sind dafür kennzeichnend: gute Beziehungen zu den Aktionären, eine effektive Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, ein am langfristigen Erfolg orientiertes Vergütungssystem sowie eine transparente Rechnungslegung in Verbindung mit frühzeitiger Berichterstattung.

Aktionäre

Unsere Aktionäre sind per Gesetz an wichtigen Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, der Verwendung des Bilanzgewinns, der Ermächtigung zur Ausgabe neuer Aktien und wesentlichen Strukturveränderungen beteiligt. Außerdem können sie auch über die Billigung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder ihr Votum abgeben. Die Deutsche Bank hat nur eine einzige Gattung von Aktien, die jeweils eine Stimme verbriefen. Um unseren Aktionären die Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, setzen wir bei der Hauptversammlung neben der Briefwahl auch elektronische Medien ein. Insbesondere können Vollmachten und Weisungen an die Stimmrechtsvertreter der Deutschen Bank via Internet erteilt werden.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und kontrolliert die Konzerngesellschaften. Er sorgt dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen sowie unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden, undachtet auf Vielfalt bei der Besetzung von Führungsfunktionen. Die Mitglieder des Vorstands, die nicht zum Vorstand gehörenden Leiter der Kerngeschäftsfelder sowie der Region Americas und der asiatisch-pazifischen Region (ohne Japan) bilden zusammen das Group Executive Committee. Dieses Gremium analysiert die Entwicklung der Märkte, diskutiert die Lage der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische und Wettbewerbsfragen und erarbeitet Empfehlungen zur abschließenden Entscheidung durch den Vorstand.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Grundlegende Entscheidungen, welche die Bank betreffen, benötigen seine Zustimmung. Er legt die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands fest, bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand langfristig deren Nachfolge. Der Aufsichtsrat überprüft die Effizienz seiner Arbeit regelmäßig. Neben dem gesetzlich zu bildenden Vermittlungsausschuss hat der Aufsichtsrat einen Präsidial-, einen Prüfungs-, einen Risiko- sowie einen Nominierungsausschuss eingerichtet.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben achtet der Aufsichtsrat auf eine ausgewogene Zusammensetzung sowie darauf, dass seine Mitglieder insgesamt die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten haben. Ebenso berücksichtigt er den Aspekt der Vielfalt im Vorstand und bei Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat. Angesichts unserer globalen Geschäftsaktivitäten gehört dem Aufsichtsrat eine angemessene Anzahl von Mitgliedern mit langjähriger internationaler Erfahrung an. Außerdem ist in unserem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder vertreten.

Vergütung

Mit dem Vergütungssystem für den Vorstand soll vor allem eine angemessene und nachhaltige Vergütung sichergestellt werden. Maßstab für die variable Vergütung ist der Gesamterfolg der Deutschen Bank unter Berücksichtigung von eingegangenen Risiken; hinzu kommen die Erfolgsbeiträge der jeweiligen Einheiten sowie die individuelle Leistung. Entscheidend für die Bemessung der erfolgsabhängigen Bezüge sind die geplante Eigenkapitalrendite und die relative Aktienrendite der Bank im Verhältnis zu einer ausgewählten Vergleichsgruppe von Wettbewerbern, jeweils im Mehrjahresdurchschnitt. Der überwiegende Teil der variablen Vergütung wird aufgeschoben gewährt und unterliegt bestimmten Verfallsbedingungen. Mindestens 50% der gesamten variablen Vergütung basieren auf der Deutschen Bank-Aktie und sind damit von deren Kursentwicklung nach beiden Seiten abhängig.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder setzt sich aus festen und variablen Komponenten zusammen. Der variable Teil hängt satzungsgemäß davon ab, dass vorgegebene Mindestziele bei der Dividende und dem Ergebnis je Aktie im Dreijahresdurchschnitt übertroffen werden. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat sowie Vorsitz und Mitgliedschaft in den Ausschüssen mit Ausnahme des Nominierungsausschusses werden zusätzlich vergütet.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Grundzüge unseres Vergütungssystems sind detailliert im Vergütungsbericht veröffentlicht.
[Siehe Finanzbericht 2011, S. 140ff.](#)

Rechnungslegung

Anteilseigner und Öffentlichkeit werden regelmäßig durch den jährlichen Geschäftsbericht, der den Konzernabschluss enthält, sowie die Zwischenberichte informiert. Unsere Konzernrechnungslegung entspricht den International Financial Reporting Standards (IFRS). Dies sorgt für eine hohe Transparenz und internationale Vergleichbarkeit.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 25. Oktober 2011 die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz veröffentlicht. Demnach entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010, wobei vorsorglich eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1, der die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, erklärt wird.

Unser ausführlicher Corporate-Governance-Bericht beziehungsweise die Erklärung zur Unternehmensführung 2011 sowie weitere Dokumente zur Corporate Governance der Deutschen Bank wie die Geschäftsordnungen für Vorstand, Aufsichtsrat und seine Ausschüsse sind im Internet abrufbar unter ► www.deutsche-bank.de/corporate-governance.

Wir überprüfen unsere Corporate Governance kontinuierlich und passen sie gegebenenfalls an. Dabei berücksichtigen wir gesetzliche Vorgaben sowie nationale und internationale Standards.

Im Interesse unserer Partner

Unternehmertum für Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft

01–1 Unsere Partner

Aktionäre

Kunden

Mitarbeiter

Gesellschaft

Die Deutsche Bank hat 2011 auf ebenso schwierigen wie turbulenten Märkten ihre unternehmerische Stärke bewiesen. Grundlagen dafür sind eine klare Geschäftsstrategie, das Vertrauen unserer Kunden sowie die Kompetenz und das Engagement unserer Mitarbeiter. Das nutzt Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und letztlich damit der Gesellschaft. [Grafik 01–1](#)

Aktionäre

Mit einer vorausschauenden Unternehmenspolitik und einer strikten Risikodisziplin haben wir die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise besser bewältigt als viele Wettbewerber – ohne unsere Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Unsere Aktionäre verstehen, dass der Stärkung unseres Eigenkapitals sowie unserer Liquidität die absolute Priorität zukommt und dass es zu diesem Kurs keine tragfähige Alternative gibt. Den verschärften Anforderungen der Aufsichtsbehörden wollen wir aus eigener Kraft gerecht werden, den eingeschlagenen Weg setzen wir fort.

Kunden

Wir achten sorgsam darauf, dass unsere Handlungs- und Leistungsfähigkeit im Interesse unserer Kunden auch in Zeiten großer Herausforderungen erhalten bleibt. Wir wollen mit unseren Finanzdienstleistungen weltweit führend sein. Das gilt für alle Geschäftsfelder, in denen wir aktiv sind. So schaffen wir nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden. Die kritische Grenze verläuft dort, wo Geschäfte den guten Ruf der Deutschen Bank gefährden könnten.

Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiter sind entscheidend für unseren Erfolg. Ihre Qualität bildet die Basis für Leistung und Kundenvertrauen. Wir investieren kontinuierlich in die Aus- und Weiterbildung unserer Belegschaft sowie in unsere Attraktivität als Arbeitgeber, um die besten Köpfe zu gewinnen und zu halten. Als global aktives Unternehmen sehen wir in der Vielfalt unserer Mitarbeiter einen besonderen Vorteil. Wir können dadurch auf unterschiedliche Kunden und ihre differenzierten Anforderungen ganz individuell eingehen. Außerdem ist Vielfalt eine wesentliche Quelle für Kreativität und Innovation.

Gesellschaft

Die Deutsche Bank sieht sich als „Unternehmensbürger“ weltweit in gesellschaftlicher Verantwortung. Ihr wollen wir mit einer Unternehmensführung gerecht werden, die auch den Aspekt der Nachhaltigkeit einbezieht. Wir stellen uns der kritischen Diskussion um die Grundlagen des Finanzsystems und arbeiten mit an der Überwindung von aufgetretenen Problemen. Eine an nationalen wie internationalen Standards orientierte Corporate Governance trägt zur langfristigen Wertschöpfung bei. Unser breites gesellschaftliches Engagement wird von Aktionären, Kunden und Mitarbeitern gleichermaßen getragen. Beispiele für praktizierte Nachhaltigkeit sind unsere „grünen“ Unternehmenszentren in Frankfurt am Main, Hongkong und Mumbai, die höchsten ökologischen Maßstäben genügen.

Aktionäre

Eine wettbewerbsfähige Aktienrendite setzt attraktiven Kundenservice voraus

Strukturdaten

		2011	2010	2009
Anzahl				
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹	Institutionelle (einschließlich Banken)	660 389	640 623	586 295
	Private	74	75	74
	26	25	26	
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹	Deutschland	52	47	46
	Europäische Union (ohne Deutschland)	26	31	31
	Schweiz	6	6	6
	USA	13	13	16
	Andere	3	3	1

Leistungskennzahlen

	2011	2010	2009
Gesamtrendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf ²	-23,3%	-11,7%	79,4%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	8,8	8,0	8,4
Dividende (in €) je Aktie für Geschäftsjahr	0,75 ⁴	0,75	0,75

Besondere Projekte

Investorentag	Meeting der obersten Führungsebene aus dem Konzernbereich CIB (Corporate & Investment Bank) und dem Unternehmensbereich PBC (Private & Business Clients) mit Investoren und Finanzanalysten, in dem der Status quo sowie die Strategie des jeweiligen Bereichs präsentiert und diskutiert wurden.
Briefwahl	Die neu eingeführte Briefwahl bietet Aktionären eine zusätzliche Möglichkeit, ihr Stimmrecht unkompliziert auszuüben.

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Vorschlag für die Hauptversammlung am 31. Mai 2012

Kunden

Anspruchsvolle Kunden verlangen erstklassigen Service und innovative Produkte

Strukturdaten

		2011	2010	2009
Anzahl der Kunden (gerundet)				
Corporate & Investment Bank		83 800 ¹	54 400	41 600
Private Clients and Asset Management	Private & Business Clients	28 585 000	28 787 000	14 600 000
	davon: Deutsche Postbank AG	14 064 000	14 150 000	–
	Asset and Wealth Management			
	Retail Asset Management (Deutschland/Luxemburg)	2 226 000	2 225 000	2 119 000
	davon: in Kooperation	465 000	464 000	389 000
	Institutional Asset Management	2 400	2 300	2 300
	Private Wealth Management ²	75 800	79 400	78 000

Leistungskennzahlen

		2011	2010	2009
Corporate & Investment Bank	Zahl der IFR Awards	8	8	7
	Zahl der Risk Awards	3	5	2
	Zahl der Euromoney Awards for Excellence	20	16	15
	Euromoney FX Poll, Rang	1	1	1
	Global Custodian Prime Brokerage Survey, Rang	1	1	1
Private Clients and Asset Management	DWS Investments			
	Zahl der Fondsauszeichnungen (Wertentwicklung) in Europa	69	76	53
	Deutsche Insurance Asset Management			
	Award as Best Global Insurance Asset Manager ³	1	1	1

Besondere Projekte

Corporate & Investment Bank	Kontinuierliche Integration innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank, um durch straffere Prozesse und engere Vernetzung ein stärkeres Wachstum zu fördern.
Private Clients and Asset Management	Integration der Postbank in den Unternehmensbereich PBC und Aufbau einer gemeinsamen Plattform für Prozesse und IT-Infrastruktur. US-Patentierung des computergestützten Verfahrens „Book Yield Attribution Analytics“, mit dem sich die Rendite eines Portfolios einfach messen und analysieren lässt. Integration von Sal. Oppenheim in den Geschäftsbereich PWM.

¹Einschließlich 32000 Kunden aus dem ehemaligen Firmenkundengeschäft der ABN AMRO in den Niederlanden

²Anzahl der Kundenbeziehungen ohne Private Client Services (USA), 2010 und 2011 einschließlich Sal. Oppenheim

³Reactions Magazine

Mitarbeiter

Kompetenz, Erfahrung und Leistungswille sind charakteristisch für unsere Mitarbeiter

Strukturdaten

		2011	2010	2009
Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)¹		100 996²	102 062	77 053
Bereiche	Private Clients and Asset Management	48,6%	49,8%	39,7%
	Corporate & Investment Bank	15,0%	15,3%	18,2%
	Corporate Investments	1,4%	1,5%	0,0%
	Infrastructure/Regional Management	35,0%	33,4%	42,1%
Regionen	Deutschland	46,9%	48,3%	35,5%
	Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika	23,9%	23,3%	28,6%
	Nord- und Südamerika	11,0%	11,0%	14,5%
	Asien/Pazifik	18,2%	17,4%	21,4%
Qualifikationen ^{3,4}	Hochschulabschluss	63,7%	63,9%	63,5%
	Hochschulreife	17,3%	15,5%	19,1%
	Sonstige Schulabschlüsse	19,0%	20,6%	17,4%
Alter ³	bis 24 Jahre	6,9%	7,1%	8,4%
	25–34 Jahre	28,7%	28,9%	35,0%
	35–44 Jahre	30,9%	31,6%	32,2%
	45–54 Jahre	24,8%	24,0%	19,0%
	über 54 Jahre	8,7%	8,4%	5,4%

Leistungskennzahlen

	2011	2010	2009
Mitarbeiter-Commitment-Index ^{4,5}	72%	73%	76%
Austritte wegen Stellenwechsels	5,6%	6,6%	4,8%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €)	122	100	86
Berufsausbildung (Aufwendungen in Mio €)	56	41	41

Besondere Projekte

Eine neue Leistungskultur in der Deutschen Bank	Wir haben eine Reihe von wichtigen Grundsätzen formuliert, die in der Bank auf breiter Front angewendet werden: Jeder weiß, was von ihm erwartet wird. Jeder weiß, wo er steht. Und jeder weiß, dass wir nach Leistung differenzieren.
Selbstverpflichtung der DAX-Unternehmen	Die Deutsche Bank hat die „DAX-30“-Erklärung unterzeichnet, die darauf abzielt, weltweit den Anteil weiblicher Führungskräfte auf Managing Director- und Director-Ebene sowie den Anteil weiblicher Mitarbeiter auf der mittleren Managementebene bis 2018 zu erhöhen.

¹Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten

²Durch die einmalige Anpassung der Erhebung bei der Postbank kam es zu einem rechnerischen Rückgang um 260 Mitarbeiter

³Anzahl Mitarbeiter (Kopfzahlen)

⁴Ohne Postbank

⁵2011 Methodenänderung, zurückliegende Jahre angepasst

Gesellschaft

Die Deutsche Bank engagiert sich weltweit für Kultur, Bildung, die Gesellschaft und Nachhaltigkeit

Strukturdaten

	2011	2010	2009
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (einschließlich Offshore-Standorten)	72	74	72

Leistungskennzahlen

in Mio €	2011	2010	2009
Ausgaben der Deutschen Bank für gesellschaftliches Engagement	77,1	91,7	74,8
davon:			
Deutsche Bank Americas Foundation	6,3	6,8	9,5
Corporate Citizenship UK	3,9	5,1	4,7
Deutsche Bank Asia Foundation	3,0	3,0	3,7
Ausgaben der Stiftungen der Deutschen Bank¹	6,0	6,4	6,3
Deutsche Bank Stiftung	4,4	4,5	4,9
Andere Stiftungen	1,6	1,9	1,4
Insgesamt	83,1	98,1	81,1

Besondere Projekte

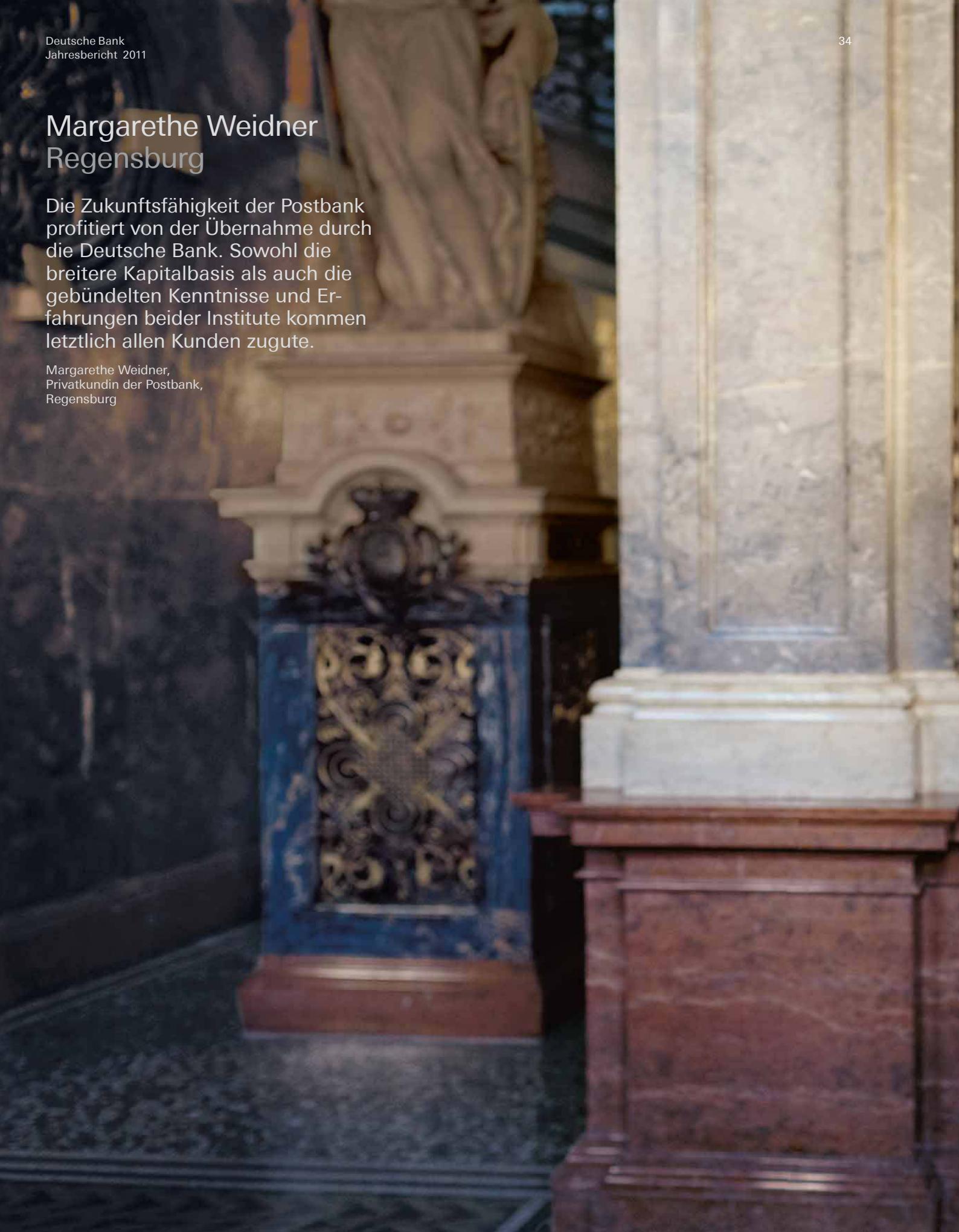
Nachhaltigkeit sichern	Installation einer Photovoltaikanlage in 224 m Höhe auf dem Dach unserer Amerika-Zentrale in New York. Sie erzeugt Strom für den hauseigenen Bedarf und senkt die Kohlendioxidemissionen jährlich um 100 t.
Talente fördern	Initiativen wie IntoUniversity in Großbritannien oder FairTalent in Deutschland ermöglichen sozial benachteiligten Kindern eine Ausbildung, die ihren Talen ten entspricht.
Chancen eröffnen	Im Rahmen unserer Community-Development-Initiativen in den USA stärkt das Projekt Living Cities infrastrukturschwache Stadtteile, indem es bezahlbaren Wohnraum, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die lokale Wirtschaft fördert.
Kreativität entwickeln	Das Programm Zukunft@BPhil der Berliner Philharmoniker begeisterte seit 2002 mehr als 21 000 Kinder und Jugendliche für die klassische Musik.
Engagement beweisen	Mehr als 19 000 Mitarbeiter haben 2011 weltweit etwa 3000 gemeinnützige Partnerorganisationen ehrenamtlich unterstützt.

¹Stiftungen mit eigenem Stiftungskapital

Margarethe Weidner Regensburg

Die Zukunftsfähigkeit der Postbank profitiert von der Übernahme durch die Deutsche Bank. Sowohl die breitere Kapitalbasis als auch die gebündelten Kenntnisse und Erfahrungen beider Institute kommen letztlich allen Kunden zugute.

Margarethe Weidner,
Privatkundin der Postbank,
Regensburg





02 -

Zielgruppen

Aktionäre – 37

Staatsschuldenkrise belastet Aktienmärkte

Kunden – Corporate & Investment Bank – 41

Solide Leistung in schwierigem Umfeld

Kunden – Private Clients and Asset Management – 46

Höhere Erträge und Gewinne

Kunden – Corporate Investments – 51

Weitere nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva übernommen

Kunden – Zentrale Infrastruktur – 52

Instrument des Vorstands zur Konzernführung

Mitarbeiter – 53

Stabilität auf hohem Niveau

Gesellschaft – 56

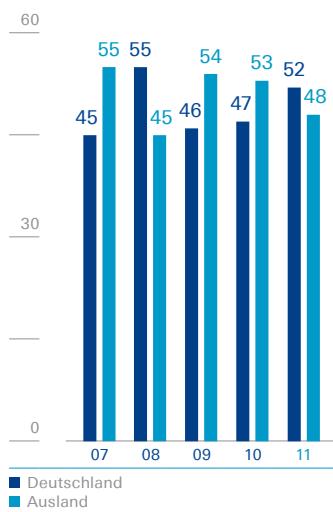
Verantwortung übernehmen

Aktionäre

Staatsschuldenkrise belastet Aktienmärkte

02-1 Anteilsbesitz in Deutschland gestiegen

In % des Grundkapitals zum Jahresende



Zu Beginn des Jahres 2011 setzte sich die Erholung der Weltwirtschaft zunächst fort und beflogelte die Erwartungen der Anleger. In einem optimistischen Börsenumfeld erreichte die Deutsche Bank-Aktie im Februar mit 48,70€ ihren höchsten Stand des Jahres. Im März trübte sich infolge der Umwelt- und Nuklearkatastrophe in Japan die Stimmung ein, sodass die Aktienkurse auf breiter Front nachgaben. Kurserholungen im zweiten Quartal erwiesen sich lediglich als Zwischenhoch. Im dritten Quartal schürte die sich verschärfende Staatsschuldenkrise in Europa die Ängste der Anleger. Die globalen Finanzmärkte reagierten mit starken Schwankungen, die insbesondere die Finanztitel belasteten. Auch der Kurs der Deutsche Bank-Aktie zeigte heftige Ausschläge, an manchen Tagen um mehr als 10%. Sein Jahrestief erreichte er im September bei 20,79€.

Mit dem näherrückenden Jahresende verstärkten sich die Sorgen um das Engagement der Banken in Peripherieländern der Eurozone; die Fragen mit Blick auf Kapitalausstattung, Risikotragfähigkeit und Liquiditätsreserven wurden immer drängender. Diese ausgeprägte Verunsicherung verhinderte eine tiefergreifende Börsenerholung. Die Deutsche Bank-Aktie konnte sich gegenüber ihrem Tief etwas verbessern und schloss am 30. Dezember mit 29,44€, knapp 10€ oder rund 25% unter ihrem Niveau von Ende 2010. Allerdings gingen die Aktienkurse der meisten vergleichbaren internationalen Wettbewerber noch stärker zurück. Der STOXX Europe Banks, der die europäische Bankenbranche abbildet, verlor 2011 gut 37%, während sich der deutsche Leitindex DAX mit einem Minus von knapp 15% auf 5898 Punkte abschwächte.

Geringere Marktkapitalisierung

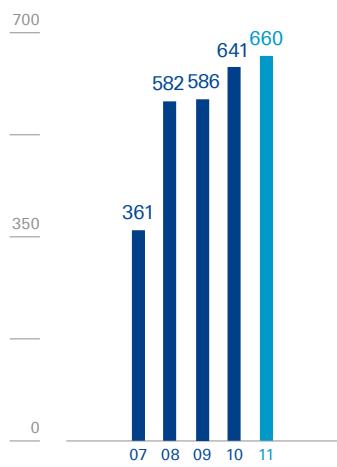
Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank belief sich Ende 2011 auf 27,36 Mrd €, fast 9 Mrd € weniger als ein Jahr zuvor. Obwohl der durchschnittliche Börsenumsatz mengenmäßig auf 8,8 Mio Stück pro Tag zunahm, blieb der Jahreswert 2011 im Xetra-Handel infolge der Kursschwäche mit 133 Mrd € hinter den 2010 erreichten 160 Mrd € zurück. Das war erneut Rang zwei unter den DAX-Titeln. Unser Anteil am Aktienumsatz in Xetra verringerte sich auf 5,5% (2010: 6,8%), wozu auch die zunehmende Bedeutung von alternativen Handelsplattformen beigetragen haben dürfte. An der New Yorker Börse, an der wir seit 2001 notiert sind, hat sich die durchschnittlich gehandelte Zahl unserer Aktien 2011 um knapp 32% erhöht. Dahinter stand vor allem ein verstärktes Interesse der amerikanischen Anleger an europäischen Banken im zweiten Halbjahr.

Langfristige Rendite

Der deutliche Kursrückgang 2011 hat die langfristige Rendite der Deutsche Bank-Aktie geschränkt. Ein Anleger, der Anfang 1980 für umgerechnet 10 000€ Deutsche Bank-Aktien erworben, die Bardividende zum Kauf neuer Aktien eingesetzt und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung zusätzlicher Mittel beteiligt hat, besaß Ende 2011 ein Depot im Wert von 60 629€. Dies entspricht einer Durchschnittsrendite von 5,8% pro Jahr, während der DAX im gleichen Zeitraum auf ein jährliches Plus von 8,0% kam.

02–2 Zahl der Aktionäre weiter gestiegen

In Tausend zum Jahresende



Verbesserte Kapitalquote bei unveränderter Dividende

Die Stärkung des Kapitals hatte für uns 2011 absolute Priorität. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote verbesserten wir im Jahresverlauf von 8,7% auf 9,5%. Obwohl wir zum 31. Dezember 2011 erstmals die verschärften Eigenkapitalstandards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht anwenden mussten (genannt Basel 2.5), ist das ein neuer Höchststand. Die Deutsche Bank übertrifft damit vorzeitig die ab Ende Juni 2012 geltenden strenger Vorgaben der European Banking Authority (EBA) von 9,0% und ist auf die kommenden Basel-3-Anforderungen gut vorbereitet.

Der Hauptversammlung 2012 schlagen wir im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat eine unveränderte Dividende von 0,75€ pro Aktie vor. Wir wollen damit vor allem den weiter verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung von Banken und zugleich unserer Verpflichtung gegenüber den Aktionären Rechnung tragen.

Zahl der Aktionäre auf Höchststand

Die Zahl unserer Aktionäre erreichte 2011 einen neuen Höchststand. Sie wuchs im Jahresimovergleich um 19 766 auf 660 389 (2010: 640 623). **Grafik 02–2** Das steht im Einklang mit der erstmals seit sechs Jahren wieder höheren Aktienakzeptanz in Deutschland. Auffällig ist das antizyklische Investitionsverhalten der Privatanleger: Die Zahl unserer Aktionäre hat ausschließlich im zweiten Halbjahr 2011 zugenommen, als zeitgleich der Kurs der Deutsche Bank-Aktie am stärksten unter Druck geraten war.

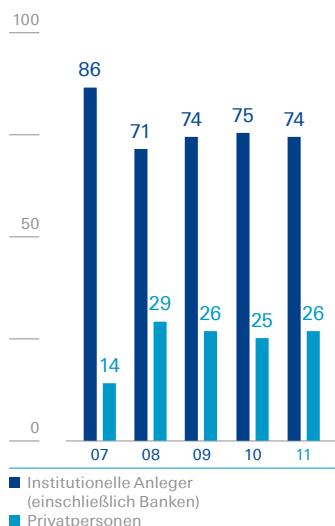
Langfristige Wertentwicklung



02–3

Aktionärsstruktur kaum verändert

In % des Grundkapitals zum Jahresende



Unverändert waren rund 99% unserer Aktionäre Privatpersonen, die 26% (2010: 25%) des Grundkapitals von 2 379 519 078,40 € hielten. Der Anteil institutioneller Investoren am Kapital sank spiegelbildlich dazu auf 74% (2010: 75%). [Grafik 02–3](#) In Deutschland sind die Bestände an Deutsche Bank-Aktien um fünf Prozentpunkte auf insgesamt 52% des Grundkapitals gewachsen. [Grafik 02–1](#) Dahinter stehen vor allem eine aus dem Ausland nach Deutschland verlagerte Verwahrung von institutionellen Beständen sowie Aufstockungen von inländischen Privataktionären.

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich nach wie vor fast vollständig in Streubesitz. Meldepflichtige Großaktionäre, deren Aktienposition Ende 2011 über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3% lag, waren BlackRock Inc., New York, mit 5,14%, Credit Suisse Group, Zürich, mit 3,86% sowie Capital Research and Management Company, Los Angeles, mit 3,08%.

Mehr Teilnehmer auf der Hauptversammlung

Zu unserer Hauptversammlung am 26. Mai 2011 kamen 5 700 Aktionäre (2010: 5 500) in die Festhalle nach Frankfurt am Main. Die Kapitalpräsenz schwächte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 34% ab. Dem Bericht des Vorstandsvorsitzenden über das abgelaufene Geschäftsjahr und die aktuellen Perspektiven folgte ein lebhafter Dialog der Aktionäre mit der Unternehmensleitung. Nachdem die Aussprache beendet war, stimmte die Hauptversammlung mit großer Mehrheit allen Tagesordnungspunkten zu. 2011 haben wir zum zweiten Mal unsere jährliche Aktionärsveranstaltung durch kompensierende Maßnahmen klimaneutral gestellt.

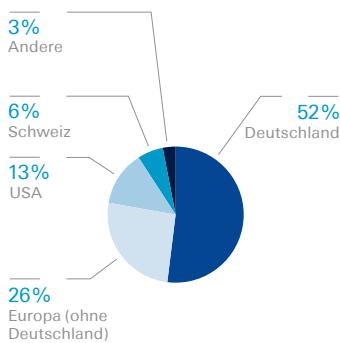
Aktienrückkäufe fortgesetzt

Von den Aktionären wurden wir auf der Hauptversammlung ermächtigt, eigene Aktien im Umfang von bis zu 10% des Stammkapitals bis zum 30. November 2015 zu erwerben. Damit ersetzen wir die Ermächtigung aus dem vorangegangenen Jahr.

Insgesamt haben wir im Laufe des Berichtsjahres 37,2 Mio Aktien (2010: 29,8 Mio) zurückgekauft; fast zwei Drittel davon wurden verwendet, um Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen zu erfüllen. Wir haben keine Aktien eingezogen. Bedingt durch die Rückkäufe, überschritt der Anteil der eigenen Aktien im Bestand vorübergehend die Meldeschwelle von 3%. Per 31. Dezember 2011 betrug er 2,6%, das waren 24,1 Mio Stück.

Insgesamt haben wir im Rahmen von Aktienrückkaufprogrammen seit dem Start des ersten Programms Mitte 2002 bis 31. Dezember 2011 301,6 Mio Aktien im Wert von 18,1 Mrd € zurückgekauft, 16,3 Mio Aktien im Wert von 0,5 Mrd € an den Markt veräußert und 118 Mio Deutsche Bank-Aktien mit einem Wert von rund 7,2 Mrd € eingezogen.

02–4
**Regionale Verteilung
des Grundkapitals**
In % zum Jahresende 2011



Rating teilweise herabgestuft

Die großen internationalen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's Investors Service und Fitch Ratings haben 2011 ihre Bonitätseinschätzungen von Kreditinstituten weltweit überprüft und die methodischen Grundlagen zum Teil beträchtlich verändert. Während die Langfristratings der Deutschen Bank bei Standard & Poor's (A+) und Moody's (Aa3) unverändert blieben, stufte Fitch unser Rating im Dezember von AA- um eine Stufe auf A+ herab. Von derartigen Ratingaktionen waren 2011 weltweit nahezu alle Banken mit nennenswertem Kapitalmarktgeschäft betroffen.

Im Dialog mit dem Kapitalmarkt

Der Informationsbedarf von Finanzanalysten und Investoren rund um die Deutsche Bank als Anlageobjekt blieb sehr hoch. Angesichts der 2011 an den Märkten weitverbreiteten Unsicherheit standen Fragen zur Kapitalausstattung sowie der Liquiditäts- und Refinanzierungssituation im Vordergrund. Daneben waren aber auch die geschäftlichen Aussichten der einzelnen Unternehmensbereiche von großem Interesse. Das Investor-Relations-Team erläuterte in Workshops ausführlich aktuelle Entwicklungen und Perspektiven sowie die Pläne zur weiteren Integration der Postbank. In Telefonkonferenzen berichteten wir regelmäßig über die quartalsweise und jährliche Ergebnisentwicklung des Konzerns. Vor allem im Rahmen von Veranstaltungen wie Roadshows und Wertpapierkonferenzen führten wir im Berichtsjahr mehr als 400 Einzel- oder Gruppengespräche (2010: 398) mit Aktieninvestoren und Fremdkapitalgebern. Daran waren auch Mitglieder des Vorstands beteiligt. Außerdem haben wir 2011 an zwei sogenannten Investorentagen in London und in Frankfurt am Main unsere beiden Konzernbereiche Corporate & Investment Bank (CIB) sowie Private Clients and Asset Management (PCAM) präsentiert. Die Veranstaltungen, auf der die verantwortlichen Führungskräfte Rede und Antwort standen, wurden in voller Länge im Internet übertragen. Die immer wichtiger werdende Kommunikation mit Investoren, welche ihre Anlageentscheidungen an ökologischen, sozialen und Aspekten der Unternehmensführung (ESG) orientieren, haben wir intensiviert.

Internetservice verbessert

Mit unserer gebührenfreien Aktionärshotline bieten wir unseren privaten Aktionären eine unkomplizierte Möglichkeit zum Dialog. Besonders in Phasen unruhiger Märkte wird davon rege Gebrauch gemacht. Die Internetpräsenz von Investor Relations umfasst zahlreiche Angebote, um den Informationsbedarf schnell und umfassend zu decken. So werden seit Langem alle aktuellen Unternehmensnachrichten und Finanzberichte unverzüglich im Internet veröffentlicht, Telefonkonferenzen mit Analysten übertragen wir live. Unsere Geschäfts- und Zwischenberichte werden speziell für das Internet interaktiv aufbereitet. Außerdem haben wir den Internetauftritt von Investor Relations für die Nutzer von mobilen Endgeräten ausgebaut.

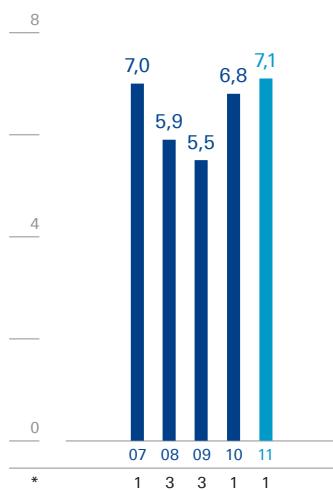
Kunden – Corporate & Investment Bank

Solide Leistung in schwierigem Umfeld

02–5

Corporate Finance: Marktposition weiter ausgebaut¹

Marktanteile in %



* Rang im Wettbewerbsvergleich

¹ Europa, Naher Osten und Afrika
Quelle: Dealogic, auf Provisionsbasis

Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone sowie die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und die bevorstehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen haben den Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) im Jahr 2011 vor große Herausforderungen gestellt. Infolge vielfältiger Befürchtungen hielten sich unsere Kunden insbesondere in Europa spürbar zurück. Obwohl CIB beim Ergebnis einen Rückschlag hinnehmen musste, konnten wir nicht nur einen beachtlichen Vorsteuergewinn erwirtschaften, sondern auch die Marktanteile in allen Regionen und Produktsparten erhöhen. Gleichzeitig haben wir unsere strikten Kosten-, Risiko- und Bilanzkontrolle beibehalten. Die ausgeprägte Widerstandskraft des globalen CIB-Kundengeschäfts im Berichtsjahr wäre ohne die vorausgegangene stärkere Verzahnung der CIB-Geschäftsaktivitäten und eine erfolgreiche Umstrukturierung nicht möglich gewesen. Dass unsere Leistungen im Markt anerkannt werden, spiegeln auch die zahlreichen Auszeichnungen durch renommierte Fachzeitschriften wider.

Der Konzernbereich CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB). CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate & Investment Bank¹)

Der Konzernbereich Corporate & Investment Bank schloss das Jahr 2011 mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 4,0 Mrd € ab. Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities wurde ein Gewinn vor Steuern von 2,9 Mrd € nach 5,0 Mrd € im vorangegangenen Jahr erwirtschaftet. Insgesamt sanken die Erträge im Vergleich zum Vorjahr. Ein unsicheres makroökonomisches Umfeld und anhaltende Sorgen um die europäische Staatsschuldenkrise wirkten sich auf die Kundenaktivitäten insbesondere in Europa aus, auf das ein hoher Anteil unseres Geschäfts entfällt. Die Erträge in Sales & Trading (Schuldtitel und sonstige Produkte) wie auch in Sales & Trading (Aktien) lagen deutlich unter denen des Jahres 2010. Darüber hinaus mussten wir spezifische Belastungen von 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und operationellen Risiken verkräften, die allerdings durch niedrigere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen und Einsparungen aufgrund gesteigerter Effizienz überkompensiert wurden. Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking erwirtschaftete 2011 ein Vorsteuergesamtresultat von 1,1 Mrd € (2010: 1,0 Mrd €). Dahinter standen gute Resultate in allen Bereichen, die mit höheren Provisions- und Zinserträgen einhergingen.

in Mio €	2011	2010
Erträge insgesamt	18493	20929
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	462	488
Zinsunabhängige Aufwendungen	13977	14422
Ergebnis vor Steuern	4028	5999
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	20	28
Risikogewichtete Aktiva	255 698	211 115
Aktiva	1 796 954	1 519 983

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2011 (Lagebericht).

02–6

Markets: erneute Spitzenposition im weltweiten Devisenhandel

Rang im Wettbewerbsvergleich



Quelle: Euromoney FX Poll

Corporate Banking & Securities

Zum Geschäftsbereich **Markets** gehören die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten für ein breites Spektrum von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriegte Forderungen sowie Rohstoffe. Institutionelle Kunden werden von der Institutional Client Group betreut, während Research für die Analyse von Märkten, Produkten und Handelsstrategien zuständig ist.

Bedingt durch die im zweiten Halbjahr 2011 eskalierende Staatsschuldenkrise im Euroraum, verschlechterte sich die Marktsituation innerhalb kurzer Zeit. Das Vertrauen in die weitere Entwicklung ging rapide zurück. Darunter litt auch unser Kundengeschäft in vielen Produktbereichen.

In dieser schwierigen Situation konnte sich der Geschäftsbereich Markets gut behaupten und in allen Geschäftssparten solide Erträge erwirtschaften. Dazu trugen unsere breite geografische Aufstellung und die hohe Produktqualität ebenso bei wie das ausgewogene Verhältnis von zyklischen und nicht zyklischen Geschäften.

Im Berichtsjahr konnten wir im Anleihegeschäft den Titel Best Bond House of the Year der Fachzeitschrift International Financing Review (IFR) und bei Greenwich Associates einen ersten Platz im Global Fixed Income Ranking erringen. Außerdem ist unser Geschäft mit maßgeschneiderten Dienstleistungen für Hedgefonds (Prime Brokerage) zum vierten Mal nacheinander von der Zeitschrift Global Custodian als Spitzenreiter ausgezeichnet worden.

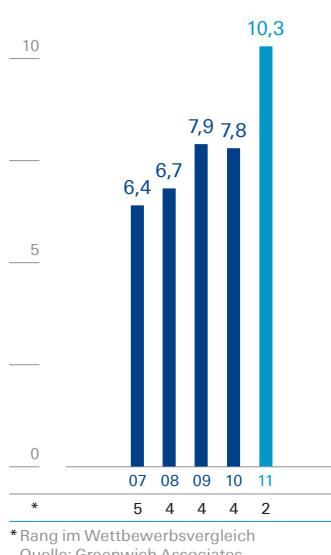
Das Devisengeschäft profitierte 2011 mit sehr guten Ergebnissen von einem rekordhohen Handelsvolumen. Besonders erfolgreich waren wir in Zeiten ungewöhnlich starker Kursschwankungen wie im dritten Quartal, als der Handel mit Kunden auf einen neuen Höchstwert stieg. Das siebte Mal in Folge belegten wir in der Umfrage von Euromoney mit einem Marktanteil von 15,6% und deutlichem Vorsprung vor der Nummer zwei den ersten Platz im globalen Devisengeschäft. [Grafik 02–6](#)

Im weltweiten Geldmarktgeschäft konnten wir dank reger Kundenaktivitäten die Ergebnisse erneut steigern, bei besicherten und unbesicherten Finanzierungen ebenso wie im Derivatehandel.

02-7

Markets: Handel in internationalen Anleihen mit Mindestrating BBB/Baa

Marktanteile in %



Im festverzinslichen Bereich mussten wir niedrigere Erträge hinnehmen, da die Kunden sich infolge der großen Unsicherheit zurückhielten. Im globalen Geschäft mit zins-abhängigen Derivaten wurde uns 2011 sowohl vom Fachmagazin Risk als auch von Greenwich Associates der Titel Interest Rate Derivatives House of the Year zuerkannt. In einer Umfrage der Fachzeitschrift Risk wurden wir als einzige Bank in allen Zins-kategorien zu den drei Besten gezählt. Zusätzlich zum Handelsgeschäft haben wir zahlreiche Transaktionen für unsere Kunden strukturiert, darunter für den Pensions-fonds eines britischen Unternehmens eine viel beachtete Absicherung der Risiken aus der zunehmenden Lebenserwartung. Auch das Geschäft mit verbrieften Hypotheken-darlehen für Wohnimmobilien, das wir 2011 neu ausgerichtet haben, verbesserte sich, da sich die Verluste des vorangegangenen Jahres nicht wiederholten.

Der Ertragsrückgang im Handel mit Kreditprodukten infolge niedrigerer Margen und Volumina konnte nur teilweise durch ein erfreuliches Strukturierungsgeschäft mit Kunden ausgeglichen werden. Den elektronischen Handel mit Credit Default Swaps, die den Ausfall eines Schuldners absichern, haben wir ausgebaut. Dank erheblich vergrößerter Marktanteile rangierten wir hier im zweiten Halbjahr 2011 auf Platz eins (Bloomberg). Im Geschäft mit Schuldtiteln von Schwellenländern konnten wir in schwierigem Umfeld Kunden durch eine wettbewerbsfähige Preisgestaltung und neue Produkte zur Risikosteuerung wie auch zu Anlagezwecken gewinnen.

Der Rohstoffhandel erzielte 2011 Rekorderträge. Wir haben unsere Handelsaktivitäten in Waren wie Eisenerz und Stahl weiter verstärkt und eine neue elektronische Handels-plattform für Metalle eingeführt. Das rohstoffbezogene Finanzierungsgeschäft haben wir erweitert und unser Engagement in Asien sowie den USA intensiviert.

Im Aktienkassageschäft gingen die Erträge angesichts volatiler Märkte und reduzierter Kundenaktivitäten vor allem in Europa zurück. In den USA gelang es uns, den Marktanteil auszubauen. Unsere Analysen europäischer Aktiengesellschaften (European Equity Research) wurden von der Zeitschrift Institutional Investor auf den ersten Platz gesetzt. Bei insgesamt niedrigeren Erträgen im Geschäft mit Aktien-derivaten konnten wir in den USA gleichwohl einen neuen Rekord erzielen. Die Erträge im Geschäft mit Hedgefonds schwächten sich nur leicht ab.

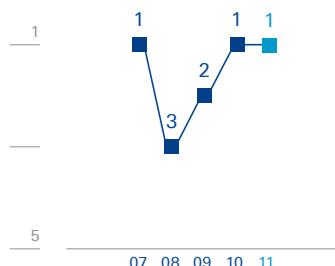
Auszeichnungen 2011

The Banker
„Most Innovative Investment Bank“
International Financing Review
„Credit Derivatives House of the Year“
Risk
„Interest Rate Derivatives House of the Year“
„Credit Derivatives House of the Year“

Euromoney
„Best Global Debt House“
„Best Global Flow House“
„Best Global Emerging Market Debt House“

02–8
Corporate Finance:
Platz 1 im Konsortialgeschäft
bei internationalen Anleihen

Rang im Wettbewerbsvergleich



Quelle: Thomson Reuters, Anzahl der Emissionen

Der Geschäftsbereich **Corporate Finance** ist für Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A), die Emission von Anleihen und Aktien sowie die Betreuung von Groß- und Mittelstandsunternehmen im Kapitalmarktgescäft zuständig. Regionale und branchenfokussierte Teams stellen sicher, dass unseren Kunden alle angebotenen Finanzierungsprodukte und Serviceleistungen aus einer Hand zur Verfügung stehen.

Die zu Jahresbeginn 2011 noch positive Marktlage trübte sich ab Sommer stark ein. Viele Kundenaktivitäten gingen deutlich zurück. Die Provisionseinnahmen der gesamten Branche, die im Oktober in Europa auf einen neuen Tiefstand fielen, blieben 2011 insgesamt unter dem Vorjahresniveau. In diesem wechselhaften Markt erwirtschaftete Corporate Finance ein gutes Ergebnis. In zahlreichen Sparten, insbesondere der Emision von höherverzinslichen Anleihen und von Schuldtiteln mit einer bestimmten Mindestanlagequalität (Investment Grade) konnten wir unsere Position festigen und zahlreiche Kunden hinzugewinnen.

Bei der Begebung von internationalen Anleihen nahmen wir 2011 Platz eins ein (Thomson Reuters). **Grafik 02–8** Unser Marktanteil von fast einem Fünftel ist ein Rekordstand, der in den letzten 20 Jahren von keiner anderen Bank erreicht wurde. Er verdeutlicht unsere hohe Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäft, die es uns erlaubt, für unsere Kunden in sehr vielen verschiedenen Währungen Anleihen zu arrangieren. Die Deutsche Bank gehört weltweit bei der Emision von internationalen Anleihen in US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und Schweizer Franken zu den fünf führenden Häusern.

Auch im Finanzierungsgeschäft mit Eigenkapital (Equity Capital Markets) erhöhten wir unseren Marktanteil und kamen mit 4,8% (Dealogic) auf den höchsten Stand seit Beginn der Finanzkrise. Wir konnten von unserer globalen Präsenz profitieren, die den Gewinn vieler Erstmandate, aber auch vermehrte Folgegeschäfte mit langjährigen Kunden möglich machte. Die Deutsche Bank war Konsortialführer bei drei der fünf größten Börsengänge weltweit. Damit konnten wir 2011 in diesem Markt Platz drei (Bloomberg) erreichen.

Im Finanzierungsgeschäft mit Fremdkapital erzielten wir in dem 2011 weiter verschlechterten Marktumfeld ein gutes Ergebnis. Die Anzahl der arrangierten Transaktionen zu kreditfinanzierten Unternehmensübernahmen stieg auf Rekordhöhe, bei ausgewogener Verteilung auf Branchen und Kunden. In der Region Europa, Naher Osten und Afrika waren wir Marktführer (Dealogic).

In unserem M&A-Geschäft belegten wir 2011, gemessen am Volumen und am Provisionsaufkommen, in der Region Europa, Naher Osten und Afrika Platz drei und weltweit Platz sechs (Dealogic). Wir waren international als Berater an äußerst komplexen Geschäften beteiligt, die sowohl für die Kunden als auch für die Branche richtungweisend waren.

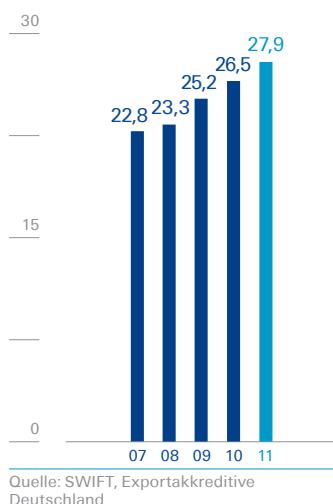
Auszeichnungen 2011

International Financing Review
„Bond House of the Year“
„Emerging Markets Bond House of the Year“

02–9

Global Transaction Banking: steigende Marktanteile in der Handelsfinanzierung

In % im Jahresschnitt



Global Transaction Banking

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) ist weltweit für Firmen und Finanzdienstleister tätig. Seine Produkte und Leistungen unterstützen die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen wie auch die Risiko-steuerung und Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften. Außerdem stellt GTB Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahru-ungs- und -verwaltungsgeschäft bereit. Der Unternehmensbereich gliedert sich in die Sparten Cash Management, Trade Finance und Trust & Securities Services.

GTB hat 2011 trotz der besonders im zweiten Halbjahr deutlich verschlechterten Marktbedingungen bei Ertrag und Gewinn Rekordbeträge erwirtschaftet. Zugleich haben wir unsere Strategie weiterentwickelt, die Kundenbetreuung gestrafft und neue Prioritäten festgelegt. Dazu gehört eine verstärkte Ausrichtung auf die Märkte mit hohem Wachstumspotenzial beispielsweise im asiatisch-pazifischen Raum. In Europa konnten wir unsere Marktführerschaft durch die Eingliederung der Teile des Firmenkundengeschäfts festigen, die wir 2010 von der niederländischen ABN AMRO übernommen hatten. Auf die absehbaren Auswirkungen der verschärften aufsichts-rechtlichen Rahmenbedingungen haben wir uns eingestellt.

Im Cash Management konnten wir 2011 die Erträge in der Breite des Geschäfts deutlich steigern sowie unseren Spitzenplatz im Euro-Clearing und unsere Position als ein führendes Haus im US-Dollar-Clearing behaupten. Dazu haben intensivierte Geschäftsverbindungen zu großen Unternehmenskunden und Finanzinstituten ebenso beigetragen wie neue Mandate. Aber auch eine höhere Kosteneffizienz und Investitionen in sehr attraktive Dienstleistungen wie zum Beispiel die Abwicklung von währungsübergreifenden Zahlungen über unsere Plattform FX4Cash spielten eine Rolle. Unsere führende Position im Cash Management wurde durch zahlreiche Auszeich-nungen bestätigt.

Die Sparte Trade Finance konnte 2011 weitere Marktanteile erringen, beispielsweise im Geschäft mit Dokumentenakkreditiven und mit strukturierten Produkten. In Letz-terem wurden wir von der Zeitschrift Trade Finance als Best Structured Trade Finance Institution ausgezeichnet. Unsere Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäft haben wir weiter verbessert, indem wir ein neues Team von Spezialisten zusammenstellten, das sich ausschließlich auf das Risikomanagement und Absicherungsmaßnahmen konzentriert. Zur Optimierung der Finanzströme entlang der betrieblichen Lieferkette (Financial Supply Chain Management) konnten wir einige namhafte Mandate gewinnen. Dabei profitierten wir von Kundenbeziehungen anderer Abteilungen in unserer Investmentbank.

Die Sparte Trust & Securities Services, in der wir eine Vielzahl von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere anbieten, wurde 2011 von freundlicheren Marktbedingungen für das Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten und der Wertpapier-verwahrung begünstigt. Unsere kontinuierlichen Investitionen in neue Produkte wie das depotbankunabhängige Wertpapierleihegeschäft zahlten sich im Berichtsjahr aus. Als Treuhänder für verbriegte Wertpapiere, die mit Finanzaktiva unterlegt sind, konnten wir in den USA erneut die Spitzenposition erringen; bezogen auf alle Schuldtitel gehörten wir zu den führenden Anbietern im US-amerikanischen Markt.

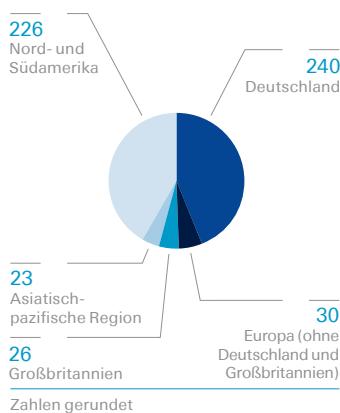
Auszeichnungen 2011

Euromoney
„Best Cash Management House in Western Europe“
Trade Finance
„Best Structured Trade Finance Institution“
„Best Trade Bank in Europe“

Infrastructure Investor
„Global Corporate Trust Provider of the Year“

Kunden – Private Clients and Asset Management Höhere Erträge und Gewinne

02–10
Asset Management:
regionale Verteilung des verwalteten Vermögens
Insgesamt 544 Mrd € zum Jahresende 2011



Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) umfasst das Vermögensanlagegeschäft für private und institutionelle Kunden sowie das klassische Bankgeschäft für Privat- und kleine bis mittlere Geschäftskunden. Er besteht aus den Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management und Private&Business Clients.

Für PCAM war 2011 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein gutes Jahr, in dem sich der Aufwärtstrend aus den Vorjahren beschleunigt hat. Beide Unternehmensbereiche konnten ihre Wettbewerbsposition insbesondere auf dem deutschen Heimatmarkt ausbauen, wozu die 2010 erworbene Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG und die Sal. Oppenheim-Gruppe ebenfalls beigetragen haben. Der Konzernbereich steigerte seine Erträge und Gewinne deutlich und leistete damit 2011 plangemäß einen wesentlich höheren Beitrag zum Gesamtergebnis. Das in PCAM betreute Vermögen (ohne BHF-BANK) ging vor allem infolge weltweit ungünstiger Märkte auf 1116 Mrd € zurück (Ende 2010: 1131 Mrd €).

Asset and Wealth Management

Zum Unternehmensbereich Asset and Wealth Management gehören die Geschäftsbereiche Asset Management und Private Wealth Management. Private Wealth Management betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden und Familien. Asset Management stellt privaten und institutionellen Investoren aus aller Welt eine breite Palette von Investmentlösungen zur Verfügung. Der Geschäftsbereich ist in vier Sparten gegliedert: DWS Investments vereint das Publikumsfondsgeschäft, DB Advisors ist für institutionelle Investoren wie Unternehmen, Pensions- und Staatsfonds zuständig, Deutsche Insurance Asset Management zeichnet für die Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften verantwortlich und RREEF Alternatives für Investments in Immobilien und alternative Anlagen.

2011 konnte **Asset Management** (AM) trotz des auf 544 Mrd € (2010: 550 Mrd €) gesunkenen Kundenvermögens sein Ergebnis deutlich erhöhen. **Grafik 02–10** Darin kommen Effizienzgewinne und die Verlagerung zu Produkten mit höheren Ergebnisbeiträgen zum Ausdruck. AM hat im Berichtsjahr seine Beteiligung an Deutsche UFG Capital Management, einer der zehn führenden Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland, auf 100% erhöht. Besonders erfolgreich war auch unser chinesischer Kooperationspartner Harvest Fund Management, der im Berichtsjahr mit mehreren Preisen ausgezeichnet wurde. An dieser größten Fondsgesellschaft Chinas mit ausländischer Beteiligung halten wir einen Anteil von 30%.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Private Clients and Asset Management)¹

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management erzielte 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 2,5 Mrd € nach 1,1 Mrd € im vorangegangenen Jahr. Im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management lag der ausgewiesene Gewinn vor Steuern bei 0,8 Mrd € (2010: 0,2 Mrd €). Das Ergebnis wurde mehr als verdreifacht, was die erfolgreiche Integration von Sal. Oppenheim sowie Einsparungen aus Maßnahmen zur Effizienzverbesserung widerspiegelt. Der Unternehmensbereich Private&Business Clients konnte seinen Gewinn vor Steuern auf 1,8 Mrd € (2010: 0,9 Mrd €) steigern. Der Anstieg war im Wesentlichen auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen.

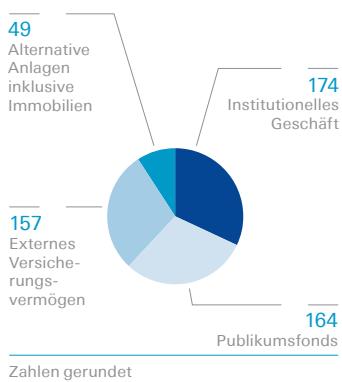
in Mio €	2011	2010
Erträge insgesamt	14379	9810
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1364	785
Zinsunabhängige Aufwendungen	10277	7919
Ergebnis vor Steuern	2549	1100
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	15	11
Risikogewichtete Aktiva	111816	123613
Aktiva	394 094	400 110

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2011 (Lagebericht).

02-11

Asset Management: verwaltetes Vermögen nach Produkten

Insgesamt 544 Mrd € zum Jahresende 2011



Vermögensverwaltung im Publikumsfondsgeschäft

DWS Investments (DWS) verwaltete Ende 2011 Vermögenswerte in Höhe von 164 Mrd € nach 178 Mrd € im Jahr zuvor. In dem Rückgang von 14 Mrd € spiegeln sich vor allem die negativen Auswirkungen des widrigen Umfelds an den Kapitalmärkten und Nettoabflüsse über 4 Mrd € primär bei Aktien. Gleichwohl blieb die DWS (einschließlich Fondsprodukten der Deutschen Bank) in Deutschland der Marktführer bei Publikumsfonds. Dies gilt ebenso für das Neugeschäft mit der staatlich geförderten Riester-Rente auf Fondsbasis. Wir waren weiterhin einer der führenden Fondsanbieter für Drittbanken, unabhängige Finanzberater und Versicherungsgesellschaften. Und mit einem Marktanteil von fast 30% sind wir die Nummer eins im fondsgebundenen Versicherungsgeschäft in Deutschland. Für hervorragende Anlageergebnisse und guten Service erhielt die DWS zahlreiche Auszeichnungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie in den USA. Dort wurden mehrere Rentenfonds mit Preisen bedacht und es konnten beträchtliche neue Kundenanlagen eingeworben werden. Im Geschäft mit geschlossenen Fonds in Deutschland konnte unser Emissionshaus DWS ACCESS 2011 Eigenkapital in Höhe von 514 Mio € platzieren und damit die Spitzenposition erringen.

Außerdem hat die DWS im Berichtsjahr die Wahrnehmung ihrer treuhänderischen Verantwortung verstärkt. So haben wir unsere Richtlinien zur Stimmrechtsausübung und das Stimmrechtsverhalten auf 184 Hauptversammlungen veröffentlicht.

Vermögensverwaltung für institutionelle Investoren

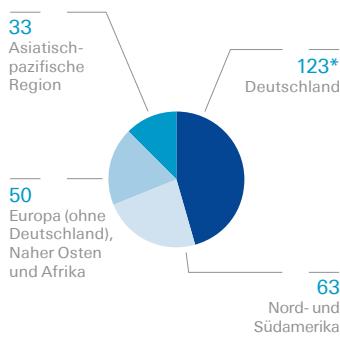
2011 hat DB Advisors seine Position als innovativer Ideengeber für Rentenanlagen gefestigt, zum Beispiel mit einem Fonds, der in Schwellenländeranleihen nach ökologischen, sozialen und Gesichtspunkten der Unternehmensführung (ESG) investiert. Unsere guten Leistungen im institutionellen Anlagegeschäft wurden in Europa mit zahlreichen Preisen prämiert. 2011 verwaltete DB Advisors im Rahmen von Mandaten aus 50 Ländern Vermögenswerte in Höhe von 174 Mrd €. Zu dem Rückgang von 1 Mrd € gegenüber 2010 ist es vor allem dadurch gekommen, dass Kunden sich infolge der unsicheren Marktlage von ihren Anlagen trennten.

Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften

Deutsche Insurance Asset Management, mit einem verwalteten Vermögen von 157 Mrd € Ende 2011 (Ende 2010: 151 Mrd €) der zweitgrößte Verwalter von Versicherungsvermögen weltweit, wurde vom Fachmagazin Reactions zum vierten Mal in Folge als Best Asset Manager im globalen Geschäft ausgezeichnet. Im Berichtsjahr legten wir außerhalb der traditionellen Renteninvestments einen Schwerpunkt auf alternative Anlagen, da unsere Kunden vermehrt renditesteigernde Lösungen nachfragten. Im Januar 2011 wurde das von uns entwickelte computergestützte Verfahren „Book Yield Attribution Analytics“, mit dem sich die Rendite eines Portfolios einfach messen und analysieren lässt, in den USA patentiert. Dies ist für Finanzprodukte bislang sehr ungewöhnlich.

02–12
Private Wealth Management:
betreutes Vermögen nach
Regionen

Insgesamt 269 Mrd € zum Jahresende 2011



Immobilienanlagen und andere alternative Investments

Mit Blick auf das wachsende Kundeninteresse an alternativen Anlagen haben wir unter der Marke RREEF Alternatives alle Immobilien-, Rohstoff- und Infrastrukturfonds, Private-Equity-Dachfonds, Private-Equity-Fonds für saubere Technologien und Investments in dem Klimaschutz verpflichtete Unternehmen auf einer einzigen Plattform zusammengeführt. RREEF Alternatives zählt mit insgesamt 49 Mrd € (2010: 46 Mrd €) zu den 15 größten Verwaltern von alternativen Vermögenswerten weltweit, bei Immobilien- und Infrastrukturfonds sowie Private-Equity-Dachfonds zu den ersten fünf. In zahlreichen Anlagesegmenten wurden wir 2011 mit Preisen von Fachpublikationen ausgezeichnet. RREEF veröffentlichte 2011 seinen ersten Jahresbericht zur Nachhaltigkeit und präsentierte sich als führender Anbieter von umweltfreundlichen Immobilienanlagen. Im Berichtsjahr erhielt RREEF zahlreiche große Mandate, unter anderem von einer namhaften koreanischen Versicherungsgesellschaft.

Der Geschäftsbereich **Private Wealth Management** (PWM) gehört zu den weltweit führenden Vermögensverwaltern. Er wendet sich an vermögende Privatkunden und Familien sowie ausgewählte institutionelle Investoren, an Family Offices und externe Vermögensverwalter. Der ganzheitliche Service des Geschäftsbereichs umfasst maßgeschneiderte Anlageprodukte, innovative Kreditlösungen sowie hochwertige Vermögensplanung und reicht bis zur Beratung bei der Nachfolgeplanung und philanthropischen Engagements.

Die Belastungen für das Vermögen unserer Kunden durch die schwierigen Marktverhältnisse konnten wir 2011 in Grenzen halten, da wir unsere Anlagestrategie frühzeitig adjustiert hatten. Das Vertrauen in die Qualität unserer Beratung wurde dadurch weiter gestärkt. Zum Jahresende betreute der Geschäftsbereich weltweit ein Vermögen von 269 Mrd € (Ende 2010: 275 Mrd €) für mehr als 75 000 Kunden an über 120 Standorten. **Grafik 02–12** Obwohl uns 2011 neues Kundenvermögen in Höhe von 4 Mrd € netto zugeflossen ist, konnten wir einen Rückgang gegenüber 2010 um insgesamt 6 Mrd € infolge der ungünstigen Märkte nicht vermeiden.

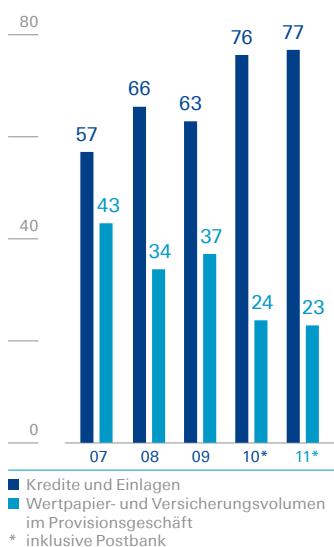
Gleichwohl konnte PWM 2011 in dem schwieriger werdenden Umfeld seine Gewinne steigern. An dieser erfreulichen Entwicklung waren nahezu alle Sparten und Regionen in PWM beteiligt. Besonders hervorzuheben sind das Geschäft mit Aktien, Devisen und Investmentfonds sowie eine vermehrte Kreditvergabe an unsere Kunden. Wir haben erfolgreich neue Produkte wie Direktanlagen in unser Angebot aufgenommen und durch eine noch engere Zusammenarbeit mit unserem Investment Banking unsere Stellung im Markt für die sehr vermögenden Kunden (Ultra High Net Worth) ausgebaut.

Positiv ausgewirkt hat sich auch die Normalisierung bei unserer eigenständigen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim, deren Neuaustrichtung sehr gut vorangekommen ist. Bei weiter zurückgeführten Kosten und Risikopositionen konnte 2011 die Gewinnzone wieder erreicht werden.

02-13

Private & Business Clients: starkes Wachstum im bilanzbasierten Geschäft

Geschäftsvolumen in % zum Jahresende



Ein Eckpfeiler für PWM blieb auch 2011 Deutschland, wo uns die Fachzeitschrift Euromoney erneut den Titel Best Private Bank in Germany zuerkannte. Bei stabiler Kostenbasis leistete das Deutschlandgeschäft einen bedeutenden Beitrag zum Ergebnis.

In Großbritannien kam es 2011 zu einer Konsolidierungsphase, nachdem im Jahr zuvor das Segment der sehr vermögenden Kunden besonders stark gewachsen war.

Im übrigen Europa einschließlich Russland, im Nahen Osten und in Afrika konnte PWM seine Position ausbauen. Ein wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell sowie eine sinkende Kosten-Ertrags-Relation waren ausschlaggebend dafür, dass unsere Gewinne in Nord- und Südamerika zulegten.

Im strategisch besonders vielversprechenden asiatisch-pazifischen Raum erzielten wir 2011 mit Vermögenszuflüssen in Höhe von netto 5 Mrd € ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr. In China und Indien wurden wir als Best Private Bank (Asian Private Banker) ausgezeichnet. Bei der Expansion in dieser Region setzt PWM vor allem auf Wachstum aus eigener Kraft, das durch die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer IT-Plattform unterstützt wird.

Unverändert ist es das Ziel von PWM, sich als weltweit führender Berater für vermögende Privatkunden und Familien sowie ausgewählte Institutionen zu etablieren. Um diesem Anspruch zu genügen, kommt der erstklassigen Qualität der Dienstleistungen für unsere anspruchsvolle Klientel oberste Priorität zu. Hier immer noch besser zu werden ist eine Aufgabe, der wir uns kontinuierlich stellen.

Private & Business Clients

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) betreibt international das Bankgeschäft mit Privatkunden, Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Das Produktangebot umfasst neben Kontoführung und Zahlungsverkehr die Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Fonds und Wertpapiere sowie private und geschäftliche Kredite.

Im Berichtsjahr ist PBC weiter aus eigener Kraft gewachsen. Die Zahl der Filialen in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen, Indien und China wurde auf 2869 erhöht. Davon entfallen 1 098 auf die Deutsche Postbank. Außerdem ergänzen wir unser eigenes stationäres Geschäft, indem wir im mobilen Vertrieb mit 2912 selbstständigen Finanzberatern (ohne Postbank) zusammenarbeiten und zudem mit namhaften Gesellschaften kooperieren. Dazu gehören die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) sowie die deutsche, spanische und die italienische Post. Der Unternehmensbereich PBC betreut in Deutschland insgesamt rund 24 Millionen Kunden sowie weitere etwa fünf Millionen im Ausland. Unsere Marktführerschaft in Deutschland wurde 2011 auch durch die vom Fachmagazin Euromoney verliehene Auszeichnung als Best Bank Germany bestätigt.

02–14
Private & Business Clients:
Filialen im Geschäftsbereich
Advisory Banking International

Insgesamt 867 Filialen zum Jahresende 2011



Für PBC war 2011 ein Rekordjahr, in dem sich das Ergebnis trotz eines unfreundlichen Marktumfelds gegenüber 2010 verdoppelt hat. Darin kommt vor allem die Einbeziehung der Postbank zum Ausdruck, mit der wir durch eine engere Kooperation Ertrags- und Kostenvorteile erschließen konnten. Hierzu hat aber auch ein gutes operatives Geschäft vor allem im zinsabhängigen Bereich in unserem Heimatmarkt beigetragen. So konnten wir insgesamt den Anteil der bilanzabhängigen und stabileren Erträge erhöhen. Positiv auf unser Geschäft wirkte sich zudem aus, dass gerade angesichts einer weitverbreiteten Verunsicherung der Marke Deutsche Bank in allen unseren Märkten grundsätzlich großes Vertrauen entgegengebracht wird.

2011 hat PBC die Neuordnung seines Geschäfts in drei Säulen fortgesetzt. Die gemeinsame Basis ist eine einheitliche Plattform für alle Abwicklungsprozesse sowie die IT-Infrastruktur, an der wir gegenwärtig mit großem Einsatz arbeiten. Sie soll stufenweise fertiggestellt werden und beträchtliche Effizienzgewinne und Ertragssynergien möglich machen.

Unter der Bezeichnung Consumer Banking Deutschland berichten wir über die Aktivitäten der Deutschen Postbank. Hier konnten wir im Berichtsjahr den Gewinn erhöhen. Die Zahl der Girokonten stieg erstmals auf über fünf Millionen. Parallel wurden übernommene Risikopositionen abgebaut und damit wurde der Kapitalbedarf reduziert.

Unser Advisory Banking Deutschland, die zweite Säule, umfasst alle Aktivitäten von PBC im Heimatmarkt ohne die Postbank. Dank einer strikten Kosten- und Risikodisziplin sowie höherer Erträge aus dem deutschen Baufinanzierungs- und Einlagengeschäft konnten wir das mit dem Vorjahr vergleichbare Ergebnis verbessern. Wir wollen uns in diesem Bereich durch eine hohe Beratungsqualität und eine konsequente Kundenorientierung entscheidend von den Wettbewerbern abheben. Unsere Auszeichnungen 2011 (Zeitschrift Euro am Sonntag) als Bank mit der besten Anlageberatung und mit der besten Filialberatung in Deutschland zeigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Den traditionellen Vertrieb unserer Dienstleistungen ergänzt unsere Online-Bank maxblue. Sie konnte ebenfalls eine Spitzenposition erringen. Im Test Direktbanken und Online-Broker der Zeitschrift Euro am Sonntag wurden wir 2011 erneut zum Gesamtsieger in Deutschland gekürt.

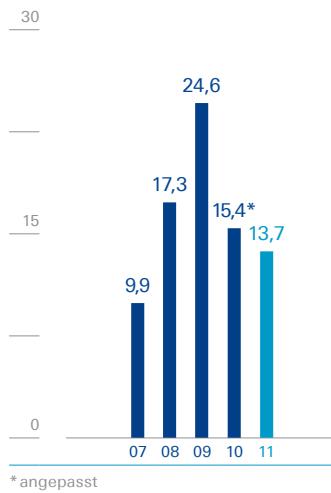
Zur dritten Säule, Advisory Banking International, gehören alle Aktivitäten von PBC in Europa außerhalb Deutschlands und in Asien. In beiden Regionen waren wir 2011 erfolgreich. Der Geschäftsbereich eröffnete 39 neue Filialen, davon 30 in Italien.

Grafik 02–14 Die strategische Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China haben wir weiter vertieft. Wir nahmen an einer privaten Aktienplatzierung teil, durch die wir unsere Beteiligung an der dreizehntgrößten chinesischen Bank auf maximal zulässige 19,99% erhöhten. Auch in Indien gelang es uns, die Ertragskraft unseres Filialgeschäfts zu verbessern.

Kunden – Corporate Investments

Weitere nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva übernommen

02–15
Corporate Investments:
Entwicklung des Buchwerts
der Beteiligungen
In Mrd € zum Jahresende



Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) steuert die weltweiten Beteiligungen der Deutschen Bank, die nicht Teil unseres Kerngeschäfts sind. Dabei handelt es sich vor allem um die verbliebenen Industriebeteiligungen, unsere übrigen Kapitalbeteiligungen sowie sonstige Vermögenswerte, zu denen auch bestimmte Immobilien- und Kreditengagements gehören. [Grafik 02–15](#)

Per 1.Januar 2011 hat CI die Managementverantwortung für unser Engagement an der Actavis Gruppe vom Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities übernommen. Ebenfalls zum Jahresanfang 2011 wurde die BHF-BANK vom Geschäftsbereich Private Wealth Management auf CI übertragen.

Ende 2011 betrugen die in CI verwalteten nicht strategischen Beteiligungen 12,2 Mrd €. Darin enthalten sind unser Kreditobligo gegenüber der Actavis Gruppe sowie unsere Anteile am Hafenbetreiber Maher Terminals und am Immobilienobjekt The Cosmopolitan of Las Vegas. Alle Positionen gehören nicht zu unserem Kerngeschäft und werden deshalb als Finanzinvestitionen auf Zeit behandelt.

Auf bestimmte Kreditengagements entfielen zum Ende des Berichtsjahres 1,5 Mrd €. Die Liquiditätsfazilität in Höhe von 6,4 Mrd € für die FMS Wertmanagement Anstalt des öffentlichen Rechts, die Abwicklungseinheit des Hypo Real Estate Konzerns, wurde 2011 vollständig zurückgezahlt. Diesen Betrag hatten wir Ende 2010 durch die Zeichnung von Anleihen bereitgestellt.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate Investments¹)

Der Konzernbereich Corporate Investments musste 2011 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 1,1 Mrd € (2010: Verlust von 2,8 Mrd €) hinnehmen. Dieses Ergebnis war im Wesentlichen auf Wertminderungen im Zusammenhang mit der Actavis Gruppe sowie The Cosmopolitan of Las Vegas zurückzuführen.

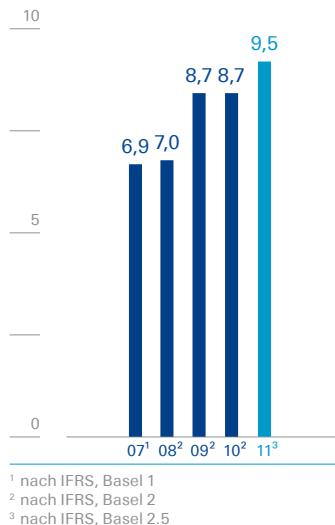
	2011	2010
Erträge insgesamt	394	-1 796
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	-0
Zinsunabhängige Aufwendungen	1 492	967
Ergebnis vor Steuern	-1 111	-2 760
Risikogewichtete Aktiva	11 848	8 794
Aktiva	25 203	30 138

¹Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2011 (Lagebericht).

Kunden – Zentrale Infrastruktur Instrument des Vorstands zur Konzernführung

02–16 Gesteigerte Tier-1-Kernkapital- quote

In % zum Jahresende



¹ nach IFRS, Basel 1
² nach IFRS, Basel 2
³ nach IFRS, Basel 2.5

Der zentrale Infrastrukturbereich unterstützt mit seinen strategischen, risikosteuernden und kontrollierenden Abteilungen den Vorstand bei der Führung des Konzerns. Die dazu erforderlichen Prozesse sind größtenteils global in die Geschäftsbereiche mit engem Kontakt zum Markt integriert, allerdings mit davon unabhängigen eigenen Berichtslinien. Dieses Grundprinzip ist ein Eckpfeiler unserer Organisation und Führungskultur, der sich seit vielen Jahren bewährt hat.

Zum zentralen Infrastrukturbereich gehören die Stabsabteilungen Finance (Finanzen), Audit (Revision), Tax (Steuern), Risk (Risiko), Investor Relations, Communications & Corporate Social Responsibility (Kommunikation & Gesellschaftliche Verantwortung), Human Resources (Personal), Group Strategy & Planning (Abteilung für Konzernentwicklung), Corporate Insurance (Versicherungsabteilung) und DB Research (Volkswirtschaftliche Abteilung).

Regulatorische Vorgaben umgesetzt

Die Mitarbeiter der Stabsbereiche Finance und Risk (zuvor: Legal, Risk & Capital) waren 2011 sehr intensiv damit befasst, die Auswirkungen der vielfältigen neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu bewerten und die Deutsche Bank entsprechend auszurichten. Zeitweise mussten hochkomplexe Aufgaben in kürzester Frist erledigt werden. Compliance hat den Verhaltenskodex für unsere Mitarbeiter komplett überarbeitet und mit Unterstützung durch unser Risk Service Center Berlin das Anlegerschutzverbesserungsgesetz umgesetzt. Unser Treasury-Team sorgte dafür, dass die Liquiditätsreserven der Deutschen Bank bis zum Jahresende 2011 einen Rekordbetrag von 219 Mrd € erreichten. Trotz des angespannten Marktfelds konnten wir dabei auf ein breites Spektrum von Refinanzierungsquellen zurückgreifen. Außerdem gelang es uns, zum 31. Dezember 2011 mit einer Tier-1-Kernkapitalquote von 9,5% die Vorgabe der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde von 9,0% für Ende Juni 2012 vorzeitig zu übertreffen.

Grafik 02–16

Herausfordernde Kommunikation

Der Kommunikationsbereich hat die Aufgabe, den Mitarbeitern, Kunden und der breiten Öffentlichkeit ein klares Profil der Deutschen Bank zu vermitteln. In einer Zeit, in der gerade Banken wie wir unter besonders kritischer Beobachtung stehen, war dies vielfach eine echte Herausforderung. Das galt gleichermaßen für die Abteilung Investor Relations in der Kommunikation mit dem Kapitalmarkt.

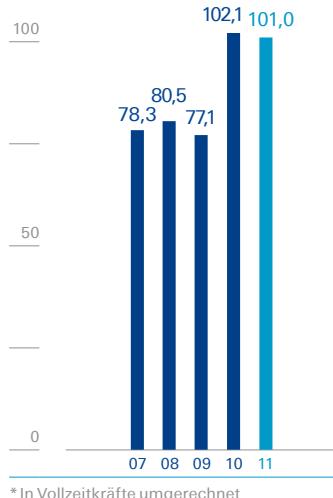
Vielfältige Beratung

DB Research beriet das Management, die Geschäftsbereiche und unsere Kunden auf der Basis eigenständiger Analysen zu vielfältigen volkswirtschaftlichen Themen. Group Strategy & Planning hat den Vorstand bei der Umsetzung der Managementagenda unterstützt und unsere strategischen Akquisitionen, Verkäufe und Integrationsprozesse eng begleitet.

Ein vorrangiges Ziel unserer Personalarbeit blieb es, die Deutsche Bank als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Besondere Anstrengungen richteten sich 2011 darauf, die Leistungskultur zu erneuern und Frauen in Führungspositionen zu fördern. Die im Berichtsjahr mit den übrigen DAX-Unternehmen unterzeichnete Selbstverpflichtung ist ein wichtiger Schritt für Chancengleichheit von Frauen im Berufsleben.

Mitarbeiter Stabilität auf hohem Niveau

02–17 Mitarbeiterzahl In Tausend zum Jahresende*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Die Zahl der Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns verringerte sich im Jahr 2011 um 1066 auf 100 996 (Vollzeitkräfte). Bereinigt um den Saldo aus erworbenen und veräußerten Unternehmensteilen, ging der Personalbestand um 502 zurück. **Grafik 02–17**

Im Konzernbereich Corporate & Investment Bank sank die Zahl der Beschäftigten um 429, was größtenteils auf Kapazitätsanpassungen infolge der schwierigen Marktlage im zweiten Halbjahr zurückzuführen war. Im Konzernbereich Private Clients and Asset Management reduzierte sich die Mitarbeiterzahl um 1743. Dazu haben vor allem die Fortschritte bei der Integration der Postbank sowie der Verkauf von Unternehmens- teilen in Indien beigetragen.

Unsere Service Center in Indien, auf den Philippinen, in Großbritannien und in den USA haben wir 2011 um 1255 Mitarbeiter verstärkt. Die anderen Infrastrukturbereiche hielten ihren Personalbestand insgesamt gesehen auf Vorjahreshöhe.

Nachdem sich die regionale Personalstruktur der Deutschen Bank im Jahr 2010 auf- grund der Akquisitionen in Deutschland markant verschoben hatte, blieb sie 2011 nahezu stabil: Der Anteil der Mitarbeiter in Deutschland belief sich auf 46,9% nach 48,3% im Jahr zuvor.

Talente gewinnen und binden

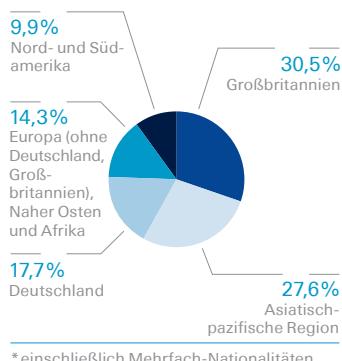
Der Nachwuchssicherung räumt die Deutsche Bank hohe Priorität ein. 2011 haben wir 878 Auszubildende (einschließlich Postbank) und 713 Hochschulabsolventen einge- stellt. Bereits seit einigen Jahren gibt es für Praktikanten ein kompaktes Nachwuchs- programm, das über Vorträge und Workshops hinaus praxisnahe Erfahrungen in ausgewählten Geschäftsbereichen ermöglicht. An diesem Sommerpraktikum haben 2011 rund 620 Studenten aus der ganzen Welt teilgenommen. In unseren 2011 gestar- teten Spring-into-Banking-Programmen können Studenten der ersten vier Semester Einblicke in den Bankalltag an zentralen Standorten wie Frankfurt am Main, London und New York gewinnen.

Eine Fülle von Informationen rund um die Karriere stellen wir in den besonders von jungen Leuten stark genutzten sozialen Netzwerken bereit, darunter Facebook, Twitter, YouTube und Flickr. Seit Sommer 2011 bieten wir vor allem unseren neuen Mitarbeitern in Großbritannien unsere iPhone App „new@db“ an.

Vergütungsstruktur erneut angepasst

2011 wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme in der Finanzdienstleistungsbranche erneut geändert. Wir beteiligten uns aktiv an vielen Diskussionen zu diesem Thema auf internationaler Ebene. Eine der Schwierigkeiten besteht in den global unterschiedlichen Reformen, was sowohl den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens als auch die Regelungsbereiche und -inhalte angeht. Eine große Herausforderung ist es, vor diesem regulatorischen Hintergrund konzernweit einheitliche Vergütungsgrundsätze sicherzustellen, die unserer traditionellen One-Bank-Unter- nehmenskultur entsprechen und zugleich von allen Mitarbeitern akzeptiert werden. Die Deutsche Bank steht dabei im Spannungsfeld zwischen dem Wettbewerb um gute Mitarbeiter einerseits und politischen wie regulatorischen Vorgaben andererseits.

02–18
Mitarbeiter im Auslandseinsatz
Insgesamt 10492* (= 100%) aus 131 Nationen zum Jahresende 2011



Trotz voneinander abweichender Vorstellungen haben die europäischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden begonnen, zumindest ansatzweise gemeinsame Kriterien zu definieren, um die sogenannten „Material Risk Taker“ zu identifizieren. Dabei handelt es sich um jene Mitarbeiter, die eine Tätigkeit mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Bank ausüben. Bei den verstärkt im Fokus stehenden Verfallsregelungen für bestimmte variable Gehaltsbestandteile haben wir im Berichtsjahr deutliche Änderungen vorgenommen. Die Anzahl unserer Konzernmitarbeiter, die den spezifischen Regelungen der deutschen Instituts-Vergütungsordnung unterliegen, hat vor allem im Ausland erheblich zugenommen. Darüber hinaus haben wir auf freiwilliger Basis für all diejenigen Mitarbeiter, die aufgeschobene Vergütungsbestandteile erhalten, eine erfolgsabhängige Verfallsregelung eingeführt.

Weitere ausführliche Informationen finden sich in dem zeitgleich mit diesem Jahresbericht separat veröffentlichten Vergütungsbericht 2011 der Deutschen Bank, der unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte_2011.htm abrufbar ist.

Attraktive Zusatzleistungen

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, haben wir 2011 in Frankfurt am Main eine Kindertagesstätte mit 20 Plätzen eröffnet. In Irland erhöhten wir die volle Lohnfortzahlung im Mutterschaftsurlaub von 18 auf 26 Wochen und auf den Kanalinseln von sechs auf 18 Wochen. Außerdem haben wir in Großbritannien den bezahlten, bis zu sechswöchigen Vaterschaftsurlaub eingeführt.

Für unsere familienfreundlichen Initiativen haben wir mehrere Auszeichnungen erhalten: So wurden wir in den USA zum „Top Employer for Working Families“ gekürt und von Working Families in Großbritannien mit dem „Best for Mothers Award“ geehrt.

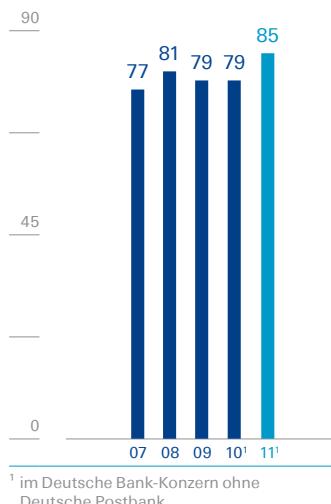
Um unsere Attraktivität als Arbeitgeber zu festigen und die Mitarbeiter an uns zu binden, bieten wir weitere vielfältige Zusatzleistungen. 2011 haben die Deutsche Bank und der Konzernbetriebsrat eine Betriebsvereinbarung verabschiedet, die Mitarbeitern nach längerer Krankheit wieder einen optimalen Einstieg ins Arbeitsleben ermöglichen und einer erneuten Erkrankung vorbeugen soll.

Unser 2010 neu eingeführter Aktienkaufplan wurde im Berichtsjahr von den Beschäftigten mit einer Beteiligung von 54% in Deutschland (ohne Postbank) und 37% weltweit gut angenommen. Bis zum Jahresende 2011 konnte die Zahl der teilnahmeberechtigten Länder auf 36 erhöht werden.

Kultur der Verantwortung

Die Finanzkrise hat Schwächen bei Banken offen gelegt und den Ruf nach Veränderung laut werden lassen. Die Deutsche Bank, die auch in einem gewandelten Umfeld erfolgreich sein will, hat sich der Aufgabe gestellt, ihre bewährte Unternehmenskultur weiterzuentwickeln und auf neue Anforderungen auszurichten. So geht es zum Beispiel darum, die Marke Deutsche Bank in der internen wie externen Wahrnehmung untrennbar mit verantwortungsbewusstem Verhalten zu verbinden. Dazu schließen Bank und Mitarbeiter eine Art ideellen Vertrag, der für beide Seiten die jeweiligen Leistungen und Gegenleistungen präzise beschreibt. Außerdem haben wir uns in der geltenden Managementagenda verpflichtet, uns noch stärker als bisher an Spitzenleistungen zu orientieren. Zu diesem Zweck haben wir einige einfache Grundprinzipien formuliert, die sowohl in die Personalführung als auch in die Weiterbildung auf breiter Front einfließen: Jeder weiß, was von ihm erwartet wird. Jeder weiß, wo er steht. Und jeder weiß, dass nach Leistung differenziert wird.

02–19
**Rückkehrerquote nach
Beendigung der Elternzeit**
In % in Deutschland



Im Berichtsjahr nahmen mit über 60 000 Mitarbeitern ebenso viele wie 2010 an der konzernweiten Deutsche Bank-Mitarbeiterbefragung teil. Der Commitment-Index 2011, der die Verbundenheit unserer Mitarbeiter mit dem Arbeitgeber misst, schwächte sich leicht auf 72% ab, lag damit aber immer noch auf einem der höchsten Werte seit Beginn unserer Befragung 1999.

Erfolg durch Vielfalt

Die Deutsche Bank fordert eine integrative Unternehmenskultur, die der Vielfalt (Diversity) in unserer Belegschaft hohe Priorität einräumt. Wir wollen, dass unsere Mitarbeiter ihre Talente optimal einsetzen und ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Dabei sind wir 2011 weiter vorangekommen: Alle Regionen sowie die meisten Geschäftsbereiche haben ihre eigenen Diversity Councils aufgestellt, die dafür sorgen, dass Vielfalt vor Ort konsequent gelebt wird. Vom 3. bis 7. Oktober 2011 fand die erste Global-Diversity-Woche statt. Ziel war es, die Mitarbeiter zu informieren und das Bewusstsein für alle Aspekte einer vielfältigen Belegschaft zu schärfen. Die Deutsche Bank war zudem Mitsponsor der angesehenen Veterans-on-Wall-Street-Konferenz in New York, die ehemaligen Militärangehörigen eine berufliche Karriere in der Finanzbranche erleichtern will.

Frauen in Führungspositionen

Die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen ist eine strategische Initiative der deutschen Wirtschaft, durch die auch der geschäftliche Erfolg gesteigert werden soll. Alle DAX-Unternehmen haben sich im März 2011 in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, realistische, unternehmensspezifische und messbare Ziele für den Anteil von Frauen in Führungspositionen festzulegen und zu veröffentlichen. Die Deutsche Bank hat darin zugesagt, bis Ende 2018 den Anteil der weiblichen Mitarbeiter auf den Ebenen Managing Director und Director auf 25% sowie auf den Ebenen Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President und Associate zusammengekommen auf 35% zu erhöhen, vorbehaltlich gegenteiliger Regelungen. Unsere kurzfristigen Jahresziele 2011 für beide Gruppen von 17% und 29,3% haben wir erreicht beziehungsweise mit 29,7% übertroffen.

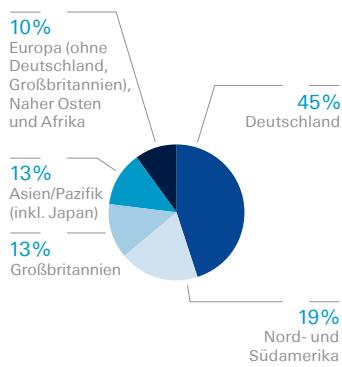
Das 2009 unter der Schirmherrschaft unseres Vorstandsvorsitzenden Josef Ackermann initiierte ATLAS-Programm (Accomplished Top Leaders Advancement Strategy) hat zum Ziel, einen Kreis weiblicher Führungskräfte für Top-Management-Positionen in der Bank vorzubereiten. Die Hälfte der Frauen, die bislang am ATLAS-Programm teilgenommen haben, konnte bereits neue oder verantwortungsvollere Aufgaben übernehmen.

Mit unserer Initiative Frauen in Führungspositionen wollen wir den Anteil von Frauen in den Vorständen unserer Tochtergesellschaften und in den Regionalbeiräten erhöhen. 2011 konnten wir hier Fortschritte machen. In Singapur richteten wir als Gastgeber die erste Women-in-Asian-Business-Konferenz aus.

Gesellschaft Verantwortung übernehmen

02–20 Weltweites Fördervolumen für gesellschaftliches Engagement nach Regionen

2011 insgesamt 83,1 Mio €



Für die Deutsche Bank ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ein integraler Bestandteil des Geschäfts. Das setzt voraus, dass wir als Unternehmen international konkurrenzfähig und finanziell erfolgreich sind. Nur dann sind wir imstande, unsere Nachhaltigkeitsstrategie zu verwirklichen und durch gesellschaftliches Engagement soziales Kapital zu schaffen. Insgesamt haben wir 2011 Bildungsinitiativen, soziale Projekte sowie Kunst und Musik mit 83,1 Mio € unterstützt. **Grafik 02–20** Mehr als 296 000 Kinder und Jugendliche nahmen rund um den Globus an Bildungsprojekten der Deutschen Bank teil.

Nachhaltigkeit: ein Grundprinzip

Für alle Aktivitäten der Bank sehen wir Nachhaltigkeit als einen entscheidenden Qualitäts- und Erfolgsfaktor an. Unsere Kunden unterstützen wir bei Investitionen in Resourceneinsparung und sauberes Wachstum. Wir finanzieren selbst oder arrangieren die Mittelaufbringung und beraten Unternehmen, die auf umweltschonende Technologien und erneuerbare Energien setzen. In Nordamerika, Europa und im Nahen Osten waren wir 2011 zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien an Projekten mit einem Volumen von knapp drei Gigawatt beteiligt. Für den Umgang unserer Mitarbeiter mit Umwelt- und Sozialrisiken, die bei Geschäftspartnern und -aktivitäten in besonders anfälligen Branchen wie beispielsweise Rohstoffgewinnung und -verarbeitung auftreten können, haben wir neue Richtlinien entwickelt und eingeführt.

Ökologische, soziale und Aspekte der Unternehmensführung (ESG) spielen in unserem Vermögensanlagemanagement neben der traditionellen finanziellen Zielsetzung eine zunehmende Rolle: Ende 2011 verwalteten wir insgesamt ein Vermögen von 2,5 Mrd €, das gemäß diesen Kriterien angelegt war. Im Berichtsjahr haben wir beispielsweise den European Energy Efficiency Fund über 265 Mio € und den Africa Agriculture and Trade Investment Fund mit 85 Mio € aufgelegt. Die DWS Investments führte unter anderem zwei geschlossene „grüne“ Fonds für Privatkunden ein.

Die Umweltbelastung durch unsere eigenen betrieblichen Aktivitäten haben wir 2011 weiter verringert. Ziel ist es, ab 2013 unseren gesamten Geschäftsbetrieb klimaneutral zu stellen. Im Berichtsjahr stammten bereits zwei Drittel unserer benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen. Beispielhaft für praktizierte Nachhaltigkeit steht die ganzheitliche Modernisierung unserer Konzernzentrale in Frankfurt am Main. Die markanten Zwillingstürme gehören zu den umweltfreundlichsten Hochhäusern der Welt und erhielten hierfür höchste Auszeichnungen.

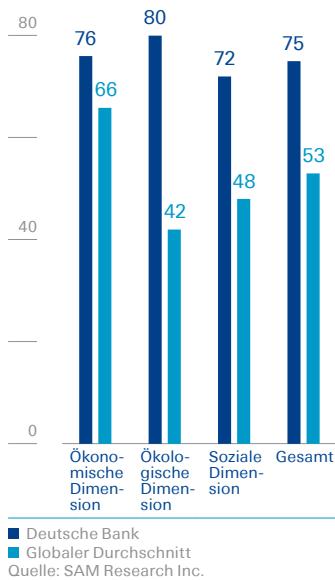
Bildung: Talente fördern

Die Deutsche Bank setzt sich weltweit für Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit ein. Schwerpunktmaßig investiert sie in Programme, die begabte Schüler aus benachteiligten Familien auf dem Weg an die Universität begleiten. Im Jahr 2011 wurde in Großbritannien die IntoUniversity-Initiative als „Bester Beitrag zur Verbesserung des Bildungsniveaus“ ausgezeichnet. Die Initiative STUDIENKOMPASS, die von der Deutsche Bank Stiftung unterstützt wird, förderte im Berichtsjahr rund 1 400 junge Menschen in Deutschland; über 90% der Schüler beabsichtigen, ein Hochschulstudium aufzunehmen.

02-21

SAM-Nachhaltigkeitsrating 2011

Finanzdienstleistungsunternehmen
Indexmaximum = 100



Soziales: Chancen eröffnen

Wir nutzen unsere globale Präsenz und entwickeln innovative Lösungen, um Menschen die Chance zu eröffnen, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden. In den USA trägt die Deutsche Bank in Projekten wie „Living Cities“ zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung infrastrukturschwacher Bezirke bei. Dieses Engagement wurde von der Federal Reserve Bank of New York seit nunmehr 20 Jahren in Folge als „outstanding“ gewürdigt. Neu aufgelegt haben wir 2011 den Impact Investment Fund I, der in Großbritannien in Unternehmen aus dem sozialen Bereich mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell investiert. Als ein Vorreiter der Branche unterstützen wir mit Mikrokrediten Kleinstunternehmer in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Kunst & Musik: Kreativität entwickeln

Über 200 000 Besucher in zwei Jahren in sieben lateinamerikanischen Museen, das ist die Rekordbilanz der Ausstellung „Beuys and Beyond – Teaching as Art“ mit Werken aus der Sammlung Deutsche Bank. Ein weiterer Erfolg war „Globe. For Frankfurt and the World“, eine Veranstaltungsreihe mit 70 internationalen Künstlern im Frühjahr 2011 anlässlich der Eröffnung unserer modernisierten Unternehmenszentrale in Frankfurt am Main. Als Künstler des Jahres 2012 wurde der Konzeptkünstler Roman Ondák ausgewählt, dessen Werke in einer Einzelausstellung in Berlin präsentiert werden.

Eine enge Partnerschaft verbindet uns seit mehr als 20 Jahren mit den Berliner Philharmonikern. Mit der 2009 etablierten Digital Concert Hall können wir vielen Menschen über das Internet Zugang zu klassischer Musik verschaffen. Dieser virtuelle Konzertsaal hatte 2011 allein beim Saisoneröffnungskonzert 9000 Besucher. Für Musik begeistern wollen die Berliner Philharmoniker auch mit ihrem Programm Zukunft@BPhil, an dem seit 2002 über 21 000 Jugendliche aus allen sozialen Schichten teilgenommen haben.

Ehrenamtliches Engagement: Leidenschaft weitergeben

Als Mentoren, Berater gemeinnütziger Organisationen oder während „Social Days“ übernehmen immer mehr Mitarbeiter ganz persönlich Verantwortung in der Gesellschaft. Die Deutsche Bank fördert dieses Engagement seit über 20 Jahren. Insgesamt haben sich 2011 mehr als 19 000 unserer Mitarbeiter in etwa 3 000 gemeinnützigen Organisationen eingesetzt. Das entspricht einem Anstieg der Teilnehmerquote von 21 % auf 24 % binnen Jahresfrist. In Deutschland, Hongkong und Singapur wurde dieser Einsatz mit Auszeichnungen geehrt. Mit der 2011 neu gestarteten Initiative „pass on your passion“ wollen wir zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ermutigen.

Weitere Informationen zu der von uns praktizierten Nachhaltigkeitsstrategie und unserem gesellschaftlichen Engagement finden Sie im Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2011“ und unter ► www.deutsche-bank.de/csr.

Abdullah Aldawood Riad

Für die schnell wachsende saudi-arabische Wirtschaft werden der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt und zu Investment-Banking-Dienstleistungen immer wichtiger. Unsere solide Präsenz vor Ort unterstreicht unser starkes Engagement für diese vielversprechende Region.

Abdullah Aldawood,
Deutsche Securities Saudi Arabia LLC,
Riad





03 -

Konzernabschluss/Auszüge

Gewinn-und-Verlust-Rechnung – 61

Bilanz – 62

Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 63

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	2011	2010	2009
in Mio €			
Zinsen und ähnliche Erträge	34 878	28 779	26 953
Zinsaufwendungen	17 433	13 196	14 494
Zinsüberschuss	17 445	15 583	12 459
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1 839	1 274	2 630
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15 606	14 309	9 829
Provisionsüberschuss	11 544	10 669	8 911
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3 058	3 354	7 109
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	123	201	-403
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-264	-2 004	59
Sonstige Erträge	1 322	764	-183
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15 783	12 984	15 493
Personalaufwand	13 135	12 671	11 310
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	12 657	10 133	8 402
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	485	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	-134
Restrukturierungsaufwand	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	25 999	23 318	20 120
Ergebnis vor Steuern	5 390	3 975	5 202
Ertragsteueraufwand	1 064	1 645	244
Jahresüberschuss	4 326	2 330	4 958
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	194	20	-15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4 132	2 310	4 973
Ergebnis je Aktie¹			
in €	2011	2010	2009
Unverwässert	4,45	3,07	7,21
Verwässert ²	4,30	2,92	6,94
Anzahl der Aktien in Millionen¹			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	928,0	753,3	689,4
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	957,3	790,8	716,7

¹Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

²Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

Bilanz

Aktiva			
	in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Barreserve		15928	17157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		162 000	92 377
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)		25 773	20 365
Forderungen aus Wertpapierleihen		31 337	28 916
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		240 924	271 291
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		859 582	657 780
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		180 293	171 926
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2011 87 Mrd € (2010: 91 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		1 280 799	1 100 997
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2011 9 Mrd € (2010: 4 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		45 281	54 266
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen		3 759	2 608
Forderungen aus dem Kreditgeschäft			
davon zum 31.12.2011 und 2010 jeweils 3 Mrd € als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer		412 514	407 729
Sachanlagen		5 509	5 802
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte		15 802	15 594
Sonstige Aktiva		154 794	149 229
Steuerforderungen aus laufenden Steuern		1 870	2 249
Steuerforderungen aus latenten Steuern		8 737	8 341
Summe der Aktiva		2 164 103	1 905 630
Passiva			
	in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Einlagen		601 730	533 984
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)		35 311	27 922
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen		8 089	3 276
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelsspassiva		63 886	68 859
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹		838 817	647 195
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		118 318	130 154
Investmentverträge		7 426	7 898
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		1 028 447	854 106
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen		65 356	64 990
Sonstige Passiva		187 816	181 827
Rückstellungen		2 621	2 204
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern		2 524	2 736
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern		1 789	2 307
Langfristige Verbindlichkeiten		163 416	169 660
Hybride Kapitalinstrumente		12 344	12 250
Summe der Verbindlichkeiten		2 109 443	1 855 262
Eigenkapital			
		2 380	2 380
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €		2 380	2 380
Kapitalrücklage		23 695	23 515
Gewinnrücklagen ¹		30 119	25 975
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		-823	-450
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		-1 981	-2 601
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		53 390	48 819
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1 270	1 549
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		54 660	50 368
Summe der Passiva		2 164 103	1 905 630

¹Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Bilanzsumme	2 164 103	1 905 630	1 500 664	2 202 423	1 925 003
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4 125 14	4 077 29	2 581 05	2 692 81	1 988 92
Summe der Verbindlichkeiten ¹	2 109 443	1 855 262	1 462 695	2 170 509	1 885 688
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	53 390	48 819	36 647	30 703	37 893
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1 270	1 549	1 322	1 211	1 422
Tier-1-Kapital ²	49 047	42 565	34 406	31 094	28 320
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	55 226	48 688	37 929	37 396	38 049

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2011	2010	2009	2008	2007
Zinsüberschuss	17 445	15 583	12 459	12 453	8 849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1 839	1 274	2 630	1 076	612
Provisionsüberschuss	11 544	10 669	8 911	9 741	12 282
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3 058	3 354	7 109	- 9 992	7 175
Sonstige zinsunabhängige Erträge	1 181	- 1 039	- 527	1 411	2 523
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15 783	12 984	15 493	1 160	21 980
Personalaufwand	13 135	12 671	11 310	9 606	13 122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	12 657	10 133	8 402	8 339	8 038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	485	542	- 252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	- 134	585	128
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	- 13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	25 999	23 318	20 120	18 278	21 468
Ergebnis vor Steuern	5 390	3 975	5 202	- 5741	8 749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1 064	1 645	244	- 1 845	2 239
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4 326	2 330	4 958	- 3 896	6 510
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	194	20	- 15	- 61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4 132	2 310	4 973	- 3 835	6 474

Kennziffern

	2011	2010	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie (basic) ³	4,45 €	3,07 €	7,21 €	- 6,87 €	12,29 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ³	4,30 €	2,92 €	6,94 €	- 6,87 €	11,80 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,75 €	0,50 €	4,50 €	4,00 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	8,2%	5,5%	14,6%	- 11,1%	17,9%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	10,2%	9,5%	15,3%	- 16,5%	24,1%
Aufwand-Ertrag-Relation	78,2%	81,6%	72,0%	134,3%	69,6%
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	9,5%	8,7%	8,7%	7,0%	6,9%
Tier-1-Kapitalquote ²	12,9%	12,3%	12,6%	10,1%	8,6%
Eigenkapitalquote ²	14,5%	14,1%	13,9%	12,2%	11,6%
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁴	100 996	102 062	77 053	80 456	78 291

¹Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

²Werte für 2011 basieren auf den veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbrieftungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010, 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Basler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel 2), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Werte für 2007 basieren auf dem Basel 1-Standard. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

³Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

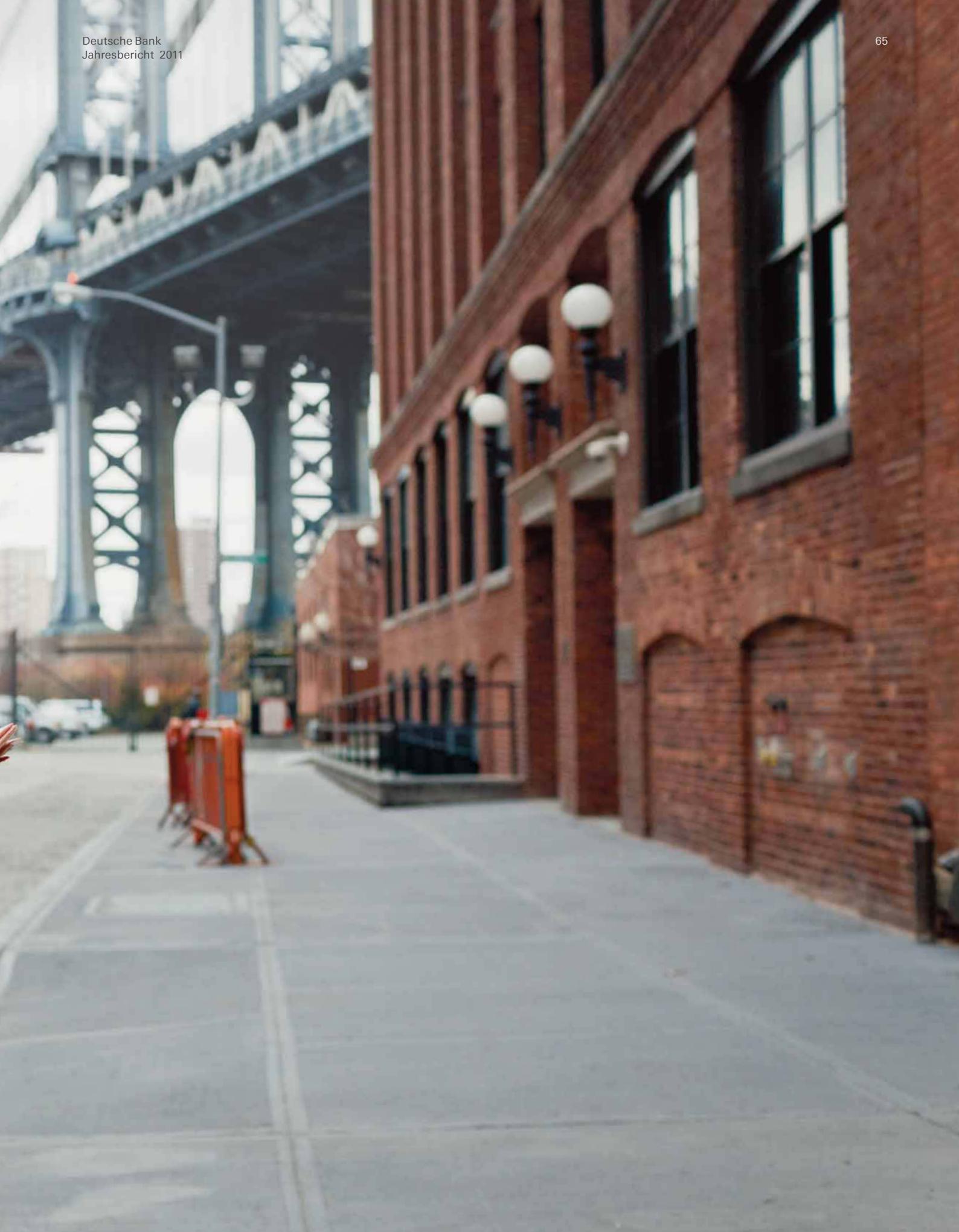
⁴Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Ben Hecht New York

Selbst in turbulenten Zeiten hat die Deutsche Bank ständig neue Ideen und arbeitet mit Living Cities zusammen, um die Chancen für Städte und einkommensschwache Bevölkerungsschichten zu verbessern. Mit ihrem Engagement und ihrem globalen Blickwinkel ist die Deutsche Bank ein echter Vorreiter für öffentlich-private Partnerschaft.

Ben Hecht,
President & CEO, Living Cities,
New York





04 -

Weitere Informationen

Glossar – 67

Impressum/Publikationen – 71

Wichtige Termine – 72

Glossar

A

Alternative Anlagen/Investments

Direkte Investitionen in ▶ Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine-Kapital, Immobilienanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie ▶ Hedgefonds.

American Depository Receipts (ADRs)

Von US-Banken ausgestellte handelbare Hinterlegungszertifikate, die nicht US-amerikanische Aktien repräsentieren. ADRs dienen zur Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung des Handels an amerikanischen Börsen.

Asset-backed Securities (ABS)

Besondere Form verbriefteter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden. ▶ Verbriefung.

Asset Finance & Leasing

Kompetenzzentrum, das hauptsächlich maßgeschneiderte und innovative Finanzierungslösungen für langlebige und hochwertige Wirtschaftsgüter strukturiert.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital für Kreditinstitute in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 mit Erweiterungen in 2009. Das Eigenkapital gemäß ▶ Basel 2.5 setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte ▶ hybride Kapitalinstrumente,
- Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,
- Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50% des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

B

Basel 2

Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch Basel 2 genannt, welche die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen stärker auf die zugrunde liegenden Risiken ausrichten.

Basel 2.5

Vorschläge für Reformen des Baseler Regelwerkes, die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht in Reaktion auf die Finanzkrise im Juli 2009 publiziert wurden. Die wichtigsten Änderungen hinsichtlich der Mindestkapitalanforderungen umfassen neue Maße für das Marktrisiko und Normen hinsichtlich Governance, Risikomanagement und Kompensation sowie Offenlegungsvorschriften mit Schwerpunkt auf Verbriefungen. Auf Ebene der Europäischen Union wurde Basel 2.5 in den Capital Requirements Directives (CRD) 2 und 3 umgesetzt.

Basel 3

Beim G20-Gipfel im November 2010 verabschiedete Neufassung der internationalen Standards zur Kapitaladäquanz des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Ziel dieser Neufassung ist es, die globalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften zu stärken, um die Stabilität des Bankensektors zu erhöhen. Bis 2019 werden durch die überarbeiteten Standards schrittweise die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie ein bankspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt. Darüber hinaus wird Basel 3 erstmals international abgestimmte Anforderungen an die Liquidität mit strengen kurz- und langfristigen Kennzahlen beinhalten. Die Umsetzung der neuen Vorschriften in deutsches Recht wird über die ▶ Solvabilitätsverordnung erfolgen.

BIZ

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.

Bookbuilding

Emissionsverfahren, das die Nachfrage einzelner Investoren mit den speziellen Finanzierungsinteressen eines Emittenten bezüglich des Emissionspreises abstimmt.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

C

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

Anlagevehikel, basierend auf einem ▶ Portfolio, das Anleihen, Kredite oder ▶ Derivate enthalten kann.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

Verbriefte Wertpapiere, die durch gewerbliche Hypothekendarlehen besichert sind.

Commitment

Die Identifikation mit dem Unternehmen, seinen Zielen und Werten sowie die Bereitschaft zur Leistung und die Neigung, bei diesem Unternehmen zu bleiben.

Compliance

Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle oder Reputationsschäden zu verhindern.

Corporate Finance

Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe innovative Finanzierungsdienstleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.

Credit Default Swap

Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Coupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.

Credit Trading

Handel mit Kredit- oder kreditnahen Produkten.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

D

Debt Products

Handelbare Instrumente, die eine Verbindlichkeit oder einen Anspruch bezüglich eines Vermögenswerts eines oder mehrerer Unternehmen im privaten beziehungsweise öffentlichen Sektor darstellen. Der Begriff beschreibt auch ein umfassenderes Angebot an Finanzinstrumenten einschließlich Devisen- und Warengeschäften.

Derivate

Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere ▶Swaps, ▶Optionen und ▶Futures.

DJSI

Dow-Jones-Sustainability-Indizes sind eine Indexfamilie, welche die ökologische und soziale Leistung von Unternehmen abbildet. Seit Bestehen der Indizes ist die Deutsche Bank im DJSI World und DJSI STOXX gelistet. ►www.sustainability-index.com

Durchschnittliches Active Equity

Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach ►International Financial Reporting Standards. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

E

Eigenkapitalrendite vor Steuern

(basierend auf dem ►durchschnittlichen Active Equity) Prozentualer Anteil des den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich Minderheitsanteilen am ►durchschnittlichen Active Equity.

Emerging Markets

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

Equity Capital Markets (ECM)

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben darunter.

Ergebnis je Aktie

Nach ►International Financial Reporting Standards ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammmakten gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Euro Commercial Paper Program

Instrument zur flexiblen Begebung unsicherter Schuldtitel mit kurzen Laufzeiten. In einem Programm können mehrere Anleiheemissionen innerhalb einer gegebenen Zeit erfolgen.

F

Fair Value

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.

Family Office

Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahrnimmt.

Financial Supply Chain Management

Optimierung der Finanzströme entlang der Lieferkette eines Unternehmens.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei denen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf der Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

H

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und ▶Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinn-abhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulativ) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls (kumulativ) sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen.

I

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Rechnungslegungsregeln des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren ▶Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, ▶Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und ▶Private Equity.

Investor Relations

Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.

K

Korrelation

Wechselbeziehung zwischen mindestens zwei Variablen (zum Beispiel Vermögenswerten), die positiv (gleichläufig) oder negativ (gegenläufig) sein kann, aber keine Aussage zum Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) macht. Wichtige Größe bei der Vermögensstrukturierung, um Risiken zu streuen beziehungsweise abzusichern.

L

Leveraged Buy-out

Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.

M

Merger & Acquisitions (M&A)

Fusionen und Übernahmen von Unternehmen.

Mortgage-backed Securities (MBS)

Wertpapiere, die durch Hypothekendarlehen besichert sind. Unterformen sind ▶Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und ▶Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

N

Nachhaltigkeit (Sustainability)

Bezeichnet das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlicher Verantwortung mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Namensaktien

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person laufen. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

O

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (▶Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.

P

Portfolio (Portefeuille)

Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung.

Portfolio Management

Steuerung und Verwaltung eines Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des ▶Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.

Prime Services/Brokerage

Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für ▶ Hedgefonds, das in erster Linie aus ▶ Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, ▶ Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Q

Quantitative Anlagen

▶ Portfolios von Aktien- und Rentenwerten sowie von ▶ Hedgefonds. Das Management erfolgt systematisch und regelgesteuert, wobei hauptsächlich fundamentale Anlagekriterien angewandt werden.

Die Auswahl beruht auf der Verarbeitung großer Datenmengen, für die quantitative Methoden und Techniken zum Einsatz kommen.

R

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen.

Intern: detaillierte Risikoeinschätzung eines Schuldners.

Repogeschäft

(Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS)

Verbriefte Wertpapiere, die durch Wohnungsbaulkredite besichert sind.

S

Sale and Leaseback

Transaktion, bei der eine Partei zum Beispiel eine Immobilie an eine andere Partei verkauft und anschließend zur weiteren Nutzung zurückmietet beziehungsweise leas.

Sarbanes-Oxley Act (SOX)

US-Kapitalmarktgesetz von 2002, das als Reaktion auf Bilanzskandale die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die Regelungen gelten für alle an einer US-Börse notierten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Solvabilitätsverordnung

Deutsche Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholdinggruppen, mit der das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 (mit Erweiterungen in 2009), auch bekannt als ▶ Basel 2.5, in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Stakeholder

Anspruchs- beziehungsweise Interessengruppen eines Unternehmens, die häufig mit Eigentümern (Aktionären), Kunden, Mitarbeitern und der Gesellschaft gleichgesetzt werden.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden.

Swaps

Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

T

Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital, Tier-3-Kapital

Teile des ▶ Aufsichtsrechtlichen Kapitals

Tier-1-Kernkapital

Enthält im Unterschied zum ▶ Tier-1-Kapital keine ▶ hybriden Kapitalinstrumente. Besteht nur aus Grundkapital und Rücklagen.

Trade Finance

Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.

Trust & Securities Services

Breite Palette von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Dazu gehören zum Beispiel Wertpapierverwaltung und -verwahrung (▶ Custody), Treuhänderverwaltung von Wertpapieren, Emissions- und Zahlstellendienste, Depotbankfunktion für ▶ American Depository Receipts (ADRs).

U

US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsregeln der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den ▶ International Financial Reporting Standards liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

V

Verbriefung (Securitization)

Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen). Häufig Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedener Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 91000
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 9108000

Hauptversammlungshotline
(0800) 1004798

Investor Relations
(069) 91038080
db.ir@db.com

Fotos

- Martin Joppen, Frankfurt
Seite 02
- Andreas Pohlmann, München
Seite 09
- Matthias Ziegler, München
Seiten 10, 20/21, 34/35, 58/59,
64/65 und Titel

Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2011 und dem Finanzbericht 2011, besteht.

- Jahresbericht 2011
(in Deutsch und Englisch)
- Finanzbericht 2011
(in Deutsch und Englisch)
- Annual Report 2011 on Form 20-F
(in Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht
der Deutschen Bank AG 2011
(in Deutsch und Englisch)
- Verzeichnis der Beiratsmitglieder
(in Deutsch)
- Gesellschaftliche Verantwortung –
Bericht 2011
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/11

Fax
(01805) 070808

Telefon
(01805) 802200

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/11

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen:
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen.
Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die die Geschäftstätigung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und anderenorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2012 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Klimaneutrale Herstellung:
Dieser Bericht wurde klimaneutral gestellt. Durch Herstellung und Verteilung verursachte Treibhausgasemissionen in Höhe von 50 t Kohlendioxid-Äquivalenten wurden durch zusätzliche Investitionen in ein hochwertiges Klimaschutzprojekt kompensiert.



Wichtige Termine

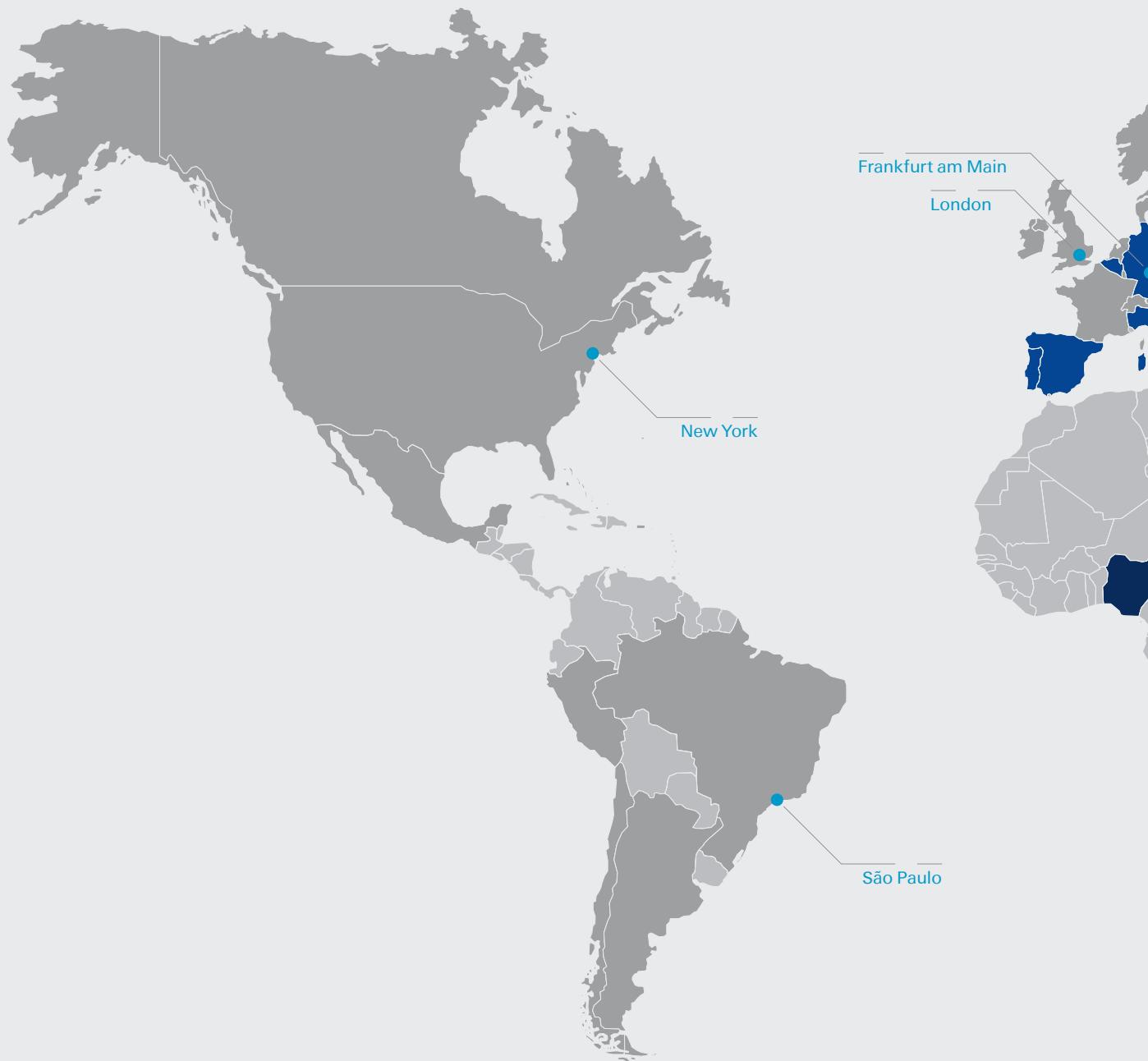
2012

26. April 2012
Zwischenbericht zum 31. März 2012
31. Mai 2012
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)
1. Juni 2012
Dividendenzahlung
31. Juli 2012
Zwischenbericht zum 30. Juni 2012
30. Oktober 2012
Zwischenbericht zum 30. September 2012

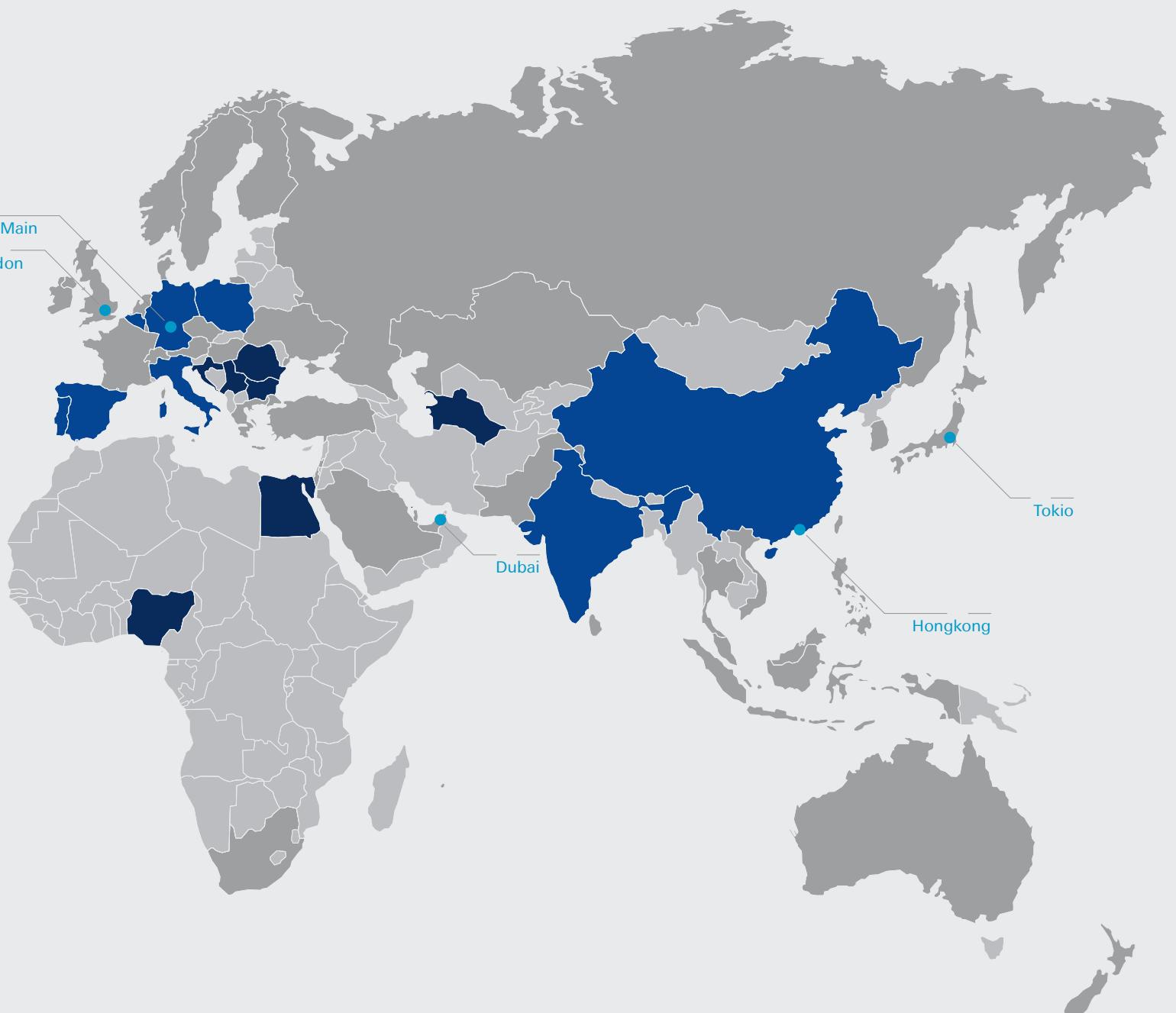
2013

31. Januar 2013
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2012
21. März 2013
Geschäftsbericht 2012 und Form 20-F
30. April 2013
Zwischenbericht zum 31. März 2013
23. Mai 2013
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)
24. Mai 2013
Dividendenzahlung
30. Juli 2013
Zwischenbericht zum 30. Juni 2013
29. Oktober 2013
Zwischenbericht zum 30. September 2013

Wir sind da, wo unsere Kunden sind



- Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden
- Filialen und/oder Tochtergesellschaften
- Repräsentanzen (ausschließlich)
- Regionale Hauptstandorte



Neuen Herausforderungen begegnet man am besten mit Entschlossenheit. Das haben wir 2011 getan: energisch, diszipliniert und aus eigener Kraft.

Wir haben die veränderten Prioritäten angenommen und uns zukunftswirksam darauf eingestellt. Mit gutem Erfolg, denn unser ökonomisches Fundament ist stärker und breiter denn je. Unser Anspruch bleibt, als global aktive Bank nachhaltig erfolgreich zu sein. Im Interesse unserer Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der Gesellschaft.

Mehrwert schaffen in neuem Umfeld.

Unsere Identität

Unser Leitbild

Wir wollen der weltweit führende Anbieter von Finanzlösungen sein und nachhaltig Wert schaffen – für unsere Kunden, unsere Aktionäre, unsere Mitarbeiter und für die Gesellschaft als Ganzes.

Unser Versprechen

Spitzenleistungen — bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, in der Beratung, bei Produkten und im Service, stets EINE Bank repräsentierend mit all ihren Fähigkeiten und Ressourcen. Kundenorientierte Lösungen — unterschiedliche Kundenbedürfnisse verstehen, Mehrwert bieten, Vertrauen bilden und anhaltende Partnerschaften aufbauen.

Verantwortung — heute handeln, an morgen denken, transparent agieren und Führung zeigen.

Corporate Governance — vorbildliche Unternehmensführung bei all unseren geschäftlichen Aktivitäten.

Unsere Marke

Die Deutsche Bank hat ein klares Profil: Wir stehen für Leistung – im Geschäft und darüber hinaus. Wir verbinden Passion und Präzision auf einzigartige Weise.

Das gibt uns das Selbstvertrauen, Herkömmliches infrage zu stellen und Neues offensiv anzugehen – zum Vorteil aller, mit denen wir zusammenarbeiten.

Finanzbericht 2011

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2011	2010
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode ¹	€ 29,44	€ 39,10
Aktienkurs höchst ¹	€ 48,70	€ 55,11
Aktienkurs tiefst ¹	€ 20,79	€ 35,93
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ²	€ 4,45	€ 3,07
Ergebnis je Aktie (verwässert) ²	€ 4,30	€ 2,92
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio ²	928	753
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio ²	957	791
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	8,2 %	5,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	10,2 %	9,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	10,3 %	9,6 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unvervässert)	€ 58,11	€ 52,38
Aufwand-Ertrag-Relation	78,2 %	81,6 %
Personalaufwandsquote	39,5 %	44,4 %
Sachaufwandsquote	38,7 %	37,3 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	33.228	28.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.839	1.274
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	25.999	23.318
Ergebnis vor Steuern	5.390	3.975
Jahresüberschuss	4.326	2.330
	31.12.2011 in Mrd €	31.12.2010 in Mrd €
Bilanzsumme	2.164	1.906
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	53,4	48,8
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ⁴	9,5 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote ⁴	12,9 %	12,3 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	3.078	3.083
davon in Deutschland	2.039	2.087
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁵	100.996	102.062
davon in Deutschland	47.323	49.265
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Aa3	Aa3
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	A+	AA-

¹ Zu Vergleichszwecken wurde der Aktienkurs für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegebenen Bezugsrechte zu berücksichtigen.

² Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (verwässert und unverwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

³ Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich mit anderen Unternehmen sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2011: 50.547 Mio €; 2010: 41.712 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen Gewinne/Verluste in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung, alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2011: minus 519 Mio €; 2010: minus 102 Mio €), sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird (2011: 617 Mio €; 2010: 461 Mio €). Die angewandten Steuersätze bei der Berechnung des Durchschnittlichen Active Equity basieren auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz.

⁴ Kapitalquoten per 31. Dezember 2011 basieren auf Basel 2.5 Regeln; vorherige Perioden basieren auf Basel 2. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

⁵ Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 – Lagebericht

- Überblick über die Geschäftsentwicklung – 4
- Risikobericht – 42
- Internes Kontrollsysteem bezogen auf die Rechnungslegung – 130
- Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 135
- Vergütungsbericht – 140
- Gesellschaftliche Verantwortung – 157
- Mitarbeiter – 162
- Ausblick – 165

02 – Konzernabschluss

- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 175
- Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 176
- Konzernbilanz – 177
- Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 178
- Konzern-Kapitalflussrechnung – 180
- Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 181

03 – Bestätigungen

- Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers – 400
- Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 402
- Bericht des Aufsichtsrats – 403

04 –

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 411

Rechnungslegung und Transparenz – 421

Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 422

Wirtschaftsprüfung und Controlling – 422

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 424

05 –

Ergänzende Informationen

Vorstand – 427

Aufsichtsrat – 428

Advisory Boards – 430

Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 435

Patronatserklärung – 436

Glossar – 437

Impressum – Publikationen – 445

01 -

Lagebericht

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Der Deutsche Bank-Konzern – 4

Wirtschaftliche Entwicklung – 5

Geschäftsergebnisse – 10

Vermögenslage – 27

Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 39

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 41

Risikobericht

Risikomanagement – Überblick – 42

Prinzipien des Risikomanagement – 44

Risikoinventur – 49

Risikosteuerungsinstrumente – 52

Kreditrisiko – 55

Marktrisiko – 93

Operationelles Risiko – 110

Liquiditätsrisiko Deutsche Bank-Konzern (ohne Postbank) – 115

Kapitalmanagement – 122

Bilanzmanagement – 125

Gesamtrisikoposition – 127

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 130

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 135

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands – 140

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 155

Gesellschaftliche Verantwortung

Nachhaltigkeit – 157

Gesellschaftliches Engagement – 160

Mitarbeiter – 162

Ausblick – 165

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Abschnitten) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 2.164 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2011) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2011 beschäftigte die Bank 100.996 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 72 Ländern und 3.078 Niederlassungen (66 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate & Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate & Investment Bank

In CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie die Corporate-Finance-Geschäfte abdecken.

Zu GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). Im Geschäftsbereich AM haben wir das weltweite Fondsgeschäft für Privatkunden unter der Marke DWS Investments zusammengeführt. An institutionelle Kunden einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen bis zu alternativen Anlageformen reicht. Am 22. November 2011 haben wir angekündigt, dass wir die weltweite Aufstellung unseres Geschäftsbereichs Asset Management prüfen werden. Die strategische Überprüfung ist Teil der kontinuierlichen Optimierung unseres Geschäftsmodells und Ausdruck unseres Anspruchs, in allen unseren Geschäftsfeldern zu den Marktführern zu gehören. Ein zentraler Punkt der Prüfung wird der Einfluss der jüngsten regulatorischen Entwicklungen auf den Geschäftsbereich und auf seine Wachstumsaussichten sein. Dies umfasst auch eine Betrachtung der mit diesen regulatorischen Entwicklungen verbundenen Veränderungen in Kostenstrukturen und Wettbewerbsfeld. Die Überprüfung erstreckt sich auf den gesamten Geschäftsbereich Asset Management weltweit mit Ausnahme des Geschäfts der DWS in Deutschland, Europa und Asien, das ein Kernbestandteil des Angebots der Deutschen Bank für private Kunden in diesen Märkten bleibt. PWM betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden, deren Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung, einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen, gehört.

PBC richtet sich an Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellen. In unserem deutschen Heimatmarkt haben wir mit der Akquisition der Postbank unsere führende Marktposition gefestigt. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI betreut unsere wesentlichen globalen Beteiligungen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft war in 2011 von einer Reihe negativer Faktoren geprägt: steigende Rohstoffpreise, wachsende Inflationsraten, die Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan, die politischen Unruhen in Nordafrika, die Debatten um die Schuldengrenze in den USA und die Herabstufung durch die Ratingagenturen, sowie besonders stark durch die Staatsschuldenkrise in Europa.

Nachdem die Weltwirtschaft in 2010 aufgrund von Nachholeffekten infolge der globalen Wirtschaftskrise um 5 % gewachsen war, dürfte sich das Wachstum im Jahr 2011 auf 3,5 % verlangsamt haben. Die Abschwächung betraf insbesondere die Industrieländer, während sich der Aufwärtstrend in den Schwellenländern fast ungebremst fortsetzte. In den Industrieländern zeigte sich dabei, dass strukturelle Anpassungsprobleme vielfach durch die massiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009, die zum Teil erst in 2010 ihre größte Wirkung entfalteten, überdeckt wurden. Mit dem Auslaufen dieser Impulse traten die strukturellen Probleme wieder in den Vordergrund.

Dies zeigte sich insbesondere in der US-Wirtschaft, in der anhaltende Probleme auf dem Immobilien- und Arbeitsmarkt das Wachstum von 3 % in 2010 auf rund 1,75 % in 2011 gebremst haben. Die japanische Volkswirtschaft wurde von einem negativen Angebotsschock infolge des Tsunamis im März 2011 und die dadurch ausgelöste nukleare Katastrophe in Fukushima vorübergehend in eine Rezession gestürzt und schrumpfte im Jahresdurchschnitt um rund 0,75 %. Die Eurozone rutschte infolge der zunehmenden Verunsicherung über die weitere Entwicklung der Staatsschuldenkrise und der nachlassenden Wirkung der in zahlreichen Ländern gestarteten fiskalischen Konsolidierungsprogramme gegen Jahresende in eine Rezession. Im Jahresdurchschnitt verlangsamte sich das Wachstum 2011 auf rund 1,5 % nach 1,9 % in 2010. Lediglich die deutsche Wirtschaft wuchs mit 3 % erneut kräftig nach 3,6 % im Vorjahr. Allerdings zeigte sich auch hier im Jahresverlauf eine deutliche Eintrübung insbesondere angesichts nachlassender außenwirtschaftlicher Impulse.

Die Bankenbranche

Das Umfeld für die Bankenbranche war 2011 von einer freundlichen ersten Jahreshälfte und ab dem Sommer von einer deutlichen Verschlechterung im Zuge einer Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise und eines unerwarteten konjunkturellen Abschwungs geprägt.

Das Kapitalmarktgeschäft verzeichnete im vergangenen Jahr zunächst stabile Erträge und eine gute Kundennachfrage, was sich durch die Ausweitung der europäischen Staatsschuldenkrise auf Italien, Spanien und weitere Kernländer ab dem dritten Quartal änderte. Die Unsicherheit über die Schuldentragfähigkeit einzelner europäischer Länder, über das Ausmaß des wirtschaftlichen Abschwungs sowie die Sorge hinsichtlich der Banken, mit wesentlichen Engagements in diesen Ländern, lähmten in Europa die Emissionstätigkeiten, Unternehmensübernahmen, Handelsaktivitäten sowie die Bereitschaft von Investoren, dem Bankensektor längerfristige Finanzierungen bereitzustellen. Außerhalb Europas hingegen blieben die Volumina der Transaktionen im Investmentbanking sowie die Kapitalmarktfinanzierung der Banken auf weiterhin überwiegend zufriedenstellendem Niveau. Im Gesamtjahr ging das weltweite Volumen von emittierten Aktien signifikant und das von Schuldpapieren moderat gegenüber 2010 zurück; das Geschäft mit Unternehmensübernahmen belebte sich leicht, und das Geschäft mit Konsortialkrediten erholt sich weiter.

Die europäischen Institute begegneten dem weitreichenden Austrocknen langfristiger Refinanzierungsquellen und des Interbankenmarkts mit einem beschleunigten Umbau des Investmentbankings, dem Abbau von Risikopositionen, dem teilweisen Rückzug aus dem Ausland und einem stärkeren Rückgriff auf von der Europäischen Zentralbank zur Verfügung gestellte Mittel. Die veränderte Refinanzierungs- und Liquiditätssituation manifestierte sich Ende des Jahres in der erstmaligen und mengenmäßig unbegrenzten Zuteilung von Dreijahresgeldern durch die Notenbank. Die europäischen Bankenaufseher versuchten zudem, mittels zweier Stresstests, erhöhte Kapitalanforderungen und verbesserte Offenlegung von in den Krisenstaaten eingegangenen Risiken, das Vertrauen in die Branche wiederherzustellen.

Das Vermögensverwaltungsgeschäft profitierte 2011 zunächst vom freundlichen Kapitalmarktfeld, bevor die Erträge mit dem Einbruch der Aktienmärkte im August und zunehmender Volatilität in den folgenden Monaten unter Druck gerieten. Anleger reduzierten ihren Bestand an Aktien und an als relativ riskant bewerteten Schuldverschreibungen unter anderem zugunsten als krisensicher angesehener US- und deutscher Staatsanleihen. Generell höhere Handelsvolumina wirkten sich in der Folge positiv auf den Provisionsüberschuss der Banken aus; die Präferenz der Anleger für eher geringmargige Produkte hingegen negativ.

Das Kreditvolumen mit Privat- und Firmenkunden in der Eurozone stieg in den ersten zwei Quartalen moderat an, bevor es zum Jahresende hin stagnierte und folgte damit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Insgesamt erhöhte sich das Kreditvolumen gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich. In den USA stabilisierten sich 2011 die Kredite an Privatpersonen, während sich die Unternehmenskredite im Jahresverlauf deutlich positiv entwickelten. Der Zinsüberschuss litt in nahezu allen Industrieländern zunehmend unter dem anhaltend sehr niedrigen Zinsniveau. Gleichzeitig zeichnete sich in Europa ein Wiederanstieg der Risikovorsorge ab, während die Rückstellungen für ausfallgefährdete Kredite in den USA weiter zurückgingen. Dementsprechend begannen die Banken in der Eurozone (im Gegensatz zu US-amerikanischen Instituten) zuletzt wieder, die Kreditvergabestandards zu straffen.

Die Gewinne der europäischen und der US-Banken entwickelten sich insgesamt gegenläufig: Während Banken in den USA weiter solide Gewinne verbuchen konnten und sogar das Rekordniveau der Vorkrisenzeit wieder in Sichtweite kam, fielen die Institute in Europa angesichts eines Gewinnrückgangs nach einem ohnehin nur moderaten Vorjahr deutlich zurück. Einzelne Großbanken verzeichneten bereits in diesem konjunkturell noch relativ freundlichen Umfeld zum Teil (erneut) Verluste.

Hinsichtlich der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen der Finanzmärkte brachte das vergangene Jahr weitere Klarheit. Die Umsetzung der grundsätzlichen Bestimmungen von Basel 3 in geltendes nationales Recht wurde in der Europäischen Union und den USA auf den Weg gebracht. In Europa berücksichtigten die Banken im aktuellen Jahresabschluss erstmals die Vorgaben von Basel 2.5; das heißt der überarbeiteten Kapitaladäquanzrichtlinie („CRD III“) mit ihren höheren Risikogewichten vor allem für Wiederverbriefungen und Handelspositionen. Darüber hinaus veröffentlichten die globalen Bankenaufseher einen Entwurf für die Umsetzung höherer Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken sowie eine Liste mit betroffenen Instituten, darunter die Deutsche Bank. In den USA führten die verschiedenen Finanzmarkt-Aufsichtsbehörden – insbesondere die Federal Reserve, die FDIC, die SEC und die CFTC – eine Reihe von Regeln ein, die das 2010 verabschiedete Rahmengesetz Dodd-Frank Act in konkrete Vorschriften für die Finanzbranche umsetzen. In Großbritannien wurde mit den Vorschlägen der Vickers-Kommission zur organisatorischen Abtrennung des Kredit- und Einlagengeschäfts mit Privat- und Firmenkunden vom Rest einer Bank regulatorisches Neuland betreten. Auf europäischer Ebene schließlich intensivierte sich die Debatte um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Der deutsche Gesetzgeber ergänzte 2011 das Wertpapierhandelsgesetz mit dem Ziel, den Anlegerschutz und die Markttransparenz zu verbessern, und die Europäische Kommission schlug eine Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie vor, welche die Anlageberatung von Kleinanlegern, die Markttransparenz und die Organisation von Wertpapierdienstleistern verbessern soll.

Deutsche Bank

In 2011 herrschten äußerst schwierige Bedingungen an den Märkten. Auf die günstigen Marktentwicklungen in der ersten Jahreshälfte folgten im zweiten Halbjahr sehr widrige Umstände. Die europäische Staatsschuldenkrise hat weltweit zunehmend für Unsicherheit an den Märkten und geschäftliche Zurückhaltung bei den Kunden gesorgt – vor allem in Europa – und zuletzt auch die Konjunktur in vielen Ländern beeinträchtigt.

Trotz dieses herausfordernden Umfelds erwirtschafteten wir in 2011 solide Ergebnisse. Unser Jahresüberschuss belief sich auf 4,3 Mrd € (2010: 2,3 Mrd €) und das Ergebnis vor Steuern auf 5,4 Mrd €, verglichen mit 4,0 Mrd € in 2010 (darin enthalten war eine Belastung von 2,3 Mrd € im Zusammenhang mit der Akquisition der Postbank). In unseren Geschäftssegmenten in CIB und PCAM erzielten wir ein Ergebnis vor Steuern von 6,6 Mrd €, welches sich mit unserem ursprünglichen Ziel von 10 Mrd € vergleicht, das auf bestimmten Annahmen zum wirtschaftlichen Umfeld basierte. Im Jahr 2011 haben sich allerdings nicht alle diesem Ziel zugrunde liegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfüllt.

Während der Unternehmensbereich CB&S im ersten Halbjahr 2011 ein sehr gutes Ergebnis verzeichnete, konnte er sein Ziel für das Gesamtjahr jedoch nicht erreichen. Ursache hierfür waren eine starke Verschlechterung der Marktbedingungen infolge der anhaltenden Staatsschuldenkrise in Europa sowie wachsende Bedenken hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Lage in der zweiten Jahreshälfte 2011. Darüber hinaus musste CB&S spezifische Belastungen von 1,0 Mrd € verkraften, die im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und operationellen Risiken standen. Dagegen haben unsere Geschäftsfelder GTB und PCAM Rekordergebnisse erzielt und insgesamt ihre Ziele übertroffen. Dieses gute Ergebnis beinhaltete positive Effekte aus kürzlich getätigten Akquisitionen, die ebenfalls zu einem ausgewogenen Ergebnismix im aktuellen Geschäftsjahr beigetragen haben. Hierzu zählt vor allem die Konsolidierung der Postbank für das volle Geschäftsjahr. Zusätzlich spiegelt das Ergebnis in PBC einen negativen Nettoeffekt von 0,2 Mrd € wider, der aus Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen (0,5 Mrd €) resultiert, die teilweise durch einen einmaligen positiven Effekt im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank (0,3 Mrd €) kompensiert wurden.

Ferner wurde unser Ergebnis in 2011 von anderen wesentlichen Faktoren beeinflusst. Erstens erfassten wir Wertminderungen von rund 0,6 Mrd € in Bezug auf bestimmte Beteiligungen in CI. Zweitens gingen unsere leistungsabhängigen Vergütungen in 2011 deutlich zurück, was auf niedrigere Ergebnisse, insbesondere in CB&S zurückzuführen ist. Drittens erzielten wir im Berichtsjahr zusätzliche Effizienzgewinne von über 0,5 Mrd € durch das Programm zur Komplexitätsreduktion, was zu Effizienzgewinnen aus diesem Programm im Vergleich zur entsprechenden Kostenbasis des Jahres 2009 von insgesamt 1,1 Mrd € zum Jahresende 2011 führte. Darüber hinaus erzielten wir zusätzliche Einsparungen durch die weitere Integration von CIB.

Insgesamt haben wir unsere Kapitalposition, Liquiditätsreserven und Refinanzierungsquellen deutlich gestärkt und sollten daher gut auf mögliche künftige Herausforderungen vorbereitet sein, die Marktturbulenzen und schärfere Auflagen der Aufsichtsbehörden mit sich bringen könnten. Nach der erstmaligen Anwendung der neuen Basel 2.5-Regeln zum 31. Dezember 2011 lag unsere Tier-1-Kapitalquote bei 12,9 % und unsere Tier-1-Kernkapitalquote bei 9,5 %. Die risikogewichteten Aktiva beliefen sich zum Jahresende 2011 auf 381 Mrd €, gegenüber 346 Mrd € zum Jahresende 2010. Die Einführung der Basel 2.5-Regeln war mit 54 Mrd € Hauptursache für diesen Anstieg, der durch Managementmaßnahmen zum Risikoabbau, vor allem im Geschäftsbereich CB&S, teilweise ausgeglichen wurde. Außerdem haben wir die Kapitalanforderungen der European Banking Authority (EBA) sowohl in Bezug auf den Einführungstermin wie auch die Höhe unserer Kapitalausstattung übertroffen. Zum 31. Dezember 2011 lagen unsere Liquiditätsreserven (ohne Berücksichtigung der Postbank) bei 219 Mrd € (31. Dezember 2010: 150 Mrd €).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2011 und 2010.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	17.445	15.583	1.862	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.839	1.274	565	44
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15.606	14.309	1.297	9
Provisionsüberschuss	11.544	10.669	875	8
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	3.354	-296	-9
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	123	201	-78	-39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-264	-2.004	1.740	-87
Sonstige Erträge	1.322	764	558	73
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.783	12.984	2.799	22
Summe Erträge insgesamt¹	31.389	27.293	4.096	15
Personalaufwand	13.135	12.671	464	4
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	12.657	10.133	2.524	25
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	485	-278	-57
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	-29	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	25.999	23.318	2.681	11
Ergebnis vor Steuern	5.390	3.975	1.415	36
Ertragsteueraufwand	1.064	1.645	-581	-35
Jahresüberschuss	4.326	2.330	1.996	86
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	194	20	174	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4.132	2.310	1.822	79

N/A – nicht aussagefähig

¹ Nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	34.878	28.779	6.099	21
Summe der Zinsaufwendungen	17.433	13.196	4.237	32
Zinsüberschuss	17.445	15.583	1.862	12
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.174.201	993.780	180.421	18
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.078.721	933.537	145.184	16
Zinsertragssatz ²	2,97 %	2,90 %	0,07 Ppkt.	2
Zinsaufwandssatz ³	1,62 %	1,41 %	0,21 Ppkt.	15
Zinsspanne ⁴	1,35 %	1,48 %	- 0,13 Ppkt.	- 9
Zinsmarge ⁵	1,49 %	1,57 %	- 0,08 Ppkt.	- 5

Ppkt. – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich 2011 auf 17,4 Mrd € und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mrd € (12 %). Diese Erhöhung war im Wesentlichen auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Die Konsolidierung der Postbank war auch der Hauptgrund für den Anstieg der durchschnittlichen verzinslichen Aktiva und Passiva, in deren Folge die Zinserträge und Zinsaufwendungen im Jahresvergleich signifikant anstiegen. Ohne Berücksichtigung dieser Postbank-Effekte blieb der Zinsüberschuss in 2011 unter dem Wert von 2010. Der Rückgang war hauptsächlich auf den Unternehmensbereich CB&S zurückzuführen und resultierte aus einem gesunkenen Zinsüberschuss aus Handelsaktiva beziehungsweise -passiva, sowie aus gestiegenen Refinanzierungskosten der Handelsaktivitäten aufgrund höherer Zinsspreads. Die vorgenannten Entwicklungen führten im Jahresvergleich zu einer Verringerung unserer Zinsspanne um 13 Basispunkte und unserer Zinsmarge um acht Basispunkte.

Die Entwicklung unseres Zinsüberschusses wird darüber hinaus von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen. Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	412	451	-39	-9
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.640	3.046	-406	-13
Sonstige	6	-144	150	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	3.354	-296	-9

N/A – nicht aussagefähig

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ging um 296 Mio € zurück. Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete im Jahr 2011 ein Ergebnis in Höhe von 2,6 Mrd € nach 3,0 Mrd € im Jahr 2010 aus solchen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Ursächlich für diesen Rückgang waren vor allem signifikant niedrigere Erträge im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten infolge schwächerer Kreditmärkte und branchenweit gesunkenen Kundenvolumina. Sales & Trading (Equity) verzeichnete im Berichtsjahr mit 412 Mio € ein zum Vorjahreswert von 451 Mio € weitgehend unverändertes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen. Das auf andere Produktkategorien entfallende Ergebnis aus diesen Bilanzpositionen belief sich 2011 auf 6 Mio € nach negativen 144 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme war in erster Linie auf das Kreditgeschäft von CIB zurückzuführen, in dem in 2010 Marktwertverluste aus Neugeschäften und aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Zusagen erfasst wurden.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	17.445	15.583	1.862	12
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	3.354	-296	-9
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	20.503	18.937	1.566	8
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:¹				
Sales & Trading (Equity)	1.589	2.266	-676	-30
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.826	9.339	-1.513	-16
Sales & Trading insgesamt	9.415	11.604	-2.189	-19
Kreditgeschäft ²	701	672	29	4
Transaction Services	1.788	1.451	337	23
Übrige Produkte ³	589	353	235	67
Corporate & Investment Bank insgesamt	12.493	14.081	-1.588	-11
Private Clients and Asset Management	7.914	4.609	3.305	72
Corporate Investments	137	-86	223	N/A
Consolidation & Adjustments	-40	333	-373	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	20.503	18.937	1.566	8

N/A – nicht aussagefähig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im beizulegenden Zeitwert von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate & Investment Bank (CIB). Die Summe aus den Erträgen aus dem Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2011 auf 9,4 Mrd € nach 11,6 Mrd € im Vorjahr. In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) war der Rückgang vor allem auf signifikant niedrigere Erträge im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten infolge schwächerer Kreditmärkte und branchenweit gesunkenen Kundenvolumina zurückzuführen. In Sales & Trading (Equity) trugen insbesondere der Kassahandel, infolge der sich 2011 verschlechternden Aktienmärkte, und das Aktienderivategeschäft, aufgrund des schwierigen Marktumfelds, zu dem Rückgang bei. Darüber hinaus wirkte sich in beiden Produktkategorien die gesunkene Kundenaktivität aus. Die Summe der Erträge aus dem Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Kreditgeschäft blieb nahezu unverändert, während sie bei Transaction Services um 337 Mio € anstieg. Diese Zunahme spiegelt Rekordergebnisse in allen Bereichen von Global Transaction Banking sowie in geringerem Maße Effekte aus der Konsolidierung des von ABN AMRO erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden wider. Der Anstieg um 235 Mio € bei den Übrigen Produkten war auf diverse Faktoren zurückzuführen, einschließlich positiver Effekte aus Derivategeschäften, die nicht die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft erfüllen.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Erträge aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stiegen gegenüber 2010 um 3,3 Mrd € (72 %) auf 7,9 Mrd € in 2011. Diese Zunahme war fast ausschließlich auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Daneben führten höhere Einlagenvolumina zu einem gestiegenen Zinsüberschuss im Einlagengeschäft, dem teilweise ein niedrigerer Zinsüberschuss im Kreditgeschäft gegenüberstand.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich in 2011 auf 137 Mio € nach negativen 86 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme ist in erster Linie auf Effekte nach dem Transfer unseres Engagements bei Actavis von CB&S nach CI Anfang des Jahres 2011 zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments. Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich in 2011 auf negative 40 Mio € (2010: 333 Mio €). Der Rückgang resultierte aus Positionen, die mit dem beizulegenden Zeitwert in der Managementberichterstattung und mit fortgeführten Anschaffungskosten gemäß IFRS bilanziert werden. Diese wurden teilweise durch einen höheren Zinsüberschuss im Zusammenhang mit Aktiva und Passiva, die nicht den Unternehmensbereichen zugeordnet sind (einschließlich Steuern), ausgeglichen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2011 auf 1,8 Mrd €, verglichen mit 1,3 Mrd € im Vorjahr. Zu diesem Anstieg trug im Wesentlichen die Postbank mit 761 Mio € bei. Darin sind Auflösungen von Risikovorsorge in Höhe von 402 Mio €, die vor der Konsolidierung der Postbank gebildet wurden, nicht berücksichtigt. Diese Auflösungen werden auf Ebene der Deutschen Bank als Zinsüberschuss ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Postbank wären die Wertberichtigungen für Kreditausfälle, hauptsächlich aufgrund eines verbesserten Ergebnisses in den Kreditportfolios von Advisory Banking Germany und Advisory Banking International im Unternehmensbereich Private & Business Clients, um 139 Mio € geringer ausgefallen.

Übrige zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	11.544	10.669	875	8
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	123	201	- 78	- 39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 264	- 2.004	1.740	- 87
Sonstige Erträge	1.322	764	558	73
Übrige zinsunabhängige Erträge	12.725	9.630	3.095	32

¹ beinhaltet:

	2011	2010	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	491	491	-	-
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	2.760	2.833	- 73	- 3
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	207	205	2	1
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	3.458	3.529	- 71	- 2
Insgesamt	3.665	3.873	- 208	- 5
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.783	2.148	- 365	- 17
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.882	1.725	157	9
Insgesamt	4.421	3.267	1.154	35
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen ²	11.544	10.669	875	8

² Der Anstieg von 2010 auf 2011 war auf Provisionserträge zurückzuführen, die nicht aus dem Bankgeschäft der Postbank stammen.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2011 mit 11,5 Mrd € um 875 Mio € (8 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen, die signifikant zum Anstieg des Provisionsüberschusses für sonstige Dienstleistungen um 1,2 Mrd € (35 %) und zu der Zunahme der Provisionen aus dem Brokeragegeschäft um 157 Mio € (9 %) beitrug. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft ging um 365 Mio € (17 %), hauptsächlich in CB&S, zurück. Ursächlich hierfür war eine verringerte Anzahl an Transaktionen infolge schwieriger Marktbedingungen. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich im Jahr 2011 auf 123 Mio € nach 201 Mio € im Vorjahr. Im Berichtsjahr ergaben sich Gewinne aus Verkäufen in Höhe von 485 Mio €. Darüber hinaus resultierte ein einmaliger positiver Effekt von 263 Mio € aus der erstmaligen Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode nach dem Erhalt der letzten aufsichtsrechtlichen Genehmigung zur Erhöhung unserer Beteiligung. Diesen positiven Faktoren standen Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen von insgesamt 527 Mio € entgegen. 2010 resultierten die Gewinne im Wesentlichen aus dem Verkauf von Aktien in CB&S, die als Kreditsicherheit verpfändet worden waren, sowie aus dem Verkauf einer Wertpapierposition in PBC.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Verlust aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Berichtsjahr 264 Mio € nach einem Verlust von 2,0 Mrd € in 2010. Der Verlust im Jahr 2011 war im Wesentlichen zurückzuführen auf unser Engagement bei Actavis, für das insgesamt eine Wertminderung von 457 Mio € vorgenommen wurde, die teilweise durch anteilige Gewinne im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank kompensiert wurde. Im Jahr 2010 resultierte der Verlust aus einer Belastung von 2,3 Mrd € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Postbank.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2011 auf 1,3 Mrd € nach 764 Mio € im Jahr 2010. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf höhere positive Effekte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten, gestiegene Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas (welches die Geschäftstätigkeit im Dezember 2010 aufnahm) sowie auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. In 2010 beinhaltete das Ergebnis auch einen Ertrag aus negativem Geschäfts- oder Firmenwert im Zusammenhang mit den von ABN AMRO übernommenen Aktivitäten im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden sowie eine Abschreibung bezüglich der Immobilie des The Cosmopolitan of Las Vegas.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2011 gegenüber 2010	
	2011	2010	in Mio €	in %
Personalaufwand	13.135	12.671	464	4
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	12.657	10.133	2.524	25
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	485	- 278	- 57
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	- 29	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	25.999	23.318	2.681	11

N/A - nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2011	2010	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	2.194	2.274	- 80	- 4
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.072	1.679	393	23
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.632	1.616	16	1
Kommunikation und Datenadministration	849	785	64	8
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	539	554	- 15	- 3
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	504	418	86	21
Marketingaufwendungen	410	335	75	22
Konsolidierte Beteiligungen	652	390	262	67
Sonstige Aufwendungen	3.805	2.082	1.723	83
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	12.657	10.133	2.524	25

Personalaufwand. Der Anstieg des Personalaufwands um 464 Mio € (4 %) im Gesamtjahr 2011 gegenüber 2010 beinhaltete 1,4 Mrd € im Zusammenhang mit unseren Akquisitionen. Diese Erhöhung wurde teilweise durch deutlich geringere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen sowie durch niedrigere Abfindungszahlungen ausgeglichen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stieg gegenüber 2010 um 2,5 Mrd €. Von diesem Anstieg entfielen 1,4 Mrd € auf unsere Akquisitionen. Zudem trugen höhere Belastungen in CB&S (Belastung von 655 Mio € vorwiegend im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten sowie eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland) zur Erhöhung bei. Der Sachaufwand stieg auch im Zusammenhang mit höheren operativen Kosten aus konsolidierten Beteiligungen, insbesondere aus The Cosmopolitan of Las Vegas, für das zudem eine Wertminderung auf die Immobilie in Höhe von 135 Mio € berücksichtigt wurde. Darüber hinaus war im Sachaufwand auch die erstmalige Erfassung der Bankenabgabe, vornehmlich in Deutschland und Großbritannien, in Höhe von insgesamt 247 Mio € berücksichtigt. Dieser Anstieg wurde durch Einsparungen im Zusammenhang mit dem Programm zur Komplexitätsreduktion und mit der weiteren Integration von CIB, einschließlich im Vergleich zum Vorjahr geringerer IT-Aufwendungen, teilweise ausgeglichen.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich 2011 auf 207 Mio €. Der Rückgang um 278 Mio € gegenüber dem Vorjahr stand vor allem im Zusammenhang mit unserem Abbey Life-Versicherungsgeschäft. Diesen versicherungsbezogenen Aufwendungen stehen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen gegenüber.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. In 2011 gab es keine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Im Geschäftsjahr 2010 war in GTB eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen Wertpapierverwaltungsgeschäfts zu berücksichtigen.

Ertragsteueraufwand

In 2011 lag der Ertragsteueraufwand bei 1,1 Mrd €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 20 % ergab. Im Jahr 2010 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 1,6 Mrd € mit einer effektiven Steuerquote von 41 %. Die niedrige Steuerquote im Berichtsjahr resultierte im Wesentlichen aus Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern, einer vorteilhaften geografischen Verteilung des Konzernergebnisses und der teilweisen Steuerbefreiung des Gewinns im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank. Im Vorjahr war die effektive Steuerquote von 41 % durch die Belastung von 2,3 Mrd € im Zusammenhang mit der Postbank beeinträchtigt worden, mit der kein Steuerertrag verbunden war.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Segmentergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss und
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2011 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2011	Corporate & Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	18.493	14.379	394	33.266	- 38	33.228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	462	1.364	14	1.840	- 1	1.839
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.977	10.277	1.492	25.746	253	25.999
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	0	–	207	–	207
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	27	189	- 2	213	- 213	–
Ergebnis vor Steuern¹	4.028	2.549	- 1.111	5.466	- 77	5.390
Aufwand-Etrag-Relation	76 %	71 %	N/A	77 %	N/A	78 %
Aktiva ²	1.796.954	394.094	25.203	2.152.949	11.154	2.164.103
Durchschnittliches Active Equity ³	20.561	16.563	1.130	38.254	12.195	50.449
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	20 %	15 %	– 98 %	14 %	N/A	10 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Der Konzern verwendet auch ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern für die Kalkulation der Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition). Dabei wurde das Ergebnis vor Steuern um einen positiven Effekt in Höhe von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC) bereinigt.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwerte und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 10 %.

2010	Corporate & Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	20.929¹	9.810	- 1.796²	28.944	- 377	28.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	488	785	- 0	1.273	0	1.274
Zinsunabhängige Aufwendungen	14.422	7.919	967	23.308	10	23.318
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	0	–	486	– 0	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	–	–	29	–	29
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	6	- 2	24	- 24	–
Ergebnis vor Steuern	5.999	1.100	- 2.760	4.339	- 363	3.975¹
Aufwand-Etrag-Relation	69 %	81 %	N/A	81 %	N/A	82 %
Aktiva ³	1.519.983	400.110	30.138	1.894.282	11.348	1.905.630
Durchschnittliches Active Equity ⁴	21.357	9.906	2.243	33.505	7.848	41.353
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁵	28 %	11 %	– 123 %	13 %	N/A	10 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Geschäfts- oder Firmenwerts im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio € im zweiten Quartal, der nicht in der Zielgrößendefinition berücksichtigt ist.

² Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.

³ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwerte und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

⁵ Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 10 %.

Konzernbereiche

Konzernbereich Corporate & Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate & Investment Bank (CIB) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.579	9.925
Sales & Trading (Equity)	2.422	3.108
Emissionsgeschäft (Debt)	1.056	1.200
Emissionsgeschäft (Equity)	559	706
Beratung	621	573
Kreditgeschäft	1.510	1.588
Transaction Services	3.608	3.163
Sonstige Produkte	138	665
Summe Erträge insgesamt	18.493	20.929
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	12.493	14.081
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	462	488
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.977	14.422
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	486
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	29
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	27	20
Ergebnis vor Steuern	4.028	5.999
Aufwand-Ertrag-Relation	76 %	69 %
Aktiva	1.796.954	1.519.983
Durchschnittliches Active Equity ¹	20.561	21.357
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	28 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend stellen wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs CIB dar.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.579	9.925
Sales & Trading (Equity)	2.422	3.108
Emissionsgeschäft (Debt)	1.056	1.200
Emissionsgeschäft (Equity)	559	706
Beratung	621	573
Kreditgeschäft	1.510	1.588
Sonstige Produkte	138	449
Summe Erträge insgesamt	14.885	17.551
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	375
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.650	12.122
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	486
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	27	20
Ergebnis vor Steuern	2.905	5.033
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	69 %
Aktiva	1.727.156	1.461.495
Durchschnittliches Active Equity ¹	18.113	18.941
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	27 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen in 2011 mit 8,6 Mrd € um 1,3 Mrd € (14 %) unter dem Wert des Vorjahres, der Belastungen in Höhe von rund 360 Mio € im Zusammenhang mit Ocala Funding LLC beinhaltete. Im Handel mit Kreditprodukten lagen die Erträge weit unter denen des Vorjahres, insbesondere im kundenbezogenen Handel mit Kreditprodukten. Dies resultierte aus den schwächeren Kreditmärkten, den branchenweit gesunkenen Kundenvolumina und der reduzierten Liquidität, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Das absolute Ergebnis bei den Kundenlösungen war jedoch gut, was auf die Nachfrage nach Restrukturierungsmöglichkeiten zurückzuführen war. Wir wurden sowohl vom International Financing Review (IFR) als auch vom Fachmagazin Risk zum „Credit Derivatives House of the Year“ gewählt. Im Zinsgeschäft und im Anleihegeschäft mit Schwellenländern waren die Erträge niedriger als im Vorjahr. Ursache hierfür waren vorwiegend gesunkene Volumina im kundenbezogenen Geschäft infolge der Unsicherheit am Markt. Dennoch lagen wir im Geschäft mit Zinsderivaten zum zweiten Mal in Folge auf Position eins weltweit (Quelle: Greenwich Associates) und erhielten die Auszeichnung „Interest Rate Derivatives House of the Year“ des Fachmagazins Risk. Die im Vergleich zu 2010 wesentlich höheren Erträge aus verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren auf die erfolgreiche Neuausrichtung des Geschäfts und das Ausbleiben der Vorjahresverluste zurückzuführen. Im Geldmarktggeschäft waren die Erträge höher als im vergangenen Jahr, was in der hohen Kundenaktivität und den volatilen Märkten begründet ist. Im Devisengeschäft wurden sehr gute Erträge erwirtschaftet, wobei geringere Margen durch Kundenvolumina, die jahresbezogen auf Rekordhöhe lagen, ausgeglichen werden konnten. Wir belegten zum siebten Mal in Folge den ersten Platz bei der Euromoney FX-Umfrage nach Marktanteilen. Im Rohstoffhandel konnten trotz eines schwierigen Geschäfts-umfelds Rekorderträge erzielt werden, was auf die erfolgreichen strategischen Investitionen zurückzuführen ist. Von der Zeitschrift „The Banker“ wurden wir zum „Most Innovative Commodity House“ gekürt. Darüber hinaus rangierte die Deutsche Bank 2011 zum zweiten Mal in Folge auf Position eins im globalen und US-amerikanischen Fixed Income-Geschäft (Quelle: Greenwich Associates).

Sales & Trading (Equity) verzeichnete in 2011 Erträge in Höhe von 2,4 Mrd €, was einem Rückgang von 686 Mio € (22 %) gegenüber 2010 entspricht. Diese Entwicklung reflektiert die schwierigeren Geschäftsbedingungen mit höherer Volatilität und rückläufigen Märkten, die sich belastend auf die Stimmung und Geschäftstätigkeit der Kunden insbesondere in Europa auswirkten, auf das ein hoher Anteil unseres Geschäfts entfällt. Die Erträge im Kassahandel waren niedriger als im Vorjahr. Ursache hierfür waren die sich 2011 verschlechternden Aktienmärkte und der Rückgang der Kundenaktivität in Europa. In den USA haben wir unseren Marktanteil im Aktienkassageschäft laut Greenwich Associates erhöht, was unseren strategischen Investitionen zu verdanken ist. Im Bereich Aktienanalyse für Europa rangierte die Bank auf Position eins (Quelle: Institutional Investor). Im Aktienderivategeschäft gingen die Erträge infolge des schwierigeren Marktumfelds und der gesunkenen Kundenaktivität zurück, obwohl in den USA Rekorderträge erzielt wurden. Im Bereich Prime Finance waren die Erträge aufgrund der niedrigeren Fremdkapitalaufnahme bei Kunden geringer, was jedoch durch unsere starke Marktposition teilweise kompensiert werden konnte. In 2011 wurden wir im vierten Jahr in Folge zum „Nummer 1 Global Prime Broker“ gewählt (Quelle: Global Custodian).

In 2011 verzeichneten wir im Emissions- und Beratungsgeschäft Erträge in Höhe von 2,2 Mrd €, was einem Rückgang von 244 Mio € (10 %) gegenüber 2010 entspricht. Wir lagen zum Jahresende nach Angaben von Dealogic auf Rang sechs weltweit nur knapp hinter dem fünftplatzierten Unternehmen. In der Region EMEA hingegen belegten wir im zweiten Jahr in Folge klar Platz eins. Ferner erreichten wir Position vier in Asien und verbesserten uns damit um zwei Plätze gegenüber dem Vorjahr. Die Erträge im Beratungsgeschäft beliefen sich auf 621 Mio €, was einer Erhöhung um 48 Mio € (8 %) gegenüber 2010 entspricht. Wir lagen auf Platz zwei in der Region EMEA und auf Platz vier im grenzüberschreitenden M&A-Geschäft. Im Emissionsgeschäft (Debt) waren die Erträge mit 1,1 Mrd € um 144 Mio € (12 %) niedriger als 2010. Wir belegten Rang drei bei den High-Yield-Anleihen und Rang zwei in der Kategorie „All International Bonds“ (Quelle: Thomson Reuters). Im Emissionsgeschäft (Equity) waren die Erträge mit 559 Mio € um 147 Mio € (21 %) niedriger als im Vorjahr. In der Region EMEA belegten wir Platz eins. Alle Ranglistenpositionen gemäß Dealogic, sofern nicht anders angegeben.

Die Erträge im Kreditgeschäft lagen in 2011 mit 1,5 Mrd € um 78 Mio € (5 %) unter dem Wert des Vorjahrs. Dieser Rückgang war vorwiegend auf den Transfer des Kreditengagements bei Actavis an Corporate Investments zu Jahresbeginn 2011 zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Berichtsjahr auf 138 Mio €, nachdem 2010 Erträge von 449 Mio € verzeichnet worden waren. Der Rückgang resultierte überwiegend aus geringeren Marktwertgewinnen bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken. Dieser Effekt wurde durch gegenläufige Beträge in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2011 belief sich auf 304 Mio € nach 375 Mio € im Jahr 2010.

Im Geschäftsjahr 2011 sanken die Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 472 Mio € auf 11,7 Mrd €. Dieser Rückgang war insbesondere auf niedrigere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen, Einsparungen aufgrund einer gestiegenen Effizienz und den vorgenannten Effekt in Bezug auf Abbey Life zurückzuführen. Diese Effekte wurden jedoch teilweise durch spezifische Belastungen von 655 Mio €, die vorwiegend im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten stehen, und eine Sonderbelastung von 310 Mio € im Zusammenhang mit nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland aufgehoben.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt:		
Transaction Services	3.608	3.163
Sonstige Produkte	–	216
Summe Erträge insgesamt	3.608	3.379
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	158	113
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.327	2.300
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	29
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–	–
Ergebnis vor Steuern	1.123	965
Aufwand-Ertrag-Relation	64 %	68 %
Aktiva	96.404	79.202
Durchschnittliches Active Equity ¹	2.448	2.416
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	46 %	40 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Im Gesamtjahr beliefen sich die Erträge auf 3,6 Mrd €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 7 % oder 229 Mio €, wobei im Jahr 2010 ein Einmalertrag von 216 Mio € im Zusammenhang mit der Ver- einnahmung eines negativen Geschäfts- und Firmenwerts aus der Akquisition des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden angefallen war. Ursächlich für diesen Anstieg waren Rekordergebnisse in allen Produkt- bereichen, verbunden mit einer Steigerung der Provisions- und Zinserträge. Der Bereich Trust & Securities Services konnte die besseren Marktbedingungen im Wertpapierverwaltungsgeschäft und im Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten auf Aktien nutzen. Das Trade Finance-Geschäft profitierte weiterhin von der hohen Nachfrage nach internationalen Handelsprodukten und -finanzierungen. Im Cash Management stiegen die Erträge aufgrund höherer Provisionseinnahmen aus größeren Zahlungsvolumina und einer Zunahme der Zinserträge, die vor allem aus dem gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht verbesserten Zinsniveau in Asien und der Eurozone resultierten.

Für das Gesamtjahr 2011 belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf 158 Mio €. Die Zunahme um netto 45 Mio € gegenüber dem Vorjahr resultierte vor allem aus dem in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäft.

Für das Gesamtjahr sind die Zinsunabhängigen Aufwendungen mit 2,3 Mrd € gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich angestiegen. Ursächlich für die Zunahme sind die vorgenannte Akquisition im zweiten Quartal 2010, welche höhere Kosten für die Amortisierung einer Prämie für eine Kreditabschirmung beinhaltet, sowie gestiegene transaktionsbezogene Versicherungsaufwendungen. Diese Positionen wurden teilweise durch den Wegfall von Abfindungszahlungen ausgeglichen, welche infolge spezifischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung von Infrastrukturbereichen und Vertriebseinheiten in 2010 entstanden sind. Im Vorjahr war zudem eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte angefallen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.354	2.491
Beratungs-/Brokeragegeschäft	1.735	1.717
Kreditgeschäft	2.585	2.628
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.244	2.102
Sonstige Produkte	5.460	872
Summe Erträge insgesamt	14.379	9.810
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.914	4.609
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.364	785
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.277	7.919
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	189	6
Ergebnis vor Steuern	2.549	1.100
Aufwand-Ertrag-Relation	71 %	81 %
Aktiva	394.094	400.110
Durchschnittliches Active Equity¹	16.563	9.906
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15 %	11 %
Invested Assets (in Mrd €)²	1.116	1.131

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs PCAM.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (AM)	1.686	1.733
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (PWM)	418	446
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management insgesamt	2.104	2.178
Beratungs-/Brokeragegeschäft (PWM)	821	830
Kreditgeschäft (PWM)	378	376
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr (PWM)	157	138
Sonstige Produkte (AM)	58	-26
Sonstige Produkte (PWM)	244	179
Sonstige Produkte	302	152
Summe Erträge insgesamt	3.762	3.674
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	55	39
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.941	3.426
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-1	-1
Ergebnis vor Steuern	767	210
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	93 %
Aktiva	58.601	53.141
Durchschnittliches Active Equity ¹	5.289	5.314
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15 %	4 %
Invested Assets (in Mrd €)²	813	825

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Gesamtjahr 2011 beliefen sich die Erträge in AWM auf 3,8 Mrd €, was einem Anstieg um 88 Mio € (2 %) gegenüber 2010 entspricht. In PWM erhöhten sich die Erträge um 51 Mio €. Dieser Ertragsanstieg war hauptsächlich auf Erträge aus Sonstigen Produkten zurückzuführen, die sich von 179 Mio € im Vorjahr auf 244 Mio € in 2011 verbesserten. Der Anstieg resultierte aus Effekten an der Abwicklung von nicht zum Kerngeschäft gehörender Aktivitäten von Sal. Oppenheim im Jahr 2010. Die Erträge im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr stiegen gegenüber 2010 um 19 Mio € vor allem wegen höherer Einlagenvolumina infolge gezielter Produktinitiativen. Im Diskretionären Portfolio Management/Fund Management sanken die Erträge um 28 Mio €. Ursache waren niedrigere volumens- und erfolgsabhängige Provisionseinnahmen aufgrund des schwierigen Marktumfelds im zweiten Halbjahr 2011. In PWM blieben die Erträge im Beratungs-/ Brokeragegeschäft sowie im Kreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. In AM stiegen die Erträge um 37 Mio €. Dies war im Wesentlichen auf Gewinne in Höhe von 83 Mio € aus dem Verkauf von RREEF-Investments 2011 zurückzuführen, die unter den Erträgen aus Sonstigen Produkten ausgewiesen wurden. Dieser Anstieg wurde teilweise durch niedrigere Erträge im Diskretionären Portfolio Management/Fund Management infolge schwieriger Marktbedingungen und geringerer Kundenaktivität aufgehoben.

Für das Gesamtjahr stieg die Risikovorsorge im Kreditgeschäft gegenüber 2010 um 16 Mio € auf 55 Mio €. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Sal. Oppenheim zurückzuführen.

Für das Gesamtjahr sanken die Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 485 Mio € (14 %) auf 2,9 Mrd €. In PWM reduzierten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 344 Mio €. Dies resultierte im Wesentlichen aus in 2011 erzielten Kosteneinsparungen nach der erfolgreichen Integration von Sal. Oppenheim. In AM gingen die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 141 Mio € zurück. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Maßnahmen zur Komplexitätsreduktion und zur Effizienzverbesserung der Geschäftsplattform zurückzuführen.

Im Gesamtjahr gingen die Invested Assets in AWM um 13 Mrd € auf 813 Mrd € zurück. Von dem Rückgang entfielen 7 Mrd € auf PWM und 6 Mrd € auf AM. Die Verringerung in PWM beinhaltete 13 Mrd € aus negativen Marktrententwicklungen, die teilweise durch Nettomittelzuflüsse von 4 Mrd €, hauptsächlich in Asien und Deutschland, kompensiert wurden. Die Abnahme in AM war unter anderem auf Nettomittelabflüsse von 13 Mrd € zurückzuführen. Dabei wurden Abflüsse im Cash- und Equitybereich, bedingt durch die Verunsicherung der Anleger, zum Teil durch Zuflüsse bei höhermargigen Produkten kompensiert. Den Gesamtnettomittelabflüssen in AM standen Effekte von 7 Mrd € aus der Entwicklung von Wechselkursen entgegen.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

	2011	2010
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)		
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	251	313
Beratungs-/Brokeragegeschäft	914	887
Kreditgeschäft	2.207	2.253
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.087	1.964
Sonstige Produkte ¹	5.158	720
Summe Erträge insgesamt	10.617	6.136
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.309	746
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.336	4.493
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	190	8
Ergebnis vor Steuern	1.782	890
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	73 %
Aktiva	335.516	346.998
Durchschnittliches Active Equity ²	11.274	4.592
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	19 %
Invested Assets (in Mrd €) ³	304	306
Kreditvolumen (in Mrd €)	206	202 ⁴
Einlagenvolumen (in Mrd €)	235	229

¹ Der Anstieg von 2010 auf 2011 beinhaltet 4,2 Mrd €, die aus der Konsolidierung der Postbank resultierten.

² Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

³ Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

⁴ Der Vorjahreswert wurde angepasst.

Im Gesamtjahr 2011 beliefen sich die Erträge auf 10,6 Mrd € und lagen damit um 4,5 Mrd € (73 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die Konsolidierung der Postbank (seit 3. Dezember 2010) zurückzuführen, die Erträge in Höhe von 4,6 Mrd € in 2011 und in Höhe von 414 Mio in 2010 beisteuerte. Die Erträge der Postbank werden unter den Sonstigen Produkten gezeigt. Die Erträge aus Sonstigen Produkten enthielten in 2011 Abschreibungen von 527 Mio € auf griechische Staatsanleihen, wovon 465 Mio € auf die Postbank und 62 Mio € auf Advisory Banking Germany entfielen. Dagegen stand in 2011 ein einmaliger positiver Effekt von 263 Mio € aus der Bilanzierung der Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode, nachdem die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Erhöhung dieser Beteiligung vorlag. Die Erträge aus dem Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr stiegen im Wesentlichen wegen höherer Einlagenvolumina in Advisory Banking Germany im Jahresvergleich um 124 Mio € (6 %). Im Beratungs-/ Brokeragegeschäft wurden die Erträge um 27 Mio € (3 %) verbessert. Dagegen sanken die Erträge im Diskretionären Portfolio Management/ Fund Management, im Wesentlichen in Advisory Banking Germany aufgrund des schwierigen Marktumfeldes, um 62 Mio € (20 %). Im Kreditgeschäft gingen die Erträge um 46 Mio € (2 %) zurück. Dabei wurden Effekte infolge niedrigerer Margen durch höhere Volumina in Advisory Banking Germany und Advisory Banking International teilweise ausgeglichen.

In 2011 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 1,3 Mrd €, wovon 761 Mio € auf die Postbank entfielen. Darin sind Auflösungen von vor der Konsolidierung gebildeter Risikovorsorge in Höhe von 402 Mio € nicht berücksichtigt. Diese Auflösungen werden als Zinsüberschuss ausgewiesen. Ohne Berücksichtigung der Postbank lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei 548 Mio € und damit um 142 Mio € unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang war sowohl auf Advisory Banking Germany als auch Advisory Banking International, insbesondere Polen, zurückzuführen.

Für das Gesamtjahr 2011 stiegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mrd € (63 %) auf 7,3 Mrd €. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung des mit der Postbank zusammenhängenden Anstiegs gingen die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 64 Mio € zurück. Diese Einsparungen waren in erster Linie das Ergebnis von Maßnahmen zur Komplexitätsreduktion und zur Effizienzverbesserung der Geschäftsplattform.

Im Gesamtjahr 2011 blieben die Invested Assets mit 304 Mrd € nahezu konstant. Rückgängen aufgrund von Marktwertschwankungen in Höhe von 9 Mrd € standen Nettomittelzuflüsse in Höhe von 8 Mrd €, insbesondere im Einlagengeschäft, gegenüber.

Die Zahl der von PBC betreuten Kunden belief sich auf insgesamt 28,6 Millionen, davon 14,1 Millionen Kunden der Postbank.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Erträge insgesamt	394	- 1.796
darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	137	- 86
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	- 0
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.492	967
darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 2	- 2
Ergebnis vor Steuern	- 1.111	- 2.760
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	N/A
Aktiva	25.203	30.138
Durchschnittliches Active Equity ¹	1.130	2.243
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 98 %	- 123 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Im Gesamtjahr 2011 erzielte Corporate Investments Erträge in Höhe von 394 Mio € gegenüber negativen 1,8 Mrd € im Vorjahr. Die Gesamterträge im Jahr 2011 beinhalteten hauptsächlich laufende Erträge aus den konsolidierten Beteiligungen an The Cosmopolitan of Las Vegas, der BHF-Bank und Maher Terminals sowie aus dem Engagement bei Actavis. Diese laufenden Erträge wurden teilweise durch Wertminderungen in Höhe von insgesamt 457 Mio € im Zusammenhang mit Actavis kompensiert. Die im Vorjahr berichteten negativen Erträge waren hauptsächlich auf eine Belastung von 2,3 Mrd € im dritten Quartal im Zusammenhang mit der Postbank zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betrugen im Gesamtjahr 2011 1,5 Mrd € nach 967 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus The Cosmopolitan of Las Vegas und war hauptsächlich auf die Aufnahme der Geschäftstätigkeit zum Ende des Jahres 2010 zurückzuführen. Daneben trugen eine Wertminderung in Höhe von 135 Mio € auf die Immobilie des The Cosmopolitan of Las Vegas sowie Sonderfaktoren in Höhe von insgesamt 97 Mio € im Zusammenhang mit der BHF-Bank, die sich hauptsächlich auf Abfindungszahlungen beziehen, zu diesem Anstieg bei.

Für das Gesamtjahr 2011 belief sich der Verlust vor Steuern in CI auf 1,1 Mrd € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 2,8 Mrd € in 2010.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in der Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Barreserve	15.928	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	162.000	92.377
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	57.110	49.281
Handelsaktiva	240.924	271.291
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	859.582	657.780
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte ¹	180.293	171.926
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	412.514	407.729
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	122.810	103.423
Übrige Aktiva	112.942	134.666
Summe der Aktiva	2.164.103	1.905.630
Einlagen	601.730	533.984
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	43.401	31.198
Handelsspassiva	63.886	68.859
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	838.817	647.195
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen ²	118.318	130.154
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	65.356	64.990
Langfristige Verbindlichkeiten	163.416	169.660
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	139.733	116.146
Übrige Passiva	74.786	93.076
Summe der Verbindlichkeiten	2.109.443	1.855.262
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	54.660	50.368

¹ Beinhaltet zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) in Höhe von 117.284 Mio € zum 31. Dezember 2011 (2010: 108.912 Mio €) und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Forderungen aus Wertpapierleihen in Höhe von 27.261 Mio € zum 31. Dezember 2011 (2010: 27.887 Mio €).

² Beinhaltet zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Höhe von 93.606 Mio € zum 31. Dezember 2011 (2010: 107.999 Mio €).

Entwicklung der Aktiva

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Summe der Aktiva 2.164 Mrd €. Der Anstieg von 258 Mrd € oder 14 % gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2010 resultierte hauptsächlich aus Derivaten und verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten. Währungskursbewegungen, insbesondere zwischen US-Dollar und Euro, trugen 43 Mrd € zum Gesamtanstieg unseres Bilanzvolumens in 2011 bei.

Der Anstieg in positiven Marktwerten derivativer Finanzinstrumente um 202 Mrd € war im Wesentlichen bedingt durch veränderte Zinsstrukturkurven des US-Dollars, des Euro und des Britischen Pfunds sowie Währungsumrechnungseffekte in Höhe von 19 Mrd €.

Unsere verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten sind von 92 Mrd € zum Jahresende 2010 um 70 Mrd € auf 162 Mrd € zum Jahresende 2011 angestiegen, vorrangig um unsere Liquiditätsreserve zu verstärken.

Die nichtderivativen Handelsaktiva haben sich im Laufe des Jahres 2011 um 30 Mrd € reduziert, wobei mehr als die Hälfte auf Schuldverschreibungen entfiel.

Unser Kreditbuch verzeichnete einen leichten Anstieg um 5 Mrd € im Jahresverlauf, von 408 Mrd € zum 31. Dezember 2010 auf 413 Mrd € zum Jahresende 2011.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten stieg im Berichtszeitraum um 254 Mrd € auf 2.109 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Dieser Anstieg fand im Wesentlichen bei negativen Marktwerten derivativer Finanzinstrumente statt, die sich, ähnlich wie die positiven Marktwerte, durch veränderte Zinsstrukturkurven und Währungsumrechnungseffekte um 192 Mrd € erhöhten.

Darüber hinaus erhöhten sich die Einlagen deutlich um 68 Mrd €, wovon 70 % auf Einlagen von Kreditinstituten und 30 % auf Kundeneinlagen entfiel.

Eigenkapital

Das Eigenkapital stieg zum 31. Dezember 2011 auf 54,7 Mrd € und lag damit um 4,3 Mrd € (9 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2010 von 50,4 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus den den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 4,1 Mrd €, aus versicherungsmathematischen Gewinnen von 666 Mio € und aus im kumulierten sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfassten Gewinnen von 620 Mio €. Diese positive Entwicklung wurde durch Dividendenzahlungen in Höhe von 691 Mio €, durch eine Erhöhung unseres Bestands in Eigenen Aktien um 373 Mio €, die vom Eigenkapital abgezogen werden und sinkenden Anteilen ohne beherrschenden Einfluss um 279 Mio € teilweise ausgeglichen. Die vorgenannten, im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfassten Gewinne waren vorwiegend auf positive Effekte aus Wechselkursänderungen in Höhe von 1,2 Mrd € (vor allem US-Dollar) zurückzuführen, die teilweise durch den Anstieg der unrealisierten Verluste aus zum Verkauf bestimmter Vermögenswerte in Höhe von 504 Mio € kompensiert wurden.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Ab dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals des Konzerns die geänderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt. Das gemäß Basel 2.5 ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 55,2 Mrd € zum Jahresende 2011 gegenüber gemäß Basel 2 ausgewiesenen 48,7 Mrd € am Jahresende 2010. Das gemäß Basel 2.5 ausgewiesene Tier-1-Kapital stieg zum Jahresende 2011 auf 49,0 Mrd € gegenüber dem nach Basel 2 ausgewiesenen Tier-1-Kapital von 42,6 Mrd € zum Jahresende 2010. Der Anstieg reflektierte im Wesentlichen das Ergebnis des Jahres 2011, die Fremdwährungskurs-Entwicklung sowie geringere Kapitalabzugsposten. Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente gemäß Basel 2.5 erhöhte sich auf 36,3 Mrd € im Vergleich zu gemäß Basel 2 ausgewiesenen 30,0 Mrd € zum Jahresende 2010.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, die im Oktober 2008 veröffentlicht worden waren, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Die Umwidmung erfolgte in den Fällen, in denen das Management am Umwidmungstichtag davon ausging, dass der erwartete Rückzahlungsbetrag der Vermögenswerte den beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte überstieg, da Letzterer aufgrund mangelnder Liquidität in den Finanzmärkten negativ beeinflusst war und somit durch ein Halten der Position die Rückflüsse optimiert werden könnten. Da zum Umwidmungstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestand, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte zutreffender wider.

Am 31. Dezember 2011 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 22,9 Mrd € (31. Dezember 2010: 26,7 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 20,2 Mrd € per 31. Dezember 2011 (31. Dezember 2010: 23,7 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden hauptsächlich vom Bereich CB&S gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu den Auswirkungen der Umwidmung wird auf Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen) in jenen CB&S-Geschäftsbereichen, für die wir bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben gemacht haben. Es handelt sich dabei um die Positionen, die während der Finanzmarktkrise die Performance der CB&S-Geschäftsbereiche wesentlich beeinflusst haben. Zusätzlich zu diesen CB&S-Positionen haben wir außerdem Informationen zu den im Rahmen der Postbank-Akquisition erworbenen Positionen dargestellt.

Weitere Informationen zu Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate und Leveraged Finance sind den Anschnitten „Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements“ und „Nichtderivative Handelsaktiva“ des Risikoberichts zu entnehmen.

Risikopositionen aus Wohnungsbaulkrediten: Die Risikopositionen aus Wohnungsbaulkrediten des Handelsgeschäfts stellt die nachfolgende Tabelle unter Berücksichtigung von Sicherungsgeschäften und sonstigen erworbenen Absicherungen dar. Sicherungsgeschäfte bestehen aus einer Vielzahl verschiedener Finanzinstrumente darunter Absicherungen durch Monolineversicherer, Single-Name Credit Default Swaps mit Markt-kontrahenten und indexbasierte Verträge.

Bestimmte Risikopositionen im Hypothekenmarkt
(Handelspositionen)

in Mio €	31.12.2011			31.12.2010		
	Brutto-Risikopositionen	Sicherungs-geschäfte und sonstige erworbene Absicherungen	Netto-Risikopositionen	Brutto-Risikopositionen	Sicherungs-geschäfte und sonstige erworbene Absicherungen	Netto-Risikopositionen
US-amerikanische Risikopositionen:						
Subprime, Alt-A RMBS undforderungsbesicherte Schuldverschreibungen ^{1,2}	2.421	2.567	- 146	3.848	3.228	620
Europäische RMBS	162	-	162	169	-	169

¹ In den US-amerikanischen Risikopositionen im Hypothekenmarkt undforderungsbesicherten Schuldverschreibungen sind zum 31. Dezember 2011 Subprime-Risikopositionen (Handelspositionen) in Höhe von 169 Mio € (2010: 420 Mio €) brutto und 29 Mio € netto nach Sicherungsgeschäften (2010: 345 Mio €) enthalten.

² Die in den US-amerikanischen Subprime- und Alt-A-RMBS-Risikopositionen enthaltenen Wertanpassungen berücksichtigen eine Berechnung des Kreditrisikos. Dies bildet den beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte, die der Risikoposition zugrundeliegen, besser ab. Zum 31. Dezember 2011 führte diese Anpassung zu einer Reduzierung der Netto-Risikoposition um 401 Mio € (2010: um 320 Mio €).

Von den US-amerikanischen Netto-Risikopositionen undforderungsbesicherten Schuldverschreibungen entfielen am 31. Dezember 2011 minus 457 Mio € auf Alt-A, 5 Mio € auf Subprime, 19 Mio € auf Sonstige, 29 Mio € aufforderungsbesicherte Schuldverschreibungen und 258 Mio € auf Handelspositionen (netto). Zum 31. Dezember 2010 entfielen minus 267 Mio € auf Alt-A, 10 Mio € auf Subprime, 52 Mio € auf Sonstige, 345 Mio € aufforderungsbesicherte Schuldverschreibungen und 480 Mio € auf Handelspositionen (netto). Zur Bestimmung von Subprime-Risikopositionen wenden wir bankspezifische Standards wie FICO-Bewertungen (Kreditwürdigkeit) und Loan-to-Value-Kennzahlen (Beleihungswerte), an. In begrenztem Umfang klassifizieren wir Risikopositionen auch als Subprime, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheiten Subprime-Wohnungsbaulkredite darstellen. Die Alt-A Kredite sind Kredite, die an Kreditnehmer vergeben werden, die grundsätzlich eine gute Kreditwürdigkeit haben. Auf diese Kredite bezogene Kennzahlen oder andere Charak-

teristika entsprechen jedoch nicht dem Standard für erstklassige Hypothekenkredite. Diese beinhalten niedrigere FICO-Bewertungen, höhere Beleihungswerte sowie einen prozentual höheren Anteil an Krediten mit geringer oder gar keiner Dokumentation.

In der vorherigen Tabelle gibt die Nettorisikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall an, dass die Wertpapiere und entsprechenden Absicherungen komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Sie liefern keinen Anhaltspunkt für unsere um das „Net Delta“ adjustierte Risikoposition im Handel. Diese „Net-Delta“-adjustierte Risikoposition im Handel ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für jede Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die vorherige Tabelle enthält keine Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 1,6 Mrd € (davon entfielen 971 Mio € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 286 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 323 Mio € auf Subprime-Risikopositionen mitforderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Handelsposition)). Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2010 betrug 1,8 Mrd € (davon entfielen 1,0 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 339 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 402 Mio € auf Subprime-Risikopositionen mitforderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Handelsposition)).

Die Tabelle enthält weder verbrieftete Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da wir diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachten. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Tilgungsdauer dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.

Die einzelnen Bruttobestandteile unserer oben genannten Nettorisikopositionen beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen.

Zusätzlich zu diesen CB&S-Positionen hat die Postbank zum 31. Dezember 2011 Risikopositionen aus Wertpapieren auf den europäischen gewerblichen Hypothekenmarkt in Höhe von 101 Mio € und Risikopositionen aus Wertpapieren auf Wohnungsbaukredite in Höhe von 233 Mio € (davon 231 Mio € in Europa). Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich die Risikopositionen der Postbank aus Wertpapieren auf den europäischen gewerblichen Hypothekenmarkt auf 192 Mio € und die Risikopositionen aus Wertpapieren auf Wohnungsbaukredite auf 428 Mio € (davon 398 Mio € in Europa und 27 Mio € in den USA).

Außerdem hat die Postbank Risikopositionen aus non-corporate CDOs in Höhe von 35 Mio € mit Basiswerten teilweise im gewerblichen Hypothekenmarkt und teilweise im Wohnungsbaumarkt. Diese Positionen sind hauptsächlich als Forderungen aus dem Kreditgeschäft beziehungsweise als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Zum 31. Dezember 2010 hatte die Postbank Risikopositionen aus non-corporate CDOs in Höhe von 69 Mio €.

Ocala Funding LLC: Wir halten 71,4 % der von Ocala Funding LLC (Ocala) emittierten Commercial Paper. Ocala ist eine von Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. (TBW) gesponserte Commercial-Paper-Gesellschaft, die im August 2009 ihre Pfandbriefaktivitäten einstellte und Insolvenz beantragte. Wir klassifizieren die Commercial Paper als Handelsaktiva und bewerten sie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Nominalwert der von Ocala emittierten und von uns gehaltenen Commercial Paper 928 Mio €, der beizulegende Zeitwert 132 Mio €. Im Jahr 2011 realisierten wir aufgrund aktueller Informationen über den TBW-Besitz einen zusätzlichen Verlust aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in Höhe von 56 Mio € (2010: 360 Mio €).

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf denforderungsbesicherte Schuldverschreibungen oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriegte Hypothekenkredite, hybride Kapitalinstrumente, Studentenkredite und Schuldtitle des öffentlichen oder kommunalen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten CDS werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt, einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft. Im zweiten Quartal 2011 wurde die Nutzung von Marktpfannen zur Ermittlung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen intensiviert.

Die Zuordnung zu den unten genannten Bonitätseinstufungen basiert jeweils auf der niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufung von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise 31. Dezember 2010.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern,
bezogen auf US-amerikanische
Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2011				31.12.2010			
	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	124	65	- 20	45	139	60	- 6	54
Alt-A	3.662	1.608	- 353	1.255	4.069	1.539	- 308	1.231
AA Monolines insgesamt	3.786	1.673	- 373	1.300	4.208	1.599	- 314	1.285

Sonstige Risikoposition
gegenüber
Monolineversicherern

in Mio €	31.12.2011				31.12.2010			
	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
TPS-CLO	2.721	786	- 201	585	2.988	837	- 84	753
CMBS	1.113	26	- 3	23	1.084	12	- 1	11
Corporate Single Name/Corporate								
CDO	-	-	-	-	602	- 1	-	- 1
Studentenkredite	303	56	- 13	43	295	19	- 2	17
Sonstige	922	305	- 111	194	925	226	- 23	203
AA Monolines								
insgesamt	5.059	1.173	- 328	845	5.894	1.093	- 110	983
Nicht-Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	547	199	- 89	110	917	215	- 49	166
CMBS	3.539	211	- 42	169	6.024	547	- 273	274
Corporate Single Name/Corporate								
CDO	2.062	2	-	2	2.180	12	- 6	6
Studentenkredite	1.325	587	- 189	398	1.308	597	- 340	257
Sonstige	1.076	213	- 89	124	1.807	226	- 94	132
Nicht-Investment Grade Monolines								
insgesamt	8.549	1.212	- 409	803	12.236	1.597	- 762	835
Insgesamt	13.608	2.385	- 737	1.648	18.130	2.690	- 872	1.818

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 52 Mio € (2010: 67 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betrugen 46 Mio € (2010: 58 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2011 betragen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 1.109 Mio € (2010: 1.186 Mio €).

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Zweckgesellschaften ermöglichen in erster Linie den Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken und stellen ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereit. Zweckgesellschaften können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

Zweckgesellschaften, die wir gegründet oder gesponsert haben beziehungsweise mit denen wir eine Vertragsbeziehung unterhalten, sind unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Wir konsolidieren eine Zweckgesellschaft, wenn wir ihre Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen können. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn wir direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügen. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden Zweckgesellschaft bestimmt, berücksichtigen wir eine Reihe weiterer Faktoren, um festzulegen, ob uns die Mehrheit der verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Wir überprüfen unsere Konsolidierungsscheidung für Zweckgesellschaften, wenn sich die Vereinbarungen mit der Zweckgesellschaft ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen uns und einer Zweckgesellschaft substanzell verändert. Für weitere Informationen zu unseren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von Zweckgesellschaften sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsscheidungen siehe Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ unseres Konzernabschlusses.

In einigen wenigen Fällen konsolidieren wir bestimmte Zweckgesellschaften für Zwecke sowohl des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterlegen wir sämtliche Transaktionen und Risikopositionen aus Zweckgesellschaften wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bedingungen unserer Finanzierungsvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden.

Die folgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten Zweckgesellschaften sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten Zweckgesellschaften.

Vermögenswerte von konsolidierten Zweckgesellschaften

31.12.2011

						Art des Vermögenswerts
in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	39	10.998	1	33	11.071
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	2.044	191	1.169	3	48	3.455
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	–	–	493	14	156	663
Repackaging und Investmentprodukte	5.032	971	207	606	409	7.225
Investmentfonds	3.973	–	–	1.934	566	6.473
Strukturierte Transaktionen	2.425	43	3.748	22	334	6.572
Operative Einheiten	2.116	3.879	3.228	102	3.439	12.764
Sonstige	114	239	329	84	548	1.314
Insgesamt	15.704	5.362	20.172	2.766	5.533	49.537

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen beträgt 580 Mio €.

31.12.2010

						Art des Vermögenswerts
in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	431	15.304	–	59	15.794
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	3.168	369	1.250	20	23	4.830
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	189	–	507	2	18	716
Repackaging und Investmentprodukte	5.278 ²	1.053	206	2.160 ²	664	9.361 ²
Investmentfonds	4.135	9	–	465	654	5.263
Strukturierte Transaktionen	2.533	269	5.315	386	381	8.884
Operative Einheiten	1.676	3.522	3.309	514	3.582	12.603
Sonstige	199	300	556	117	304	1.476
Insgesamt	17.178	5.953	26.447	3.664	5.685	58.927

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen beträgt 158 Mio €.

² Der Vorjahreswert wurde angepasst.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir arrangieren, sponsern und verwalten unsere eigenen Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“). Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für unsere Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), das anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft. Diese sind durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert. Um eine hohe Bonitätseinstufung („Investment Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Wir stellen diesen Conduits Liquidität bereit und sind deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt. Wir konsolidieren die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme, da wir über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Liquiditätszusagen gegenüber den Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2011 begebenen Commercial Paper von 11,6 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2011 2,5 Mrd € hielten. Das Gesamtvolumen der in 2010 begebenen Commercial Paper betrug 16,3 Mrd €, von dem wir zum 31. Dezember 2010 2,2 Mrd € hielten.

Zu den als Sicherheiten dienenden, in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbrieftete Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, hybride Kapitalinstrumente sowie verbrieftete private und gewerbliche Immobilienkredite. Der Rückgang der in den Conduits enthaltenen Sicherheiten ist durch Rückzahlungen und Fälligkeiten einiger Transaktionen im Laufe des Jahres begründet.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Wir sponsieren Zweckgesellschaften, für die wir Vermögenswerte generieren oder kaufen. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die Zweckgesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behalten, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist das der Fall, sind die Zweckgesellschaften zu konsolidieren. Der beizulegende Zeitwert der von uns bei diesen Verbriefungen zurückbehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2011 auf 3,1 Mrd € (2010: 3,2 Mrd €). Der Rückgang der Vermögenswerte in diesen Zweckgesellschaften ist hauptsächlich auf Marktwertschwankungen im Berichtszeitraum zurückzuführen.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit unseren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwerben wir von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gebunden ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten haben, ist zu prüfen, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die Zweckgesellschaften zu konsolidieren. Der beizulegende Zeitwert der von uns zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2011 auf 0,6 Mrd € (2010: 0,7 Mrd €).

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Wir konsolidieren diese Zweckgesellschaften, wenn uns die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Die mit den Zweckgesellschaften verbundenen Risiken und Chancen können Preisänderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte aufgrund von Aktienpreis-, Kredit-, Zinsänderungs- und anderen Risiken beinhalten, sowie die Volatilität, die aus diesen Risiken resultiert. Unsere Konsolidierungsentscheidung berücksichtigt die Risikoposition die sowohl die Deutsche Bank als auch der oder die Investoren durch Derivate und andere Instrumente an der Zweckgesellschaft haben. Der Rückgang der Vermögenswerte ist hauptsächlich auf Fälligkeiten und Auflösungen bestimmter Transaktionen im Berichtszeitraum zurückzuführen. Zusätzlich zu den in der Tabelle gezeigten Vermögenswerten in konsolidierten Repackaging-Gesellschaften betrugen die Vermögenswerte in nicht konsolidierten Zweckgesellschaften für

Repackaging zum 31. Dezember 2011 35 Mrd € (2010: 33 Mrd €). Die Investmentprodukte ermöglichen dem Kunden die Beteiligung an einem bestimmten Portfolio von Vermögenswerten und Risiken durch den Erwerb unserer strukturierten Anleihen. Wir sichern diese Risikopositionen durch den Erwerb von Beteiligungen in Zweckgesellschaften ab, die dem in der Anleihe festgelegten Ergebnis entsprechen.

Investmentfonds

Wir bieten Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Wir geben Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantieren. Unser Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und teilweise erfolgsabhängige Gebühren. Wir sind zur Unterstützung solcher Fonds nicht vertraglich verpflichtet und haben in den Jahren 2011 und 2010 auch keine solche Unterstützung geleistet. Im Geschäftsjahr 2011 stiegen die Vermögenswerte in den konsolidierten Investmentfonds um 1,2 Mrd €. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf den Zufluss von Barmitteln zurückzuführen.

Strukturierte Transaktionen

Wir beteiligen uns an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die strukturierten Transaktionen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten. Wir konsolidieren die Zweckgesellschaften, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen. Die Bilanzstruktur der von uns konsolidierten Zweckgesellschaften wird zum einen durch das Eingehen neuer Transaktionen beeinflusst. Zum anderen wirken sich Endfälligkeit, Restrukturierungen und die vorzeitige Abwicklung infolge der Ausübung von Optionen auf die bestehenden Transaktionen aus. Die Vermögenswerte reduzierten sich 2011 um 2,3 Mrd € aufgrund der Abwicklung verschiedener Transaktionen und von Verkäufen.

Operative Einheiten

In einigen für uns vorteilhaften Fällen gründen wir Zweckgesellschaften, um über sie einen Teil unseres operativen Geschäfts durchzuführen. Zu den damit verbundenen Aktivitäten, bei denen sich unser Engagement auf unsere Investition in die Zweckgesellschaft beschränkt, gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps. Wir konsolidieren diese Einheiten, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der Zweckgesellschaft halten. Dies beinhaltet per 31. Dezember 2011 Vermögenswerte in Höhe von 1,3 Mrd €, die aus der Konsolidierung der Postbank resultieren (2010: 1,4 Mrd €).

Risikopositionen mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften

in Mrd €	31.12.2011	31.12.2010
Maximal verbleibende zu finanzierte Risikopositionen		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	1,2	2,5
ABCP-Conduits Dritter	1,9	2,4
Von Dritten gesponserte Verbrieferungen		
US-amerikanische	1,6	1,5
Nicht US-amerikanische	1,4	1,2
Garantierte Investmentfonds ¹	9,8	10,7
Immobilienleasingfonds	0,7	0,8

¹ Nominalbetrag der Garantien.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir sponsieren und verwalten vier in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Solche Conduits ermöglichen unseren Kunden den Zugang zu Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2011 auf insgesamt 1,0 Mrd € (2010: 1,9 Mrd €) beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse-Zweckgesellschaften begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über eine Bonitätseinstufung von mindestens AA-. Das zur Erreichung der Bonitätseinstufung erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den Zweckgesellschaften übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der Commercial Paper, die durch außerbilanziell erfasste Conduits emittiert werden, beträgt einen Monat bis drei Monate.

Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die zugesagten Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sich zum 31. Dezember 2011 auf insgesamt 1,2 Mrd € (2010: 2,5 Mrd €) beliefen. Keine dieser Fazilitäten wurde in Anspruch genommen. Der Rückgang der Liquiditätsfazilitäten ist auf Fälligkeiten und die Reduzierung bestimmter Fazilitäten zurückzuführen. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wert Schwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten nicht mehr genügend Mittel zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder zur Verfügung stehen. Zum 31. Dezember 2011 hatten wir keine materiellen Bestände an Commercial Paper oder an Wertpapieren, die durch solche Conduits begeben wurden.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring unserer Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Wir konsolidieren keine ABCP-Conduits Dritter, da wir bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Leistungen für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Zum 31. Dezember 2011 belief sich der Nominalwert der von uns zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten auf 1,9 Mrd € (2010: 2,4 Mrd €). Der Rückgang im Berichtszeitraum ist auf die Inanspruchnahme einiger Fazilitäten zurückzuführen. Die Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der Zweckgesellschaften besichert. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Vermögenswerte beeinflusst die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir und in einigen Fällen auch Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbrieft gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften geknüpft ist.

Der Nominalbetrag der von uns bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten, einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils, belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 8,2 Mrd € (2010: 7,0 Mrd €). Davon wurden 5,2 Mrd € (2010: 4,3 Mrd €) in Anspruch genommen. Damit standen 3,0 Mrd € (2010: 2,7 Mrd €), wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Der Anstieg des Nominalwerts in der Berichtsperiode war hauptsächlich auf die Begebung endfälliger Fazilitäten zurückzuführen. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der Zweckgesellschaften besichert, sodass die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Wir übernehmen Fondsgarantien, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht zu einer Konsolidierung der Fonds. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum beizulegenden Zeitwert erfasst und Veränderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert der Garantien war zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010 nicht materiell. Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 10,6 Mrd € (2010: 12,0 Mrd €) und die von ihnen begebenen Garantien auf 9,8 Mrd € (2010: 10,7 Mrd €). Der Rückgang der verwalteten Vermögenswerte wurde in erster Linie durch Liquiditätsabflüsse in der Berichtsperiode verursacht.

Immobilienleasingfonds

Wir begeben Garantien für Zweckgesellschaften, die in Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturinvestitionen in Deutschland) investieren, das von Dritten finanziert und an unsere Kunden vermietet wird. Derartige Garantien werden nur in Anspruch genommen, falls das Immobilienvermögen zerstört wurde und das Versicherungsunternehmen nicht für den daraus resultierenden Verlust aufkommt. Wird die Garantie in Anspruch genommen, haben wir eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus schreiben wir Verkaufsoptionen für von uns aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturinvestitionen in Deutschland erwerben, welche dann von Dritten geleast werden. Die Verkaufsoption gibt dem Anteilseigner das Recht, die Immobilie am Ende der Leasingfrist zu einem festen Preis an uns zu verkaufen. Der Nominalbetrag der von uns begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2011 501 Mio € (2010: 514 Mio €) und der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 239 Mio € (2010: 246 Mio €). Der beizulegende Zeitwert der begebenen Garantien und der geschriebenen Verkaufsoptionen ist nicht materiell. Wir konsolidieren diese Zweckgesellschaften nicht, da wir bei ihnen nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht und in der Anhangangabe 37 „Aufsichtsrechtliches Kapital“ des Konzernabschlusses enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Die Beibehaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihgläubigern und Aktionären bieten. 2011 war ein Jahr zahlreicher Verwerfungen an den Kapitalmärkten. In diesem Zusammenhang wurden viele Banken weltweit von den Ratingagenturen herabgestuft. Die Deutsche Bank war ebenfalls von diesem Trend betroffen.

Am 15. Dezember 2011 stufte Fitch Ratings das Langfristrating der Deutschen Bank von AA- auf A+ herab. Diese Neubewertung geschah im Zusammenhang mit einer branchenweiten Herabstufung, die Fitch's Erwartung widerspiegelt, dass das schwierige und unsichere Marktumfeld die Ergebnisstärke der global tätigen Investment- und Universalbanken weiter unter Druck setzen wird.

Am 29. November 2011 hat Standard & Poor's, unter Anwendung einer neuen Bankratingmethodik auf 37 globale Banken, das A+ Langfristrating der Deutschen Bank bestätigt. Der dazugehörige Ratingausblick wurde von stabil auf negativ gesenkt, da die von Standard & Poor's kalkulierte Risk Adjusted Capital (RAC) Quote der Deutschen Bank noch nicht die geforderten 7 % erreicht. Diese Quote wird von der Ratingagentur als „adäquat“ bezeichnet. Standard & Poor's geht davon aus, dass die Deutsche Bank eine RAC Quote von 7 % oder höher im Laufe der nächsten 18 Monate erreichen wird. Bei Erreichen könnte der negative Ausblick aufgehoben werden.

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Moody's Investors Service, New York ¹	Aa3	Aa3	Aa1
Standard & Poor's, New York ²	A+	A+	A+
Fitch Ratings, New York ³	A+	AA-	AA-

¹ Die „Aa“-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 3 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am unteren Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.

² Standard & Poors beschreibt Anleihen der Bonitätseinstufung der Kategorie „A“ als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Bonitätseinstufungen. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie.

³ Ein „A“-Rating von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Das „A“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A“-Ratings auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jede Bonitätseinstufung getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Bonitätseinstufungen die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2011 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten ¹	189.326	34.845	46.389	35.521	72.571
Hybride Kapitalinstrumente ¹	15.664	3.330	2.769	3.197	6.368
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen ²	15.690	4.933	4.084	2.188	4.485
Finanzleasingverpflichtungen	53	10	35	4	4
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.709	891	1.491	1.081	2.246
Kaufverpflichtungen	2.929	759	1.471	646	53
Langfristige Einlagen ¹	37.728	–	14.716	7.014	15.998
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	8.717	196	1.089	2.327	5.105
Insgesamt	275.816	44.964	72.044	51.978	106.830

¹ Beinhaltet Zinszahlungen.

² Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 204 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Gebäudemanagement, Informationstechnologie und Wertpapierabwicklungsdienstleistungen. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar und tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 06 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 23 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 27 „Einlagen“ und Anhangangabe 31 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 27. Februar 2012 erhielt die Deutsche Bank durch die Fälligkeit der Pflichtwandelanleihe 60 Millionen Aktien der Postbank (27,4 %) und erhielt am 28. Februar 2012 durch die Ausübung der Verkaufsoption durch die Deutsche Post AG weitere 26,4 Millionen Aktien (12,1 %). Dadurch besitzt die Deutsche Bank zusätzlich 86,4 Millionen Postbank-Aktien (39,5 %) und besitzt damit insgesamt 204,9 Millionen Postbank-Aktien (93,7 %). Die beiden Transaktionen haben keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital und die Liquiditätsposition der Deutschen Bank. Weitere Informationen hierzu sind in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Am 28. Februar 2012 teilte die Deutsche Bank mit, dass sie in exklusive Verhandlungen mit Guggenheim Partners über die Veräußerung ihrer Asset Management-Bereiche eintritt. Wie bereits angekündigt, werden diese Bereiche von der Bank einer strategischen Überprüfung unterzogen. Die Bereiche umfassen das Publikumsfondsgeschäft in Amerika (DWS Americas) sowie das globale Vermögensverwaltungsgeschäft für institutionelle Kunden (DB Advisors), für Versicherungsgesellschaften (Deutsche Insurance Asset Management) und für alternative Anlagen (RREEF). Diese Verhandlungen sind noch nicht beendet, und wir können die finanziellen Auswirkungen noch nicht abschließend beurteilen.

Risikobericht

Der folgende Abschnitt über quantitative und qualitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken enthält Informationen, die Bestandteil des Konzernabschlusses der Deutschen Bank sind und daher durch Referenzierung in den Konzernabschluss dieses Berichts einbezogen werden. Diese Informationen sind in diesem Berichtsteil durch eine seitliche Klammer markiert.

Der Abschnitt über quantitative und qualitative Risikoangaben vermittelt ein umfassendes Bild des Risikoprofils des Deutsche Bank-Konzerns. Die quantitativen Informationen spiegeln in der Regel den Deutsche Bank-Konzern inklusive der Postbank zu den Bilanzstichtagen 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010 oder den entsprechenden Berichtszeitraum seit dem 3. Dezember 2010 wider. In einzelnen Fällen, in denen eine konsolidierte Darstellung nicht erfolgt, werden, sofern angemessen, separate Risikoangaben zur Postbank oder entsprechend qualitative Kommentare gegeben.

Die Postbank führt entsprechend den gesetzlichen Regelungen ihre Risikomanagementaktivitäten eigenverantwortlich durch. Der Deutsche Bank-Konzern berät die Postbank in bestimmten Bereichen des Risikomanagements. Bei der Angleichung von Risikobeurteilungs-, Bewertungs- und Kontrollprozessen zwischen der Postbank und dem Deutsche Bank-Konzern wurden 2011 wesentliche Fortschritte erzielt.

Risikomanagement – Überblick

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im Jahr 2011 darauf, unser Risikoprofil im Rahmen unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen gemäß der 4. Phase unserer Managementagenda zu unterstützen. Dieser Ansatz spiegelt sich wie folgt in den unterschiedlichen, unten dargestellten Risikometriken wider.

Kreditrisiko

- Die Einhaltung unserer zentralen Kreditprinzipien des proaktiven und umsichtigen Risikomanagements hat es uns in 2011 ermöglicht, erfolgreich im volatilen makroökonomischen Kreditumfeld zu bestehen und das Niveau der Wertberichtigungen auf dem Vorjahresniveau zu halten. Dies schliesst die Wertberichtigungen der Postbank für das Gesamtjahr 2011 ein. Insbesondere die Anwendung unserer existierenden Risikomanagementphilosophie bei der Eingehung von Risiken, einem aktiven Management von Konzentrationsrisiken sowie Risikoreduzierungs-Strategien mittels Sicherheiten, Hedging, Aufrechnungs- und Credit-Support-Vereinbarungen half dies zu erreichen.
- Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betrugen im Jahr 2011 1,8 Mrd € im Vergleich zu 1,3 Mrd € in 2010. Der Anstieg war in erster Linie auf die Konsolidierung der Postbank, die 0,8 Mrd € für das Gesamtjahr beitrug, zurückzuführen. Hierin nicht enthalten sind Auflösungen von Risikopositionen der Postbank in Höhe von 0,4 Mrd €, welche vor der Konsolidierung gebildet wurden. Ohne die Postbank wären die Wertberichtigungen um 139 Mio € zurückgegangen, was in erster Linie auf die verbesserte Entwicklung im Bereich Private & Business Clients Advisory Banking Deutschland zurückzuführen ist. Unter Berücksichtigung der gesamten Wertberichtigungen der Postbank im Jahr 2010 (im Jahresbericht sind Postbank Wertberichtigungen lediglich für einen Monat reflektiert) wäre der ganze Umfang der Wertberichtigungen im Jahr 2011 im Vergleich zum Jahr 2010 geringer gewesen.
- Unser Kreditportfolio ist unter Beachtung strikter Risiko-Ertrags-Anforderungen um 1 % oder 6 Mrd € gewachsen, vornehmlich aufgrund von Wechselkurseffekten. Der Anstieg erfolgte im Wesentlichen im Segment niedrigerer Risiken während die Portfolio Segmente mit moderaten und höheren Risiken reduziert wurden.

- Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating in unserem Firmenkundenkreditbuch ging von 73 % am 31. Dezember 2010 auf 72 % am 31. Dezember 2011 zurück und blieb damit trotz eines schwierigen makroökonomischen Umfeldes stabil.
- Obgleich unser Bruttokreditengagement im Jahr 2011 stieg, ist unser Kreditrisikoprofil gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf für das Kreditrisiko mit 12,8 Mrd € am Jahresende 2011 stabil geblieben. Die geringe Erhöhung um 27 Mio € reflektiert vornehmlich gegenläufige Effekte aus der Reduzierung von Kreditengagements, Modellrekalibrierung im Zusammenhang mit der Postbankintegration, risikoreduzierender Maßnahmen sowie eine regelmäßiger Überprüfung der Risikoparameter vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfeldes.

Marktrisiko

- Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktriskopositionen betrug 7,3 Mrd € am Jahresende 2011, ein Anstieg um 0,5 Mrd € oder 8 % gegenüber dem Ökonomischen Kapitalbedarf am Jahresende 2010.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das handelsbezogene Marktrisiko betrug 4,7 Mrd € am Jahresende 2011, verglichen mit 6,4 Mrd € am Jahresende 2010. Diese Reduzierung ist auf Maßnahmen der Risikominderung und konservative Positionierung in allen Aktivklassen zurückzuführen.
- Das durchschnittliche Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank betrug 71,8 Mio € in 2011, verglichen mit 95,6 Mio € in 2010. Der Rückgang in unserem durchschnittlichen Value-at-Risk in 2011 wurde im Wesentlichen bestimmt durch eine reduzierte Risikoübernahme.

Operationelle Risiken

- Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd € oder 32 % auf 4,8 Mrd €. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Etablierung eines Sicherheitspuffers in unserem AMA-Modell zur Abdeckung unvorhergesehener Rechtsrisiken aus der Finanzkrise zurückzuführen.

Liquiditätsrisiken

- Unsere Liquiditätsreserve (ohne Berücksichtigung der Postbank) stieg per 31. Dezember 2011 gegenüber dem Vorjahr um 69 Mrd € auf 219 Mrd € an.
- 2011 haben wir Kapitalmarktinstrumente in Höhe von 22,5 Mrd € begeben, während unser Emissionsplan 19 Mrd € vorsah (ohne Berücksichtigung der Postbank).
- 59 % unserer Refinanzierung stammt aus stabilen Refinanzierungsquellen inklusive der langfristigen Emissionen, Einlagen von Privatkunden und im Bereich des Global Transaction Banking.

Kapitalmanagement

- Die Kern-Tier-1-Kapitalquote, die keine hybriden Instrumente beinhaltet, lag am Jahresende 2011 bei 9,5 % (gemäß neuem Basel 2.5 Rahmenwerk), oberhalb der 9 %-Schwelle, die seitens der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) ab 30. Juni 2012 gefordert ist. Zum Jahresende 2010 lag sie bei 8,7 %. Diese war nach Basel-2-Vorschriften berechnet, und die vergleichbare Kern-Tier-1-Kapitalquote am Jahresende 2011 hätte bei 10,8 % gelegen.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote zeigt an, ob die über Risikopositionen intern ermittelte Kapitalanforderung von unserem internen Kapitalangebot überdeckt wird. Die Quote stieg auf 159 % zum 31. Dezember 2011 im Vergleich mit 147 % zum 31. Dezember 2010.

- Die risikogewichteten Aktiva stiegen um 35 Mrd € auf 381 Mrd € zum Jahresende 2011, hauptsächlich bestimmt durch eine Erhöhung um 54 Mrd € infolge der Einführung von Basel 2.5 sowie einen Anstieg der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken um 13 Mrd €. Diese Erhöhungen wurden durch Reduzierungen in den risikogewichteten Aktiva für das Kredit- und Marktrisiko als Ergebnis unserer Risikoreduzierungsbemühungen teilweise kompensiert.

Bilanzmanagement

- Zum 31. Dezember 2011 lag unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition bei 21 und damit unterhalb unserer Zielgröße von 25. Zum Jahresende 2010 hatte die Leverage Ratio 23 betragen.

Prinzipien des Risikomanagement

Unsere Geschäftstätigkeit bedeutet bewusst Risiken einzugehen, daher liegen dem Risikomanagement folgende Prinzipien zugrunde:

- Risiken werden im Rahmen definierter Risikotoleranzen eingegangen.
- Jedes Risiko wird gemäß dem Risikomanagement-Rahmenwerk genehmigt.
- Risiken sollen angemessenen Ertrag bringen.
- Risiken werden fortlaufend überwacht und
- Eine starke Risikomanagementkultur trägt zur Stabilität der Deutschen Bank bei.

Wir erwarten von unseren Mitarbeitern diese starke Risikokultur zu leben, ihr Handeln am ganzheitlichen Ansatz von Risiken und Erträgen auszurichten und damit unser Risiko-, Kapital- und Reputationsprofil effektiv zu steuern. Zu unserer Vergütungsphilosophie gehört folgerichtig die Berücksichtigung und kontinuierliche Überwachung von Risiken. Ausführliche Erläuterungen zu unserem Vergütungssystem finden sich im „Vergütungsbericht“.

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Konzern- und Geschäftsbereiche sowie den Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern.
- Wir wirken Risiken auf drei Ebenen entgegen, wobei Funktionen der Geschäfts- und Risikosteuerung sowie der Revision unabhängig voneinander agieren.
- Risikostrategie und Risikotoleranz werden in unserem konzernweiten strategischen Planungsprozess definiert, um die Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele zu harmonisieren.
- Konzernweit durchgeführte Prüfungen sollen robuste Risikosteuerungspraktiken und eine ganzheitliche Wahrnehmung aller unserer Risiken sicherstellen sowie die Konzerneinheiten unterstützen, ein ausgewogenes Verhältnis von Risiken und Erträgen zu erreichen.

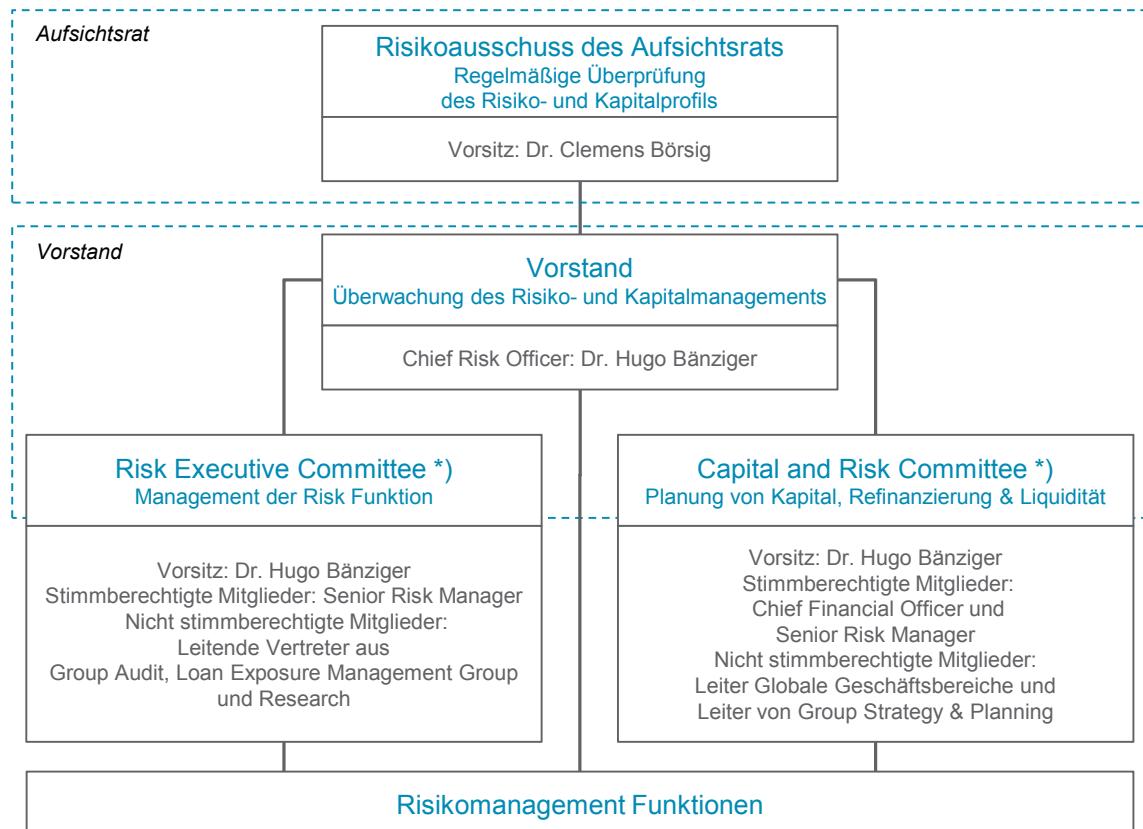
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken, operationelle Risiken und Risikokonzentrationen sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank.
- Wo es anwendbar ist, werden für unsere Risikokategorien Modelle und Messsysteme zur Quantifizierung von Risiken und Kapitalbedarf eingesetzt.
- Effektive Systeme, Prozesse und Richtlinien sind eine essentielle Komponente für unsere Risikosteuerung.

Vergleichbare Risikomanagementgrundsätze bestehen bei der Postbank und spiegeln sich in den Organisationsstrukturen.

Risikosteuerung

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über unsere Risikomanagement-Überwachungsstruktur.

Risiko und Kapitalmanagement – Schematischer Überblick der Governance-Struktur des Konzerns



*) Unterstützt durch mehrere Unterkomitees

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats prüft regelmäßig unser Risiko- und Kapitalprofil.

Der Vorstand ist verantwortlich für die unabhängige Steuerung der Bank mit dem Ziel, nachhaltige Werte für Aktionäre, Mitarbeiter und andere Interessengruppen zu schaffen. Dem Vorstand obliegt die alleinige Verantwortung für unsere tägliche Geschäfts-/Risikosteuerung. Er ist verantwortlich für die Festlegung und Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie der Gruppe, wie auch für die Etablierung angemessener Risikofunktionen und -richtlinien. Der Vorstand hat verschiedene Aufgaben und Verantwortlichkeiten an relevante Risikokomitees, insbesondere an das Risk Executive Committee (RiskExCo) und das Capital and Risk Committee (CaR), delegiert, die unter dem Vorsitz des Chief Risk Officers tagen.

Der Chief Risk Officer (CRO), ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für die Identifizierung, die Bewertung, die Steuerung und die Berichterstattung für alle Risiken, die aus unseren Geschäftsaktivitäten entstehen. Die nachstehenden funktionalen Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Risk-Funktion:

- Das Capital and Risk Committee überwacht und steuert die integrierte Planung und überwacht das Risikoprofil und die Kapitaladäquanz. Ebenso stellt es die Harmonisierung von unserer Risikotoleranz, Anforderungen an die Kapitalisierung und Refinanzierung mit den Erfordernissen des Konzerns und den Strategien der Geschäftsbereiche und -einheiten sicher.
- Unser Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle unserer zuvor genannten Risiken zuständig. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für bestimmte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören unter anderem Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.
- Das Cross Risk Review Committee unterstützt das Risk Executive Committee und das Capital and Risk Committee insbesondere im Management der konzernübergreifenden Risiken. Das Capital and Risk Committee hat dem Cross Risk Review Committee die Aufgabe der laufenden Überwachung und Steuerung unseres internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozesses (ICAAP) übertragen, um die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Konzern und den lokalen ICAAPs sicherzustellen.

Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien sichergestellt, da das Group Investment Committee Vorschläge für strategische Beteiligungen beurteilt. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Beteiligung muss diese durch das Group Investment Committee, den Vorstand oder sogar den Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft.

Spezifische Risk-Einheiten sind mit den folgenden Aufgaben betraut:

- Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die durch das Capital and Risk Committee gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt wurde;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Risikolimiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
- Regelmäßige Prüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Die Leiter der Risk-Einheiten, die auch dem Risk Executive Committee angehören, sind für die Ergebnisse der Risikomanagementeinheiten verantwortlich und berichten unmittelbar an den Chief Risk Officer.

Der Bereich Enterprise-wide Risk Management („ERM“) wirkt bei der Überwachung der Einhaltung der in der Kapitalplanung gesetzten Risikotoleranzen mit und steuert unsere risikoübergreifenden Initiativen. Die Ziele des ERM-Bereichs sind:

- Umfassende Darstellung aller Risiken der Geschäftsbereiche, der übergreifenden Risikokonzentrationen und der Risiko-Ertrag-„Hotspots“;
- Strategische und zukunftsbezogene Berichterstattung an das Management, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
- Stärkung unserer Risikokultur;
- Förderung der Implementierung konsistenter Risikomanagementstandards in allen lokalen Konzern-einheiten.

Unsere Finance- und Revisionsabteilung arbeiten unabhängig von den Konzernbereichen und der Risk-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision prüft risiko-orientiert den Aufbau und die operative Effektivität unseres internen Kontrollsystems.

Ein gemeinsames Forum der Deutschen Bank und Postbank wurde in 2011 etabliert, um beide Gesellschaften in wichtigen Risiko/Ertragsentscheidungen anzugeleichen, einen portfoliobezogenen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und aufsichtsrechtliche Themen anzusprechen. Dieses regelmäßige Forum unterstützt insbesondere die Angleichung sowohl des Risikomanagements als auch der Prozesse im Risikomanagement auf Konzernebene. Ergänzend misst und bewertet die konzernweite Risikomanagementorganisation der Postbank unabhängig alle wesentlichen Risiken und Risikotreiber. Mit Wirkung vom 1. März 2011 hat die Postbank die Funktion des Chief Risk Officer auf Vorstandsebene etabliert.

Die wesentlichen Risikomanagement-Komitees der Postbank, in denen der Chief Risk Officer der Postbank ein stimmberechtigtes Mitglied ist, sind:

- Das Bank Risk Committee, das den Vorstand mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risikozuordnung berät.
- Das Credit Risk Committee, das für die Limitzuordnung und die Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist.
- Das Market Risk Committee, das über die Limitzuordnung und die strategische Positionierung des Bankbuches und das Management des Liquiditätsrisikos entscheidet.
- Das Operational Risk Committee, das ein angemessenes Risiko-Rahmenwerk und die Kapitalzuordnung für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert.

Risikoberichterstattung und -messsysteme

Wir verfügen über zentralisierte Risikodatenbanken und Systeme, die das aufsichtsrechtliche Meldewesen, die externen Veröffentlichungen, aber auch das interne Management Reporting für Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelle Risiken unterstützen. Unsere Infrastruktur für Risiken integriert die relevanten Gesellschaften und Geschäftsbereiche und bildet die Grundlage für die maßgeschneiderte Berichterstattung auf regelmäßiger und Ad-hoc-Basis zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitinanspruchnahmen an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung, Analyse und Berichterstattung von Risiken und stellen die erforderliche Qualität wie auch Integrität der risikorelevanten Daten sicher.

Die wesentlichen Standardberichte zur Risiko- und Kapitalsteuerung, die den zentralen Überwachungsgremien mit Informationen über die konzernweiten Risiken zur Verfügung gestellt werden, sind:

- Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem Capital and Risk Committee und dem Vorstand monatlich vom Chief Risk Officer vorgestellt. Es umfasst einen Überblick zu unserer aktuellen Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie Informationen zur regulatorischen und ökonomischen Kapitaladäquanz.
- Unser Treasurer stellt dem Capital and Risk Committee monatlich einen Überblick zum Konzernkapital, Liquidität und Refinanzierung mit wesentlichen Kenngrößen und Entwicklungen über die zuvor genannten Metriken hinweg vor.
- Konzernweite makroökonomische Stresstests werden vierteljährlich durchgeführt und dem Capital and Risk Committee berichtet. Sie werden bei Bedarf ergänzt um Ad-hoc-Stresstests auf Konzernebene.

Diese Berichte werden durch eine Vielzahl anderer Standard- und Ad-hoc-Berichte von der Risk-Funktion und Finance vervollständigt und einer Reihe unterschiedlicher Komitees präsentiert, die für die Risiko- und Kapitalsteuerung auf Konzernebene verantwortlich sind.

Die Postbank besitzt weiterhin ein eigenes Reporting Rahmenwerk, welches im Wesentlichen den oben beschriebenen Prinzipien folgt.

Risikostrategie und Risikotoleranz

Unser Statement zur Risikostrategie lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Ausgewogenes Ergebnis über Geschäftsbereiche hinweg,
- Positive Entwicklung unserer Ergebnisqualität,
- Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kapitalvorschriften,
- Kapitaladäquanz, und
- Stabile Refinanzierung und strategische Liquiditätsposition, die eine Geschäftsplanung im Rahmen von Liquiditätstoleranzen und regulatorischen Vorgaben ermöglichen.

Wir definieren unsere Risikostrategie und -toleranzen auf der Basis des strategischen Plans, um eine Harmonisierung von Risiko-, Kapital- und Ergebniszügen sicherzustellen.

Wir führen einen jährlichen strategischen Planungsprozess durch, um unsere zukünftige strategische Ausrichtung zu berücksichtigen, über die wichtigsten Initiativen zu entscheiden und die Ressourcen den Geschäftsbereichen zuzuordnen. Unsere Planung umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Verfügbarkeit von und den Bedarf an Kapital sowie weitere Ressourcenfragen wie die Beschäftigtenanzahl und geschäftsspezifische Leistungskennziffern. Ein solcher Prozess wird auf Geschäftsbereichs- sowie -einheitenebene durchgeführt und erstreckt sich auf die folgenden drei Jahre, mit einer Extrapolation auf einen Fünf-Jahreshorizont zum Zwecke des Tests des Geschäfts- und Firmenwerts auf Werthaltigkeit. Ergänzend wird das erste Jahr in Monate unterteilt (operative Planung). Group Strategy & Planning und Finance koordinieren den strategischen Planungsprozess und präsentieren die resultierende strategische Planung dem Group Executive Committee und dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung. Die finalisierte Planung ist zu Anfang eines jeden Jahres auch dem Aufsichtsrat vorzulegen.

Unser strategischer Plan umfasst auch die Risiko- & Kapitalplanung und die Festlegung der Risikotoleranzen, die uns ermöglichen:

- Festlegung von risikobasierten Kapitaladäquanzzielen, unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftsbereichsplanung;
- Ermittlung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Vorschriften (zum Beispiel regulatorisches und ökonomisches Kapital); und
- Anwendung von Stresstests zur Ermittlung der Auswirkung auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Unsere Risikotoleranz ist ein Ausdruck für das maximale Risiko, das wir zu akzeptieren bereit sind, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Unsere Risikotoleranzen werden konzernweit übersetzt in finanzielle Ziele der Geschäftsbereiche, Limite, Ziele oder Messgrößen für unsere materiellen Risikotypen. Das Setzen von Risikotoleranzen gewährleistet die proaktive Steuerung der Risiken im Rahmen des vom Vorstand und den Aktionären gewünschten Rahmens und die Kongruenz unserer Risikotoleranzaussage. Der Vorstand überprüft und genehmigt die Risikotoleranz im jährlichen Turnus und stellt damit Konsistenz mit unserer Strategie, dem Geschäftsumfeld und den Anforderungen der Aktionäre sicher. Für die Risikotoleranz sind unterschiedliche Schwellenwerte mit klar definierten Eskalations- und Maßnahmenplänen festgelegt. Wird ein Toleranzschwellenwert überschritten, obliegt es dem Bereich Enterprise-wide Risk Management, dieses Ereignis den zuständigen Risikoausschüssen und in letzter Instanz dem Chief Risk Officer zu melden.

Änderungen der Risiko- und Kapitalstrategie sind je nach Bedeutung vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand zu genehmigen.

Bei der Postbank sind vergleichbare fundamentale Prinzipien etabliert, wobei der Vorstand der Postbank für das Risikoprofil und die Risikostrategie verantwortlich ist und diesbezüglich regelmäßig an den Aufsichtsrat der Postbank berichtet. In 2011 wurde das Rahmenwerk der Postbank für Kapitalbedarf, Kapitalplanung und den Risikostrategieprozess an die Standards der Deutschen Bank angeglichen.

Risikoinventur

Im Rahmen unserer Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, von denen die wesentlichsten im Folgenden in eigenen Bereichen beschrieben werden. Diese Risiken können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht unterlegen wir drei Arten von Risiken mit regulatorischem Eigenkapital: das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko. Als Teil unseres internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozesses berechnen wir die Menge Ökonomischen Kapitals, die benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken – ohne das Liquiditätsrisiko – abzudecken.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind (siehe weiter unten im detaillierteren Kapitel zum Kreditrisiko). Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder zu unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte).

Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass uns in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietssässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Marktrisiko

Marktrisiko resultiert aus Veränderungen des Marktwerts unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Risikoauflschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern, wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten, entstehen. Wir unterscheiden drei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Konzernbereich CIB. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das „gehandelte Ausfallrisiko“ entsteht aus Ausfällen sowie Ratingmigrations.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten entsteht in verschiedenen Formen. Das Aktienkursänderungsrisiko entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen, Investitionen in alternative Anlagen und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko entsteht aus unseren nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva. Das strukturelle Währungsrisiko ergibt sich aus Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Es repräsentiert den Großteil des Währungsrisikos in unseren Nichthandelsaktivitäten. Andere Elemente des nicht handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit unseren Vermögensverwaltungs- und Fondsaktivitäten sowie durch Modellrisiken in PBC, GTB und PWM, die sich aus Stressannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten. Die Deutsche Bank ohne die Postbank sieht diese Risiken als Teil des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten an.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustpotenzial (einschließlich Rechtsrisiken), das sich aus dem Verhalten von Mitarbeitern, aus vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, der Technologie, dem Versagen der Infrastruktur sowie aus Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen ergeben kann. Das Operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund von möglichen Veränderungen der generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellen, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Neben den oben genannten gibt es eine Reihe weiterer Risiken wie das Reputationsrisiko, das Versicherungsrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Diese stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit einer oder mehreren der oben genannten Risikoarten.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst wird.

Eine Reihe von Konzernrichtlinien und Vorschriften bildet das Rahmenwerk für unser Reputationsrisikomanagement. Die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Eskalation und Klärung von Fragen, die das Reputationsrisiko betreffen, liegt bei den Geschäftsbereichen. Die Risikomanagementeinheiten unterstützen und beraten die Geschäftsbereiche bei der Identifizierung, Eskalation und Lösung von Problemen, die das Reputationsrisiko betreffen.

Das höchste auf Fragen zu Reputationsrisiken spezialisierte Gremium ist das Group Reputational Risk Committee („GRRC“). Es ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch Abbey Life Assurance Company Limited sowie die Verpflichtungen aus der leistungsdefinierten Versorgungszusage des Konzerns. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir die versicherungsbezogenen Risiken in erster Linie als Marktrisiko aus Nichthandelspositionen. Wir überwachen die zugrunde liegenden Annahmen in der Berechnung dieses Risikos regelmäßig und suchen risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen, wenn wir diese für angemessen halten. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche aus Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht.
- **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die tatsächlichen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind keine isolierten Risikoarten, sondern sind in das Management der individuellen Risikokategorien sowie des Gesamtbankrisikos durch die Enterprise-wide Risk Management Funktion integriert. Sie beschreiben unser Verlustpotenzial aus der unausgewogenen Verteilung von Abhängigkeiten von spezifischen Risikotreibern. Sie treten innerhalb von oder über Kunden, Regionen/Länder, Industrien, und Produkte hinweg auf und beeinflussen die vorgenannten Risiken.

Wir haben einen umfassenden Ansatz zur Steuerung von Risikokonzentrationen etabliert, der folgende Kernelemente beinhaltet:

- Analysen zu Konzentrationsrisiken innerhalb einer Risikokategorie werden durch unsere Portfoliosteuerungsbereiche durchgeführt, um die Treiber der Konzentrationsrisiken innerhalb einer Risikokategorie zu identifizieren und zu verstehen;
- Analysen der Geschäftsbereiche und Lokalen Einheiten identifizieren Risikokonzentrationen, die diskutiert und abhängig von ihrer Schwere an den Vorstand berichtet werden;
- Expertenforen, die sich, unter Nutzung qualitativer Ansätze, auf die Risikoarten übergreifenden und gesamtbankweiten Risikoaspekte, Konzentrationen und übergreifenden Risikomuster, wie zum Beispiel Wechselwirkungen zwischen Kredit-, Markt- Liquiditäts- und operationellen Risiken, fokussieren. Sie stellen sicher, dass sich unser Risikoprofil im Rahmen der definierten Risikostrategie, -toleranz und des Kapitalplans bewegt;
- Quantitative Methoden wie regulatorisches und ökonomisches Kapital (übergreifendes Risikomaß) und Stresstests und
- Umfassende Überwachung und Berichterstattung.

Das Cross Risk Review Committee ist das höchste spezialisierte Gremium für die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer und qualitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit dieser Kenngrößen und Messinstrumente mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Metriken aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

- **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Markt- risiko, einschließlich des gehandelten Ausfallrisikos, sowie für das operationelle und das allgemeine Ge-

schäftsrisiko. Wir prüfen und erweitern unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals kontinuierlich, wie es angemessen ist. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung unserer Risikopositionen von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein. Für Konsolidierungszwecke wurde das Ökonomische Kapital für die Postbank auf einer Basis kalkuliert, die konsistent ist mit der von der Deutschen Bank verwendeten Methodik. Die Postbank nutzt zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko die gleichen Instrumente und Methoden. Eine quantitative Darstellung unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.

Mit einem ähnlichen Konzept quantifiziert die Postbank ihren „Risikokapital“ genannten Kapitalbedarf, der ihr aus schweren unerwarteten Verlusten entsteht. Hierzu verwendet die Postbank einheitliche Parameter, um Risiken zu messen, die als materiell eingestuft werden. Diese Parameter orientieren sich am Value-at-Risk-Ansatz, das heißt an dem Verlust (abzüglich des erwarteten Gewinns oder Verlusts), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % innerhalb der vorgegebenen Halteperiode nicht überschritten wird. Die Haltedauer ist üblicherweise ein Jahr, für Markttrisiken jedoch 90 Tage.

- **Erwarteter Verlust.** Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf bis zu siebenjährigen statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmen wir den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten unserer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.

Die Postbank verwendet einen vergleichbaren Ansatz.

- **Value-at-Risk.** Wir verwenden ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Markt-risiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil sowohl der internen als auch der externen aufsichtsrechtlichen Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.

Bei der Postbank wird der Value-at-Risk sowohl für das Handelsbuch als auch für das Anlagebuch verwendet.

- **Stresstests.** Kredit-, Markt- und Operationelle Risiken sowie Liquiditätsrisiken sind Gegenstand regelmäßiger Stresstests. Das Cross Risk Review Committee überwacht die für die Steuerung unserer Risikotoleranz angewandten Stresstests, prüft deren Ergebnisse und schlägt gegebenenfalls Managementmaßnahmen vor. Das Cross Risk Review Committee prüft die Effizienz der Stresstests und fördert die kontinuierliche Verbesserung unseres Stresstestrahmenwerks. Unterstützt wird das Cross Risk Review Committee durch ein spezialisiertes Stress Testing Oversight Committee, das die Stresstestszenarien konzernweit festlegt und sicherstellt, dass für alle Risikoarten allgemeingültige Standards und einheitliche Szenarien eingesetzt sowie die konzernweiten Stresstestergebnisse besprochen werden. Das Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, basierend auf einem einheitlichen makro-

ökonomischen globalen Abschwungszenario, jährliche Rückblick- und für die Kapitalplanung relevante Stresstests sowie Ad-hoc-Szenarien.

Unsere spezifische Analyse der Risikoarten Kredit-, Markt-, operationelle und Liquiditätsrisiken ergänzen wir um Stresstests. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder spezifischer Parameter auf unser Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch der Einfluss auf die Bonitätsbeurteilung unseres Portfolios wird berücksichtigt. Für das Marktrisikomanagement führen wir Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf Daten der jüngeren Vergangenheit basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl unsere hochliquiden als auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investments. Die Schätzung der Korrelationen zwischen den in unseren aktuellen Stresstests genutzten Marktrisikofaktoren ist von volatilen Marktverhältnissen abgeleitet und sind konsistent mit denen, die während der jüngsten Stresssituationen an den Märkten beobachtet wurden.

Mithilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die wir für unsere Simulationen auswählen, erforderlich ist. Für das operationelle Risikomanagement führen wir Stresstests in Bezug auf unser Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition.

Bei der Postbank werden alle wesentlichen und aktiv gesteuerten Risikokarten (Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko) definierten Stresstests unterworfen. Die Postbank war auch einbezogen in den Deutsche Bank konzernweiten Kapital Stresstest 2011.

— **Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über unterschiedliche Kenngrößen, die in der Anhangangabe 37 „Aufsichtsrechtliches Kapital“ des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

ICAAP (Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess)

Der ICAAP verlangt von Banken ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und angemessene Methoden und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden sowie die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt Interne Kapitaladäquanz).

Wir erfüllen auf Konzernebene den Internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess wie unter Basel 2 / Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt, durch unser Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, unsere Methoden, Prozesse und Infrastruktur. Die ICAAP Rahmenwerke der Konzerninheiten wurden konzipiert, um den jeweiligen lokalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden und, wo möglich, in Übereinstimmung mit den in diesem Bericht beschriebenen Strukturen und Prinzipien ausgestaltet.

In Übereinstimmung mit den Basel 2- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um eine ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- Der jährliche strategische Planungsprozess sowie ein kontinuierlicher Überwachungsprozess der Erreichung von genehmigten Risiko- und Kapitalzielen;
- Eine regelmäßige Berichterstattung über Risiken und Kapital an die Steuerungsgremien;
- Die ökonomische Kapitalmethode und das Stress-Test-Rahmenwerk.

Mehr Informationen zur Risikosteuerung in den wesentlichen Risikokategorien sind in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Das Grundprinzip für Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse, welche zugleich ausgerichtet ist an unseren Portfoliostrategien für Länder und Branchen. Eine umsichtige Kundenselektion erreichen wir in erster Linie in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen. In jedem unserer Konzernbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, Prozesse und Grundsätze einheitlich angewendet.
- Wir streben aktiv ein diversifiziertes Kreditportfolio an, um unangemessene Konzentrations- und Langzeitsubjektivitäten (große unerwartete Verluste) zu verhindern. Dadurch schützen wir das Kapital der Bank wirkungsvoll in allen Marktsituationen. Kunden-, Branchen-, Länder- und produktsspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikotoleranz bewertet und gesteuert.
- Wir wollen große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene vermeiden. Deshalb wenden wir stringente Genehmigungsstandards zusammen mit einem proaktiven Absicherungs- und Verteilungsmodell sowie Kreditsicherheiten für unser Bestandsportfolio an.
- Wir gehen offene Barrisiken nur selektiv ein, sofern diese nicht mit Sicherheiten unterlegt, garantiert und/oder angemessen abgesichert sind. Ausnahmen von diesem Grundprinzip bilden kurzfristige Transaktionen mit geringerem Risiko und Linien in Verbindung mit speziellem Handelsfinanzierungsgeschäft sowie risikoarme Geschäfte, bei denen die Margen eine angemessene Verlustabdeckung gewährleisten.
- Für unser Derivateportfolio streben wir nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen möglicherweise auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unsere gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fassen sie weltweit in Übereinstimmung mit dem deutschen Kreditwesengesetz konzernweit auf konsolidierter Basis zusammen.

Bei der Postbank sind vergleichbare einheitliche Standards aufgestellt.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und unsere 26-stufige Bewertungsskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Der Großteil unserer Methoden zur Risikobeurteilung ist für die Nutzung im Rahmen des fortgeschrittenen internen bonitätsbasierten Ansatzes gemäß geltender Basel-Regeln zugelassen. Mithilfe unserer Bonitätsskala können wir unsere internen Bonitätsbeurteilungen mit der Marktpraxis und unsere verschiedenen Teilportfolios untereinander vergleichen. Mehrere Einstufungen des Ausfallrisikos ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen unbesicherten Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden.

In unserem Privatkundengeschäft werden die Kreditrisikoprüfungen und Kreditnehmereinstufungen in den homogenen Portfolios über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt. Die Entscheidungslogik berücksichtigt quantitative Aspekte (wie Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (wie SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Eingangs faktoren werden von unserer Entscheidungslogik zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet. Nach Bewertung der Sicherheiten wird der eventuell zu erwartende Verlust berechnet sowie die weiteren erforderlichen Schritte zur Bearbeitung der abschließenden Kreditentscheidung bestimmt. Die etablierten Bonitätsbeurteilungsverfahren, die wir in unserem Privatkundengeschäft einsetzen, basieren auf multivariaten statistischen Methoden und werden zur Unterstützung unserer individuellen Kreditentscheidungen für dieses Portfolio und auch zur Steuerung des Privatkundenportfolios insgesamt eingesetzt.

Die Algorithmen der Bonitätsbeurteilungsverfahren werden immer wieder auf Basis der Ausfallhistorie sowie weiterer externer und interner Faktoren und Schätzungen neu justiert.

Die Postbank verwendet interne Bonitätsbeurteilungssysteme, die für die Verwendung im auf internen Ratings basierenden Basisansatz gemäß Basel 2 zugelassen sind. Ähnlich wie bei uns basieren die internen Bonitätsbeurteilungen und Einstufungen auf einer einheitlichen Masterskala, die jeder Bonitätsbeurteilung oder jedem Einstufungsergebnis die für die jeweilige Stufe festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet.

Kreditlimite und Genehmigungen

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Bonität unter Zugrundelegung der internen Einstufung der Kreditfähigkeit. Kreditlimite werden von Credit Risk Management in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit einzurichten, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee, wie das CIB Underwriting Committee, weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um angemessene Limite einzurichten, wird der Fall dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt.

Die Postbank wendet vergleichbare Kreditlimitrichtlinien und Genehmigungsprozesse an.

Kreditrisikominderung

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditrisikoengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die nachstehend näher beschriebenen Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

- Gehaltene Sicherheiten, um durch Erhöhung der Rückflüsse Verluste zu reduzieren.
- Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird einschließlich der Absicherungen durch unsere Loan Exposure Management Group.
- Netting- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Repo- und repoähnlichen Transaktionen reduzieren.

Für Kredite gehaltene Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Außerdem wird bei Verträgen mit Kreditnehmern in der Regel das Stellen von Sicherheiten vereinbart. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikomanagementprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Komplettverkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolios sowie Verbriefungen. Sie werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Loan Exposure Management Group („LEMG“) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

LEMG ist vor allem für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb unseres Konzernbereichs Corporate & Investment Bank zuständig.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Netting und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten zu reduzieren, wenn keine außerbörsliche Abwicklung erfolgen kann, sind wir grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatetransaktionen aufzurechnen, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Liquidationsnetting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, in deren Rahmen wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge für Transaktionen verrechnen, die unter solchen Verträgen geschlossen wurden („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risikobeurteilungsprozessen wenden wir das Netting nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Validität und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus vereinbaren wir Credit Support Annexes („CSA“) zu Rahmenverträgen, um das derivate-bezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Anhänge mit den entsprechenden Sicherheitenvereinbarungen bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die CSA verbrieften darüber hinaus das Recht auf Kündigung der zugrunde liegenden Derivatetransaktionen, falls der Kontrahent einer Aufforderung zum Sicherheitennachsuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

In bestimmten CSA zu Rahmenverträgen werden bonitätsabhängige Grenzen festgelegt. Diese haben die Stellung zusätzlicher Sicherheiten zur Folge, wenn ein Partner herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die als weiteren Kündigungsgrund die Herabstufung eines Partners festlegen. Diese Herabstufungsklauseln in den CSA und Rahmenverträgen werden üblicherweise für beide Kontrahenten angewandt, können aber auch nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stressstestergebnisse“ im Kapitel Liquiditätsrisiko.

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten zu reduzieren, strebt die Postbank regelmäßig den Abschluss von Rahmenverträgen an (wie den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Die Postbank wendet das Netting nur so weit an, wie sie sich vom rechtlichen Bestand und der Durchsetzbarkeit in den relevanten Jurisdiktionen überzeugt hat. Mit den meisten der Hauptgeschäftspartner in ihrem Finanzmarkt-Portfolio hat die Postbank CSA zu den Rahmenverträgen abgeschlossen, um ihr auf

Derivate bezogenes Kreditrisiko weiter zu reduzieren. Wie auch beim Netting reflektiert die Postbank dies in ihrer Berechnung der Kapitalanforderung, sofern sie davon überzeugt ist, dass der Anhang durchsetzbar ist.

Zum Zweck der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen für ihr Derivateportfolio nutzt die Postbank die Marktbewertungsmethode („Current Exposure Methode“), das heißt, sie berechnet ihre ausstehenden Forderungen bei Kreditausfall („Exposure at Default“) als Summe des positiven beizulegenden Netto-Zeitwerts ihrer Derivatetransaktionen und des aufsichtsrechtlichen Zuschlags.

Überwachung des Ausfallrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Steuerung der Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteile unsere Kreditrisikomanagement Aktivitäten. Die Aufgabe erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, die die erste Risikominimierungsebene bilden, sowie unseren Ratingsteams und der Portfolio-Management-Funktion.

Die Geschäftspartner im Kreditgeschäft werden den Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements innerhalb bestimmter divisionaler Risikobereiche entsprechend den Kundenarten (wie Kreditinstituten oder Firmenkunden) oder Wirtschaftsregionen (zum Beispiel Schwellenländern) zugeordnet. Die einzelnen Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements in den divisionalen Risikobereichen verfügen über die höchste Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung von Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Geschäftspartnern und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen Geschäftspartner, bei denen Probleme auftreten können, anhand unserer Risiko-steuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Bei der Postbank sind weitgehend ähnliche Prozesse implementiert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unseres Risikomanagementansatzes ist die Vermeidung von unangemessenen Konzentrationen in unserem Portfolio. Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten, wobei diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen. Unser Portfolio-Management-Rahmenwerk stellt ein direktes Maß für Konzentrationen innerhalb unseres Kreditrisikoportfolios bereit, für eventuell nachfolgende risikomindernde Maßnahmen.

Die Steuerung von Branchen- und Länderrisiken ist eine der wichtigsten Komponenten unseres Managementansatzes für Risikokonzentrationen für unsere Portfolios außerhalb der Postbank. Im Jahr 2011 hat die Postbank die Steuerung von Konzentrationen im Kreditbereich verbessert durch die systematische Identifizierung von Kreditkonzentrationen auf Basis einzelner Kundenbeziehungen wie auch auf Basis von Sektoren (zum Beispiel Branchen, Länder, Regionen, Geschäftsarten).

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere Geschäftspartner im Bereich Corporates und Finanzinstitute in verschiedenen Branchen-Unterportfolios klassifiziert. Für jedes dieser Unterportfolios wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio sowie Risikokonzentrationen. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Unterportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Anhand der Auswertung werden die Strategien sowohl für Branchenportfolios wie auch einzelne Geschäftspartner innerhalb des Portfolios auf der Basis ihres jeweiligen Chance-/Risiko-Profil und Potenzials festgelegt.

Die Branchenportfolioberichte werden dem Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. Nach einem vereinbarten Zeitplan werden dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats ausgewählte Branchenportfolioberichte zugeleitet. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchen-Unterportfolios während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Unterportfolios verglichen. Für das Group Credit Policy Committee werden regelmäßig Überblicke erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von unerwünschten Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.** Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus außerbörslich gehandelten Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Länderrisikoereignis“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **Transferrisikoengagement.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietssässige übertragen kann („Transferrisikoereignis“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus außerbörslichen Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **Ereignisorientierte Risikoszenarien mit hohem Stressfaktor.** Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Analyse-Team innerhalb der Deutschen Bank ermittelt und beinhalten:

- **Einstufung von Staaten.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Einstufung des Transferrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisikoereignis eintritt.
- **Einstufung des Ereignisrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Einstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Jahr vom Group Cross Risk Review Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee und Capital Risk Committee, geprüft. Zudem prüft unser Länderrisiko-Analyse-Team mindestens halbjährlich unsere Ratings für die wichtigsten Schwellenländer. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Einstufungen des Ereignisrisikos werden einer laufenden Prüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimite werden zusammen mit Einstufungen des Länderrisikos jährlich geprüft. Länderrisikolimite werden entweder durch den Vorstand oder unser Cross Risk Review Committee, ein Unterkomitee unseres Risk Executive Committee, in Übereinstimmung mit delegierten Befugnissen, festgelegt.

In 2011 haben wir Länderrisikolimite für ausgewählte europäische Länder (hier Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Portugal) etabliert, um ungewollte Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Unsere Konzernbereiche sind für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite verantwortlich. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die durch Risk Operations und Finance zur Verfügung gestellt werden. Das Cross Risk Review Committee prüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Wichtige Elemente der Länderrisikosteuerung bei der Postbank sind Einstufungen und Limite für Länderrisiken. Die Einstufungen werden mithilfe eines Bewertungsinstruments monatlich geprüft und bei Bedarf angepasst. Limite für das Länderrisiko und Fremdwährungsverbindlichkeiten für alle relevanten Länder werden vom Gesamtvorstand einmal im Jahr genehmigt. Forderungen werden als Brutto-Nominalwerte auf die Limite angerechnet und entsprechend dem Sitz des Kreditnehmers einzelnen Ländern zugeordnet.

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, ist unter Geschäftspartnern eine Zug-um-Zug-Abwicklung der Transaktion üblich (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free-Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimite oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimite nicht mit anderen Kreditengagements. Wir berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Entscheidung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit dem Rahmenwerk des Konzerns für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Per 31. Dezember 2010 haben wir die Postbank in unsere Berechnung des Ökonomischen Kapitals auf einer mit der Deutschen Bank-Methode konsistenten Basis einbezogen.

Das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken richtet sich nach der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong Way“) Derivaterisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors, festgelegt für unsere Nutzung der Interne-Modelle-Methode gemäß Basel 2. Dieser Alpha-Faktor wurde zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010 festgelegt auf den Mindestwert von 1,2. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Für interne Zwecke ermittelt die Postbank mit einem ähnlichen Ansatz einen Kredit-Value-at-Risk („CVaR“) mit einem Konfidenzniveau von 99,93 % über einen Zeitraum von einem Jahr für alle ihre dem Kreditrisiko unterliegenden Engagements.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten zählen. Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern sind auch das Ergebnis unserer direkten Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten, einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäften und außerbörslichen Zinstermingeschäften. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen unser maximales Kreditrisiko und dagegen gehaltene Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen (Absicherungen und Aufrechnungen), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen, für die angegebenen Stichtage. Die Kreditverbesserungen Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungen Vereinbarungen sowie der Ausgleich von negativen Marktwerten von Derivaten zugunsten abgetretener Barsicherheiten. Die Kreditverbesserungen Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in der Form von liquiden Geldbeständen sowie Sicherheiten in Bezug auf Wertpapiere. Wir berücksichtigen intern ermittelte Sicherheitsabschläge sowie kürzen die Sicherheitswerte auf die Höhe des jeweiligen Kreditengagements.

		31.12.2011		
		Kreditrisikoreduzierung		
in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	15.928	–	1	–
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	162.000	–	3	147
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	25.773	–	25.232	–
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.337	–	30.107	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	1.204.412	724.194	205.210	5.732
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	42.296	–	2.392	1.265
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	416.676	–	203.364	42.535
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	88.221	65.616	9.995	2
Finanzgarantien und andere kreditrisiko-bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	73.653	–	5.524	7.521
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	127.995	–	715	6.386
Maximales Kreditrisiko	2.188.291	789.810	482.543	63.588
				1.335.941

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	31.12.2010 Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisiko-reduzierung insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	17.157	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	92.377	–	304	13	317
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	20.365	–	19.982	–	19.982
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.916	–	28.257	–	28.257
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	1.026.494	555.121	183.379	5.355	743.855
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	48.587	–	1.736	1.113	2.849
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	411.025	–	189.137	39.326	228.463
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	61.441	44.783	11.327	2	56.112
Finanzgarantien und andere kreditrisiko-bezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	68.055	–	5.681	9.368	15.049
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	123.881	–	2.966	21.929	24.895
Maximales Kreditrisiko	1.898.298	599.904	442.769	77.106	1.119.779

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate.

³ Kreditderivate reflektieren die Nominalbeträge der zugrunde liegenden Positionen.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

In der Kategorie der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanzielle Vermögenswerte zum 31. Dezember 2011 waren Wertpapiere in Höhe von 117 Mrd € (zum 31. Dezember 2010: 109 Mrd €) enthalten, für die Rückkaufsvereinbarungen bestanden sowie für 27 Mrd € (zum 31. Dezember 2010: 28 Mrd €) geliehene Wertpapiere. Beide unterlagen aufgrund sehr hoher Sicherheiten einem eingeschränkten Nettokreditrisiko. Daneben waren in dieser Position Schuldtitle in Höhe von 154 Mrd € (zum 31. Dezember 2010: 171 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 84 % (zum 31. Dezember 2010: 83 %) als „Investment Grade“ eingestuft waren. Die oben genannte Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte reflektierte überwiegend Schuldtitle, von denen mehr als 93 % (zum 31. Dezember 2010 mehr als 83 %) als „Investment Grade“ klassifiziert waren.

Der Anstieg des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2011 war vornehmlich getrieben durch positive Marktwerte von Derivaten (in zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte), die um 202 Mrd € auf 860 Mrd € zum 31. Dezember 2011 anstiegen sowie verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, die um 70 Mrd € anstiegen und zum 31. Dezember 2011 einen Betrag von 162 Mrd € ausmachten.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

In den folgenden Tabellen ist die Kreditqualität von Finanzinstrumenten dargestellt, die zu den angegebenen Zeitpunkten weder überfällig noch wertgemindert waren. Diese Kreditqualität wird grundsätzlich aus internen Bonitätseinstufungen abgeleitet.

	31.12.2011						
in Mio € ¹	AAA-AA	A	BBB	BB	B	CCC und schlechter	Insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	12.851	1.021	791	1.187	78	–	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	149.285	7.982	1.692	2.747	145	149	162.000
Forderungen aus übertragenen							
Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.010	11.604	3.994	1.097	60	8	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.323	3.697	1.613	566	138	–	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete							
finanzielle Vermögenswerte ²	503.403	492.467	107.143	73.098	14.953	13.348	1.204.412
Zur Veräußerung verfügbare							
finanzielle Vermögenswerte ²	22.824	8.673	5.407	2.955	528	1.357	41.744
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	66.830	59.737	97.118	119.643	37.931	19.304	400.563
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	13.980	22.998	8.100	42.200	556	387	88.221
Finanzgarantien und andere							
kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten	6.535	24.409	21.003	13.986	6.051	1.669	73.653
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere							
ausleihebezogene Zusagen ⁴	21.152	37.895	36.659	21.066	9.152	2.071	127.995
Insgesamt	831.193	670.483	283.520	278.545	69.592	38.293	2.171.626

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

	31.12.2010						
in Mio € ¹	AAA-AA	A	BBB	BB	B	CCC und schlechter	Insgesamt
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	13.098	1.998	702	1.319	40	–	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	78.378	10.261	1.086	2.211	101	340	92.377
Forderungen aus übertragenen							
Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.067	7.231	4.599	2.176	245	47	20.365
Forderungen aus Wertpapierleihen	22.480	3.354	2.251	695	136	–	28.916
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete							
finanzielle Vermögenswerte ²	417.675	397.714	80.282	106.238	14.252	10.333	1.026.494
Zur Veräußerung verfügbare							
finanzielle Vermögenswerte ²	28.306	7.626	5.544	4.733	709	1.454	48.372
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	73.576	62.564	90.332	122.379	30.132	19.348	398.331
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	10.546	13.456	2.194	32.642	2.450	153	61.441
Finanzgarantien und andere							
kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten	7.334	21.318	20.391	11.547	5.453	2.012	68.055
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere							
ausleihebezogene Zusagen ⁴	23.069	31.945	36.542	22.083	7.775	2.467	123.881
Insgesamt	680.529	557.467	243.923	306.023	61.293	36.154	1.885.389

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Unsere Kontrahentenratings werden von fest zugeordneten Analysten laufend überwacht und aktualisiert, um den Einfluss geänderter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu reflektieren und sofern notwendig, werden die internen Kontrahentenratings unverzüglich angepasst. Die Wirksamkeit unserer Ratingmethoden überprüfen wir auf jährlicher Basis.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

Unsere Aktivitäten im Kreditvergabegeschäft unterliegen unseren Grundsätzen für das Management von Kredit- und Länderrisiken. Diese legen unseren allgemeinen Risikoansatz für die Beurteilung von Kredit- und Länderrisiken sowie die Methoden für das aktive Management dieser Risiken fest. Darüber hinaus definieren sie die grundlegenden organisatorischen Strukturen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie die Verfahren für das Management von Kredit- und Länderrisiken und gelten für alle unsere Kreditgeschäfte. Die Grundsätze beinhalten folgende Kernelemente in Bezug auf den Risikoübernahmeprozess:

- Unabhängigkeit unseres Kreditrisikomanagements von den Geschäftsbereichen.
- Jeder Kreditnehmer erhält eine interne Bonitätseinstufung. Diese ist wesentlicher Bestandteil des Genehmigungs- und Kreditprozesses der Bank sowie Grundlage für die korrekte Ermittlung der Risikotoleranz und angemessene Preissetzung für Transaktionen. Bonitätseinstufungen müssen stets aktuell sein und dokumentiert werden.
- Kreditgenehmigungen basieren auf Kreditgenehmigungskompetenzen, die einzelnen Mitarbeitern entsprechend ihrer persönlichen und fachlichen Qualifikation sowie Erfahrung vergeben werden. Alle Kreditgenehmigungskompetenzen werden jährlich überprüft und sind bis auf Widerruf gültig.
- Kreditgenehmigungen werden von den zuständigen Kompetenzträgern durch Unterzeichnung des Kreditberichts dokumentiert und zur späteren Bezugnahme aufbewahrt.

Für die verschiedenen Geschäftsbereiche der Bank existieren individuelle und maßgeschneiderte Kreditprozesse. Diese werden von unabhängigen divisionalen Kreditrisikoeinheiten durchgeführt, um die zugrunde liegenden Risiken möglichst angemessen zu bewerten und zu ermitteln. Dieser Ansatz soll ein erstklassiges und den Gegebenheiten angepasstes Risikomanagement gewährleisten. Dementsprechend müssen alle divisionalen Kreditrisikoeinheiten die vorgenannten Kerngrundsätze für das Kreditrisikomanagement einhalten, um eine einheitliche Umsetzung des Ansatzes sicherzustellen. Die für unsere Kreditrisikoeinheiten geltenden Standards für die Risikoübernahme sind in Bezug auf die relevanten Kreditkategorien in Kreditrichtlinien, Leitlinien und Portfoliostrategien festgeschrieben und werden mindestens einmal pro Jahr überprüft. Auch die jeweiligen Kreditportfolios unterliegen der regelmäßigen Überwachung und Berichterstattung. Für die wesentlichen Kreditkategorien werden der angewandte Prozess und die Portfolioeigenschaften im Folgenden erläutert.

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate sowie zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen.

- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Finanzaktiva bewertet zum beizulegenden Zeitwert oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ umfassen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen sowie Schuldscheine oder Geldmarktpapiere, die mit einer festen Laufzeit begeben sowie durch den Emittenten getilgt werden und die wir als zu Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.

Die folgenden Tabellen zeigen mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

	31.12.2011					
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
Banken und Versicherungen	35.308	22.553	17.668	50.657	15.887	142.073
Fondsmanagement	24.952	4.931	2.432	8.943	1.127	42.385
Verarbeitendes Gewerbe	22.754	31.297	19.608	3.279	697	77.635
Handel	15.045	8.412	5.527	610	251	29.845
Private Haushalte	174.188	10.613	2.706	1.082	–	188.589
Gewerbliche Immobilien	46.143	2.877	2.348	2.187	53	53.608
Öffentliche Haushalte	16.412	1.479	104	8.625	18.872	45.492
Sonstige	81.874 ⁴	45.833	23.260	4.241	2.494	157.702
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	39.381	737.329

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedge Accounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

	31.12.2010					
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
Banken und Versicherungen	38.798	22.241	17.801	32.315	19.943	131.098
Fondsmanagement	27.964	6.435	2.392	9.318	–	46.109
Verarbeitendes Gewerbe	20.748	31.560	18.793	3.270	2.536	76.907
Handel	13.637	7.369	5.022	517	51	26.596
Private Haushalte	167.352	9.573	2.537	842	–	180.304
Gewerbliche Immobilien	44.119	3.210	2.196	1.577	70	51.172
Öffentliche Haushalte	24.113	858	57	6.510	19.115	50.653
Sonstige	74.294 ⁴	42.635	19.257	7.956	4.499	148.641
Insgesamt	411.025	123.881	68.055	62.305	46.214	711.480

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 6,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedge Accounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

Die Zusammensetzung unseres Kreditrisikoprofils nach Branchen blieb im Jahresvergleich weitgehend unverändert.

Unser Kreditengagement in den Branchen Banken und Versicherungen, Fondsmanagement und verarbeiten des Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend variabel verzinsliche Kredite mit Investment-Grade-Einstufung, die bis zur Fälligkeit gehalten werden. Das Portfolio unterliegt den Anforderungen an die Risikoübernahme bei Krediten, die in unseren Grundsätzen für das Management von Kredit- und Länderrisiken festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen. Wesentliche Transaktionen, wie Kreditübernahmen mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Experten für Kreditrisikomanagement und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß den auf Seite 79 erwähnten Aktivitäten unserer Loan Exposure Management Group durchgeführt. Sie werden deshalb mit einem niedrigeren Risiko eingestuft.

In der Kategorie Private Haushalte beinhaltet unser Kreditengagement von 174 Mrd € zum 31. Dezember 2011 (zum 31. Dezember 2010: 167 Mrd €) 136 Mrd € an Hypothekenkrediten, davon 108 Mrd € in Deutschland. Die an private Haushalte vergebenen nicht an Immobilien gebundenen Kredite in Höhe von 39 Mrd € bezogen sich in erster Linie auf das Konsumentenkreditgeschäft, das die Produkte „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“ sowie das Kreditgeschäft im Private Wealth Management umfasst.

Unsere Kredite an Privathaushalte entfallen grundsätzlich auf unseren Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) und umfassen vornehmlich Immobilienfinanzierungen sowie in geringerem Umfang Konsumentenfinanzierungen. Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufungen über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt. Diese integriert quantitative Aspekte (wie zum Beispiel Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Daten werden von der Decision Engine zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet. Danach wird unter Einbeziehung der Sicherheitenbewertung, spezifischer Geschäftsregeln, persönlicher Kreditgenehmigungskompetenzen und bei bestimmten Baufinanzierungskrediten der externen und/oder internen Immobiliengutachten die abschließende Kreditentscheidung getroffen.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Geschäftssparten in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Liquidationswert (nach Abzug angemessener Risikoabschläge). Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten. Diese variieren je nach den regionalen Bedingungen und privaten Umständen des Kreditnehmers (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt, vor allem in Deutschland. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv beworben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Der Risikocharakter des Konsumentenkreditgeschäfts hängt im Wesentlichen von der Qualität der Kreditnehmer ab. Da diese Kredite unbesichert sind, ist die Höhe der Kreditausreichungen der einzelnen Kredite geringer und sie werden verglichen mit Baufinanzierungsdarlehen für kürzere Zeiträume gewährt. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Risikoübernahme, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungswerte wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedriger und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden in der Regel zur Weiterveräußerung als durch gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere oder auf dem Bankensyndizierungsmarkt vergeben und werden mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Kredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei werden die Anforderungen an die Risikoübernahme bei Krediten eingehalten, die in den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kredit- und Länderrisiken definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zugewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Handhabung, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte. Mit Ausnahme von Altbeständen stellt die Commercial Real Estate Group kein Mezzanine- oder anderes nachrangiges Kapital bereit. Die Postbank hält ein unwesentliches Unterportfolio an nachrangigen Tranchen, das bis zur Fälligkeit gehalten wird. Bei zum Zweck der Verbriefung begebenen Krediten wird sorgfältig überwacht, dass eine Gesamtsumme von 3,25 Mrd € nicht überschritten wird („Pipeline Limit“). Verbriefte Kredite werden komplett verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kredit- und Länderrisiken. Kredite der Postbank werden in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten und nicht auf dem Sekundärmarkt verkauft. Die Bank nimmt ferner am Geschäft mit konservativ vergebenen unbesicherten Kreditlinien teil, die an Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung (in der Regel mit Investment-Grade-Einstufung) begeben werden. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolios grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitenwerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess und das Risiko aus den Übernahmeverpflichtungen wird über ein getrenntes Portfoliolimit von 3,5 Mrd € gesteuert. Die Bank stellt sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbrieft Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit. Für das Zinsrisiko werden Sicherungsmaßnahmen getroffen. Darüber hinaus werden neue unbesicherte DB Engagements in LEMG gehedged. Die Bewertungen von Mieteinnahmen aus gewerblichen Immobilien können stark von den makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 82 Mrd € zum 31. Dezember 2011 (74 Mrd € zum 31. Dezember 2010) und umfasst zahlreiche kleinere Sektoren, wobei auf keinen einzelnen Sektor mehr als 5 % der Kredite insgesamt entfallen. Der größte dieser kleineren Sektoren bezieht sich auf Finanzvermittlungsleistungen, sonstige Geschäftsaktivitäten und Transport.

Unsere Kredite, unwiderruflichen Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und Kreditengagements aus außerbörslich gehandelten Derivaten gegenüber den 10 größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 4 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit ebenfalls 5 % zum 31. Dezember 2010. Unsere 10 größten Kreditengagements bestanden vornehmlich gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen. Eine Kundenbeziehung stellt hierbei eine Ausnahme dar.

Die nachstehenden Tabellen zeigen mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz.

	31.12.2011					
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
Deutschland	199.442	24.448	15.408	5.148	7.848	252.294
Westeuropa (ohne Deutschland)	115.782	32.399	19.460	35.932	24.910	228.483
Osteuropa	9.387	1.357	1.682	135	369	12.930
Nordamerika	54.962	63.318	23.884	28.070	5.523	175.757
Mittel- und Südamerika	4.775	852	1.803	396	79	7.905
Asien/Pazifik	30.291	4.791	10.425	9.011	628	55.146
Afrika	1.502	598	991	888	7	3.986
Sonstige	535 ⁴	232	–	44	17	828
Insgesamt	416.676	127.995	73.653	79.624	39.381	737.329

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedge Accounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

	31.12.2010					
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
Deutschland	207.129	24.273	15.758	3.018	7.135	257.313
Westeuropa (ohne Deutschland)	110.930	30.239	18.019	22.213	30.310	211.711
Osteuropa	8.103	1.844	1.319	836	410	12.512
Nordamerika	54.887	59.506	22.063	26.765	6.464	169.685
Mittel- und Südamerika	4.121	575	1.427	1.792	61	7.976
Asien/Pazifik	23.562	6.651	8.532	7.247	1.783	47.775
Afrika	961	419	911	421	5	2.717
Sonstige	1.332 ⁴	374	26	13	46	1.791
Insgesamt	411.025	123.881	68.055	62.305	46.214	711.480

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 6,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedge Accounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Leasingfinanzierungen.

Unser Gesamtbestand an Krediten zum 31. Dezember 2011 war weitgehend stabil mit einer Steigerung auf 417 Mrd € gegenüber 411 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos aus regionaler Sicht im Zusammenhang mit Krediten bestanden gegenüber Westeuropa (wobei der bedeutendste Anteil auf private Haushalte entfiel) und gegenüber Nordamerika. Die Konzentration in Westeuropa lag in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei außerbörslichen Derivaten bestanden die größten Konzentrationen ebenfalls in Nordamerika und Westeuropa mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen mit guten Bonitätseinstufungen, bei denen wir von einem begrenzten Kreditrisiko ausgehen.

Ergänzend überwacht die Postbank Kreditrisikokonzentrationen für bestimmte europäische Länder und das strukturierte Kreditportfolio.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

In den nachstehenden Tabellen wird aufgrund des erhöhten Ausfallrisikos von Staaten, ein Überblick über ausgewählte europäische Länder gegeben. Das erhöhte Ausfallrisiko wird verursacht durch die weitreichende Schuldenkrise europäischer Staaten. Das erhöhte Risiko wird getrieben durch eine Reihe von Faktoren, die das jeweils hohe Niveau staatlicher oder öffentlicher Schulden betreffen, den eingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt, hohe Prämien für Kreditabsicherungen (Credit Default Swap Spreads), die Annäherung von Rückzahlungsterminen, schwache ökonomische Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes, hoher Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit zur Umsetzung verschiedener Sparmaßnahmen) sowie durch die Tatsache, dass einige dieser Länder Rettungspakete angenommen haben. Das letzte dieser Pakete ist eine Übereinkunft vom 21. Februar 2012 bezüglich Griechenland. Diese Übereinkunft unterliegt noch der Bedingung spezifischer griechischer Maßnahmen sowie der Ratifizierung durch die betroffenen Parteien.

Die nachstehenden Tabellen zeigen unser zusammengefasstes Brutto- und Nettokreditrisikoengagement gegenüber Geschäftspartnern mit Sitz in ausgewählten europäischen Ländern beziehungsweise für Kreditabsicherungen mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf diese Länder. Wir weisen darauf hin, dass wir auf dieser Basis sowohl Kreditnehmer, insbesondere Finanzinstitute mit Sitz in diesen Ländern, einbeziehen, deren Konzernmütter ihren Sitz außerhalb dieser Länder haben, als auch Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Einheiten in anderen Ländern stammen. Wir beobachten auch weitere europäische Länder eng auf ihr verbundenes Engagement mit diesen Ländern sowie mit Blick auf deren kürzliche Bonitätsherabstufungen, wobei aber deren beobachtete Risikofaktoren eine Einbeziehung in diese Darstellung nicht rechtfertigen.

Unsere Bruttoposition gegenüber ausgewählten europäischen Ländern reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung von gekaufter Besicherung über Kreditderivate, vorhandenen Sicherheiten und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

	31.12.2011					
in Mio €	Staat ¹	Finanz-institutionen	Unternehmen	Retail	Sonstige	Insgesamt ²
Griechenland	448	576	1.287	8	–	2.319
Irland	420	3.472	8.436	61	6.484 ³	18.873
Italien	1.811	5.198	9.449	19.842	373	36.673
Portugal	165	880	1.502	2.415	36	4.998
Spanien	1.322	7.198	10.199	11.487	182	30.388
Insgesamt	4.166	17.324	30.873	33.813	7.075	93.251

¹ Beinhaltet wertgeminderte Wertpapierpositionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern in Griechenland, die als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte klassifiziert sind. Weitere wertgeminderte Positionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern sind nicht enthalten.

² Ungefähr 50 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

³ Sonstige beinhaltet Engagements gegenüber Kreditnehmern, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis unser Nettokreditrisikoengagement gegenüber Geschäftspartnern mit Sitz in ausgewählten europäischen Ländern. Die Engagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und weiteren Risikominderungen dargestellt. Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten sind nach dem Abzug von Wertberichtigungen für Kreditausfälle dargestellt.

	31.12.2011					
in Mio €	Staat ¹	Finanz-institutionen	Unternehmen	Retail	Sonstige	Insgesamt ²
Griechenland	448	105	324	2	–	879
Irland	181	1.755	6.593	9	5.084 ³	13.622
Italien	1.767	2.296	6.670	8.480	173	19.386
Portugal	–45	519	727	364	36	1.601
Spanien	1.318	5.740	7.152	2.018	93	16.321
Insgesamt	3.669	10.415	21.466	10.873	5.386	51.809

¹ Beinhaltet wertgeminderte Wertpapierpositionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern in Griechenland, die als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte klassifiziert sind. Weitere wertgeminderte Positionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern sind nicht enthalten.

² Ungefähr 50 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

³ Sonstige gegenüber Irland beinhaltet Engagements gegenüber Kreditnehmern, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

Das Netto risikoengagement ergibt sich im Wesentlichen aus der Reduzierung des Bruttoengagements durch die Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, insbesondere für die Kategorie Retail, aber auch für Finanzinstitute vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate sowie für Unternehmen. Sonstige Anpassungen zur Ermittlung des Nettoengagements beinhalten Kreditderivate, deren Referenzaktiva aus einem der obigen Länder stammen, sowie Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über unser aggregiertes Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten. Die Engagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominde rungen, jedoch ohne die nominale Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Kreditengagements, die zu fortgeführten Anschaffungswerten geführt werden, werden vor und nach bestehenden Wertberichtigungen gezeigt.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte		Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente	31.12.2011
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige		
Griechenland	214	200	38	211	100	255	804	
Irland	4.601	4.592	3.022	1.250	2.693	3.242	14.799	
Italien	12.834	12.275	3.712	1.243	3.414	– 1.787	18.857	
Portugal	1.227	1.206	223	209	243	439	2.320	
Spanien	7.346	6.910	3.052	3.371	1.936	1.201	16.470	
Insgesamt	26.222	25.183	10.047	6.284	8.386	3.350	53.250	

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten. Die Tabelle gibt die Nominalbeträge gekaufter beziehungsweise verkaufter Sicherungen auf Bruttobasis sowie die nominale Nettoposition und den beizulegenden Zeitwert wieder.

in Mio €	Nominalbeträge			31.12.2011
	Eigene Verkäufer-position	Eigene Käufer-position	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	8.284	- 8.209	75	- 75
Irland	11.203	- 12.380	- 1.177	51
Italien	59.890	- 59.361	529	32
Portugal	12.744	- 13.463	- 719	36
Spanien	35.267	- 35.416	- 149	68
Insgesamt	127.388	- 128.829	- 1.441	112

In Einklang mit allgemeinen Marktusancen nutzen wir Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, „CDS“) als ein wichtiges Instrument zum Management von Kreditrisiken um ungewünschte Konzentrationen im Kreditportfolio zu vermeiden. CDS Verträge unterliegen der Standard ISDA Dokumentation, welche Auslöseereignisse für den Versicherungsfall definieren, die dann Ausgleichszahlungen auslösen. Beispiele für diese Auslöseereignisse sind die Insolvenz des Referenzschuldners, die Unfähigkeit des Referenzschuldners, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (zum Beispiel Zins- oder Tilgungsleistungen) sowie Umschuldungen des Referenzschuldners. Für verkaufte Kreditausfallversicherungen kommen ebenfalls die vorgenannten Auslöseereignisse zur Anwendung. Unsere gekauften Kreditausfallversicherungen, die der Risikoabsicherung dienen, sind überwiegend von Kreditinstituten mit sehr guter Bonitätseinstufung ausgegeben und unterliegen entsprechenden Sicherheitsvereinbarungen. Es ist hervorzuheben, dass wir gleichzeitig unser Bruttoengagement vor Berücksichtigung einer Absicherung durch CDS überwachen um ungewünschte Konzentrationen zu vermeiden. Während wir klar auf die Nettorisikoposition nach Berücksichtigung von Absicherungen/Sicherheiten fokussieren, untersuchen wir gleichzeitig sehr intensiv unsere Bruttopositionen vor Absicherungen durch CDS. Dies reflektiert das potenzielle Risiko, dass Auslöser für CDS nicht wie erwartet eintreten. Es ist hervorzuheben, dass die signifikante Rückführung des Risikos gegenüber staatlichen Kreditnehmern in bestimmten europäischen Staaten, die wir 2011 erreichten, nicht durch CDS-Absicherungen getrieben wurde.

Zum Zweck der Kreditabsicherung versuchen wir jegliche Laufzeitinkongruenzen zu vermeiden. Allerdings hängt dies von der Verfügbarkeit der benötigten Sicherungsinstrumente am Markt ab. Wo Laufzeitinkongruenzen nicht vermeidbar sind, werden diese eng überwacht. Um Laufzeitinkongruenzen zu neutralisieren berücksichtigen wir die Sensitivitäten der Absicherungsinstrumente und der zugrunde liegenden Aktiva.

Die zuvor gezeigten Tabellen über unsere Brutto- und Nettoengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern beinhalteten keine Kreditderivate tranchen und Kreditderivate in Zusammenhang mit unserem Korrelationshandel, welches aufgrund seiner Gestaltung kreditrisikoneutral strukturiert ist. Zudem eignen sich diese Positionen aufgrund der inhärenten Gestaltung auf Basis von Tranchen und Korrelationen nicht für eine aufgegliederte Darstellung der Nominalbeträge nach Ländern, da zum Beispiel identische Nominalbeträge für unterschiedliche Tranchen unterschiedliche Risikoniveaus widerspiegeln.

Die nachstehende Tabelle gibt auf aggregierter Basis einen Überblick über nicht gezogene Kreditlinien. Die gezeigten Engagements bestehen für Geschäftspartner mit Sitz in ausgewählten europäischen Ländern. Bedingungen und Konditionen hinsichtlich potenzieller Beschränkungen der Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten werden in den spezifischen vertraglichen Unterlagen dokumentiert.

						31.12.2011
in Mio €	Staat	Finanz-institutionen	Unternehmen	Retail	Sonstige	Insgesamt
Griechenland	–	5	121	2	–	128
Irland	–	4	1.130	3	340	1.477
Italien	2	637	3.581	308	–	4.528
Portugal	–	33	130	30	–	193
Spanien	–	313	3.257	593	–	4.163
Insgesamt	2	992	8.219	936	340	10.489

Im Gegensatz zu den obigen Darstellungen berücksichtigen wir aus Sicht des Risikomanagements das Sitzland der Konzernmutter, wodurch das Prinzip der Kreditnehmereinheit reflektiert wird. Auch weist das Risikomanagement das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften auf der Basis des Sitzlandes der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht auf Basis des Sitzlandes der Zweckgesellschaft zu. Die folgende Tabelle zeigt unser Nettoengagement aus Sicht des Risikomanagements.

	31.12.2011
Griechenland	840
Irland	1.570
Italien	18.064
Portugal	1.733
Spanien	12.750
Insgesamt	34.957

Das oben dargestellte Engagement ist hauptsächlich mit stark diversifizierten, risikoarmen Retailportfolios und kleinen und mittleren Unternehmen in Italien und Spanien, sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf Tier-1-Banken mit geringen Konzentrationen auf einzelne Namen ausgerichtet. Das Engagement gegenüber Staaten ist moderat, besteht überwiegend gegenüber Italien und beruht auf unserem Derivate- und Marktpflegegeschäft.

Die Engagements, die sich auf die oben genannten Länder beziehen, werden auf Basis des im vorangegangenen Abschnitt zum Kreditrisiko beschriebenen Prozesses gesteuert und überwacht, einschließlich detaillierter Bonitätsbeurteilungen und fortlaufender Beobachtung der Geschäftspartner sowie durch unser Rahmenwerk für die Steuerung von Konzentrationsrisiken, wie in den Abschnitten zu Länder- und Branchenrisiken beschrieben. In 2011 hat die Bank ein zusätzliches Limitrahmenwerk für die vorgenannten Länder eingeführt, welches darauf abzielt, weitgehend unerwünschte Konzentrationen zu vermeiden. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch regelmäßige Managementberichte einschließlich gezielter Portfolioprüfungen für diese Länder, Initiativen zur Risikoreduzierung der Portfolios und Stresstests.

Zusätzlich zu den Risiken aus direkten Engagements gegenüber diesen Ländern existiert das Risiko einer potenziellen indirekten Ansteckung (zum Beispiel die Auswirkung auf den Banksektor in Westeuropa und einen umfassenden Abschwung für den Unternehmenssektor). Um die Auswirkungen dieser indirekten Engagements zu steuern, führt das Kreditrisikomanagement gezielte Portfolioanalysen und Stresstests für diese Länder aus, die in unser umfassendes Stresstestrahmenwerk des Konzerns einfließen. Die Ergebnisse dieser Tätigkeiten werden an das Senior Management berichtet, um angemessene Gegenmaßnahmen festzulegen. Stresstests, die auf unserem globalen Portfolio durchgeführt werden, geben uns die Möglichkeit, die Auswirkung von Entwicklungen auf unsere potenziellen Kreditverluste, Bonitätsveränderungen und den Kapitalbedarf zu simulieren.

Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über unser Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder.

	31.12.2011				31.12.2010			
	in Mio €	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto-nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten			
					Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Netto-nominal- betrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokredit- engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten
Griechenland	433	15	448	- 50	1.510	91	1.601	- 69
Irland	208	- 27	181	- 21	353	- 116	237	- 53
Italien	176	1.591	1.767	1	3.482	4.529	8.011	- 12
Portugal	116	- 161	- 45	16	111	- 123	- 12	- 32
Spanien	1.026	292	1.318	- 13	2.109	174	2.283	- 75
Insgesamt	1.959	1.710	3.669	- 67	7.565	4.555	12.120	- 241

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen und als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Die obige Darstellung reflektiert eine „Netto-Bilanzsicht“ für das Kreditengagement gegenüber Staaten. Die Rückgänge im Vergleich zum Jahresende 2010 spiegeln zielgerichtete Maßnahmen zur Risikoreduzierung, Rückzahlungen und Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Marktpreisbewegungen in 2011 wider.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. Dezember 2011 für Griechenland auf 0 Mio €, für Italien auf 546 Mio € und für Spanien auf 752 Mio € beliefen. Zum 31. Dezember 2010 betrugen sie für Griechenland 162 Mio €, für Italien 864 Mio € und für Spanien 969 Mio €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über in der Bilanzposition Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder.

in Mio €	31.12.2011			31.12.2010		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten mit Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt
Griechenland	197	25	222	233	–	233
Irland	– 32	7	– 25	135	–	135
Italien	– 3.325 ²	2.332	– 993	– 3.415 ²	1.970	– 1.445
Portugal	81	4	85	– 52	113	61
Spanien	52	28	80	136	24	160
Insgesamt	– 3.027	2.396	– 631	– 2.963	2.107	– 856

¹ Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.

² Verkaufspositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über in der Bilanzposition Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern.

in Mio €	31.12.2011			31.12.2010		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungs- verluste (nach Steuern)	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert ¹	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungs- verluste
Griechenland	211	494	– 368	1.115	1.114	–
Irland	232	213	–	218	218	–
Italien	625	724	–	4.063	4.074	–
Portugal	31	46	–	51	51	–
Spanien	193	194	–	979	937	–
Insgesamt	1.292	1.671	– 368	6.426	6.394	–

¹ Für die im Rahmen der Akquisition der Postbank am 3. Dezember 2010 erworbenen Positionen reflektiert der ursprüngliche Bilanzwert die zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende Positionen zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung.

Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements

Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen, sowohl bezogen auf die Kreditvergabe, als auch auf die laufende Kreditüberwachung. Ein Überblick über diese Prozesse wird im Abschnitt Kreditrisiko auf den Seiten 55 bis 62 gegeben.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Kategorien unseres Kreditbuchs und die Unterscheidung in Segmente mit niedrigem, mittlerem und höherem Risiko.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010 ¹
Segment niedrige Risiken		
PBC-Immobilienfinanzierungen	146.253	140.727
Investment Grade/German Mid-Cap	48.412	57.002
GTB	57.876	45.977
PWM	28.813	24.468
PBC Kleinbetrieb	18.553	17.550
Staatsbesicherte Transaktionen/strukturierte Transaktionen	5.117	9.074
Corporate Investments	6.707 ²	7.966
Zwischensumme Segment niedrigere Risiken	311.731	302.764
Segment moderate Risiken		
PBC-Konsumentenfinanzierungen	18.815	18.902
Asset Finance (DB-gesponserte Conduits)	17.282	18.465
Besicherte gehedgte strukturierte Transaktionen	16.949	17.724
Finanzierung von Pipeline Assets ³	6.619	8.050
Zwischensumme Segment moderate Risiken	59.665	63.141
Segment höhere Risiken		
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen ⁴	28.398	29.024
Leveraged Finance	4.888 ⁵	6.472
Sonstige ⁶	11.994	9.624
Zwischensumme Segment höhere Risiken	45.280	45.120
Kreditbuch insgesamt	416.676	411.025

¹ Beiträge zum 31. Dezember 2010 reflektieren die in 2011 etablierte neue Struktur der Konzernbereiche.

² Beinhaltet Kredite in Höhe von 3,8 Mrd € in Bezug auf einen nicht Investmentgrade Geschäftspartner.

³ Davon Finanzierung für verkaufte Kredite in Leveraged Finance in Höhe von 5,0 Mrd € und in Commercial Real Estate in Höhe von 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2011 (5,9 Mrd € und 2,2 Mrd € zum 31. Dezember 2010).

⁴ Beinhaltet Kredite von CMBS Verbriefungen.

⁵ Beinhaltet Kredite von LEMG in Höhe von 3,7 Mrd € und von Corporate Finance in Höhe von 1,2 Mrd €.

⁶ Beinhaltet finanzielle Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet wurden, sowie andere kleinere Kredite vorwiegend in unserem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities.

Der Hauptteil unseres Kreditvolumens mit geringerem Kreditrisiko steht in Zusammenhang mit unserem Private & Business Clients-Geschäft. Zum 31. Dezember 2011 waren 75 % unserer Kredite im Segment mit niedrigerem Kreditrisiko, vergleichbar mit der Situation zum vorhergehenden Jahresende.

Unser Segment mit höherem Risiko wird dominiert durch unsere gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Unser Kreditrisikomanagement-Ansatz legt großes Augenmerk besonders auf die Portfolios, die aus unserer Sicht höhere Risiken beinhalten. Wir haben für diese Portfolios spezielle Portfoliostrategien und eine sorgfältige Kreditüberwachung etabliert. Das Volumen der gewerblichen Immobilienfinanzierungen lag auf vergleichbarem Niveau wie zum 31. Dezember 2010 berichtet.

Die folgende Übersicht zeigt die wertgeminderten Kredite und die entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer höheren Kreditrisikokategorie.

	31.12.2011		31.12.2010
in Mio €	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	2.086	354	421
Leveraged Finance	158	149	336
Sonstige	887	626	798
Insgesamt	3.131	1.129	1.555
			943

Der oben aufgeführte Anstieg wertgeminderter Kredite in unserer Kategorie Kredite mit höherem Risiko wurde hauptsächlich verursacht durch Kredite im Gewerbeimmobiliensektor der Postbank sowie durch zwei Kundenverbindungen, für die wir nur kleine Wertminderungen verbucht haben. Der relativ moderate Anstieg der Risikovorsorge insbesondere bei den Gewerbeimmobilien spiegelt die unten aufgeführten Effekte der konsolidierten Kredite in Verbindung mit der Postbank und die relativ hohe Besicherung wider.

Zum Zeitpunkt der Konsolidierung wurden alle wertgeminderten Kredite der Postbank als nicht wertgemindert mit ihren beizulegenden Werten in unsere Bilanz übernommen. Nachfolgende Erhöhungen in der Risikovorsorge bei der Postbank resultieren in einer Wertminderung des gesamten Kredits unter der konsolidierten Deutsche Bank Sicht, während die Risikovorsorge nur für den zusätzlich erwarteten Zahlungsausfall gebildet wird.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

							31.12.2011
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt	
AAA-AA	51.321	21.152	6.535	37.569	22.753	139.330	
A	45.085	37.894	24.410	17.039	8.581	133.009	
BBB	59.496	36.659	21.002	12.899	5.109	135.165	
BB	50.236	21.067	13.986	7.478	2.303	95.070	
B	17.650	9.152	6.051	3.007	263	36.123	
CCC und schlechter	18.148	2.071	1.669	1.632	371	23.891	
Insgesamt	241.936	127.995	73.653	79.624	39.380	562.588	

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,0 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

							31.12.2010
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual-verbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt	
AAA-AA	62.603	23.068	7.334	23.967	28.881	145.853	
A	48.467	31.945	21.318	16.724	7.789	126.243	
BBB	56.096	36.542	20.391	8.408	5.128	126.565	
BB	44.809	22.084	11.546	7.905	2.390	88.734	
B	12.594	7.775	5.454	2.960	632	29.415	
CCC und schlechter	17.425	2.467	2.012	2.341	1.394	25.639	
Insgesamt	241.994	123.881	68.055	62.305	46.214	542.449	

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Das Volumen unseres Firmenkreditbüchs und der unwiderruflichen Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten blieb weitgehend konstant, verglichen mit dem 31. Dezember 2010. Der Anteil der Kredite mit guter Bonitätseinstufung („Investment Grade Rating“) an unseren Firmenkreditengagements sank von 73 % zum 31. Dezember 2010 auf 72 % zum 31. Dezember 2011 und bleibt damit im Wesentlichen unverändert trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes. Das in den obigen Tabellen dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt weder Kreditsicherheiten oder Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos. Wir sind der Meinung, nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen ein gut diversifiziertes Kreditportfolio zu haben. Der Anstieg unseres Engagements in außerbörslich gehandelten Derivaten bezog sich insbesondere auf gut beurteilte Geschäftspartner („Investment Grade“). Das Volumen außerbörslich gehandelter Derivate berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Aufrechnungs-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Reduzierungsmaßnahmen sind wir der Meinung, dass das verbleibende Kreditrisiko wesentlich geringer, adäquat strukturiert beziehungsweise gut diversifiziert ist sowie überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich besteht. Im Vergleich zum 31. Dezember 2010 verringerten sich unsere zum Verkauf vorgesehenen Schuldtitel, was insbesondere die Risikoreduzierung gegenüber Staaten reflektiert.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement

Unsere Loan Exposure Management Group (LEMG) hilft unser Risiko aus Firmenkrediten zu verringern. Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 1 % von 54,9 Mrd € am 31. Dezember 2010 auf 55,3 Mrd € am 31. Dezember 2011 gestiegen.

Zum Jahresende 2011 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalbetrag von 37,6 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2010 betrug diese Position 34,6 Mrd €. Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2011 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 17,7 Mrd € durch synthetisch besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, die vorwiegend mit Finanzgarantien und in geringem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegt sind, bei denen die Erstverlustpositionen verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2010 betrug diese Position 20,3 Mrd €.

Unter Ausübung des bestehenden Wahlrechts nutzt die LEMG die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der LEMG reduzierte sich im Jahresverlauf auf 48,3 Mrd € zum 31. Dezember 2011 (31. Dezember 2010: 53,4 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz beim Bewertungsansatz erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Sicherungsgeschäfte bereits zum beizulegenden Zeitwert, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettoverwertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt. Unabhängig vom Überfälligkeitssstatus individueller Kredite wurden das Baufinanzierungsgeschäft und die Kredite an kleine Geschäftskunden in unserem Konsumentenkreditportfolio bezüglich der Kreditqualität der Kategorie geringere Risiken zugeordnet. Darüber hinaus wird das Konsumentenkreditengagement zum Segment moderater Risiken allokiert. Dieser Aspekt der Kreditrisikoqualität wird ebenfalls reflektiert durch unsere Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements, die das Hauptinstrument im Kreditrisikomanagement dieser Engagements sind.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % ¹		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Konsumentenkreditengagement Deutschland						
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	135.069	130.317	0,95 %	0,83 %	0,49 %	0,56 %
Immobilienfinanzierungen	19.805	19.055	1,88 %	2,11 %	1,55 %	1,92 %
	115.264	111.262	0,79 %	0,61 %	0,31 %	0,20 %
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands						
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	39.672	38.713	3,93 %	3,27 %	0,61 %	0,86 %
Immobilienfinanzierungen	13.878	13.361	7,22 %	6,39 %	1,31 %	1,96 %
	25.794	25.352	2,15 %	1,63 %	0,23 %	0,13 %
Konsumentenkreditengagement insgesamt³	174.741	169.030	1,63 %	1,39 %	0,52 %	0,66 %

¹ Die mit der Postbank akquirierten Kredite wurden anfänglich zu ihrem Fair Value mit einer neuen Zahlungsstromerwartung konsolidiert. Entsprechend reduzierte sich die auch im Finanzbericht 2010 gezeigte, zusammengefasste Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite, verglichen mit den Überfälligkeitssquoten der Deutschen Bank ohne Postbank. Als ein Ergebnis dieser Darstellung sind die zusammengefassten Überfälligkeitssquoten in 2011 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, hauptsächlich da nunmehr Postbankkredite, die seit der Akquisition 90 Tage oder mehr überfällig wurden, nicht durch die mit der Postbank akquirierten überfälligen Kredite mit verbesserten Überfälligkeitssquoten kompensiert werden. Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite der Deutschen Bank ohne Postbank bleibt auf niedrigem Niveau.

² Die Quoten zum 31. Dezember 2010 beziehen sich auf die Deutsche Bank ohne die unbedeutenden Nettokreditkosten der Postbank seit deren Konsolidierung, während die Quoten zum 31. Dezember 2011 sich auf den Deutschen Bank-Konzern inklusive der Postbank beziehen. Erhöhungen im Zeitwert der angekauften Kredite, die durch Auflösung von vor der Konsolidierung bei den konsolidierten Gesellschaften gebildeten Wertberichtigungen entstehen, sind nicht einbezogen und werden über sonstige Zinserträge vereinnahmt (eine detaillierte Darstellung findet sich im folgenden Abschnitt „Problemkredite und IFRS – wertgeminderte Kredite“). Unter Berücksichtigung solcher Beträge würde die Quote der Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements 0,42 % zum 31. Dezember 2011 betragen.

³ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

Das Gesamtvolume unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich zum 31. Dezember 2011 um 5,7 Mrd € (3,4 %) gegenüber dem Jahresende 2010. In diesem Anstieg waren Nettoengagementerhöhungen der Postbank von 2,1 Mrd € enthalten, wobei ein Bruttoanstieg von 3,2 Mrd € in Deutschland von einem Rückgang außerhalb Deutschlands von 1,1 Mrd € infolge eines Portfolioverkaufs teilweise kompensiert wurde. Der Anstieg in Deutschland reflektierte vornehmlich eine geänderte Zuordnung von Krediten aus dem Firmenkreditengagement in das Konsumentenkreditengagement innerhalb der Postbank. In Deutschland ist der Anstieg der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite auf die Postbankkonsolidierung zurückzuführen. Im Jahre 2010 wurden die akquirierten Kredite ohne Überfälligkeit konsolidiert, da sie zum Zeitpunkt der Konsolidierung ihrem Status nach als nicht wertgemindert galten, wodurch die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite für das zusammengefasste Portfolio erheblich reduziert wurde. Verglichen mit 2010 erfolgt nun im Berichtsjahr ein Anstieg der Quote, da die Postbankkredite, die seit der Akquisition 90 Tage oder mehr überfällig werden, nicht durch die mit der Postbank akquirierten überfälligen Kredite mit verbesserten Überfälligkeitssquoten ausgeglichen werden. Insgesamt hat sich die Portfolioqualität in Deutschland weiterhin verbessert, was auch durch die Verbesserung der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite der Deutschen Bank ohne den oben beschriebenen Postbankeffekt von 1,77 % im Jahre 2010 auf 1,58 % im Berichtsjahr belegt.

Der Anstieg dieser Quote in unserem Konsumentenkreditgeschäft außerhalb Deutschlands ist zusätzlich zu einer Änderung der Abschreibungskriterien in 2009, wodurch der Zeitraum bis zur vollen Abschreibung für bestimmte Portfolios ausgeweitet wird, auch dem obigen Konsolidierungseffekt geschuldet. Dieser Effekt wird weiterhin auf eine Steigerung der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite Einfluss haben, bis das Portfolio einen stabilen Zustand circa fünf Jahre nach Änderung der Abschreibungskriterien wieder erreicht haben wird.

Der Anstieg unseres Konsumentenkreditengagements ohne Postbank zum 31. Dezember 2011 um 3,6 Mrd € (3,9 %) gegenüber dem Jahresende 2010 war hauptsächlich auf Immobilienfinanzierungen zurückzuführen. Die Steigerung resultiert aus einer Ausweitung unseres Portfolios sowohl in Deutschland (1,6 Mrd €) als auch außerhalb Deutschlands (2,0 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (981 Mio €), Portugal (491 Mio €) und Polen (420 Mio €). Ungeachtet des Volumenanstiegs führten bereits ergrieffene Maßnahmen, wie zum Beispiel Anpassung von Kreditgenehmigungsparametern und Forderungsbeitreibungsaktivitäten, zu einer Reduzierung

der Nettokreditkosten in allen Regionen, insbesondere in Deutschland und Polen. Deutschland wurde zusätzlich durch den Verkauf eines Portfolios im ersten Quartal 2011 positiv beeinflusst. Diese Verbesserung der Portfolioqualität spiegelt sich in der Reduzierung der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements ohne Postbank von 0,66 % zum Jahresende 2010 auf 0,45 % zum 31. Dezember 2011 wider.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von außerbörslichen und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2011. Die Tabelle enthält die außerbörslichen und börsengehandelte Derivatekontrakte der Postbank, die nur einen vernachlässigbaren Einfluss auf die Gesamtsummen haben.

31.12.2011 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte:							
Außerbörsliche Produkte	17.946.681	17.288.349	12.014.092	47.249.122	595.127	574.791	20.336
Börsengehandelte Produkte	635.771	179.024	6.282	821.077	101	50	51
Zwischensumme	18.582.452	17.467.373	12.020.374	48.070.199	595.228	574.841	20.387
Währungsbezogene Geschäfte:							
Außerbörsliche Produkte	4.357.876	1.201.265	415.234	5.974.375	112.784	116.134	-3.350
Börsengehandelte Produkte	7.521	663	7	8.191	140	24	116
Zwischensumme	4.365.397	1.201.928	415.241	5.982.566	112.924	116.158	-3.234
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte:							
Außerbörsliche Produkte	294.563	334.739	88.739	718.041	29.682	35.686	-6.004
Börsengehandelte Produkte	206.953	71.092	2.310	280.355	5.764	2.000	3.764
Zwischensumme	501.516	405.831	91.049	998.396	35.446	37.686	-2.240
Kreditderivate	673.814	2.473.620	537.723	3.685.157	101.115	92.988	8.127
Sonstige Geschäfte							
Außerbörsliche Produkte	162.255	151.375	7.643	321.273	19.465	18.972	493
Börsengehandelte Produkte	92.025	45.134	695	137.854	2.965	2.959	6
Zwischensumme	254.280	196.509	8.338	459.127	22.430	21.931	499
Außerbörsliches Geschäft insgesamt	23.435.189	21.449.348	13.063.431	57.947.968	858.173	838.571	19.602
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	942.270	295.913	9.294	1.247.477	8.970	5.033	3.937
Insgesamt	24.377.459	21.745.261	13.072.725	59.195.445	867.143	843.604	23.539
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					84.272		

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über einen zentralen Kontrahenten (zum Beispiel LCH Clearnet Ltd. oder Eurex Clearing AG) abgewickelt, dessen Richtlinien und Vorschriften einen täglichen Sicherheitennachschuss für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen eines zentralen Kontrahenten („OTC Clearing“) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem des zentralen Kontrahenten erzielten Kreditrisikominderung.

Da die Wiederbeschaffungswerte von Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Markt Ereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Ereignisrisiken im Portfolio gegenüber Schwellenländern).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als potenzielles zukünftiges Risiko (Potential Future Exposure, „PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten durchschnittlich erwarteten Risikos (Average Expected Exposure, „AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das erwartete positive Risiko (Expected Positive Exposure, „EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE für unbesicherte Portfolien über die Gesamlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen während bei besicherten Portfolien ein angemessener kürzerer Zeithorizont zugrunde gelegt wird. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Nichtderivative Handelsaktiva

Die nachfolgende Tabelle macht Angaben zur Zusammensetzung unserer nichtderivativen Handelsaktiva für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Staatspapiere und staatlich geförderte Unternehmen	95.336	92.866
Finanzinstitute und Unternehmen	56.442	73.711
Aktien	59.754	66.868
Handelbare Kredite	18.039	23.080
Sonstige	11.353	14.766
Nichtderivative Handelsaktiva	240.924	271.291

Handelte Kreditprodukte, wie zum Beispiel Anleihen in unserem Handelsbuch (ohne Postbank), werden durch eine spezialisierte Risikomanagement-Einheit gesteuert, die unsere Kredit- und Marktexpertise vereinigt. Wir nutzen angemessene Portfoliolimite und bonitätsbasierte Schwellenwerte auf Einzelemittentenbasis in Kombination mit unseren Marktrisikomanagementinstrumenten zur Risikosteuerung solcher Positionen.

Handelbare Kredite beinhalten zum 31. Dezember 2011 Commercial Real Estate Hypothekenkredite in Höhe von 2,3 Mrd € (3,0 Mrd € zum 31. Dezember 2010) und Leveraged Finance Kredite in Höhe von 967 Mio € zum 31. Dezember 2011 (1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010). Ergänzend haben wir zum 31. Dezember 2011 Engagements aus unwiderruflichen Kreditzusagen im Leveraged Finance Geschäft in Höhe von 633 Mio € (755 Mio € zum 31. Dezember 2010).

Steuerung des Weiterverkaufsrisikos

Wir gehen häufig Verpflichtungen mit der Intention ein, diese zu verkaufen oder Teile der Risiken an Drittparteien zu verteilen. Diese Verpflichtungen beinhalten die Vorhaben der Mittelbereitstellung für Bankkredite und Überbrückungskredite für die Auflage öffentlicher Anleihen. Das daraus resultierende Risiko besteht darin, dass wir gegebenenfalls keinen Erfolg haben bei der Verteilung der Kreditlinien. In diesem Fall müssten wir mehr des zugrunde liegenden Risikos für einen längeren Zeitraum halten als ursprünglich vorgesehen.

Zum Zweck der Risikosteuerung behandeln wir den Gesamtbetrag all dieser Verpflichtungen als Kreditengagement, welches einer Kreditgenehmigung bedarf. Die Genehmigung beinhaltet auch den angestrebten final zu haltenden Betrag. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und unterliegen dem Fair Value Accounting. Die Preisschwankungen werden über unseren Marktrisikoprozess

überwacht. Wir schützen den Wert dieser Aktiva gegen negative Marktbewegungen über angemessene Kreditdokumentation der Transaktionen und Absicherungen des Marktrisikos (meistens über entsprechende Indizes), die ebenfalls in unseren Marktrisikoprozess einbezogen sind.

Überfällige Kredite

Die folgende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage, einschließlich nicht wertgeminderte Kredite mit einer Überfälligkeit von mehr als 90 Tagen, bei denen keine Zweifel hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Kunden bestehen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	4.394	4.092
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	958	973
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	420	384
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	907	981
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	6.678	6.430

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.973	3.484
Erhaltene Garantien	158	244
Sicherheiten für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.131	3.728

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Group Finance und Risk Senior Management zusammen.

Im Rahmen von Konsolidierungen haben wir auch Kredite erworben, für die zuvor eine Wertminderung von den konsolidierten Gesellschaften gebildet worden war. Diese Kredite haben wir zu beizulegenden Zeitwerten in unsere Bilanz übernommen, die anhand der erwarteten Zahlungsströme ermittelt wurden. Sie spiegeln die Qualität dieser Kredite zum Zeitpunkt der Akquisition wider. Solange sich unsere Erwartung für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert, beurteilen wir diese nicht als wertgeminderte Kredite.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Bei der Mehrheit unseres Private & Business Client-Portfolios basiert die Methode der Wertberichtigungsermittlung auf statistischen Modellen. Unser Kreditportfolio wird in homogene und nicht homogene Anteile unterteilt. Diese Anteile werden je nach Art des Engagements und Klassifizierung des Kunden weiter in Teilportfolios aufgegliedert. Unter Verwendung historischer Daten wird die Höhe der Wertberichtigung für das homogene Portfolio automatisiert auf Basis von statistischen Modellen kalkuliert, die auf Wertberichtigungskennzahlen für einzelne Überfälligkeitssklassen beruhen (Tage überfällig). Das nicht homogene Portfolio ist gekennzeichnet durch große Kreditlinien oder bestimmte Kreditkategorien, die aufgrund ihrer Größe, Komplexität oder Qualität nicht vergleichbar sind. Diese Kreditfazilitäten unterliegen einer regelmäßigen fallweisen Prüfung, und sofern ein Wertminderungsverlust festgestellt wurde, wird der Wertberichtigungsbedarf auf Basis des erwarteten Verlusts festgesetzt.

Die bei der Postbank verwendete Methodik zur Wertberichtigungsermittlung ähnelt unserer Vorgehensweise. Ausnahmen bestehen darin, dass die Postbank direkte Abschreibungen ohne vorherige Wertberichtigungsbildung vornimmt und dass die Wertberichtigungen im Hypothekengeschäft mit Privatkunden für Kredite, die 180 Tage oder länger überfällig sind, einzeln ermittelt werden. In unseren konsolidierten Ergebnissen, einschließlich Postbank, wurden die Auswirkungen der genannten Unterschiede für Berichtszwecke unseren Grundsätzen angeglichen.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die für gekaufte Kredite vor deren Konsolidierung gebildet wurden, wurden nicht in unseren Wertberichtigungsbestand konsolidiert. Vielmehr wurden diese Wertberichtigungen bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, der die Bemessungsgrundlage für die neu konsolidierten Kredite repräsentiert. Spätere Verbesserungen in der Kreditqualität dieser Kredite werden als Wertaufholung in ihrem Buchwert reflektiert, wobei der korrespondierende Gewinn in den Nettozinsenrträgen ausgewiesen wird. Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die nach der Konsolidierung gekaufter Kredite gebildet wurden, sind dagegen in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und den Wertberichtigungen für Kreditausfälle des Konzerns enthalten.

Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Möglichkeit zur Beitreibung mehr gibt und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, wird der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden. Individuell bedeutende Kredite mit gebildeter Wertberichtigung für Kreditausfälle werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Überfälligkeitstage ein Indikator für eine Abschreibung, jedoch nicht als bestimmender Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen wie zum Beispiel das Auftreten einer bedeutenden Veränderung in der Finanzlage des Schuldners eintritt, dass er seine Verpflichtung nicht länger erfüllen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv ermittelte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen und wie unsere Schätzung des einbringlichen Betrags ausfällt. Bei Immobilienfinanzierungen wird ein unbesicherter Betrag spätestens nach 840 Tagen Überfälligkeit abgeschrieben. Im Rahmen von Konsumentenfinanzierungen schreiben wir bei Kreditkarten jeden Betrag der Inanspruchnahme ab, für den wir eine Rückführung nicht innerhalb von 180 Tagen erwarten. Dieser Zeitraum beträgt 270 Tage für sonstige Konsumentenfinanzierungen.

Die folgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite, die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle und die dazugehörigen Abdeckungsgrade nach Regionen, basierend auf dem Sitz des Geschäftspartners, zu den angegebenen Stichtagen.

31.12.2011 in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Wertminderungsquote in %
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
Deutschland	1.750	1.474	3.224	832	821	1.653	51
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.910	1.675	4.585	841	955	1.796	39
Osteuropa	52	189	241	36	182	218	90
Nordamerika	999	75	1.074	193	153	345	32
Mittel- und Südamerika	40	0	40	28	6	35	86
Asien/Pazifik	267	3	270	81	25	106	39
Afrika	0	0	0	0	3	3	–
Sonstige	–	0	0	–	6	6	–
Insgesamt	6.018	3.416	9.434	2.011	2.150	4.162	44

31.12.2010 in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Wertminderungsquote in %
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
Deutschland	996	1.010	2.006	559	453	1.012	50
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.153	1.441	2.594	640	997	1.637	63
Osteuropa	22	245	267	6	186	192	72
Nordamerika	1.146	4	1.150	339	4	343	30
Mittel- und Südamerika	43	–	43	27	–	27	63
Asien/Pazifik	169	13	182	68	13	81	45
Afrika	23	–	23	4	–	4	17
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	3.552	2.713	6.265	1.643	1.653	3.296	53

Die folgenden Tabellen stellen unsere wertgeminderten Kredite, die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle und die dazugehörigen Abdeckungsgrade nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner zu den angegebenen Stichtagen dar.

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Wertminderungsquote in %
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
Banken und Versicherungen	91	0	91	98	16	114	126
Fondsmanagement	917	0	917	322	211	533	58
Verarbeitendes Gewerbe	616	162	778	364	158	522	67
Handel	324	138	462	164	108	272	59
Private Haushalte	394	2.616	3.010	155	1.409	1.565	52
Gewerbliche Immobilien	2.582	224	2.806	424	68	492	18
Öffentliche Haushalte	–	0	0	–	1	1	–
Sonstige	1.094	276	1.370	484	179	663	48
Insgesamt	6.018	3.416	9.434	2.011	2.150	4.162	44

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Wertminderungsquote in %
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
Banken und Versicherungen	81	–	81	82	–	82	100
Fondsmanagement	841	–	841	298	97	395	41
Verarbeitendes Gewerbe	603	139	742	332	125	457	62
Handel	199	113	312	147	111	258	83
Private Haushalte	163	1.810	1.973	105	965	1.070	54
Gewerbliche Immobilien	740	229	969	259	83	342	35
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige	925	422	1.347	420	272	692	56
Insgesamt	3.552	2.713	6.265	1.643	1.653	3.296	53

Die Gesamtsumme der wertgeminderten Kredite erhöhte sich in 2011 um 3,2 Mrd € oder 51 % im Wesentlichen durch 1,8 Mrd € neue wertgeminderte Kredite der Postbank sowie zwei den Gewerbeimmobilien zuzuordnenden Kunden in Westeuropa (ohne Deutschland), für die wir nur kleine Wertminderungen verbucht haben.

Diese Veränderungen führten zu einem Brutto-Anstieg von 3,0 Mrd € bei den einzeln ermittelten wertgeminderten Krediten, hauptsächlich bei den Gewerbeimmobilien, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 553 Mio € ausgeglichen wurde. Unsere kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite zeigten einen Brutto-Anstieg von 1,2 Mrd €, der hauptsächlich durch Retail Portfolios der Postbank und Erhöhungen in unseren Portfolien in Westeuropa und den USA entstanden ist und teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 512 Mio € kompensiert wurde.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 1,5 Mrd € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Für diese Kredite verzeichneten wir einen Brutto-Anstieg von 467 Mio € in wertgeminderten Krediten, teilweise kompensiert durch Abschreibungen in Höhe von 224 Mio €.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit wertgeminderten Krediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 168 Mio € und zum 31. Dezember 2010 auf 123 Mio €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der von uns zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.714	1.502
Erhaltene Garantien	349	77
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	4.063	1.579

Der Anstieg der Sicherheiten für wertgeminderte Kredite in 2011 von 2,5 Mrd € wurde primär von der Postbank und einem Kunden aus dem Sektor der Gewerbeimmobilien verursacht. Dieser führte zu einem höheren Abdeckungsgrad für wertgeminderte Kredite von 87 % zum 31. Dezember 2011, verglichen mit 78 % zum 31. Dezember 2010.

Übernommene Sicherheiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die wir während der Berichtsperioden in die Bilanz aufgenommen haben, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen in Anspruch genommen haben.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Gewerbliche Immobilien	89	32
Private Immobilien	40	47
Sonstige	0	1
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	129	80

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

Die in 2011 übernommenen Sicherheiten in Gewerbeimmobilien bezogen sich auf unsere Portfolios in den USA und Spanien.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf die übernommenen Sicherheiten dieser Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 20 Mio € nach 25 Mio € zum 31. Dezember 2010.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen in unserem Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen.

	2011			2010		
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	1.643	1.653	3.296	2.029	1.313	3.343
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	907	925	1.832	562	751	1.313
Nettoabschreibungen:	- 512	- 385	- 897	- 896	- 404	- 1.300
Abschreibungen	- 553	- 512	- 1.065	- 934	- 509	- 1.443
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	127	168	38	104	143
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 0	- 0	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 26	- 43	- 69	- 53	- 6	- 60
Bestand am Jahresende	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen unter besonderer Berücksichtigung von Abschreibungen und Eingängen auf abgeschriebenen Forderungen. Inländische Kreditnehmer werden zusätzlich nach Branchen aufgeteilt. Die Zuordnung zu inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2011	2010
Bestand am Jahresanfang	3.296	3.343
Abschreibungen:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	- 2	- 5
Fondsmanagement	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 93	- 43
Handel	- 26	- 32
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	- 273	- 338
Private Haushalte – Hypothekenkredite	- 26	- 26
Gewerbliche Immobilien	- 13	- 22
Öffentliche Haushalte	- 0	-
Sonstige	- 112	- 49
Inländische Kunden insgesamt	- 546	- 515
Ausländische Kunden insgesamt	- 519	- 928
Abschreibungen insgesamt	- 1.065	- 1.443
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	1
Fondsmanagement	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	18	14
Handel	8	6
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	93	63
Private Haushalte – Hypothekenkredite	1	4
Gewerbliche Immobilien	3	4
Öffentliche Haushalte	0	-
Sonstige	17	20
Inländische Kunden insgesamt	142	112
Ausländische Kunden insgesamt	26	31
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	168	143
Nettoabschreibungen	- 897	- 1.300
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.832	1.313
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	- 69	- 60
Bestand am Jahresende	4.162	3.296
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresschnitt	0,22 %	0,45 %

Während des sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfelds haben unsere Kreditstandards neue Wertberichtigungen für Kreditausfälle gut unter Kontrolle gehalten. Dazu gehörte auch eine proaktive Steuerung unserer homogenen Retail Portfolios sowie die Vermeidung übermäßiger Risikokonzentrationen durch feste Vergaberichtlinien in Corporate Banking & Securities. Neben der Fokussierung auf eine hohe Qualität unseres Kreditportfolios haben wir die Risikoreduzierung der Aktiva mit höherem Risiko weiter fortgeführt.

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle betrug 4,2 Mrd € am 31. Dezember 2011. Dies entspricht einem Anstieg von 26 % im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus zusätzlichen Wertberichtigungen aus Kreditausfällen aufgrund der ersten Vollkonsolidierung der Postbank für das Gesamtjahr und geringere Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr.

Unsere Nettoabschreibungen im Jahr 2011 betrugen 897 Mio €. Davon entfielen 512 Mio € auf unser Firmenkreditgeschäft, von denen 224 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren Portfolios in den USA und Großbritannien betrafen. Weitere 385 Mio € entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus unseren deutschen Portfolios.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Berichtsjahr 1,8 Mrd €. Dabei entfielen 907 Mio € auf unsere Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 188 Mio € für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte gebildet wurden, die in erster Linie Positionen in Markets and Corporate Finance darstellen. Die übrige Neubildung ist zurückzuführen auf Abschreibungen in Bezug auf eine Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika sowie in Europa vor dem Hintergrund eines schwierigen globalen Kreditumfelds. Die kollektiv ermittelten Wertberichtigungen beliefen sich auf 925 Mio €, ein Anstieg von 23 % zum Vorjahr. Der Anstieg in unseren Wertberichtigungen für Kreditausfälle wurde von der Postbank beeinflusst, deren Risikokosten erstmalig für das Gesamtjahr in unserer Konzernbilanz berücksichtigt wurden. Ohne Berücksichtigung der Postbank hat sich die Wertberichtigung für Kreditausfälle unseres kollektiv ermittelten Portfolios aufgrund des Retail-Geschäft in Deutschland, dessen Wertberichtigungen trotz des schwierigen Kreditumfelds geringer ausfielen, reduziert.

Unser individuell ermittelter Wertberichtigungsbestand betrug 2,0 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Der Anstieg von 368 Mio € in 2011 beinhaltet Neubildungen an Wertberichtigungen von 907 Mio € (einschließlich des oben genannten Einflusses der in IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerte), Abschreibungen von 512 Mio € und einen Rückgang von 26 Mio € durch Fremdwährungskursumrechnungen und des Wertaufholungseffektes.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2011 bei insgesamt 2,2 Mrd € und damit um 497 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2010 (1,7 Mrd €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 925 Mio €, denen Nettoabschreibungen von 385 Mio € und ein Rückgang von 43 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber standen.

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle betrug 3,3 Mrd € am 31. Dezember 2010. Dies entspricht einem Rückgang von 1 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese Reduzierung resultierte in erster Linie aus Abschreibungen, Rückgängen aufgrund von Währungskurs- und Wertaufholungseffekten, die unsere Wertberichtigungen übertrafen.

Unsere Nettoabschreibungen im Jahr 2010 betrugen 1,3 Mrd €. Davon entfielen 896 Mio € auf unser Firmenkreditgeschäft, von denen 607 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren Portfolios in Großbritannien und Asien/Pazifik betrafen. Weitere 404 Mio € entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus unseren deutschen Portfolios.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Berichtsjahr 1,3 Mrd €. Dabei entfielen 562 Mio € auf unsere Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 278 Mio € für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte gebildet wurden, die in erster Linie Positionen im Corporate Banking & Securities darstellen. Die übrige Neubildung ist zurückzuführen auf Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika und in Europa vor dem Hintergrund eines günstigeren globalen Kreditumfelds. Die kollektiv ermittelten Wertberichtigungen beliefen sich auf 751 Mio €. Sie zeigen eine signifikante Reduzierung unserer Nettokreditkosten in Spanien und Indien, welche teilweise durch entsprechende Anstiege in Polen ausgeglichen wurden. Sie sind damit niedriger als die 808 Mio €, die im Vorjahr eingestellt wurden und im Wesentlichen das schwierige Kreditumfeld in Spanien und Polen im Jahr 2009 widerspiegeln.

Am 31. Dezember 2010 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 1,6 Mrd €. Die Reduzierung um 386 Mio € ergab sich aus Nettozuführungen von 562 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 896 Mio € und einem Rückgang von 53 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2010 bei 1,7 Mrd € und damit um 339 Mio € über dem Stand zum Ende 2009 (1,3 Mrd €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 751 Mio €. Den Wertberichtigungen standen Nettoabschreibungen von 404 Mio € und ein Rückgang von 6 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle enthält eine Analyse der Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2011 entfielen 60 % unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden im Vergleich zu 69 % zum 31. Dezember 2010.

	2011	2010
Bestand am Jahresanfang	2.284	2.391
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	751	820
Nettoabschreibungen	-493	-897
Abschreibungen	-519	-928
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	26	31
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	-33	-30
Bestand am Jahresende	2.509	2.284

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, in denen Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen enthalten sind.

	2011			2010		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Bestand am Jahresanfang	108	110	218	83	124	207
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	19	-12	7	-18	-21	-39
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	-0	0	0	42	-	42
Wechselkursveränderungen	-0	0	0	1	7	8
Bestand am Jahresende	127	98	225	108	110	218

Unsere Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft erhöhten sich leicht um 7 Mio € auf 225 Mio € zum 31. Dezember 2011. In 2010 haben wir aufgrund der Konsolidierung von Akquisitionen Veränderungen des Konsolidierungskreises in Bezug auf Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft erfasst. Dabei handelte es sich um Rückstellungen für die Postbank in Höhe von 34 Mio € und für Sal. Oppenheim/BHF-BANK in Höhe von 8 Mio €.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung kurzfristig zu kündigen.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für OTC-Derivatetransaktionen nehmen wir eine Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird an jedem Bilanzstichtag bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos jedes Geschäftspartners basierend auf Marktdaten, die beispielsweise historische Ausfallinformationen, Fundamentalanalysen von Finanzinformationen und CDS Spreads beinhalten können.

Die Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko sind für einige Monolineversicherer signifikant. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten CDS werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mit Hilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt, einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft. Im zweiten Quartal 2011 wurde die Nutzung von Marktspannen zur Ermittlung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen intensiviert.

Zum 31. Dezember 2011 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 1,1 Mrd € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern verzeichnet, gegenüber 1,2 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, sodass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Führt unsere Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, das heißt dem Risiko, dass sich der Marktwert unserer Handels- und Anlagepositionen verändert. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Risikoauflschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern, wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten, entstehen.

Das Marktrisiko, welches sich aus der Postbank ergibt, ist seit 2010 in unserer Berichterstattung berücksichtigt. Die Postbank führt jedoch ihr eigenes tägliches Risikomanagement durch. Dennoch haben wir ein detailliertes Verständnis über die Aktivitäten der Postbank und erhalten Informationen über die Arten und Größenordnungen der Marktrisiken.

Oberstes Ziel von Market Risk Management, einem Bereich unserer unabhängigen Risk Funktion, ist es, sicherzustellen, dass unsere Geschäftseinheiten das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und wir nicht unannehbaren Verlusten ausgesetzt werden, die unsere Risikotoleranz übersteigt. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (den Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunctionen zusammen.

Wir unterscheiden drei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Konzernbereich Corporate & Investment Bank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das „gehandelte Ausfallrisiko“ entsteht aus Ausfällen sowie Ratingmigrationen.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten entsteht in verschiedenen Formen: Das Aktienkursänderungsrisiko entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen, Investitionen in alternative Anlagen und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko entsteht aus unseren nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva. Das strukturelle Währungsrisiko ergibt sich aus Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Sie repräsentiert den Großteil des Währungsrisikos in unseren Nichthandelsaktivitäten. Andere Elemente des nicht handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit unseren Vermögensverwaltungs- und Fondsaktivitäten sowie durch Modellrisiken in Private Business Clients, Global Transaction Banking und Private Wealth Management, die sich aus Stressannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten. Die Deutsche Bank ohne die Postbank sieht diese Risiken als Teil des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten an.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos innerhalb der Deutsche Bank-Gruppe (ohne Postbank)

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelspositionen besteht in der Festlegung von Limiten. Unser Vorstand legt, unterstützt von Market Risk Management, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit sowie ein Risikolimit für das Ökonomische Kapital für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CIB (zum Beispiel Global Rates und Equity) auf. Grundlage hierfür sind die voraussichtlichen Geschäftspläne und die Risikotoleranz. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten legen die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, fest, indem sie das Gesamlimit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

In der Praxis setzt Market Risk Management wesentliche Limite, die im Allgemeinen globaler Natur und notwendig zur Erfassung eines Risikos mit besonderem Risikofaktor sind. Geschäftslimite sind spezifisch anhand verschiedener Faktoren, zu den insbesondere die geografische Region oder ein spezifisches Portfolio gehören.

Value-at-Risk-Limite und Limite für das Ökonomische Kapital werden für das Management aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtporfolioebene verwendet. Zusätzlich wendet Market Risk Management Sensitivitäts- und Konzentrations-/Liquiditätsslimite als ein ergänzendes Instrument zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten an.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die zur Überwachung und Berichterstattung der Engagements verwendet werden. Die Marktrisikolimite werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht. Sofern Limite überzogen werden sollten, ist Market Risk Management verantwortlich für die Identifikation und Eskalation solcher Überziehungen auf einer zeitnahen Basis. Der Vorstand erhält täglich Marktrisikoberichte über den Value-at-Risk sowie die Inanspruchnahme der Limite und des Ökonomischen Kapitalbedarfs.

Zur Steuerung Ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Risikonehmer unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Portfoliomangement.** Risikodiversifikation entsteht in Portfolios, welche aus einer Vielfalt von Positionen bestehen. Da einige Positionen voraussichtlich an Wert zunehmen, während andere an Wert verlieren, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisikoprofil für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte („Hedging“).** Absicherungsgeschäfte beinhalten das Eingehen von Positionen in verwandten Wertpapieren, einschließlich derivativer Produkte, wie Terminkontrakten, Swaps und Optionen. Absicherungsaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos bei der Postbank

Das Marktrisikomanagement-Rahmenwerk der Postbank basiert auf den folgenden wesentlichen Prinzipien: Grundsätzlich erfolgt die Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos zentral im Bereich Financial Markets der Postbank, basierend auf separat definierten Risikolimiten. Die Gesamtlimite werden vom Gesamtvorstand der Postbank beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Allokationsmechanismen für Marktrisikolimite bei der Postbank-Gruppe ähneln dem Deutsche Bank-Ansatz des Ökonomischen Kapitals. Die den spezifischen Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Risikokapitallimite stellen den Umfang der Marktrisiken dar, der für die Postbank verträglich und unter Ertragsgesichtspunkten gewünscht ist.

Auf täglicher Basis überwacht die Postbank das Marktrisiko auf der Grundlage eines Limitsystems, welches auf der Value-at-Risk-Methode beruht. Zusätzlich hat das Marktrisikokomitee der Postbank Sensitivitätslimite für das Handels- und Bankbuch wie auch für spezifische Unterportfolios definiert.

Quantitative Risikosteuerungsinstrumente

Value-at-Risk innerhalb der Deutsche Bank-Gruppe (ohne Postbank)

Value-at-Risk ist ein quantitatives Maß für den potenziellen Wertverlust einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig überarbeitet und die Genehmigung aufrechterhalten.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Das bedeutet, wir gehen von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Wir verwenden historische Marktdaten eines Jahres, um den Value-at-Risk zu bestimmen. Bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt, wobei wir davon ausgehen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung, der logarithmischen Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (T-Verteilung, asymmetrische T-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir über denselben Einjahreszeitraum beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist auf die Erfassung der folgenden Risikofaktoren ausgerichtet: Zinssätze, Risikoaufschläge, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten und das allgemeine Basisrisiko. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio, um Korrelationen und Ausgleichswirkungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch gegenüber unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von Value-at-Risk-Schätzungen ist eine Reihe von Faktoren in Betracht zu ziehen. Diese beinhalten:

- Die Verwendung historischer Marktdaten ist unter Umständen kein guter Indikator für zukünftige Ereignisse, vor allem wenn diese extrem sind. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie im Jahr 2008). Sie kann aber auch eine Überbewertung auslösen.
- Annahmen in Bezug auf die Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren können sich als falsch erweisen, insbesondere bei extremen Markteneignissen. Die Haltedauer von einem Tag führt in Zeiten erhöhter Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.
- Es kann Risiken in Handelsbüchern geben, die unser Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig einbezieht.

Wir analysieren fortlaufend potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung statistischer Verfahren wie Backtesting, berücksichtigen aber auch Erfahrungen aus dem Risikomanagement und Einschätzungen von Risikoexperten. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Das Global Backtesting Komitee, unter Beteiligung von Market Risk Management, Market Risk Operations, Risk Analytics and Instruments, Finance und anderen Bereichen trifft sich vierteljährlich, um die Backtestingergebnisse für den Konzern und die verschiedenen Geschäftsbereiche zu überprüfen. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern und anzupassen.

Wir sind verpflichtet, unsere eigenen Risikomodelle ständig weiterzuentwickeln und stellen umfangreiche Ressourcen zur Überprüfung und Verbesserung dieser Modelle bereit. Im Jahr 2011 haben wir Verbesserungen unserer Value-at-Risk Berechnung durchgeführt, unter anderen betreffend:

- Basisrisiko von Indexkomponenten für Credit Default Swaps (CDS);
- Ereignisrisiko für Aktien; sowie
- Asymmetrische Schwankungen („Volatility Skew“) für Währungen und Rohstoffe.

Wir haben einen Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken eingeführt, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden.

Market Risk Management validiert Front Office Modelle zur Unterstützung des Risikomanagement von Positionen. Die quantitativen Risikomodelle des Front Office beinhalten ein Modellrisiko. Das Market Risk Management hat einen Überprüfungsprozess eingeführt, mit dem die quantitativen Modelle analysiert, überprüft und verbessert werden. Market Risk Management bewertet die Genauigkeit und Rückwirkungsfreiheit des Modellrisikos der für Marktrisikoaktivitäten verwendeten quantitativen Bewertungsmodelle, einschließlich der Bewertung der eingesetzten Instrumente.

Der Modellgenehmigung und -überprüfungsprozess wird jährlich durchgeführt und beinhaltet:

- Gewährleistung der Übereinstimmung von neu erstellten oder kürzlich verbesserten Modellen mit den Zielvorgaben, sowie Eignung dieser Modelle für dieses Geschäft;
- Überprüfen der mathematischen Integrität der Modelle und deren Umsetzung;
- Bewertung der Leistung bestehender Modelle sowie Erörterung von Änderungen in der Anwendung dieser Modelle;
- Bewertung der Ergebnisse der andauernden Kalibrierungsprozesse und Kontrolle; und Genehmigung jeglicher vorgeschlagener Änderungen des Kalibrierungsprozesses, der Finanzierungsinstrumente oder Werteparameterbereiche;
- Erörterung uneinheitlicher Modellanwendung für ähnliche oder identische Produkte in verschiedenen Geschäftsbereichen und Einführung konsistenter Maßnahmen; und
- Einführen einer strengen Organisationsstruktur für Modellkontrollen und zeitnahe Eskalation an die höhere Führungsebene von materiell relevanten Modellrisikothemen.

Neue aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Krisen-Value-at-Risk, den Inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge „IRC“) und den Umfassenden Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“) erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

- **Krisen-Value-at-Risk:** Berechnung des Krisen-Value-at-Risk auf Basis von über einen Beobachtungszeitraum von zwölf Monaten gesammelten Stressdaten.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Capital Charge „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für Kreditkorrelationsprodukte durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das strengen qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt.
- **Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default Kreditderivate.

Krisen-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“) werden für alle relevanten Portfolios ermittelt. Das Ergebnis aus diesen Modellen verwenden wir sowohl für das tägliche Risikomanagement der Bank als auch für Ermittlung des regulatorischen Kapitals.

Krisen-Value-at-Risk

Wir berechnen eine Krisen-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage. Unsere Berechnung des Krisen-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der gleichen Systeme und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Stressperiode an den Märkten ermittelten historischen Daten (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Vorgaben für das Monte Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge „IRC“)

Der IRC basiert auf unserem eigenen Bewertungsmodell und soll den Modellierungsrahmen für den Value-at-Risk ergänzen. Er repräsentiert eine Schätzung der Ausfall- und Migrationsrisiken unbesicherter Kreditprodukte über einen zwölfmonatigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 %, wobei die Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen oder Positionsgruppen berücksichtigt werden. Wir verwenden ein Monte Carlo-Simulationsverfahren für die Berechnung des IRC als das 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung über einen Einjahreshorizont und für die Zuordnung des anteiligen IRC zu Einzelpositionen. Das Modell berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mit einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode.

Wir kalkulieren den IRC wöchentlich. Der Risikoaufschlag wird bestimmt als der jeweils höhere Wert des durchschnittlichen IRC-Aufschlags der vergangenen zwölf Wochen und dem jüngsten IRC-Aufschlag. Die Markt- und Positionsdaten werden in Front Office-Systemen gesammelt und strengen Qualitätskontrollen unterzogen. Die IRC-Kennzahlen werden genau beobachtet und spielen eine wesentliche Rolle bei der Steuerung der Portfolios, die durch die IRC-Berechnung abgedeckt werden. Weiterhin dient der IRC als Information zur Wirksamkeit von Absicherungspositionen, die von Risikomanagern überwacht wird.

Der anteilige IRC von Einzelpositionen, der nach Allokationen errechnet wird, ist die Grundlage für die Feststellung von Risikokonzentrationen im Portfolio und die Entwicklung von Strategien zur Minderung des Portfoliorisikos insgesamt.

Wir berechnen den IRC anhand unseres Kreditportfoliomodells, das für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals wesentlich ist. Wichtige Parameter für die IRC-Berechnung sind Kreditengagements, Erlösquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Laufzeiten und Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen.

Liquiditätshorizont-Definitionen spiegeln die für den Verkauf oder die Absicherung einer Position erforderliche Zeit in einem gestressten Markt wider. Sie entsprechen unseren Gewohnheiten und Erfahrungen in Zeiten systematischer und idiosynkratischer Stresssituationen. Positionen werden für die Anwendung der Liquiditäts horizonte unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Liquidität gruppiert. Für die jeweiligen Produktbereiche spezialisierte Market Risk Manager haben Liquiditätsannahmen basierend auf aktuellen und gestressten Marktkonditionen des jeweiligen Bereiches getroffen.

Die Quantifizierung von Verlusten aufgrund von Bonitätsveränderungen basiert auf einer Neubewertung der Position gemäß der neuen Bonitätseinstufung. Die Wahrscheinlichkeit, dass für mehrere Emittenten Bonitäts herabstufungen und Adressausfälle gleichzeitig erfolgen, wird anhand der Ausfall- und Beurteilungskorrelationen des IRC-Modells ermittelt. Diese Korrelationen werden durch systematische Risikofaktoren angegeben, die für Länder, geografische Regionen und Branchen stehen. Der Simulationsprozess beinhaltet eine Roll Over-Strategie, die auf der Annahme eines konstanten Risikoniveaus basiert. Diese Annahme impliziert, dass Positionen, für die im Rahmen ihres Liquiditätshorizonts ein Adressausfall oder eine Bonitätsveränderung erfolgten, am Ende ihres Liquiditätshorizonts wieder ausgeglichen werden und ihr ursprüngliches Risikoneiveau erlangen. Korrelationen zwischen Positionen mit unterschiedlichen Liquiditätshorizonten werden durch die Abhängigkeitsstruktur der zugrunde liegenden systematischen und idiosynkratischen Risikofaktoren implizit festgelegt. Dadurch wird sichergestellt, dass Portfoliokonzentrationen über alle Liquiditätshorizonte hinweg identifiziert werden. Insbesondere werden Unterschiede zwischen Liquiditätshorizonten und Laufzeiten von Absicherungen und abgesicherten Positionen berücksichtigt.

Die unmittelbare Validierung des IRC mittels einer Backtesting Methode ist nicht möglich. Die für den IRC angewandten Validierungsgrundsätze umfassen Bewertung der konzeptionellen Zuverlässigkeit, laufende Überwachung, Prozessvalidierung und Setzen von Vergleichsmaßstäben sowie Ergebnisanalyse. Die Prüfung der IRC-Methode ist in den Validierungsprozess für das Kreditportfoliomodell der Deutschen Bank integriert, wobei insbesondere IRC-spezifische Aspekte berücksichtigt werden. Die Prüfung des IRC Modells beruht mehr auf indirekten Verfahren wie Stresstests und Sensitivitätsanalysen. Die IRC relevanten Parameter werden im Rahmen des aufsichtsrechtlich geforderten, jährlichen Überprüfungzyklus validiert. Basierend auf der Stress testfunktionalität unseres Kreditrisikorechners, ist der IRC Teil des vierteljährlichen konzernweiten Stresstest. Gestresste IRC Ergebnisse werden auf Konzernebene an das Stress Testing Oversight Committee (STOC) und das Cross Risk Review Committee (CRRC) berichtet.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“)

Der CRM für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf einem internen Bewertungsmodell. Wir ermitteln den CRM auf Basis einer Monte Carlo-Methode mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten. Bei der Berechnung gehen wir von einer bestimmten Verteilung der zugrunde liegenden Risikofaktoren aus. Unser CRM-Modell wird für berücksichtigungsfähige liquide Korrelationshandelspositionen und deren Absicherungsgeschäfte angewandt und berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Risikoaufschläge, Rückflussquoten, Ausfall eines Geschäftspartners, Wechselkurse und Basiskorrelationen sowie Basisrisiken hinsichtlich Index- und Basiskorrelationen.

Klassische Produkte sind Collateralised-Debt-Obligationen („CDO“), nth-to-default Credit-Default-Swaps (CDS) und Kreditderivate auf einzelne Adressen sowie auf Indizes. Das Modell berücksichtigt Portfolio-konzentrationen und nicht-lineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Der CRM wird wöchentlich ermittelt und ergibt sich als das Maximum aus dem letzten wöchentlichen CRM Aufschlag laut Modell, dem Durchschnitt des CRM Aufschlags der letzten zwölf Wochen, sowie 8 % des Standard Ansatzes für das Kreditkorrelationsportfolio (CRM Untergrenze).

Die auf den Front Office Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden strengen Qualitätssicherungen unterzogen. Die CRM Werte werden zeitnah überwacht und spielen eine wichtige Rolle für das Management der Korrelationshandelsportfolios. Wir verwenden historische Marktdaten, um die Risikotreiber des CRM zu bestimmen. Als Basis dienen je nach Risikotreiber über einen historischen Beobachtungszeitraum gleich gewichtete Handelstage von bis zu drei Jahren.

Liquiditätshorizont-Definitionen spiegeln die für den Verkauf oder die Absicherung einer Position erforderliche Zeit in einem gestressten Markt wider. Sie entsprechen unseren Gewohnheiten und Erfahrungen in Zeiten systematischer und idiosynkratischen Stresssituationen. Positionen werden für die Anwendung der Liquiditäts-horizonte unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Liquidität gruppiert. Für die jeweiligen Produktbereiche spezialisierte Market Risk Manager haben Liquiditätsannahmen basierend auf aktuellen und gestressten Marktkonditionen des jeweiligen Bereiches getroffen.

Wir analysieren fortlaufend potenzielle Schwächen unseres CRM-Modells unter Anwendung statistischer Verfahren wie Backtesting und einer vierteljährlichen Neubewertung von Marktdaten, berücksichtigen aber auch Erfahrungen aus dem Risikomanagement und Einschätzungen von Risikoexperten. Als zusätzliche Bewertungsmethoden wurden Stresstests für das Korrelationshandelsportfolio definiert, bei denen die Intensität eines Marktschocks auf schwierige Marktbedingungen in der Vergangenheit zurückzuführen ist

Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach „MRSA“)

Der spezifische Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach) wird zur Ermittlung des notwendigen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals für die nicht im Korrelationshandelsportfolio geführten Verbrie-fungsprodukte und nth-to-default Kreditderivate genutzt. Market Risk Management überwacht Positionen und adressiert Risikothemen und -konzentrationen.

Risiken betreffend Lebensdauer entstehen aus einer widrigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu ei-nem Wertverlust von Lebensdauer basierenden Verträgen und Transaktionen führen. Die Ermittlung des auf-sichtsrechtlichen Kapitals für das auf die Lebensdauer bezogene Risiko erfolgt entsprechend den Regularien der Solvabilitätsverordnung (SolvV) nach dem Marktrisikostandardansatz. Für das Risikomanagement erfolgt die Überwachung und Steuerung der Lebensdauerrisiken auf Basis von Stresstests sowie des allokierten ökonomischen Kapitals.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die Postbank verwendet ebenfalls ein Value-at-Risk-Konzept, um die eingegangenen Marktrisiken zu quantifizieren und zu überwachen. Der Value-at-Risk wird anhand eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens ermittelt. Die berücksichtigten Risikofaktoren im Value-at-Risk umfassen Zinskurven, Aktienkurse, Wechselkurse und Volatilitäten zusammen mit Risiken, die sich aus Veränderungen von Risikoauflschlägen ergeben. Die Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren werden aus gleich gewichteten historischen Daten abgeleitet.

Der Value-at-Risk im Handelsbuch der Postbank wird derzeit noch nicht in den Value-at-Risk des übrigen Konzerns konsolidiert. Wir weisen diesen Wert jedoch getrennt in unserem internen Value-at-Risk-Bericht für den Konzern aus.

Die Postbank führt ebenso Szenarioanalysen und Stresstests zusätzlich zu ihren Value-at-Risk-Berechnungen durch. Die Annahmen, die diesen Stresstests unterliegen, werden auf fortlaufender Basis validiert.

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für das Marktrisiko misst die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Die Marktrisiken der Postbank sind in unser Ökonomisches Kapital aufgenommen worden.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen. Die Stresstests werden aus in der Vergangenheit beobachteten gravierenden Markt Ereignissen abgeleitet. Die aus diesen Stressszenarien resultierenden Verluste werden unter Berücksichtigung von Korrelationen aggregiert, die in Krisenzeiten beobachtet wurden, um den Anstieg der Korrelationen widerzuspiegeln, der bei einem gravierenden Abschwung auftritt.

Diese Stresstests werden mit Expertenschätzungen erweitert, wenn nur begrenzte historische Daten zur Verfügung stehen oder wenn die Beurteilung der Marktentwicklungen zu der Erkenntnis führt, dass historische Daten ein mangelhafter Indikator für potenzielle künftige Marktszenarien sind.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen wird wöchentlich durchgeführt. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohstoffpreise. Volatilität, Kreditkorrelation und allgemeine Basisrisiken werden ebenfalls einbezogen.

Wir arbeiten fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Wertverlust aus den Markt- risikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigt.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank (ohne Postbank)

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank. Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist unwesentlich.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Zinsrisiko	53,8	77,4
Aktienkursrisiko	13,6	21,3
Währungsrisiko	25,7	29,0
Rohwarenpreisrisiko	21,0	13,3
Diversifikationseffekt	-64,1	-70,1
Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	50,0	70,9

„Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank nach Risikokategorie für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Durchschnitt	71,8	95,6	-66,3	-48,6	70,8	86,8	20,5	21,9	32,5	22,9	14,2	12,7
Maximum	94,3	126,4	-88,6	-88,5	109,0	113,0	37,6	33,6	64,9	46,4	24,3	21,2
Minimum	44,9	67,5	-41,9	-26,4	45,6	65,8	12,7	13,6	14,3	10,8	7,0	6,2

Die in 2011 verzeichnete Abnahme des durchschnittlichen Value-at-Risk um 23,8 Mio € (25 %) gegenüber dem Vorjahr wurde primär getrieben durch geringere eingegangene Risiken insbesondere beim Zinsrisiko und dem Kreditrisiko unterliegenden Handelsprodukten.

Neue aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“

Wie unter „Neue aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“ beschrieben, zeigt die folgende Tabelle den Krisen-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

in Mio €	31.12.2011
Zinsrisiko	117,3
Aktienkursrisiko	23,0
Währungsrisiko	51,8
Rohwarenpreisrisiko	34,2
Diversifikationseffekt	-114,5
Krisen-Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	111,7

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Krisen-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank nach Risikokategorie für die angegebenen Zeiträume.

	2011		
in Mio €	Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Zinsrisiko	130,8	163,5	106,2
Aktienkursrisiko	22,5	64,7	15,2
Währungsrisiko	51,3	105,4	23,0
Rohwarenpreisrisiko	29,2	35,8	19,6
Diversifikationseffekt	- 109,4	- 152,3	- 77,8
Krisen-Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	124,4	169,5	103,8

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 berechnet.

Die folgende Tabelle zeigt den inkrementellen Risikoaufschlag („IRC“) (mit einem Konfidenzniveau von 99 % einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

	31.12.2011
Global Finance and Foreign Exchange	83,8
Global Rates	292,7
Global Credit Trading	222,0
Emerging Markets – Debt	140,9
Sonstige	- 1,4
Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche insgesamt	738,0

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen IRC (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

	Gewichteter durchschnitt- licher Liquiditätshorizont in Monaten	2011		
in Mio €		Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Global Finance and Foreign Exchange	6,0	48,0	83,8	6,5
Global Rates	6,0	318,6	358,4	284,7
Global Credit Trading	6,0	302,7	423,3	221,9
Emerging Markets – Debt	6,0	90,0	140,9	23,9
Sonstige	6,0	- 1,3	2,2	- 5,5
Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche insgesamt	6,0	758,0	846,3	697,1

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 berechnet.

Die folgende Tabelle zeigt den umfassenden Risikoansatz („CRM“) (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

	31.12.2011
Korrelationshandel	855,7

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen CRM (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

in Mio €	Gewichteter durchschnitt- licher Liquidi- täts horizont in Monaten	2011		
		Durchschnitt ¹	Maximum ¹	Minimum ¹
Korrelationshandel	6,0	937,9	1.007,5	848,3

¹ Die Durchschnitts-, Maximal- und Mindestwerte wurden für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 berechnet.

Zum 31. Dezember 2011 führten Verbriefungspositionen die dem spezifischen Marktrisikostandardansatz zugeordnet sind zu risikogewichteten Aktiva in Höhe von 5,0 Mrd € sowie zu Kapitalabzugspositionen in Höhe von 2,2 Mrd €.

Die Kapitalabzugsposition für das Langlebigkeitsrisiko betrug zum 31. Dezember 2011 32,1 Mio € und zu entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 400,9 Mio €.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer eintägigen Haltedauer).

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Zinsrisiko	3,9	1,8
Aktienkursrisiko	–	0,2
Währungsrisiko	0,0	0,0
Rohwarenrisiko	–	–
Diversifikationseffekt	-0,0	-0,0
Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank insgesamt	3,9	2,0

Der Anstieg des Value-at-Risk bei der Postbank von 2,0 Mio € zum 31. Dezember 2010 auf 3,9 Mio € zum 31. Dezember 2011 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung einer Kaufposition am kurzfristigen Laufzeitband der Zinsstrukturturkurve im Repobuch zurückzuführen. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem gegebenen Tag geringer sein wird, als die Summe des Value-at-Risk bezogen auf die einzelnen Risikoklassen. Einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme zugrunde legen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten.

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Postbank.

in Mio €	Insgesamt	Diversifikations- effekt	Zinsrisiko	Aktienkursrisiko	Währungsrisiko	Rohwarenpreis- risiko
	2011	2011	2011	2011	2011	2011
Durchschnitt ¹	3,2	-0,2	3,2	0,1	0,1	–
Maximum ¹	8,2	-0,0	8,1	0,4	0,5	–
Minimum ¹	1,1	-0,8	1,1	0,0	0,0	–

¹ In 2010 wiesen der durchschnittliche, der maximale und der minimale Value-at-Risk keine wesentlichen Unterschiede für den Zeitraum seit Konsolidierung der Postbank aus.

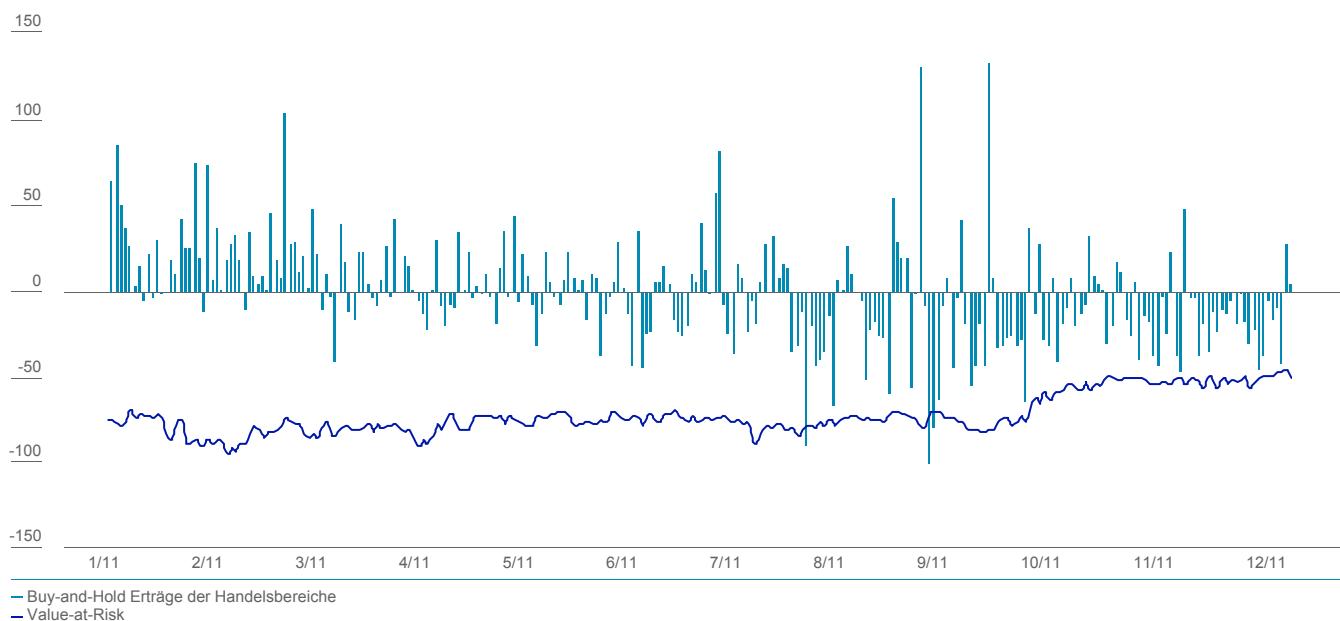
Aufsichtsrechtliches Backtesting des Trading Market Risk

Beim Backtesting wird die Prognosegüte unserer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten. Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Verlust, der unsere Value-at-Risk-Schätzungen übersteigt. Im Durchschnitt würden wir bei einem Konfidenzniveau von 99 % zwei oder drei Ausreißer während eines beliebigen Jahres erwarten. Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Backtesting 2011 wurden drei Ausreißer gegenüber zwei Ausreißern in 2010 beobachtet. Die Ausreißer wurden zwischen August und September im Rahmen erhöhter Marktvolatilität beobachtet. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk Modell weiterhin ein angemessenes Maß für unser Trading Market Risk unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Zahlen werden in Mio € angegeben und umfassen nicht den für das Handelsbuch der Postbank separat berechneten Value-at-Risk.

Buy-and-hold Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2011

in Mio €

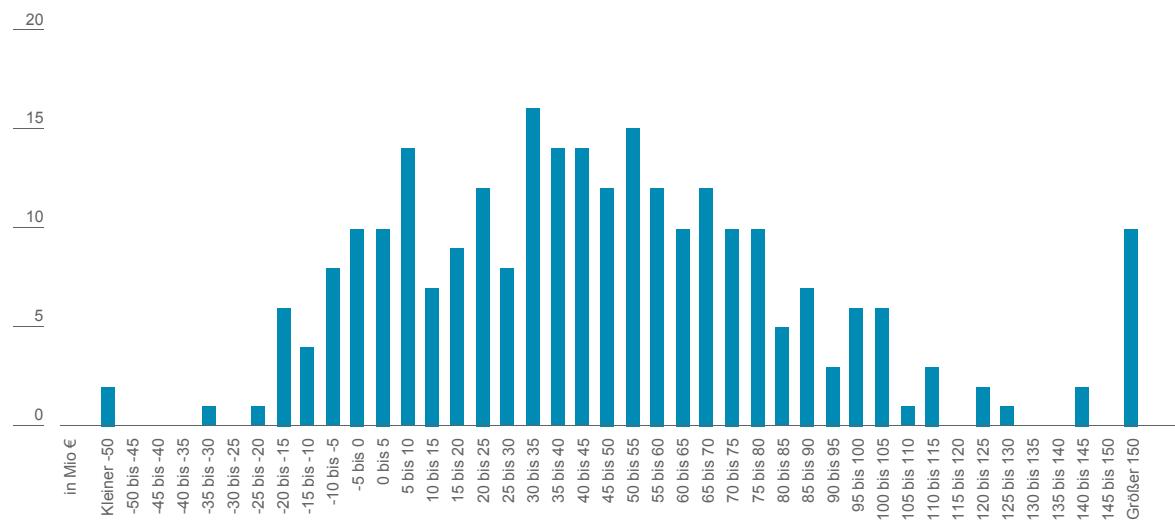


Erträge der Handelsbereiche in 2011

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche, ohne Postbank, im Jahr 2011. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelertrag erzielt wurde.

Erträge der Handelsbereiche in 2011

Tage



Im Jahr 2011 erzielten unsere Handelsbereiche an 88 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 92 % in 2010).

Ökonomischer Kapitalbedarf für unser Trading Market Risk

Der aus unseren Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug 4,7 Mrd € zum Jahresende 2011 gegenüber 6,4 Mrd € zum Jahresende 2010.

Im Handelsbuch sank das Marktrisiko um 0,7 Mrd € und das Ausfallrisiko um 1,0 Mrd €. Beide Reduzierungen waren zurückzuführen sowohl auf einen übergreifenden Risikoabbau als auch auf eine defensive Positionierung über alle Handelsprodukte im Zuge der sich verschärfenden europäischen Staatsschuldenkrise. Der Beitrag der Postbank zu unserem Ökonomischen Kapitalbedarf für unser Trading Market Risk war minimal.

Das Ökonomische Kapital für das gehandelte Ausfallrisiko (Traded Default Risk) ist eine Schätzung für Ausfall- und Migrationsrisiken unserer Kreditprodukte bei einem Konfidenzniveau von 99,98 % unter Berücksichtigung der Liquiditätshorizonte des jeweiligen Unterportfolios. Dabei werden folgende Positionen berücksichtigt:

- zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Aktiva im Bankbuch;
- unbesicherte Kreditprodukte im Handelsbuch ohne den Korrelationshandel;
- besicherte Kreditprodukte im Handelsbuch ohne den Korrelationshandel; und
- der Korrelationshandel.

Das Ökonomische Kapital für das gehandelte Ausfallrisiko der Korrelationshandelsportfolios ergibt sich aus der Skalierung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für den umfassenden Risikoansatz auf das entsprechende Konfidenzniveau unter Anwendung der Extremwerttheorie.

Für alle anderen Positionen ermitteln wir das Ökonomische Kapital für das „gehandelte Ausfallrisiko“ mit unserem Kreditportfoliomodell. Die Berücksichtigung von Diversifikations- und Konzentrationseffekten erfolgt durch die kombinierte Berechnung des Ökonomischen Kapital für das gehandelte Ausfallrisiko und das Kreditrisiko. Wesentliche Parameter für das gehandelte Ausfallrisiko sind Kreditengagement, Rückflüsse, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Laufzeiten. Kreditengagement, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten werden abgeleitet aus Marktdaten und externen Bonitätseinstufungen für das Handelsbuch sowie internen Bonitäts-einstufungen für das Bankbuch, ganz entsprechend der Berechnung für das Ökonomische Kapital für das Kreditrisiko. Bonitätsveränderungen werden mittels Veränderungsmustern einbezogen, die wir aus historischen Bonitätszeitreihen der Ratingagenturen sowie eigenen Beobachtungen ableiten. Die Wahrscheinlichkeit einer kombinierten Bonitätsverschlechterung sowie einer Bonitätsrückstufung wird unter Berücksichtigung der Ausfall- und Bonitätskorrelation des Portfoliomodells ermittelt. Diese Korrelationen ergeben sich aus systematischen Faktoren für Länder, Regionen und Branchen.

Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Unsere Nontrading Market Risk Management-Teams sind verantwortlich für eine Anzahl von Marktrisiken, die aus verschiedenen Geschäftsaktivitäten und Initiativen hervorgehen. Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Risiken, die im Bereich Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten abzudecken sind, teilen sich drei Teams die Verantwortung für das Management dieser Risiken:

- Das Nontrading Market Risk Management-Team innerhalb unserer Market Risk Management-Funktion deckt Marktrisiken in Private and Business Clients, Global Transaction Banking, Private Wealth Management und Corporate Investments sowie strukturelle Risiken aus Währungsgeschäften, Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen ab.
- Das Principal Investments-Team innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Die Asset Management Risk-Einheit innerhalb unserer Kreditrisikomanagement-Funktion konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts. Beachtenswerte Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva, exklusive Postbank, wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Konzernbereich Corporate & Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und in unseren handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen wiedergegeben. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Verbindlichkeiten und Investitionen ergeben.

Das strukturelle Währungsrisiko ergibt sich aus Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften, vorwiegend in den USA und Großbritannien. Sie repräsentiert den Großteil des Währungsrisikos in unseren Nichthandelsaktivitäten.

Zusätzlich zu den genannten Risikoarten hat unsere Nontrading Market Risk Management-Funktion auch die Aufgabe, andere Risikopositionen zu überwachen und zu steuern, die sich aus der Aktienvergütung und Pensionsverpflichtungen ergeben. Sie managt zudem die Risiken aus den Asset Management-Aktivitäten, insbesondere resultierend aus Garantiefonds. Zudem unterliegen unsere Geschäfte in PBC, GTB und PWM hinsichtlich der Kundeneinlagen, der Spareinlagen und Kredite einem Modellrisiko. Dieses Risiko tritt zutage, wenn das Kundenverhalten bei Zinsschwankungen substanzial von den historischen Erfahrungswerten abweicht.

Das Risk Executive Committee und das Capital and Risk Committee beaufsichtigen unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorschläge. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder sogar vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet wird.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios (ohne Postbank)

Das Marktrisiko wird basierend auf Stresstestverfahren ermittelt. Wir verwenden Stresstests, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mit Hilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios bei der Postbank

Die Postbank verwendet das Value-at-Risk Konzept für die Ermittlung und Überwachung der im Bankbuch bestehenden Marktrisiken. Der Value-at-Risk wird mit einer Monte Carlo-Simulationsmethode ermittelt. Die hierbei berücksichtigten Risikofaktoren umfassen Zinssätze, Aktienkurse, Währungskurse und Volatilitäten, sowie Risiken aus der Veränderung von Credit Spreads. Korrelationseffekte zwischen diesen Risikofaktoren werden aus gleichgewichteten historischen Daten abgeleitet.

Die Deutsche Bank verwendet nicht die Postbank Value-at-Risk Angaben für ihr Nichthandelsmarktrisiko. Die Risiken der Postbank werden jedoch in die Ergebnisse für das ökonomische Kapital des Konzerns einbezogen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen und schließt den Bedarf an ökonomischem Kapital für die Postbank, berechnet auf Basis unserer Methodologie, mit ein.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
CIB	972	1.351
PCAM	3.376	3.524
Corporate Investments	1.418	1.051
Consolidation & Adjustments	1.512	814
Insgesamt	7.278	6.740

Der ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken betrug 7,3 Mrd € zum 31. Dezember 2011, und damit 0,5 Mrd €, oder 8 %, mehr als per Jahresende 2010.

Die Verminderung im Bereich Corporate and Investment Bank um 379 Mio € beruhte im Wesentlichen auf dem Übertrag einer nachrangigen Kreditfazilität zu Corporate Investments sowie verschiedenen Veräußerungen innerhalb des CIB Anlageportfolios.

Der ökonomische Kapitalbedarf für PCAM reduzierte sich in 2011 um 148 Mio €. Die Verminderung steht im Zusammenhang mit einem geringeren ökonomischen Kapitalbedarf für das Asset Management Guaranteed Funds Portfolio (minus 504 Mio €), der auf Änderungen in der Fondpopulation, der Portfoliozusammensetzung sowie einer Optimierung der Laufzeiten beruht. Veräußerungen innerhalb des Sal.Oppenheim Portfolios reduzierten das ökonomische Kapital um weitere 150 Mio €. Dies wurde teilweise kompensiert durch den zusätzlichen ökonomischen Kapitalbedarf für unseren vergrößerten Anteil an Hua Xia Bank Company Ltd (619 Mio €).

Der Anstieg im ökonomischen Kapital von Corporate Investments über 367 Mio € beruhte im Wesentlichen auf der vorgenannten Übertragung eines Nachrangdarlehens sowie erhöhten Engagements in verschiedenen sonstigen Aktiva mit einem Anstieg des ökonomischen Kapitalbedarfs in Höhe von 194 Mio €. Der überwiegende Teil der Änderung bei Consolidation & Adjustments beruht auf einem Anstieg des strukturellen Währungsrisikos um 533 Mio €.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

In 2011 wurde die Klassifizierung der Hauptkategorien für unsere Nichthandelsportfolios zur Übereinstimmung mit den internen Risikosteuerungs- und Überwachungsprozessen geändert.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf separat für unsere Nichthandelsportfolios für 2011 und 2010 mit gleicher Kategorisierung.

in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Strategische Beteiligungen	2,9	2,1	1,2	0,6
Alternative Assets ¹	6,9	8,7	2,2	2,5
Principal Investments	2,6	3,7	0,9	1,0
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	4,3	5,0	1,3	1,5
Sonstige nicht gehandelte Marktrisiken ²	N/A	N/A	3,9	3,6
Insgesamt	9,8	10,8	7,3	6,7

¹ Beinhaltet Beteiligungen der Postbank mit einem Buchwert von 1,5 Mrd € (2010: 1,9 Mrd €) und einem ökonomischen Kapitalbedarf von 0,0 Mrd € (2010: 0,1 Mrd €).

² N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten; beinhaltet einen ökonomischen Kapitalbedarf der Postbank von 0,9 Mrd € (2010: 0,9 Mrd €).

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals für nichthandelsbezogene Marktrisiken ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt, mit Ausnahme von Aktienvergütungsprogrammen und strukturellen Währungsrisiken sowie Risiken aus Pensionsverpflichtungen.

- **Strategische Beteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 1,2 Mrd € resultierte hauptsächlich aus unseren Beteiligungen an der Hua Xia Bank Company Ltd. sowie Abbey Life Assurance Company.
- **Alternative Assets.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (einschließlich Mezzanine Debt) sowie kleine Investitionen in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investitionen in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investitionen in Financial Sponsor Leveraged Buy-out-Fonds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out-Fonds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Das Alternative-Asset-Portfolio weist eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Der Ökonomische Kapitalbedarf für dieses Portfolio betrug 2,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Zinsrisiko.** Neben dem den offenen Zinsrisikopositionen zugeordnetem ökonomischen Kapital besteht die wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Einlagen bezüglich der Marktzinssätze (DRE), der Volatilität der Einlagenhöhe und der eigenen Risikoprämie der Deutschen Bank. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Stressen der Modellannahmen, insbesondere des DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt, ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2011 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1,5 Mrd €, hauptsächlich im Bereich auf Private & Business Clients einschließlich Postbank, BHW und DB Bauspar.
 - **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2011 betrug minus 101 Mio € auf diversifizierter Basis. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Abschwungszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerteren negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.

- Pensionsrisiken. Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Kreditmargenrisiko, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf, ohne Postbank, betrug 141 Mio € zum 31. Dezember 2010. Der Ökonomische Kapitalbedarf auf der Ebene der Deutsche Bank Gruppe für die Pensionsrisiken der Postbank betrug 50 Mio €.
- Strukturelle Währungsrisiken. Unser Währungsrisiko aus nicht währungskursgesichertem Kapital und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2011.
- Asset Management-Garantiefonds. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 931 Mio €.

Value-at-Risk im Anlagebuch der Postbank

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk des Anlagebuchs der Postbank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer eintägigen Haltedauer). Die Berechnung beinhaltet alle marktrisikotragenden Positionen im Anlagebuch, wobei die wesentlichen Positionen auf dem Zinsrisiko und Credit Spread Risiken beruhen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Durchschnitt ¹	109,1	–
Maximum ¹	139,7	–
Minimum ¹	77,7	–
Periodenende	139,7	121,6
Limit am Periodenende	165,0	152,3

¹ Im Jahr 2010 wiesen der Durchschnitt, das Maximum und das Minimum keine materiellen Schwankungen für den Zeitraum seit der Konsolidierung der Postbank auf.

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

„Unter operationellem Risiko versteht man das Verlustpotenzial (einschließlich rechtlicher Komponenten), das sich aus dem Verhalten von Mitarbeitern, aus vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, der Technologie, dem Versagen der Infrastruktur sowie aus Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen ergeben kann.“

Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Organisationsstruktur

Der Head of Operational Risk & Business Continuity Management führt den Vorsitz im Operational Risk Management Committee, das ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee ist und sich aus den Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen zusammensetzt. Er ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements.

Während die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen für das tägliche Management operationeller Risiken verantwortlich sind, ist die Operational Risk & Business Continuity Management-Funktion für die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken sowie Risikokonzentrationen und die einheitliche Anwendung der Strategie für das operationelle Risikomanagement in allen Bereichen der Bank zuständig. Auf der Grundlage des Business-Partnership-Modells gewährleisten wir eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken.

Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikotoleranz bestimmen und operationelle Risikothemen und -konzentrationen systematisch identifizieren, um Maßnahmen sowie Prioritäten bei der Risikominderung definieren zu können.

Wir wenden verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Wir führen systematische Risikoanalysen, Ursachenanalysen und Lessons-Learned-Aktivitäten bei Ereignissen von über 1 Mio € durch, um risikobehaftete Bereiche zu ermitteln und angemessene risikomindernde Maßnahmen zu definieren, deren Umsetzung anschließend überwacht wird. Voraussetzung für diese eingehenden Analysen und die zeitnahe Weitergabe von Informationen über die Entwicklung operationeller Risikoereignisse und größere Einzelereignisse an das Management ist die kontinuierliche Erfassung sämtlicher Verluste über 10.000 €, die aus operationellen Risikoereignissen entstanden sind, in unserem „dblIncident Reporting System“.
- Wir nutzen systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um sicherzustellen, dass vergleichbare Vorfälle bei uns nicht vorkommen.
- Wir verwenden Key Risk Indicators („KRI“), um unser operationelles Risikoprofil zu überwachen und unsere Organisation zeitnah auf mögliche bevorstehende Probleme aufmerksam zu machen. Mit Hilfe der „dbScore“-Anwendung erlauben sie die Überwachung der Kontrollkultur sowie des Geschäftsumfelds und lösen risikomindernde Maßnahmen aus. KRIs ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken auf Basis von Frühwarnsignalen, die durch die KRIs reflektiert werden und dadurch die Allokation von Kapital über die qualitative Anpassung („QA“) ermöglichen.
- In unserem Self-Assessment-Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. In der Regel werden Self-Assessments in unserem System „dbSAT“ durchgeführt. Wir führen regelmäßig Country Risk Workshops durch, um Risiken zu bewerten, die für Länder, in denen der Konzern operiert, und für lokale rechtliche Einheiten spezifisch sind, sowie um entsprechende Maßnahmen zur Risikominderung einzuleiten.
- Wir führen Szenarioanalysen durch, um interne und externe Verlustinformationen zu ergänzen und Maßnahmen aus diesen abzuleiten. Die Zusammensetzung der Szenarien besteht aus relevanten externen Szenarien, die durch eine öffentliche Datenbank zur Verfügung gestellt werden sowie internen Szenarien. Letztere werden hergeleitet um eine vollumfängliche Abdeckung der Risiken zu erreichen.
- Die für die Geschäftsbereiche, die Länder, in denen der Konzern operiert und ausgewählte Infrastrukturfunktionen regelmäßig erstellten Berichte auf Konzernebene über unser operationelles Risikoprofil werden mit dem Senior Management der Abteilung besprochen und diskutiert. Die regelmäßige Risikoprofilüberprüfung ermöglicht es uns, Änderungen des Risikoprofils der Geschäftseinheiten sowie Risikokonzentrationen im Konzern frühzeitig zu erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einzuleiten.

- Wir bewerten und genehmigen die Auswirkung von Änderungen unseres Risikoprofils als Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategische Initiativen sowie Akquisitionen und Ausgliederungen.
- Nach Identifizierung von Operationellen Risiken ist die Minderung gemäß dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip durch Abwägung von Kosten und Nutzen der Risikominderung und deren formelle Akzeptanz der Restrisiken erforderlich. Risiken, die gegen nationale oder internationale Regularien oder Recht verstößen, können in keinem Fall akzeptiert werden. Sobald diese identifiziert sind müssen sie immer abgebaut werden.
- Mit unserem System „dbTrack“ überwachen wir die Umsetzung der Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe dieser Instrumente identifiziert wurden. Restrisiken, die in der Risikoklassifizierung höher als „wichtig“ eingestuft sind, sind durch das ORMC zu akzeptieren.
- Wir führen sogenannte „Top-Risk“-Analysen durch, bei denen die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten berücksichtigt werden. Die „Top-Risk“-Analysen unterstützen vor allem die jährliche Strategie und den Planungsprozess für das operationelle Risikomanagement. Neben der strategischen und taktischen Planung des operationellen Risikomanagements legen wir Zielgrößen für unser Kapital und unseren erwarteten Verlust fest, die im Rahmen unseres vierteljährlichen Prognoseprozesses regelmäßig überwacht werden.
- Zur Überprüfung der Qualität von Entscheidungen des Risikomanagements und Modeleingaben wird ein standardisierter Qualitätssicherungsprozess angewendet.

Messung unseres operationellen Risikos

Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals ist primär auf die Etablierung einer neuen Sicherheitsmarge in unserem AMA Modell zurückzuführen, die der Abdeckung unvorhergesehener Rechtsrisiken aus der derzeitigen Finanzkrise dient.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
CIB	3.873	2.735
PCAM	917	939
CI	56	8
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	4.846	3.682

Wir berechnen und messen das Ökonomische und Regulatorische Kapital für operationelle Risiken mittels des internen AMA-Modells (Advanced Measurement Approach). Das Ökonomische Kapital wird dabei aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet sowie zur Performancemessung sowie Resourcenallokation genutzt. Es bietet einen Anreiz zum Management operationeller Risiken und zur Optimierung des Ökonomischen Kapitalbedarfs. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9 %-Quantil, unsere interne Berechnung des Kapitals nach der AMA auf einem Verlustverteilungsansatz. Bruttoverluste, bereinigt um direkte Rückerstattungen aus historischen internen und externen Verlustdaten (vom Operational Riskdata eXchange Association „ORX“-Konsortium und externen Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank) sowie interne Szenariodaten, werden für die Bewertung des Risikoprofils (das heißt der Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) genutzt. Anschließend wird die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um über einen Zeitraum von einem Jahr Verluste zu prognostizieren. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Die positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation werden gemäß aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf den Nettoverlust angewandt, um eine Verteilung von Nettoverlusten auf Konzernebene zu ermitteln, die erwartete und unerwartete Verluste abdeckt. Das Kapital wird anschließend den Geschäftsbereichen zugeordnet, und es werden sowohl die qualitative Anpassung (QA) als auch der Abzug erwarteter Verluste vorgenommen.

Die QA spiegelt die Effektivität und den Erfolg der täglichen Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und Self-Assessments wider, wobei das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren im Mittelpunkt stehen. Die QA wird als prozentuale Anpassung an den finalen Kapitalwert angewandt. Dieser Ansatz macht die QA für das Management der Geschäftsbereiche erkennbar und gibt Feedback zu deren Risikoprofil sowie Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Er schafft damit einen Anreiz für die Geschäftsbereiche, das Management der operationellen Risiken in ihren Bereichen kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf der historischen Verlusterfahrung und Expertenmeinung, wobei geschäftliche Veränderungen berücksichtigt werden, die die erwarteten Kosten von operationellen Verlusten der Geschäftstätigkeit kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in den Geschäftsbereichsplänen berücksichtigt wurde, wird dieser vom AMA-Kapital abgezogen. Die unerwarteten Verluste für die Geschäftsbereiche (nach QA und erwartetem Verlust) werden zusammengefasst, um das AMA-Kapital des Konzerns zu ermitteln.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 haben wir die Anerkennung für unseren AMA durch die BaFin aufrechterhalten. Dieaufsichtsrechtliche Genehmigung zur Integration der Postbank in unsere Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals wird unsererseits noch erwartet.

Unser Stresstestkonzept für das Operationelle Risikomanagement

Wir führen Stresstests durch, die in regelmäßigen Abständen und unabhängig vom AMA-Modell die Auswirkungen von extremen Situationen auf das Kapital und die Gewinn- und Verlustrechnung analysieren. Im Jahr 2011 haben wir einen vierteljährlichen Stresstest eingeführt, der basierend auf drei unterschiedlichen Szenarien mit stufenweiser Erhöhung der Intensität die jeweiligen Auswirkungen bewertet. Ergänzend führen wir Sensitivitätsanalysen und konzernweite Stresstests einschließlich Reverse-Stresstests durch.

Unser AMA-Modell Validierungs- und Qualitätssicherungskonzept

Wir validieren unabhängig und jeweils individuell alle Komponenten unseres AMA-Modells, unter anderem Szenarioanalysen, KRIs und Risikobeurteilungen sowie erwarteter Verlust und interne Verlustdaten. Die Ergebnisse der Validierung werden in Validierungsberichten zusammengefaßt. Identifizierte Problemstellungen werden zu deren Behebung nachverfolgt. Durch diesen Prozess wird eine kontinuierliche Verbesserung der Methoden sichergestellt. Qualitätssicherungsprüfungen werden für jene AMA-Modellkomponenten durchgeführt, welche Dateneingaben durch die Geschäftseinheiten erfordern und zu Kapitalauswirkungen führen. Die Daten und Informationen werden hinterfragt und übergreifend über die Geschäftseinheiten verglichen, um Konsistenz und Angemessenheit bezüglich Kapitalreduktion beziehungsweise -aufschlag sicherzustellen.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Für die Definition der Versicherungsstrategie des Konzerns und die Erstellung der dazugehörigen Konzernrichtlinie und Vorschriften zeichnet unser Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“) verantwortlich. CI/D ist für die Erstellung der Konzernrichtlinie („Corporate Insurance Policy“) zuständig, die vom Konzernvorstand genehmigt wird.

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien zu den Geschäftsbereichen. Die Experten von CI/D unterstützen bei der Entwicklung der Methode zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und bei der Ermittlung von Parametern, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. Sie validieren die Einstellungen der im AMA-Modell genutzten Versicherungsparameter und liefern relevante Aktualisierungen. CI/D beteiligt sich

aktiv an den Initiativen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die zur Feststellung, Definition und Schätzung des Versicherungsumfangs eingesetzten Verfahren basieren auf den anerkannten sinnvollsten, aktuellsten und/oder Vergleichsmaßstäbe setzenden Versicherungsbedingungen. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis, insbesondere in Fällen, in denen der Versicherungsmarkt versucht, den Versicherungsschutz mithilfe von einschränkenden/eingrenzenden Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln einzuschränken.

Wir betreiben eine Reihe von eigenen Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Die Versicherungsverträge werden jedoch nur dann zur Modellierung/Berechnung der versicherungsbezogenen Verringerung von Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko herangezogen, wenn das Risiko am externen Versicherungsmarkt rückversichert ist.

Das Regulatorische Kapital beinhaltet eine Reduzierung aufgrund von Versicherungsdeckung in Höhe von 491 Mio €. Aktuell werden außer Versicherungen keine anderen Risikotransfertechniken im AMA-Modell berücksichtigt.

CI/D wählt die Versicherungspartner unter strenger Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung und der „Empfehlung des Fachremiums Operationelle Risiken zur Berücksichtigung von Versicherungen im fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit regelmäßig geprüft.

Operationelle Risiken der Postbank

Der Ansatz der Postbank bezüglich des Managements operationeller Risiken ist weitgehend mit dem Ansatz der Deutschen Bank vergleichbar. Der Vorstand der Postbank ist für das Management, die Kontrolle und die Überwachung operationeller Risiken allein verantwortlich. Das Operational Risk Committee („ORK“), das vom Vorstand der Postbank eingesetzt wurde, definiert die Strategie und das Rahmenwerk zur Überwachung operationeller Risiken. Das tägliche Management operationeller Risiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Geschäftseinheiten der Postbank. Strategische Parameter zum Management operationeller Risiken, sowohl qualitative als auch quantitative, sind Teil der Gesamtstrategie.

Innerhalb der Postbank wurde der Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken sowohl für die Postbank als Ganzes als auch für die vier Geschäftsbereiche anhand eines internen Kapitalmodells zur Berechnung der Kapitalanforderungen für operationelle Risiken individuell bestimmt. Die Postbank hat für ihr AMA-Modell im Dezember 2010 die Anerkennung der BaFin erhalten.

Im Rahmen der Konsolidierung der Postbank wurde der Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken unter Nutzung der Methodik der Deutschen Bank zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken neu ermittelt. Die Berechnung basiert auf zusammengefassten Daten des Deutsche Bank-Konzerns und der Postbank. Das Berechnungsergebnis wird in diesem Bericht in aggregierter Form im Kapitel „Gesamtrisikoposition“ wiedergegeben.

Liquiditätsrisiko Deutsche Bank-Konzern (ohne Postbank)

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass wir stets in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2011 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und zum Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Der Vorstand legt die Liquiditätsrisikostrategie fest, die im Besonderen die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken enthält, die von der Treasury und dem Capital and Risk Committee vorgeschlagen wird. Mindestens einmal im Jahr überprüft und genehmigt der Vorstand die gruppenweiten Limite zur Messung und Kontrolle von Liquiditätsrisiken sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan.

Wie in der Liquiditätsrisikostrategie dargelegt, ist unsere Treasury-Funktion für die Steuerung des Liquiditäts- und Refinanzierungsrikos der Deutschen Bank weltweit verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition der Gruppe zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Treasury berichtet die Liquiditäts- und Refinanzierungslage der Bank mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt regelmäßig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu besicherten und unbesicherten Finanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich findet im Rahmen der strategischen Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie statt.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt der Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten, unter verschiedenen Stressszenarien, sowie die Analyse von bedingten Zahlungsverpflichtungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen. Die monatlichen Stresstestergebnisse dienen dazu, unsere kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungslimite (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte Refinanzierung) festzulegen, und somit sicherzustellen, dass die Bank innerhalb der generellen Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands bleibt.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesalemarkt

Unser gruppenweites Reportingsystem verfolgt alle vertraglichen Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesalemarkt auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 12 Monaten. Das System erfasst sämtliche Cashflows sowohl aus unseren unbesicherten als auch aus unseren besicherten Finanzierungstransaktionen. Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesalemarkt, die von den Ergebnissen unserer Stresstests abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere Maximaltoleranz für Liquiditätsrisiken dar. Diese Limite werden auf die globalen Nettoabflüsse sowie das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung angewandt und täglich überwacht. Unsere Liquiditätsreserven stellen die primären Gegensteuerungsmaßnahmen für Stress in den kurzfristigen Wholesale Refinanzierungsmärkten dar. Auf Ebene der rechtlichen Einheiten können, wo es zweckmäßig und angemessen erscheint, einzelne Liquiditätsabflusslimits gesetzt werden, die ein breiteres Spektrum an Cashflows begrenzen.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsmittel stammen von Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Andere Kundeneinlagen sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt. Um die weitgehende Diversifizierung der Refinanzierungsmittel sicherzustellen, halten wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekenpfandbriefen ermöglicht.

In 2011 haben wir unseren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau unserer stabilen Kernfinanzierungsquellen gesetzt, und die Nutzung der kurzfristigen diskretionären Wholesalerefinanzierung dessen ungeachtet auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten. Diskretionäre Wholesalerefinanzierungen beinhalten verschiedene Produkte, zum Beispiel CD, CP sowie Termin, Call- und Tagesgelder, mit Laufzeiten bis zu einem Jahr. Die Akquisition der Postbank erhöhte deutlich das Volumen der Kernrefinanzierungsmittel. Der Status der Postbank als regulierte Bank und gelistetes Unternehmen, schränkt unseren Zugang zu dieser Liquidität ein.

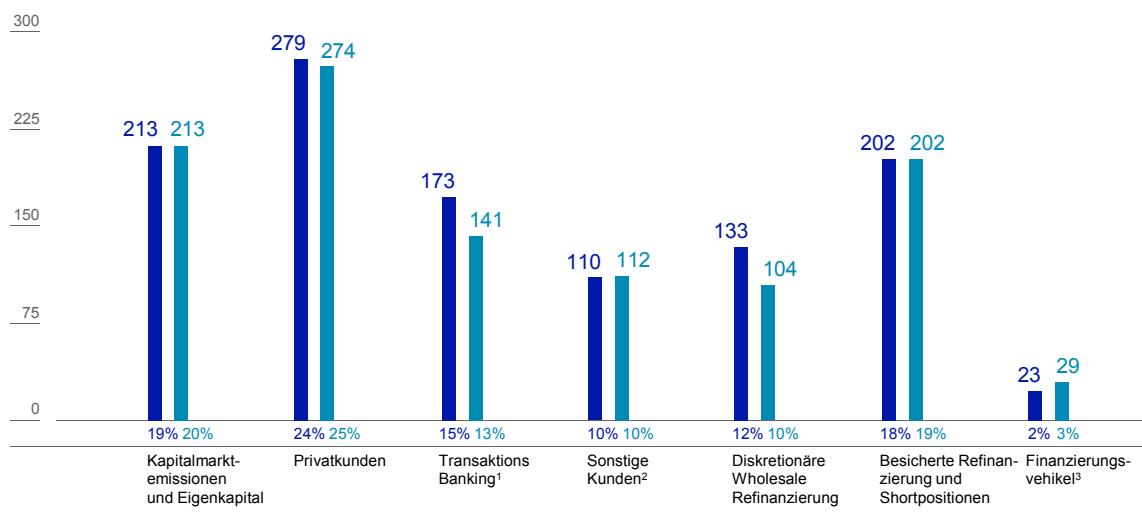
Das Gesamtvolume an diskretionärer Wholesalerefinanzierung und besicherter Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeitpunkten basierend auf den zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die höheren Volumen, vor allem in der besicherten Refinanzierung sind größtenteils durch höhere kundenbezogene Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sowie einen Anstieg der Handelsbestände zwischen den Quartalsenden getrieben. Der Anstieg innerhalb der diskretionären Wholesalerefinanzierungen im Jahr 2011 reflektierte im Wesentlichen den Anstieg in Geldanlagen und liquiden Handelsaktiva im Konzernbereich Corporate Banking & Securities.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil am kurzen Ende sicherzustellen, das im Einklang mit der definierten Risikotoleranz steht, haben wir Limite (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die von der Stresstestanalyse abgeleitet sind.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen (auf konsolidierter Basis inklusive der Postbank), die zur Liquiditätsrisikoposition zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010 beitragen. Sie sind jeweils in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



¹ am 31. Dezember 2011: gesamt 1.133 Mrd €

² am 31. Dezember 2010: gesamt 1.075 Mrd €

¹ Kredite in Höhe von 4 Mrd €, die unter anderem von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und European Investment Bank gefördert wurden und die zum 31. Dezember 2010 in Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital enthalten waren, wurden jetzt unter Sonstige Kunden dargestellt. Im Zuge einer im Laufe des zweiten Quartals 2011 überarbeiteten Zuordnung der Verbindlichkeiten der Postbank zu den Finanzierungsquellen wurden 5 Mrd € per 31. Dezember 2010 aus dem Bereich Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie 6 Mrd € aus Privatkunden nach Transaction Banking übergeleitet. Die Werte wurden wie oben dargestellt entsprechend aktualisiert.

² Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime Brokerage-Geschäft (netto).

³ Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate & Abwicklungssalden 899 Mrd € (706 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin & Prime Brokerage Barsalden (auf Nettobasis) 73 Mrd € (61 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 59 Mrd € (63 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking (Immobilienfinanzierungen und Retail-einlagen), die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden, ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee und den Vorstand werden unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festgelegt. Per Jahresende 2011 haben wir in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (Jahr 2 bis 10) Überschüsse ausgewiesen.

Refinanzierung und Emissionen

Das Jahr 2011 kann in zwei Hälften unterteilt werden, die von der Entwicklung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone beherrscht wurden: eine ziemlich stabile erste Jahreshälfte, während der unser Fünf-Jahres-CDS in einem engen Bereich von 82 bis 132 bps (durchschnittlich 98 bps) gehandelt hat und im Gegensatz dazu, eine volatile zweite Jahreshälfte, während der unser CDS in einem Bereich von 99 bis 316 bps (durchschnittlich 184 bps) über die Periode handelte. Auch wenn die Aufschläge unserer Anleihen nicht dasselbe Maß an Volatilität aufwiesen, konnte ein ähnlicher Unterschied zwischen der ersten und zweiten Jahreshälfte beobachtet werden.

Gleichwohl haben wir in Form von Benchmarkanleihen in beiden Halbjahren emittiert. Bis zum Ende der ersten Jahreshälfte 2011 hatten wir 13,3 Mrd € unseres Jahresbedarfs von 19 Mrd € emittiert. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte haben wir weitere 9,2 Mrd € emittiert, die das Gesamtvolumen für das Jahr auf 22,5 Mrd € bringen, 3,5 Mrd € mehr als ursprünglich geplant. Besonders erwähnenswert war die im September 2011 emittierte 1,5 Mrd € zwei Jahresanleihe. In unserer zweiten Pfandbriefemission in Höhe von 1 Mrd € haben wir im März 2011 außerdem unseren Marktzugang zu einer alternativen, kosteneffizienten Finanzierungsquelle belegt.

Der durchschnittliche Aufschlag über dem relevanten fließenden Index für unsere Emissionen (zum Beispiel Libor) betrug 65 bps für das gesamte Jahr, ohne materielle Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr. In Erwiderung auf die schwächeren Märkte in der zweiten Jahreshälfte haben wir jedoch die durchschnittliche Laufzeit unserer Emissionen von circa fünf Jahren in der ersten Jahreshälfte auf circa vier Jahre in der zweiten Jahreshälfte verkürzt, was in einem Durchschnitt von 4,3 Jahren für unsere Emissionen im Gesamtjahr resultiert.

In 2012 haben wir einen moderaten Refinanzierungsbedarf von 15 bis 20 Mrd €. Hinsichtlich unserer Möglichkeiten diese Mittel über die privaten Refinanzierungsmärkte durch ein Vielzahl von Kanälen wie Benchmarkemissionen, Privatplatzierungen, Pfandbriefen sowie dem Retailnetzwerk darstellen zu können, sind wir zuversichtlich und glauben nicht, von einem dieser Marktsegmente überaus abhängig zu sein.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils unserer langfristigen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Anhangsangabe 31 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities“ des Konzernabschlusses.

Verrechnungspreise (Transfer Pricing)

Wir unterhalten ein Konzept für Verrechnungspreise, das für alle Geschäftsbereiche bindend ist. Somit wird sichergestellt, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegendem Liquiditätsrisiko, (ii) für Passiva im Einklang mit deren Liquiditätswert und (iii) für bedingte Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung von ausreichenden Liquiditätsreserven gestellt werden, die benötigt werden, um die unerwarteten Zahlungsrisiken abzudecken.

In diesem Konzept für Verrechnungspreise allozieren wir die Refinanzierungs- und Liquiditätskosten und Beiträge an alle Geschäftsbereiche und setzen im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien finanzielle Anreize. Verrechnungspreise unterliegen den Laufzeitaufschlägen in Abhängigkeit der Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem segregierten Liquiditätskonto ausgewiesen. Das Treasury-Liquiditätskonto spiegelt die aggregierten langfristigen Liquiditätskosten wider. Die Steuerung und Kostenallokation des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnungspreis-Refinanzierungskosten in der Deutschen Bank.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätssituationen und auf hypothetischen Modellen.

Diese Szenarien berücksichtigen auch neue Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: länger anhaltende Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, und sonstige systemische Nebenwirkungseffekte. Die Szenario-Typen umfassen institutsspezifische Ereignisse (zum Beispiel Bonitätsherabsetzung), marktbedingte Ereignisse (zum Beispiel systemisches Marktschocksszenario) sowie die Kombination beider Ereignisse. Dieses Szenario analysiert ein systemisches Marktschocksszenario in Kombination mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung. Diese Szenarien unterliegen regelmäßigen Überprüfungen und Neubewertungen.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass ein hohes Maß an fällig werdenden Forderungen an nicht-wholesale Kunden prolongiert werden müssen, wobei die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Darüber hinaus analysieren wir den potenziellen Refinanzierungsbedarf aus außerbilanziellen Verbindlichkeiten (zum Beispiel Ziehungen unter Kreditfazilitäten und gestiegene Besicherungsanforderungen), die unter Stress entstehen können. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Die Gegenmaßnahmen beinhalten die verfügbaren Barsalden und Äquivalente (die zusätzlich zu den liquiden Zahlungsmitteln vorhanden sind, die integraler Bestandteil der Clearing- und Settlement-Aktivitäten sind), sowie die Liquidität der Aktiva aus unbelasteten Wertpapieren.

Die Analyse der Liquidität der Aktiva ist daher ein integraler Bestandteil von Stresstests, mithilfe derer wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an ohne Sicherheiten refinanzierten liquiden Aktiva bestimmen, die wir zur Generierung von Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen einsetzen können. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet. Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen.

Die kurzfristig liquidiertesten Bestandteile mit der höchsten Qualität innerhalb der oben beschriebenen Kategorien werden aggregiert und separat als Liquiditätsreserven identifiziert. Diese Liquiditätsreserven beinhalten die verfügbaren Barsalden und Äquivalente, hochliquide Wertpapiere sowie andere unbelastete zentralbankfähige Aktiva. Das Volumen dieser Liquiditätsreserven ist eine Funktion der erwarteten Stresstestergebnisse. Diese Reserven werden verteilt über die Hauptwährungen und -lokationen gehalten, in denen die Bank aktiv ist. Die Größe und Komposition unterliegen der regelmäßigen Überprüfung durch den Konzernvorstand.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Liquiditätsreserve für die angegeben Zeitpunkte.

in Mrd €	31.12.2011	31.12.2010
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	136	66
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	65	52
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	18	32
Liquiditätsreserve insgesamt	219	150

Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Zu diesem Zweck nutzen wir die vertraglich vereinbarten Wholesalezahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus bis zu zwölf Monate analysieren wir quartalsweise die Auswirkungen einer erweiterten Stressperiode, zusammen mit Gegensteuerungsmaßnahmen, die eine Veränderung des Geschäftsmodells beinhalten können. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unsere vom Vorstand genehmigten Notfallrefinanzierungspläne.

Unsere Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und liefern wichtige Informationen für die Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2011. Für jedes Szenario zeigt sie unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses, die Liquidität, die wir durch verschiedene Quellen zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können, sowie die resultierende Nettoliquiditätsposition.

in Mrd €	Finanzierungslücke ¹	Positionsschließung ²	Netto Liquiditätsposition
Systemisches Marktrisiko	45	226	181
Emerging Markets	18	232	215
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB spezifisch)	45	233	188
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB spezifisch)	168	246	78
Kombiniert ³	190	241	51

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung.

³ Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor diskutieren wir liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern. Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Liquiditätsrisiko – Postbank

Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG und die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg steuern ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse der Postbank. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen.

Der Postbank-Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie unter anderem die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien hochliquiden und EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung über private Märkte oder durch reguläre Zentralbank Operationen genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen.

In der Postbank analysiert der Bereich Liquidity Risk Controlling (bis 30. September 2011 Markt Risiko Controlling) geschäftstätiglich den Liquiditätsstatus des Postbank-Konzerns auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weiter gehenden Analysen der Liquiditätssteuerung sowie regelmäßigen Stresstests. Auch die Ergebnisse der Stress-tests per Jahresultimo 2011 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. So ergeben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im Extremscenario komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis der Stabilität der Kundeneinlagen und des erheblichen Bestandes der Postbank an EZB-fähigen Wertpapieren.

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verpflichtungen

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise 31. Dezember 2010.

31.12.2011

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	99.047	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	163.620	277.462	30.600	21.736	16.008
Handelsspassiva ¹	63.886	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	838.817	–	–	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	99.182	45.211	6.204	6.695	9.189
Investmentverträge ²	–	604	840	1.338	4.643
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	452	135	11	1.018	3.170
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.866	2.050	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	24.781	4.975	1.022	–	19
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	7.643	38	–	–	451
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	48.879	15.471	1.330	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	3.608	9.691	26.100	83.610	68.256
Hybride Kapitalinstrumente	–	167	3.163	5.966	6.359
Sonstige Finanzpassiva	143.375	3.788	345	660	47
Unwiderrufliche Kreditzusagen	87.433	–	–	–	–
Finanzgarantien	23.684	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.607.273	359.592	69.615	121.025	108.142

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Brüte in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

31.12. 2010

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	89.068	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen ¹	120.154	253.772	31.725	26.178	13.087
Handelsspassiva ²	68.859	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ^{2,3}	647.195	–	–	–	–
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	94.948 ^{4,5}	65.093 ⁵	8.348 ⁵	8.057	3.736
Investmentverträge ⁶	–	572	888	1.367	5.071
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ⁷	852	141	256	1.113	4.257
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	4.456	1.848	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	2.384	14.570	3.056	1.585	23
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.024	54	–	–	198
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	49.904	13.439	1.495	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.695	11.647	16.879	80.713	58.153
Hybride Kapitalinstrumente	–	–	2.434	4.481	5.335
Sonstige Finanzpassiva	119.693	6.160	268	516	22
Unwiderrufliche Kreditzusagen	79.522 ⁴	–	–	–	–
Finanzgarantien	23.272 ⁴	–	–	–	–
Insgesamt⁸	1.305.026	367.298	65.351	124.011	89.881

¹ In den verzinslichen Einlagen enthaltene Bauspareinlagen wurden rückwirkend entsprechend der frühestmöglichen vertraglichen Kündigungsrechte den Restlaufzeiten zugeordnet. Zuvor wurde die erwartete Restlaufzeit betrachtet.

² Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

³ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABM AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einem Rückgang des zum Erwerbszeitpunkt festgestellten Fair Value des erworbenen Nettovermögens von 24 Mio €. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden um 20,8 Mrd € angepasst, um den Nominalbetrag einiger Kreditzusagen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und in den unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten waren, korrekt in den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen auszuweisen. Darüber hinaus wurden die Vorjahreszahlen um 5,7 Mrd € angepasst, um den Nominalbetrag einiger Finanzgarantien, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und in den Finanzgarantien enthalten waren, korrekt in den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen auszuweisen.

⁵ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Der Nominalbetrag einiger Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wurde aus den Kategorien „Bis 3 Monate“ und „Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr“ in die Kategorie „Täglich fällig“ verschoben.

⁶ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁷ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁸ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Funktion managt das Kapital konzernweit sowie lokal in jeder Region, mit Ausnahme der Postbank, die ihr Kapital auf Konzernebene und lokal selbst managt. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund allokiert Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist unser Ziel, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht

und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung unseres Finanzierungsplans und andere Themen zu Finanzressourcen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury-Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury managt die Sensitivität unserer Kapitalquoten gegen Schwankungen in diesen Währungen. Das Kapital unserer ausländischen Töchter und Niederlassungen ist größtenteils währungsgesichert mit Ausnahme des chinesischen Yuan, der zurzeit nicht abgesichert wird. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt passende Hedging Strategien und schließt die Absicherungsgeschäfte ab.

Treasury ist Mitglied im Investment Komitee, des größten Pensionsfonds der Deutschen Bank, in dem die Investment Richtlinien bestimmt werden. Diese Mitgliedschaft stellt sicher, dass Aktiva des Pensionsfonds mit den Pensionsverbindlichkeiten im Einklang stehen, um so die Kapitalbasis der Bank zu schützen.

Treasury beobachtet den Markt nach Möglichkeiten für Passiv-Management Geschäfte. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, regulatorisches Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente durch den Rückkauf von Deutsche Bank Emissionen unter Ausgabepreis zu schaffen.

Die Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente betrug 9,5 % zum Jahresende 2011. Damit haben wir bereits jetzt die Quote von 9 % erfüllt, die durch den Europäischen Rat verabschiedet und von der European Banking Authority (EBA) im Rahmen des Banken Stresstests zum 30. Juni 2012 gefordert wird. Die Quote beinhaltet den von der EBA angesetzten Abzugsbetrag für europäische Staatsanleihen in Höhe von 388 Mio €, der zum 30. September 2011 für Stresstest Zwecke bestimmt wurde. Wir streben an, auch zum 30. Juni 2012 die aufsichtsrechtlichen Vorgaben von 9 % vollumfänglich zu erfüllen.

Im ersten Quartal 2011 änderten wir die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente sowie auf Consolidation & Adjustments gemäß ihres regulatorischen Risikoprofils. In der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation bleiben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Für 2011 leiten wir den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10 % ab. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.

Im Zeitraum von der ordentlichen Hauptversammlung in 2010 (27. Mai 2010) bis zur ordentlichen Hauptversammlung in 2011 (26. Mai 2011) haben wir insgesamt 28,5 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 0,5 Millio-

nen Aktien über verkaufte Put-Optionen, die von der Gegenpartei zum Fälligkeitstermin ausgeübt wurden. 22,0 Millionen wurden zu Aktienvergütungszwecken und 6,5 Millionen Aktien zur Erhöhung unseres Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne verwendet. 9,8 Millionen Aktien wurden im Zeitraum vom 1. Januar bis 26. Mai 2011 gekauft. Es wurden keine Aktien in dem Zeitraum über verkaufte Put-Optionen erworben. Im ersten Quartal 2011 wurden zudem 10,0 Millionen Call-Optionen mit physischer Lieferung zur Absicherung aktienbasierter Vergütung abgeschlossen. Diese Optionen haben eine Laufzeit von über 18 Monaten und wurden unter Ausnutzung der entsprechenden Hauptversammlungsgenehmigung zum Erwerb eigener Aktien unter Verwendung von derivativen Instrumenten erworben. Im zweiten Quartal 2011 wurden weitere 15,3 Millionen Call-Optionen umstrukturiert, um eine physische Lieferung unter Ausnutzung der oben genannten Hauptversammlungsgenehmigung zu ermöglichen. Diese 15,3 Millionen Call-Optionen haben eine Laufzeit von unter 18 Monaten. Zur Hauptversammlung in 2011 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien 7,6 Millionen.

Die ordentliche Hauptversammlung am 26. Mai 2011 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, Eigene Aktien im Umfang von bis zu 92,9 Millionen Aktien bis zum 30. November 2015 zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigung ersetzt die Ermächtigung der ordentlichen Hauptversammlung 2010. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2011 bis zum 31. Dezember 2011 haben wir 27,4 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 10,9 Millionen Aktien zu Aktienvergütungszwecken und 16,5 Millionen Aktien zur Erhöhung unseres Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne. Zum 31. Dezember 2011 betrug unser Bestand an zurückgekauften Aktien 24,1 Millionen.

Um den niedrigen Kurs der Deutsche Bank-Aktie im dritten Quartal 2011 zu nutzen, hat Treasury die im ersten Quartal 2011 gekauften 10,0 Millionen Call-Optionen aufgelöst und 10,0 Millionen Call-Optionen mit physischer Lieferung zu einem deutlich niedrigeren Ausübungspreis gekauft. Diese Call-Optionen wurden unter der Ermächtigung der Hauptversammlung des Jahres 2011 erworben. 6,0 Millionen der 10,0 Millionen Call-Optionen haben eine verbleibende Laufzeit von über 18 Monaten. Zusätzlich zu den 10,0 Millionen Call Optionen hat Treasury weitere Call-Optionen zur Absicherung aktienbasierter Vergütung umstrukturiert.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2011 auf 12,7 Mrd €, verglichen mit 12,6 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Währungskurseffekte auf das in US-Dollar begebene hybride Tier-1-Kapital infolge des Anstiegs des US-Dollars zurückzuführen. In 2011 haben wir weder hybrides Tier-1-Kapital emittiert noch zurückgekauft.

In 2011 haben wir kein Ergänzungskapital (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten) begeben. Das Genusscheinkapital betrug zum 31. Dezember 2011 1,2 Mrd € und war somit unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2010. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich am 31. Dezember 2011 auf 9,4 Mrd €, verglichen mit 10,7 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Die kumulativen Vorzugsanteile betrugen 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2011 und waren unverändert gegenüber dem Vorjahresende.

Kapitalmanagement der Postbank

Die Postbank managt ihr Kapital im Rahmen einer kontinuierlichen Überwachung des verfügbaren und benötigten Kapitals. Bei der Steuerung des Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung und die ökonomische Kapitalanforderung gleichberechtigte Zielgrößen dar. Die Allokation des Kapitals wird auf Basis einer Mehrjahresplanung vom Gesamtvorstand beschlossen.

Der Kapitalbedarf (regulatorisch und ökonomisch) wird kontinuierlich überwacht, um das verfügbare Kapital nötigenfalls anzupassen. Hierfür werden laufend auf Basis geplanter Entwicklungen von Geschäftsvolumen und Ergebnissen sowie Erwartungen von Veränderungen der Risikoparameter Prognosen des Kapitalbedarfs erstellt und fortgeschrieben. Das operative Management der Eigenkapitalquoten im Rahmen der vom Gesamtvorstand verabschiedeten Vorgaben erfolgt durch Steuerung des Bestands- und Neugeschäfts, die Emission von Tier-1- oder Tier-2 Anleihen oder durch den Abschluss von Transaktionen am Kapitalmarkt, die sich entlastend auf den Eigenkapitalbedarf auswirken.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf konsolidierter Gruppenebene (exklusive Postbank) und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen, im Vordergrund. Unsere Bilanzmanagementfunktion hat das Mandat zur Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie zur Beobachtung bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiieren wir Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Wir beobachten die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf angepasste Werte, auf deren Basis die Relation der angepassten Bilanzsumme zum angepassten Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird.

Die Postbank betreibt ebenfalls ein an der Geschäftsstrategie ausgerichtetes wertorientiertes Finanzmanagement, das das Bilanzmanagement umfasst.

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition): Wir berechnen unsere Leverage Ratio als Finanzkennzahl außerhalb der Rechnungslegungsstandards aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Wir veröffentlichen eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird und für die folgende Anpassungen der Bilanzsumme und des Eigenkapitals gemäß IFRS durchgeführt werden:

- Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Anwendung von zusätzlichen Nettingregeln zur Ermittlung der bereinigten Bilanzsumme angepasst. Gemäß den Aufrechnungsbestimmungen nach IFRS wird eine Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen vorgenommen, wenn die Gesellschaft (1) eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzen kann und (2) entweder beabsichtigt, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder den Vermögenswert zu verwertern und gleichzeitig die Verbindlichkeit abzulösen. IFRS konzentriert sich insbesondere auf die Absicht, eine Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vorzunehmen, unabhängig von Rechten auf Ausgleich im Fall eines Ausfalls. Da für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master Netting Agreements im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, ist unter IFRS ein Bruttoausweis vorzunehmen. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt ebenfalls ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, auch wenn diese von bestehenden Master Netting Agreements abgedeckt werden. Es entspricht der amerikanischen Branchenpraxis, eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet. Wir führen die oben beschriebenen Bereinigungen bei der Berechnung der Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio durch.

— Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass die Gewinne und Verluste aus unseren zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern; Schätzung aufgrund der Annahme, dass im Wesentlichen alle unsere eigenen Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erhalten. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %.

Wir wenden diese Bereinigungen für die Berechnung der Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit Mitbewerbern an. Die Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio wird im Konzern durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede in der Ermittlungsweise der Leverage Ratio zwischen uns und Mitbewerbern geben. Daher sollte unsere bereinigte Leverage Ratio nicht mit der Leverage Ratio anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnungsweise zu beachten. Die aus unserer Zielgrößendefinition ermittelte interne Leverage Ratio dürfte weder gegenwärtigen oder zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Leverage Ratio entsprechen noch zwangsläufig Rückschlüsse auf diese zulassen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zur Berechnung unserer Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition vorgenommenen Anpassungen.

in Mrd €	31.12.2011	31.12.2010
Bilanzsumme (IFRS)	2.164	1.906
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Derivate	- 782	- 601
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für nicht termingerecht abgewickelte Geschäfte	- 105	- 86
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierpensionsgeschäfte	- 10	- 8
Bilanzsumme (angepasst)	1.267	1.211
 Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	 54,7	 50,4
Bereinigung von Gewinnen/Verlusten (-) aus sämtlichen zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten des Konzerns (nach Steuern) ¹	4,5	2,0
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (angepasst)	59,2	52,4
 Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	 40	 38
Gemäß IFRS	21	23

¹ Der geschätzte kumulative Steuereffekt auf Pro-Forma Fair Value Erträge (Verluste) auf diese eigenen Schulden betrug minus 2,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011 und minus 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2010.

Auf konsolidierter Basis am 31. Dezember 2011 ist unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition mit 21 weiter gegenüber dem Vorjahresstand zum 31. Dezember 2010 gesunken, und liegt damit deutlich unter unserer Zielgröße von 25. Unsere Leverage Ratio berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 40 zum 31. Dezember 2011, dies entspricht einem leichten Anstieg gegenüber dem Wert von 38 zum Jahresende 2010.

Gesamtrisikoposition

Ökonomisches Kapital

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	12.812	12.785
Marktrisiko	12.003	13.160
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.724	6.420
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	7.278	6.740
Operationelles Risiko	4.846	3.682
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	- 4.264	- 3.534
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	25.397	26.093
Geschäftsrisiko	980	1.085
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	26.377	27.178

Zum 31. Dezember 2011 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 26,4 Mrd €, was einem Rückgang um 801 Mio € (minus 3 %) gegenüber dem Ökonomischen Kapitalbedarf von 27,2 Mrd € zum 31. Dezember 2010 entspricht. Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitalbedarfs insgesamt resultierte vorwiegend aus Rückgängen beim Marktrisiko aus Handelspositionen aufgrund der Reduzierung von Risikopositionen sowie einer generell defensiveren Positionierung am Markt. Der zusätzliche Kapitalbedarf für Operationelle Risiken war im Wesentlichen zurückzuführen auf die Berücksichtigung einer Sicherheitsmarge für mögliche rechtliche Risiken im Bezug auf die derzeitige Finanzkrise.

Zum 31. Dezember 2011 enthielt unser Ökonomischer Kapitalbedarf 4,3 Mrd € in Bezug auf die Postbank, was einem Rückgang von 259 Mio € (minus 6 %) gegenüber dem Ökonomischen Kapitalbedarf von 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2010 entspricht. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko von 1,3 Mrd € spiegelt vorwiegend Effekte aufgrund von Risikoreduzierungen wider, die teilweise kompensiert wurden durch Anstiege in Höhe von 947 Mio € aufgrund von Anpassungen der Parameter und Modellannahmen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko betrug insgesamt 12,8 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Der Anstieg um 27 Mio € (weniger als 1 %) war im Wesentlichen auf Initiativen zur Risikoreduzierungen zurückzuführen, die teilweise durch Effekte aus regulären Parameteranpassungen und anderen Verfeinerungen des Risikomodells hauptsächlich im Bezug auf die Postbank kompensiert wurden.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das gesamte Marktrisiko reduzierte sich zum 31. Dezember 2011 um 1,2 Mrd € oder 9 % auf 12,0 Mrd €. Dieser Rückgang spiegelte hauptsächlich die oben erwähnten Risikoreduktionen sowie die defensivere Marktpositionierung und somit ein niedrigeres Risikoprofil unseres Marktrisikos aus Handelspositionen in Höhe von 1,7 Mrd € oder 26 % wider. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Markt- risiko aus Nichthandelspositionen stieg um 538 Mio € (8 %). Diese Erhöhung resultierte vorwiegend aus einem Anstieg in einer strategischen Beteiligung sowie der strukturellen Währungspositionen. Demgegenüber führten Veränderungen in den Garantiefonds sowie der Abbau von Risikopositionen zu einem Rückgang des Kapital- bedarfs.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem Vor- jahr um 1,2 Mrd € oder 32 % auf 4,8 Mrd €. Der Anstieg ist in erster Linie auf die Etablierung eines Sicher- heitspuffers in unserem AMA-Modell zur Abdeckung unvorhergesehener Rechtsrisiken aus der Finanzkrise zurückzuführen.

Der Ökonomischen Kapitalbedarf für das allgemeine Geschäftsrisiko, bestehend aus dem strategischen Risiko und einer Steuerrisikokomponente, betrug 980 Mio € zum 31. Dezember 2011, was einer moderaten Reduzierung von 105 Mio € (minus 10 %) im Vergleich zu einem Ökonomischen Kapitalbedarf in Höhe von 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2010 entspricht.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2011 um 729 Mio € (21 %). Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus den zuvor dargestellten Veränderungen der Risikoklassen und der relativ niedrigen Korrelation zwischen dem ökonomischen Kapitalbedarf für das operationelle Risiko und dem ökonomischen Kapitalbedarf für das Kredit- beziehungsweise Marktrisiko.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf unserer Geschäftssegmente zu den an- gegebenen Zeitpunkten.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Corporate & Investment Bank	14.469	16.119
Corporate Banking & Securities	13.175	14.828
Global Transaction Banking	1.294	1.291
Private Clients and Asset Management	8.897	9.394
Asset and Wealth Management	1.703	2.717
Private & Business Clients	7.193	6.677
Corporate Investments	1.618	902
Consolidation & Adjustments	1.393	762
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	26.377	27.178

Die zukünftige Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch eine Verfeinerung unserer Methoden zur Risikomessung verändern.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. In 2011 haben wir unsere Definition des Kapitalangebots hinsichtlich der aktiven latenten Steuern für abzugsfähige temporäre Differenzen, für Fair Value Anpassungen und für Anteile ohne beherrschenden Einfluss in Übereinstimmung mit der aufsichtsrechtlichen Auslegung angepasst. Die Vorjahresvergleichsinformationen wurden entsprechend angepasst.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2011	31.12.2010
Kapitalangebot		
Adjustiertes Active Book Equity ¹	52.818	48.304
Aktive latente Steuern	– 8.737	– 8.341
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts ²	– 3.323	– 3.612
Dividendenabgrenzungen	697	697
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ³	694	590
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	12.734	12.593
Tier-2-Kapitalinstrumente ⁴	12.044	12.610
Kapitalangebot	66.927	62.841
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	26.377	27.178
Immaterielle Vermögensgegenstände	15.802	15.594
Kapitalanforderung	42.179	42.772
Interne Kapitaladäquanzquote	159 %	147 %

¹ Active Book Equity adjustiert für unrealisierte Gewinne/Verluste auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, ohne anwendbare Steuern, sowie Fair-Value-Erträge auf eigene Krediteffekte gegenüber eigenen Verbindlichkeiten.

² Beinhaltet Fair Value Adjustierungen für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt.

³ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

⁴ Tier-2-Kapitalinstrumente ohne teilweise vom Tier-2-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten, unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet) und verschiedenen Abzugsbeträgen, die nur bei aufsichtsrechtlicher Kapitalbetrachtung anzuwenden sind.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 159 % zum 31. Dezember 2011 im Vergleich mit 147 % zum 31. Dezember 2010. Dieser Anstieg war auf ein höheres adjustiertes Active Book Equity sowie die Reduzierung des ökonomischen Kapitalbedarfs, wie oben im „Abschnitt: Gesamtrisikoposition“ beschrieben, zurückzuführen, die sich beide zugunsten der Quote entwickelten.

Internes Kontrollsysteem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsysteams bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsysteem steht unter der Aufsicht unseres Vorstandsvorsitzenden und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewährleisten, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt wird. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den zutreffenden Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet, um diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von Fehlern sind. Die Ausgestaltung unseres Kontrollsysteins basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“). COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsysteins fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsysteins hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Nachweis** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah identifiziert.

Wie jedes interne Kontrollsysteem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsysteum unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsysteins soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsyste im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überrüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteins obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology and Operations, Risk sowie Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Durch ihre spezifischen Kenntnisse über den betreffenden Geschäftsbereich, die Infrastrukturfunktion oder die Konzerngesellschaft sind sie in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung dieser Bereiche zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance Group Reporting verantwortet die Konzernberichterstattung, einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Kommentare der Geschäftsleitung und von externen Beratern zu Inhalt und Darstellung werden von Group Reporting bei der Erstellung der Konzernberichte berücksichtigt und verarbeitet.
- Die Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Die Global Valuation Oversight Group („GVO“) sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards für die Bewertung sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und externer Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology and Operations, Risk und Group Tax maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- **Group Technology and Operations** („GTO“) bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depot und Börsengeschäften zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Risk** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und dem operationellen Risikomanagement zuständig. Risk überprüft die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationellen Risiken.
- **Group Tax** ist mit Unterstützung von Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsysteum umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschluss erstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung, automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depot und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung, einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschluss schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeitern von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand überprüft jedes Jahr die Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteams. Die Prüfung beinhaltet auch die internen Kontrollen der Deutschen Postbank AG, die seit dem 3. Dezember 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen wird. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführten risikoorientierten Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2011 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2011 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 2.379.519.078,40 €, eingeteilt in 929.499.640 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2011 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2011 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.152.000.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2016 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
230.400.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG möglich	30. April 2016
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird	30. April 2016
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genusscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genusscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2015
€ 230.400.000	30. April 2016

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2014 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2015 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörsen) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde auch ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unter-

nehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder indirekter Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 30. November 2015 enden.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge und die Höhe der Vergütung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Bank AG. Er richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Absatz 1 Nr. 6 HGB, des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 17 (DRS 17) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Instituts-Vergütungsverordnung sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Vor gut zehn Jahren wurde ein Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands etabliert, das neben der Zahlung eines Grundgehalts auch variable Komponenten beinhaltete, die zum Teil aktienbasiert vergeben wurden. Seitdem wurde das Vergütungssystem kontinuierlich fortentwickelt.

Die Hauptversammlung hat im Mai 2010 auf der Basis des seinerzeitigen Vergütungsberichts das Vergütungssystem gebilligt. Auf der Hauptversammlung im Mai 2012 wird das zwischenzeitlich weiterentwickelte Vergütungssystem erneut zur Billigung vorgelegt.

Zuständigkeit

Für das Vergütungssystem sowie für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat zuständig. Unterstützt wird er hierbei durch seinen Präsidialausschuss. Dieser berät den Aufsichtsrat in allen Fragen, die im Zusammenhang mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder stehen. Zudem bereitet er sämtliche Beschlussfassungen vor, die das Vergütungssystem sowie die Festlegung der individuellen Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder betreffen.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats besteht aus insgesamt vier Mitgliedern. Zwei davon sind Vertreter der Arbeitnehmer der Bank. Der Präsidialausschuss hat im Jahr 2011, sowie auch schon Anfang 2012, regelmäßig Sitzungen abgehalten. Dabei hat er zuletzt auch die Entscheidung vorbereitet, wie die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 zu bemessen ist.

Grundsätze

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands berücksichtigt zunächst die gesetzlichen und regulatorischen Erfordernisse. Aufgrund weltweit unterschiedlicher Vorgaben sind zahlreiche Aspekte zu beachten. Die Anforderungen an das Vergütungssystem sind entsprechend umfangreich und komplex. Die nachfolgende Darstellung fokussiert sich auf die wesentlichen und wichtigsten Kriterien im Hinblick auf das Vergütungssystem und die Festlegung der Vergütung für die Vorstandsmitglieder.

Bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der Vergütung sowie der Gestaltung der Auszahlung steht im Vordergrund, die Interessen der Vorstandsmitglieder eng mit den Interessen der Aktionäre zu verknüpfen. Dies geschieht zum einen über die Zugrundelegung bestimmter Kennziffern, die einen Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank-Aktie aufweisen, und zum anderen über aktienbasierte Vergütungselemente, die unmittelbar an diese Wertentwicklung gebunden sind und nur über einen mehrjährigen Zeitraum zur Auszahlung gelangen. Die Vergabe von Aktienoptionen als Vergütungsbestandteil erfolgt nicht.

Die Wettbewerbsfähigkeit im Marktvergleich zu anderen Unternehmen stellt ein weiteres bedeutendes Kriterium für die Strukturierung und Festlegung der Vergütung dar.

Das Vergütungssystem ist darüber hinaus leistungs- und erfolgsorientiert aufgebaut, wobei Langfristorientierung, Angemessenheit und Nachhaltigkeit Kriterien von besonderer Bedeutung sind. Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben.

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder wird auf Basis des Vergütungssystems anhand mehrerer Kriterien festgelegt. Dazu zählen zunächst der Gesamterfolg der Deutschen Bank sowie die relative Wertentwicklung der Deutschen Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten. Daneben berücksichtigt der Aufsichtsrat im Rahmen seiner Ermessensentscheidung in angemessener Weise insbesondere Risikoaspekte, Erfolgsbeiträge der jeweiligen Organisationseinheit sowie individuelle Erfolgsbeiträge der Vorstandsmitglieder, die anhand finanzieller und nicht-finanzieller Parameter bemessen werden. Indem die Vorgehensweise über eine rein formelbasierte Betrachtung hinausgeht, entspricht sie auch regulatorischen Anforderungen. Die Komponenten der variablen Vergütung werden vorwiegend auf Basis mehrjähriger Bemessungsgrundlagen festgesetzt, damit nicht nur der Geschäftserfolg eines einzelnen Jahres abgebildet wird.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig das Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder im Hinblick auf die Marktentwicklung und sich ändernde gesetzliche und regulatorische Anforderungen. Sollte er dabei eine Änderung für erforderlich erachten, wird eine entsprechende Anpassung vorgenommen. Der Aufsichtsrat greift im Rahmen dieser regelmäßigen Prüfung, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück.

Vergütungsstruktur

Die vom Aufsichtsrat beschlossene Vergütungsstruktur ist für die einzelnen Vorstandsmitglieder in deren Anstellungsverträgen geregelt. Die Vergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen in erster Linie aus dem Grundgehalt. Dieses wird in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt. Die letzte Anpassung der Grundgehälter erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2010.

Die sonstigen Leistungen zählen ebenfalls zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Sie umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrer, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern, sowie steuerpflichtige Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (Variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht grundsätzlich aus zwei Komponenten, einem Bonus und einem Long-Term Performance Award. Im Hinblick auf die Vergütungspraxis im Investmentbanking wird einem Vorstandsmitglied, das für den Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) verantwortlich ist, zusätzlich noch eine bereichsbezogene Vergütungskomponente (Division Incentive) gewährt.

Bonus

Der Gesamt-Bonus wird auf Basis von zwei Komponenten (Bonuskomponente 1 und 2) ermittelt. Deren Höhe ist jeweils von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite (vor Ertragssteuern) abhängig, die ein bedeutender Einflussfaktor für die Aktienperformance ist. Die erste Komponente des Bonus bestimmt sich aus dem Vergleich der geplanten zur tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite. Der zweiten Komponente des Bonus liegt das absolut erreichte Niveau der Eigenkapitalrendite zugrunde. Für beide Komponenten wird jeweils ein Zweijahreszeitraum betrachtet: das Jahr, für das der Bonus festgelegt wird sowie das jeweilige Vorjahr. So ist sichergestellt, dass nicht nur eine kurzfristige Entwicklung der Eigenkapitalrendite berücksichtigt wird.

Der zu gewährende Gesamt-Bonus berechnet sich auf Basis einer Gesamt-Zielgröße, die sich hälfzig auf die beiden vorgenannten Komponenten verteilt (Zielgröße 1 und 2). Die individuelle Gesamt-Zielgröße beträgt bei einem ordentlichen Vorstandsmitglied 1.150.000 € und beim Vorstandsvorsitzenden 4.000.000 €. Daraus ergeben sich die Zielgrößen 1 und 2 für ein ordentliches Vorstandsmitglied in Höhe von jeweils 575.000 € und für den Vorstandsvorsitzenden in Höhe von jeweils 2.000.000 €.

Die Zielgrößen 1 und 2 werden jeweils mit einem jährlich zu berechnenden Faktor (Faktor 1 und 2) multipliziert und ergeben damit die Bonuskomponenten 1 und 2.

Die rechnerische Ermittlung des Gesamt-Bonus stellt sich wie folgt dar.

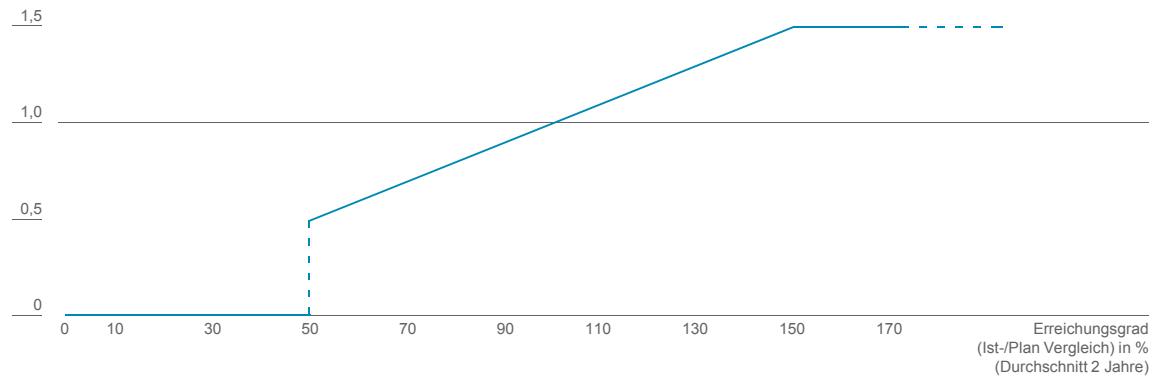
Gesamt-Bonus =	Bonuskomponente 1	+	Bonuskomponente 2
	Zielgröße 1 x Faktor 1		Zielgröße 2 x Faktor 2

Die Höhe des Faktors 1, der für die Errechnung der Bonuskomponente 1 maßgeblich ist, bestimmt sich nach der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite eines Jahres im Verhältnis zum Planwert, der für dasselbe Jahr festgelegt wurde. Ergebnis dieses Verhältnisses ist der Erreichungsgrad, der wie oben beschrieben für zwei aufeinanderfolgende Jahre errechnet wird. Sofern die tatsächlich erreichte Eigenkapitalrendite für ein Jahr negativ ist, wird der Erreichungsgrad für dieses Jahr auf Null gesetzt. Der Faktor 1 entspricht dem Durchschnitt des für beide Jahre errechneten Erreichungsgrads. Der Erreichungsgrad muss im Durchschnitt der beiden betrachteten Jahre mindestens 50 % betragen. Unterschreitet er diesen Mindestwert, so beträgt der Faktor Null, und es wird keine Bonuskomponente 1 gewährt. Mit der Höhe des Faktors 1 bewegt sich die Bonuskomponente 1 – ausgehend von der Zielgröße – entsprechend proportional nach oben oder unten. Nach oben existiert eine Begrenzung, die bei 150 % der Zielgröße liegt. Ein Erreichungsgrad von im Durchschnitt mehr als 150 % führt also zu keiner höheren Vergütung.

Das folgende Schaubild zeigt die Höhe des Faktors 1 in Abhängigkeit vom nach der soeben beschriebenen Methode errechneten Erreichungsgrad.

Bonus: Komponente 1

Faktor

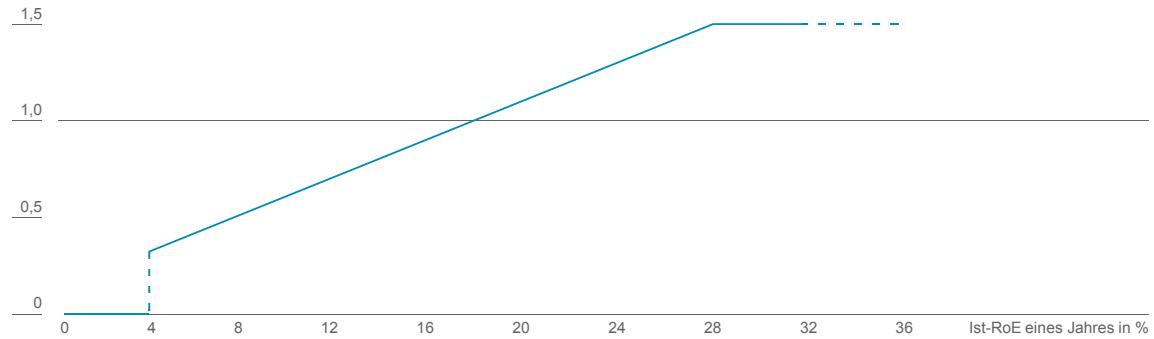


Der Faktor 2 bestimmt sich nach der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite über den Zeitraum von zwei Jahren. Ausgangsgröße ist eine jährliche Eigenkapitalrendite von 18 %. Wird dieser Wert erreicht, wird er mit einem Multiplikator von 1,0 verknüpft. Für jeden Prozentpunkt einer Abweichung nach oben oder nach unten erhöht beziehungsweise verringert sich der Multiplikator schrittweise um 0,05; dabei werden auch Zwischenwerte errechnet. Der Multiplikator kann maximal 1,5 betragen; dies entspricht einer Eigenkapitalrendite von 28 % oder mehr. Sinkt die Eigenkapitalrendite hingegen unter eine Mindestgrenze von 4 %, beträgt der Multiplikator Null. Zur Festlegung des Faktors 2 wird der Durchschnitt aus den Multiplikatoren der beiden Betrachtungsjahre gebildet und muss mindestens 0,5 betragen.

Das folgende Schaubild zeigt die Höhe des Multiplikators in Abhängigkeit der tatsächlich erreichten Eigenkapitalrendite (RoE) eines Jahres.

Bonus: Komponente 2

Multiplikator



Bei der Bestimmung der Eigenkapitalrendite, die den Faktoren zugrunde liegt, bleiben besondere außerordentliche Effekte (zum Beispiel Verkaufserlöse aus Alt-Beteiligungen) unberücksichtigt.

Die Addition der beiden Bonuskomponenten führt zu einem Gesamt-Bonus. Betragen beispielsweise die Faktoren der beiden Bonuskomponenten jeweils 1,0, entspricht der Gesamt-Bonus der jeweiligen Gesamt-Zielgröße. Der rechnerisch ermittelte Gesamt-Bonus ist nach oben auf das 1,5-Fache der Gesamt-Zielgröße begrenzt. Bei gleichzeitigem Unterschreiten der für beide Bonuskomponenten definierten Untergrenzen entfällt die Zahlung eines Bonus vollständig.

Der Aufsichtsrat nimmt ergänzend eine Bewertung vor, durch die der rechnerisch ermittelte Gesamt-Bonusbetrag um bis zu 50 % erhöht oder verringert werden kann. Ziel ist dabei insbesondere, weitere Aspekte wie zum Beispiel individuelle Erfolgsbeiträge oder risikobezogene Faktoren vor dem Hintergrund der regulatorischen Erfordernisse angemessen zu berücksichtigen. Somit kann der Gesamt-Bonus unter günstigsten Bedingungen maximal das 2,25-Fache der Gesamt-Zielgröße betragen.

Long-Term Performance Award

Die Höhe des Long-Term Performance Award (LTPA) orientiert sich an der Rendite der Deutschen Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen (in Euro gerechnet) einer ausgewählten Vergleichsgruppe von sechs führenden Banken. Das Ergebnis hieraus ist die relative Aktienrendite (Relative Total Shareholder Return (RTSR)). Der LTPA errechnet sich aus dem Mittel der jährlichen RTSR für die drei letzten Geschäftsjahre (Berichtsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre). Die Vergleichsgruppe wurde anhand der Kriterien der grundsätzlich vergleichbaren Geschäftstätigkeit, der Größe und der internationalen Präsenz ausgewählt.

Die sechs führenden Banken sind

- Banco Santander und BNP Paribas (beide aus dem Euro-Raum),
- Barclays und Credit Suisse (beide aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum) sowie
- JPMorgan Chase und Goldman Sachs (beide aus den USA).

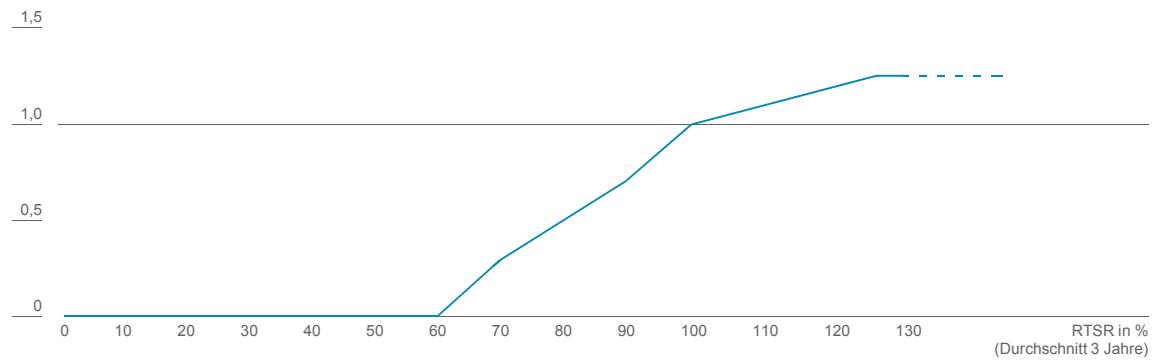
Der LTPA berechnet sich für die Vorstandsmitglieder wiederum auf Basis einer vorab definierten Zielgröße multipliziert mit einem Prozentsatz, der sich aus der erreichten relativen Aktienrendite ableitet. Die Zielgröße beträgt für ein ordentliches Vorstandsmitglied 2.175.000 € und für den Vorstandsvorsitzenden 4.800.000 €.

Wie auch der Bonus hat der LTPA eine Obergrenze (Cap). Ist der Dreijahresdurchschnitt des RTSR größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des LTPA proportional bis zu einer Obergrenze von 125 % der Zielgröße. Sofern der Dreijahresdurchschnitt des RTSR geringer als 100 % ist, vermindert sich der Wert überproportional. Liegt die so berechnete relative Aktienrendite zwischen 90 % und 100 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert um jeweils 3 Prozentpunkte. Im Bereich von 70 % bis 90 % verringert sich der Wert für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 2 Prozentpunkte sowie unter 70 % für jeden Prozentpunkt weniger wiederum um jeweils weitere 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, wird kein LTPA gewährt.

Der Verlauf ist dem folgenden Schaubild zu entnehmen.

Long-Term Performance Award

Faktor



Division Incentive

Der bereits beschriebene Division Incentive, den Vorstandsmitglieder erhalten, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit der Vergütung sicherzustellen. Bei der Festlegung des Division Incentive wird der Erfolg des Konzernbereichs CIB gemessen am Ergebnis vor Steuern, den Erträgen insgesamt, der Entwicklung des Bereichs auch im Verhältnis zum Wettbewerb und zu den gesetzten Zielen berücksichtigt. Darüber hinaus sind maßgeblich die Kostenentwicklung und -steuerung sowie risikorelevante Aspekte (zum Beispiel risikogewichtete Aktiva, Value-at-Risk, ökonomisches Kapital). Die individuellen Erfolgsbeiträge der verantwortlichen Vorstandsmitglieder finden angemessene Berücksichtigung.

Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Der Gesamtbetrag aus Bonus, LTPA und gegebenenfalls Division Incentive wird zum überwiegenden Teil aufgeschoben gewährt beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

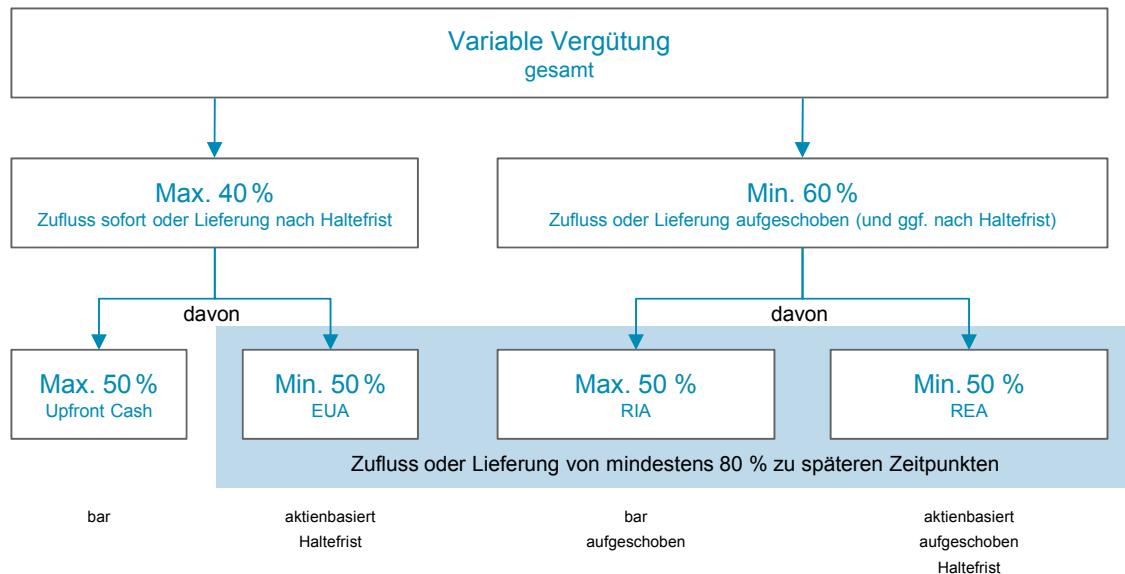
Mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung werden aufgeschoben vergeben. Dieser aufgeschobene Teil besteht mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen, während der noch verbleibende andere Teil als eine aufgeschobene Barvergütung gewährt wird. Beide Vergütungselemente werden über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen.

Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung werden nicht aufgeschoben gewährt. Hierzu besteht jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen, und nur der verbleibende Teil wird direkt in bar ausgezahlt. Auf den aktienbasiert gewährten Teil besteht für drei Jahre kein Zugriff (Haltefrist), und er kann in diesem Zeitraum verwirkt werden.

In Summe betrachtet werden also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden.

Das folgende Schaubild stellt Aufteilung und Struktur der variablen Vergütung dar.

Aufteilung / Struktur der variablen Vergütung



EUA = Equity Upfront Awards

RIA = Restricted Incentive Awards

REA = Restricted Equity Awards

Restricted Equity Awards

Der Teil der variablen Vergütung, der aufgeschoben und aktienbasiert vergeben wird, wird in Form von Anwartschaften für die zukünftige Lieferung von Aktien – sogenannten Restricted Equity Awards – gewährt. Den Restricted Equity Awards, die insgesamt für mindestens 50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung stehen, liegt der Deutsche Bank Equity Plan zugrunde. Der Deutsche Bank Equity Plan gewährt das Recht, Deutsche Bank-Aktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Restricted Equity Awards werden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche tritt etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe der Awards ein. Im Abstand von jeweils einem weiteren Jahr werden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar.

Die einzelnen Tranchen der Restricted Equity Awards sind nach Eintritt der Unverfallbarkeit zusätzlich noch mit einer weiteren Haltefrist versehen; erst nach deren Verstreichen kann tatsächlich über die jeweilige Tranche verfügt werden. Die weitere Haltefrist der ersten Tranche beträgt drei Jahre, die der zweiten Tranche zwei Jahre und die der dritten und vierten Tranche jeweils ein Jahr. Demzufolge können die Vorstandsmitglieder über die ersten drei Tranchen der Restricted Equity Awards erst etwa viereinhalb Jahre nach Gewährung und über die vierte Tranche erst nach etwa fünfseinhalb Jahren verfügen.

Der Wert der Restricted Equity Awards hängt über den gesamten Zeitraum bis zum Ende der Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutschen Bank-Aktie und damit von einer nachhaltigen Wertentwicklung ab. Die Teilnehmer an dem Deutsche Bank Equity Plan besitzen überdies keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Aktien noch nicht an sie geliefert wurden.

Restricted Incentive Awards

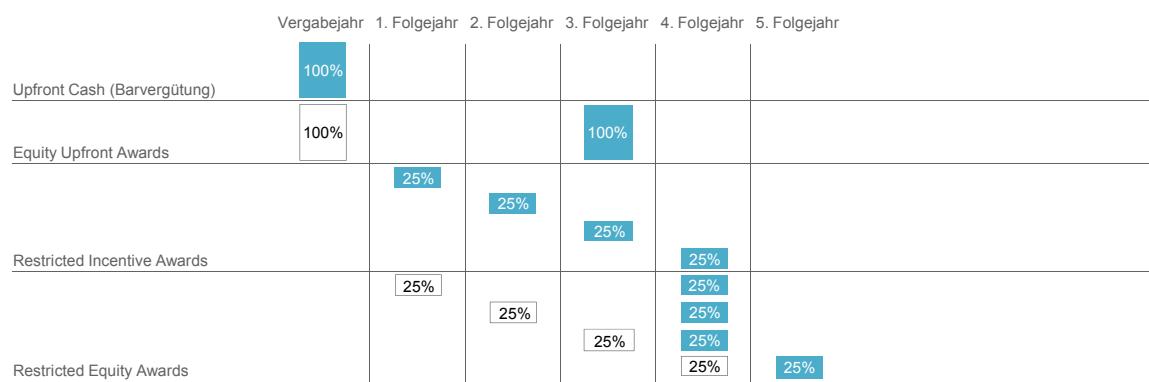
Der Teil der aufgeschobenen Vergütung, der nicht aktienbasiert gewährt wird, wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Awards) vergeben. Das sind insgesamt maximal 50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung. Die Gewährung der Restricted Incentive Awards erfolgt auf Basis des Deutsche Bank Restricted Incentive Plan. Die Restricted Incentive Awards werden – wie die Restricted Equity Awards – ebenfalls in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche tritt etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe ein. Im Abstand von jeweils einem Jahr werden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Mit dem Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgt gleichzeitig der Zufluss. Die aufgeschobene Barvergütung wird damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren gestreckt.

Upfront Awards

Die Upfront Awards betragen, wie bereits dargestellt, maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung, wovon maximal die Hälfte sofort als Barvergütung (Upfront Cash) zur Auszahlung gelangt. Der verbleibende Teil wird aktienbasiert in Form von Equity Upfront Awards gewährt. Die Gewährung der Equity Upfront Awards erfolgt wie die Vergabe der Restricted Equity Awards auf Basis des Deutsche Bank Equity Plan. Es handelt sich somit um Anwartschaften auf die zukünftige Lieferung von Aktien. Die Equity Upfront Awards sind mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen. Erst nach deren Verstreichen darf über die Awards verfügt werden. Ihr Wert unterliegt in dieser Zeit durch die Bindung an die Entwicklung der Deutschen Bank-Aktie ebenfalls einer langfristigen Wertentwicklung.

Das nachfolgende Schaubild stellt neben dem Auszahlungszeitpunkt der Barvergütung insbesondere die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der übrigen variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeitrahmen für Zufluss oder Lieferung und Unverfallbarkeit



Zufluss oder Lieferung (bei RIA gleichzeitig Eintritt Unverfallbarkeit)

Eintritt Unverfallbarkeit, gefolgt von einer Haltefrist bis zum Zufluss oder zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist

Da die in dem obigen Schaubild dargestellten Anwartschaften (Awards) bis zum Zufluss beziehungsweise zur Lieferung nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag gewährt (2011: 5 %).

Verfallbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Restricted Equity Awards, Restricted Incentive Awards und Equity Upfront Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Die Verfallbedingungen tragen wesentlich zur hohen Nachhaltigkeit der Vergütung bei.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen (zum Beispiel Veräußerung großer Beteiligungen) ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt darüber hinaus nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Risikoabsicherung

Den Mitgliedern des Vorstands ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung der Vergütung durch Absicherungs- oder sonstige Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2011 blieben die Grundgehälter der Mitglieder des Vorstands gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Grundgehälter der ordentlichen Mitglieder des Vorstands beliefen sich auf jeweils 1.150.000 € brutto p.a., das Grundgehalt des Vorstandsvorsitzenden betrug 1.650.000 € brutto p.a.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Präsidialausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 festgelegt. Der Bonus sowie der LTPA (und gegebenenfalls der Division Incentive) wurden für alle Vorstandsmitglieder auf der Basis des bestehenden Vergütungssystems ermittelt.

Aufgrund der Entwicklung der Eigenkapitalrendite in der relevanten zweijährigen Betrachtungsperiode ergab sich für die Bonuskomponente 1 ein Faktor von gerundet 0,61 und für die Bonuskomponente 2 ein Faktor von gerundet 0,64.

Der Relative Total Shareholder Return als Basis für die Berechnung des LTPA lag im Jahr 2011 bei gerundet 111 % (2010: 93 %; 2009: 99 %). Im Durchschnitt der letzten drei Jahre (2009 bis 2011) lag er somit gerundet bei 101 %. Der ermittelte Wert des zu vergütenden LTPA überstieg daher geringfügig die jeweiligen Zielgrößen.

Bei der Ermessungsausübung des Aufsichtsrats zur Festlegung des Bonus (und entsprechend beim Division Incentive) wurde die Performance der Bank und der einzelnen Bereiche im Hinblick auf Erträge, Ergebnis, Risiko, Kapitalstärke und Liquidität sowohl absolut als auch im Vergleich mit dem Wettbewerb berücksichtigt. Ferner wurde die strategische Weiterentwicklung der Bank, der Ausbau der Marktposition und die Integrationsfortschritte im Konzern sowie die Anerkennung im Markt durch nationale und internationale Auszeichnungen mit einbezogen. Bei der Entscheidung wurde darüber hinaus das weltweit schwierige wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Für weitere Einzelheiten wird auf die entsprechenden Ausführungen im Überblick über die Geschäftsentwicklung auf Seite 4 verwiesen.

Bezüge (insgesamt und individuell)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des DRS 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 26.444.081 € (2010: 32.434.836 €). Davon betrafen 8.550.000 € (2010: 9.412.500 €) das Grundgehalt, 17.194.081 € (2010: 17.816.227 €) erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 700.000 € (2010: 5.206.109 €) erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung. Hinzu kamen sonstige Leistungen in Höhe von insgesamt 879.591 € (2010: 795.338 €), sodass sich für die Vorstandsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von insgesamt 27.323.672 € (2010: 33.230.174 €) ergaben.

Die einzelnen Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2011 und 2010 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand.

Mitglieder des Vorstands	Erfolgs-unabhängige Komponenten	Erfolgsabhängige Komponenten					
		ohne langfristige Anreizwirkung		mit langfristiger Anreizwirkung			
		nicht aktienbasiert	aktienbasiert	Restricted Equity Award(s)		Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	
in €		Grundgehalt	unmittelbar ausgezahlt	Restricted Incentive Award(s)		Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)	Summe
Dr. Josef Ackermann	2011	1.650.000	100.000	693.139		105.000	6.298.214
	2010	1.650.000	1.034.322	–		1.086.038	6.304.449
Dr. Hugo Bänziger	2011	1.150.000	100.000	96.706		105.000	2.876.590
	2010	1.150.000	523.428	–		549.599	824.399
Michael Cohrs ¹	2010	862.500	577.533	–		606.410	3.397.386
Jürgen Fitschen	2011	1.150.000	100.000	72.530		105.000	2.852.414
	2010	1.150.000	507.790	–		533.180	799.770
Anshuman Jain	2011	1.150.000	100.000	248.885		105.000	5.811.269
	2010	1.150.000	992.752	–		1.042.390	7.552.555
Stefan Krause	2011	1.150.000	100.000	96.706		105.000	2.876.590
	2010	1.150.000	539.066	–		566.019	3.104.114
Hermann-Josef Lamberti	2011	1.150.000	100.000	96.706		105.000	2.876.590
	2010	1.150.000	507.790	–		533.180	2.990.740
Rainer Neske	2011	1.150.000	100.000	72.530		105.000	2.852.414
	2010	1.150.000	523.428	–		549.599	3.047.426
Summe	2011	8.550.000	700.000	1.377.202		735.000	15.081.879
Summe	2010	9.412.500	5.206.109	–		5.466.415	12.349.812
							32.434.836

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2010. Aufgrund steuerrechtlicher Bestimmungen in den USA, denen Herr Cohrs unterliegt, wurden alle für das Geschäftsjahr 2010 vergebenen Awards fällig gestellt, unmittelbar versteuert und dann mit dem Netto-Euro-Betrag in ein zugunsten der Bank gesperrtes Konto eingezahlt und mit der Netto-Aktien-Anzahl in ein zugunsten der Bank gesperrtes Depot eingebucht. Dort unterliegen sie den Auszahlungs- und Verfallbedingungen, die bereits zuvor für die Awards ohne die vorzeitige Fälligkeit gegolten haben.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Xetra-Schlusskurs der Deutschen Bank-Aktie am 1. Februar 2012 (34,04 €) ermittelt (Vorjahr: 44,42 € am 2. Februar 2011).

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet).

Mitglieder des Vorstands

Anzahl	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Dr. Josef Ackermann	2011	3.084	110.166
	2010	24.449	57.048
Dr. Hugo Bänziger	2011	3.084	41.859
	2010	12.372	18.559
Michael Cohrs ¹	2010	13.651	30.412
Jürgen Fitschen	2011	3.084	41.859
	2010	12.003	18.004
Anshuman Jain	2011	3.084	123.601
	2010	23.466	98.320
Stefan Krause	2011	3.084	41.859
	2010	12.742	19.113
Hermann-Josef Lamberti	2011	3.084	41.859
	2010	12.003	18.004
Rainer Neske	2011	3.084	41.859
	2010	12.372	18.559

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2010.

Bei der Darstellung der Bezüge ist hinsichtlich der Restricted Incentive Awards Folgendes zu erläutern.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen, und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Das bedeutet, dass in den zuvor dargestellten Gesamtbezügen nicht die Restricted Incentive Awards in Höhe von 15.081.873 € enthalten sind, die den Mitgliedern des Vorstands vom Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2011 zugesagt wurden, sondern die im Jahr 2011 jeweils ausgezahlte erste Tranche aus den im Vorjahr (2010 für das Geschäftsjahr 2009) zugesagten Restricted Incentive Awards (einschließlich am RoE orientierter Anpassung) in Höhe von insgesamt 1.377.202 €.

In der nachfolgenden Tabelle werden Details im Hinblick auf die Restricted Incentive Awards auf individueller Basis für die im Geschäftsjahr 2011 tätigen Vorstandsmitglieder dargestellt. Dabei sind die im Geschäftsjahr gewährten, das heißt ausgezahlten, sowie die ursprünglich zugesagten Beträge angegeben und darüber hinaus die Geschäftsjahre, auf welche sich die zugesagten Beträge beziehen.

Mitglieder des Vorstands

Beträge in €	Geschäftsjahr ¹	Verteilungszeitraum/ Tranchen ²	zugesagter Betrag	Gewährung (d.h. Auszahlung) im Geschäftsjahr 2011 ³
Dr. Josef Ackermann	2011	2013 bis 2016 / 4	3.750.075	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	2.534.089	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	1.925.000	693.139
Dr. Hugo Bänziger	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	96.706
Jürgen Fitschen	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	72.530
Anshuman Jain	2011	2013 bis 2016 / 4	4.207.383	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	4.367.413	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	691.210	248.885
Stefan Krause	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	849.029	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	96.706
Hermann-Josef Lamberti	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	799.770	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	268.575	96.706
Rainer Neske	2011	2013 bis 2016 / 4	1.424.883	–
	2010	2012 bis 2015 / 4	824.399	–
	2009	2011 bis 2013 / 3	201.431	72.530
Summe	2011		15.081.873	–
	2010		10.998.869	–
	2009		3.824.797	1.377.202

¹ Geschäftsjahr, für das die Zusage für die Tätigkeit im Vorstand ursprünglich erteilt wurde.

² Anzahl gleicher Tranchen.

³ Die Restricted Incentive Awards, die für das Geschäftsjahr 2009 zugesagt wurden, enthalten eine variable Komponente (RoE-orientierte Anpassung), so dass der gewährte, das heißt ausgezahlte Betrag bezüglich der ersten Tranche vom ursprünglich zugesagten Betrag abweicht.

Die folgende Tabelle zeigt die erfolgsunabhängigen sonstigen Leistungen für die Geschäftsjahre 2011 und 2010.

Mitglieder des Vorstands
in €

	Sonstige Leistungen	
	2011	2010
Dr. Josef Ackermann	176.256	148.723
Dr. Hugo Bänziger	50.535	54.833
Michael Cohrs ¹	–	56.218
Jürgen Fitschen	151.700	130.171
Anshuman Jain	63.214	77.671
Stefan Krause	228.878	136.953
Hermann-Josef Lamberti	103.485	91.505
Rainer Neske	105.523	99.264
Summe	879.591	795.338

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2010.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands grundsätzlich eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Lediglich die Vorstandsmitglieder, die den Konzernbereich CIB verantworten und einen Division Incentive erhalten, bekommen eine solche Zusage nicht. Bei den Zusagen handelt es sich um eine beitragsorientierte Versorgungszusage. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde grundsätzlich für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts und des Gesamt-Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren. Ab dem Alter von 61 Jahren wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht aufgrund früherer vertraglicher Zusagen grundsätzlich jeweils ein zusätzliches monatliches Ruhegeld von 29.400 € nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand zu.

Den Herren Dr. Ackermann, Dr. Bänziger und Lamberti steht darüber hinaus grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2011 oder zum 31. Dezember 2010 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Darüber hinaus steht Herrn Dr. Ackermann und Herrn Lamberti im Fall des Ausscheidens nach Vollendung des 60. Lebensjahres grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Gesamt-Bonus (letzte Gesamt-Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Die folgende Tabelle zeigt den jährlichen Dienstzeitaufwand für Altersleistungen und Übergangszahlungen für die Jahre 2011 und 2010 sowie die entsprechende Verpflichtungshöhe jeweils zum 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010 für die einzelnen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands¹

in €		Dienstzeitaufwand für Altersleistungen und Übergangszahlungen im Geschäftsjahr	Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahrs aus zugesagten Altersleistungen und Übergangszahlungen
Dr. Josef Ackermann ²	2011	876.760	18.753.007
	2010	608.720	13.236.187
Dr. Hugo Bänziger	2011	508.011	2.786.879
	2010	573.444	2.161.491
Jürgen Fitschen	2011	222.585	565.984
	2010	226.196	307.348
Stefan Krause	2011	470.827	1.345.800
	2010	500.183	825.181
Hermann-Josef Lamberti	2011	486.920	12.463.973
	2010	532.496	11.177.275
Rainer Neske	2011	462.655	1.066.022
	2010	420.559	575.398

¹ Andere Mitglieder des Vorstands erhielten keine Zusagen auf entsprechende Leistungen nach ihrer Bestellung in den Vorstand.

² Aufgrund des vorgesehenen Ausscheidens des Herrn Dr. Ackermann aus dem Vorstand der Deutschen Bank zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2012 (anstatt wie ursprünglich vorgesehen zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2013) verlängert sich der Bezug der Übergangszahlung um ein Jahr. Dieser verlängerte Leistungsbezug führt im Wesentlichen zu der in der Tabelle dargestellten Erhöhung der Verpflichtung.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands

in €	Aktienbasierte Vergütungskomponenten		Aufgewandter Betrag für nicht aktienbasierte Vergütungskomponenten	
	2011	2010	2011	2010
Dr. Josef Ackermann	2.020.850	1.743.667	2.152.404	1.078.425
Dr. Hugo Bänziger	440.182	559.896	386.704	150.461
Michael Cohrs ¹	–	1.480.333	–	130.210
Jürgen Fitschen	309.459	286.314	359.601	112.839
Anshuman Jain	1.471.955	1.840.641	1.818.626	387.205
Stefan Krause	364.503	379.403	395.591	150.461
Hermann-Josef Lamberti	434.736	578.987	377.816	150.461
Rainer Neske	314.911	286.314	368.488	112.839

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2010.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 17. Februar 2012 beziehungsweise 18. Februar 2011 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften.

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl
			Aktienanwartschaften ¹
Dr. Josef Ackermann	2012	600.534	296.784
	2011	560.589	259.596
Dr. Hugo Bänziger	2012	69.849	115.383
	2011	55.531	100.520
Jürgen Fitschen	2012	181.907	110.978
	2011	169.008	92.671
Anshuman Jain	2012	552.697	346.703
	2011	457.192	414.906
Stefan Krause	2012	–	116.307
	2011	–	71.363
Hermann-Josef Lamberti	2012	139.402	114.459
	2011	125.291	98.626
Rainer Neske	2012	51.088	111.902
	2011	60.509	90.875
Summe	2012	1.595.477	1.212.516
Summe	2011	1.428.120	1.128.557

¹ Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstand bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im August 2017 zugewiesen.

Die wirtschaftlichen Nachteile, die durch die im September 2010 vorgenommene Kapitalerhöhung für die Inhaber von Aktienanwartschaften eingetreten sind, wurden durch die Vergabe von zusätzlichen Aktienanwartschaften ausgeglichen. Hierzu erhielt jedes Vorstandsmitglied, das im September 2010 bestellt war, auf seine per 21. September 2010 ausstehenden Aktienanwartschaften zusätzlich rund 9,59 % Aktienanwartschaften gleicher Ausstattung. In Summe waren dies für alle Vorstandsmitglieder zusammen 76.767 Aktienanwartschaften. Diese sind für die einzelnen Vorstandsmitglieder in der Anzahl der in der obigen Tabelle genannten Aktienanwartschaften enthalten.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 17. Februar 2012 insgesamt 1.595.477 Aktien, was rund 0,17 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 18. Februar 2011 hielten sie insgesamt 1.428.120 Aktien, was rund 0,16 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Den im Geschäftsjahr 2011 tätigen Mitgliedern des Vorstands wurden in diesem Geschäftsjahr insgesamt 295.902 Aktien aus in früheren Jahren gewährten Aktienanwartschaften zugeteilt.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahrs angehören, wird im Verhältnis zur Amts dauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben wie schon in den Vorjahren auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre, einschließlich des Sitzungsgelds, verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2012 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2011 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2012 für seine Tätigkeit im Jahr 2011 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2012 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.608.600 € (2010: 2.453.000 €).

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2011				Vergütung für das Geschäftsjahr 2010			
	Fest	Variabel ⁷	Sitzungs-geld	Insgesamt	Fest	Variabel	Sitzungs-geld	Insgesamt
Dr. Clemens Börsig	240.000	28.800	23.000	291.800	240.000	–	31.000	271.000
Karin Ruck	210.000	25.200	17.000	252.200	210.000	–	25.000	235.000
Wolfgang Böhr	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	9.000	69.000
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	21.600	12.000	213.600	180.000	–	13.000	193.000
Heidrun Förster ¹	–	–	–	–	70.000	–	14.000	84.000
Katherine Garrett-Cox ²	40.000	4.800	3.000	47.800	–	–	–	–
Alfred Herling	120.000	14.400	11.000	145.400	85.000	–	12.000	97.000
Gerd Herzberg	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	9.000	69.000
Sir Peter Job ³	75.000	12.600	8.000	95.600	180.000	–	14.000	194.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	14.400	12.000	146.400	120.000	–	13.000	133.000
Peter Kazmierczak ⁴	50.000	6.000	6.000	62.000	30.000	–	3.000	33.000
Martina Klee	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	9.000	69.000
Suzanne Labarge	120.000	14.400	11.000	145.400	120.000	–	13.000	133.000
Maurice Lévy	60.000	7.200	5.000	72.200	60.000	–	7.000	67.000
Henriette Mark	120.000	14.400	12.000	146.400	120.000	–	15.000	135.000
Gabriele Platscher	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	9.000	69.000
Dr. Theo Siegert	145.000	17.400	13.000	175.400	120.000	–	12.000	132.000
Dr. Johannes Teyssen	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	8.000	68.000
Marlehn Thieme	120.000	14.400	11.000	145.400	120.000	–	13.000	133.000
Tilman Todenhöfer	120.000	14.400	11.000	145.400	120.000	–	18.000	138.000
Stefan Viertel	60.000	7.200	6.000	73.200	25.000	–	2.000	27.000
Renate Voigt ⁵	10.000	1.200	–	11.200	–	–	–	–
Werner Wenning	60.000	7.200	6.000	73.200	60.000	–	8.000	68.000
Leo Wunderlich ⁶	–	–	–	–	30.000	–	6.000	36.000
Insgesamt	2.150.000	261.600	197.000	2.608.600	2.190.000	–	263.000	2.453.000

¹ Mitglied bis 31. Juli 2010.

² Mitglied seit 26. Mai 2011.

³ Mitglied bis 26. Mai 2011.

⁴ Mitglied bis 25. Oktober 2011.

⁵ Mitglied seit 30. November 2011.

⁶ Mitglied bis 30. Juni 2010.

⁷ Die variable Vergütung für ein einfaches Mitglied von 7.200 € setzt sich aus einem dividendenabhängigen Betrag von 0 € und einem am langfristigen Unternehmenserfolg geknüpften Betrag von 7.200 € zusammen.

Gesellschaftliche Verantwortung

Finanzieller Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit sind wichtige Voraussetzungen für die Deutsche Bank, um für alle unsere Anspruchsgruppen langfristig Mehrwert schaffen zu können. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie und unser Engagement im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung sollen dazu beitragen. Es ist daher von vorrangiger Bedeutung, Nachhaltigkeit in unser Kerngeschäft zu integrieren und in die Gesellschaft zu investieren.

Nachhaltigkeit

Angesichts eines steigenden Energiebedarfs, Ressourcenverknappung und der Auswirkungen der Treibhausgasemissionen ist es wichtig, Wege zur Förderung von Ressourceneffizienz und sauberen Wachstums zu identifizieren. 2011 arbeitete unser Environmental Steering Committee, dem Führungskräfte aus unseren Geschäftsbereichen angehören, mit Unterstützung des externen Climate Change Advisory Board weiter daran, unsere Geschäftsstrategie mit den langfristigen wirtschaftlichen Trends in diesem Bereich in Einklang zu bringen. Dies soll sicherstellen, dass die Deutsche Bank ihre Kunden auch beim notwendigen Übergang zu einer CO₂-armen, ressourceneffizienten Weltwirtschaft begleiten und unterstützen kann.

Wir setzen auf eine Klimawandelstrategie, die drei sich gegenseitig verstärkende Komponenten beinhaltet: In unserem Kerngeschäft unterstützen wir Investitionen in Energie- und Ressourceneffizienz; wir nutzen unseren Einfluss, um Maßnahmen zur Energie- und Umweltsicherheit zu unterstützen; und wir verringern unseren eigenen ökologischen Fußabdruck. Unser zertifiziertes Nachhaltigkeits-Management-System bildet dabei den Rahmen für unsere Aktivitäten in diesen Bereichen.

Mit der Einführung eines sogenannten „Environmental and Social Reputational Risk Framework“ haben wir unseren Prozess zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken ausgebaut. Dieses neue Rahmenwerk ist Teil unseres Due-Diligence-Verfahrens. Es ist relevant für Aktivitäten in besonders sensiblen Branchen wie zum Beispiel Metall und Bergbau, Öl und Gas sowie der Agrarindustrie.

Das Rahmenwerk dient als Leitfaden für die Bewertung von Transaktionsrisiken sowie Gefahren, die von beteiligten Geschäftspartnern und -praktiken ausgehen können. Es soll den Geschäftsbereichen helfen, Risiken zu erkennen, zu handhaben und zu verringern. Darüber hinaus haben wir 2011 eine neue „Streumunitionsrichtlinie“ verabschiedet. Sie regelt, dass bestehende Beziehungen zu Herstellern und Lieferanten von Streumunition sowie zu Zulieferern integraler Bestandteile zu beenden und keine neuen Verträge mit derartigen Firmen abzuschließen sind.

Aktivitäten im Kerngeschäft

Nachhaltigkeit eröffnet Geschäftspotenziale, zum Beispiel im Emissionshandel, durch nachhaltiges Fondsmanagement und Finanzierungs- sowie Beratungsleistungen für Unternehmen aus dem Bereich „saubere Technologien“.

Corporate & Investment Bank

Der Bereich Corporate & Investment Bank nimmt eine führende Position beim Handel mit CO₂-Ausgleichs- und Emissionszertifikaten ein und erbringt Finanz- und Beratungsleistungen für Unternehmen aus den Bereichen saubere Energien und CO₂-arme Energieinfrastruktur.

Am internationalen Markt für Emissionshandel wirkten wir an über 85 Clean Development Mechanism and Joint Implementation-Projekten mit. Diese Projekte werden bis Ende 2012 voraussichtlich 215 Millionen Emissionszertifikate generieren. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Kauf von zertifizierten Emissionsreduktionen der chinesischen Provinz Henan, mit deren Hilfe innerhalb von fünf Jahren ein Beitrag zur Finanzierung von Erdwärmepumpen für Immobilien mit einer Fläche von über 40 Millionen Quadratmetern geleistet werden soll. Die Zeitschrift Energy Risk zeichnete die Deutsche Bank als „European Emissions House of the Year“ aus.

Trotz des schwierigen Markt- und regulatorischen Umfelds waren wir 2011 an Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien mit einem Volumen von knapp 3 Gigawatt (GW) in Nordamerika, Europa und dem Nahen Osten über Beratungs-, Arrangement- und Finanzierungsleistungen beteiligt. Zu unseren innovativen Finanzierungslösungen zählen beispielsweise eine revolvierende Baufinanzierung ohne Rückgriff, die es dem US-Unternehmen SunEdison ermöglicht, Solarprojekte mit einem Volumen von 1,1 Gigawatt in ganz Nordamerika umzusetzen. Außerdem finanzierten wir die Generierung von 373 Megawatt im Rahmen eines Windparkprojekts in Québec (Kanada) und nahmen damit eine Schlüsselrolle bei der ersten, in einer Reihe vergleichbarer Transaktionen ein. Das Projekt Seigneurie de Beaupré wurde als „PFI 2011 Americas Renewables Deal of the Year“ ausgezeichnet. Zudem wurde die Deutsche Bank von den Zeitschriften Environmental Finance und Carbon Finance zum zweiten Mal in Folge zum „Best Renewable Energy Finance House – Europe“ gewählt.

Im vergangenen Jahr haben wir Unternehmen aus dem Bereich „saubere Technologien“ bei der Beschaffung von Kapital unterstützt. Unter anderem waren wir als Ko-Berater beim Verkauf von Landis+Gyr, einem Hersteller von intelligenten Zählern, an Toshiba für 2,3 Mrd US-\$ beteiligt, ebenso beim Verkauf einer 60 % Beteiligung an Sunpower an Total mit einem Volumen von 1,3 Mrd US-\$. Zudem schloss Zhong De, unser Wertpapier-Joint-Venture in China, den größten Börsengang an der Börse von Schanghai für Sinovel, einen der führenden Hersteller von Windkraftanlagen, ab. Das Volumen belief sich auf 1,43 Mrd US-\$.

Private Clients and Asset Management

Wir berücksichtigen ökologische, soziale und Governance Aspekte („ESG-Themen“) in unsere Vermögensverwaltung. Im Dezember 2011 verwalteten wir ein Volumen von 2,52 Mrd € in an ESG-Kriterien ausgerichteten Fonds und Themenfonds im Bereich des Klimawandels. Außerdem implementierten wir unsere ESG-Richtlinie bei den europäischen Fonds und wendeten ESG-Kriterien bei unseren deutschen Stimmrechts-Grundsätzen an.

Über diese Fonds leisten wir einen Beitrag zur Finanzierung von Investitionen in erneuerbare Energien, um Klimawandel global zu adressieren. Einige der Fonds werden auch eingesetzt, um die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern. Außerdem investieren wir über unsere Tochtergesellschaften RREEF Capital Partners und RREEF Sustainable Advisors direkt in nachhaltige Unternehmen. Beide Unternehmen gehören zur Alternative-Investment-Plattform des Bereichs Asset Management. Sie investieren in öffentlich gehandelte Wertpapiere oder führen weltweit Private-Equity-Einlagen in Projekte und Unternehmen, die der Nachhaltigkeit und dem Klimawandel verpflichtet sind. 2011 wurden unter anderem der von der European Investment Bank unterstützte European Energy Efficiency Fund mit einem Volumen von 265 Mio € und der Africa Agriculture and Trade Investment Fund aufgelegt. Dieser soll 85 Mio € zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Exportproduzenten investieren und wird von der Bundesregierung und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützt. Diese Fonds ergänzen den 2010 aufgelegten Global Climate Partnership Fund, der 2011 in Europa, Asien und Lateinamerika investiert hat.

Für die vorbildliche Integration von ESG-Strategien in Anlageentscheidungen wurde DB Advisors von der Zeitschrift World Finance als „Bester ESG-Asset Manager in Deutschland“ ausgezeichnet. Beispielsweise wurde für institutionelle Anleger der ESG Emerging Markets External Debt und der ESG Total Return AAA High Grade Fixed Income neu aufgelegt.

DWS Investments hat eine Reihe neuer Produkte für Privatkunden eingeführt, unter anderem zwei geschlossene „grüne“ Fonds. Zudem verbesserte die DWS die Einbeziehung von ESG-Risiken in den Anlageprozess; unter anderem wurden 2011 mehrere Schulungsworkshops und Seminare zum Thema ESG für die Asset-Management-Mitarbeiter durchgeführt.

Auch über unsere mehr als 2.800 Filialen weltweit vertreiben wir „grüne“ Kreditprodukte und bieten nachhaltige Anlagemöglichkeiten an. Mit entsprechenden Krediten und Kreditlinien ermöglichen wir es Privat- und Geschäftskunden, Technologien zur Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zu finanzieren und Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoß zu erwerben.

Weitere Informationen zur Nachhaltigkeit in unserem Kerngeschäft finden Sie auf unserer Internetseite www.banking-on-green.de/business.

Umwelteffizienz

Wir versuchen unsere direkten Umweltauswirkungen kontinuierlich zu verringern und damit auch einen Beitrag zu unseren geschäftlichen Zielen zu leisten. Beispielsweise, indem wir in Maßnahmen der Energieeffizienz investieren und Kosten senken. Gleichzeitig fließen die Erfahrungen, die wir im Rahmen unseres eigenen Gebäudemanagements machen, auch in unsere Geschäftsaktivitäten im Immobiliensektor ein.

Wir haben weiter daran gearbeitet, unsere eigenen CO₂-Emissionen jährlich um 20 % zu verringern. Dieses Ziel verfolgen wir seit 2008. Ab 2013 wollen wir unseren gesamten Geschäftsbetrieb klimaneutral betreiben. Um die angestrebte Reduzierung unseres CO₂-Ausstosses zu erreichen, haben wir für 295.000 Tonnen CO₂-Ausgleichszertifikate erworben. 2011 stammten zwei Drittel der für unsere Geschäftstätigkeit benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen.

Kosten und Emissionen werden vor allem durch eine bessere Energieeffizienz unserer Gebäude gesenkt. Sinnbildlich für den Fortschritt in diesem Bereich stehen die Deutsche-Bank-Türme in Frankfurt. Wir haben den Umzug der Zentrale in die renovierten Türme abgeschlossen. Die hohen Umweltstandards wurden durch eine Platin-Zertifizierung nach dem internationalen LEED-Standard bestätigt wurde. Der Energieverbrauch des Gebäudes sinkt um 55 % gegenüber dem vorherigen Wert, wobei ein Drittel der Energie aus erneuerbaren Quellen stammt. Das US Green Building Council zeichnete die Deutsche Bank mit dem zum ersten Mal verliehenen International Leadership Award aus. Begründet wurde dies mit unserer branchenweiten Führungsposition, bei der Umsetzung von LEED Standards in unseren Gebäuden weltweit, unseren Fortschritten auf dem Weg zur CO₂-Neutralität und unseren Investitionen in alternative Energien und CO₂-arme Technologien.

Weitere Informationen zur Umwelteffizienz finden Sie auf unserer Internetseite unter www.banking-on-green.de/greendata.

Gesellschaftliches Engagement

Unternehmen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch über ihr Geschäft hinaus in die Gesellschaft, in der sie tätig sind, investieren. Von dem sozialen Kapital, das dadurch entsteht, profitieren alle. 2011 haben wir mit insgesamt 83,1 Mio € Bildungsinitiativen, soziale Projekte, Kunst und Musik sowie das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter gefördert.

Bildung: Talente fördern

Die Deutsche Bank setzt sich weltweit für Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit ein. Schwerpunktmaßig investiert sie in Programme, die begabte Schüler aus benachteiligten Familien auf dem Weg an die Universität begleiten. Im Jahr 2011 wurde in Großbritannien die „IntoUniversity“-Initiative als „bester Beitrag zur Verbesserung des Bildungsniveaus“ ausgezeichnet. Die Initiative STUDIENKOMPASS, die die Deutsche Bank Stiftung unterstützt, förderte im Berichtsjahr rund 1.400 junge Menschen in Deutschland; über 90 % der Schüler planen ein Hochschulstudium aufzunehmen. Im Bildungsprogramm „FairTalent“, das bereits im Grundschulalter ansetzt, engagieren sich mittlerweile 15 Mitarbeiter der Deutschen Bank als Mentoren.

Soziales: Chancen eröffnen

Wir nutzen unsere globale Präsenz und entwickeln innovative Lösungen, um Menschen die Chance zu eröffnen, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden. In den USA trägt die Deutsche Bank in Projekten wie „Living Cities“ zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung infrastrukturschwacher Bezirke bei. Dieses Engagement wurde von der US-Federal Reserve Bank in den letzten 20 Jahren durchgängig als „Outstanding“ gewürdigt. Neu aufgelegt haben wir 2011 den Impact Investment Fund I, der in Großbritannien in Sozial-Unternehmen, die ein nachhaltiges Geschäftsmodell verfolgen, investiert. Als einer der Vorreiter der Branche unterstützen wir mit Mikrokrediten Kleinstunternehmer in Entwicklungs- und Schwellenländern. Und allein im Berichtsjahr konnten wir 20.000 Kindern und Jugendlichen in Südafrika eine neue Perspektive eröffnen.

Kunst und Musik: Kreativität entwickeln

Über 200.000 Besucher in zwei Jahren in sieben lateinamerikanischen Museen – das ist die Rekordbilanz der Ausstellung „Beuys and Beyond – Teaching as Art“, mit Werken aus der Sammlung Deutsche Bank. Ein weiterer Erfolg war „Globe. For Frankfurt and the World“, eine Veranstaltungsreihe mit 70 internationalen Künstlern im Frühjahr 2011 anlässlich der Eröffnung unserer modernisierten Unternehmenszentrale in Frankfurt am Main. Als „Künstler des Jahres“ 2012 wurde der Konzeptkünstler Roman Ondák ausgewählt, dessen Werke in einer Einzelausstellung im Deutsche Guggenheim in Berlin präsentiert werden.

Aus der engen Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern, die uns seit mehr als 20 Jahren verbindet, entstand die Digital Concert Hall – mit der wir möglichst vielen Menschen über das Internet Zugang zu klassischer Musik verschaffen. Allein beim Saisoneröffnungskonzert 2011 hatte dieser virtuelle Konzertsaal 9.000 Besucher auf deutsche-bank.de. Für Musik begeistern wollen die Berliner Philharmoniker auch mit ihrem Education-Programm, an dem seit 2002 über 21.000 Jugendliche aus allen sozialen Schichten teilgenommen haben.

Ehrenamtliches Engagement der Mitarbeiter: Leidenschaft weitergeben

Als Mentoren, Berater gemeinnütziger Organisationen oder während „Social Days“ übernehmen immer mehr Mitarbeiter ganz persönlich Verantwortung in der Gesellschaft. Die Deutsche Bank fördert dieses Engagement seit über 20 Jahren. Insgesamt haben 2011 19.000 Mitarbeiter etwa 3.000 gemeinnützige Partnerorganisationen unterstützt. Dies entspricht einem Anstieg von 21 % auf 24 % in nur einem Jahr. In Deutschland, Hongkong und Singapur wurde die Bank für diesen Einsatz mit Auszeichnungen geehrt. Ziel der 2011 neu gestarteten Initiative „pass on your passion“ ist es, andere zu inspirieren, ehrenamtlich tätig zu werden und so soziales Kapital zu schaffen.

Weitere Informationen zu der Umsetzung unserer Nachhaltigkeitsstrategie und unserem gesellschaftlichen Engagement finden Sie in dem Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2011“.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die Bank insgesamt 100.996 Mitarbeiter, verglichen mit 102.062 zum 31. Dezember 2010. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2011, 2010 und 2009.

Mitarbeiter ¹	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Deutschland	47.323	49.265	27.321
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	24.187	23.806	22.031
Asien/Pazifik	18.351	17.779	16.518
Nordamerika ^{2,3}	10.700	10.811	10.815
Mittel- und Südamerika	435	401	368
Mitarbeiter insgesamt³	100.996	102.062	77.053

¹ Vollzeitkräfte. Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutsche Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst). In 2010 wurden die Mitarbeiter von Kasachstan, die zuvor in Asien/Pazifik ausgewiesen wurden, der Region Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika zugeordnet; die Angaben für 2009 (6 Mitarbeiter) wurden rückwirkend angepasst. In 2011 wurden 257 Vollzeitkräfte von Sal Oppenheim, Deutschland direkt Luxemburg, Österreich und Schweiz (Europa ohne Deutschland) zugeordnet.

² Vorwiegend USA.

³ Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.256 zum 31. Dezember 2011 verglichen mit 4.147 zum 31. Dezember 2010 und umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht Teil der Vollzeitkräfte.

Die Zahl unserer Mitarbeiter sank 2011 um 1.066 oder 1,0 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Die Anzahl der Mitarbeiter im Konzernbereich Corporate & Investment Bank sank um 429 aufgrund außergewöhnlich schwieriger Märkte insbesondere für Corporate Banking & Securities.
- Die Anzahl unserer Mitarbeiter in Private Clients and Asset Management sank um 1.743. Dies beruht vor allem auf Fortschritten im Bereich Private & Business Clients bei der Integration der Postbank sowie auf dem Verkauf von nicht zum Kerngeschäft zählenden Gesellschaften in Indien.
- Im unseren Infrastruktur-Bereichen setzte sich der Mitarbeiteranstieg in unseren Service Centern in Indien, auf den Philippinen, in UK und in den USA fort. Die Anzahl der Mitarbeiter erhöhte sich in diesen Service Center um 1.255 Mitarbeiter. In unseren übrigen Infrastrukturbereichen blieb der Personalbestand im Wesentlichen gegenüber dem Jahresende 2010 unverändert.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unseren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess für leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € werden die Bewertungen der lokalen Aktuare in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und der Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weiter gehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Eine neue Leistungskultur in der Deutschen Bank

In der Deutschen Bank ist eine herausragende Leistungskultur Basis für den geschäftlichen Erfolg. Wir stärken diese Kultur auf der Basis von einigen klaren Prinzipien:

- Jeder weiß, was von ihm erwartet wird.
- Wir differenzieren Leistung.
- Wir sagen unseren Mitarbeitern, wo sie stehen.

Diese Prinzipien haben wir an alle Führungskräfte kommuniziert, in unsere Personalprozesse aufgenommen und bieten ein breites Trainingsangebot dazu an. Wir gehen von einer längerfristigen Umsetzung für die Gesamtbank aus, mit der wir aber einen wesentlichen Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Leistungskultur in der Deutschen Bank erreichen können.

Diversity: Chancengerechtigkeit als Erfolgsmotor

Gemischte Teams, das zeigt sich in der globalisierten Welt, sind erfolgreicher: Denn erst aus der Integration unterschiedlicher Perspektiven und Erfahrungen erwachsen innovative, kundenorientierte Lösungen. Ein systematisches Diversity Management ist deswegen von grundlegender Bedeutung für unsere Personalstrategie. Den Orientierungsrahmen dafür liefert unser Diversity-Leitbild, das Bestandteil der Geschäftspolitik der Deutschen Bank ist und auf das alle unsere Personalmaßnahmen abgestimmt sind.

Das globale Diversity-Leitbild der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank fördert eine Kultur der Vielfalt, die die Mitarbeiter in ihrer Unterschiedlichkeit wertschätzt und sie dabei unterstützt, ihre individuellen Talente zu entfalten und im Unternehmen zum Einsatz zu bringen.

Für unsere Diversity-Aktivitäten haben wir drei globale Prioritäten formuliert:

- **Führung und Verantwortung.** Die Anerkennung und Wertschätzung von Diversity ist eine Haltung, die alle Beschäftigten auf allen Ebenen verinnerlichen müssen;
- **Chancengleichheit für Frauen.** Erhöhung des Frauenanteils auf allen Hierarchieebenen in der Bank;
- **Generationenvielfalt.** Mit dem zunehmenden demografischen Wandel wächst die Bedeutung der Mehrgenerationenbelegschaft: Um ihre Potenziale zu heben, braucht es ein Arbeitsumfeld, in dem alle Generationen Entwicklungschancen sehen und ihre Stärken einbringen können.

DAX 30 Selbstverpflichtung

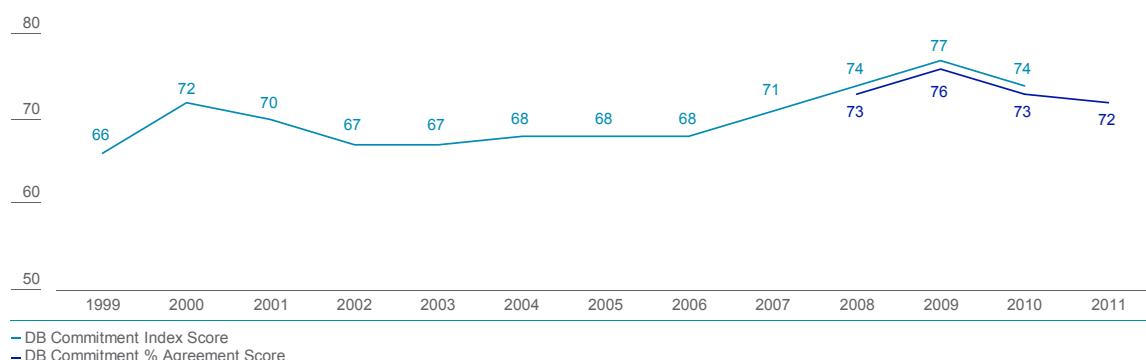
Die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen ist eine strategische Notwendigkeit für unseren Geschäftserfolg. Die Deutsche Bank hat daher neben anderen DAX-30-Unternehmen die DAX-30-Erklärung unterzeichnet und sich verpflichtet, den Anteil der weiblichen Führungskräfte auf den Ebenen Managing Director und Director auf 25 % bis Ende 2018 zu erhöhen und den Anteil der weiblichen Mitarbeiter mit den Titeln Managing Director, Director, Vice President und Associate insgesamt bis Ende 2018 auf 35 % zu erhöhen, vorbehaltlich der rechtlichen Regelungen weltweit. Die Deutsche Bank hat ihr Ziel, den Anteil von Frauen in Senior-Führungspositionen auf 17 % in 2011 zu erhöhen, erfüllt und ihr Ziel, den Anteil von Frauen im außertariflichen Bereich auf 29,3 % zu erhöhen, mit 29,7 % übertroffen.

DB People Survey 2011: Ergebnisse

An der konzernweiten Mitarbeiterbefragung DB People Survey haben sich 2011 wie schon im Vorjahr 74 % der Belegschaft beteiligt, das sind über 60.000 Beschäftigte. Bereits seit zwölf Jahren führt die Deutsche Bank regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durch und misst die Verbundenheit ihrer Mitarbeiter mit der Bank sowie deren Zustimmung zu anderen wichtigen Dimensionen wie Unternehmenskultur, Führung und Strategie. Ein wesentliches strategisches Ziel ist der Kundenfokus. Seit Einführung der Befragung ist die Beteiligung der Mitarbeiter angestiegen und hält sich auf einem im Unternehmensvergleich hohen Niveau – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Mitarbeiter dieses Feedback-Instrument wertschätzen.

Commitment Index

Index ceiling = 100 / %



Anmerkung: In 2011 bewegte sich die Deutsche Bank weg von den Index Scores hin zum % Agreement Scores.

Der Commitment-Index, der die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen misst, ist mit 72 % auf einem guten Niveau geblieben. Unter den darüber hinaus erhobenen Messdaten sind die Werte für Kundenfokus und Strategie ebenfalls auf besonders gutem Niveau.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2012 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft nochmals leicht verlangsamen, in der zweiten Jahreshälfte sollte die konjunkturelle Dynamik aber wieder leicht zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2012 erwarten wir einen Anstieg des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,25 %. Angesichts der unterausgelasteten Kapazitäten in den Industrieländern und entlastender Basiseffekte bei den Energiepreisen dürfte sich die globale Inflationsrate von knapp 4,5 % im Jahr 2011 auf etwa 3,5 % im laufenden Jahr verlangsamen. Obwohl wir für 2013 wieder eine Belebung des weltwirtschaftlichen Wachstums auf 4 % erwarten, dürfte die globale Inflationsrate unter 3,5 % bleiben.

Die Ursachen für die anhaltende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums liegen erneut in den Industrieländern, insbesondere in der Eurozone. Wir gehen davon aus, dass mit der Umsetzung der strengerer Budgetregeln und deren zunehmend institutionell verankerten Überwachung sowie deutlicheren Erfolgen der Konsolidierungs- und Reformprogramme in den betroffenen Ländern die Staatsschuldenkrise in der Eurozone allmählich an Schärfe verliert. Zudem sollte die von der Europäischen Zentralbank mit Hilfe der Dreijahrestender den Banken zur Verfügung gestellte Liquidität zur Entspannung der Situation bei den Banken selbst beitragen, aber auch für Entlastung mit Blick auf den im Frühjahr anstehenden wesentlichen Kapitalbedarf südeuropäischer Staaten sorgen. Allerdings dürfte die Konjunktur in der Eurozone im Winterhalbjahr in eine technische Rezession abgerutscht sein, so dass selbst bei einer Erholung im Jahresverlauf für das Gesamtjahr mit einem Rückgang des BIP um 0,5 % zu rechnen ist. Auf Jahresbasis dürfte Deutschland das einzige größere Land innerhalb der Eurozone sein, in dem die Wirtschaft zwar stagniert, aber nicht schrumpft. Für die Länder Südeuropas rechnen wir dagegen mit zum Teil erheblichen Rückgängen im BIP. Im Jahr 2013 erwarten wir aufgrund externer Nachfrage und einem geringeren Einfluss der Konsolidierung in der Haushaltspolitik für die Eurozone ebenso wie in Deutschland einen Anstieg auf 1,0 %.

Für die USA erwarten wir im Jahresverlauf eine Zunahme der Wachstumsrate. Auch auf Jahresbasis sollte das Wachstum mit 2,5 % etwas höher als im abgelaufenen Jahr ausfallen. Die finanzielle Verfassung der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ist nach wie vor sehr robust. Außerdem haben sich zum Jahresbeginn die Anzeichen vermehrt, dass im Markt für Wohnimmobilien nach fünfjähriger Schrumpfung eine Bodenbildung eingesetzt hat. Auch am amerikanischen Arbeitsmarkt scheint sich zuletzt eine Trendwende abzuzeichnen, die das vergleichsweise moderate Wachstumstempo beim Konsum zumindest stabilisieren könnte. Im Jahr 2012 dürfte die amerikanische Wirtschaft ihre Expansion fortsetzen und 2013 eine jährliche Wachstumsrate von 3 % erreichen.

Im Verlauf von 2011 hat sich mit dem Auslaufen von Aufholeffekten im Welthandel auch das Wachstumstempo in den Schwellenländern nur wenig verringert. Bei nachlassendem Inflationsdruck haben einige Länder in Lateinamerika sowie zuletzt auch China und Israel mit einer Lockerung der geldpolitischen Zügel reagiert. Zusammen mit einer im Vergleich zu den Industrieländern robusteren Binnennachfrage sollte der wohl auch weiterhin genutzte Spielraum der Geld- und Haushaltspolitik die Auswirkung der Schwäche der Industrieländer auf die Schwellenländer begrenzen. In Asien (ohne Japan) dürfte das BIP-Wachstum 2012 mit knapp 7 % nur leicht unter den 7,25 % des vergangenen Jahres liegen. Mit der allmählichen Belebung der Weltkonjunktur und den Wiederaufbauinvestitionen zur Beseitigung der durch die Katastrophe im März 2011 verursachten Schäden sollte auch die japanische Wirtschaft wieder Fuß fassen und auf Jahresbasis voraussichtlich um 0,75 % zulegen. Im Jahr 2013 werden Asien (ohne Japan) mit einer Wachstumsrate von 7,4 % und Japan mit 1,1 % zum höheren globalen Wirtschaftswachstum beitragen. Für Lateinamerika rechnen wir mit einer Verlangsamung des BIP-Zuwachses von 4,25 % auf 3,75 % im Jahr 2012 und einem erneuten Anstieg auf 4,2 % im Jahr 2013.

Die Unsicherheiten für den Konjunkturausblick liegen hauptsächlich in der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa. Unmittelbar stehen dabei die Umschuldung und das zweite Rettungspaket für Griechenland im Blickpunkt. Allerdings könnten die Märkte auch das Vertrauen in die Reformbemühungen anderer europäischer Länder verlieren, insbesondere falls sich die konjunkturelle Abwärtsbewegung verfestigt. Auch die anstehenden Entscheidungen über die weitere Ausgestaltung der Rettungsmechanismen für den Euro bergen erhebliche Unsicherheit, die zu signifikanten Verwerfungen an den Finanzmärkten führen könnte. Die USA haben mittlerweile eine Verschuldungsquote von 100 % des BIP erreicht. Angesichts des politischen Patts könnte es im Wahlkampf zu einer erneuten Eskalation, die eine weitere Anhebung des Schuldenlimits erfordert, kommen. Überdies könnte sich die aktuelle Belebung der amerikanischen Konjunktur als trügerisch erweisen. Im Nahen Osten könnte sich der Streit um das iranische Nuklearprogramm deutlich verschärfen.

Die Bankenbranche

Das Geschäft der Banken wird auch in den nächsten zwei Jahren stark durch makroökonomische Entwicklungen sowie regulatorische Veränderungen beeinflusst werden. Dementsprechend ist in Europa bei einer andauernden europäischen Staatsschuldenkrise für die Branche insgesamt mit einem Rückgang der Erträge und Ergebnisse zu rechnen, während in den USA ein Wachstumsrückgang die Profitabilität beeinflussen dürfte.

Im Investmentbanking könnten 2012 die Erträge zurückgehen insbesondere in Bereichen, die durch regulatorische Änderungen stark betroffen sind. Schwächen könnte vor allem das Geschäft in Europa zeigen, das im ersten Halbjahr 2011 noch gut abgeschnitten hatte, aber zurzeit unter hoher Unsicherheit der Marktteilnehmer leidet. Der strategische Rückzug einer Reihe von Anbietern – maßgeblich beeinflusst durch regulatorische Maßnahmen, die bestimmte Geschäftsaktivitäten erheblich teurer und weniger lukrativ machen – sollte es auf der anderen Seite gut aufgestellten, stark kapitalisierten Instituten ermöglichen, Marktanteile zu gewinnen und zugleich zumindest zum Teil das generell geringere Ertragspotenzial über das Heben von Skaleneffekten wettzumachen. Insgesamt dürften im Investmentbanking geringere Erträge die Profitabilitätskennzahlen und das Vergütungsniveau dauerhaft senken.

Für das Ergebnis der Vermögensverwaltung wiederum dürfte einmal mehr entscheidend sein, welche Richtung die globalen Anlagemarkte und die Risikobereitschaft der Investoren einschlagen. Das dürfte zuallererst davon abhängen, ob und wie die Staatsschuldenkrise in Europa einer Lösung näher gebracht werden kann. In einem positiven Szenario würden dabei die Wachstumskräfte der unter Druck stehenden Staaten geweckt, bei gleichzeitig glaubwürdigen und erfolgreichen Anstrengungen, die aktuellen Haushaltsdefizite zurückzuführen, sowie angemessener Unterstützung aus dem Ausland. Dementsprechend liegt jedoch auch das größte Risiko für die Banken vor allem in Europa, aber auch in den USA, in einer weiteren Zuspitzung der Schuldenkrise.

Im klassischen Firmen- und Privatkundengeschäft in Europa insgesamt dürfte sich die erwartete technische Rezession in der Eurozone im Winter mit Blick sowohl auf die Kredit- als auch Einlagenvolumina negativ bemerkbar machen: Die Nachfrage der Kunden nach Krediten dürfte sinken, das Angebot der Banken angesichts eines erwarteten Anstiegs der Ausfälle und nach wie vor hoher Refinanzierungskosten jedoch auch. Zudem könnten die Einlagen der Haushalte bei den Banken nur noch langsam wachsen oder sogar zurückgehen. Von diesen Entwicklungen werden voraussichtlich die Krisenstaaten am meisten betroffen sein, während in robusteren Ländern wie Deutschland und Skandinavien durchaus weiteres Wachstum möglich ist. Das anhaltend niedrige Zinsniveau dürfte den Banken dabei zusätzliche Schwierigkeiten bereiten, da es die Erträge aus der Fristentransformation und somit die Margen immer weiter unter Druck bringt. Ein Rückgang des Zinsüberschusses ist daher wahrscheinlich.

Weitere Unsicherheiten für den Bankensektor liegen in der Umsetzung schon beschlossener sowie der Einführung weiterer, teilweise bereits diskutierter gesetzlicher Regelungen. Zwar stellt der Großteil der zur Erhöhung der Finanzstabilität avisierten Maßnahmen sinnvolle Änderungen am Rahmenwerk für die Branche dar, jedoch wird deren kumulativer Effekt oft unterschätzt. Gleiches gilt für die Gefahren, die sich aus erheblichen Unterschieden im Ausmaß und der Umsetzung neuer Regulierung, aus dem Potenzial für regulatorische Arbitrage und der Fragmentierung von Märkten ergeben. Manche zurzeit debattierte Idee – beispielsweise die einseitige Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur im Euroraum – wäre mit Blick auf das Ziel eines robusteren, widerstandsfähigeren Finanzsystems nicht zielführend. Die Banken sehen sich mit der Aufgabe eines nennenswerten Abbaus von Risikopositionen konfrontiert, den sie durchführen müssen, ohne dass die Beziehungen zu ihren Privat- und Firmenkunden leiden.

Insgesamt stehen die Banken in den nächsten zwei Jahren vor gewaltigen Herausforderungen. Das Ausweichen auf andere Finanzierungsquellen aus der Zeit vor der Finanzkrise könnte sich von den politisch Verantwortlichen meist unbeabsichtigt fortsetzen, da sich Finanzaktivitäten weiter aus den Bilanzen der Banken hin zum Kapitalmarkt verlagern und andere Geschäfte in ein weniger reguliertes Schattenbankensystem übergehen könnten. Banken müssen höhere Kapitalpuffer aufbauen und sich auf ein deutlich strengeres regulatorisches Umfeld einstellen, das ihnen in einigen Fällen eine Umstellung der Geschäftsmodelle abverlangt und sie zwingt, sich an ein dauerhaft geringeres Profitabilitätsniveau anzupassen. Angesichts des externen (und vermutlich länger anhaltenden) Gegenwinds dürften viele Banken zunehmend ihre Geschäftsmodelle auf den Prüfstand stellen, sich mehr auf ihre Stärken in bestimmten Marktsegmenten und Regionen besinnen und einen Schwerpunkt auf Kostendisziplin legen. In diesem Zusammenhang ist auch vermehrt mit Fusionen und Übernahmen vor allem von einzelnen Geschäftsteilen zu rechnen. Hinzu kommen ein erwarteter konjunktureller Abschwung sowie die vor allem die europäischen Banken überschattende Staatsschuldenkrise.

Der Deutsche Bank-Konzern

Der sich verändernde Wettbewerb und ein strengeresaufsichtsrechtliches Umfeld werden die Deutsche Bank, ebenso wie alle anderen Finanzinstitute, weiterhin beeinflussen und das Umfeld bedingt signifikante Rechtsrisiken. Das Risikomanagement, die Eigenkapitalausstattung sowie die Bilanzeffizienz werden weiterhin eine wichtige Rolle als Differenzierungsfaktoren im Wettbewerb spielen. Das Management der Deutschen Bank hat die Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsstrukturen, die für künftigen Erfolg entscheidend sind, verbessert. Im Verlauf des Jahres 2011 haben wir unsere Tier-1-Kernkapitalquote wesentlich gesteigert. Wir erfüllen die Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht und Basel 2.5 und wir sind gut auf die Basel-3-Anforderungen vorbereitet. Die Deutsche Bank wird eine ausgewogene Dividendenpolitik beibehalten, die Kapitalanforderungen ebenso wie den Total Shareholder Return berücksichtigt.

Unser globales Geschäftsmodell, welches Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset and Wealth Management und Private & Business Clients mit einer soliden Distributionsplattform bei den Privatkunden in unserem deutschen Heimatmarkt miteinander verbindet, sollte uns langfristig profitable Chancen bieten. Die Neuausrichtung des Geschäfts in Corporate Banking & Securities hat das Risikoprofil der Deutschen Bank deutlich verbessert. Außerdem haben wir unsere Ergebnisse durch den Ausbau unserer Geschäftsfelder GTB und PCAM gestärkt. Im Jahr 2012 und darüber hinaus sollten wir von unserer starken Aufstellung als weltweit agierende Investmentbank und als Marktführer im Heimatmarkt durch stabilere Erträge und einem ausgeglicheneren Ergebnismix weiter profitieren. Wir konzentrieren uns auch künftig auf unsere Performance sowie die Verbesserung unserer Effizienz.

Unser Konzernbereich Corporate Investments unterstützt die Portfolio- und Risikosteuerung der Bank. Dieser Bereich hat die Managementverantwortung für bestimmte Vermögenswerte und ist deshalb den Chancen und Risiken, die aus diesen Beteiligungen in seinem Portfolio resultieren, ausgesetzt. Diese Risiken werden eng überwacht und gesteuert.

Insgesamt ist die Deutsche Bank gut aufgestellt, um die sich im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld ergebenden Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen.

Corporate Banking & Securities

Im Investment Banking wird das Umfeld 2012 und 2013 wahrscheinlich weiterhin von neuen regulatorischen Anforderungen und anhaltenden wirtschaftlichen Bedenken bezüglich der europäischen Staatschuldenkrise, einer möglichen Abschwächung des Wachstums in den Schwellenländern und der Nachhaltigkeit der Erholung in den USA geprägt sein. Damit dürfte die Volatilität bestehen bleiben, dennoch sollten die Aktivitäten an den Kapitalmärkten stabil sein. Das Provisionsaufkommen im Corporate-Finance-Geschäft wird sich unter der Voraussetzung einer Normalisierung der Marktbedingungen 2012 voraussichtlich erholen, da die Unternehmen solide Bilanzen vorweisen können und Finanzinstitute wahrscheinlich ihren Finanzbedarf und ihre Kapitalausstattung erhöhen. Die Handelsvolumina steigen möglicherweise an, wenn das Vertrauen der Anleger wieder wächst. Die Margen könnten bei Produkten mit geringeren Kapitalanforderungen (zum Beispiel Devisen- und Aktienkassageschäfte) aufgrund erhöhten Wettbewerbs unter Druck geraten, während kapitalintensivere strukturierte Produkte als Folge eines Rückzugs einiger Marktteilnehmer aufgrund neuer regulatorischer Anforderungen höhere Margen ermöglichen könnten.

Corporate Banking & Securities (CB&S) dürfte von der weiteren Integration der Investmentbank profitieren. Diese im Jahre 2010 begonnene Integration wird uns helfen, unseren Firmenkunden für eine breite Produktpalette einen besseren Service anzubieten, Doppelaktivitäten im Front Office und in den Supportfunktionen zu vermeiden und die Zusammenarbeit zwischen allen Geschäftsteilen zu verbessern. Unser Schwerpunkt wird weiterhin auf kundenbezogenen Geschäften und Lösungen liegen, bei einer guten Effizienz der Vermögenswerte (insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden aufsichtsrechtlichen Änderungen) und einer Minimierung der Risikopositionen.

Im Bereich Sales & Trading sollten die Erträge im kundenbezogenen Geschäft, unter anderem mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten und im Aktienkassageschäft, durch die anhaltende Volatilität beeinflusst werden, jedoch aufgrund unserer führenden Marktanteile bei Kunden trotz der Marktbedingungen stabil bleiben. Ferner gehen wir davon aus, dass wir von unseren kontinuierlichen Investitionen in den elektronischen Handel und in Plattformen mit direktem Marktzugang profitieren werden. Wir werden unseren Schwerpunkt auch weiterhin auf die Prime Finance-Plattform legen, wo wir eine marktführende Position erringen konnten. Auch der Handel mit Anleihen aus Schwellenländern und das Rohstoffgeschäft bleiben wichtigste Wachstumsfelder, da die Nachfrage nach diesen Produkten steigen dürfte.

Unter der Voraussetzung, dass sich die Marktbedingungen stabilisieren, dürfte das Provisionsaufkommen in Corporate Finance in den Jahren 2012 und 2013 ansteigen. Wir erwarten steigende Volumina bei den Anleiheemissionen im Zusammenhang mit Übernahmen und Fusionen, dem Ausweichen auf andere Finanzierungsquellen und dem Bedarf von Finanzinstituten an befristeten Finanzierungen und Kapital. Eine Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums könnte die Geschäftsgrundlagen jedoch beeinträchtigen. Bei den Aktienemissionen erwarten wir aufgrund des großen Rückstandes aus dem zweiten Halbjahr 2011 steigende Volumina, da Rekapitalisierungen und Privatisierungen am Markt anstehen. Die Geschäfte im Zusammenhang mit Übernahmen und Fusionen dürften stabil bleiben, da unter der Voraussetzung nachlassender Volatilität und zurückkehrender Stabilität die zyklische Erholung anhalten sollte. Die Deutsche Bank ist gut aufgestellt, um von all diesen Trends zu profitieren und auf der zunehmenden Dynamik im Geschäftsbereich Corporate Finance aufzubauen.

Global Transaction Banking

Die Entwicklung im globalen Transaction Banking dürfte in den nächsten zwei Jahren durch eine Reihe kritischer Faktoren beeinflusst werden. Das vergleichsweise niedrige Zinsniveau, das die meisten Märkte 2010 und 2011 geprägt hat, dürfte anhalten. Ein langsameres Wirtschaftswachstum, eine potenzielle Rezession in Europa und die anhaltende Staatsschuldenkrise könnten die Erträge negativ beeinflussen und neue regulatorische Anforderungen stellen eine zusätzliche Herausforderung für die gesamte Bankenbranche dar.

Das beschriebene schwierige Marktumfeld dürfte sich ebenfalls auf Global Transaction Banking auswirken. Durch das anhaltende profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie aufgrund der führenden Position in wichtigen Märkten ist Global Transaction Banking gut aufgestellt, um auch unter schwierigen Bedingungen neue Kunden zu gewinnen. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auf die Vertiefung seiner Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen und das verstärkte Wachstum des Geschäfts in einigen Schwellenländern. Zusätzlich werden Initiativen fortgesetzt, um den Ergebnismix noch ausgewogener zu gestalten und dadurch die Abhängigkeit vom Zinsniveau zu reduzieren. Die erfolgreiche Integration von Teilen des im Jahr 2010 erworbenen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO in den Niederlanden wird die Position von Global Transaction Banking in Europa weiter stärken, da der Bereich einen zweiten Heimatmarkt für Firmenkunden aufbauen, seine Kundenbetreuung intensivieren und komplementäre Produkte anbieten kann. Der Bereich erwartet, weiter von Synergien aus der Integration der Aktivitäten im Konzernbereich Corporate & Investment Bank zu profitieren. Als Teil der Integration wird die engere Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Corporate & Investment Bank sicherstellen, dass eine größere Zahl von Kunden die Dienstleistungen von Global Transaction Banking in Anspruch nehmen kann.

Asset and Wealth Management

Der Ausblick im Vermögensverwaltungsgeschäft für 2012 und darüber hinaus wird durch verschiedene gegensätzliche Faktoren beeinflusst. Die im Jahr 2012 erwartete Erholung der Märkte dürfte zu einer Zunahme der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen führen. Langfristige Trends, einschließlich der anhaltenden Verlagerung der Abhängigkeit von staatlichen Rentenversicherungssystemen hin zu privat finanziert Altervorsorge, des demografischen Wandels in den entwickelten Volkswirtschaften und des steigenden Wohlstands in Schwellenländern, werden sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirken und in den kommenden Jahren neue Möglichkeiten für das Geschäft mit Vermögensanlagen eröffnen. Allerdings könnten die Erträge kurzfristig unter Druck geraten, falls die Märkte wieder volatiler werden und die Flucht der Kunden in liquide Mittel oder einfache Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen anhält.

Im zweiten Halbjahr 2011 waren die weltweiten Finanzmärkte stärkerer Volatilität unterworfen, die zu geringerem Vertrauen der Investoren und zu Mittelabflüssen bei Aktien und liquiden Anlagen führte, was besonders aktive Vermögensverwalter wie das Asset Management der Deutschen Bank traf. Während die Märkte zum Ende des Jahres Anzeichen einer Stabilisierung zeigten, werden ungelöste makroökonomische Sachverhalte weiter eine bestimmende Größe für die Vermögensverwaltungsbranche bleiben.

Die Verabschiedung und Umsetzung einer Vielzahl neuer Reformen wird eine wesentliche Herausforderung für Vermögensverwalter bleiben, vor allem wenn deren Auswirkungen unsicher sind. Neue und ausstehende Regulierungen könnte die Kosten und Beschränkungen für Vermögensverwalter erhöhen (mit entsprechenden Auswirkungen auf das Wettbewerbsumfeld) und zu veränderten Geschäftsmodellen besonders bei großen Marktteilnehmern und Vermögensverwaltern im Bankbesitz führen. Als Teil unserer anhaltenden Bemühungen, die optimale Zusammensetzung unserer Geschäftsbereiche zu erhalten und in jedem unserer Geschäftsbereiche unter den Marktführern zu sein, haben wir am 22. November 2011 bekannt gegeben, dass wir eine strategische Überprüfung unseres Geschäftsbereichs Asset Management weltweit durchführen werden. Die strategische Überprüfung konzentriert sich vor allem auf die Analyse der jüngsten regulatorischen Veränderungen, damit verbundener Kosten und der Entwicklungen im Wettbewerbsumfeld sowie deren Auswirkungen auf den Geschäftsbereich und seine Wachstumsaussichten. Die Überprüfung bewertet alle strategischen Optionen einschließlich eines möglichen Verkaufs bestimmter Geschäftsfelder. Sie erstreckt sich auf den gesamten Geschäftsbereich Asset Management weltweit mit Ausnahme des Geschäfts der DWS in Deutschland, Europa und Asien, das ein Kernbestandteil des Angebots der Deutschen Bank für private Kunden in diesen Märkten bleibt.

Der Geschäftsbereich AM hat ungeachtet dessen 2011 von seiner Neuausrichtung der Geschäftsplattform sowie seinen Bemühungen um Kosteneffizienz (unterstützt durch das Programm zur Komplexitätsreduktion) operativ profitiert. Dies unterstreicht die Fähigkeit des Bereichs, die verbesserte Kapitalmarktlage und das Wirtschaftswachstum zu nutzen und das Risiko von Schwankungen an den Märkten beziehungsweise eines verstärkten Anlegerinteresses an festverzinslichen Produkten mit niedrigen Provisionserträgen aufzufangen. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich AM gut aufgestellt, um von den vorgenannten langfristigen Branchentrends profitieren zu können.

Mit stabilen, positiven operativen Ergebnissen, einer kontrollierten Kostenstruktur und anhaltenden Effizienzgewinnen, die von der bankweiten Komplexitätsreduktion und anderen Initiativen erwartet werden, ist der Ausblick für AM für die Jahre 2012 und 2013 positiv. Das Geschäft dürfte wesentlich von der weiteren Stabilisierung und dem Wachstum der Aktienmärkte, dem wachsenden Interesse von Investoren an alternativen Produkten einschließlich Immobilien und der Anlage von bisher nicht investiertem Kapital in wachstums- und provisionsstarke Produkte profitieren und somit die Verluste der vergangenen Jahre kompensieren.

Jeder weitere Marktschock, längere Phasen der Unsicherheit oder rezessive Trends könnten die Fähigkeit des Unternehmensbereichs Asset Management, seine Ergebnisziele zu erreichen, negativ beeinflussen.

Der Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) wird voraussichtlich von wachsenden Märkten im Vermögensverwaltungsgeschäft profitieren und seinen Marktanteil in einem fragmentierten wettbewerbsintensiven Umfeld im Jahr 2012 und darüber hinaus halten oder sogar steigern können. Die Konzentration auf das Segment der sehr vermögenden Kunden und der Schlüsselkunden wird aufgrund der intensiven Nutzung der bestehenden Plattform im Deutsche Bank-Konzern und der engen Zusammenarbeit mit dem Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) erheblich zum Ergebnis beitragen. Dank des Geschäftsmodells von PWM, das insbesondere auf Schwellenländer ausgerichtet ist, können Herausforderungen in etablierten Märkten, der strengere Regulierungsrahmen und das zunehmend schwierige politische Umfeld ausgeglichen werden. Das Geschäftsmodell des Unternehmensbereichs PWM konzentriert sich auf bereits bestehende große Onshore-Märkte, so dass die Steuerpolitik nur geringen Einfluss hat.

Der grundlegende wirtschaftliche Rückgang während der letzten Monate zeigte jedoch deutliche Unterschiede zwischen Regionen und Märkten. In der Eurozone strebt PWM eine gestärkte Marktführerschaft im Heimatmarkt durch seine beiden starken Marken Deutsche Bank und Sal. Oppenheim an. Die Wachstumsstrategie von PWM in der Region Asien/Pazifik ist entsprechend der Deutsche Bank Management Agenda auf organisches Wachstum durch Personaleinstellungen und eine vertiefte Kooperation mit CIB ausgerichtet. In den Regionen Asien/Pazifik und Amerika sollte die Dynamik im organischen Wachstum weiter genutzt werden, um einen Platz unter den ersten drei in der Region Asien/Pazifik und unter den ersten fünf in der Region Amerika zu erreichen. In Europa (ohne den Heimatmarkt) dürfte die Produktivität weiter steigen und in der Region Naher Osten und Russland und Osteuropa wird ein Platz unter den ersten fünf angestrebt. Die Integration von Sal. Oppenheim und die Positionierung im Deutsche Bank Konzern hat im Jahr 2011 positive Ergebnisse erzielt und Sal. Oppenheim sollte sich auch im Jahr 2012 und darüber hinaus weiter gut entwickeln. In einigen Regionen sind IT- und Prozessoptimierungen geplant, um Wachstumsinitiativen zu unterstützen und die Kosteneffizienz zu steigern.

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) der Deutschen Bank ist auch weiterhin ein führender und breit aufgestellter Anbieter mit weltweiter Präsenz, der dank seiner starken Position von den genannten Marktindikatoren profitieren sollte.

Private & Business Clients

Für die Länder, in denen der Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) tätig ist, ist aus makroökonomischer Sicht der Ausblick unterschiedlich. Während das BIP-Wachstum im Heimatmarkt Deutschland für 2012 leicht positiv und für 2013 noch etwas besser erwartet wird, dürfte das Wirtschaftswachstum in den meisten europäischen Ländern, in denen PBC vertreten ist, gering oder leicht negativ ausfallen. In Asien wird eine Fortsetzung des eingeschlagenen Wachstumspfads erwartet. Ein weiterer wesentlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums könnte jedoch zu einer höheren Arbeitslosenquote, einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft und einem geringeren Geschäftswachstum führen.

PBC wird weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung bei Anlageprodukten, die besonders von einem weiteren Fortschritt bei der europäischen Staatsschuldenkrise abhängt. Anhaltend niedrige Zinsen könnten die Erträge in PBC im Jahr 2012 ebenfalls beeinträchtigen.

Der Erfolg von Private & Business Clients basiert auf einem soliden Geschäftsmodell: Mit einer Kombination aus Advisory Banking und Consumer Banking hat PBC eine führende Stellung im Heimatmarkt Deutschland, die durch eine starke Positionierung in anderen wichtigen europäischen Märkten und Wachstumsinvestitionen in den asiatischen Kernmärkten ergänzt wird.

Durch eine weitere Stärkung unserer Angebotspalette im Advisory Banking in Deutschland sollten wir unsere Marktposition festigen können, indem wir unsere Erfolge bei der Gewinnung von Einlagen und im risikoarmen Hypothekengeschäft fortsetzen sowie unser Geschäft mit Investment- und Versicherungsprodukten stärken. Durch eine anhaltende organisatorische Anpassung streben wir einen höheren Wertbeitrag und eine bessere Orientierung an den Bedürfnissen unserer Kunden an.

Die Postbank sollte ihr Wachstum im Consumer Banking in Deutschland fortsetzen und gleichzeitig Risikopositionen in Randbereichen reduzieren. Gemeinsam sollten Deutsche Bank und Postbank weiter erfolgreich Ertrags- und Kostensynergien realisieren können. Effekte aus der Ausübung der Pflichtumtauschanleihe, der Kauf- und Verkaufsoption und ein möglicher Beherrschungsvertrag dürften das Erzielen von Synergien im Jahr 2012 unterstützen.

Gleichwohl bestehen die oben genannten wirtschaftlichen Risiken auch für die enge Kooperation zwischen der Deutschen Bank und der Postbank. Bezüglich der Kosten besteht das Risiko, dass Synergien nicht oder später als prognostiziert realisiert werden können. Außerdem besteht das Risiko, dass die mit der Schaffung der Synergien verbundenen Kosten höher als erwartet ausfallen können. Diese Risiken werden soweit möglich durch eine ständige Überprüfung der Synergiemaßnahmen gemäß dem Bottom-up-Ansatz sowie durch eine laufende Überwachung und Berichterstattung an die Führungsebene gemindert.

Das profitable europäische Geschäft von PBC wollen wir mittels unserer Stärke im Beratungsgeschäft auf vermögende Kunden in wohlhabenden Regionen ausrichten. Unsere Beteiligung in Höhe von 19,99 % an der Hua Xia Bank in China und die stärkere Kooperation, sowie ein weiteres organisches Wachstum in Indien werden die Wachstumschancen von PBC in Asien noch verbessern.

PBC ist bestrebt, seinen Wachstumskurs fortzusetzen mit dem ehrgeizigen Ziel, nach erfolgreicher vollständiger Integration der Postbank ein Ergebnis vor Steuern von 3 Mrd € zu erreichen.

02 -

Konzernabschluss

- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 175
- Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 176
- Konzernbilanz – 177
- Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 178
- Konzern-Kapitalflussrechnung – 180
- Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 181

(Diese Seite wurde absichtlich freigelassen)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2011	2010	2009
Zinsen und ähnliche Erträge	6	34.878	28.779	26.953
Zinsaufwendungen	6	17.433	13.196	14.494
Zinsüberschuss	6	17.445	15.583	12.459
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	1.839	1.274	2.630
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		15.606	14.309	9.829
Provisionsüberschuss	7	11.544	10.669	8.911
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6	3.058	3.354	7.109
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8	123	201	-403
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	17	-264	-2.004	59
Sonstige Erträge	9	1.322	764	-183
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		15.783	12.984	15.493
Personalaufwand	33, 34	13.135	12.671	11.310
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	10	12.657	10.133	8.402
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		207	485	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	24	-	29	-134
Restrukturierungsaufwand		-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		25.999	23.318	20.120
Ergebnis vor Steuern		5.390	3.975	5.202
Ertragsteuraufwand	35	1.064	1.645	244
Jahresüberschuss		4.326	2.330	4.958
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		194	20	-15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		4.132	2.310	4.973

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2011	2010	2009
Ergebnis je Aktie:¹	11			
Unverwässert		€ 4,45	€ 3,07	€ 7,21
Verwässert ²		€ 4,30	€ 2,92	€ 6,94
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		928,0	753,3	689,4
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		957,3	790,8	716,7

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 11 „Ergebnis je Aktie“ enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2011	2010	2009
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter			
Gewinn, nach Steuern	4.326	2.330	4.958
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern ¹	707	135	– 792
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 697	83	523
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	– 11	39	556
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 141	– 78	118
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	3	4	6
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, vor Steuern ³	25	– 25	–
Anpassungen aus der Währungsumrechnung: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	1.291	920	40
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	–	– 6	11
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 5	– 26	85
Steuern auf Gewinne/Verluste (–) aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	75	211	– 141
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	1.247	1.257	406
Gesamtergebnis, nach Steuern	5.573	3.587	5.364
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	155	4	– 1
den Deutsche Bank-Aktionären	5.418	3.583	5.365

¹ Die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern, werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ab 2011 in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen. Die dazugehörigen latenten Steuern sind in den Steuern auf Gewinne/Verluste in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung mit ausgewiesen. Die Angaben zu Vorperioden wurden entsprechend angepasst. In der Konzernbilanz werden die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern, in den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

² Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

³ Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 25 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Aktiva:			
Barreserve		15.928	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		162.000	92.377
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	20, 21	25.773	20.365
Forderungen aus Wertpapierleihen	20, 21	31.337	28.916
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		240.924	271.291
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		859.582	657.780
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		180.293	171.926
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2011 87 Mrd € (2010: 91 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	12, 14, 21, 36	1.280.799	1.100.997
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2011 9 Mrd € (2010: 4 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	16, 20, 21	45.281	54.266
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	17	3.759	2.608
Forderungen aus dem Kreditgeschäft			
davon zum 31.12.2011 und 2010 jeweils 3 Mrd € als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	18, 19	412.514	407.729
Sachanlagen	22	5.509	5.802
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	24	15.802	15.594
Sonstige Aktiva	25, 26	154.794	149.229
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	35	1.870	2.249
Steuerforderungen aus latenten Steuern	35	8.737	8.341
Summe der Aktiva		2.164.103	1.905.630
Passiva:			
Einlagen	27	601.730	533.984
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20, 21	35.311	27.922
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	20, 21	8.089	3.276
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 14, 36		
Handelpassiva		63.886	68.859
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹		838.817	647.195
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		118.318	130.154
Investmentverträge		7.426	7.898
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		1.028.447	854.106
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	30	65.356	64.990
Sonstige Passiva	25, 26	187.816	181.827
Rückstellungen	19, 28	2.621	2.204
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	35	2.524	2.736
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	35	1.789	2.307
Langfristige Verbindlichkeiten	31	163.416	169.660
Hybride Kapitalinstrumente	31	12.344	12.250
Summe der Verbindlichkeiten		2.109.443	1.855.262
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	32	2.380	2.380
Kapitalrücklage		23.695	23.515
Gewinnrücklagen ¹		30.119	25.975
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	32	- 823	- 450
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		- 1.981	- 2.601
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		53.390	48.819
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1.270	1.549
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		54.660	50.368
Summe der Passiva		2.164.103	1.905.630

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	- 939	- 3
Gesamtergebnis ²	-	-	4.973	-	-
Begebene Stammaktien	128	830	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 309	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	- 679	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 688	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.313	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	35	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 5
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	8
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 149	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 19.238	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	18.816	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 177	-	-	-
Sonstige	-	18	- 3	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	- 48	-
Gesamtergebnis ²	-	-	2.286	-	-
Begebene Stammaktien	791	9.413	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 465	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	94	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 296	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.439	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 11	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 93
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	93
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 115	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 15.366	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	13.525	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Sonstige	-	- 306	4	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2010	2.380	23.515	25.975	- 450	-
Gesamtergebnis ²	-	-	4.132	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 691	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	666	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	153	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.108	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 76	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 131	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 13.781	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	12.300	-
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 32	-	-	-
Sonstige	-	266	37	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.380	23.695	30.119	- 823	-

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapital-veränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
- 855	- 346	-	- 3.628	- 22	- 4.851	30.703	1.211	31.914
669	212	-	107	83	1.071	6.044	- 1	6.043
-	-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	-	- 309	-	- 309
-	-	-	-	-	-	- 679	-	- 679
-	-	-	-	-	-	- 688	-	- 688
-	-	-	-	-	-	1.313	-	1.313
-	-	-	-	-	-	35	-	35
-	-	-	-	-	-	- 5	-	- 5
-	-	-	-	-	-	8	-	8
-	-	-	-	-	-	- 149	-	- 149
-	-	-	-	-	-	- 19.238	-	- 19.238
-	-	-	-	-	-	18.816	-	18.816
-	-	-	-	-	-	- 177	-	- 177
-	-	-	-	-	-	15	112	127
- 186	- 134	-	- 3.521	61	- 3.780	36.647	1.322	37.969
73	- 45	- 11	1.188	- 26	1.179	3.465	- 8	3.457
-	-	-	-	-	-	10.204	-	10.204
-	-	-	-	-	-	- 465	-	- 465
-	-	-	-	-	-	94	12	106
-	-	-	-	-	-	- 296	-	- 296
-	-	-	-	-	-	1.439	-	1.439
-	-	-	-	-	-	- 11	-	- 11
-	-	-	-	-	-	- 93	-	- 93
-	-	-	-	-	-	93	-	93
-	-	-	-	-	-	- 115	-	- 115
-	-	-	-	-	-	- 15.366	-	- 15.366
-	-	-	-	-	-	13.525	-	13.525
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 302	223	- 79
- 113	- 179	- 11	- 2.333	35	- 2.601	48.819	1.549	50.368
- 504	- 47	11	1.167	- 7	620	4.752	162	4.914
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 691	-	- 691
-	-	-	-	-	-	666	- 7	659
-	-	-	-	-	-	153	-	153
-	-	-	-	-	-	1.108	-	1.108
-	-	-	-	-	-	- 76	-	- 76
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 131	-	- 131
-	-	-	-	-	-	- 13.781	-	- 13.781
-	-	-	-	-	-	12.300	-	12.300
-	-	-	-	-	-	- 32	-	- 32
-	-	-	-	-	-	303	- 434	- 131
- 617	- 226	-	- 1.166	28	- 1.981	53.390	1.270	54.660

³ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2011	2010	2009
Jahresüberschuss	4.326	2.330	4.958
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.839	1.274	2.630
Restrukturierungsaufwand	–	–	–
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	– 841	– 363	– 656
Latente Ertragsteuern, netto	– 387	315	– 296
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	3.697	4.255	1.782
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 222	– 457	– 189
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	8.412	7.354	8.229
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	– 53.427	– 34.806	4.583
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	– 8.202	26.368	– 4.203
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	– 11.582	– 24.502	24.890
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	– 7.092	– 2.823	17.213
Sonstige Aktiva	– 17.962	– 5.894	21.960
Einlagen	66.168	22.656	– 57.330
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	– 8.389	53.450	– 7.061
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	12.622	– 40.709	– 40.644
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	1.689	18.509	2.592
Sonstige Passiva	21.476	2.851	– 15.645
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	– 5.991	– 3.457	– 7.150
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo ¹	10.558	– 17.664	40.023
Sonstige, per saldo	– 478	– 5.009	– 1.243
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	7.802	– 3.676	– 13.786
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	21.948	10.652	9.023
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	10.635	4.181	8.938
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	336	250	574
Verkauf von Sachanlagen	101	108	39
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 19.606	– 14.087	– 12.082
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 602	– 145	– 3.730
Sachanlagen	– 794	– 873	– 592
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	348	8.580	– 20
Sonstige, per saldo	– 451	– 1.189	– 1.749
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	11.915	7.477	401
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	76	1.341	457
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	– 715	– 229	– 1.448
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	37	90	1.303
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	– 45	– 51	–
Kapitalerhöhung	–	10.060	–
Kauf Eigener Aktien	– 13.781	– 15.366	– 19.238
Verkauf Eigener Aktien	12.229	13.519	18.111
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 4	– 7	– 5
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 266	200	109
Gezahlte Bardiividende	– 691	– 465	– 309
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 3.160	9.092	– 1.020
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	– 964	1.911	690
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	15.593	14.804	– 13.715
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	66.353	51.549	65.264
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	81.946	66.353	51.549
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (–) Ertragsteuern, netto	1.327	784	– 520
Gezahlte Zinsen	17.743	13.740	15.878
Erhaltene Zinsen und Dividenden	35.216	29.456	28.211
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten	15.928	17.157	9.346
Barreserve			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 95.982 Mio € per 31.12.2011 (31.12.2010: 43.181 Mio €, 31.12.2009: 5.030 Mio €)	66.018	49.196	42.203
Insgesamt	81.946	66.353	51.549

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

- 01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze – 182
- 02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – 214
- 03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 222
- 04 – Akquisitionen und Veräußerungen – 226
- 05 – Segmentberichterstattung – 243

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

- 06 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 254
- 07 – Provisionsüberschuss – 256
- 08 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 257
- 09 – Sonstige Erträge – 258
- 10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 258
- 11 – Ergebnis je Aktie – 259

Anhangangaben zur Bilanz

- 12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 261
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 263
- 14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 265
- 15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 280
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 283
- 17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 284
- 18 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 286
- 19 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 287
- 20 – Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten – 288
- 21 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 289
- 22 – Sachanlagen – 290
- 23 – Leasingverhältnisse – 291
- 24 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 293
- 25 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 304
- 26 – Sonstige Aktiva und Passiva – 307
- 27 – Einlagen – 308
- 28 – Rückstellungen – 308
- 29 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 315
- 30 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 316
- 31 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 317

Zusätzliche Anhangangaben

- 32 – Stammaktien – 318
- 33 – Aktienbasierte Vergütungen – 319
- 34 – Leistungen an Arbeitnehmer – 323
- 35 – Ertragsteuern – 330
- 36 – Derivative Finanzinstrumente – 334
- 37 – Aufsichtsrechtliches Kapital – 336
- 38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 343
- 39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 347
- 40 – Versicherungs- und Investmentverträge – 348
- 41 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 352
- 42 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 354
- 43 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 354
- 44 – Anteilsbesitz – 356

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate & Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Risikoangaben gemäß IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind durch Verweis auf durch seitliche Klammern entsprechend gekennzeichnete Teile des Risikoberichts weiterhin Bestandteil des Konzernanhangs.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Uwidmung von finanziellen Vermögenswerten, die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die Wertminderung sonstiger finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Eine Beschreibung der bei der Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen ist in Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“ enthalten.

Bewertungsansatz für besicherte Derivate

Im zweiten Quartal 2011 hat der Konzern die Bewertung seiner besicherten Derivate fast vollständig auf die Overnight-Interest-Rate-Swap (OIS) Kurve umgestellt, um die aus besicherten Derivaten resultierenden Zins- und Refinanzierungsrisiken im Einklang mit der Preisermittlung einheitlich zu steuern. Der geänderte Bewertungsansatz hatte im Geschäftsjahr 2011 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Zuordnung von Ertragskomponenten in CIB

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Darstellung der Vorperiodenerträge des Konzernbereichs CIB infolge einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Überprüfung führte für das Geschäftsjahr 2009 zu einem Transfer von 325 Mio € negativen Erträgen von Kreditgeschäft zu Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte). Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) wurden für das Geschäftsjahr 2009 um 83 Mio € reduziert, mit entsprechenden Gegeneffekten in Sales & Trading

(Debt und sonstige Produkte). Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf die Gesamterträge des Konzernbereichs CIB.

Zuordnung von Ertragskomponenten in PCAM

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2011 aufgrund einer Überprüfung der Zuordnung spezifischer Ertragskomponenten zu den Produktkomponenten angepasst. Um die Vergleichbarkeit zu erleichtern, wurden im Geschäftsjahr 2010 73 Mio € vom Kreditgeschäft ins Einlagen- und Zahlungsverkehrsgeschäft übertragen (2009: 70 Mio €). Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

Versicherungsgeschäft

Im zweiten Quartal 2010 hat der Konzern die Darstellung der Gebühren und der Nettoausgleiche im Zusammenhang mit Langlebigkeitsversicherungs- und Langlebigkeitsrückversicherungsverträgen geändert. Es wurde festgestellt, dass eine Nettodarstellung von Cashflows aus individuellen Langlebigkeitsversicherungs- und Langlebigkeitsrückversicherungsverträgen der tatsächlichen Regulierung dieser Cashflows entspricht und daher den Charakter solcher Verträge reflektiert. Diese Änderung des Ausweises führte zu einem Transfer von Aufwendungen in Höhe von 102 Mio € im Geschäftsjahr 2011 sowie in Höhe von 117 Mio € im Geschäftsjahr 2010 aus den Sonstigen Erträgen in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

Abschreibungsduern für Software

Seit dem zweiten Quartal 2010 wendet der Konzern auf fünf oder zehn Jahre geänderte Abschreibungsduern für aktivierte Aufwendungen für bestimmte erworbene oder selbst erstellte Software an, die zuvor über drei Jahre abgeschrieben wurde. Die Änderung hatte in den dargestellten Perioden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss und wird in zukünftigen Perioden ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugeleichen. Entsprechende Anpassungen in den Geschäftsjahren 2010 und 2009 führten in 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio € sowie in 2009 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 145,8 Mio €. Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Wechsel der funktionalen Währung eines wesentlichen Geschäftsbetriebs

Am 1. Januar 2010 wechselte die funktionale Währung der Filiale London der Deutschen Bank Aktiengesellschaft („Filiale London“) und bestimmter anderer in London ansässiger Tochtergesellschaften von Britischem Pfund zu Euro.

Die funktionale Währung dieser Einheiten war zuvor auf das Britische Pfund festgelegt, da es sich hierbei um die Währung des primären Wirtschaftsumfelds handelte. Während des Geschäftsjahres 2009 stellte man jedoch fest, dass sich das wirtschaftliche Umfeld, die Struktur der Geschäftsfelder und der Bilanz der Filiale London im Laufe der Zeit sukzessive gewandelt hatten. Um dieser Änderung gerecht zu werden, führt das Management der Filiale London deren Geschäfte seit dem 1. Januar 2010 in Euro durch. Zur Implementierung dieser Entscheidung wurden in der Filiale London Maßnahmen zur Absicherung aller Nicht-Euro-Risiken, zur Umwandlung von Gewinnen in Euro und zur Umstellung der internen Managementberichterstattung auf Euro ergriffen.

Die Änderung der funktionalen Währung in Euro wurde prospektiv für diesen Konzernabschluss angewandt. Der Konzern hat alle Sachverhalte mit dem Wechselkurs am 1. Januar 2010 in die neue funktionale Währung umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung des ausländischen Geschäftsbetriebs, die zuvor in der „Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung“ erfasst wurden, verbleiben in der „Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung“ und werden erst im Fall einer Veräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2009, 2010 und 2011 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften und interagiert mit nicht von ihm gesponserten Zweckgesellschaften aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine Zweckgesellschaft zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der Zweckgesellschaft zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft Nutzen zieht, (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt, (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zieht oder (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen.

Die Konsolidierungsanalyse berücksichtigt Risiken, denen sowohl die Deutsche Bank als auch Dritte im Hinblick auf Zweckgesellschaften über Derivate, Schuld- und Eigenkapitaltitel sowie sonstige Instrumente ausgesetzt sind. Eine Zweckgesellschaft ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die Zweckgesellschaft durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für Zweckgesellschaften, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der Zweckgesellschaft ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer Zweckgesellschaft vorliegt. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der Zweckgesellschaft, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der Zweckgesellschaft,
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der Zweckgesellschaft,
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer Zweckgesellschaft und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die Zweckgesellschaft zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende Zweckgesellschaften führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der Zweckgesellschaft vorgenommen.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich des Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen (inklusive aller diesen zuzuordnenden in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Bestandteile) ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste

Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden zu dem Zeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, an dem der Konzern den beherrschenden Einfluss verliert.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Die Bilanzierung zum Erwerbszeitpunkt kann auf Basis vorläufiger Beträge vorgenommen werden. Die vorläufigen Beträge werden angepasst, wenn der Konzern innerhalb des Bewertungszeitraums von einem Jahr neue Informationen über Fakten und Umstände erhält, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden und die die Bewertung der zu diesem Stichtag angesetzten Beträge beeinflusst hätten, wenn sie bekannt gewesen wären. Wenn eine Anpassung innerhalb des Bewertungszeitraums erforderlich ist, passt der Konzern die beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden sowie den Geschäfts- oder Firmenwert an, als ob die Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses zum Erwerbszeitpunkt abgeschlossen worden wäre. Vergleichsinformationen für frühere Perioden, die im Abschluss dargestellt werden, werden entsprechend angepasst, sofern sich der Erwerbszeitpunkt auf vergangene Berichtsperioden bezieht. Anpassungen innerhalb des Bewertungszeitraums können auch Änderungen planmäßiger Abschreibungen, die in vergangenen Perioden erfasst wurden, zur Folge haben.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern die zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteile veräußert hätte.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neubewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeit-

wert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben. Diese Erhöhung stellt eine Wertaufholung des zuvor erfassten Wertminderungsverlusts dar.

Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurückbehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Ein zurückbehaltenes Investment wird als Finanzinstrument bilanziert, wie im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ erläutert.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche

Einzelne langfristige nichtfinanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nichtfinanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Das Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ist separat in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen, wenn ein Unternehmen oder ein Unternehmensbestandteil veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wurde und (a) einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geografischen Geschäftsbereich darstellt, (b) Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines gesonderten wesentlichen Geschäftszweigs oder geografischen Geschäftsbereichs ist oder (c) ein ausschließlich mit der Absicht einer Weiterveräußerung erworbenes Tochterunternehmen ist. Das Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen setzt sich zusammen aus dem Vor-Steuer-Ergebnis der aufgegebenen Geschäftsbereiche und darauf entfallenden Steueraufwendungen. Ebenso sind die Netto-Zahlungsströme, die der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitions- und Finanzierungstätigkeit des aufgegebenen Geschäftsbereichs zuzurechnen.

nen sind, separat darzustellen. Für aufgegebene Geschäftsbereiche sind die Vergleichszahlen in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Kapitalflussrechnung anzupassen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nichtmonetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nichtmonetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nichtmonetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Beim Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt beim Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn ihre Höhe und die der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss. Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts am Umwidmungstichtag und des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss. Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen. Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erst erfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt.

Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva. Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Physische Rohstoffe, die vom Warenterminhandelsbereich des Konzerns gehalten werden, sind ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert, (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt spiegelt erwartete Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit dieser Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinserträgen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitle, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert, abzüglich der entstandenen Transaktionskosten, entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtitlen gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtitlen behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen seitens des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbrießen, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, wird auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umwidmung vorgenommen. Die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, sind vom Management zu bestätigen.

Zusätzlich zu den obigen Kriterien muss außerdem ein überzeugender Nachweis vorliegen, der bestätigt, dass die erwartete Rückzahlung des Vermögenswerts den geschätzten beizulegenden Zeitwert übersteigt und dass die Renditen aus dem Vermögenswert optimiert werden, indem er auf absehbare Zeit gehalten wird.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminde rung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede

Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemin-dert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kredit-ausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragsswilligen und voneinander unabhängigen Ge-schäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzin-strumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn mög-lich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Weitere Informationen zu den bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen sind in Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“, Abschnitt „Bestimmung des beizule-genden Zeitwerts – Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet wer-den, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handels-tag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Ver-änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspie-gelt. Ein verbleibender abgegrenzter Trade Date Profit wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung er-fasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handels-tagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Weitere Informationen zu den bei der Prüfung der Beobacht-

barkeit von Eingangsparametern und bei den Maßnahmen für die Minderung von Risiken angewandten Schätzungen und Beurteilungen sind in Anhangangabe 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“, Abschnitt „Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts – Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ enthalten.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungs-zwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den Sonstigen Aktiva oder Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Bei der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskurschwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei einem Verkauf der ausländischen Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gelten als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Fall einer Umlklassifizierung des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmalen zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettoarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst

und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage; die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann, oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv ermittelte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen und wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt. Bei Immobilienfinanzierungen wird ein unbesicherter Betrag spätestens nach 840 Tagen Überfälligkeit abgeschrieben. Im Rahmen von Konsumentenfinanzierungen wird bei Kreditkarten jeder Betrag der Inanspruchnahme abgeschrieben, für den eine Rückführung nicht innerhalb von 180 Tagen erwartet wird. Dieser Zeitraum beträgt 270 Tage für sonstige Konsumentenfinanzierungen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitle, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfübarer Schuldtitle wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezi-

fisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft, die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich, wie im Abschnitt „Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“ beschrieben.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch

beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel ange setzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Der Konzern verrechnet Reverse Repos und Repos, die mit demselben Kontrahenten abgeschlossen wurden, dieselbe Fälligkeit und Währung aufweisen, mit der gleichen Sammelverwahrungsstelle (Central Securities Depository) bestehen und bei denen rechtlich durchsetzbare Nettingrahmenverträge vorliegen, wenn eine Abwicklung auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleiher ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den beizulegenden Zeitwert oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum beizulegenden Zeitwert. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten mit der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts herangezogen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmensaktivitäten steuert, oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmensaktivitäten trifft. Die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns sind demzufolge Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments.

Darüber hinaus wird der Geschäfts- oder Firmenwert, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde, einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und dieser wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantenehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Andernfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Sale-and-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-and-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögensgegenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-and-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum beizulegenden Zeitwert ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem beizulegenden Zeitwert, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem beizulegenden Zeitwert, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Andernfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den beizulegenden Zeitwert, wird der den beizulegenden Zeitwert übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 34 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegenden Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegenden Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Gewinn oder Verlust, auf den sich die latente Steuer bezieht, realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer

zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitle zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitle, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzu-

folge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge. Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit den IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf die IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“). Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendun-

gen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktvierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitspanne, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolicen und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Eingänge für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Anwendung einiger der in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders treffen könnten. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Bestimmte Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen, wobei Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam erfasst werden. Hierzu gehören Handelsaktiva und -passiva sowie zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Des Weiteren werden zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, wobei die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, es sei denn, sie sind Bestandteil von Absicherungsbeziehungen von Zahlungsströmen oder Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb, wobei Wertänderungen in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden.

Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelsspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen. Private-Equity-Beteiligungen, bei denen der Konzern nicht über beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss verfügt, werden ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und entweder als Handelsinstrumente, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Der beizulegenden Zeitwert ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialisten-teams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und die Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf beobachtbaren Preisen oder Parametern beziehungsweise wird aus ihnen abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, außerbörsliche Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktien-

swaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der beizulegende Zeitwert mittels branchenüblicher Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente stehen keine beobachtbaren Preise oder Parameter zur Verfügung, weswegen der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden; neue, komplexe und langfristige außerbörsliche Derivate; Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten; notleidende Schuldtitle und Kredite; Private-Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und die Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und sein eigenes Kreditrisiko auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden. Der ermittelte beizulegende Zeitwert ist eine Schätzung des Preises, zu dem die spezifische Verpflichtung zum Bewertungsstichtag mit anderen Marktteilnehmern ausgetauscht werden würde.

Soweit für die am Handelstag angewandten Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt gemäß den IFRS die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände getroffen, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/ oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten beizulegenden Zeitwerte sicherzustellen. Basiert der beizulegende Zeitwert auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des beizulegenden Zeitwerts anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse mittels geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle unter Zuhilfenahme von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung durch das Management.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Backtesting.

Anhangangaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“. Der Bilanzwert der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2011 47,6 Mrd € (2010: 46,7 Mrd €). Der Bilanzwert der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen finanziellen Verpflichtungen der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2011 13,4 Mrd € (2010: 13,0 Mrd €). Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Zusätzlich zu den Angaben zur Fair-Value-Hierarchie in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ stellt der Konzern eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Diese Angaben finden sich in Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden“. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu den vom Konzern umgewidmeten Vermögenswerten sind in Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen die erwartete Rückzahlung deren geschätzten beizulegenden Zeitwert übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den beizulegenden Zeitwert der identifizierten Vermögenswerte am Umwidmungsstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts“ beschrieben). Dieser beizulegende Zeitwert repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen können die Anforderungen an das Management in einem hoch volatilen und unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Marktumfeld besonders anspruchsvoll sein, wie es im dritten und vierten Quartal des Geschäftsjahres 2008 der Fall war. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management. Für die Änderung der Zweckbestimmung reicht es nicht aus, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen. Die vom Konzern festgelegten Mindestanforderungen zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, sind in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ Abschnitt „Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzeln als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen ökonomischer und finanzieller Unsicherheit wie zum Beispiel während der jüngsten Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 1.839 Mio € (2010: 1.274 Mio €, 2009: 2.630 Mio €).

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen, etwa bei bestimmten Leveraged Loans, wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management in Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird auf kollektiver Basis ermittelt. Die kollektiv ermittelte Wertberichtigung wird auf Portfolioebene mithilfe von statistischen Modellen ermittelt, in die zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen einfließen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen. Eine weitergehende Erläuterung der zur Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft angewandten Methoden ist in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten.

Wertminderungen sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objek-

tiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie zum Beispiel eine Ratingherabstufung gehören. Für Schuldtitle, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung des Konzerns verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Die Werthaltigkeitsprüfungen für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte führten im Geschäftsjahr 2011 zu Wertminderungen von 1.140 Mio € (2010: 2.588 Mio €, 2009: 1.125 Mio €). Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ und über nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Anhangangabe 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ enthalten.

Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte wie der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Konzern der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sind. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen (außer auf den Geschäfts- oder Firmenwert) werden umgehend erfolgswirksam erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen von Seiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Geschäfts- oder Firmenwert 11,0 Mrd € (2010: 10,8 Mrd €) und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte wurden sowohl zum Jahresende 2011 als auch 2010 mit 4,8 Mrd € ausgewiesen. Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Vermögenswerte erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen.

Im Geschäftsjahr 2011 umfassten die Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte eine Belastung in Höhe von 2 Mio € im Zusammenhang mit der Abschreibung gewisser Rechte in Bezug auf ein Investment in ein Erneuerbare-Energien-Projekt innerhalb von CB&S. Im Geschäftsjahr 2010 wurden Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 41 Mio € erfasst, von denen 29 Mio € im Zusammenhang mit kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerten im Bereich GTB standen und 12 Mio € sich auf erworbene Software im Bereich AWM bezogen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 157 Mio € erfasst. Diese enthielten Wertminderungen in Höhe von 151 Mio €, die im Zusammenhang mit Investments im Konzernbereich Corporate Investments standen. Weiterhin wurden Wertaufholungen in Höhe von 291 Mio € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erfasst, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Weitere Informationen zum Geschäfts- oder Firmenwert und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Anhangangabe 24 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Latente Steuerforderungen

Latente Steuerforderungen werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugängigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen, einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft, einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Wert nicht angesetzter latenter Steuerforderungen 2,4 Mrd € (2010: 2,6 Mrd €) und der Wert angesetzter Steuerforderungen 8,7 Mrd € (2010: 8,3 Mrd €).

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Anhangangabe 35 „Ertragsteuern“.

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewisse Steuerpositionen

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren oder ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen“ oder IAS 12, „Ertragsteuern“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- undaufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- undaufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 28 „Rückstellungen“.

03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2011 zur Anwendung kamen.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“). Die Definition von nahestehenden Dritten wurde geändert, um klarzustellen, dass die Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen und die Tochtergesellschaften der Joint Ventures auch zum Kreis der nahestehenden Dritten gehören. Infolge dieser Klarstellung hat sich der Kreis der nahestehenden Dritten deutlich erweitert und die Vorjahreszahlen wurden infolge der Erstanwendung angepasst. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 trat für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 begannen. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“)

Im Mai 2010 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen traten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 begonnen haben. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2011 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 7

Im Oktober 2010 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“. Die neuen Regelungen beinhalten zusätzliche Offenlegungspflichten bei Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten (zum Beispiel Verbriefungen) einschließlich möglicher Effekte aus jeglichen Risiken, die bei der übertragenden Gesellschaft verbleiben. Zudem wird die Offenlegung zusätzlicher Informationen verlangt, falls ein unverhältnismäßig großer Teil von Übertragungen zum Ende einer Berichtsperiode erfolgt. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 1

Im Juni 2011 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“. Die Änderungen sehen vor, dass die Posten in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen danach gruppiert werden sollen, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig sein wird, die Bestandteile der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und der Gewinn- und Verlustrechnung in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen darzustellen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Umsetzung der geänderten Vorschriften wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen im Konzernabschluss haben.

IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12, IAS 27 und IAS 28

Im Mai 2011 veröffentlichte der IASB IFRS 10, „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11, „Joint Arrangements“, IFRS 12, „Disclosures of Interests in Other Entities“, eine überarbeitete Fassung von IAS 27, „Separate Financial Statements“, sowie eine überarbeitete Fassung von IAS 28, „Investment in Associates and Joint Ventures“, die aufgrund der Veröffentlichung von IFRS 10 und IFRS 11 entsprechend angepasst wurden.

IFRS 10 ersetzt IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und SIC-12, „Consolidation – Special Purpose Entities“, und schafft eine einheitliche Definition für den Begriff der Beherrschung, die auf alle Unternehmen, inklusive der zuvor unter SIC-12 analysierten Zweckgesellschaften, anzuwenden ist. Ein Investor beherrscht eine Beteiligung, wenn er sowohl variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit der Beteiligung ausgesetzt ist als auch die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit an der Beteiligung zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

IFRS 11 ersetzt IAS 31, „Interests in Joint Ventures“, und SIC-13, „Jointly-controlled Entities – Non-monetary Contributions by Venturers“. IFRS 11 unterscheidet nunmehr zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen, und stellt für die Abgrenzung zwischen den beiden Arten auf die Rechte und Pflichten der Vereinbarung ab. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei Gemeinschaftsunternehmen, das vom Konzern nicht angewandt wird, wurde abgeschafft und die Anwendung der Equitymethode verpflichtend vorgeschrieben.

IFRS 12 verlangt von einem Unternehmen, Angaben zur Art, zu verbundenen Risiken und zu den finanziellen Auswirkungen von Anteilen an Tochter-, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlichen Vereinbarungen sowie zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten offenzulegen. IFRS 12 verlangt im Vergleich zu IAS 27 oder SIC-12 umfassendere Anhangangaben.

Alle Standards treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, wenn alle Standards zusammen vorzeitig angewandt werden. Unternehmen können jedoch einzelne verpflichtende Anhangangaben bereits vorzeitig in ihrem Konzernabschluss offenlegen, ohne IFRS 12 in seiner Gesamtheit vorzeitig anzuwenden. Alle Standards sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der jeweiligen Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Standards auf den Konzernabschluss.

IAS 19

Im Juni 2011 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 19, „Employee Benefits“ („IAS 19 R“). Die bisher zulässige Abgrenzung aller Änderungen des Barwerts der Pensionsverpflichtung und des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens (inklusive des Korridoransatzes, der vom Konzern nicht angewandt wird) ist nicht mehr möglich. Darüber hinaus verlangt IAS 19 R einen Nettozinsansatz, der den erwarteten Ertrag aus Planvermögen ersetzt, und erweitert die Offenlegungspflichten für leistungsdefinierte Pläne. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 13

Im Mai 2011 veröffentlichte der IASB IFRS 13, „Fair Value Measurement“, der die Vorschriften zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts innerhalb der IFRS zusammenführt. IFRS 13 ändert die Definition des beizulegenden Zeitwerts und gibt Hinweise, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder erlaubt. Zudem wird die Offenlegung umfassenderer Informationen zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert verlangt. IFRS 13 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 13 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung des Standards auf den Konzernabschluss.

IAS 32 und IFRS 7

Im Dezember 2011 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IAS 32 R“), die die Vorschriften zur Saldierung von Finanzinstrumenten konkretisieren. IAS 32 R stellt klar, dass (a) der Anspruch einer Gesellschaft auf Saldierung am Abschlusstichtag bestehen muss, und (b) wann Bruttoabwicklungssysteme einer Nettoabwicklung entsprechen können. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig.

Im Dezember 2011 veröffentlichte der IASB außerdem Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IFRS 7 R“). IFRS 7 R sieht zusätzliche Anhangangaben vor, die Investoren einen besseren Vergleich zwischen IFRS-Abschlüssen und US-GAAP-Abschlüssen ermöglichen sollen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig.

Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 und IFRS 9 R

IFRS 9 – Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Auch ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umwidmung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umwidmung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromeigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte, nach dem beizulegenden Zeitwert ermittelte Gewinne und Verluste in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Nach dem beizulegenden Zeitwert ermittelte Gewinne und Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

IFRS 9 R – Im Oktober 2010 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9 R“). Der überarbeitete Standard ergänzt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen. Nach IFRS 9 R muss ein Unternehmen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die auf Änderungen des Kreditrisikos der Verpflichtung zurückzuführen sind, direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausweisen. Führt die Erfassung dieser Änderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen jedoch zu Inkongruenzen bei der Bewertung, ist die gesamte Änderung des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. In den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge werden in Folgeperioden nicht erfolgswirksam erfasst, können aber kumuliert innerhalb des Eigenkapitals übertragen werden.

Aufgrund der vom IASB im Dezember 2011 veröffentlichten Änderungen zu IFRS 9, IFRS 9 R und IFRS 7, „Mandatory Effective Date and Transition Guidance“, treten IFRS 9 und IFRS 9 R für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist auf alle zum Erstanwendungszeitpunkt ausstehenden Finanzinstrumente anzuwenden, als wäre die Klassifizierung und Bewertung schon immer nach IFRS 9 erfolgt; Vergleichsperioden müssen jedoch nicht angepasst werden.

Für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2015 beginnen, hat ein Unternehmen das Wahlrecht, entweder IFRS 9 oder IFRS 9 R anzuwenden. IFRS 9 und IFRS 9 R sind beide seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

Im November 2011 hat der IASB vorläufig entschieden, begrenzte Änderungen an IFRS 9 und IFRS 9 R in Erwägung zu ziehen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unklar, welche Änderungen verabschiedet werden könnten und inwiefern dies Auswirkungen auf den Erstanwendungszeitpunkt und die Übernahme in europäisches Recht durch die EU haben könnte.

04 – Akquisitionen und Veräußerungen

Folgende Unternehmenszusammenschlüsse, die seit dem Jahr 2010 erfolgten, werden gemäß der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 R, „Unternehmenszusammenschlüsse“, bilanziert, den der Konzern seit dem 1. Januar 2010 anwendet. Dementsprechend werden die Angaben zu diesen Transaktionen auf der Grundlage des IFRS 3 R bereitgestellt. Für die Bilanzierung von und die Angaben zu Unternehmenszusammenschlüssen, die vor dem 1. Januar 2010 erfolgten, gelten jedoch weiter die Bestimmungen des IFRS 3, der früheren Version des Standards aus dem Jahr 2004.

Im Jahr 2011 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2011 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden daher zusammengefasst dargestellt. Die nachfolgende Tabelle gibt die aggregierten Beträge der beizulegenden Zeitwerte für diese Unternehmenszusammenschlüsse wieder.

Vorläufiger beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung in bar	13
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Kaufoption für den Erwerb der ausstehenden Anteile	10
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete bedingte Gegenleistung	3
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	12
Gesamtkaufpreis, einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	38
Identifizierbare erworbenen Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	1
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2
Alle sonstigen Vermögenswerte	21
Langfristige Verbindlichkeiten	10
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	2
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	14
Geschäfts- oder Firmenwert	25
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	1
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert abzüglich negativer Geschäfts- oder Firmenwert	38

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Darin enthalten ist der sukzessive Erwerb der ausstehenden Anteile an der Deutsche UFG Capital Management („DUCM“), einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland. Der Erwerb wurde am 11. November 2011 abgeschlossen, nachdem eine Kaufoption über die verbleibenden 60 % der Anteile ausgeübt worden war. DUCM wurde dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet.

Seit dem Erwerb beliefen sich die aggregierten Beiträge dieser Einheiten zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern auf 2 Mio € beziehungsweise auf einen Verlust von weniger als 1 Mio €. Waren alle diese Unternehmenszusammenschlüsse bereits zum 1. Januar 2011 wirksam gewesen, hätte sich deren Beitrag zu den Erträgen und dem Ergebnis des Konzerns nach Steuern für 2011 auf insgesamt 4 Mio € und einen Verlust von weniger als 1 Mio € belaufen.

Im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Deutsche Postbank

Nach der erfolgreichen Vorlage eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots („Übernahmeangebot“) durch die Deutsche Bank an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG („Postbank“) wurde das Angebot am 3. Dezember 2010 angenommen („Abschlussdatum“). Zusammen mit den Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Übernahmeangebot besaß, erlangte er mit 113,7 Millionen Postbank-Aktien (51,98 % der Stimmrechte des Unternehmens) eine Mehrheit an der Postbank. Infolgedessen begann der Konzern zum 3. Dezember 2010 mit der Konsolidierung des Postbank-Konzerns. Unter Berücksichtigung bestimmter Finanzinstrumente auf Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Abschlussdatum hielt, erfolgte die Konsolidierung ab dem 3. Dezember 2010 auf der Grundlage eines Anteils an der Postbank von insgesamt 79,40 %.

Die folgenden Abschnitte liefern detaillierte Angaben über die Akquisition der Postbank, insbesondere zu den Geschäftsaktivitäten der Postbank und den erwarteten Auswirkungen, die deren Integration für den Konzern hat, dem Übernahmeangebot, der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank, der Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt, dem vorgeschlagenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Postbank, der Kaufpreisallokation sowie weiteren akquisitionsbezogenen Informationen.

Beschreibung der Geschäftsaktivitäten der Postbank und der erwarteten Auswirkungen aus deren Integration für den Konzern. Der Postbank-Konzern ist einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland. Die Geschäftstätigkeit der Postbank umfasst das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden, Kapitalmarkttätigkeiten sowie Bausparfinanzierungen (über die zum Postbank-Konzern gehörende BHW-Gruppe). In ihrem Bereich Transaction Banking bietet die Postbank Back-Office-Services für andere Finanzdienstleister an. Ihre Geschäftsaktivitäten konzentrieren sich auf Deutschland und werden um ausgewählte Geschäftseinheiten, vorwiegend in Westeuropa und Nordamerika, ergänzt.

Die Phase 4 der Management Agenda des Konzerns sieht die Fokussierung auf Kerngeschäftsfelder im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie den Ausbau der führenden Stellung im Heimatmarkt vor. In diesem Zusammenhang stärkt die Mehrheitsbeteiligung an der Postbank den Konzernbereich PCAM, vor allem den Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC). Darüber hinaus ermöglicht sie dem Konzern, seine Führungsposition auf dem deutschen Heimatmarkt zu festigen und auszubauen. Der Zusammenschluss aus Deutscher Bank und Postbank bietet wesentliches Potenzial für Kosten- und Ertragssynergien und Wachstumschancen. Darüber hinaus wird durch die Einbeziehung der Postbank-Geschäftseinheiten in den Konzernabschluss der Anteil der aus dem Privatkundengeschäft generierten Erträge erhöht. Schließlich wird durch den Anstieg der Privatkundeneinlagen die Finanzierungsbasis des Konzerns gestärkt und auf eine breitere Basis gestellt.

Übernahmeangebot. Der im Rahmen des Übernahmeangebots unterbreitete Preis je Postbank-Aktie belief sich auf 25,00 €. Die Annahmefrist des Übernahmeangebots begann mit der Veröffentlichung des Angebotsdokuments am 7. Oktober 2010 und endete mit Ablauf der weiteren Annahmefrist am 24. November 2010. Das Angebot wurde für 48,2 Millionen Postbank-Aktien angenommen. Dies entspricht einem Anteil von 22,03 % des Grundkapitals und der Stimmrechte der Postbank. Demzufolge belief sich der am 3. Dezember 2010 für die im Rahmen des Übernahmeangebots erworbenen Postbank-Aktien entrichtete Gesamtkaufpreis auf 1.205 Mio €.

Am 30. November 2010 und am 3. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank bekanntgegeben, dass sie 0,5 Millionen beziehungsweise 3,9 Millionen Postbank-Aktien zu einem Preis von 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Aktie an eine Drittpartei verkauft hatte. Durch den Verkauf, welcher eine etwaige Verzögerung des Vollzugs des Angebots durch das amerikanische Fusionskontrollverfahren vermeiden sollte, sank die rechtliche Beteiligung an der Postbank zwischenzeitlich auf unter 50 %. Zusammen mit dem Verkauf schloss die Deutsche Bank Terminkaufkontrakte in Höhe der zuvor genannten Anzahl von Postbank-Aktien mit der erwähnten Drittpartei ab. Die erhaltene Gegenleistung belief sich auf 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Postbank-Aktie, zuzüglich einer Transaktionsgebühr von rund 0,03 € beziehungsweise 0,015 € je Aktie. Die Terminkäufe wurden am 10. Dezember 2010 nach Erfüllung kartellrechtlicher Anforderungen in den USA sowie bankaufsichtsrechtlicher Genehmigungen erfüllt. Im Ergebnis erhöhte der Konzern seinen Anteil an der Postbank auf 51,98 % (entsprechend auf 113,7 Millionen Postbank-Aktien), was dem erzielten Beteiligungs niveau aus dem Übernahmeangebot entsprach. Obwohl die Aktien rechtsverbindlich an eine Drittpartei verkauft worden waren, behielt der Konzern die mit diesen Aktien verbundenen Risiken und Chancen. Die Zustimmung der US-Kartellbehörden galt als so gut wie sicher, sodass die potenziellen Stimmrechte aus diesen Aktien in die Kon-

solidierungsanalyse zu Zwecken der Finanzberichterstattung mit einbezogen wurden. Entsprechend wurde als Datum der Übernahme des Postbank-Konzerns der 3. Dezember 2010 festgelegt.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank. In enger Abstimmung mit dem Übernahmeangebot führte die Deutsche Bank eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen durch. Diese Kapitalerhöhung wurde am 6. Oktober 2010 abgeschlossen. Es wurden insgesamt 308,6 Millionen neue, auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag ausgegeben. Der Bruttoemissionserlös betrug 10,2 Mrd €. Der aus der Kapitalerhöhung resultierende Nettoemissionserlös von 10,1 Mrd € (nach Aufwendungen von rund 0,1 Mrd € nach Steuern) diente in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen aus der Konsolidierung des Postbank-Konzerns sowie zur Stärkung der bestehenden Kapitalbasis.

Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt. Vor dem Erwerb der Kontrollmehrheit hielt der Konzern direkt 29,95 % der Aktien und Stimmrechte der Postbank, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Demzufolge wurde diese Beteiligung nach der Equitymethode bilanziert.

Zusätzlich hatte der Konzern eine durch die Deutsche Post emittierte Pflichtumtauschankleihe gezeichnet. Diese wurde im Rahmen eines breiter angelegten Übernahmevertrags für Postbank-Aktien erworben, den die Deutsche Bank im Februar 2009 mit der Deutschen Post abgeschlossen hatte. Gemäß diesem Übernahmevertrag war die Pflichtumtauschankleihe im Jahr 2012 vollständig in 60 Millionen Postbank-Aktien umzutauschen, was einem Anteil von 27,42 % entspricht. Die Pflichtumtauschankleihe stellte zu Bilanzierungszwecken ein Eigenkapitalinstrument dar, welches ein Risiko-/Chancen-Profil aufwies, das im Wesentlichen mit einem Eigentumsanteil an der Postbank übereinstimmte, und deshalb nach der Equitymethode bilanziert wurde. Mit Erfassung der Pflichtumtauschankleihe enthielt das nach der Equitymethode bilanzierte Investment weiterhin ein eingebettetes derivatives Finanzinstrument. Dieses stand in Zusammenhang mit einer mit der Deutschen Post vereinbarten Ergebnisbeteiligung über Deutsche Bank-Aktien, welche die Deutsche Post als Gegenleistung erhalten hatte. Das eingebettete Derivat wurde vom Basisinstrument separiert, da Risiken und Chancen aus der Ergebnisbeteiligung nicht eng mit dem Basisvertrag verknüpft waren. Der ursprüngliche beizulegende Zeitwert des eingebetteten Derivats betrug 201 Mio € und verminderte die Anschaffungskosten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank. Nachfolgende Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts der Option wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der abschließende Wert der Forderung aus dem eingebetteten Derivat, welches wegen des Verkaufs der Deutsche Bank-Aktien durch die Deutsche Post, die diese Aktien als Gegenleistung für den ursprünglichen Erwerb von 50 Millionen Postbank-Aktien erhalten hatte, nicht mehr neu bewertet wurde, betrug 677 Mio €. Die Forderung wurde separat unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen und, mit Fälligkeit der Pflichtumtauschankleihe im Februar 2012, mit der erhaltenen Sicherheitsleistung (Verbindlichkeit) aufgerechnet.

Im dritten Quartal 2010 war der Bilanzwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um einen Aufwand von rund 2,3 Mrd € angepasst worden, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst worden war. Da der Konzern eine klar dokumentierte Absicht zur Kontrollerlangung über die Postbank und deren Konsolidierung im vierten Quartal 2010 dargelegt hatte, war dies bei der Bestimmung des Nutzungswerts der nach der Equitymethode bilanzierten Anteile zu berücksichtigen. Dieser Aufwand war daher auf Basis des Bilanzwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank zum 30. September 2010 und eines unterstellten beizulegenden Zeitwerts der Postbank-Aktien in Höhe des von der Deutschen Bank in ihrem Übernahmeangebot genannten Angebotspreises von 25,00 € bestimmt worden. Der Aufwand wurde dem Konzernbereich Corporate Investments zugewiesen.

Am 3. Dezember 2010, dem Datum, an dem der Konzern Kontrolle über die Postbank erlangte, wurde die bestehende, nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an der Postbank gemäß IFRS 3 R zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet. Der beizulegende Zeitwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung wurde auf der Grundlage des Angebotspreises von 25,00 € ermittelt, woraus sich ein beizulegender Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt von 3.139 Mio € ergab. Unter Berücksichtigung des anteiligen Ergebnisses aus der bestehenden Postbank-Beteiligung im vierten Quartal 2010 war der Wert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um rund 22 Mio € gestiegen. Dementsprechend führte die Neubewertung zum Abschlussdatum zu einem Verlust von 22 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst wurde. Im Einklang mit IFRS 3 R wurde ein Verlust nach Steuern von 6 Mio €, welcher im Sonstigen Ergebnis der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen wurde und welcher der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung des Konzerns an der Postbank bis zum Abschlussdatum zuzuordnen war, in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 umklassifiziert. Diese Effekte wurden dem Konzernbereich Corporate Investments zugewiesen.

Neben der Pflichtumtauschanleihe hatten die Deutsche Bank und die Deutsche Post Kauf- und Verkaufsoptionen für weitere von der Deutschen Post gehaltene 26,4 Millionen Postbank-Aktien (Anteil von 12,07 %) abgeschlossen, die zwischen Februar 2012 und Februar 2013 ausgeübt werden konnten. Die Kauf- und Verkaufsoptionen wurden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente ausgewiesen.

Ab Beginn der Konsolidierung wurden die Kauf- und Verkaufsoptionen für von der Deutschen Post gehaltene Postbank-Aktien in Eigenkapitalinstrumente umklassifiziert, da sie zu einem Derivat geworden waren, dem die physische Lieferung von Aktien einer konsolidierten Tochtergesellschaft gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Aus diesem Grund wurde der beizulegende Zeitwert des Derivats (Verbindlichkeit) in Höhe von 560 Mio € in das Eigenkapital (Kapitalrücklage) umklassifiziert. Dementsprechend entstand für die jeweiligen Aktien aus den Kauf- und Verkaufsoptionen eine Verbindlichkeit, die zum Barwert des erwarteten Kaufpreises erfasst wurde, da diese Aktien gemäß der Optionsvereinbarung erworben werden. In Höhe der erfassten Verbindlichkeit zum Kauf von 1.286 Mio € wurde das Eigenkapital (Kapitalrücklage) entsprechend vermindert.

Die folgende Tabelle beschreibt die direkte Beteiligung und die Anteile aus der Pflichtumtauschanleihe, die der Konzern an der Postbank zum Erwerbszeitpunkt hielt, sowie die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss.

	Anzahl der Postbank-Aktien (in Mio)	Anteil in %
Direkte Beteiligung an der Postbank vor dem Übernahmeangebot	65,5	29,95
Im Rahmen des Übernahmeangebots erworbene Aktien	48,2	22,03
Direkter Eigentumsanteil	113,7	51,98
Pflichtumtauschanleihe	60,0	27,42
Eigenkapitalinstrumente des Konzerns	173,7	79,40
Anteile an Postbank mit nicht beherrschendem Einfluss	45,1	20,60
Gesamtzahl Postbank-Aktien	218,8	100,00

Nach dem Abschlussdatum erhöhte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank durch zusätzliche Anteilskäufe im Markt auf 53,14 % zum Jahresende 2011. Für Informationen zu diesbezüglichen Veränderungen der Beteiligungen des Konzerns wird auf den nachfolgenden Abschnitt „Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel“ in dieser Anhangangabe verwiesen.

Mit der Wandlung der Pflichtumtauschanleihe am 27. Februar 2012 erhöhte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank um 60 Millionen Aktien oder 27,42 Prozentpunkte. Da die Pflichtumtauschanleihe von Beginn an als Eigenkapitalinstrument bilanziert worden war, ergab sich durch die Wandlung keine Veränderung des konsolidierten Postbank-Anteils des Konzerns und damit auch keine Auswirkung auf das Eigenkapital und die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns. Mit Ausübung der Verkaufsoption durch die Deutsche Post am 28. Februar 2012 erhöhten sich der direkte Eigentumsanteil sowie der konsolidierte Anteil des Konzerns an der Postbank um weitere 26,4 Millionen Aktien oder 12,07 Prozentpunkte. Mit der Ausübung wurde die bilanzierte Verbindlichkeit zum Kauf der Postbank-Aktien erfüllt. Die Ausübung hatte keinen wesentlichen Effekt auf das Eigenkapital des Konzerns. Durch weitere, nach dem Berichtsdatum durchgeführte Anteilkäufe erhöhte sich der direkte Eigentumsanteil der Deutschen Bank an der Postbank zum 28. Februar 2012 auf insgesamt 93,7 %.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Nach dem Erwerb gab der Konzern im Januar 2012 den Beginn von Verhandlungen mit der Postbank über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages gemäß § 291 Aktiengesetz bekannt. Dieser ist in der Unternehmenspraxis in Deutschland gemeinhin üblich und wird unter anderem für die Verbesserung der Unternehmenssteuerung und die Möglichkeit zur Bildung steuerlicher Organschaften eingesetzt. Die DB Finanz-Holding GmbH (eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) als herrschendes Unternehmen und die Postbank als beherrschtes Unternehmen sind die Parteien zu diesem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Der Abschluss der Vertragsverhandlungen wird bis Ende März 2012 erwartet. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag würde nach Zustimmung durch die ordentliche Hauptversammlung der Postbank am 5. Juni 2012 sowie seiner Eintragung in das Handelsregister der Postbank in Kraft treten. Nach Abschluss und Inkrafttreten werden die Minderheitsaktionäre der Postbank Ausgleichszahlungen oder, nach ihrer Wahl, Abfindungen erhalten, die im Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag näher zu bestimmen sein werden.

Kaufpreisallokation und weitere akquisitionsbezogene Informationen. Da dieser Unternehmenserwerb erst kurz vor Ende des Geschäftsjahres 2010 erfolgte und sehr komplex ist, wurde die erstmalige Bilanzierung des Erwerbs der Postbank am 31. Dezember 2010 noch nicht abgeschlossen. Nach Abschluss der Erwerbsbilanzierung im vierten Quartal 2011 wurden die zum Abschlussdatum für die Postbank im Abschnitt „Kaufpreisallokation und weitere akquisitionsbezogene Informationen“ zuvor gemachten Angaben aktualisiert, um die im Bewertungszeitraum nach IFRS 3 R festgestellten Anpassungen zum Erwerbszeitpunkt darzustellen.

Die folgende Tabelle erläutert den abschließenden Status zum Erwerbszeitpunkt für die übertragene Gegenleistung und den beizulegenden Zeitwert der nach der Equitymethode bilanzierten Postbank-Beteiligung vor dem Unternehmenszusammenschluss. Unter Berücksichtigung bestimmter Anpassungen, die innerhalb des Bewertungszeitraums durchgeführt wurden, enthält die Tabelle die endgültigen, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Beträge der vom Postbank-Konzern erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten, die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss und den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen Geschäfts- oder Firmenwert mit Stand vom 3. Dezember 2010. Die Anpassungen innerhalb des Bewertungszeitraums stellen Verfeinerungen der ursprünglichen beizulegenden Zeitwerte für bestimmte erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten dar. Sie basieren auf Umständen und Sachverhalten, die bereits am Erwerbszeitpunkt vorlagen und nicht auf nachfolgenden Ereignissen. Die Anpassungen resultierten insbesondere aus aktualisierten Informationen über erwartete Zahlungsströme sowie über Parameter, die für die Bewertung des erworbenen Forderungsportfolios und der übernommenen langfristigen Verbindlichkeiten verwendet wurden. Dies betraf im Weiteren die Anwendung verfeinerter Parameter bei der Bewertung immaterieller Vermögenswerte und den Abschluss der Bewertung des Derivateportfolios, welcher zu einem sich nahezu entsprechenden Anstieg der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten führte.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	Vorläufige Beträge ¹	Anpassungen innerhalb des Bewertungs- zeitraums	Endgültige Beträge
Übertragene Gegenleistung			
Beim Abschluss des Übernahmangebots in bar übertragene Gegenleistung	1.205	–	1.205
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176	– 73	103
Übertragene Nettogegenleistung	1.029	73	1.102
Beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns an der Postbank vor dem Unternehmenszusammenschluss			
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung (ohne eingebettetes Derivat) ²	3.139	–	3.139
Gesamtkaufpreis	4.168	73	4.241
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten³			
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	8.752	–	8.752
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	36.961	850	37.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	33.716	16	33.732
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	129.300	577	129.877
Immaterielle Vermögenswerte	1.557	– 200	1.357
Alle sonstigen Vermögenswerte	27.840	– 52	27.788
Einlagen	139.859	–	139.859
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	31.983	857	32.840
Langfristige Verbindlichkeiten	38.577	754	39.331
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	24.813	– 363	24.450
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	2.894	– 57	2.837
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank	599	– 12	587
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176	– 73	103
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	2.119	28	2.147
Vom Konzern erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	2.049	45	2.094
Erworbenes identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Geschäfts- oder Firmenwert insgesamt	4.168	73	4.241

¹ Vorläufige Beträge wie zuvor im Finanzbericht 2010 der Deutschen Bank in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ dargestellt.

² Einschließlich einer direkten Beteiligung von 29,95 % und der Pflichtumtauschranleihe, die beide nach der Equitymethode bilanziert wurden.

³ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Mit Abschluss der Kaufpreisallokation reduzierte der Konzern innerhalb des Bewertungszeitraums den zunächst angesetzten beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens der Postbank um 57 Mio €. Der Nettoreckgang resultierte hauptsächlich aus Anpassungen der beizulegenden Zeitwerte zum Erwerbszeitpunkt für derivative Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierende finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten klassifiziert worden waren, für bestimmte als langfristige Verbindlichkeiten klassifizierte Verpflichtungen, das erworbene Forderungs- und Wertpapierportfolio und separat identifizierte immaterielle Vermögenswerte. Entsprechend hat sich der ursprüngliche Betrag des Geschäfts- oder Firmenwerts, der zum 31. Dezember 2010 mit 2.049 Mio € angesetzt worden war, um 45 Mio € auf 2.094 Mio € erhöht. Der Betrag für die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss verminderte sich um 12 Mio €. In Verbindung mit diesen Anpassungen erfasste der Konzern in 2011 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 6 Mio €.

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Kategorien der Forderungen, die von der Postbank am 3. Dezember 2010 erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Zahlungsströme, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	153.499
Abzuglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Zahlungsströme	3.370
Voraussichtlich zu erzielende Zahlungsströme¹	150.129

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Zahlungsströme aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Der vom Konzern zum Erwerbszeitpunkt ermittelte beizulegende Zeitwert dieser Forderungen betrug 129,9 Mrd € und beinhaltete Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowohl mit Kunden als auch mit Banken. Dieser Betrag beinhaltet auch Wertpapiere, welche der Konzern als Forderungen klassifizierte und die einen beizulegenden Zeitwert von 22,5 Mrd € aufwiesen.

Im Rahmen der endgültigen Kaufpreisallokation wurden immaterielle Vermögenswerte von ungefähr 1,4 Mrd € als Teil des beizulegenden Zeitwerts des erworbenen identifizierten Nettovermögens erfasst. Diese Beträge stellen sowohl die bereits in der Bilanz der Postbank befindlichen immateriellen Vermögenswerte als auch die im Rahmen der Kaufpreisallokation abschließend identifizierten immateriellen Vermögenswerte dar. Die immateriellen Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus Kundenbeziehungen (588 Mio €), der Postbank-Marke (411 Mio €) und Software (282 Mio €) zusammen.

Der im Rahmen der Übernahme der Postbank entstehende Geschäfts- oder Firmenwert wurde gemäß der Neubewertungsmethode („Partial Goodwill Method“) nach Maßgabe der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 bestimmt und bezieht sich lediglich auf die Mehrheitsbeteiligung des Konzerns an der Postbank. Der Geschäfts- oder Firmenwert repräsentiert größtenteils den Wert der erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus dem Erwerb der Postbank. Er wurde PBC zugewiesen und ist nicht steuerlich abzugsfähig.

Die Eröffnungsbilanz beinhaltet in der Position Alle sonstigen Verbindlichkeiten den zum Erwerbszeitpunkt beizulegenden Zeitwert der Eventualverbindlichkeiten für bestimmte, in der Kaufpreisallokation enthaltene Verpflichtungen. Deren aggregierter Betrag belief sich abschließend insgesamt auf 109 Mio €, verglichen mit dem zum Jahresende 2010 ursprünglich erfassten Betrag von 110 Mio €. Der Zeitraum und die tatsächliche Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Verbindlichkeiten in den kommenden vier Jahren beglichen werden wird. Im Geschäftsjahr 2011 führte der Ausgleich einer Verpflichtung zu einem Rückgang der Eventualverbindlichkeiten, wodurch ein Betrag von 66 Mio € des ursprünglich angesetzten Postens erfolgswirksam über die Gewinn- und Verlustrechnung aufgelöst wurde. Der Konzern analysiert weiterhin die Entwicklung dieser Verpflichtungen und den möglichen Zeitrahmen für die Mittelabflüsse.

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss von 587 Mio € wurden in der oben genannten Darstellung des beizulegenden Zeitwerts der erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf der Basis deren Anteils am identifizierbaren Nettovermögen der Postbank ermittelt („Partial Goodwill Method“), das zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt bewertet wurde.

Noch vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die Postbank an bestimmten Transaktionen beteiligt, die als zuvor bestehende Beziehungen (gemäß IFRS 3 R) galten. Dazu gehörten verschiedene Geschäfte mit Finanzinstrumenten im Rahmen der regulären Interbanken- und Hedgingaktivitäten der Parteien, bestimmte Anleihen, die vom Konzern oder von der Postbank begeben und von der jeweils anderen Seite gehalten wurden sowie spezifische Zahlungsverkehrsleistungen, die die Postbank dem Konzern zur Verfügung gestellt hat. Sämtliche dieser Instrumente wurden im Zuge der Konsolidierung der Postbank eliminiert. Der aggregierte, zum Erwerbszeitpunkt beizulegende Zeitwert dieser Finanzinstrumente betrug 103 Mio €, welcher als Abzugsposten bei der Ermittlung der übertragenen Gegenleistung und deren Zuordnung zu dem erworbenen Nettovermögen der Postbank berücksichtigt wurde. Die Aufrechnung bestimmter vom Konzern begebener und von der Postbank gehaltener Finanzinstrumente führte zu einem Verlust von 1 Mio €, der unter den sonstigen Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im vierten Quartal 2010 erfasst wurde.

Weiterhin besteht zwischen dem Konzern und der Postbank eine umfassende, für beide Seiten vorteilhafte Kooperationsvereinbarung. Diese Vereinbarung wurde 2008 im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Postbank geschlossen und umfasst die Bereiche Finanzierungs- und Investmentprodukte, das Firmenkundengeschäft und die gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Zusammenarbeit in den Bereichen Einkauf und IT-Infrastruktur.

Akquisitionsbezogene, vom Konzern als Erwerber selbst getragene Kosten von 12 Mio € wurden als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2010 ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2011 trug die Postbank mit Erträgen von 4,8 Mrd € und einem Ergebnis nach Steuern (einschließlich der Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der abschließenden Kaufpreisallokation) in Höhe von 798 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bei. Erfolgswirksame Anpassungen im Zusammenhang mit der Fortschreibung der ursprünglichen Zeitwertanpassungen aus der Kaufpreisallokation führten in 2011 zu einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 166 Mio €. Die in 2011 erfassten Erträge enthielten Abschreibungen von 465 Mio € auf griechische Staatsanleihen, welche einer Nachsteuerbelastung von 326 Mio € entsprachen.

Mit Beginn der Konsolidierung zum 3. Dezember 2010 wurden für das Geschäftsjahr 2010 aus dem Postbank-Konzern Erträge von 423 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von 62 Mio € (einschließlich der Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der Kaufpreisallokation) in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst. Unter Berücksichtigung bestimmter, auf Ebene des Konzerns erfasster Transaktions- und Integrationskosten von 48 Mio € führte die Konsolidierung der Postbank im Konzernbereich PBC zu einem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern von 30 Mio €.

Wäre die Konsolidierung zum 1. Januar 2010 wirksam geworden, hätte die Postbank mit Pro-forma-Erträgen von 3,8 Mrd € und einem Pro-forma-Ergebnis nach Steuern von 138 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Diese Pro-forma-Beträge wurden auf der Grundlage der von der Postbank als eigenständigem Konzern berichteten Ergebnisse für das Jahr 2010 ermittelt und berücksichtigten weder die angenommene Amortisation von Anpassungen auf die beizulegenden Zeitwerte aus der Kaufpreisallokation für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010, Anpassungen aus der Konsolidierung, noch die Wertminderungen aus der Neubewertung, die der Konzern im dritten und vierten Quartal 2010 auf seine frühere, nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an der Postbank erfasst hatte.

ABN AMRO

Am 1. April 2010 hat die Deutsche Bank den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) zu einem anfänglichen Kaufpreis von 700 Mio € abgeschlossen, der im zweiten Quartal 2010 bar gezahlt wurde. Dieser Kaufpreis wurde im vierten Quartal 2010 nach zunächst vorläufigen Anpassungen der Schlussbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten um 13 Mio € auf 687 Mio € reduziert. Der Abschluss des Erwerbs erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und hat diese entsprechend im zweiten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert. Die Übernahme ist ein wichtiges Element in der Strategie der Deutschen Bank, ihre Geschäftsfelder in GTB und PCAM weiter auszubauen.

Die Übernahme beinhaltete den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an den erworbenen Geschäftseinheiten und umfasste die folgenden Aktivitäten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. („HBU“) mit Sitz in Rotterdam und
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die beiden Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU waren bereits vor dem Erwerb in einer separaten rechtlichen Einheit zusammengefasst, die unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. umfirmiert wurde. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten verwenden den Markennamen Deutsche Bank und sind innerhalb des Konzerns in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.

Zum Jahresende 2010 war die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen, insbesondere da die Bestimmung von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für bestimmte Teile der Eröffnungsbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten noch nicht abgeschlossen war. Die Zuordnung der übertragenen Gegenleistung auf die zum Erwerbszeitpunkt beizulegenden Zeitwerte des erworbenen Nettovermögens führte zunächst zu einem vorläufigen negativen Geschäfts- oder Firmenwert von 216 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 erfasst worden war. Der Hauptgrund für die Erfassung des negativen Geschäfts- oder Firmenwerts war der Verkauf von Teilen des niederländischen Firmenkunden- und Factoringgeschäfts von ABN AMRO gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission, nachdem die ABN AMRO Holding N.V. im Oktober 2007 von einem Konsortium, bestehend aus The Royal Bank of Scotland, Fortis Bank und Banco Santander, übernommen worden war. Der erfasste Gewinn war steuerfrei.

Der Abschluss der erstmaligen Bilanzierung des Unternehmenszusammenschlusses im ersten Quartal 2011 führte zu einem Rückgang des zum Erwerbszeitpunkt festgestellten beizulegenden Zeitwerts des Nettovermögens von 24 Mio €. Dadurch reduzierte sich der vorläufige negative Geschäfts- oder Firmenwert von 216 Mio € auf 192 Mio €. Gemäß IFRS 3 war der Abschluss der Kaufpreisallokation rückwirkend auf den Erwerbszeitpunkt zu beziehen. Demzufolge verminderten sich die Gewinnrücklagen zum 31. Dezember 2010 um 24 Mio €.

Die abschließende Zusammenfassung der Ermittlung der übertragenen Gegenleistung und deren Allokation auf das erworbene Nettovermögen zum Erwerbszeitpunkt sind nachfolgend dargestellt.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung

Übertragene Gegenleistung in bar	700
Kaufpreisanpassung	- 13
Gesamtkaufpreis	687

Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹

Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	113
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	71
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	779
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9.802
Immaterielle Vermögenswerte	168
Alle sonstigen Vermögenswerte	810
Einlagen	8.211
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	895
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.758
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	879
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	192
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt, abzüglich des negativen Geschäfts- oder Firmenwerts	687

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurden Kundenbeziehungen im Umfang von 168 Mio € als abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Weiterhin stellt ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken über 75 % der abschließenden Verluste aus dem übernommenen Forderungsportfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereit. Die maximale Absicherung ist auf 10 % des Portfoliovolumens begrenzt. Zum Zeitpunkt des Erwerbs belief sich der beizulegende Zeitwert der Garantie auf 544 Mio €, welcher über die erwartete durchschnittliche Laufzeit des zugrunde liegenden Portfolios abgeschrieben wird.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Vermögenswerte, die von ABN AMRO am 1. April 2010 erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Zahlungsströme, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	11.503
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Zahlungsströme	245
Voraussichtlich zu erzielende Zahlungsströme¹	11.258

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Zahlungsströme aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 15 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Die Jahre 2009 und 2008 enthielten 8 Mio € für in diesem Zeitraum entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen.

Im Geschäftsjahr 2011 trug ABN AMRO mit Erträgen von 554 Mio € und einem Verlust nach Steuern von 153 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bei. Darin enthalten sind Aufwendungen für die Amortisation von Zeitwertanpassungen aus der Kaufpreisallokation und eine Anpassung der Amortisation der im Kaufpreis enthaltenen Prämie zur Absicherung von Kreditrisiken durch den Verkäufer. Die letztgenannte Anpassung wurde in den zinsunabhängigen Aufwendungen erfasst und beinhaltete Belastungen von 53 Mio € für das Geschäftsjahr 2010 (innerhalb der Segmentberichterstattung in C&A ausgewiesen) sowie von 34 Mio €

für das erste Halbjahr 2011 (in der Segmentberichterstattung in GTB erfasst). Der entsprechende Aufwand aus der Amortisation für das zweite Halbjahr 2011 betrug 88 Mio €.

Seit der Übernahme und ohne Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Geschäfts- oder Firmenwert haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten für das Geschäftsjahr 2010 mit Erträgen von 405 Mio € und einem Ergebnisbeitrag nach Steuern von 35 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 (ohne die Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Geschäfts- oder Firmenwert) Erträge in Höhe von 501 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 77 Mio € ausgewiesen.

Sal. Oppenheim

Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der in Luxemburg ansässigen Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“), der Holdinggesellschaft der Sal. Oppenheim-Gruppe, zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt 1.261 Mio € ab. Vom Kaufpreis entfielen 275 Mio € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die zum Zeitpunkt des Erwerbs bereits als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden war und daher von der übrigen Sal. Oppenheim-Gruppe getrennt bilanziert wurde. Da am 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen vorlagen, wurde der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt und Sal. Oppenheim entsprechend in den Konzernabschluss des ersten Quartals 2010 einbezogen. Zum Bilanzstichtag betrug der zum Erwerbszeitpunkt ermittelte beizulegende Zeitwert des für die Sal. Oppenheim-Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufspreises 1.261 Mio €. Gemäß der im vierten Quartal 2009 geschlossenen Rahmenvereinbarung wurde den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA zu beteiligen. Bezogen auf den Erwerbszeitpunkt hatte die Option zum Bilanzstichtag einen beizulegenden Zeitwert von null.

Der Erwerb stärkt die Asset-and-Wealth-Management-Aktivitäten des Konzerns im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts sowie der Familienvermögen und Stiftungen in Europa, insbesondere in Deutschland. Die eigenständigen Vermögensverwaltungsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe werden unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut. Dabei soll der Charakter der Privatbank erhalten bleiben. Das integrierte Vermögensverwaltungskonzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., die anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe, darunter die gesamte Vermögensverwaltung, die Investmentbank, die BHF-BANK Gruppe („BHF-BANK“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., gingen auf die Deutsche Bank über. Im Zuge der Akquisition wurden alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim-Gruppe in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) integriert, mit Ausnahme der BHF-BANK und der BAS, die zunächst dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet wurden. Im zweiten Quartal 2010 wurden auch diese Einheiten in AWM übertragen. Für Informationen zur nachfolgenden Bereichszuordnung der BHF-Bank in 2011 wird auf Anhangangabe 5 „Segmentberichterstattung“ verwiesen.

Der Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wurde im August 2010 abgeschlossen. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim-Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden. Im Jahresverlauf 2010 stellte die Sal. Oppenheim-Gruppe den größten Teil ihres Investmentbanking-Geschäfts durch Verkauf oder Auflösung ein. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales and Research wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie-Gruppe übernommen. Im Dezember 2010 gab die

Deutsche Bank exklusive Verhandlungen mit der liechtensteinischen LGT Group über den vorgesehenen Verkauf der BHF-BANK bekannt. Dementsprechend hatte der Konzern die BHF-BANK zum 31. Dezember 2010 als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert. Für weitere Informationen zur Entwicklung in 2011 wird auf Anhangangabe 25 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

Zum Bilanzstichtag wurde ein zum Erwerbszeitpunkt ermittelter beizulegender Zeitwert des für die Sal. Oppenheim-Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises von 1.261 Mio € ausgewiesen. Gemäß der mit den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossenen Rahmenvereinbarung könnte sich der Kaufpreis per Saldo um bis zu 476 Mio € (zahlbar im Jahr 2015) erhöhen, vorausgesetzt, dass bestimmte Risikopositionen (insbesondere Rechts- und Kreditrisiken) bis 2015 nicht auftreten. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Gegenleistung einen geschätzten beizulegenden Zeitwert von null.

Die zum beizulegenden Zeitwert ermittelten Beträge für die Sal. Oppenheim-Gruppe (ohne die BAS) wurden zum Erwerbszeitpunkt abschließend wie folgt erfasst:

**Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt
in Mio €**

Übertragene Gegenleistung

Übertragene Gegenleistung in bar	986
Zeitwert der bedingten Gegenleistung	-
Gesamtkaufpreis	986

Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹

Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	2.638
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	3.298
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	889
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	6.626
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.174
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.609
Immaterielle Vermögenswerte	162
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	1.884
Alle sonstigen Vermögenswerte	2.677
Einlagen	18.461
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	796
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	5.443
Langfristige Verbindlichkeiten	1.737
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	1.836
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.534
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	150
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Sal. Oppenheim-Gruppe	8
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	142
Geschäfts- oder Firmenwert	844
Erworbenes identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Geschäfts- oder Firmenwert insgesamt	986

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Der im Rahmen der Akquisition entstandene Geschäfts- oder Firmenwert von 844 Mio € setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung bestimmter Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Geschäfts- oder Firmenwert ist steuerlich nicht abzugsfähig. Zu den immateriellen Vermögenswerten, die unter dem identifizierbaren Nettovermögen ausgewiesen wurden, zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und die Sal. Oppen-

heim-Marke. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von 251 Mio € für eine umfassende Anzahl von Sachverhalten an, die im Zusammenhang mit bestimmten von Sal. Oppenheim erworbenen Geschäftseinheiten stehen. Der Zeitraum und die Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Derzeit ist davon auszugehen, dass diese Verbindlichkeiten in den kommenden vier Jahren beglichen werden. Der Konzern analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Vermögenswerte, die von der Sal. Oppenheim erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Zahlungsströme, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	6.940
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Zahlungsströme	1.187
Voraussichtlich zu erzielende Zahlungsströme¹	5.753

¹ Repräsentiert im Erwerbszeitpunkt erwartete undiskontierte Zahlungsströme aus Tilgungen und Zinszahlungen.

Im Anschluss an die Akquisition, aber noch am Abschlusstag des Erwerbs, führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil des Kaufpreises und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts enthalten.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen betrugen 11 Mio €.

Nach der Übernahme hat die Sal. Oppenheim-Gruppe (exklusive BAS) für das Geschäftsjahr 2010 Erträge von 568 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 308 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 Erträge in Höhe von 599 Mio € und einen Verlust in Höhe von 336 Mio € ausgewiesen.

Sonstige im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2010 abgeschlossene Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, beinhalteten den sukzessiven Erwerb von weiteren 47,5 % der Anteile an einem bestehenden assoziierten Unternehmen auf den Philippinen. Dieser Erwerb führte zu einer Kontrollmehrheit von 95 % und der Konsolidierung des Unternehmens im ersten Quartal 2010. Der in bar entrichtete Gesamtkaufpreis von 6 Mio € wurde dem erworbenen Nettovermögen (einschließlich übernommener Verbindlichkeiten) in Höhe von 10 Mio € zugeordnet, sodass sich ein negativer Geschäfts- oder Firmenwert von 4 Mio € ergab. Dieser wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im ersten Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Beteiligung ist CB&S zugeordnet.

Ebenfalls in 2010 erwarb der Konzern für einen Kaufpreis von 2 Mio € 100 % der Stimmrechte an einem in den USA ansässigen Anlageberatungsunternehmen. Der Kaufpreis wurde vollständig dem Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet. Die Konsolidierung des Unternehmens begann im vierten Quartal 2010. Die Beteiligung ist CB&S zugeordnet.

Die zum beizulegenden Zeitwert ermittelten Beträge für diese Unternehmenszusammenschlüsse zum Erwerbszeitpunkt wurden wie folgt erfasst:

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Gesamtkaufpreis, einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	8
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	14
Alle sonstigen Vermögenswerte	1
Langfristige Verbindlichkeiten	7
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	10
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–
Identifizierbares den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	10
Geschäfts- oder Firmenwert	2
Negativer Geschäfts- oder Firmenwert	4
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie Geschäfts- oder Firmenwert, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbar, abzüglich negativer Geschäfts- oder Firmenwert	8

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Seit dem Erwerb haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten insgesamt mit Erträgen und einem Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 beigetragen. Waren die Akquisitionen zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2010 Erträge und ein Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2009 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2009 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden deshalb zusammengefasst dargestellt. Diese Akquisitionen umfassten den Erwerb von Beteiligungen von jeweils 100 % zu einem Gesamtkaufpreis von 22 Mio €, der sich zusammensetzt aus einem bar zu entrichtenden Kaufpreis von 20 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio €. Auf Basis vorläufiger Werte wurden vom Gesamtkaufpreis 21 Mio € aus Kundenbeziehungen den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 1 Mio € dem Geschäfts- oder Firmenwert zugewiesen. Zu diesen Transaktionen gehört die am 30. November 2009 abgeschlossene Akquisition des globalen Agency Securities Lending-Geschäfts der Dresdner Bank. Das Geschäft wird von London, New York und Frankfurt aus getätigt und wurde in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert. Mit dem Abschluss dieser Transaktion erweiterte der Konzern seine Custodyplattform um einen der größten depotbankunabhängigen Anbieter von Agency Securities Lending-Dienstleistungen und schloss eine strategische Produktpflicht im Wertpapierdienstleistungsgeschäft.

Die nachfolgende Übersicht zeigt zusammengefasst die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz des Geschäftsjahrs 2009.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert	Beizulegender Zeitwert
Aktiva:			
Barreserve	–	–	–
Geschäfts- oder Firmenwert	–	1	1
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	21	21
Übrige Vermögenswerte	–	–	–
Summe der Aktiva	–	22	22
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	–	–
Übrige Verbindlichkeiten	–	3	3
Summe der Verbindlichkeiten	–	3	3
Nettovermögen	–	19	19
Summe der Passiva	–	22	22

Mit Fertigstellung dieser Unternehmenszusammenschlüsse im Geschäftsjahr 2010 wurden die Gesamtkaufpreise mit 16 Mio € den als sonstige immaterielle Vermögenswerte erfassten Kundenbeziehungen und mit 6 Mio € dem Geschäfts- oder Firmenwert zugewiesen.

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2009 Erträge von 1 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der 2009 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlustrechnung

Wären die zuvor aufgeführten im Berichtsjahr 2009 abgeschlossenen Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2009 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2009 Erträge von 22 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von weniger als 1 Mio € ausgewiesen.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 hat der Konzern Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Tochtergesellschaften abgeschlossen, bei denen der Konzern nicht der alleinige Eigentümer ist. Diese Transaktionen führten nicht zu einem Verlust der Kontrolle über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Gemäß IAS 27 R wurden sie als Eigenkapitaltransaktionen zwischen dem Konzern und außenstehenden Aktionären bilanziert, bei denen kein Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurde. Die im Rahmen dieser Transaktionen in 2011 und 2010 per Saldo gezahlten Barvergütungen betrugen insgesamt 77 Mio € und 13 Mio €. Die Bilanzwerte der jeweiligen Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligungen wurden angepasst, um die Veränderung der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften darzustellen. Differenzen zwischen dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistungen und den Beträgen, um die die Minderheitsbeteiligungen angepasst wurden, werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die folgende Tabelle beschreibt für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 die Auswirkungen der aggregierten Veränderungen der betreffenden Beteiligungen des Konzerns, die für diese Tochtergesellschaften in den betreffenden Perioden erfasst wurden. Die Veränderungen der Beteiligungen für 2011 betreffen hauptsächlich die konsolidierte Beteiligung an der Postbank. Im Anschluss an den Kontrollerwerb im Dezember 2010 erhöhte der Konzern seinen direkten Eigentumsanteil an der Postbank von 51,98 % durch zusätzliche Anteilskäufe am Markt zum Jahresende 2011 auf 53,14 %.

in Mio €	2011	2010
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Beginn der Periode	6.363	136
Nettoeffekt aus der Veränderung der Beteiligungen der Deutschen Bank	56	76
Anteil der Deutschen Bank am Gewinn oder Verlust	822	- 11
Anteil der Deutschen Bank am sonstigen Ergebnis	- 427	29
Anteil der Deutschen Bank an den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals	375	- 49
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Ende der Periode	7.189	181

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2011, 2010 und 2009 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte, darunter den Verkauf der indischen Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Homefinance Ltd. im ersten Quartal 2011 sowie die Veräußerung der BHF Asset Servicing GmbH im dritten Quartal 2010, welche zuvor bereits als Teil des Sal. Oppenheim Erwerbs im ersten Quartal 2010 als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden war. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2011, 2010 und 2009 auf 368 Mio €, 281 Mio € und 51 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2011	2010	2009
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	21	45	49
Übrige Vermögenswerte	1.383	2.180	15
Summe der veräußerten Aktiva	1.404	2.225	64
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	1.039	1.932	73

Diese in 2011 und 2010 abgeschlossenen Transaktionen beinhalteten ebenfalls mehrere Veräußerungen, bei denen der Konzern eine Minderheitsbeteiligung an den ehemaligen Tochtergesellschaften behalten hat. Keine dieser Veräußerungen war einzeln betrachtet wesentlich. Die verbleibenden Beteiligungen an den ehemaligen Tochtergesellschaften wurden im Zeitpunkt des Verlusts des beherrschenden Einflusses zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Ab diesem Datum wurden die Beteiligungen nach der Equitymethode bilanziert. Während aus diesen Transaktionen in 2011 kein Gewinn oder Verlust zu verzeichnen war, betrug der in 2010 ausgewiesene Gewinn aus diesen Transaktionen 15 Mio € und wurde in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Von diesem in 2010 erfassten Ergebnis entfallen 5 Mio € auf die Neubewertung der verbleibenden Beteiligung an diesen ehemaligen Tochtergesellschaften zum beizulegenden Zeitwert.

05 – Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die sich weiter in Unternehmensbereiche untergliedern. Zum 31. Dezember 2011 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate & Investment Bank (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden: von mittelständischen Firmen bis hin zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in den beiden globalen Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte für Privatkunden anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets des Konzerns sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Segmentstruktur können aus veränderten Managementverantwortungen sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Es gab folgende Veränderungen der Managementverantwortungen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung:

- Zum 1. Januar 2011 wurde die Managementverantwortung für das Engagement bei Actavis vom Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities an den Konzernbereich Corporate Investments übertragen.
- Zum 1. Januar 2011 wurde die BHF-BANK vom Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich AWM auf den Konzernbereich CI übertragen.
- Mit Wirkung zum 1. Juli 2010 wurde eine integrierte Managementstruktur für den gesamten Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) infolge der Veränderungen im Vorstand sowie der Verantwortung für die Bereiche Corporate Finance und Global Transaktion Banking eingeführt. Die neue Struktur soll das Wachstum der Deutschen Bank als einer der weltweit führenden Geschäfts- und Investmentbanken beschleunigen und die Erreichung der Konzernziele ermöglichen. Im Laufe des dritten Quartals 2011 wurde die frühere Geschäftseinheit Capital Markets Sales des Unternehmensbereichs Global Transaction Banking an den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities übertragen. Darüber hinaus wurde ein Portfolio von kurzfristigen Krediten an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities an den Unternehmensbereich Global Transaction Banking überführt. Dieser Portfolio-Transfer hat das Ziel, die Gemeinsamkeiten im Geschäft mit diesen Kunden über die Produkte im Cash Management, der Handels- und kurzfristigen Finanzierungen besser zu nutzen.
- Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortung für die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas vom Unternehmensbereich CB&S auf den Konzernbereich CI übertragen.
- Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortung bestimmter Vermögenswerte vom Unternehmensbereich AWM auf den Konzernbereich CI übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Zum 11. November 2011 hat der Konzern den sukzessiven Erwerb von Deutsche UFG Capital Management („DUCM“), einer der größten unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in Russland, abgeschlossen. Die Transaktion resultierte aus der Ausübung der Kaufoption über die verbleibenden 60 % der Anteile. Die Deutsche Bank hält nun sämtliche Anteile des erworbenen Unternehmens, die zuvor als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung ausgewiesen wurden. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Zum 3. Dezember 2010 konsolidierte der Konzern erstmalig die Postbank AG, nachdem das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot vorgelegt und erfolgreich angenommen wurde. Von diesem Zeitpunkt an ist die Beteiligung an der Postbank dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet.
- Am 1. April 2010 hat der Konzern den Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) abgeschlossen. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-BANK dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde. Das Geschäft der BHF-BANK wurde dem Konzernbereich CI zugeordnet. Im zweiten Quartal 2010 wurde das Geschäft der BHF-BANK auf den Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich AWM übertragen. Diese Änderung wurde für die Darstellung zum 31. Dezember 2010 berücksichtigt.
- Im November 2009 hat der Konzern den Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank von der Commerzbank AG abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.

- Am 25. Februar 2009 schloss der Konzern den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutschen Postbank AG, einem führenden Anbieter von Finanzdienstleistungen in Deutschland, ab. Ebenfalls zu diesem Datum hat der Konzern eine Pflichtumtauschaneliehe sowie Optionen erworben, um den Anteil an der Deutschen Postbank AG in Zukunft zu erhöhen. Alle Teile der Transaktion wurden bis zur Erstkonsolidierung der Postbank am 3. Dezember 2010 dem Konzernbereich CI zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals war. Diese Beteiligung ist seit dem ersten Quartal 2009 dem Konzernbereich CI zugeordnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ dieser Anhangangabe berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert (marktbewertet) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, welche dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments (C&A) in das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis umgegliedert werden.

Erträge aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre Zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge × Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit denjenigen Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten zugehörigen Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften) im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **Durchschnittliches Active Equity:** Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind die durchschnittliche kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleichermaßen gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal auf Basis eines Vorschlags eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird. Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente sowie auf Consolidation & Adjustments gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil. In der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation bleiben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Für 2011 leitet der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10 % ab. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.
- **Eigenkapitalrendite in %**, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um Anteile ohne beherrschenden Einfluss am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009.

2011 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
Erträge insgesamt¹	14.885	3.608	18.493	3.762	10.617	14.379	394	33.266
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	158	462	55	1.309	1.364	14	1.840
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.650	2.327	13.977	2.941	7.336	10.277	1.492	25.746
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	43	6	49	25	167	192	262	504
Abfindungszahlungen	81	14	95	27	221	248	60	403
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	–	207	0	–	0	–	207
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	27	–	27	-1	190	189	-2	213
Ergebnis vor Steuern⁴	2.905	1.123	4.028	767	1.782	2.549	-1.111	5.466
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	64 %	76 %	78 %	69 %	71 %	N/A	77 %
Aktiva ^{2,3}	1.727.156	96.404	1.796.954	58.601	335.516	394.094	25.203	2.152.949
Investitionen in langlebige Aktiva	44	7	51	37	181	218	97	367
Risikogewichtete Aktiva	228.711	26.986	255.698	16.344	95.472	111.816	11.848	379.362
Durchschnittliches Active Equity ⁵	18.113	2.448	20.561	5.289	11.274	16.563	1.130	38.254
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	46 %	20 %	15 %	16 %	15 %	-98 %	14 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.787	1.690	9.478	620	6.983	7.603	161	17.242
Erträge mit externen Kunden	15.773	3.374	19.146	3.776	9.930	13.705	364	33.215
Intersegmenterträge	-887	234	-653	-14	687	674	30	51
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	23	2	25	41	140	182	-473	-266
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.005	43	1.047	193	2.043	2.236	438	3.722

N/A – nicht aussagefähig

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Der Konzern verwendet auch ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern für die Kalkulation der Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition). Dabei wurde das Ergebnis vor Steuern um einen positiven Effekt in Höhe von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC) bereinigt..

⁵ Zu Zwecken der Segmentberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwerte und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
2010 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
Erträge insgesamt¹	17.551	3.379⁵	20.929	3.674	6.136	9.810	- 1.796⁶	28.944
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	375	113	488	39	746	785	- 0	1.273
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.122	2.300	14.422	3.426	4.493	7.919	967	23.308
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	70	6	76	65	74	139	23	239
Abfindungszahlungen	213	71	284	91	33	123	8	415
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	–	486	0	–	0	–	486
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	29	29	–	–	–	–	29
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	–	20	- 1	8	6	- 2	24
Ergebnis vor Steuern	5.033	965	5.999	210	890	1.100	- 2.760	4.339
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	68 %	69 %	93 %	73 %	81 %	N/A	81 %
Aktiva ^{2,3}	1.461.495	79.202	1.519.983	53.141	346.998	400.110	30.138	1.894.282
Investitionen in langlebige Aktiva	52	1	53	11	67	78	776	907
Risikogewichtete Aktiva	184.119	26.996	211.115	19.124	104.488	123.613	8.794	343.522
Durchschnittliches Active Equity ⁴	18.941	2.416	21.357	5.314	4.592	9.906	2.243	33.505
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	27 %	40 %	28 %	4 %	19 %	11 %	- 123 %	13 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	9.741	1.387	11.128	516	3.850	4.365	32	15.526
Erträge mit externen Kunden	18.115	3.176	21.290	3.712	5.707	9.419	- 1.809	28.901
Intersegmenterträge	- 564	203	- 361	- 38	429	391	13	43
Ergebnis aus nach der Equitemethode bilanzierten Beteiligungen	- 57	1	- 56	6	- 12	- 6	- 1.947	- 2.010
2 beinhaltet:								
nach der Equitemethode bilanzierte Beteiligungen	2.108	41	2.149	259	34	292	116	2.558

N/A – nicht aussagefähig

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwerte und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

⁵ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Geschäfts- oder Firmenwert im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in Höhe von 208 Mio € aus dem zweiten Quartal 2010. Dieser Gewinn wurde nicht in der Zielgrößendefinition berücksichtigt.

⁶ Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €, die in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt wird.

2009 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank				Private Clients and Asset Management		Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
Erträge insgesamt¹	16.164	2.643	18.807	2.685	5.576	8.261	1.044	28.112
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.791	25	1.816	17	790	806	8	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.982	1.697	12.679	2.475	4.328	6.803	581	20.063
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	70	5	75	18	69	87	8	170
Abfindungszahlungen	138	7	144	105	192	297	0	442
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	–	541	0	–	0	–	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	-291	–	-291	151	-134
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-2	–	-2	-7	0	-7	-1	-10
Ergebnis vor Steuern	3.393	921	4.314	200	458	658	456	5.428
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	64 %	67 %	92 %	78 %	82 %	56 %	71 %
Aktiva^{2,3}	1.300.705	54.889	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	1.491.108
Investitionen in langlebige Aktiva	73	17	89	56	42	98	395	583
Risikogewichtete Aktiva	185.206	18.756	203.962	12.201	36.872	49.073	16.935	269.969
Durchschnittliches Active Equity⁴	19.606	1.798	21.403	4.223	4.000	8.224	1.917	31.544
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	17 %	51 %	20 %	5 %	11 %	8 %	24 %	17 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.351	1.168	8.519	379	3.493	3.871	-108	12.283
Erträge mit externen Kunden	16.990	2.140	19.130	2.525	5.372	7.897	1.053	28.079
Intersegmenterträge	-826	503	-323	160	204	364	-9	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-77	1	-76	-14	1	-12	155	67
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.543	40	1.584	202	42	244	5.911	7.739

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwerte und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

⁵ Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009 übergeleitet.

in Mio €	2011			2010			2009		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	33.266	- 38	33.228	28.944	- 377	28.567	28.112	- 159	27.952
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.840	- 1	1.839	1.273	0	1.274	2.630	- 0	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	25.746	253	25.999	23.308	10	23.318	20.063	57	20.120
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	213	- 213	-	24	- 24	-	- 10	10	-
Ergebnis vor Steuern	5.466	- 77	5.390	4.339	- 363	3.975	5.428	- 226	5.202
Aktiva	2.152.949	11.154	2.164.103	1.894.282	11.348	1.905.630	1.491.108	9.556	1.500.664
Risikogewichtete Aktiva	379.362	1.884	381.246	343.522	2.683	346.204	269.969	3.507	273.476
Durchschnittliches Active Equity ²	38.254	12.195	50.449	33.505	7.848	41.353	31.544	3.069	34.613

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Anstieg des durchschnittlichen Active Equity in Consolidation & Adjustments spiegelt die Stärkung der Kapitalbasis wider, die die Bank vor dem Hintergrund externer Kapitalerfordernisse gemäß den unter Basel 2.5 und Basel 3 zusammengefassten Regulierungen, vorgenommen hat. Wir werden dieses Kapital auf die Segmente gemäß ihres regulatorischen Risikoprofils allozieren, sobald die internen Kapitalerfordernisse die externen Entwicklungen widerspiegeln.

Im Geschäftsjahr 2011 belief sich der Verlust vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 77 Mio €. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten im Wesentlichen Bankenabgaben in Höhe von 247 Mio €, die in erster Linie auf Deutschland und Großbritannien entfielen. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2011 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum beizulegenden Zeitwert (marktbewertet) ausgewiesen und nach IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 25 Mio € erhöhten, betrafen hauptsächlich zwei zum Teil gegenläufige Effekte. Gewinnen aus der Erhöhung von Riskoaufschlägen für eigene Verbindlichkeiten standen Verluste (per Saldo) aus ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen sowie ökonomisch abgesicherten Anleiheemissionen gegenüber. Diese Verluste resultierten im Wesentlichen aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 215 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinserträgen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalteten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinserträge (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden im Ergebnis vor Steuern der Segmente abgezogen und in C&A wieder eliminiert. Der Anstieg der Anteile ohne beherrschenden Einfluss gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf die Postbank zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2010 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 363 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Versicherungsleistungen, die zum Teil durch die Neubildung von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurden, sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2010 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum beizulegenden Zeitwert (marktbewertet) ausgewiesen und nach IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 210 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultieren aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 245 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Verlust vor Steuern in C&A auf 226 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Diese wurden zum Teil durch Umsatzsteuererstattungen ausgeglichen. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2009 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum beizulegenden Zeitwert (marktbewertet) ausgewiesen und nach IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 535 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultierten aus der Veränderung kurzfristiger Euro- und US-Dollar-Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 225 Mio €.
- Derivate, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, führten zu einer Erhöhung um rund 460 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Aktiva und risikogewichtete Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Anhangangabe unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009.

in Mio €	Corporate & Investment Bank		
	2011	2010	2009
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.579	9.925	9.684
Sales & Trading (Equity)	2.422	3.108	2.650
Sales & Trading insgesamt	11.001	13.033	12.335
Emissionsgeschäft (Debt)	1.056	1.200	1.129
Emissionsgeschäft (Equity)	559	706	663
Emissionsgeschäft insgesamt	1.615	1.906	1.792
Beratung	621	573	402
Kreditgeschäft	1.510	1.588	1.772
Transaction Services	3.608	3.163	2.643
Sonstige Produkte	138	665	– 136
Insgesamt¹	18.493	20.929	18.807

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2011	2010	2009
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.354	2.491	2.083
Beratungs-/Brokeragegeschäft	1.735	1.717	1.531
Kreditgeschäft	2.585	2.628	2.535
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.244	2.102	1.945
Sonstige Produkte ¹	5.460	872	167
Insgesamt²	14.379	9.810	8.261

¹ Der Anstieg von 2010 auf 2011 beinhaltet 4,2 Mrd €, die aus der Konsolidierung der Postbank resultieren.

² Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2011	2010	2009
Deutschland:			
CIB	2.600	2.864	2.353
PCAM	9.983	5.699	4.769
Deutschland insgesamt	12.583	8.563	7.122
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	7.775	8.258	8.485
PCAM	3.007	2.693	2.479
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	10.782	10.951	10.964
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	4.908	6.420	5.295
PCAM	981	1.032	724
Amerika insgesamt	5.889	7.452	6.020
Asien/Pazifik:			
CIB	3.210	3.387	2.672
PCAM	408	387	289
Asien/Pazifik insgesamt	3.618	3.774	2.961
CI	394	- 1.796	1.044
Consolidation & Adjustments	- 38	- 377	- 159
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	33.228	28.567	27.952

¹ In den Geschäftsjahren 2011, 2010 und 2009 trug Großbritannien rund 60 % zu diesen Erträgen bei.

² Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

06 –

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2011	2010	2009
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	794	691	633
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	977	446	320
Forderungen aus Wertpapierleihen	155	133	67
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	15.376	15.589	13.634
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	935	700	496
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	148	137	91
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.914	10.222	10.555
Sonstige	1.579	861	1.157
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	34.878	28.779	26.953
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	6.779	3.800	5.119
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	426	301	280
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	343	278	269
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	6.515	6.019	4.503
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	479	375	798
Langfristige Verbindlichkeiten	1.835	1.490	2.612
Hybride Kapitalinstrumente	813	781	680
Sonstige	243	152	233
Zinsaufwendungen insgesamt	17.433	13.196	14.494
Zinsüberschuss	17.445	15.583	12.459

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2011 auf 83 Mio € (2010: 146 Mio €, 2009: 133 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2011	2010	2009
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	- 1.293	198	1.125
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.356	3.564	4.223
Sales & Trading insgesamt	2.063	3.762	5.348
Sonstige	686	- 104	286
Handelsergebnis insgesamt	2.749	3.658	5.634
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	- 20	35	- 73
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	- 0	-	- 2
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 894	- 331	3.929
Einlagen	- 368	- 13	- 162
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	1.772	83	- 2.550
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	- 181	- 78	333
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	309	- 304	1.475
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen			
Vermögenswerte/Verpflichtungen	3.058	3.354	7.109

¹ Beinhaltet minus 20 Mio € in 2011 (2010: 39 Mio €, 2009: minus 176 Mio €) aus strukturierten Verbrieftungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 108 Mio € in 2011 (2010: 163 Mio €, 2009: minus 49 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbrieftungen dar.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, werden im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten untergliedert.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten in 2011, 2010 und 2009.

in Mio €	2011	2010	2009
Zinsüberschuss	17.445	15.583	12.459
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	3.354	7.109
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	20.503	18.937	19.568
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgegliedert nach Konzernbereich/CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	1.589	2.266	2.047
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.826	9.339	9.818
Sales & Trading insgesamt	9.415	11.604	11.865
Kreditgeschäft ¹	701	672	649
Transaction Services	1.788	1.451	1.203
Übrige Produkte ²	589	353	251
Corporate & Investment Bank insgesamt	12.493	14.081	13.969
Private Clients and Asset Management	7.914	4.609	4.157
Corporate Investments	137	-86	793
Consolidation & Adjustments	-40	333	649
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	20.503	18.937	19.568

¹ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

² Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

07 – Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2011	2010	2009
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	14.409	13.652	11.377
Provisionsaufwand	2.865	2.983	2.466
Provisionsüberschuss	11.544	10.669	8.911
in Mio €	2011	2010	2009
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.458	3.529	2.925
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.665	3.873	3.449
Gebühren für sonstige Dienstleistungen ¹	4.421	3.267	2.537
Provisionsüberschuss	11.544	10.669	8.911

¹ Der Anstieg von 2010 auf 2011 war auf Provisionserträge zurückzuführen, die nicht aus dem Bankgeschäft der Postbank stammen.

08 –**Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2011	2010	2009
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	- 223	58	37
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	285	74	119
Wertminderungen	- 508 ¹	- 16	- 82
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	289	120	- 295
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen / Neubewertungen	383	164	443
Wertminderungen	- 94	- 44	- 738
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	17	18	- 56
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	24	36	9
Wertminderungen	- 7	- 18	- 81
Wertaufholungen	-	0	16
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	39	5	- 89
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	56	40	-
Wertminderungen	- 17	- 35	- 89
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	123	201	- 403

¹ Beinhaltet 527 Mio € Wertminderungen von griechischen Staatsanleihen, die durch Wertaufholungen von in Vorjahren erfassten Wertminderungen teilweise kompensiert wurden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhalteten griechische Staatsanleihen, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Akquisition der Postbank am 3. Dezember 2010 erworben wurden. Aus Sicht der Deutschen Bank lagen zum 30. Juni 2011 aufgrund der Entwicklung im zweiten Quartal 2011 objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung aller zur Veräußerung verfügbaren griechischen Staatsanleihen vor. Infolgedessen wurden alle unrealisierten Verluste, die zu jenem Zeitpunkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen worden waren, in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Nach dem 30. Juni 2011 entstandene Verluste aus der Bewertung von wertgeminderten griechischen Staatsanleihen zum beizulegenden Zeitwert wurden ebenfalls erfolgswirksam erfasst. Im Gesamtjahr 2011 belastete diese Wertminderung das Ergebnis vor Steuern mit 527 Mio € und den Gewinn nach Steuern mit 368 Mio €. Zum 31. Dezember 2011 lag der durchschnittliche beizulegende Zeitwert der griechischen Staatsanleihen bei annähernd 30 % des Nominalbetrags.

Für weitere Informationen zu finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Zusammenhang mit bestimmten europäischen Ländern wird auf Seite 76 dieses Berichts (nicht testiert) sowie auf Anhangangabe 16 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

09 – Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2011	2010	2009
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	33	-3	- 117
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	14	5	- 2
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	39	18	61
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-22	-87	2
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	214	252	129
Ergebnis aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten	336	34	- 237
Konsolidierte Beteiligungen ²	570	247	212
Übrige sonstige Erträge ³	138	298	- 231
Sonstige Erträge insgesamt	1.322	764	- 183

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen. Enthält eine Ausweisänderung von Rückversicherungsverträgen und Mortalitätsrisiko in 2010. Aufgrund dieser Ausweisänderung wurden Aufwendungen in Höhe von 102 Mio € in 2011 sowie Aufwendungen in Höhe von 117 Mio € in 2010 aus den sonstigen Erträgen in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft umgegliedert.

² Der Anstieg der konsolidierten Beteiligungen von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf höhere operative Erträge aus The Cosmopolitan of Las Vegas, die im Dezember 2010 die Geschäftstätigkeit aufnahm, zurückzuführen.

³ Der Anstieg der übrigen sonstigen Erträge von 2009 auf 2010 ist zurückzuführen auf signifikant geringere Abschreibungen bezüglich der Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas sowie einen Gewinn aus einem negativen Geschäfts- oder Firmenwerts im Zusammenhang mit dem von ABN AMRO übernommenen Aktivitäten im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden.

10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2011	2010	2009
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	2.194	2.274	1.759
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.072	1.679	1.457
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.632	1.616	1.088
Kommunikation und Datenadministration	849	785	672
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	539	554	408
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	504	418	406
Marketingaufwendungen	410	335	278
Konsolidierte Beteiligungen ¹	652	390	248
Sonstige Aufwendungen ²	3.805	2.082	2.086
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	12.657	10.133	8.402

¹ Der Anstieg der konsolidierten Beteiligungen von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf höhere operative Kosten für The Cosmopolitan of Las Vegas, die im Dezember 2010 eröffnet wurde, zurückzuführen.

² Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen von 2010 auf 2011 ist im Wesentlichen auf Sonderbelastungen in CB&S (655 Mio € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und eine Sonderbelastung von 310 Mio € aus nicht geltend gemachten Umsatzsteueransprüchen in Deutschland) und die erstmalige Erfassung der Bankenabgabe in Deutschland und Großbritannien in Höhe von 247 Mio € zurückzuführen.

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009.

in Mio €	2011	2010	2009
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis –			
Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	4.132	2.310	4.973
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	–	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	– 13	3	2
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener			
Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	4.119	2.313	4.975
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien –			
Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	928,0	753,3	689,4
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	–	0,1
wandelbaren Schuldtiteln	1,5	2,1	0,7
gewährten Aktienrechten	27,8	35,4	26,4
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	–	0,1
Potenziell verwässernde Stammaktien	29,3	37,5	27,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener			
Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	957,3	790,8	716,7
in €	2011	2010	2009
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	4,45	3,07	7,21
Ergebnis je Aktie (verwässert)	4,30	2,92	6,94

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Preis der Bezugsrechte der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden vor dem 6. Oktober 2010 rückwirkend angepasst.

Zum 31. Dezember 2011, 2010 und 2009 waren die folgenden Instrumente ausstehend. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2011	2010	2009
Terminkäufe	–	–	–
wandelbare Schuldtitel	0,2	–	–
geschriebene Verkaufsoptionen	–	–	–
geschriebene Kaufoptionen	–	–	–
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,3	0,4	0,3
gewährte Aktienrechte	–	–	–

Anhangangaben zur Bilanz

12 –

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/ Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	214.087	238.283
Sonstige Handelsaktiva ¹	26.837	33.008
Handelsaktiva insgesamt	240.924	271.291
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	859.582	657.780
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	117.284	108.912
Forderungen aus Wertpapierleihen	27.261	27.887
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	24.220	23.254
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.528	11.873
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	180.293	171.926
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.280.799	1.100.997

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 18.039 Mio € zum 31.12.2011 (2010: 23.080 Mio €).

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	60.005	65.183
Sonstige Handelsspassiva	3.881	3.676
Handelsspassiva insgesamt	63.886	68.859
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	838.817	647.195
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	93.606	107.999
Kreditzusagen	1.192	572
Langfristige Verbindlichkeiten	13.889	15.280
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	9.631	6.303
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	118.318	130.154
Investmentverträge¹	7.426	7.898
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.028.447	854.106

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 169 Mrd € (2010: 160 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, insbesondere zu Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kontrahentenrisikos zurechenbare Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite und Kreditzusagen, die am Bilanzstichtag gehalten wurden. Dies wurde mittels eines Bewertungsmodells bestimmt, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.

in Mio €	31.12.2011		31.12.2010	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ¹	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ¹	Kreditzusagen
Beizulegender Zeitwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die dem Kreditrisiko unterliegen	24.220	1.192 ²	23.254	572 ²
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	– 84	– 236	3	387 ⁴
Änderung des beizulegenden Zeitwerts in 2011/2010	– 88	– 611	–	349 ⁴
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen besichert mit Kreditderivaten	5.477	46.185	6.024	50.667
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	4.055	37.289	3.799	34.223
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	55	425	– 9	– 151
Änderung des beizulegenden Zeitwerts in 2011/2010	62	576	– 27	– 230

¹ Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.

² Spiegelt finanzielle Verpflichtungen wider.

³ Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtstichtag im Bestand waren. Dies kann von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolien darzustellen.

⁴ Vorjahreswerte wurden angepasst.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführenden Bewertungsänderungen der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag. Die Bewertungsänderungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

in Mio €	31.12.2011		31.12.2010	
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts		197		76
Änderung des beizulegenden Zeitwerts in 2011/2010		141		43

Für sämtliche zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag oder die Inanspruchnahme im Falle einer Kreditzusage um 45,6 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2011 (2010: 50,7 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen müsste. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Der größte Teil der Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen und den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen bei Fälligkeit entfällt auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, für die der vertraglich vereinbarte Zahlungsstrom bei Fälligkeit eine vollständige Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt. Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2011 0,6 Mrd € (2010: 0,6 Mrd €).

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Auf Basis der veröffentlichten Änderungen wurden die Vermögenswerte umgewidmet, für die sich am Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte, die unrealisierten Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, welche direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden, die Bandbreiten der Effektivzinssätze, basierend auf gewichteten Durchschnittssätzen einzelner Geschäftsbeziehe, sowie die erwarteten erzielbaren Zahlungsströme jeweils zum Umwidmungsstichtag.

	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)		
Buchwert am Umbuchungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	–	-1,1
Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umbuchungsstichtag	39,6	17,6

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte zum 31. Dezember 2011 und 2010 der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts:

in Mio €	31.12.2011		31.12.2010	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	6.733	5.501	8.438	7.035
Schuldtitle	859	823	1.016	923
Kredite	7.754	7.117	8.544	7.945
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	15.346	13.441	17.998	15.903
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	6.220	5.359	7.378	6.521
Kredite	1.337	1.427	1.306	1.284
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	7.557	6.786	8.684	7.805
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	22.903	20.227	26.682	23.708

¹ Verbriefte Vermögenswerte beinhalten Mortgage-backed Securities und Asset-backed Securities.

Verkäufe umgewidmeter Vermögenswerte unterliegen einem Steuerungs- und Genehmigungsprozess, in dessen Rahmen entschieden wird, ob der Verkauf die aus Sicht der Bank beste Option hinsichtlich Profitabilität, Kapitalposition und die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben ist. Im Jahr 2011 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 1,1 Mrd €. Diese Verkäufe von Vermögenswerten, die alle aus den Handelsaktiva umgewidmet worden sind und 0,6 Mrd € Asset-backed Securities beinhaltet haben, haben zu einem Nettogewinn von 34 Mio € geführt. Der genannte Steuerungs- und Genehmigungsprozess bedingt, dass die verkauften Vermögenswerte aufgrund von zum Zeitpunkt der Umwidmung nicht vorhersehbaren Ereignissen verkauft wurden, einschließlich geänderter Kapitalvorschriften, die zu einem signifikant höheren Kapitalbedarf für den Konzern insgesamt führten.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte 2011 um 622 Mio € aufgrund von Restrukturierungen von Mortgage-backed Securities und um 587 Mio € aufgrund von Endfälligkeit von Krediten. Der Rückgang umfasst außerdem 1,2 Mrd € aus vorzeitigen Rückzahlungen und Endfälligkeit von Asset-backed Securities, die aus der Bilanzkategorie „zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden. Die in der Berichtsperiode vorgenommene Risikovorsorge bezog sich hauptsächlich auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die aus den Handelsaktiva der Bereiche Commercial Real Estate und Leveraged Finance umgewidmet wurden.

Die folgende Tabelle zeigt die unrealisierten Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, hätte keine Umwidmung stattgefunden.

in Mio €	2011	2010	2009
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 11	120	- 884
Verluste aus der Wertberichtigung umgewidmeter, zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die wertberichtigt wurden	- 16	- 7	- 9
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	133	251	1.147

Nach der Umwidmung haben die umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2011	2010	2009
Zinserträge	691 ¹	1.154	1.368
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 186	- 278	- 1.047
Sonstige Erträge ²	34	1	-
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	539	877	321
Zinserträge	153	146	227
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1	-	- 205
Sonstige Erträge ²	-	- 1	-
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	152	145	22

¹ Der deutliche Rückgang der Zinserträge in 2011 ist primär auf die 2010 durchgeführte Restrukturierung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft an Actavis zurückzuführen. Diese Forderungen gehören nicht mehr zu den umgewidmeten Vermögenswerten.

² Dies bezieht sich im Wesentlichen auf Gewinne und Verluste aus dem Verkauf umgewidmeter Vermögenswerte.

Aus im Geschäftsjahr 2009 umgewidmeten Vermögenswerten waren vor ihrer Umwidmung entstandene unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von 252 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008 und unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von 48 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Handelsaktiva, die im Geschäftsjahr 2008 umgewidmet wurden, trugen vor ihrer Umwidmung mit einem Verlust aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in Höhe von 1,8 Mrd € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 bei. Vor der Umwidmung entstandene Wertminderungsverluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, die im Geschäftsjahr 2008 umgewidmet wurden, beliefen sich auf 174 Mio € und wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 berücksichtigt. Aus diesen Vermögenswerten waren vor der Umwidmung im Geschäftsjahr 2008 zusätzliche unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in Höhe von 736 Mio € entstanden, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung berücksichtigt wurden.

14 –

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsysteem, welches sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursangebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern, wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder der Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit als möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufsposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfoliobasis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Netto risikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte, die Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn die Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für außerbörsliche Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von

Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage von Marktanzeichen wie aus historischen Informationen ermittelten Ausfällen, Fundamentalanalysen von Wirtschaftsinformationen und CDS Spreads bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugelichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Risikoprämie. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlicher Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz liefern, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle

delle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind üblicherweise nur in geringem Umfang Einschätzungen seitens des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extrapolations- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen vonseiten des Managements erfordern, um die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sicherzustellen.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegenden Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, dessen sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Defaults Swaps (CDSs), eine Vielzahl derforderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und für die ein anderes Bewertungsverfahren benötigt wird. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset-backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.12.2011			31.12.2010		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands						
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	99.487	103.327	11.272	96.828	126.594	14.861
Sonstige Handelsaktiva	15.947	822.009	21.626	14.976	624.961	17.843
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	847	20.773	5.218	692	26.249	6.067
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.907	168.224	5.162	7.674	160.966	3.286
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	3.960	37.026	4.295	17.186	32.481 ¹	4.599 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	127.148	1.158.870	47.573	137.356	979.755	46.656
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands						
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	35.033	24.625	347	43.967	20.966	251
Sonstige Handelsspassiva	12.815	814.696	11.306	12.379	623.900	10.916
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	22	3.845	14	1	3.669	5
Investmentverträge ⁴	116	116.198	2.004	348	127.736	2.070
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen ²	–	7.426	–	–	7.898	–
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	47.986	970.949	13.421	56.695	790.695	13.003

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um minus 623 Mio € eingebetteter Derivate korrekt darzustellen, die zu Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten unter Level 3 gehören und vorher als Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte ausgewiesen wurden.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

⁴ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungs-techniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlichforderungsbewieserter Schuldverschreibungen. Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielenforderungsbewieserten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine erst vor kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoauflage aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeföhrten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter Anhangangabe „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordert jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	1.045	576
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	3.724	6.302
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	5.979	7.406
Eigenkapitaltitel	524	577
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	11.272	14.861
Positive Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten	21.626	17.843
Sonstige Handelsaktivia	5.218	6.067
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4.496	2.740
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	666	546
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	5.162	3.286
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.295	4.599 ¹
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	– ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	47.573	46.656
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	347	251
Negative Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten	11.306	10.916
Sonstige Handelsspassiva	14	5
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	1.194	572
Langfristige Verbindlichkeiten	801	1.481
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	9	17
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	2.004	2.070
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	– 250	– 239
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	13.421	13.003

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um minus 623 Mio € eingebetteter Derivate korrekt darzustellen, die zu Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten unter Level 3 gehören und vorher als Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte ausgewiesen wurden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere,forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere Asset-backed Securities. Der Rückgang des Bestandes im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf Umklassifizierungen von Vermögenswerten von der Kategorie 3 in die Kategorie 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund besser beobachtbarer Eingangsparameter zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerde aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet sind, werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind die folgenden Derivate enthalten: kunden-spezifische Derivateforderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoausfall nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2011 stieg der Marktwert der derivativen Instrumente in der Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Dieser Anstieg wurde sowohl von Erträgen aus Marktbewertungen der Instrumente als auch von Umklassifizierungen von Derivaten aus der Kategorie 2 in die Kategorie 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts durch die Bewertung auf Basis nicht beobachtbarer Eingangsparameter verursacht.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Bestand ist im Jahresverlauf hauptsächlich durch den Nettoeffekt aus Käufen und Verkäufen von Vermögenswerten der Kategorie 3 der Hierarchie in einigen Geschäftsbereichen zurückgegangen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoausfälle, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg des Bestands im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf der Begebung neuer Kredite.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Überleitung der Finanzinstrumente der Kategorie Level 3

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt eine Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Obwohl zu einigen dieser Finanzinstrumente identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter bestehen, verlangen die diesbezüglichen Vorschriften für diese Anhangangabe, die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto aufzuführen. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Jahresverlauf werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

31.12.2011	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungsreiches	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁵	Abwicklungen ⁶	Umklassifizierungen in Level 3	Umklassifizierungen aus Level 3	Bestand am Jahresende
in Mio €										
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands										
Positive Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten	14.861	–	–280	3.716	–3.533	–	–1.405	2.298	–4.385	11.272
Sonstige Handelsaktiva	6.067	–	191	1.998	–3.256	712	–341	382	–535	5.218
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.286	–	–104	174	–232	2.532	–1.541	1.076	–29	5.162
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	4.599	–	385 ²	1.328	–1.226	–	–991	814	–614	4.295
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt										
	46.656	–	3.812 ^{3,4}	7.216	–8.247	3.244	–5.503	8.777	–8.382	47.573
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands										
Negative Marktwerde aus derivativen Finanzinstrumenten	251	–	–12	–	–	–	121	1	–14	347
Sonstige Handelsspassiva	10.916	–	1.702	–	–	–	–1.428	3.546	–3.430	11.306
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	5	–	9	–	–	–	–	–	–	14
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	2.070	–	622	–	–	209	–422	59	–534	2.004
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	–239	–	–95	–	–	–	–76	2	158	–250
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt										
	13.003	–	2.226 ^{3,4}	–	–	209	–1.805	3.608	–3.820	13.421

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden.

² Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 76 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 213 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

³ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 266 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 57 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁴ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

⁵ Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

⁶ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtilt und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

31.12.2010 in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verän- derung des Konsoli- dierungs- kreises ¹	Gewinne/ Verluste insgesamt ²	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁶	Abwick- lungen ⁷	Umklassi- fizierungen in Level 3	Umklassi- fizierungen aus Level 3	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands										
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.609	6	1.437	5.479	- 6.292	-	- 1.412	4.299	- 4.265	14.861
Sonstige Handelsaktiva	10.782	-	- 1	1.439	- 1.427	173	- 1.511	424	- 3.812	6.067
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.410	-	- 97	294	- 23	1.627	- 1.909	54	- 70	3.286
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.167	717 ⁸	151 ³	1.648	- 491	-	- 351	881	- 1.123	4.599 ⁸
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	41	- ⁸	-	-	-	-	- 41	-	-	- ⁸
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	58.220	797	2.079 ^{4,5}	8.892	- 8.304	1.800	- 8.221	6.769	- 15.376	46.656
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	431	-	119	-	-	-	- 182	3	- 120	251
Sonstige Handelsspassiva	15.591	11	2.092	-	-	-	- 1.952	1.531	- 6.357	10.916
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	283	17	- 271	-	-	-	-	-	- 24	5
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	2.621	-	258	-	-	448	- 977	180	- 460	2.070
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 757	-	40	-	-	-	32	446	-	- 239
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen										
18.169	28	2.238 ^{4,5}	-	-	448	- 3.079	2.160	- 6.961	13.003	

1 Die Beträge, die unter Veränderung des Konsolidierungskreises ausgewiesen werden, beziehen sich hauptsächlich auf die Erstkonsolidierung der Postbank zum 3. Dezember 2010.

2 Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden.

3 Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 21 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 38 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

4 Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 1,3 Mrd € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 184 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

5 Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

6 Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

7 Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitle und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

8 Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um minus 623 Mio € eingebetteter Derivate korrekt darzustellen, die zu Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten unter Level 3 gehören und vorher als Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte ausgewiesen wurden.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2011 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußersten Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 3,5 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 4,2 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2010 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,6 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußersten Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwerts relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleichet sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
in Mio €				
Derivate:				
Kreditderivate	1.971	2.957	2.065	2.724
Aktienderivate	238	137	185	103
Zinsderivate	94	114	143	157
Hybride Derivate	415	293	321	121
Sonstige	189	170	117	69
Wertpapiere:				
Schuldtitel	217	217	303	282
Eigenkapitaltitel	9	9	91	60
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	5	5	77	59
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Leveraged Loans	–	–	3	3
Gewerbliche Kredite	–	–	51	9
Handelbare Kredite	343	342	278	287
Insgesamt	3.481	4.244	3.634	3.874

Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 7 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten resultieren.

	31.12.2011	31.12.2010
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	113	943
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.627	2.755
Sonstige Handelsaktiva	238	150
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12	–61
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	334	–30
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	–31
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	5.324	3.726
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	–3	–109
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	–2.775	–75
Sonstige Handelsspassiva	14	–4
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	–765	–194
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	106	29
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	–3.423	–353
Insgesamt	1.901	3.373

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2011	2010
Bestand am Jahresanfang	622	822
Neue Geschäfte während der Periode	418	268
Abschreibung	- 235	- 243
Ausgelaufene Geschäfte	- 142	- 135
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 28	- 117
Wechselkursveränderungen	10	27
Bestand am Jahresende	645	622

15 –

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen jenen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Der Konzern wendet die folgenden Bewertungstechniken an:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation (CLO)-Transaktionen verwendet, die mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2011		31.12.2010	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserve	15.928	15.928	17.157	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	162.000	161.905	92.377	92.378
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	25.773	25.767	20.365	20.310
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.337	31.337	28.916	28.916
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	412.514	408.295	407.729	401.813
Sonstige Aktiva ¹	134.699	134.660	116.589	116.565
Finanzpassiva:				
Einlagen	601.730	602.585	533.984	534.442
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.311	35.311	27.922	27.954
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	8.089	8.089	3.276	3.276
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	65.356	65.348	64.990	64.912
Sonstige Passiva ¹	154.647	154.647	135.389	135.386
Langfristige Verbindlichkeiten	163.416	158.245	169.660	168.211
Hybride Kapitalinstrumente	12.344	9.986	12.250	11.462

¹ Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

Die Beträge in der vorstehenden Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergibt sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Wertminderungen werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente: Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 –**Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte**

Die folgende Tabelle zeigt den beizulegenden Zeitwert von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	5.207	4.053
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.015	1.633
US-Kommunalbehörden	605	563
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	10.919	17.688
Unternehmen	18.856	19.901
Sonstige Asset-backed Securities	1.273	1.780
Mortgage-backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	731	154
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	775	442
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	39.381	46.214
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	1.632	3.296
Investmentanteile	236	132
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	1.868	3.428
Sonstiger Anteilsbesitz	1.116	2.251
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.916	2.373
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	45.281	54.266

Der Rückgang der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (festverzinsliche Wertpapiere) in 2011 ging im Wesentlichen auf Veräußerungen und Fälligkeiten zurück, die teilweise durch die Reklassifizierung von Wertpapieren der BHF-BANK kompensiert wurden, die in 2010 noch als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte bilanziert waren. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (nicht festverzinsliche Wertpapiere) reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund der erstmaligen Bilanzierung der Beteiligung an der Hua Xia Bank nach der Equitymethode im Februar 2011.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhalteten griechische Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 211 Mio € zum 31. Dezember 2011 (2010: 1,1 Mrd €). Die Deutsche Bank erwarb diese griechischen Staatsanleihen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Akquisition der Postbank am 3. Dezember 2010. Griechische Staatsanleihen wurden dem Level 2 der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet. Zum 31. Dezember 2011 wurde der beizulegende Zeitwert auf Basis von Marktdaten aus unabhängigen Preisquellen ermittelt.

Für weitere Informationen zu finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Zusammenhang mit bestimmten europäischen Ländern wird auf Seite 76 dieses Berichts (nicht testiert) sowie auf Anhangangabe 08 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

17 –

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equitymethode bilanziert.

Am 31. Dezember 2011 waren folgende Beteiligungen wesentlich. Sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Beteiligung ¹	Anteil am Kapital
Actavis Equity S.à r.l., Munsbach ²	0,00 %
BrisConnections Investment Trust, Kedron	35,59 %
Huamao Property Holdings Ltd., Georgetown ³	0,00 %
Hua Xia Bank Company Limited, Peking ³	19,99 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
Station Holdco LLC, Wilmington	25,00 %

¹ Alle wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

² Die Bilanzierung nach der Equitymethode basiert auf der nachrangigen Fremdfinanzierung.

³ Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Summe der Aktiva	147.793	131.002
Summe der Verbindlichkeiten	137.862	128.745
Erträge	5.478	4.988
Gewinn/Verlust (-)	696	-709

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2011	2010	2009
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen:			
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	222	457	189
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	29	14	21
Wertminderungen	-515	-2.475	-151
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	-264	-2.004	59

Das Geschäftsjahr 2011 enthielt eine Wertminderung von 457 Mio € im Zusammenhang mit dem Generikahersteller Actavis.

Im Geschäftsjahr 2010 war ein Aufwand von rund 2,3 Mrd € aus der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Deutschen Postbank AG enthalten. Am 3. Dezember 2010 erlangte die Deutsche Bank den beherrschenden Einfluss über die Postbank AG und konsolidiert seither den Postbankkonzern voll. Die Equitymethode kam nicht mehr zur Anwendung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2011 noch kumuliert.

Die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, hatten zum 31. Dezember 2011 einen Buchwert von 2,2 Mrd € (2010: 280 Mio €) und einen beizulegenden Zeitwert von 2,1 Mrd € (2010: 561 Mio €). Im Geschäftsjahr 2011 ist die Hua Xia Bank erstmalig enthalten.

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen ausgesetzt.

In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 unterlag keines der Beteiligungsunternehmen Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

Hua Xia Bank. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu zu begebender Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von 5,6 Mrd RMB (entsprechend 587 Mio €) unterzeichnet hat. Die Zeichnung war Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet war. Die Emission hatte einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,2 Mrd €). Mit Abschluss der Transaktion, die durch die Eintragung der Aktien am 26. April 2011 erfolgte, erhöhte sich die Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank von 17,12% auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals.

Voraussetzung für den Erwerb der neu zu emittierenden Aktien waren grundlegende aufsichtsrechtliche Genehmigungen seitens verschiedener chinesischer Aufsichtsbehörden. Die letzte substanzelle Genehmigung, welche der Deutschen Bank das Recht einräumte, die zusätzlichen Aktien und die damit verbundenen Stimmrechte zu erhalten, wurde am 11. Februar 2011 erteilt.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die neu zu begebenden Aktien in Übereinstimmung mit IAS 28, „Investments in Associates“, bei der Einschätzung des maßgeblichen Einflusses berücksichtigt, da sie der Deutschen Bank zurechenbare potenzielle Stimmrechte repräsentieren.

Zum 11. Februar 2011 beruhte der Einfluss der Deutschen Bank auf den existierenden Stimmrechten von 17,12% und den möglichen Stimmrechten von 2,87 %. Die daraus resultierenden Stimmrechte von 19,99 % begründen den maßgeblichen Einfluss, da dies im Wesentlichen einem 20 %-Stimmrechtsanteil entspricht, von dem generell angenommen wird, dass maßgeblicher Einfluss vorliegt. Darüber hinaus wird der signifikante Einfluss dadurch belegt, dass die Deutsche Bank erfolgreich die Erhöhung ihres Anteils mit dem Management der Hua Xia Bank und den anderen Anteilseignern verhandelt hat und in vier von sechs Vorstandsgremien der Hua Xia Bank vertreten ist.

Die Beteiligung wird seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode bilanziert.

Im Zusammenhang mit der Umwidmung der Beteiligung im ersten Quartal 2011 von Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen hat die Deutsche Bank den Neubewertungsansatz in Analogie zu IFRS 3R, „Unternehmenszusammenschlüsse“, angewandt. Damit wurden zuvor in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasste Gewinne von 263 Mio € erfolgswirksam in das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten umgegliedert.

Die Umwidmung und die Erhöhung der Beteiligung führten zu einem Anstieg der Bilanzposition Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen um 2,0 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Station Holdco LLC. Am 17. Juni 2011 hat der Hotel- und Kasinobetreiber Station Casinos, Las Vegas, seinen Reorganisationsplan umgesetzt und das Insolvenzverfahren abgeschlossen. Als Ergebnis aus der Restrukturierung besitzt die Deutsche Bank 25 % des nicht stimmberechtigten Kapitals an der restrukturierten Gesellschaft Station Holdco LLC und das Recht, einen Direktor oder Direktoren für zwei der acht Sitze im Vorstand zu ernennen. Die Beteiligung wird daher seit dem 17. Juni 2011 nach der Equitymethode bilanziert.

18 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Banken und Versicherungen	35.308	38.798
Verarbeitendes Gewerbe	22.754	20.748
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	38.657	35.115
Private Haushalte – Hypothekenkredite	135.531	132.235
Öffentliche Haushalte	16.412	24.113
Handel	15.045	13.637
Gewerbliche Immobilien	46.143	44.120
Leasingfinanzierungen	1.679	2.321
Fondsmanagement	24.952	27.964
Sonstige	80.576	72.841
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	417.057	411.892
Abgegrenzte Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	381	867
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	416.676	411.025
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4.162	3.296
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	412.514	407.729

19 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2011			2010			2009		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	1.643	1.653	3.296	2.029	1.313	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	907	925	1.832	562	751	1.313	1.789	808	2.597
Nettoabschreibungen:	- 512	- 385	- 897	- 896	- 404	- 1.300	- 637	- 419	- 1.056
Abschreibungen	- 553	- 512	- 1.065	- 934	- 509	- 1.443	- 670	- 552	- 1.222
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	127	168	38	104	143	33	133	166
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 0	- 0	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 26	- 43	- 69	- 53	- 6	- 60	- 101	- 37	- 137
Bestand am Jahresende	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296	2.029	1.313	3.343

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2011			2010			2009		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	108	110	218	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	19	- 12	7	- 18	- 21	- 39	21	12	33
Zweckbestimmte Verwendung	-	-	-	-	-	-	- 45	-	- 45
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 0	0	0	42	-	42	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 0	0	0	1	7	8	10	-	10
Bestand am Jahresende	127	98	225	108	110	218	83	124	207

Die in 2010 in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ausgewiesene Veränderung des Konsolidierungskreises resultierte aus der Konsolidierung der Postbank (34 Mio €) und der Konsolidierung von Sal. Oppenheim/BHF-BANK (8 Mio €).

20 – Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Finanzierung bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte und die zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, sowie die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	49.401	54.022
Wertpapierleihen	31.245	39.454
Total Return Swaps	9.857	8.854
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	90.503	102.330
Sonstige Handelsaktiva	1.984	2.455
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	10.034	4.391
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.292	3.700
Insgesamt	105.813	112.876
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	86.472	99.957

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Zahlungsströme aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingehet.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, die der Konzern im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	1.383	2.197
Sonstige Handelsaktiva	7.302	6.011
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	1.367	2.186
Sonstige Handelsaktiva	2.078	1.713
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	3.467	3.910

21 –**Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte**

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	71	930
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	83.862	101.109
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	11.886	3.362
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17.619	15.867
Sonstige	330	181
Insgesamt	113.768	121.449

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2011 belief sich ihr Wert auf 99 Mrd € (2010: 98 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2011 hat der Konzern Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 304 Mrd € (2010: 269 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen ausgeführt, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2011 262 Mrd € (2010: 249 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

22 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2010	1.469	2.741	1.592	466	6.268
Veränderung des Konsolidierungskreises	1.045	200	-8	4	1.241
Zugänge	115	417	156	185	873
Umklassifizierung	2.208	398	60	-361	2.305
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung					
gehaltene Sachanlagen	-161	-21	-4	-	-186
Abgänge	33	247	55	-	335
Wechselkursveränderungen	3	133	72	4	212
Bestand zum 31. Dezember 2010	4.646	3.621	1.813	298	10.378
Veränderung des Konsolidierungskreises	-18	-2	-	-	-20
Zugänge	31	309	111	343	794
Umklassifizierung	1	263	127	-209	182
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung					
gehaltene Sachanlagen	-354	-108	-	-4	-466
Abgänge	57	179	95	-	331
Wechselkursveränderungen	53	29	17	1	100
Bestand zum 31. Dezember 2011	4.302	3.933	1.973	429	10.637
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2010	589	1.926	971	5	3.491
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-1	-13	-	-14
Abschreibungen	47	293	154	-	494
Wertminderungen	6	22	-	-	28
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	704	-13	-4	-5	682
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung					
gehaltene Sachanlagen	-2	-	-	-	-2
Abgänge	16	187	39	-	242
Wechselkursveränderungen	2	92	45	-	139
Bestand zum 31. Dezember 2010	1.330	2.132	1.114	-	4.576
Veränderung des Konsolidierungskreises	-1	1	-	-	-
Abschreibungen	86	389	138	-	613
Wertminderungen	137	5	1	-	143
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	-4	76	-7	-	65
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung					
gehaltene Sachanlagen	-94	3	-2	-	-93
Abgänge	19	149	74	-	242
Wechselkursveränderungen	22	28	16	-	66
Bestand zum 31. Dezember 2011	1.457	2.485	1.186	-	5.128
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2010	3.316	1.489	699	298	5.802
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.845	1.448	787	429	5.509

Im Geschäftsjahr 2010 änderte der Konzern die bilanzielle Behandlung der vormals als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas von sonstigen Aktiva und klassifizierte diese mit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit Ende 2010 als Sachanlagen. Im Geschäftsjahr 2011 wurde eine Wertminderung

in Höhe von 135 Mio € auf eigengenutzte Immobilien für das The Cosmopolitan of Las Vegas berücksichtigt, um niedrigere Ertragserwartungen widerzuspiegeln.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Im ersten Quartal 2011 wurde die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, vormals bilanziert als Sachanlagen, als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert. Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte wird auf Anhangangabe 25 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 191 Mio €.

Zum Jahresende 2011 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 21 Mio €.

23 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Der Konzern hat ein materielles Finanzierungsleasing, das eine für den Konzern günstige Kaufoption zum Erwerb der Immobilie am Ende der Laufzeit des Vertrages enthält.

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, der im Rahmen der Finanzierungs-Leasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Grundstücke und Gebäude	86	87
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	2
Sonstige	1	3
Buchwert am Jahresende	88	92

Darüber hinaus hat der Konzern keine Untermietverträge zum 31. Dezember 2011 (2010: 5 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	10	17
1 bis 5 Jahre	39	65
länger als 5 Jahre	4	73
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	53	155
abzüglich Zinsanteil	7	111
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	46	44

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 14 Mio € (2010: 105 Mio €). Zum 31. Dezember 2011 betrugen die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 0,7 Mio € (2010: 1 Mio €). Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen, wie den Drei-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätig. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preis-anpassungs- und Ausstiegsklauseln, welche den Marktkonditionen für Geschäftsleigenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividenenzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	891	831
1 bis 5 Jahre	2.572	2.316
länger als 5 Jahre	2.246	2.074
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.709	5.221
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	204	248
Nettomindestleasingzahlungen	5.505	4.973

Die künftigen Mindestleasingzahlungen beinhalten 484 Mio € pro Jahr für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-leaseback-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 859 Mio € gezahlt, davon wurden 899 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 0,2 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 41 Mio € geleistet.

24 –

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2011 und 2010 pro zahlungsmittelgenerierender Einheit wie unten dargestellt entwickelt. Die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns sind Corporate Banking & Securities (CB&S), Global Transaction Banking (GTB), Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM) im Segment Asset and Wealth Management (AWM) sowie Private & Business Clients (PBC) und Corporate Investments (CI).

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset Management	Private Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Sonstige	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2010	3.104	453	1.788	927	974	–	174	7.420
Zugänge	2	–	67	765	2.049	–	13	2.896
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	–	5	–	–4	–	–	–	1
Umklassifizierungen	–	3	12	–15	–	–	–	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–7	–	–	–	–13	–20
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	226	26	128	63	2	–	20	465
Bestand zum 31. Dezember 2010	3.332	487	1.988	1.736	3.025	–	194	10.762
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.332	487	1.988	1.736	3.025	230	678	11.476
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	–	–230	–484	–714
Bestand zum 1. Januar 2011	3.332	487	1.988	1.736	3.025	–	194	10.762
Zugänge	–	–	25	–	–	–	–	25
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	–	–11	8	–8	45	–	–	34
Umklassifizierungen	44	–44	–	–	–	–	–	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–4	–	–	–	–5	–	–	–9
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	81	8	42	26	1	–	3	161
Bestand zum 31. Dezember 2011	3.453	440	2.063	1.754	3.066	–	197	10.973
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.453	440	2.063	1.754	3.066	230	692	11.698
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	–	–230	–495	–725

¹ Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten weisen die Segmente CB&S und CI einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter Sonstige zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in CI besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“), die mit Wirkung zum 1. Januar 2009 von AM auf CI übertragen wurde.

Im Geschäftsjahr 2011 bezogen sich die Zugänge zum Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 25 Mio € auf den sukzessiven Erwerb der ausstehenden Anteile an der Deutsche UFG Capital Management im November 2011. Da die Allokation des Kaufpreises für diese Beteiligung noch nicht abgeschlossen ist, kann sich die Höhe des Geschäfts- oder Firmenwerts, der AM zugewiesen wurde, während des Bewertungszeitraums in 2012 noch ändern. In 2011 erfasste Anpassungen von in Vorjahren erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerten beliefen sich per Saldo auf 34 Mio €. Darin enthalten sind hauptsächlich Veränderungen in Höhe von 45 Mio € im Zusammenhang mit der abschließenden Bilanzierung des Erwerbs der Deutschen Postbank AG („Postbank“; PBC) sowie eine Verminderung in Höhe von 11 Mio € aus dem Abschluss einer bedingten Kaufpreiszahlung im Zusammenhang mit dem vollständigen Erwerb der DB HedgeWorks (GTB) in 2008. Im Zuge der im dritten Quartal 2011 geänderten Managementverantwortung für die ehemalige Geschäftseinheit Capital Market Sales (siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“) wurde für diese Einheit ein Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 44 Mio € von GTB auf CB&S übertragen.

Eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts war im Geschäftsjahr 2011 nicht zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich der Zugang beim Geschäfts- oder Firmenwert auf rund 2,9 Mrd €. Darin enthalten war ein Betrag von 2.049 Mio € im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Postbank im Dezember 2010, der PBC zugeordnet wurde. Durch den Erwerb der Sal. Oppenheim-Gruppe (einschließlich deren Tochtergesellschaft BHF-BANK AG („BHF-BANK“), jedoch ohne die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“)) im ersten Quartal 2010 wurde ein Geschäfts- oder Firmenwert von 844 Mio € ausgewiesen, von dem 832 Mio € auf PWM (765 Mio €) und AM (67 Mio €) zugeordnet wurde. Aufgrund des geplanten Verkaufs der BHF-BANK und deren Klassifizierung als Veräußerungsgruppe wurde im vierten Quartal 2010 der diesbezügliche Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 13 Mio €, der auf den Erwerb dieser Einheit entfiel, in die Veräußerungsgruppe umgegliedert. Ferner trug der Erwerb eines Anlageberatungsunternehmens in den USA mit 2 Mio € zu einem Zugang beim Geschäfts- oder Firmenwert in CB&S bei. Aufgrund des geplanten Verkaufs einer Tochtergesellschaft im Geschäftsbereich AM war der entsprechenden zum Verkauf bestimmten Veräußerungsgruppe ein Betrag von 7 Mio € zugewiesen worden.

Eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts war im Geschäftsjahr 2010 nicht zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde in CI eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts in Höhe von 151 Mio € erfasst. Diese entfiel auf das nicht integrierte Investment in Maher Terminals und wurde infolge anhaltend negativer Aussichten für den Containerumschlag beziehungsweise das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der beizulegende Zeitwert abzüglich Verkaufskosten des Investments wurde auf Basis einer DCF-Methode ermittelt.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert, oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft. Die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns sind demzufolge wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, welcher auf sonstige zahlungsmittelgenerierende Einheiten entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Geschäfts- oder Firmenwert ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte in den Geschäftsjahren 2011, 2010 und 2009 zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten deren Bilanzwert überstieg.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Geschäfts- oder Firmenwert ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelten den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen auf der Grundlage von Finanzplänen. Diese wurden vom Management beschlossen und zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert und auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und tatsächlichen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,6 % (2010: 3,7 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Die in den Geschäftsjahren 2011 und 2010 zur Ermittlung des Nutzungswerts der primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern, welche implizit auf Basis entsprechender Diskontierungszinssätze nach Steuern ermittelt wurden, sind wie folgt.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (vor Steuern)	
	2011	2010
Corporate & Investment Bank		
Corporate Banking & Securities	14,3 %	13,9 %
Global Transaction Banking	12,1 %	11,7 %
Private Clients and Asset Management		
Asset Management	12,5 %	12,5 %
Private Wealth Management	11,9 %	12,2 %
Private & Business Clients	13,5 %	13,1 %

Die folgende Tabelle beinhaltet eine Beschreibung wesentlicher Annahmen, auf der das Management seine Ergebnisprognosen aufgebaut hat, eine Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zugewiesenen Werte sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die sich negativ auf die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns auswirken könnten.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltend erfolgreiche CIB-Integration mit den zugehörigen Effizienzgewinnen und nachhaltige Vorteile aus konzernweitem Programm zur Steigerung der Infrastruktureffizienz - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und Lösungen für Kunden, Profitieren von führender Position im Kundenmarkt und erhöhter Durchdringung des Kundenstamms - Erhöhter Fokus auf das Geschäft mit Rohstoffen und selektive Investitionen in die Plattform (zum Beispiel elektronischer Handel, direkter Marktzugang) - Provisionsaufkommen in Corporate Finance sowie Ertragsaufkommen in Sales & Trading wachsen moderat im Zuge reduzierter Volatilität und einer Stabilisierung des Wirtschaftswachstums - Nachhaltige Effizienz der Vermögenswerte im neuen regulatorischen Umfeld und konsequent verwaltete Risikopositionen - Geplante Risikoreduktionen und Umsetzung von Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz - Nutzung von Synergien aus der CIB-Integration - Stabiles makroökonomisches Umfeld - Zinsen bleiben kurzfristig auf niedrigem Niveau, mittelfristige moderate Erholung - Positive Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in Asien - Ausgewogenere Gestaltung des Ertragsmix, um die Zinsabhängigkeit zu reduzieren - Erfolgreicher Abschluss der Integration von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Studien (Beratungsunternehmen, Recherche) - Managementschätzungen zu der Integration von CIB und dem Kosten-senkungsprogramm beruhen auf den bislang bei verschiedenen Initiativen erzielten Fortschritten 	<ul style="list-style-type: none"> - Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund anhaltender Staatsschuldenkrise und möglicher Ansteckungsrisiken, welche zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und einer geringeren Risikoneigung der Anleger führen könnten - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, welche zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus der CIB-Integration treten nicht im geplanten Umfang ein - Verzögerung in der Umsetzung risikomindernder Maßnahmen
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische Trends werden durch Studien belegt, während interne Pläne und Auswirkungen von Effizienzinitiativen auf Managementannahmen beruhen 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschwächung der Weltwirtschaft und Fortsetzung der Staatsschuldenkrise sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, welche über das antizipierte Maß hinausgehen - Vorteile aus der Integration von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO werden nicht im geplanten Umfang erzielt 	

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Asset Management	<p>Beschreibung der wesentlichen Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz sowie der Optimierung der AM-Plattform - Anhaltende Erholung an den Aktien- und Immobilienmärkten - Bestreben der Marktteilnehmer, vergangene Verluste wettzumachen, stimuliert Interesse an alternativen Anlagen und Neuproduktentwicklungen - Gesamtstrategie von Asset Management weiterhin beeinflusst durch: Vermögenszuwachs und -gewinnung, Wachstum des Altersvorsorgemarkts, Outsourcing der Vermögensverwaltung durch Versicherungsgesellschaften, Weitere Innovationen im Bereich strukturierter Lösungen, Alternative Anlagen gewinnen an Relevanz für institutionelle Anleger, Trennung von Alpha und Beta, Klimawandel und nachhaltige Investitionen - Plan unterstellt Fortführung der Geschäftstätigkeit für gesamten AM-Bereich <ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz - Wachstum der Vermögensverwaltungsmärkte - Aufrechterhalten oder Ausbau von Marktanteilen im fragmentierten, wettbewerbsintensiven Umfeld - Klare Fokussierung auf (sehr) vermögende Kunden und Schlüsselkunden - Starke Abdeckung der Schwellenländer - Fokus auf Möglichkeiten im Onshore-Geschäft in bereits existierenden großen und entwickelten Märkten - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland mit zwei starken Marken (Deutsche Bank und Sal. Oppenheim) - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie intensivere Zusammenarbeit mit CIB - Anhaltend positive Beiträge von Sal. Oppenheim - Verbesserte Produktivität in Europa - IT- und Prozessverbesserungen ermöglichen Wachstumsinitiativen und verbessern Kosteneffizienz <ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz - Führende Stellung auf dem Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in anderen europäischen Märkten und Wachstumschancen in Schlüsselländern Asiens - Generierung von Ertrags- und Kostensynergien zwischen Deutscher Bank und Postbank - Erhöhung des Marktanteils in Deutschland durch Kundenakquisitionen und Volumensteigerungen über das starke Angebot im Beratungsgeschäft - Nutzung der Vorteile aus der Beteiligung an und Kooperation mit Hua Xia Bank in China und anhaltendes organisches Wachstum in Indien 	<p>Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische- und Marktannahmen basieren auf DB Research-Prognosen 	<p>Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erneutes Auftreten von Marktvolatilität oder Marktschocks - Fortsetzung geopolitischer Unruhen und fiskalischer Instabilität - Anhaltende Zeiträume der Unsicherheit - Rezessionäre Tendenzen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfache Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Kosteneinsparungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, welche über das antizipierte Maß hinausgehen - Eventueller Einfluss der strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs, welche im November 2011 bekanntgegeben wurde
Private Wealth Management		<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische- und Marktannahmen basieren auf DB Research-Prognosen - Marktübergreifende Wachstums-potenziale basieren auf externen Quellen (Strategieberatungen) und Performance in der Vergangenheit - Sal. Oppenheim-Ziele basieren auf separater Integrationsanalyse und -strategie 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, europäische Staatschuldenkrise, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreichung der Ziele für Nettoeinnahmenzuflüsse im Jahr 2012, falls europäische Staatsschuldenkrise die Stabilität der Deutschen Bank beeinflusst, Verlust hochqualifizierter Relationship Managers - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Managers - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt
Private & Business Clients		<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Allen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von PBC liegen entsprechende Projekte und Initiativen zugrunde - Alle Initiativen wurden vom Management entwickelt sowie durch interne und externe Daten validiert 	<ul style="list-style-type: none"> - Starker wirtschaftlicher Abschwung könnte zu höheren Arbeitslosenquoten, steigender Risikovorsorge im Kreditgeschäft und geringerem Geschäftswachstum führen - Anhaltend niedrige Zinssätze - Risiko, dass Synergien im Zusammenhang mit der Postbank nicht oder später als prognostiziert realisiert werden - Kosten zur Erreichung der Synergien sind höher als erwartet

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden bestimmte externe Faktoren sowie die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit regelmäßig überprüft. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2011 waren die Kurse von Finanztiteln sehr starken Schwankungen ausgesetzt und litten unter einer hohen Unsicherheit der Marktteilnehmer. In diesem Umfeld blieb die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank unter dem Nettovermögenswert. Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnte. Für CB&S betrug der erzielbare Betrag 129 % des Bilanzwerts. Hier könnte eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes nach Steuern um 14 % oder ein Rückgang der geschätzten zukünftigen Ergebnisse um 14 % in jedem Jahr des ursprünglichen Fünfjahreszeitraums, bei unveränderten Werten für die sonstigen Annahmen, dazu führen, dass sich der erzielbare Betrag und der Bilanzwert gleichen. Für PBC betrug der erzielbare Betrag 137 % des Bilanzwerts. Die entsprechende Erhöhung des Diskontierungszinssatzes nach Steuern wäre 23 %, während der entsprechende Rückgang der geschätzten zukünftigen Ergebnisse 21 % wäre.

Die erzielbaren Beträge aller weiteren primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten. Im Zuge der strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs AM, welche im vierten Quartal 2011 bekanntgegeben wurde, führte der Konzern eine Überprüfung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit AM durch. Unter Berücksichtigung aller Tatsachen und Umstände zum 31. Dezember 2011 ergab sich kein Hinweis darauf, dass der AM zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert sein könnte.

Gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche wie zum Beispiel eine Beschleunigung der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits antizipierter Regulierung und die Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, welche aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns jedoch negativ beeinflussen. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Während erworbene immaterielle Vermögenswerte weiter in nicht abzuschreibende und abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt werden, umfassen die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte ausschließlich intern entwickelte, abzuschreibende Software.

Zum 31. Dezember 2011 betrug der Buchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte verglichen mit dem Vorjahr nahezu unverändert 4,8 Mrd €. Der Rückgang in 2011 von per Saldo 4 Mio € setzte sich hauptsächlich aus Zugängen zu intern entwickelter Software (476 Mio €), Effekten aus dem Abschluss der Kaufpreisallokation für den Erwerb der Postbank (minus 200 Mio €) und den Abschreibungen für das Geschäftsjahr bezogen auf diese immateriellen Vermögenswerte (minus 386 Mio €) zusammen.

Der Buchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2010 von 4,8 Mrd € ist das Ergebnis einer im Geschäftsjahr zu verzeichnenden Erhöhung von per Saldo 2,1 Mrd €. Darin enthalten sind vor allem die Zugänge aus den Erwerben der Postbank, von Sal. Oppenheim und des Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO in den Niederlanden (1,9 Mrd €), den Abschreibungen des Geschäftsjahrs (minus 262 Mio €) und positiven Effekten aus Wechselkursveränderungen (175 Mio €).

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2011 und 2010.

in Mio €	Erworben immaterielle Vermögenswerte										Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte Abzuschreibende	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt		
	Nicht abzuschreibende					Abzuschreibende								
	Rechte aus Vermögensverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software					
Anschaffungs-/Herstellungskosten:														
Bestand zum 1. Januar 2010	808	9	817	609	743	690	551	2.593	507	3.917				
Zugänge	–	2	2	29	11	13	68	121	316	439				
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	413	413	1.055	–	14	251	1.320	163	1.896				
Abgänge	–	10	10	–	–	6	16	22	52	84				
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	3	3	–27	–	–	–30	–57	–7	–61				
Umklassifizierung	–	–	–	–10	–	–	3	–7	–2	–9				
Wechselkursveränderungen	62	1	63	33	26	52	30	141	30	234				
Bestand zum 31. Dezember 2010	870	418	1.288	1.689	780	763	857	4.089	955	6.332				
Zugänge	–	4	4	30	10	37	28	105	476	585				
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	29	29	–247	–	32	–	–215	–26	–212				
Abgänge	–	1	1	–	–	1	11	12	11	24				
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	26	–	–165	33	–106	6	–100				
Umklassifizierung	–	–3	–3	–	–	12	–3	9	13	19				
Wechselkursveränderungen	24	–1	23	–2	24	20	5	47	12	82				
Bestand zum 31. Dezember 2011	894	446	1.340	1.496	814	698	909	3.917	1.425	6.682				
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:														
Bestand zum 1. Januar 2010	89	–	89	279	73	114	282	748	331	1.168				
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	80	28	41	77	226	36	262 ¹				
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	36	36	–	36				
Abgänge	–	–	–	–1	–	5	13	17	49	66				
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–2	–	–	–2	–4	–1	–5				
Wertminderungen	–	–	–	29	–	–	12	41	–	41 ²				
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–				
Umklassifizierung	–	–	–	–1	–	–	3	2	2	4				
Wechselkursveränderungen	7	1	8	15	3	7	11	36	15	59				
Bestand zum 31. Dezember 2010	96	1	97	401	104	157	406	1.068	334	1.499				
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	117	22	40	122	301	85	386 ³				
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–7	–7	–6	–13				
Abgänge	–	–	–	–	–	–	9	9	7	16				
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	22	–	–97	27	–48	5	–43				
Wertminderungen	–	2	2	–	–	–	–	–	–	2 ⁴				
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–				
Umklassifizierung	–	–	–	–1	–	1	–36	–36	41	5				
Wechselkursveränderungen	3	–1	2	2	4	6	7	19	12	33				
Bestand zum 31. Dezember 2011	99	2	101	541	130	107	510	1.288	464	1.853				
Bilanzwert:														
Zum 31. Dezember 2010	774	417	1.191	1.288	676	606	451	3.021	621	4.833				
Zum 31. Dezember 2011	795	444	1.239	955	684	591	399	2.629	961	4.829				

¹ Davon waren 249 Mio € in Sachaufwand und sonstigem Aufwand und 13 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzterer Betrag bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

² Davon wurden 29 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.

³ Davon wurden 380 Mio € in Sachaufwand und sonstigem Aufwand und 6 Mio € in Provisionsüberschuss erfasst. Letzterer Betrag bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

⁴ Im Geschäftsjahr 2011 wurde eine Wertminderung auf nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2 Mio € innerhalb von CB&S erfasst. Diese Wertminderung steht im Zusammenhang mit der Abschreibung gewisser Rechte in Bezug auf das Investment in ein Erneuerbare-Energien-Projekt.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2011 betragen die Zugänge zu den abzuschreibenden erworbenen immateriellen Vermögenswerten 105 Mio €. Darin enthalten waren hauptsächlich aktivierte Zahlungen betreffend das Geschäft des Konzerns mit Hinterlegungszertifikaten (kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 30 Mio €), aktivierte Aufwendungen für erworbene Software (28 Mio €) und Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft (10 Mio €) im Zusammenhang mit den inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen. Diese Abschlusskosten stellen an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen dar (siehe auch Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“). Weiterhin trug die Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software (476 Mio €) zu dem Anstieg dieser Kategorie von immateriellen Vermögenswerten bei.

Die abschließende Bilanzierung des Erwerbs der Postbank in 2011 resultierte per Saldo in einer Reduktion der Bilanzansätze für verschiedene Klassen von sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 200 Mio € („Veränderung des Konsolidierungskreises“). Darin enthalten ist eine Reduzierung der kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte von 247 Mio €, welche im Wesentlichen auf die Anpassung von aktivierten Kundenbeziehungen entfallen. Weitere Anpassungen betrafen intern entwickelte Software (Verminderung um 20 Mio €), vorteilhafte Verträge (32 Mio €) und Markennamen (per Saldo 35 Mio €, davon 29 Mio € für die Postbank-Marke, welche als nicht abzuschreibender immaterieller Vermögenswert bilanziert wird).

Die Umklassifizierungen in die Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte von per Saldo 58 Mio € (davon Anschaffungskosten von 106 Mio € und kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen von 48 Mio €) stellten insbesondere die Klassifizierung einer in CB&S zugeordneten Veräußerungsgruppe für das dritte Quartal 2011 dar (siehe auch Anhangangabe 25 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“).

Im Geschäftsjahr 2010 führte die Allokation von Kaufpreisen aus den Akquisitionen der Postbank, von Sal. Oppenheim (einschließlich der BHF-BANK, ohne BAS) und dem Firmenkundengeschäft der ABN AMRO in den Niederlanden im Jahresverlauf 2010 zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten von rund 1,3 Mrd €, die in der Konzernbilanz aktiviert wurden. Diese Summe enthielt vorwiegend kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von rund 1,1 Mrd € (davon entfielen auf die Postbank 836 Mio €, auf ABN AMRO 168 Mio € und auf Sal. Oppenheim 66 Mio €) und erworbene Software von rund 214 Mio € (davon Postbank 142 Mio € und Sal. Oppenheim 72 Mio €). Ferner resultierte aus diesen Akquisitionen die Aktivierung von 163 Mio € für selbst erstellte Software in der Konzernbilanz. Von diesem Betrag entfielen 156 Mio € auf die Postbank.

Darüber hinaus erfasste der Konzern Zugänge zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten von 121 Mio €. Diese beinhalteten hauptsächlich aktivierte Aufwendungen für erworbene Software in Höhe von 68 Mio €, kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € und aktivierte Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft in Höhe von 11 Mio € im Zusammenhang mit den inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen. Da der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF-BANK als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifizierte, wurden die entsprechenden Bilanzwerte für abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 55 Mio € in die Sonstigen Aktiva umgegliedert.

Im Geschäftsjahr 2010 ergaben sich Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 41 Mio €. Diese beinhalteten eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen inländischen Wertpapierverwaltungsgeschäfts, die im Unternehmensbereich GTB erfasst wurde, sowie einen Verlust von 12 Mio €, der als Abschreibung auf erworbene Software dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde.

Im Geschäftsjahr 2009 enthielten die Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung Wertminderungen in Höhe von 4 Mio € auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte sowie Wertaufholungen von 4 Mio € auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Die Wertminderungen wurden in CB&S, die Wertaufholungen in AWM erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Anhangangaben 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ und 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert).

Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 25
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 23
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei welchen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 795 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürfen die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. für den Konzern von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

In den Geschäftsjahren 2011, auch unter Berücksichtigung der bekanntgegebenen strategischen Überprüfung bestimmter Teile des Geschäftsbereichs AM, und 2010 wurde keine Wertminderung erfasst, da der erzielbare Betrag des Vermögenswerts, der dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, den Bilanzwert überstieg. Der beizulegende Zeitwert wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 287 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Zeile Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Eine entsprechende Wertminderung war im vierten Quartal 2008 erfasst worden. Die Wertaufholung stand im Zusammenhang mit Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft für bestimmte offene Fonds und wurde in AWM ausgewiesen. Sie resultierte aus einem höheren beizulegenden Zeitwert infolge des Anstiegs sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Zahlungsströme aus diesen Vermögensverwaltungsverträgen. Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts wurde auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Verkaufskosten anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Markenname Postbank: Als Resultat der vorläufigen Kaufpreisallokation identifizierte und verbuchte der Konzern im Dezember 2010 die Marke „Postbank“ (siehe Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“) mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio €. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens Postbank auf 411 Mio €. Dieser immaterielle Vermögenswert ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Private & Business Clients zugewiesen. Da dieser Markenname für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren könnte, wurde er als nicht abzuschreibender immaterieller Vermögenswert klassifiziert. Die Marke wurde zum beizulegenden Zeitwert basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt bewertet.

In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 gab es keine Indikation für eine Wertminderung, da der erzielbare Betrag des Markennamens Postbank, der dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, den Bilanzwert überstieg. Der beizulegende Zeitwert der Marke wurde anhand der Methode der Lizenzpreisanalogie ermittelt.

Markenname Sal. Oppenheim: Im Rahmen der im Zusammenhang mit dem Erwerb des Sal. Oppenheim Konzerns 2010 durchgeföhrten Kaufpreisallokation wurde die Marke „Sal. Oppenheim“ mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Der Vermögenswert ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Private Wealth Management zugewiesen. Die Nutzungsdauer der Marke wird als unbegrenzt angesehen, weshalb keine planmäßigen Abschreibungen durchgeführt werden. Der immaterielle Vermögenswert wurde zum beizulegenden Zeitwert basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt bewertet.

In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 gab es keine Wertminderung, da der erzielbare Betrag des Markennamens Sal. Oppenheim, der dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, den Bilanzwert überstieg. Der beizulegende Zeitwert der Marke Sal. Oppenheim wurde anhand der Methode der Lizenzpreisanalogie ermittelt.

25 –

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen. Diese Anhangangabe erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2011 und 2010 sowie die finanziellen Auswirkungen.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2011

Die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 2,4 Mrd € (2010: 13,5 Mrd €) und 1,7 Mrd € (2010: 12,6 Mrd €). Eine genaue Auflistung ist der Tabelle zu entnehmen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	–	1.124
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	2.012	3.653
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	115	4.489
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	2.630
Sachanlagen	41	230
Sonstige Aktiva	198	1.342
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	2.366	13.468
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	–	7.538
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsspassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	–	2.651
Langfristige Verbindlichkeiten	–	1.796
Sonstige Passiva	1.669	613
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	1.669	12.598

Im Jahr 2011 hat der Konzern eine Veräußerungsgruppe aus dem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities zum Verkauf bestimmt. Die Veräußerungsgruppe setzt sich zum 31. Dezember 2011 aus Vermögenswerten in Höhe von 2,1 Mrd € und Verbindlichkeiten in Höhe von 1,7 Mrd € zusammen. Die Vermögenswerte bestehen hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien. Die Veräußerungsgruppe wird voraussichtlich im Jahr 2012 verkauft. Die Klassifizierung der Veräußerungsgruppe als zum Verkauf bestimmt führte im Jahr 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 22 Mio €, die unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde.

Darüber hinaus hat der Konzern im Jahr 2011 eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen und mehrere Veräußerungsgruppen aus dem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities zum Verkauf bestimmt. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Die Klassifizierung der Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte zu einer Wertminderung in Höhe von 2 Mio €, die im vierten Quartal 2011 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde. Alle weiteren Klassifizierungen als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppen führten zu keiner Wertminderung. Im Unternehmensbereich Asset & Wealth Management hat der Konzern außerdem mehrere Veräußerungsgruppen zum Verkauf bestimmt. Die entsprechenden Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft und beinhalten hauptsächlich Sachanlagen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte führte zu keiner Wertminderung.

Zum 31. Dezember 2011 wurden keine unrealisierte Gewinne oder Verluste (2010: unrealisierte Verluste von 11 Mio €) im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten, langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen. Diese unrealisierten Gewinne verbleiben bis zum Verkauf der Vermögenswerte im Eigenkapital. Ab dem Verkaufszeitpunkt werden die Gewinne nicht mehr im Eigenkapital, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Veräußerungen im Jahr 2011

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Corporate Investments	Die Konzernzentrale in Frankfurt am Main	Die Klassifizierung von Sachanlagen in Höhe von 592 Mio € als zum Verkauf bestimmt im ersten Quartal 2011 hat zu einer erstmaligen Wertminderung in Höhe von 34 Mio € sowie zu einer zusätzlichen Wertminderung in Höhe von 13 Mio € im zweiten Quartal 2011 geführt. Zum Zeitpunkt des Verkaufs im vierten Quartal, nach Anpassungen aufgrund zurückbehaltener Vermögenswerte, wurden Vermögenswerte in Höhe von 528 Mio € verkauft. Dies führte zu einer Wertminderung in Höhe von 37 Mio €, das heißt zu einer Wertaufholung in Höhe von 10 Mio € gegenüber der Wertminderung im ersten Halbjahr 2011.	4. Quartal 2011
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen, eine Tochtergesellschaft, die hauptsächlich eine als Finanzinvestition gehaltene deutsche Immobilie beinhaltete, sowie mehrere Veräußerungsgruppen	Keine	2011
Asset & Wealth Management	Eine Tochtergesellschaft, sowie mehrere Vermögenswerte (gekauft im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal. Oppenheim)	Keine	2011
Private & Business Clients	Ein Geschäft, das nicht zum Kerngeschäft zählt	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe mit einem zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 5 Mio € hat im zweiten Quartal 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 3 Mio € geführt.	2. Quartal 2011
Private & Business Clients	Die indische Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd.	Keine	1. Quartal 2011

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen im Jahr 2011

BHF-BANK

Zum 31. Dezember 2010 hatte der Konzern seine Beteiligung an der BHF-BANK AG („BHF-BANK“) aufgrund exklusiver Verkaufsverhandlungen mit der liechtensteinischen LGT Group („LGT“) als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe im Konzernbereich Corporate Investments klassifiziert.

Am 18. April 2011 haben die Deutsche Bank und LGT nach Gesprächen zwischen den Parteien und mit den zuständigen Aufsichtsbehörden die Verhandlungen über einen Verkauf der BHF-BANK beendet und sind zu dem Schluss gekommen, die Transaktion nicht weiterzuverfolgen. Dementsprechend wurden alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppe BHF-BANK vom Zeitpunkt der Bekanntgabe an nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Umwidmung führte zu keiner wesentlichen Änderung der Wertansätze.

Am 7. Juli 2011 hat der Konzern bekanntgegeben, dass exklusive Verhandlungen mit der RHJ International, vertreten durch ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft Kleinwort Benson Group, über die Veräußerung der BHF-BANK aufgenommen wurden. Der Abschluss des Verkaufs ist unter anderem von formalen Zustimmungen der zuständigen Behörden abhängig. Aufgrund der Unsicherheit, die aus diesen ausstehenden substantiellen Zustimmungen resultiert, hält der Konzern eine Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zu diesem Zeitpunkt für nicht angemessen und wird die Veräußerungsgruppe bis zum Vorliegen dieser Zustimmungen nicht als zum Verkauf bestimmt klassifizieren.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2010

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen ¹	Weitere Informationen
Corporate Investments	BHF-BANK	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu einer Wertminderung in Höhe von 62 Mio € vor Steuern, die im vierten Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt war. Die Wertminderung führte 2010 zu einer Entlastung in Höhe von 16 Mio € bei den latenten Steuerverbindlichkeiten.	Umwidmungen im Jahr 2011
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen	Die ursprüngliche Klassifizierung der Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen als zum Verkauf bestimmt am 30. September 2010 führte zu einer Wertminderung von 72 Mio €, die im dritten Quartal 2010 unter dem Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen wurde. Im vierten Quartal 2010 wurde eine zusätzliche Wertminderung von 40 Mio € vorgenommen und unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.	Veräußerungen im Jahr 2011
Corporate Banking & Securities	Eine Tochtergesellschaft, die hauptsächlich eine als Finanzinvestition gehaltene deutsche Immobilie beinhaltete	Keine	Veräußerungen im Jahr 2011
Asset & Wealth Management	Eine Tochtergesellschaft sowie mehrere Private Equity Investments, die zuvor im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben wurden	Der zu dieser Tochtergesellschaft gehörende Geschäfts- oder Firmenwert betrug zum 31. Dezember 2010 7 Mio €.	Veräußerungen im Jahr 2011
Private & Business Clients	Die indische Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd.	Keine	Veräußerungen im Jahr 2011

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2010

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe	Im Geschäftsjahr 2010 wurde eine Wertminderung von 2 Mio € vorgenommen.	2. Quartal 2011
Asset & Wealth Management	BHF Asset Servicing GmbH	Im Geschäftsjahr 2010 wurde eine Wertminderung von 4 Mio € vorgenommen.	3. Quartal 2011
Asset & Wealth Management	Mehrere Vermögenswerte, die zuvor im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben wurden	Keine	4. Quartal 2011

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen im Jahr 2010

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Corporate Banking & Securities	Mehrere Veräußerungsgruppen, assoziierte Unternehmen sowie ein Kredit	Keine	3. Quartal 2010, da der Zeitpunkt des Verkaufs aufgrund geänderter Marktgegebenheiten nicht länger vorhersehbar war

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

26 – Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	63.772	46.132
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	9.652	11.324
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.479	4.834
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	45.907	41.133
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	122.810	103.423
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.598	3.941
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	2.366	13.468
Sonstige	26.020	28.397
Sonstige Aktiva insgesamt	154.794	149.229

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	58.419	42.596
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	32.255	27.772
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.823	3.137
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	46.236	42.641
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	139.733	116.146
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.665	3.956
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	1.669	12.598
Sonstige	42.749	49.127
Sonstige Passiva insgesamt	187.816	181.827

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 25 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

27 – Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

	31.12.2011	31.12.2010
Unverzinsliche Sichteinlagen	99.047	89.068
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	163.618	120.154
Termineinlagen	202.979	183.861
Spareinlagen	136.087	140.901
Verzinsliche Einlagen insgesamt	502.684	444.916
Summe der Einlagen	601.730	533.984

28 – Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Rück- stellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken/Rechts- streitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2010	19	758	322	1.099
Veränderung des Konsolidierungskreises	842	44	306	1.192
Zuführungen zu Rückstellungen	18	318	207	543
Verwendungen von Rückstellungen	– 9	– 511	– 132	– 652
Auflösungen von Rückstellungen	–	– 130	– 102	– 232
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	– 4	44	19	59
Sonstige	–	– 7	– 17 ²	– 24
Bestand zum 31. Dezember 2010	866	516	603	1.985
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	0	10	10
Zuführungen zu Rückstellungen	166	860	312	1.338
Verwendungen von Rückstellungen	– 124	– 370	– 172	– 666
Auflösungen von Rückstellungen	– 5	– 197	– 116	– 318
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	16	5	2	23
Sonstige	–	7	18 ²	25
Bestand zum 31. Dezember 2011	919	822	655	2.396

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Anhangangabe 19 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

² Enthält hauptsächlich Umwidmungen in und aus zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank Gruppe und der Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechnigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald er bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrages und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen den möglichen Zinsboni und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug zu Kundenverhalten und zu dem allgemeinen Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten entstehen aus operationellen Risiken, die das Fehlerpotenzial (inklusiver rechtlicher Komponenten) darstellen, das im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Spezifikationen und Dokumentation, Technologie, Infrastrukturfehlern und Katastrophen, äußeren Einflüssen und Kundenbeziehungen steht. Dies schließt Geschäfts- oder Reputationsrisiken aus. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene besondere Rückstellungen, die aufgrund von unterschiedlichen Umständen entstehen, einschließlich einer Eventualverbindlichkeit in Verbindung mit bestimmten von der Sal. Oppenheim-Gruppe übernommenen Geschäften (siehe Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“), Rückerstattungen von Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellung für die Bankenabgabe in Großbritannien sowie einer Rückstellung im Zusammenhang mit der Kreditkartengeschäftscooperation zwischen Deutsche Bank und Hua Xia Bank (siehe Note 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“).

Andere Rückstellungen umfassen auch Beträge für geltend gemachte Forderungen, Hypothekenkredite zurückzukaufen. Von 2005 bis 2008 hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der US-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite zurückzukaufen oder Käufer, andere Investoren oder Kreditversicherer von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen. Wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass es keine Anspruchsgrundlage für den geforderten Rückkauf gibt, weist sie diesen zurück und betrachtet sie für Zwecke der Weiterverfolgung nicht länger als offen.

Zum 31. Dezember 2011 bestehen gegenüber der Deutschen Bank noch unerledigte Rückkaufforderungen in Höhe von circa 638 Mio US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in nicht erheblicher und ihrer Ansicht nach angemessener Höhe gebildet. Für bestimmte erwartete Rückkaufansprüche, die erfahrungsgemäß wahrscheinlich sind, kann die Deutsche Bank weder den Zeitrahmen noch die Höhe der Rückkaufansprüche verlässlich einschätzen. Zudem weiß die Deutsche Bank nicht, ob ihre zurückliegende Erfolgsrate in der Abwehr solcher

Rückkaufansprüche ein guter Indikator für zukünftige Erfolge sein wird. Rückkaufansprüche für Hypothekenkredite, die im Wege von Rechtsstreitigkeiten gegen die Deutsche Bank geltend gemacht wurden, ob nach Ablehnung durch die Bank oder anderweitig, sind unter operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten eingeordnet.

Zum 31. Dezember 2011 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von 2,4 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag, Rückkäufe getätigt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und Vergleichen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren würden, in Höhe von circa 39,5 Mrd US-\$ entlastet, wie oben beschrieben.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen aus Ereignissen in der Vergangenheit entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und die verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit zukünftiger Verluste mehr als unwahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den wahrscheinlichen Verlust, soweit der Konzern der Auffassung ist, dass eine Schätzung möglich ist.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die wesentlichen Eventualverbindlichkeiten des Konzerns, bei denen mögliche Verluste mehr als unwahrscheinlich sind, beziehen sich auf rechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren, die nachfolgend beschrieben werden und die teilweise mehrere Ansprüche umfassen. In Bezug auf einige dieser Verfahren wurden auch Rückstellungen gebildet, die zusammengekommen einen erheblichen Teil der Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten ausmachen. Etwaige Rückstellungen oder die für diese Verfahren geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde.

Zur Bestimmung, für welches Verfahren die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist und wie der mögliche Verlust daraus geschätzt wird, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren, einschließlich der Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, des Stands und des Hergangs der einzelnen Verfahren, die Erfahrung des Konzerns und anderer in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen und die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern. Es gibt andere offengelegte Verfahren, für die die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die Verfahren, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2011 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich ist, insgesamt auf € 2,2 Milliarden zusätzlich zu den dafür gebildeten Rückstellungen belaufen.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen, basieren auf derzeitig verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekannten Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen insbesondere in frühen Verfahrensstadien sowie irrite Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie der wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder

Prozessgegnern umfassen. Außerdem sind Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig statistischen oder anderen quantitativen Analyseverfahren, die bei Beurteilungen und Schätzungen häufig verwendet werden, nicht zugänglich und unterliegen größeren Unsicherheiten als in anderen Gebieten, in denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, ändern sich ebenso von Zeit zu Zeit, wie die Verfahren, für die eine Schätzung vorgenommen werden kann sowie der geschätzte mögliche Verlust aus Verfahren, bei denen ein Verlust schätzbar ist. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzliche Verluste können aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzern aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass durchgreifende Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemalig zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer und forderte circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der

Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat das Verfahren mit einer noch andauernden Beweisaufnahme fortgesetzt und angeregt, dass die Parteien alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und Dr. Kirch sowie ihm nahestehenden Dritten vergleichen. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche keine Grundlage und weder die Kausalität der Interviewäußerung für irgendeinen Schaden noch die Höhe des geltend gemachten Schadens sind ausreichend dargelegt. Herr Dr. Kirch ist im Juli 2011 verstorben. Sein Tod hat keine Auswirkungen auf die Verfahren. Am 1. März 2012 hat die Deutsche Bank nach sorgfältiger Abwägung den Vorschlag für einen außergerichtlichen Vergleich nicht angenommen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei Ausreichung, Erwerb, Verbriefung, dem Verkauf von und Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage-backed Securities – RMBS), besicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftsersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig seien oder dass verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

In Bezug auf zwei Emissionen von RMBS durch die Deutsche Bank wurden diese und einige derzeitige und ehemalige Mitarbeiter als Beklagte in einem am 27. Juni 2008 begonnenen und als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt. Im Nachgang zu einer Mediation haben die Parteien dem Gericht mitgeteilt, dass sie eine vorläufige Einigung zur Beilegung des Verfahrens getroffen haben. Daraufhin hat das Gericht das Verfahren vorbehaltlich einer Wiedereröffnung zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens für Sammelklagen beendet. Eine Vergleichsvereinbarung wurde noch nicht abgeschlossen und es ist nicht sichergestellt, dass es zu einem Abschluss kommt. Falls es zu einem Abschluss kommt, unterliegt der Vergleich bestimmten Bedingungen einschließlich einer notwendigen gerichtlichen Zustimmung.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von Dritten und deren verbundenen Unternehmen einschließlich Countrywide Financial Corporation, IndyMac MBS, Inc., Novastar Mortgage Corporation und Residential Accredit Loans, Inc. Begebenen RMBS beziehen. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery). Am 14. November 2011 stimmte das Gericht einem Vergleich in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren von Käufern von RMBS zu, welche verbundene Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation ausgegeben hatten.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen, einschließlich Allstate Insurance Company, Assured Guaranty Municipal Corp., Cambridge Place Investments Management Inc., der Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Franklin Bank S.S.B.), der Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited, Stichting Pensioenfonds ABP, The Charles Schwab Corporation, The Union Central Life Insurance Company, The Western and Southern Life Insurance Co. und des West Virginia Investment Management Board und der Sealink Funding Limited eingeleitet wurden. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Deutsche Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung, doch können sich diese in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit der National Credit Union Administration (NCUA), in ihrer Rolle als Verwalter von fünf insolventen Kreditgenossenschaften, einen Vergleich abgeschlossen, um mögliche Ansprüche in Bezug auf von den fünf Kreditgenossenschaften erworbener RMBS abzugelten. Nach den Bedingungen dieses Vergleichs, der von der NCUA am 14. November 2011 bekanntgegeben wurde, zahlte die Deutsche Bank 145 Millionen US-\$.

Am 6. Februar 2012 hat der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America und mit ihnen verbundenen Unternehmen abgewiesen. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und für andere Ansprüche den Klägern die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben.

Eine Anzahl weiterer juristischer Personen hat Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht und die Deutsche Bank hat mit einigen dieser juristischen Personen Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben können.

Die Deutsche Bank ist in einem Verfahren vor dem New York State Supreme Court als Beklagte benannt, das von elf mit der IKB Deutsche Industriebank AG verbundenen Zweckgesellschaften im Zusammenhang mit sechs durch RMBS besicherte CDOs, welche die Deutsche Bank in der Zeit von 2006 und 2007 arrangiert und an die Kläger verkauft hat, eingeleitet wurde. Die Kläger behaupteten, dass die Deutsche Bank unrichtig dargestellt und auf andere Weise nicht offengelegt habe, dass diese CDOs von gewissen Wertminderungen und Interessenkonflikten betroffen gewesen seien, einschließlich Wertminderungen der zugrunde liegenden Sicherheiten und der behaupteten Beteiligung von Gegenparteien mit ungedeckten Leerverkäufen bei der Auswahl der zugrunde liegenden Sicherheiten. Die Kläger machten zahlreiche Anspruchsgrundlagen nach dem einzelstaatlichen Recht von New York geltend, unter anderem Betrug, fahrlässige Falschangaben, Anfechtung, arglistige Vermögensübertragung und ungerechtfertigte Bereicherung. Für diesen Rechtsstreit wurde ein Vergleich abgeschlossen und eine Vereinbarung zur Klageabweisung wurde bei dem Gericht eingereicht.

Am 3. Mai 2011 hat das US-Justizministerium (USDOJ) beim United States District Court for the Southern District of New York eine Zivilklage gegen die Deutsche Bank AG und MortgageIT, Inc. erhoben. Das USDOJ hat am 22. August 2011 eine geänderte Klage eingereicht. Die geänderte Klage, die auf den U.S. False Claims Act und allgemeine Rechtsgrundsätze gestützt wird, behauptet, dass die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank

Securities Inc. (DBSI), MortgageIT Inc. und die Deutsche Bank Securities Inc. dem Department of Housing and Urban Development's Federal Housing Administration (FHA) falsche Bestätigungen bezüglich der Einhaltung von FHA-Anforderungen zur Qualitätskontrolle durch MortgageIT und der Qualifizierung einzelner Darlehen für eine Versicherung durch die FHA vorgelegt haben. Nach der geänderten Klage hat die FHA Versicherungszahlungen in Höhe von 368 Mio US-\$ für Hypothekendarlehen geleistet, für die falsche Bestätigungen abgegeben worden waren. Die geänderte Klage zielt darauf ab, dreifachen Schadensersatz und den Ersatz zukünftiger Schäden aus von der FHA versicherten Darlehen zu erhalten; nach der geänderten Klage fordert die Regierung über 1 Mrd US-\$ Schadensersatz. Am 23. September 2011 haben die Beklagten einen Antrag auf Abweisung der geänderten Klage gestellt. Nach einer Anhörung am 21. Dezember 2011 hat das Gericht dem USDOJ die Möglichkeit eingeräumt, eine zweite geänderte Klage einzureichen.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und die Deutsche Bank Securities Inc. sind Beklagte in 21 Verfahren, in denen verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Einzelstaaten wegen des Angebots und Vertriebs von Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) geltend gemacht werden. Von diesen 21 Einzelklagen sind noch 7 anhängig, während 14 erledigt ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurden. Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene ARS gekauft haben und noch halten. Im Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Das von den Klägern hiergegen eingelegte Rechtsmittel wurde von diesen freiwillig zurückgezogen und das Rechtsmittel im Dezember 2011 abgewiesen. Die Deutsche Bank AG war gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten auch Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden auf Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 und die Behauptung gestützt, dass Registrierungsdokumente und Prospekte für diese Wertpapiere wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Am 19. August 2011 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Die Beklagten haben die erneute Prüfung des abgelehnten Teils des Klageabweisungsantrags beantragt. Am 20. September 2011 haben die Kläger eine zweite abgeänderte Klage eingereicht, die keine Ansprüche mehr in Bezug auf Wertpapieremissionen aus dem Oktober 2006 enthält.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank AG hat von Aufsichts- und Regierungsbehörden in- und außerhalb der USA, einschließlich dem U.S. Department of Justice, der U.S. Commodity Futures Trading Commission, der U.S. Securities and Exchange Commission und der Europäischen Kommission verschiedene förmliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen im Zusammenhang mit der Quotierung von Zinssätzen im Interbankenmarkt für verschiedenen Währungen erhalten. Diese Anfragen beziehen sich auf verschiedene Zeiträume zwischen 2005 und 2011. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Darüber hinaus wurden gegen die Deutsche Bank AG, ein mit ihr verbundenes Unternehmen und zahlreiche andere Banken eine Reihe von zivilrechtlichen Klagen, einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, bei Bundesgerichten in den USA für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf LIBOR bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten auf verschiedene Weise den US-Dollar-LIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den US-Dollar-LIBOR bezogene Derivate in verschiedenen Märkten manipuliert. Die Klagen werden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich Verletzungen des Commodity Exchange Act und kartellrechtlicher Vorschriften. Die zivilrechtlichen Verfahren wurden zur Durchführung eines Vorverfahrens im United States District Court for the Southern District of New York zusammengeführt. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

29 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt der Konzern im Auftrag seiner Kunden regelmäßig unwiderrufliche Kreditzusagen sowie aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen bestehende ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten. Im Rahmen dieser Verträge ist es für den Konzern erforderlich, gemäß einer verpflichtenden Vereinbarung zu handeln oder Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Für diese Haftungsverhältnisse ist dem Konzern im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Der Konzern berücksichtigt diese Haftungsverhältnisse in der Überwachung des Kreditrisikos und vereinbart gegebenenfalls Sicherheiten zur Reduzierung inhärenter Kreditrisiken. Sofern die Kreditrisiko-überwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die gesamten potenziellen Zahlungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz berücksichtigten Rückstellungen. Sie zeigt die Maximalbeträge der möglichen Auswirkungen auf den Konzern für den Fall, dass sämtliche dieser eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele ohne Inanspruchnahme auslaufen, entstehende Inanspruchnahmen durch die Auftraggeber ausgeglichen werden oder solche Inanspruchnahmen durch Erlöse aus Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden können.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Unwiderrufliche Kreditzusagen	127.995	123.881
Eventualverbindlichkeiten	73.653	68.055
Insgesamt	201.648	191.936

Beihilfen der öffentlichen Hand

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig Beihilfen der öffentlichen Hand in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies; ECAs). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Wachstumsmärkte sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die im Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Das ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen. Die Mehrheit der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde vergeben entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von der Commodity Credit Corporation, die im Auftrag der Vereinigten Staaten tätig ist.

30 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	30.807	31.322
Sonstige	34.549	33.668
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	65.356	64.990

31 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit, zusammen.

in Mio €	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig in 2014	Fällig in 2015	Fällig in 2016	Fällig nach 2016	Insgesamt 31.12.2011	Insgesamt 31.12.2010
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	14.576	11.373	10.961	12.021	9.900	46.075	104.906	105.711
mit variabler Verzinsung	11.424	10.530	5.176	3.202	3.150	13.253	46.735	51.596
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	428	1.519	576	987	702	2.569	6.781	7.213
mit variabler Verzinsung	3.889	501	250	55	–	299	4.994	5.140
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	30.317	23.923	16.963	16.265	13.752	62.196	163.416	169.660

In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
mit fester Verzinsung	11.402	11.218
mit variabler Verzinsung	942	1.032
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	12.344	12.250

Zusätzliche Anhangangaben

32 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2010	620.859.015	- 683.695	620.175.320
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	–	–	–
Kapitalerhöhung	308.640.625	–	308.640.625
Erwerb Eigener Aktien	–	- 325.966.381	- 325.966.381
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	–	316.212.796	316.212.796
Stammaktien, 31. Dezember 2010	929.499.640	- 10.437.280	919.062.360
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	–	–	–
Kapitalerhöhung	–	–	–
Erwerb Eigener Aktien	–	- 381.738.342	- 381.738.342
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	–	367.286.623	367.286.623
Stammaktien, 31. Dezember 2011	929.499.640	- 24.888.999	904.610.641

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Bestand an Eigener Aktien 24.888.999 Stück. Diese werden für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2011 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.152.000.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2016 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
230.400.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG möglich	30. April 2016
230.400.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird	30. April 2016
691.200.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss nicht möglich	30. April 2016

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genusscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genusscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2015
€ 230.400.000	30. April 2016

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2011, 2010 und 2009.

	2011 (vorgeschlagen)	2010	2009
Bardividende (in Mio €) ¹	697	697	466
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,75	0,75

¹ Die Bardividende für 2011 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2011.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

33 – Aktienbasierte Vergütungen

Für Neubegebungen im Jahr 2011 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Jahr 2011 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen unter dem DB Equity Plan gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Die im Jahr 2011 gewährten Vergütungskomponenten entsprechen den Vorgaben der deutschen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV). Alle Mitarbeiter erhielten 50 % ihrer aufgeschoben gewährten Vergütung in Form von Aktien. Für die der Regulierung unterliegenden Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV findet nach Eintritt der Unverfallbarkeit eine weitere Wartezeit von sechs Monaten Anwendung, bevor es ihnen gestattet ist, über die Aktien zu verfügen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Im Jahr 2010 führte der Konzern ein neues Mitarbeiterbeteiligungsprogramm namens Global Share Purchase Plan (GSPP) ein. Per 31. Dezember 2011 war der neue Plan von Konzerneinheiten in 36 Ländern eingeführt.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungs-komponente	1/3 : 12 Monate ¹ 1/3 : 24 Monate ¹ 1/3 : 36 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung ²		Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	entfällt ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen
Global Share Purchase Plan (GSPP)	Mitarbeiterbeteiligungsprogramm	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeitern in bestimmten Ländern werden jeweils bis zu zehn Aktienrechte gewährt.

¹ Für die der Regulierung unterliegenden Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

² Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Anwartschaftsfrist: 23 Monate.

³ Für die der Regulierung unterliegenden Mitarbeiter gemäß InstitutsVergV erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer Wartezeit von sechs Monaten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Begebungen vor 2011 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Vor dem Jahr 2011 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Programme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹ 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
Global Share Plan – Deutschland	–	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu zehn Aktienrechten je Mitarbeiter	2008
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ² 20 % : 42 Monate	Nein	Vorstandsmitglieder	2008
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate 25 % : 36 Monate 25 % : 48 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2009 (mit diesen Anwartschaftsfristen)
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.	
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 und 45 Monaten nach Gewährung Zuteilung als Einmaltranche nach 45 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2010 (mit diesen Anwartschaftsfristen)
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.	

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

² Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

Sämtliche Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die Planregeln des REU Plans oder des DB Equity Plans für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter und Dienstzeit erfüllt sind. In bestimmten Fällen, wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand, bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Entwicklung ausstehender Aktienrechte

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen beizulegender Zeitwert)	Global Partnership Plan Equity Units	DB Share Scheme/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan/ Global Share Purchase Plan	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2009	242	50.114	–	50.356	€ 49,61
Gewährt	–	43.942	151	44.093	€ 43,46
Ausgegeben	– 92	– 20.668	–	– 20.760	€ 69,75
Verfallen	–	– 4.774	–	– 4.774	€ 39,19
Bestand zum 31. Dezember 2010	150	68.614	151	68.915	€ 40,31
Gewährt	5	27.804	213	28.022	€ 40,54
Ausgegeben	– 155	– 23.838	– 157	– 24.150	€ 49,12
Verfallen	–	– 3.092	–	– 3.092	€ 37,86
Bestand zum 31. Dezember 2011	–	69.488	207	69.695	€ 37,37

Im Februar 2012 wurden ungefähr 28,3 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben.

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2012 im Rahmen des DB Equity Plan unter für 2012 modifizierten Planbedingungen ungefähr 36,0 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen beizulegenden Zeitwert von 31,79 € je Aktienrecht. Davon wurden ungefähr 1,1 Millionen unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährt, die einen Barausgleich vorseht.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasiereten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für die unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährten Rechte, die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2011	2010	2009
DB Global Partnership Plan	–	1	4
DB Global Share Plan/DB Global Share Purchase Plan	6	3	6
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.283	1.173	637
Insgesamt	1.289	1.177	647

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2011 enthält ungefähr 28 Mio € (2010: 24 Mio €, 2009: 22 Mio €) aus den Planvarianten, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 35 Mio € (31. Dezember 2010: 33 Mio €, 31. Dezember 2009: 26 Mio €).

Zum 31. Dezember 2011 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 0,6 Mrd € (31. Dezember 2010: 1,0 Mrd €, 31. Dezember 2009: 0,4 Mrd €).

34 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aufgeschobene Vergütung

Der Konzern gewährte ausgewählten Mitarbeitern Zusagen auf aufgeschobene Barvergütung. Jede Zusage besteht aus drei Tranchen in Höhe jeweils eines Drittels des Gesamtbetrags. Die drei Tranchen werden nach jeweils einem, zwei beziehungsweise drei Jahren unverfallbar und unmittelbar nach Erreichen der Unverfallbarkeit ausgezahlt abzüglich der bis dahin nach den Planregelungen verfallenen Beträge. Der Aufwand für jede Tranche wird grundsätzlich über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt. Die zugesagten Beträge kommen im Regelfall nur dann zur Auszahlung an den Mitarbeiter, wenn dieser sich zum entsprechenden Unverfallbarkeitstermin in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Deutschen Bank befindet. Des Weiteren unterliegen die Zusagen weiteren Verfallsregelungen, zum Beispiel wenn Mitarbeiter durch ihr Verhalten gegen interne Richtlinien oder Gesetze verstößen.

Die Zusagen des Jahres 2010 enthalten für einen näher definierten Mitarbeiterkreis des Senior Managements darüber hinaus auf Basis der regulatorischen Anforderungen performanceindizierte Verfallsregelungen mit der Konsequenz, dass Teile der Zusagen bei Nichterreichen definierter Kennziffern nicht zur Auszahlung kommen. Für Zusagen ab dem Jahr 2011 gelten bestimmte Verfallsregelungen ausschließlich für die Gruppe von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die gemäß den Vorgaben der deutschen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) gesondert identifiziert werden.

Das nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan begebene Zusagevolumen im Februar 2011 beziehungsweise 2010 betrug ungefähr 1,0 Mrd € beziehungsweise 0,5 Mrd €.

Insgesamt wurden im Februar 2012 Zusagen in Höhe von ungefähr 1,1 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan begeben.

Darüber hinaus gewährte der Konzern Aktienrechte, die in Anhangangabe 33 „Aktienbasierte Vergütungen“ beschrieben sind.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung in beitragsdefinierte und leistungsdefinierte Pläne unterschieden werden. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Der Konzern finanziert große Teile der Pensionsverpflichtungen in verschiedenen externen Treuhandvermögensanlagen aus.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgeprogramme für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Programme wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern bildet über die aktive Dienstzeit Rückstellungen und zahlt Leistungen bei Fälligkeit aus. Sobald Pensionäre im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellem Gesundheitskostenerstattungskonto anstatt direkter Leistungen aus dem Gesundheitsfürsorgeprogramm des Konzerns.

Das Pensions Risk Committee des Konzerns überwacht die Risiken aller Pensionspläne konzernweit. In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen.

Der Konzern verfolgt eine Finanzierungsstrategie, die – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der leistungsdefinierten Verpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % abzielt. Dennoch entschied der Konzern, einige Verpflichtungen nicht auszufinanzieren, zum Beispiel wenn dies steuerlich nicht sinnvoll ist. Derartige Verpflichtungen werden in der Bilanz zurückgestellt.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf die Bilanz

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2011 und 2010, den Finanzierungsstatus sowie dessen Überleitung zu den in der Bilanz erfassten Beträgen zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2011	2010	2011	2010
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung am Jahresanfang	12.071	9.416	154	136
Laufender Dienstzeitaufwand	248	243	3	3
Zinsaufwand	600	527	7	9
Zuführungen der Planteilnehmer	19	14	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	458	81	18	3
Wechselkursveränderungen	136	231	5	10
Gezahlte Leistungen	– 563	– 465	– 8	– 7
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	21	– 77	– 15	–
Akquisitionen ¹	–	2.129	–	–
Veräußerungen	– 17	–	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	– 1	– 30	–	–
Sonstige ²	2	2	–	–
Verpflichtung am Jahresende	12.974	12.071	164	154
davon: intern finanziert	1.162	1.124	164	154
davon: extern finanziert	11.812	10.947	–	–
Entwicklung des Planvermögens:				
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am Jahresanfang	11.076	9.352	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	531	490	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	1.165	224	–	–
Wechselkursveränderungen	152	210	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	117	388	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	19	14	–	–
Gezahlte Leistungen ³	– 464	– 423	–	–
Akquisitionen ¹	–	846	–	–
Veräußerungen	– 12	–	–	–
Planabgeltungen	9	– 17	–	–
Sonstige ²	1	– 8	–	–
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am Jahresende	12.594	11.076	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	– 380	– 995	– 164	– 154
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	–	–	–	–
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	–	– 3	–	–
Umwidmung in zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte ⁴	–	5	–	–
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (–)	– 380	– 993	– 164	– 154
davon: bilanziert als sonstige Aktiva	1.336	609	–	–
davon: bilanziert als sonstige Passiva	– 1.716	– 1.602	– 164	– 154

¹ Postbank, Sal. Oppenheim, BHF-BANK.

² Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

³ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁴ BHF-BANK.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuare gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

	2011	2010	2009
Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	4,8 %	5,1 %	5,4 %
Inflationsrate	2,5 %	2,5 %	2,7 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,4 %	3,3 %	3,4 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,5 %	2,4 %	2,4 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,1 %	5,4 %	5,6 %
Inflationsrate	2,5 %	2,7 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,4 %	3,0 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,4 %	2,4 %	1,8 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	4,9 %	5,0 %	4,5 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	4,5 %	5,3 %	5,9 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,3 %	5,9 %	6,1 %
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren			
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,4	19,4	19,4
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,6	21,6	21,5
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,9	22,8	22,8
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,0	24,9	24,8

¹ Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Aufwands beträgt 4,5 % für das Jahr 2012.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über einen Zinsstrukturkurvenansatz hochrangiger Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für die Eurozone wird ein einheitlicher Ansatz basierend auf der maßgeblichen Annahme für Deutschland gewählt. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur Gehaltssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, nach einem modularen Ansatz von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln die Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt wider.

Die Annahmen zur Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, nach einem modularen Ansatz von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln die lokalen rechtlichen Anforderungen oder planspezifischen Regelungen wider.

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Zielallokation der Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse zum Bewertungsstichtag berücksichtigt. Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Beispielsweise wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von risikolosen Anleihen hinzugefügt wird.

Neben anderen Parametern ist die Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 9,0 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2012 angenommen. Für diese Steigerungsrate werden ein allmählicher Rückgang auf 5,1 % bis zum Ende des Jahres 2020 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Anlage des Pensionsvermögens

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es im Wesentlichen, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus seiner Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden, um langfristig die Kosten des Konzerns für Leistungen an Arbeitnehmer zu reduzieren. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb des gesamten Risikotoleranzbereichs des Konzerns zu maximieren.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010 sowie die Zielallokation.

Anlagekategorien:	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2011	31.12.2010
Aktien	10 %	7 %	9 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	85 %	87 %	88 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	6 %	3 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 1.696 Mio € im Jahr 2011 (2010: 714 Mio €).

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2011 sind konzernintern abgeschlossene Derivate mit einem positiven Marktwert von 473 Mio € enthalten. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 248 Mio € enthalten.

Auswirkung auf den Kapitalfluss

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2012 voraussichtlich 125 Mio € betragen. Rückübertragungen von Anteilen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2012 werden nicht erwartet.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt. Die Werte beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen des Konzerns für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsförsorgepläne
2012	555	10
2013	557	11
2014	566	11
2015	586	11
2016	611	12
2017 – 2021	3.556	62

Auswirkung auf das Eigenkapital

Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für leistungsdefinierte Pläne werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Periode ihrer Entstehung direkt im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung und in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Die folgende Tabelle zeigt den zum 31. Dezember 2011 seit dem Übergangsstichtag zu IFRS am 1. Januar 2006 kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2011 und 2010 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Anhangangabe 35 „Ertragsteuern“ in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen.

in Mio €	Pensionspläne:	Erfassung im Gesamtergebnis (Gewinn/Verlust (-))		
		31.12.2011 ¹	2011	2010
	Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	856	707	143
	Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	–	2	4
	Pensionspläne insgesamt	856	709	147
	Gesundheitsförsorgepläne:			
	Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	15	– 18	– 3
	Gesundheitsförsorgepläne insgesamt	15	– 18	– 3
	Insgesamt erfasster Betrag	871	691	144

¹ Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursveränderungen.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in den Verpflichtungen und Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt für den aktuellen Bewertungstichtag und die vorangegangenen vier Bewertungstichtage die Beträge der Verpflichtung, des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen in den jeweils zum Bewertungstichtag abgelaufenen Jahren entstanden.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Pensionspläne:					
Verpflichtung	12.974	12.071	9.416	8.189	8.518
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	25	-83	-72	24	-68
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	12.594	11.076	9.352	8.755	9.331
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	1.165	224	92	-221	-266
Finanzierungsstatus	-380	-995	-64	566	813
Gesundheitsfürsorgepläne:					
Verpflichtung	164	154	136	119	116
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	8	1	-	-5	-17
Finanzierungsstatus	-164	-154	-136	-119	-116

Auswirkung auf den Aufwand

Der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Personalaufwand für leistungsdefinierte Pläne und andere ausgewählte Leistungen der Geschäftsjahre 2009 bis 2011 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen.

in Mio €	2011	2010	2009
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	248	243	186
Zinsaufwand	600	527	457
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-531	-490	-403
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	21	-77	18
Planabgeltungen/Plankürzungen	-9	-14	1
Pensionspläne insgesamt	329	189	259
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	3	3	3
Zinsaufwand	7	9	7
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-15	-	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	-5	12	10
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	324	201	269
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	351	239	203
Pensionsaufwendungen insgesamt	675	440	472
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	226	171	162
Aufwendungen für aufgeschobene Barvergütung	936	662	688
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	503	588	629

Der für 2012 erwartete Aufwand beträgt 300 Mio € für die Pensionspläne und 11 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne.

Der Anstieg in den Pensionsaufwendungen insgesamt im Jahr 2011 gegenüber 2010 ist maßgeblich begründet durch die Gesamtjahresauswirkung der Konsolidierung der Postbank und die Veränderung der Indexierung von Anwartschaften betrieblicher Altersvorsorgesysteme aufgrund eines Regierungserlasses in Großbritannien, welcher im Jahr 2010 zu nachträglichem Dienstzeitertrag von 104 Mio € führte.

Die gewichtete durchschnittliche Restdienstzeit der aktiven Planteilnehmer beträgt zehn Jahre bei den Pensions- und sechs Jahre bei den Gesundheitsfürsorgeplänen.

Sensitivitäten hinsichtlich wesentlicher Annahmen

Die nachfolgende Übersicht zeigt planspezifische Sensitivitäten der Verpflichtung zum jeweils angegebenen Stichtag (31. Dezember 2011 beziehungsweise 2010) und der Kernelemente des Aufwands (Dienstzeitaufwand, Zinsaufwand, erwarteter Ertrag aus Planvermögen) in den angegebenen Perioden (2011 beziehungsweise 2010) für leistungsdefinierte Pläne hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg/Reduzierung (-) in Mio €	Verpflichtung zum		Aufwendungen für das Jahr	
	31.12.2011	31.12.2010	2012	2011
Sensitivität bei Pensionsplänen:				
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	960	935	5	5
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	555	545	40	35
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	105	105	10	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	255	245	15	15
Erwartete Rendite (Reduzierung um 50 Basispunkte)	–	–	65	55
Sensitivität bei Gesundheitsfürsorgeplänen:				
Gesundheitskostensteigerungsrate (Anstieg um 100 Basispunkte)	17	19	2	2
Gesundheitskostensteigerungsrate (Reduzierung um 100 Basispunkte)	– 15	– 17	– 1	– 2

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

35 – Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für die Jahre 2011, 2010 und 2009 setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2011	2010	2009
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag (–) für das laufende Jahr	1.683	1.339	970
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (–)	– 232	– 9	– 430
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	1.451	1.330	540
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	– 143	700	570
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	110	7	3
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (–)	– 354	– 392	– 869
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	– 387	315	– 296
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	1.064	1.645	244

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2011 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 28 Mio € (2010: 37 Mio € Steueraufwand, 2009: 1 Mio € Steuerertrag), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2011 um einen Steuerertrag in Höhe von 35 Mio € vermindert (2010 und 2009: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 6 Mio € beziehungsweise 0,2 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund des Ansatzes bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorfahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2011 per Saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 262 Mio € erhöht (2010: Erhöhung des latenten Steueraufwands um 173 Mio €, 2009: Erhöhung des latenten Steuerertrags um 537 Mio €).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2011	2010	2009
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 30,8 % in Deutschland (30,7 % für 2010 und 2009)	1.657	1.219	1.595
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	– 28	63	– 63
Steuerbefreite Einnahmen	– 467	– 556	– 763
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	– 39	– 87	– 29
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	297	335	624
Belastung Deutsche Postbank AG ohne korrespondierenden Steuerertrag	–	668	–
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	– 297	167	– 537
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	110	7	3
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	90	48	– 95
Effekt aus der „Policyholder Tax“	– 28	37	– 1
Sonstige	– 231	– 256	– 490
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	1.064	1.645	244

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige für das Geschäftsjahr 2011 überwiegend Einmaleffekte infolge abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten. In 2010 hingegen sind in der Position Sonstige im Wesentlichen Effekte aufgrund verbesserter Ertragsteuerpositionen in den USA einschließlich geänderter Grundlagen für die US-Körperschaftsteuererklärung enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat im Geschäftsjahr 2011 30,8 % und in 2010 und 2009 30,7 % betragen.

Ertragsteuern sind dem Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen und Kapitalrücklagen) wie folgt belastet oder gutgeschrieben worden.

in Mio €	2011	2010	2009
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste			
in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	- 50	- 29	113
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	173	- 59	- 195
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	- 11	- 47	- 214
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	92	30	90
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	- 1	- 1	- 2
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 129	320	54
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	1	- 3	13
Steueraufwand (-)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ¹	75	211	- 141
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet(–) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	46	30	- 35

¹ Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsorientierte Versorgungszusagen werden ab 2011 innerhalb der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten vor bilanzieller Saldierung für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010 ¹
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte	2.375	2.637
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	185	189
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	10.686	8.627
Sachanlagen	806	780
Sonstige Aktiva	2.560	2.152
Bewertung von Wertpapieren	1.209	1.117
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	525	594
Sonstige Rückstellungen	1.178	1.314
Sonstige Passiva	775	1.919
Latente Steuerforderungen insgesamt	20.299	19.329
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	9.370	8.070
Sachanlagen	49	62
Sonstige Aktiva	1.103	2.470
Bewertung von Wertpapieren	790	758
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	348	124
Sonstige Rückstellungen	414	897
Sonstige Passiva	1.277	914
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	13.351	13.295

¹ Aufgrund aktualisierter Zuordnungen in 2011 wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Nach bilanzieller Saldierung wurden diese Beträge wie folgt ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2011	31.12.2010
Latente Steuerforderungen	8.737	8.341
Latente Steuerverbindlichkeiten	1.789	2.307
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	6.948	6.034

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2011 (31. Dezember 2010) ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2011 ¹	31.12.2010 ¹
Abzugsfähige temporäre Differenzen	- 296	- 676
Unverfallbar	- 3.342	- 4.206
Verfall in der folgenden Periode	- 45	- 6
Verfall nach der folgenden Periode	- 2.143	- 1.801
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	- 5.530	- 6.013
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 101	- 67
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	- 101	- 67

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 1,5 Mrd € beziehungsweise 3,3 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß welcher es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2011 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 135 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (31. Dezember 2010: 106 Mio €).

36 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivate, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2011	Passiva 2011	Aktiva 2010	Passiva 2010
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	7.485	2.741	8.447	5.823

Im Geschäftsjahr 2011 wies der Konzern einen Gewinn von 2,2 Mrd € (2010: Gewinn in Höhe von 0,7 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,5 Mrd € (2010: Verlust von 0,6 Mrd €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps und Devisentermingeschäfte an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Absicherungen von Zahlungsströmen gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2011	Passiva 2011	Aktiva 2010	Passiva 2010
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	0	436	1	268

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2011				
Cashflow aus Aktiva	46	83	75	302
Cashflow aus Passiva	– 4	– 4	–	–
Nettocashflow 2011	42	79	75	302
Zum 31. Dezember 2010				
Cashflow aus Aktiva	47	84	56	254
Cashflow aus Passiva	– 27	– 50	– 39	– 63
Nettocashflow 2010	20	34	17	191

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der größten Absicherung des Konzerns, mit Maher Terminals LLC. Die Absicherung von Zahlungsströmen im Zusammenhang mit Abbey Life Assurance Company Limited wurde im Jahr 2011 beendet.

Im Geschäftsjahr 2011 wies der Konzern einen Saldo von minus 455 Mio € (2010: minus 321 Mio €) im Zusammenhang mit Absicherungen von Zahlungsströmen im Eigenkapital aus. Von diesem Saldo entfielen im Jahr 2011 minus 26 Mio € (2010: minus 44 Mio €) auf bereits beendete Programme. Diese Beträge werden sachgerecht erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Verlust von 92 Mio € (2010: Verlust von 44 Mio €) wegen effektiver Absicherungen von Zahlungsströmen in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Gewinn von 42 Mio € (2010: Gewinn von 60 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung überführt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde kein Gewinn oder Verlust wegen Ineffektivität der Absicherung erfolgswirksam erfasst (2010: Verlust von 3 Mio €).

Mit Stand vom 31. Dezember 2011 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2011	Passiva 2011	Aktiva 2010	Passiva 2010
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	76	1.610	81	528

Im Geschäftsjahr 2011 wies der Konzern Verluste von 218 Mio € (2010: Verluste von 197 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, was das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

37 – Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Die Treasury-Funktion des Konzerns managt das Kapital konzernweit sowie lokal in jeder Region, mit Ausnahme der Postbank, die ihr Kapital auf Konzernebene und lokal selbst managt. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund allokiert Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und andere Themen zu Finanzressourcen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury-Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbeschränkungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die Hauptwährungen des Konzerns sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury managt die Sensitivität der Kapitalquoten des Konzerns gegen Schwankungen in diesen Währungen. Das Kapital der ausländischen Töchter und Niederlassungen des Konzerns ist größtenteils währungsgesichert mit Ausnahme des chinesischen Yuan, der zurzeit nicht abgesichert wird. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt passende Absicherungsstrategien und schließt die Absicherungsgeschäfte ab.

Treasury ist Mitglied im Investment Komitee des größten Pensionsfonds der Deutschen Bank, in dem die Investment Richtlinien bestimmt werden. Diese Mitgliedschaft stellt sicher, dass Aktiva des Pensionsfonds mit den Pensionsverbindlichkeiten in Einklang stehen, um so die Kapitalbasis der Bank zu schützen.

Treasury beobachtet laufend den Markt nach Möglichkeiten für Passiv-Management-Geschäfte. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, regulatorisches Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Emissionen unter Ausgabepreis zu schaffen.

Die Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente betrug 9,5 % zum Jahresende 2011. Damit hat der Konzern bereits jetzt die Quote von 9 % erfüllt, die durch den Europäischen Rat verabschiedet und von der European Banking Authority (EBA) im Rahmen des Banken Stresstests zum 30. Juni 2012 gefordert wird. Die Quote beinhaltet den von der EBA angesetzten Abzugsbetrag für europäische Staatsanleihen in Höhe von 388 Mio €, der zum 30. September 2011 für Stresstest-Zwecke bestimmt wurde. Der Konzern strebt an, auch zum 30. Juni 2012 die aufsichtsrechtlichen Vorgaben von 9 % zu erfüllen.

Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente sowie auf Consolidation & Adjustments gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil. In der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation bleiben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Für 2011 leitet der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10 % ab. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.

Im Zeitraum von der ordentlichen Hauptversammlung in 2010 (27. Mai 2010) bis zur ordentlichen Hauptversammlung in 2011 (26. Mai 2011) hat der Konzern insgesamt 28,5 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 0,5 Millionen Aktien über verkaufte Verkaufsoptionen, die von der Gegenpartei zum Fälligkeitstermin ausgeübt wurden. 22,0 Millionen wurden zu Aktienvergütungszwecken und 6,5 Millionen Aktien zur Erhöhung des Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne verwendet. 9,8 Millionen Aktien wurden im Zeit-

raum vom 1. Januar bis 26. Mai 2011 gekauft. Es wurden keine Aktien in dem Zeitraum über verkaufte Verkaufsoptionen erworben. Im ersten Quartal 2011 wurden zudem 10,0 Millionen Kaufoptionen mit physischer Lieferung zur Absicherung aktienbasierter Vergütung abgeschlossen. Diese Optionen haben eine Laufzeit von über 18 Monaten und wurden unter Ausnutzung der entsprechenden Hauptversammlungsgenehmigung zum Erwerb Eigener Aktien unter Verwendung von derivativen Instrumenten erworben. Im zweiten Quartal 2011 wurden weitere 15,3 Millionen Kaufoptionen umstrukturiert, um eine physische Lieferung unter Ausnutzung der oben genannten Hauptversammlungsgenehmigung zu ermöglichen. Diese 15,3 Millionen Kaufoptionen haben eine Laufzeit von unter 18 Monaten. Zur Hauptversammlung in 2011 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien 7,6 Millionen.

Die ordentliche Hauptversammlung 2011 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, Eigene Aktien im Umfang von bis zu 92,9 Millionen Aktien bis zum 30. November 2015 zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigung ersetzt die Ermächtigung der ordentlichen Hauptversammlung 2010. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2011 bis zum 31. Dezember 2011 hat der Konzern 27,4 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 10,9 Millionen Aktien zu Aktienvergütungszwecken und 16,5 Millionen Aktien zur Erhöhung des Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne. Zum 31. Dezember 2011 betrug der Bestand des Konzerns an zurückgekauften Aktien 24,1 Millionen.

Um den niedrigen Kurs der Deutsche Bank-Aktie im dritten Quartal 2011 zu nutzen, hat Treasury die im ersten Quartal 2011 gekauften 10,0 Millionen Kaufoptionen aufgelöst und 10,0 Millionen Kaufoptionen mit physischer Lieferung zu einem deutlich niedrigeren Ausübungspreis gekauft. Diese Kaufoptionen wurden unter der Ermächtigung der Hauptversammlung des Jahres 2011 erworben. 6,0 Millionen der 10,0 Millionen Kaufoptionen haben eine verbleibende Laufzeit von über 18 Monaten. Zusätzlich zu den 10,0 Millionen Kaufoptionen hat Treasury weitere Kaufoptionen zur Absicherung aktienbasierter Vergütung umstrukturiert.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2011 auf 12,7 Mrd €, verglichen mit 12,6 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Währungskurseffekte auf das in US-Dollar begebene hybride Tier-1-Kapital infolge des Anstiegs des US-Dollars zurückzuführen. In 2011 hat der Konzern weder hybrides Tier-1-Kapital emittiert noch zurückgekauft.

In 2011 hat der Konzern kein Ergänzungskapital (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten) begeben. Das Genussscheinkapital betrug zum 31. Dezember 2011 1,2 Mrd € und war somit unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2010. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich am 31. Dezember 2011 auf 9,4 Mrd €, verglichen mit 10,7 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Die kumulativen Vorzugsanteile betrugen 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2011 und waren unverändert gegenüber dem Vorjahresende.

Kapitalmanagement der Postbank

Die Postbank managt ihr Kapital im Rahmen einer kontinuierlichen Überwachung des verfügbaren und benötigten Kapitals. Bei der Steuerung des Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung und die ökonomische Kapitalanforderung gleichberechtigte Zielgrößen dar. Die Allokation des Kapitals wird auf Basis einer Mehrjahresplanung vom Gesamtvorstand beschlossen.

Der Kapitalbedarf (regulatorisch und ökonomisch) wird permanent überwacht, um das verfügbare Kapital nötigenfalls anzupassen. Hierfür werden laufend auf Basis geplanter Entwicklungen von Geschäftsvolumen und Ergebnissen sowie Erwartungen von Veränderungen der Risikoparameter Prognosen des Kapitalbedarfs er-

stellt und fortgeschrieben. Das operative Management der Eigenkapitalquoten im Rahmen der vom Gesamtvorstand der Postbank verabschiedeten Vorgaben erfolgt durch Steuerung des Bestands- und Neugeschäfts, die Emission von Tier-1- oder Tier-2-Kapitalinstrumenten oder durch den Abschluss von Transaktionen am Kapitalmarkt, die sich entlastend auf den Eigenkapitalbedarf auswirken.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnete und veröffentlichte der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten für die Deutsche Bank-Institutsgruppe gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel 2“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht eingeführt wurde. Ab dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung der Kapitalquoten des Konzerns auch die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden hat.

Mit dem Basel 2.5-Regelwerk wurden die Modell-basierten Risikomessgrößen Krisen-Value-at-Risk (Stress-Value at Risk), Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) für das Marktrisiko von Banken eingeführt, die zu dessen Berechnung ein internes Modell verwenden:

- **Krisen-Value-at-Risk:** Berechnung des Krisen-Value-at-Risk auf Basis von über einen Beobachtungszeitraum von zwölf Monaten gesammelten Stressdaten.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Capital Charge „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für Kreditkorrelationsprodukte durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt. Der CRM muss wöchentlich berechnet werden und ermittelt sich aus dem höheren Wert von entweder dem letzten, wöchentlichen CRM oder dem Durchschnitt der letzten zwölf Wochen-CRM-Werte oder der Kapitalanforderung nach dem Marktrisikostandardansatz für das Kreditkorrelationsportfolio, dem sogenannten „CRM-Floor“.
- **Marktrisikostandardansatz (Market Risk Standardized Approach „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default Kreditderivate.

Zusätzlich erfordert das Basel 2.5-Regelwerk die Berechnung des spezifischen Marktrisikos für Handelsbuch-Verbriefungspositionen, die nicht unter dem Umfassenden Risikoansatz erfasst werden, als Teil der Kapitalanforderung für das Marktrisiko mittels Marktrisiko-Standardansatzes.

Des Weiteren ist es unter Basel 2.5 erforderlich, Wieder-Verbriefungspositionen im Handelsbuch und Anlagebuch zu identifizieren und mit einem höheren Risikogewicht zu versehen mit der Folge einer erhöhten Kapitalanforderung für Kreditrisiken beziehungsweise Marktrisiken.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften („Institutsgruppe“) zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Zahlungsinstitute sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die zusätzliche Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Der Konzern ist seit Oktober 2007 ein Finanzkonglomerat. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital, und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie verschiedenen hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsanteilen („Non-cumulative Trust Preferred Securities“), die auch als „Zusätzliches Tier-1-Kapital“ bezeichnet werden. Eigene Aktien im Bestand, der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen umfassen den Ausschluss des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutsgruppe und die Umkehrung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos unter der Fair Value-Option auf finanzielle Verbindlichkeiten aufgrund des eigenen Kreditrisikos. Das Tier-1-Kapital ohne die hybriden Kapitalbestandteile wird als „Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente“ bezeichnet.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), verschiedene Genussscheine, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren.
- Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie abzugsfähige Investitionen in nicht konsolidierte Banken, Finanzinstitute oder Versicherungsgesellschaften, an denen der Konzern einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält (im Fall von Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mehr als 20 %, es sei denn, diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen), sowie darüber hinaus der Betrag, um den der erwartete Verlust für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) des Konzerns berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigt, die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“); Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind, und der Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde. Ab dem 31. Dezember 2011 wird der für die Verbriefungspositionen in Abzug zu bringende Betrag, der bisher gemäß Basel 2 ermittelt wurde, nach den Bestimmungen von Basel 2.5 berechnet.
- Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt.

Die Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridkapital und die Tier-1-Kapitalquote sind die zentralen Kennzahlen für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit diesen Kennzahlen werden das Tier-1-Kapital ohne Hybridkapital und das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken gemäß Basel 2.5 (im Konzern insgesamt als „risikogewichtete Aktiva“ oder „RWA“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken (ohne die Postbank) beziehen,

werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten IRBA bewertet. Zum 31. Dezember 2010 war der überwiegende Teil der Marktrisikokomponente des Konzerns ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wurde. Ab dem 31. Dezember 2011 beinhaltet die Marktrisikokomponente des Konzerns ein Vielfaches des Krisen-Value-at-Risk und des Value-at-Risk sowie den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz hinsichtlich der Korrelationshandelsportfolios des Konzerns. Diese werden alle auf der Grundlage der von der BaFin genehmigten konzerninternen Modelle ermittelt. Die Marktrisikokomponente beinhaltet jetzt auch Verbriefungen im Handelsbuch, getrennt vom Korrelationshandelsbuch, welche nach dem Standardansatz gemäß Basel 2.5 ermittelt werden. Weitere standardisierte Ansätze werden für die Berechnung der restlichen Marktrisikopositionen, insbesondere für die handelsbezogenen Marktrisiken der Postbank, eingesetzt. Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz („AMA“) gemäß KWG an.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die RWA des Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2011	31.12.2010
Kreditrisiko	Basel 2.5	Basel 2
Marktrisiko	262.460	285.218
Operationelles Risiko	68.091	23.660
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	50.695	37.326
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	381.246	346.204
Zusätzliches Tier-1-Kapital	36.313	29.972
Tier-1-Kapital	12.734	12.593
Tier-2-Kapital	49.047	42.565
Tier-3-Kapital	6.179	6.123
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	–	–
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	55.226	48.688
Tier-1-Kapitalquote	9,5 %	8,7 %
Eigenkapitalquote	12,9 %	12,3 %
	14,5 %	14,1 %

Am 31. Dezember 2011 lag die Gesamtkapitalquote des Konzerns mit 14,5 % nach 14,1 % am 31. Dezember 2010 deutlich über der geforderten Mindestquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente des Konzerns lag am 31. Dezember 2011 bei 36,3 Mrd € und am 31. Dezember 2010 bei 30,0 Mrd € mit einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,5 % nach 8,7 % zum 31. Dezember 2010. Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2011 bei 49,0 Mrd € und am 31. Dezember 2010 bei 42,6 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 12,9 % am 31. Dezember 2011 und 12,3 % am 31. Dezember 2010.

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2011 bei 6,2 Mrd € und am 31. Dezember 2010 bei 6,1 Mrd €. Dies entsprach 13 % beziehungsweise 14 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangten, dass der Konzern sein Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2011 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 5.447 Mio € unterlegt (31. Dezember 2010: 1.893 Mio €). Der Anstieg spiegelt die geänderten Kapitalanforderungen für Handelsbuchpositionen gemäß Basel 2.5 wider. Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1-Kapitals ohne Hybridinstrumente, des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010 ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG aufgeführt.

	31.12.2011 Basel 2.5	31.12.2010 Basel 2
in Mio €		
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente		
Stammaktien	2.380	2.380
Kapitalrücklage	23.695	23.515
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	29.400	24.797
Vollständig vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (2a) KWG in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 14.459	- 14.489
Teilweise vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	- 1.332	- 954
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	- 2.863	- 4.850
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	- 508	- 427
Teilweise vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.703	- 6.231
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	36.313	29.972
Zusätzliches Tier-1-Kapital		
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.734	12.593
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.734	12.593
Tier-1-Kapital insgesamt gem. § 10 (2a) KWG	49.047	42.565
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	70	224
Genussscheinkapital	1.150	1.151
Kumulative Vorzugsanteile	294	299
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	9.368	10.680
Teilweise vom Tier-2-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.703	- 6.231
Tier-2-Kapital insgesamt gem. § 10 (2b) KWG	6.179	6.123

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2011 sowie zum 31. Dezember 2010.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung des Eigenkapitals nach IFRS auf das Tier-1-Kapital gemäß Basel 2.5 beziehungsweise Basel 2 ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG dargestellt.

	31.12.2011 Basel 2.5	31.12.2010 Basel 2
in Mio €		
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	53.390	48.819
Bereinigung um nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigte unrealisierte Gewinne (-)/Verluste ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung	847	298
Abzüglich abgegrenzte künftige Dividende	- 697	- 697
Active Book Equity	53.540	48.420
Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte	- 15.802	- 15.594
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.270	1.549
Sonstiges (Konsolidierungs- und aufsichtsrechtliche Anpassungen)	2.008	1.828
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.734	12.593
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten	- 4.703	- 6.231
Tier-1-Kapital	49.047	42.565

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2011 sowie zum 31. Dezember 2010.

Basel 2.5 verlangt in gleicher Weise wie schon Basel 2 den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwerts vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2011 betrug der Übergangsposten 319 Mio €, verglichen mit 390 Mio € am 31. Dezember 2010. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die gesamten risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 12,9 % beziehungsweise 14,6 % am 31. Dezember 2011, verglichen mit 12,4 % beziehungsweise 14,2 % am 31. Dezember 2010.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2011 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen.

	2011	2010	2009
Kurzfristig fällige Leistungen	14	23	22
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	3
Andere langfristig fällige Leistungen	6	3	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	2	–
Aktienbasierte Vergütungen	5	11 ¹	7
Insgesamt	28	42	32

¹ Der Vorjahresbetrag wurde um Aufwand in Höhe von 5 Mio € für Equity Upfront Awards, die den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 gewährt wurden, berichtigt.

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreter oder frühere Vorstandsmitglieder) erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2011 auf 2 Mio € (Dezember 2010: 2 Mio €, Dezember 2009: 3 Mio €).

Am 31. Dezember 2011 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 11 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 9 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdiestleistungen sowie Anlageberatung an.

Während des Geschäftsjahrs 2010 bis zum ersten Quartal 2011 erhielt eine Person in einer Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offen gelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. In der überarbeiteten Version von IAS 24, „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ („IAS 24 R“), wurde zum Teil die Definition von nahestehenden Dritten geändert, um klarzustellen, dass die Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen und die Tochtergesellschaften der Joint Ventures auch zum Kreis der nahestehenden Dritten gehören. Diese Klarstellung wurde rückwirkend für das gesamte Geschäftsjahr 2010 angewandt.

Kredite

in Mio €

Bestand am Jahresanfang

	2011	2010 ¹
Bestand am Jahresanfang	4.329	1.002
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.211 ²	3.585 ³
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	307	148
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 13	- 126
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 62	16
Bestand am Jahresende⁴	5.158	4.329

Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:

Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	53	32
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	22	26
Garantien und sonstige Verpflichtungen	262	255

¹ Die Vorjahreszahlen wurden infolge der Erstanwendung von IAS 24 R angepasst.

² Der Anstieg der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Laufe des Jahres 2011 resultierte hauptsächlich aus der Restrukturierung eines Kreditgeschäfts.

³ Der Anstieg der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Laufe des Jahres 2010 resultierte hauptsächlich aus der Restrukturierung eines Kreditgeschäfts. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft entstandene Zinserträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf 230 Mio € (2010: 24 Mio € seit der Umstrukturierung im vierten Quartal).

⁴ In den Jahren 2011 und 2010 war keine dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2011 Sicherheiten in Höhe von 963 Mio € (2010: 299 Mio €).

Einlagen

in Mio €

Bestand am Jahresanfang

	2011	2010 ¹
Bestand am Jahresanfang	220	369
Einlagenzuflüsse	258	162
Einlagenabflüsse	190	220
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 41	- 93
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	2
Bestand am Jahresende²	247	220

¹ Die Vorjahreszahlen wurden infolge der Erstanwendung von IAS 24 R angepasst.

² Die Einlagen sind unbesichert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2011 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 221 Mio € (Dezember 2010: 149 Mio €). Zum 31. Dezember 2011 bestanden Handelpassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 19 Mio € (Dezember 2010: 15 Mio €).

Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: Der Konzern hält einen Anteil an der Xchanging etb GmbH von 49 % und bilanziert diesen Anteil nach der Equitymethode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der fünf Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten zwei Auslagerungsverträge mit der XTB über die Bereitstellung von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen mit einer Laufzeit bis Mai 2016 beziehungsweise bis Dezember 2014 betreffend der Leistungsbeziehung zwischen XTB und Sal. Oppenheim. Die Auslagerungsverträge zielen auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität ab. 2011 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 104 Mio € (2010: 113 Mio €). In 2011 und 2010 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von jeweils 20 Mio € zur Verfügung.

Hua Xia Bank: Der Konzern hält einen Anteil von 19,99 % an der Hua Xia Bank und bilanziert diese Beteiligung seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode. Weitere Informationen finden sich in der Anhangangabe 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Kreditkartenkooperation mit der Hua Xia Bank abgeschlossen, die einen bedeutenden Schwerpunkt in dieser strategischen Partnerschaft darstellt. Ziel dieser Kooperation ist, ein zukunftsorientiertes Kreditkartengeschäft in China zu errichten, welches Erfahrungen des Konzerns im internationalen Kreditkartengeschäft mit lokaler Expertise der Hua Xia Bank verbindet. Im Geschäftsjahr 2011 wurde für diese Kooperation eine Rückstellung in Höhe von 50 Mio € gebildet. Diese Rückstellung deckt die geschätzte Verpflichtung aus dieser Kooperation zum 31. Dezember 2011 ab, sollte die Kooperation nicht über das Laufzeitende (derzeit: Mai 2013) verlängert werden.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

	2011	2010
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	4	–
Schuldverschreibungen	–	16
Sonstige Wertpapiere	244	83
Insgesamt	248	99
 Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	0	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	473	–2
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	14.244	14.966
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	24	24

39 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2011 direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Luxembourg S.A. ⁴	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Finanz-Holding GmbH ⁶	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Valoren S.à.r.l. ⁷	Luxemburg
DB Equity S.à.r.l. ⁸	Luxemburg
Deutsche Postbank AG ⁹	Bonn, Deutschland

¹ Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit Wirksamkeit zum 1. Februar 2012 ist die Taunus Corporation nicht länger die Holdinggesellschaft der Deutsche Bank Trust Company Americas, und die Deutsche Bank Trust Corporation ist zur direkt von der Deutschen Bank AG gehaltenen US-amerikanischen Holdinggesellschaft geworden, über die die Deutsche Bank Trust Company Americas gehalten wird.

² Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

³ Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) und wird von der Financial Industry Regulatory Authority reguliert. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

⁴ Die Gesellschaft ist vor allem in den Bereichen Treasury und Markets aktiv und stellt im Deutsche Bank-Konzern insbesondere Euroliquidität zur Verfügung. Weitere Geschäftsfelder sind das internationale Kreditgeschäft, wo sie als kreditauseichrende Stelle für Kontinentaleuropa und seit 2010 als Risikozentrale für den Bereich Loan Exposure Management Group aktiv ist, sowie das Private Banking.

⁵ Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

⁶ Das Unternehmen hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG.

⁷ Holdinggesellschaft für die Deutsche Bank-Teilkonzerne in Australien, Neuseeland und Singapur und Holdinggesellschaft der DB Equity S.à.r.l.

⁸ Holdinggesellschaft für einen Teil des Anteils an der Deutschen Postbank AG.

⁹ Die Geschäftsaktivitäten dieses Unternehmens einschließlich seiner Tochtergesellschaften umfassen das Privat- und Geschäftskundengeschäft, Kapitalmarktaktivitäten sowie das Bauspargeschäft.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den zuvor genannten wesentlichen Tochtergesellschaften mit Ausnahme der Deutschen Postbank AG. Der Konzern hält zum 31. Dezember 2011 53,14 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an der Deutschen Postbank AG und unter Berücksichtigung bestimmter Finanzinstrumente einen gesamten Kapitalanteil in Höhe von 80,56 %. Die Ausübung der zuvor genannten Finanzinstrumente hat zu einem Anstieg der direkten Beteiligung im ersten Quartal 2012 geführt (weitere Angaben enthält Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“). Diese wesentlichen Tochtergesellschaften erstellen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2011 und sind in den Konzernjahresabschluss einbezogen. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehenstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50% oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50% oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften, deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu Zweckgesellschaften ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, Commercial-Paper-Programmen, Repackaging und Investmentprodukten, dem Management von Investmentfonds, strukturierten Transaktionen, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den Zweckgesellschaften, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die Zweckgesellschaften, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die Zweckgesellschaften sowie das Halten von Beteiligungen an den Zweckgesellschaften.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50% der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

40 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2011			31.12.2010		
	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.706	- 163	4.543	4.899	- 158	4.741
Investmentverträge	7.426	-	7.426	7.898	-	7.898
Insgesamt	12.132	- 163	11.969	12.797	- 158	12.639

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2011		2010	
	Versicherungs-verträge	Investment-verträge	Versicherungs-verträge	Investment-verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.899	7.898	4.613	7.278
Zugänge	231	150	257	153
Inanspruchnahmen	-490	-562	-463	-609
Sonstige Veränderungen	-85	-284	331	843
Wechselkursveränderungen	151	224	161	233
Buchwert am Jahresende	4.706	7.426	4.899	7.898

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von -284 Mio € im Geschäftsjahr 2011 (2010: 843 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4.706 Mio €. Davon entfielen 2.237 Mio € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1.974 Mio € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 459 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 459 Mio € gliedert sich in 323 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 136 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz der vertraglich vereinbarten und der erwarteten Rückzahlungsrate, der Höhe der fondsgebundenen Verbindlichkeit und der Annahme der Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4.899 Mio €. Davon entfielen 2.113 Mio € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 2.311 Mio € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 475 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen (gegliedert in 370 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 105 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Zahlungsströme wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Zahlungsströme verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2011 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 66 % (2010: 64 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden beim Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey-Life-Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulativer Anforderungen berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von bestmöglicher Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

Annahme:	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2011	2010	2011	2010
in Mio €				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %) ¹	- 12	- 12	- 9	- 9
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 3	- 2	- 2	- 1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	17	14	- 116	- 112

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge. Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

41 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2010 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihren Realisierungs- oder Erfüllungszeitpunkten.

Die Aktivpositionen zum 31. Dezember 2011 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2011
	in 2012	nach 2012	
Barreserve	15.928	–	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	160.834	1.166	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	25.297	476	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.310	27	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.252.616	28.183	1.280.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.511	37.770	45.281
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	3.759	3.759
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	133.236	279.278	412.514
Sachanlagen	–	5.509	5.509
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	15.802	15.802
Sonstige Aktiva	144.102	10.692	154.794
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.646	224	1.870
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.772.480	382.886	2.155.366
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.737
Summe der Aktiva			2.164.103

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2011
	in 2012	nach 2012	
Einlagen	568.628	33.102	601.730
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.292	19	35.311
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	7.638	451	8.089
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.010.015	18.432	1.028.447
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	65.356	–	65.356
Sonstige Passiva	179.294	8.522	187.816
Rückstellungen	2.621	–	2.621
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.381	1.143	2.524
Langfristige Verbindlichkeiten	30.317	133.099	163.416
Hybride Kapitalinstrumente	2.600	9.744	12.344
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.903.142	204.512	2.107.654
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.789
Summe der Verbindlichkeiten			2.109.443

Die Aktivpositionen zum 31. Dezember 2010 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2010
	in 2011	nach 2011	
Barreserve	17.157	–	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	91.471	906	92.377
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	19.923	442	20.365
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.916	–	28.916
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.069.579	31.418	1.100.997
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.859	46.407	54.266
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	2.608	2.608
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	128.157	279.572	407.729
Sachanlagen	–	5.802	5.802
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	15.594	15.594
Sonstige Aktiva	137.751	11.478	149.229
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.048	201	2.249
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.502.861	394.428	1.897.289
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	8.341
Summe der Aktiva			1.905.630

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2010
	in 2011	nach 2011	
Einlagen ¹	494.719	39.265	533.984
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	26.314	1.608	27.922
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.078	198	3.276
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen ²	833.666	20.440	854.106
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	64.990	–	64.990
Sonstige Passiva	169.192	12.635	181.827
Rückstellungen	2.204	–	2.204
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	960	1.776	2.736
Langfristige Verbindlichkeiten	28.870	140.790	169.660
Hybride Kapitalinstrumente	1.334	10.916	12.250
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.625.327	227.628	1.852.955
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	–	–	2.307
Summe der Verbindlichkeiten			1.855.262

¹ In den verzinslichen Einlagen enthaltene Bauspareinlagen wurden rückwirkend entsprechend der frühestmöglichen vertraglichen Kündigungsrechte den Restlaufzeiten zugeordnet. Zuvor wurde die erwartete Restlaufzeit beurteilt.

² Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte rückwirkend zu einer Reduzierung des zum Erwerbszeitpunkt festgestellten beizulegenden Zeitwerts des erworbenen Nettovermögens von 24 Mio €. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

42 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 27. Februar 2012 erhielt die Deutsche Bank durch die Fälligkeit der Pflichtwandelanleihe 60 Millionen Aktien der Postbank (27,4 %) und erhielt am 28. Februar 2012 durch die Ausübung der Verkaufsoption durch die Deutsche Post AG weitere 26,4 Millionen Aktien (12,1 %). Dadurch besitzt die Deutsche Bank zusätzlich 86,4 Millionen Postbank-Aktien (39,5 %) und besitzt damit insgesamt 204,9 Millionen Postbank-Aktien (93,7 %). Die beiden Transaktionen haben keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital und die Liquiditätsposition der Deutschen Bank. Weitere Informationen hierzu sind in Anhangangabe 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Am 28. Februar 2012 teilte die Deutsche Bank mit, dass sie in exklusive Verhandlungen mit Guggenheim Partners über die Veräußerung ihrer Asset Management-Bereiche eintritt. Wie bereits angekündigt, werden diese Bereiche von der Bank einer strategischen Überprüfung unterzogen. Die Bereiche umfassen das Publikumsfondsgeschäft in Amerika (DWS Americas) sowie das globale Vermögensverwaltungsgeschäft für institutionelle Kunden (DB Advisors), für Versicherungsgesellschaften (Deutsche Insurance Asset Management) und für alternative Anlagen (RREEF). Diese Verhandlungen sind noch nicht beendet, und wir können die finanziellen Auswirkungen noch nicht abschließend beurteilen.

43 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2011	2010
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	11.071	10.786
Soziale Abgaben	2.064	1.885
davon: für Altersversorgung	675	440
Insgesamt	13.135	12.671

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 101.836 (2010: 82.434), darunter befanden sich 44.865 (2010: 34.529) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 53.153 (2010: 51.268) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2011 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 27.323.672 € (2010: 33.230.174 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2011 17.894.081 € (2010: 23.022.336 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder ihre Hinterbliebenen wurden im Jahr 2011 17.096.252 € (2010: 18.083.535 €) gezahlt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2012 wurden jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2011 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält grundsätzlich jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2012 für seine Tätigkeit im Jahr 2011 die an den langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2012 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.608.600 € (2010: 2.453.000 €).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2011 insgesamt 166.822.899 € (2010: 167.660.106 €).

Am 31. Dezember 2011 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 5.383.155 € (2010: 7.321.343 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 5.224.755 € (2010: 2.633.122 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2011 Kredite in Höhe von 1.790.340 € zurück.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter <http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklärungen.htm> publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die vom Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2011	2010
Prüfungshonorare	54	53
davon an KPMG AG	25	26
Honorare für prüfungsnahre Dienstleistungen	12	9
davon an KPMG AG	8	6
Honorare für Steuerberatung	7	7
davon an KPMG AG	3	3
Sonstige Honorare	3	2
davon an KPMG AG	3	1
Summe der Honorare	76	71

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind in der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthalten.

44 – Anteilsbesitz

Verbundene Unternehmen – 357

Zweckgesellschaften und ähnliche Strukturen – 378

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 392

Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden – 396

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 %
der Stimmrechte überschreitet – 398

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Deutsche Bank Konzerns gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

- 1 Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
- 2 Control-Verhältnis durch Repräsentanz im Leitungsgremium.
- 3 Control-Verhältnis, da jederzeit ausübbarer Optionen gehalten werden, die den Anteil des Deutsche Bank-Konzerns auf über 50 % erhöhen können.
- 4 Spezialfonds.
- 5 Control-Verhältnis.
- 6 Die Gesellschaft hat von der Befreiung gemäß § 264b HGB Gebrauch gemacht.
- 7 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
- 8 Bestehend aus 772 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer / Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
- 9 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
- 10 Kein Control-Verhältnis.
- 11 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 12 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 13 Kein signifikanter Einfluss.
- 14 Nicht nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, sondern mit beizulegendem Zeitwert (Fair Value) bewertet.
- 15 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
- 16 Anteile werden als Sicherheit gehalten.
- 17 Kein Control-Verhältnis oder maßgeblicher Einfluss, da fremde Dritte jederzeit ausübbarer Optionen halten, die den Anteil des Deutsche Bank-Konzerns auf unter 20 % reduzieren können.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		
2	Abbey Life Assurance Company Limited	London		100,0
3	Abbey Life Trust Securities Limited	London		100,0
4	Abbey Life Trustee Services Limited	London		100,0
5	ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0
6	ABS Leasing Services Company	Chicago		100,0
7	ABS MB Limited	Baltimore		100,0
8	Absolute Energy S.r.l.	Rom		100,0
9	AC VII Privatkunden GmbH & Co. KG	München	1	0,0
10	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0
11	ADARA Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
12	ADD ONE GmbH & Co. KG	München	1	0,0
13	Advent Chestnut VI GmbH & Co. KG	München	1	0,1
14	Affordable Housing I LLC	Wilmington		100,0
15	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro	2, 3	9,0
16	AheadCom Beteiligungs-GmbH	Frankfurt		100,0
17	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt		84,0
18	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0
19	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0
20	Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		100,0
21	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		100,0
22	Allsar Inc.	Wilmington		100,0
23	AMADEUS II 'D' GmbH & Co. KG	München		100,0
24	America/Asia Private Equity Portfolio (PE-US/ASIA) GmbH & Co. KG	München	1	0,2
25	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		100,0
26	Antelope Pension Trustee Services Limited	London		100,0
27	AO DB Securities (Kazakhstan)	Alma Ata		100,0
28	AP Far East Limited	Hongkong		100,0
29	Apex Fleet Inc.	Wilmington		100,0
30	APOLLON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
31	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		100,0
32	Arche Investments Limited	London		100,0
33	Argent Incorporated	Baltimore		100,0
34	ATHOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
35	Autumn Leasing Limited	London		100,0
36	Avatar Finance	Georgetown		100,0
37	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
38	B.T. Vordertaukus (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
39	B.T.I. Investments	London		100,0
40	B.V. Matura Handelmaatschappij	Amsterdam		100,0
41	BAG	Frankfurt	4	100,0
42	Baincor Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
43	Bainpro Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
44	Bainsee Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
45	BAL Servicing Corporation	Wilmington		100,0
46	Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie. (Schweiz) AG	Zürich		100,0
47	Bankers International Corporation	New York		100,0
48	Bankers International Corporation (Brasil) Ltda.	Sao Paulo		100,0
49	Bankers Trust Caribe Capital Markets, Inc.	Hato Rey		100,0
50	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
51	Bankers Trust International Limited	London		100,0
52	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0
53	Bankers Trust Nominees Limited	London		100,0
54	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
55	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		100,0
56	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	5	0,0
57	Bebek Varilir Yönetim A.S.	Istanbul		100,0
58	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0
59	Betriebs-Center für Banken Processing GmbH	Frankfurt		100,0
60	Bfl-Beteiligungsgesellschaft für Industriewerte mbH	Frankfurt		100,0
61	BHF Club Deal GmbH	Frankfurt		100,0
62	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
63	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. am Kaiserlei OHG	Frankfurt		100,0
64	BHF Immobilien-GmbH	Frankfurt		100,0
65	BHF Lux Immo S.A.	Luxemburg		100,0
66	BHF PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
67	BHF PEP II Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
68	BHF PEP III Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
69	BHF Private Equity Management GmbH	Frankfurt		100,0
70	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 1	München	1	0,4
71	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 2	München	1	0,3
72	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 3	München	1	0,4
73	BHF Private Equity Treuhand- und Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
74	BHF Trust Management Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
75	BHF Zurich Family Office AG	Zürich		100,0
76	BHF-BANK (Schweiz) AG	Zürich		100,0
77	BHF-BANK Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
78	BHF-BANK International S.A.	Luxemburg		100,0
79	BHF-Betriebsservice GmbH	Frankfurt		100,0
80	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		100,0
81	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln		100,0
82	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0
83	BHW Direktservice GmbH	Hameln		100,0
84	BHW Eurofinance B.V.	Arnhem		100,0
85	BHW Financial S.r.l.	Verona		100,0
86	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		100,0
87	BHW Holding Aktiengesellschaft	Berlin		100,0
88	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		100,0
89	BHW Kreditservice GmbH	Hameln		100,0
90	BHW-Immobilien GmbH	Hameln		100,0
91	Billboard Partners L.P.	Georgetown		99,9
92	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
93	Bleeker Investments Limited	Wilmington		100,0
94	Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0
95	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		100,0
96	Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		100,0
97	BNA Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
98	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		100,0
99	Borfield S.A.	Montevideo		100,0
100	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
101	Britannia Limited	London		100,0
102	Broome Investments Limited	Wilmington		100,0
103	BS 2 Y.K.	Tokio		100,0
104	BT American Securities (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
105	BT Commercial Corporation	Wilmington		100,0
106	BT CTAG Nominees Limited	London		100,0
107	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0
108	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
109	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		100,0
110	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
111	BT Muritz GmbH	Eschborn		100,0
112	BT Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
113	BT Opera Trading S.A.	Paris		100,0
114	BT Pension Fund Trustees Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
115	BT Sable, L.L.C.	Wilmington		100,0
116	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
117	BT/ABKB Partnership Management	Los Angeles		99,9
118	BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0
119	BTD Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
120	BTFIC - Portugal, Gestao e Investimentos (Sociedade Unipessoal) S.A.	Funchal		100,0
121	BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		100,0
122	Business Support One Y.K.	Tokio		100,0
123	Buxtal Pty Limited	Sydney		100,0
124	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		100,0
125	CAM DREI Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	14,5
126	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0
127	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0
128	CAM Private Equity Consulting & Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
129	CAM Private Equity Evergreen GmbH & Co. KG UBG	Köln	1	0,0
130	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0
131	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
132	CAM Secondary Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
133	CAM Secondary Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
134	CAM SEL I Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
135	CAM SEL II Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
136	CAM Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
137	CAM Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
138	CAM Select II Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
139	CAM Select II GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
140	3160343 Canada Inc.	Toronto		100,0
141	3613950 Canada, Inc.	Toronto		100,0
142	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	5	0,0
143	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0
144	CapeSuccess Inc.	Wilmington		100,0
145	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6
146	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		100,0
147	Cardales UK Limited	Liverpool		100,0
148	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0
149	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0
150	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0
151	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0
152	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0
153	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0
154	Career Blazers of Ontario, Inc.	London, Ontario		100,0
155	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0
156	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0
157	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0
158	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	5	0,0
159	CarVal Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios	Sao Paulo		100,0
160	Cashforce International Credit Support B.V.	Rotterdam		100,0
161	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		87,5
162	Castor LLC	Wilmington	5	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
163	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		100,0
164	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0
165	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		67,6
166	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0
167	Cedar Investment Co.	Wilmington		100,0
168	CELENA Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
169	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0
170	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0
171	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0
172	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0
173	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0
174	Channel Nominees Limited	London		100,0
175	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0
176	China Recovery Fund LLC	Wilmington		85,0
177	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	5	0,0
178	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
179	City Leasing (Avonside) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
180	City Leasing (Clydeside) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
181	City Leasing (Donside) Limited	London		100,0
182	City Leasing (Fleetside) Limited	London		100,0
183	City Leasing (Medwayside) Limited	London		100,0
184	City Leasing (Severnside) Limited	London		100,0
185	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0
186	City Leasing (Wearside) Limited	London		100,0
187	City Leasing and Partners	London		100,0
188	City Leasing and Partners Limited	London		100,0
189	City Leasing Limited	London		100,0
190	Civic Investments Limited	St. Helier		100,0
191	Clark GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
192	CNS Cayman Holdings One Ltd.	Georgetown		100,0
193	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		100,0
194	Coronus L.P.	St. Helier		100,0
195	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		100,0
196	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		100,0
197	Custom Leasing Limited	London		100,0
198	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
199	D & S Capital Y.K.	Tokio		100,0
200	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited	London		100,0
201	D F Japan Godo Kaisha	Tokio		100,0
202	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
203	Dahlbusch Projektentwicklungsgesellschaft Leipzig/Lindenau mbH i.L.	Frankfurt		100,0
204	DAHOC (UK) Limited	London		100,0
205	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
206	DB (Gibraltar) Holdings Limited	Gibraltar		100,0
207	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
208	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
209	DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0
210	DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0
211	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		99,9
212	DB Advisors Risk Managed Alpha (RMA) Investment Trust	Salem		100,0
213	DB Advisors US Large Cap Core Investment Trust	Salem		100,0
214	DB Advisors US Large Cap Value Investment Trust	Salem		100,0
215	DB Advisors US Small Cap Growth Investment Trust	Salem		100,0
216	DB Alex. Brown Exchange Fund I, L.P.	Baltimore	5	4,1

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
217	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0
218	DB Alps Corporation	Wilmington		100,0
219	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0
220	DB Americas Asset Management Corp.	Wilmington		100,0
221	DB Americas Funding Corp.	Wilmington		100,0
222	DB Americas Infrastructure Holdings, L.L.C.	Wilmington		100,0
223	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0
224	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
225	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		100,0
226	DB Broker GmbH	Frankfurt		100,0
227	DB Canada GIPF - I Corp.	Calgary		100,0
228	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		100,0
229	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		100,0
230	DB Capital Markets Asset Management Holding GmbH	Frankfurt		100,0
231	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		99,7
232	DB Capital Partners (Europe) 2000 - A Founder Partner LP	Wilmington		80,0
233	DB Capital Partners (Europe) 2000 - B Founder Partner LP	Wilmington		80,0
234	DB Capital Partners Asia GP, Limited	Georgetown		100,0
235	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
236	DB Capital Partners General Partner Limited	London		100,0
237	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		100,0
238	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0
239	DB Capital Partners, Latin America, LP	Georgetown		80,2
240	DB Capital, Inc.	Wilmington		100,0
241	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0
242	DB Chambers LLC	Wilmington		100,0
243	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0
244	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		100,0
245	DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0
246	DB Concerto (LP) Limited	Georgetown		100,0
247	DB Concerto Limited	Georgetown		100,0
248	DB Consortium S. Cons. a r.l. in liquidazione	Mailand		100,0
249	DB Consorzio S. Cons. a r.l.	Mailand		100,0
250	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
251	DB Crest Limited	St. Helier		100,0
252	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Wilmington		100,0
253	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		100,0
254	DB Depositor Inc.	Wilmington		100,0
255	DB Elara LLC	Wilmington		100,0
256	DB Energy Commodities Limited	London		100,0
257	DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0
258	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		100,0
259	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		100,0
260	DB Enterprise GmbH	Lützen-Gostau		100,0
261	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau	6	100,0
262	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0
263	DB Equity Limited	London		100,0
264	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		100,0
265	DB ESC Corporation	Wilmington		100,0
266	DB Export-Leasing GmbH	Frankfurt		100,0
267	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		100,0
268	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0
269	DB Finance Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
270	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
271	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
272	DB Funding Corporation # 1	Wilmington		100,0
273	DB Funding Corporation # 3	Wilmington		100,0
274	DB Funding LLC #4	Wilmington		100,0
275	DB Funding LLC #5	Wilmington		100,0
276	DB Funding LLC #6	Wilmington		100,0
277	DB Funding, L.P.	Baltimore		100,0
278	DB Galil Finance, Inc.	Wilmington		100,0
279	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0
280	DB Global Alternative Agribusiness Master Portfolio Ltd.	Georgetown		100,0
281	DB Global Infrastructure Fund	Luxemburg	5	0,1
282	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Limited	Georgetown		100,0
283	DB Global Processing Services, Inc.	Wilmington		100,0
284	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0
285	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0
286	DB Green, Inc.	New York		100,0
287	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0
288	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		100,0
289	DB HedgeWorks, LLC	Wilmington		100,0
290	DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0
291	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0
292	db home lending holdings llc	Wilmington		100,0
293	db home lending llc	Lake Forest		100,0
294	DB Horizon, Inc.	Wilmington		100,0
295	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		100,0
296	DB Hypernova LLC	Wilmington		100,0
297	DB iCON Investments Limited	London		100,0
298	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		71,4
299	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		100,0
300	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau	6	100,0
301	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		100,0
302	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		100,0
303	DB Infrastructure Holdings (UK) No.2 Limited	London		100,0
304	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		100,0
305	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0
306	DB International Investments Limited	London		100,0
307	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0
308	DB Invest Fundo de Investimento Multimercado	Sao Paulo		100,0
309	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		100,0
310	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0
311	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
312	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0
313	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0
314	DB Investments (GB) Limited	London		100,0
315	DB Io LP	Wilmington		100,0
316	DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0
317	DB Jasmine (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
318	DB Kredit Service GmbH	Berlin		100,0
319	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		100,0
320	DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		100,0
321	DB Liberty, Inc.	Wilmington		100,0
322	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		100,0
323	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0
324	DB Maia LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
325	DB Management Partners, L.P.	Wilmington		100,0
326	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0
327	DB Managers, LLC	West Trenton		100,0
328	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		100,0
329	DB Mezzanine Fund Managing Member, LLC	New York		100,0
330	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0
331	DB Mortgage Services, LLC	Wilmington		100,0
332	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		100,0
333	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		100,0
334	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		100,0
335	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
336	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
337	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		99,9
338	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
339	DB Overseas Holdings Limited	London		100,0
340	DB Paris Investissements	Paris		100,0
341	DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		100,0
342	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		100,0
343	DB PEP V	Luxemburg	5	0,2
344	DB PEP V Europe Parallel GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
345	DB PEP V GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
346	DB Perry Investments Limited	Wilmington		100,0
347	DB Platinum Advisors	Luxemburg		100,0
348	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		100,0
349	DB Print GmbH	Frankfurt		100,0
350	DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0
351	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0
352	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		100,0
353	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0
354	DB PWM Collective Management Limited	Liverpool		100,0
355	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		100,0
356	DB PWM Private Markets I SCA-SICAR	Luxemburg		100,0
357	DB Rail Trading (UK) Limited	London		100,0
358	DB RE Global Real Estate Management 1A, Ltd.	Georgetown		100,0
359	DB RE Global Real Estate Management 1B, Ltd.	Georgetown		100,0
360	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0
361	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0
362	DB Realty Resources, Inc.	New York	5	0,0
363	DB Renewable Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
364	DB Risk Center GmbH	Berlin		100,0
365	DB Rivington Investments Limited	Georgetown		100,0
366	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0
367	DB Road (UK) Limited	Georgetown		100,0
368	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		100,0
369	DB Saturn Investments Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
370	DB Second Funding Corp.	Wilmington		100,0
371	DB Secondary Opportunities SICAV-SIF	Luxemburg		100,0
372	DB Securities S.A.	Warschau		100,0
373	DB Securities Services NJ Inc.	New York		100,0
374	DB Sedanka Limited	Georgetown		100,0
375	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0
376	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0
377	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0
378	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
379	DB Servicios México, S.A. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
380	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0
381	DB Sirius (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
382	DB Sterling Finance Limited (in member's voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
383	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0
384	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0
385	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0
386	DB Trips Investments Limited	Georgetown	5	0,0
387	DB Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0
388	DB Trustee Services Limited	London		100,0
389	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
390	DB Tweed Limited	Georgetown		100,0
391	DB U.K. Nominees Limited	London		100,0
392	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0
393	DB UK (Saturn) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
394	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		100,0
395	DB UK Australia Holdings Limited	London		100,0
396	DB UK Bank Limited	London		100,0
397	DB UK Holdings Limited	London		100,0
398	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0
399	DB Valiant (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
400	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0
401	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0
402	DB Vanquish (UK) Limited	London		100,0
403	DB Vantage (UK) Limited	London		100,0
404	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		100,0
405	DB Vantage No.3 (UK) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
406	DB Venture Partners (Europe) 2000 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
407	DB Venture Partners (Europe) 2001 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
408	DB Venture Partners General Partner Limited	London		100,0
409	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0
410	DB Warren Investments Limited	Georgetown		100,0
411	DB Wilton Holdings, LLC	Wilmington	5	0,0
412	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0
413	DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0
414	DBAH Funding Corp.	Wilmington		100,0
415	DBAS Cayman Holdings 1 Limited	Georgetown		100,0
416	DBAS Cayman Holdings 2 Limited	Georgetown		100,0
417	DBC Continuance Inc.	Toronto		100,0
418	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
419	DBCIBZ1	Georgetown		100,0
420	DBCIBZ2	Georgetown		100,0
421	DBD Pilgrim America Corp.	Wilmington		100,0
422	DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0
423	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
424	DBIGB Finance (No. 2) Limited	London		100,0
425	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		100,0
426	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0
427	DBOI Global Services (UK) Limited	London		100,0
428	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0
429	DBRMS4	Georgetown		100,0
430	DBRMSGP1	Georgetown		100,0
431	DBRMSGP2	Georgetown		100,0
432	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
433	DBUKH Finance Limited	London		100,0
434	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0
435	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		100,0
436	DBUSH Funding Corp.	Wilmington		100,0
437	DBUSH Markets, Inc.	Wilmington		100,0
438	DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		100,0
439	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0
440	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0
441	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0
442	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0
443	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		100,0
444	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0
445	Deer River, L.P.	Wilmington		100,0
446	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
447	DeKon Service GmbH	Eschborn		100,0
448	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
449	DEMOS Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
450	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
451	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0
452	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0
453	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0
454	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0
455	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		80,0
456	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0
457	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0
458	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0
459	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0
460	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0
461	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0
462	Deutsche Asset Management (Australia) Limited	Sydney		100,0
463	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
464	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0
465	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0
466	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0
467	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0
468	Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		100,0
469	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0
470	Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt		100,0
471	Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
472	Deutsche Asset Management Schweiz	Zürich		100,0
473	Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg		100,0
474	Deutsche Australia Limited	Sydney		100,0
475	Deutsche Aviation Leasing Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
476	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
477	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		100,0
478	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0
479	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0
480	Deutsche Bank (Malta) Ltd	St. Julians		100,0
481	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
482	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		100,0
483	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0
484	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0
485	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0
486	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
487	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0
488	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
489	Deutsche Bank Berkshire Mortgage, Inc.	Wilmington		100,0
490	Deutsche Bank Capital Markets S.r.l.	Mailand		100,0
491	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		100,0
492	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		100,0
493	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		100,0
494	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		100,0
495	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
496	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0
497	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0
498	Deutsche Bank Insurance Agency of Massachusetts Incorporated	Boston		100,0
499	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0
500	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
501	Deutsche Bank International Trust Co. (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
502	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0
503	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
504	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
505	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0
506	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		100,0
507	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0
508	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		100,0
509	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
510	Deutsche Bank PBC Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
511	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
512	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
513	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		100,0
514	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		100,0
515	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		100,0
516	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0
517	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0
518	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0
519	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
520	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,8
521	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0
522	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0
523	Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		100,0
524	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0
525	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0
526	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
527	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0
528	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,8
529	Deutsche Berri	Paris		100,0
530	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0
531	Deutsche Capital Financing (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
532	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
533	Deutsche Capital Markets Algeria SPA	Algier		100,0
534	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0
535	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		100,0
536	Deutsche Capital Singapore Limited	Singapur		100,0
537	Deutsche Card Services GmbH	Frankfurt		100,0
538	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0
539	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		100,0
540	Deutsche Climate Change Fixed Income QP Trust	Salem		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
541	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		95,0
542	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		100,0
543	Deutsche Courcelles	Paris		100,0
544	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		100,0
545	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0
546	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		100,0
547	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0
548	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9
549	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0
550	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0
551	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0
552	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0
553	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0
554	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0
555	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0
556	Deutsche Finance No. 1 Limited	London		100,0
557	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		100,0
558	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0
559	Deutsche Finance No. 3 (UK) Limited	London		100,0
560	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited	London		100,0
561	Deutsche Finance No. 6 (UK) Limited	London		100,0
562	Deutsche Financial Services Puerto Rico Corporation	San Juan		100,0
563	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0
564	Deutsche Friedland	Paris		100,0
565	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0
566	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0
567	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
568	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0
569	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
570	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH & Co Löwenstein Palais	Eschborn		100,0
571	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		99,8
572	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
573	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0
574	Deutsche Holdings (Chile) S.A.	Santiago		100,0
575	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	St. Julians		100,0
576	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
577	Deutsche Holdings Limited	London		100,0
578	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		100,0
579	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		100,0
580	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0
581	Deutsche Hume Investments Pty Limited	Sydney		100,0
582	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		100,0
583	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0
584	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0
585	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0
586	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0
587	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0
588	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0
589	Deutsche International Holdings (UK) Limited	London		100,0
590	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0
591	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
592	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		100,0
593	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0
594	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
595	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0
596	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0
597	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0
598	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0
599	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		100,0
600	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0
601	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0
602	Deutsche Long Duration Government/Credit QP Trust	Salem		100,0
603	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		100,0
604	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0
605	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		100,0
606	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		100,0
607	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0
608	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0
609	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		100,0
610	Deutsche Nominees Limited	London		100,0
611	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0
612	Deutsche Postbank AG	Bonn		53,1
613	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schutrange		100,0
614	Deutsche Postbank Financial Services GmbH	Frankfurt		100,0
615	Deutsche Postbank International S.A.	Schutrange		100,0
616	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A.	Schutrange		100,0
617	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0
618	Deutsche Representaciones y Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0
619	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		75,0
620	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		100,0
621	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		95,7
622	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		95,7
623	Deutsche Securities Algeria SPA	Algier		100,0
624	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0
625	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0
626	Deutsche Securities Corredores de Bolsa Ltda.	Santiago		100,0
627	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0
628	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0
629	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0
630	Deutsche Securities Limited	Hongkong		100,0
631	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0
632	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0
633	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0
634	Deutsche Securities Nominees Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
635	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0
636	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		100,0
637	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0
638	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0
639	Deutsche Securitisation Australia Pty Ltd	Sydney		100,0
640	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		100,0
641	Deutsche Transaction France	Paris		100,0
642	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0
643	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0
644	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0
645	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0
646	Deutsche Ultra Core Fixed Income QP Trust	Salem		100,0
647	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0
648	DFC Residual Corp.	Reno		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
649	DI 2 Y.K.	Tokio		100,0
650	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
651	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Frankfurt		100,0
652	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
653	DI Investments Corporation Y.K.	Tokio		100,0
654	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
655	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0
656	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
657	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		100,0
658	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		100,0
659	DMJV	New York	5	0,0
660	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
661	DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited	London		100,0
662	DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited	London		100,0
663	DPBI Immobilien KGaA	Schutrange		100,0
664	Drolla GmbH	Frankfurt		100,0
665	DRT Limited International SRL	Bukarest		100,0
666	DSL Holding Aktiengesellschaft i.A.	Bonn		100,0
667	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0
668	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
669	DTS Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
670	DVCG Deutsche Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds II KG i.L.	München	1	69,2
671	DWS Finanz-Service GmbH	Frankfurt		100,0
672	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		100,0
673	DWS Investment GmbH	Frankfurt		100,0
674	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0
675	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0
676	DWS Investments Distributors, Inc.	Wilmington		100,0
677	DWS Investments Service Company	Wilmington		100,0
678	DWS Schweiz GmbH	Zürich		100,0
679	DWS Trust Company	Salem		100,0
680	DWS Vermögensverwaltungs GmbH in Liqu.	Wien		100,0
681	easyhyp GmbH	Hameln		100,0
682	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG	Hamburg		65,2
683	Ecnarf	Paris		100,0
684	ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0
685	EDORA Funding GmbH	Frankfurt		100,0
686	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0
687	ELBI Funding GmbH	Frankfurt		100,0
688	ELDO ACHTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
689	ELDO ERSTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
690	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0
691	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0
692	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
693	ERATO Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
694	Erda Funding GmbH	Eschborn		100,0
695	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	5	0,0
696	EUROKNIGHTS IV GmbH & Co. Beteiligungs KG	München	1	0,0
697	European Asian Bank (Hong Kong) Nominees Limited	Hongkong		100,0
698	European Private Equity Portfolio S.A., SICAR	Luxemburg	5	1,1
699	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
700	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
701	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		100,0
702	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
703	Exinor SA	Malmédy		100,0
704	Exporterra GmbH	Frankfurt		100,0
705	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	München		100,0
706	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
707	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
708	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
709	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
710	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		100,0
711	Filaine, Inc.	Wilmington	5	0,0
712	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		100,0
713	Firstee Investments LLC	Wilmington		100,0
714	Fixed Income Plus	Luxemburg		100,0
715	FJC Property Corp.	Wilmington		100,0
716	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	4	70,0
717	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		100,0
718	Frankfurt Family Office GmbH	Frankfurt		100,0
719	Frankfurt Finanz-Software GmbH	Frankfurt		100,0
720	FRANKFURT-TRUST Invest Luxemburg AG	Luxemburg		100,0
721	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
722	Frankfurter Beteiligungs-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
723	Frankfurter Vermögens-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
724	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
725	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padrionizados - Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		100,0
726	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padrionizados - Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		100,0
727	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padrionizados - Precatórios Federais DB II	Rio de Janeiro		100,0
728	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padrionizados Global Markets	Rio de Janeiro		100,0
729	Funds Nominees Limited	London		100,0
730	Fünfe SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,0
731	G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0
732	GACC Funding Corporation	Wilmington		100,0
733	GAFCo Funding Corp.	Wilmington		100,0
734	GAVDOS GmbH	Wuppertal		100,0
735	GbR Goethestraße	Köln		94,0
736	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0
737	German American Capital Corporation	Baltimore		100,0
738	German European VCPII GmbH & Co. KG	München	1	0,0
739	Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		100,0
740	Global Alliance Finance Company, L.L.C.	Wilmington		100,0
741	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		100,0
742	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		100,0
743	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		100,0
744	Greene Investments Limited	Georgetown		100,0
745	Greenwood Properties Corp.	New York	5	0,0
746	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9
747	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0
748	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		59,7
749	Gulara Pty Ltd	Sydney		100,0
750	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		100,0
751	Gut Kaden Golf und Land Club GmbH	Alveslohe		100,0
752	Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0
753	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Ltda.	Lissabon		100,0
754	HAH Limited	London		100,0
755	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		95,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
756	HCA Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
757	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0
758	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		100,0
759	Hessische Immobilien-Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		100,0
760	Home Closer LLC	New York		100,0
761	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0
762	Hudson GmbH	Eschborn		100,0
763	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
764	IB Associate, LLC	New York		100,0
765	IC Chicago Associates LLC	Wilmington	5	0,0
766	IFN Finance B.V.	Rotterdam		100,0
767	IFN Finance N.V.	Antwerpen		100,0
768	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
769	IMM Associate, LLC	New York		100,0
770	Imodan Limited	Port Louis		100,0
771	Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
772	International Operator Limited	London		100,0
773	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		100,0
774	Iphigenie Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
775	Ironland Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
776	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
777	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Não-Padronizado	Sao Paulo		100,0
778	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
779	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
780	Ivy Kroner Unit Trust I	Georgetown	4	0,0
781	Izumo Capital YK	Tokio		100,0
782	JADE Residential Property AG	Eschborn		100,0
783	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
784	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0
785	KARPATHOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
786	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		100,0
787	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		100,0
788	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0
789	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0
790	KITHOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
791	Klöckner Industriebeteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
792	Konsul Inkasso GmbH	Essen		100,0
793	Kradavimd UK Lease Holdings Limited	London		100,0
794	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0
795	Lammermuir Leasing Limited	London		100,0
796	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		100,0
797	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0
798	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0
799	LGB Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
800	Liberty Investments Limited	Georgetown		100,0
801	Licorne Gestion	Paris		100,0
802	Liegenschaft Hainstraße GbR	Frankfurt	5	0,0
803	London Industrial Leasing Limited	London		100,0
804	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		100,0
805	Longard Holdings Limited	Larnaka		100,0
806	Luxembourg Family Office S.A.	Luxemburg		100,0
807	LWC Nominees Limited	Auckland		100,0
808	MAC Investments Ltd.	Georgetown		100,0
809	MacDougal Investments Limited	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
810	Mallard Place, Inc.	Wilmington		100,0
811	Marine Investments YK	Tokio		100,0
812	Matura Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
813	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		100,0
814	Mayfair Center, Inc.	Wilmington		100,0
815	Media Entertainment Filmmanagement GmbH	Pullach		100,0
816	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
817	Mercer Investments Limited	Wilmington		100,0
818	Metis Properties Limited	London		100,0
819	Mezzanine Capital Europe (MC-EU) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
820	Mezzanine Capital Europe II (MC-EU II) GmbH & Co. KG	München	1	0,5
821	Mezzanine Capital USA (MC-US) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
822	Mezzanine Capital USA II (MC-US II) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
823	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0
824	Miami MEI, LLC	Dover	5	0,0
825	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
826	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0
827	MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		100,0
828	"modernes Frankfurt" private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH i.L.	Frankfurt		100,0
829	Morgan Grenfell & Co. Limited	London		100,0
830	Morgan Grenfell (Local Authority Finance) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
831	Morgan Grenfell Development Capital Holdings Limited	London		100,0
832	Morgan Grenfell Private Equity Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
833	Morgan Nominees Limited	London		100,0
834	Mortgage Trading (UK) Limited	London		100,0
835	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0
836	MortgageIT, Inc.	New York		100,0
837	Mountain Recovery Fund I Y.K.	Tokio		100,0
838	MRF2 Y.K.	Tokio		100,0
839	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		100,0
840	Nachhaltig OP	Luxemburg		100,0
841	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0
842	NCKR, LLC	Wilmington		100,0
843	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
844	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		100,0
845	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		100,0
846	Nevada Property 1 LLC	Wilmington		100,0
847	Nevada Restaurant Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
848	Nevada Retail Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
849	New Hatsushima Godo Kaisha	Tokio	5	50,0
850	New Prestitempo S.p.A.	Mailand		100,0
851	Newhall LLC	Wilmington		100,0
852	Newport Harbor Corporation, Delaware	Wilmington		100,0
853	NewportX Inc.	Wilmington		100,0
854	NIDDA Grundstücks- und Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
855	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
856	norisbank GmbH	Berlin		100,0
857	North American Income Fund PLC	Dublin		67,1
858	Northern Pines Funding, LLC	Dover		100,0
859	Oakwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
860	Office Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
861	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0
862	OP-INVEST CHF Management S.A.	Luxemburg		100,0
863	OPB KRITI GmbH	Königstein		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
864	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		100,0
865	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0
866	OPB-Decima GmbH	Köln		100,0
867	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0
868	OPB-Mosel GmbH	Köln		100,0
869	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0
870	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0
871	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0
872	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0
873	OPB-Rhein GmbH	Köln		100,0
874	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0
875	OPB-Structuring GmbH	Köln		100,0
876	Oppenheim Asset Management GmbH	Wien		100,0
877	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		100,0
878	Oppenheim Beteiligungs-AG	Köln		100,0
879	OPPENHEIM Beteiligungs-Treuhand GmbH	Köln		100,0
880	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0
881	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		100,0
882	OPPENHEIM Flottenfonds IV GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
883	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		83,3
884	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		100,0
885	OPPENHEIM Immobilien Dachfonds III GmbH & Co. KG	Köln		100,0
886	Oppenheim International Finance	Dublin		100,0
887	OPPENHEIM Internet Fonds Manager GmbH i.L.	Köln		100,0
888	Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
889	OPPENHEIM Mezzanine GmbH & Co. KG	Frankfurt	1	3,1
890	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0
891	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
892	Oppenheim VAM Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
893	Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH	Köln		100,0
894	OPS Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
895	OTM Capital GK	Tokio		100,0
896	OVT Trust 1 GmbH	Köln		100,0
897	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
898	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
899	Pan Australian Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
900	Paribus Köln I GmbH	Köln		100,0
901	PB (USA) Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
902	PB (USA) Realty Corporation	New York		94,7
903	PB Capital Corporation	Wilmington		100,0
904	PB Factoring GmbH	Bonn		100,0
905	PB Finance (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
906	PB Firmenkunden AG	Bonn		100,0
907	PB Hollywood I Hollywood Station, LLC	Dover	5	0,0
908	PB Hollywood II Lofts, LLC	Dover	5	0,0
909	PB Kreditservice GmbH	Hameln		100,0
910	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
911	PB Service GmbH	Bonn		100,0
912	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teigesellschaftsvermögen	Frankfurt		99,5
913	PBC Carnegie, LLC	Wilmington	5	0,0
914	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		100,0
915	PE-US/ASIA Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
916	PEIF II (Manager) Limited	St. Helier		100,0
917	Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
918	Pembol Nominees Limited	London		100,0
919	Percy Limited	Gibraltar		100,0
920	PHARMA/wHEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		99,9
921	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0
922	Phoebus Investments LP	Wilmington		100,0
923	Phoebus Leasing Limited	Georgetown		100,0
924	Pilgrim Financial Services LLP	Wilmington		100,0
925	PLAKIAS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
926	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0
927	Plinius Verwaltungs AG	Zürich		100,0
928	PMG Collins, LLC	Tallahassee		100,0
929	Pollus L.P.	St. Helier		100,0
930	Polydeuce LLC	Wilmington		100,0
931	POND VENTURES II GmbH & Co. KG	München		99,9
932	POSEIDON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
933	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		100,0
934	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
935	Postbank Direkt GmbH	Bonn		100,0
936	Postbank Filial GmbH	Bonn		100,0
937	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		100,0
938	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		100,0
939	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		100,0
940	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0
941	Postbank Leasing GmbH	Bonn		100,0
942	Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		100,0
943	Postbank Support GmbH	Köln		100,0
944	Postbank Systems AG	Bonn		100,0
945	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn		100,0
946	PPCenter, Inc.	Wilmington		100,0
947	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		100,0
948	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0
949	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0
950	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0
951	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0
952	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		51,0
953	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		80,2
954	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		99,0
955	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		100,0
956	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		100,0
957	Quantum 13 LLC	Wilmington	5	49,0
958	RBM Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
959	Reade, Inc.	Wilmington		100,0
960	Red Lodge, L.P.	Wilmington		100,0
961	registrar services GmbH	Eschborn		100,0
962	Regula Limited	Road Town		100,0
963	REIB Europe Investments Limited	London		100,0
964	REIB International Holdings Limited	London		100,0
965	RHODOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
966	Rimvalley Limited	Dublin		100,0
967	Ripple Creek, L.P.	Wilmington		100,0
968	RMS Investments (Cayman)	Georgetown		100,0
969	RoCal, L.L.C.	Wilmington		100,0
970	RoCalwest, Inc.	Wilmington		100,0
971	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
972	RoSmart LLC	Wilmington		100,0
973	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0
974	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0
975	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0
976	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0
977	RREEF Fondimmobiliari Società di Gestione del Risparmio S.p.A.	Mailand		100,0
978	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0
979	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		99,9
980	RREEF Management GmbH	Frankfurt		100,0
981	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0
982	RREEF North American Infrastructure Onshore Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
983	RREEF Opportunities Management S.r.l.	Mailand		100,0
984	RREEF REFlex Fund Ltd.	Georgetown		92,3
985	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		100,0
986	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		100,0
987	RREEFSmart, L.L.C.	Wilmington		95,0
988	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
989	Rüd Blaß Vermögensverwaltung AG	Zürich		100,0
990	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hameln		100,0
991	Sagamore Limited	London		100,0
992	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
993	Sajima Godo Kaisha	Tokio	5	0,0
994	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
995	Sal. Oppenheim Asia Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
996	Sal. Oppenheim Boulevard Konrad Adenauer S.à r.l.	Luxemburg		100,0
997	Sal. Oppenheim Corporate Finance North America Holding LLC	Wilmington		100,0
998	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		100,0
999	Sal. Oppenheim Healthcare Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
1000	Sal. Oppenheim Investments GmbH	Köln		100,0
1001	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		100,0
1002	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
1003	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		100,0
1004	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
1005	Sal. Oppenheim PEP Treuhand GmbH	Köln		100,0
1006	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A.	Luxemburg		100,0
1007	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US L.P.	Wilmington		100,0
1008	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US LLC	Wilmington		100,0
1009	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		100,0
1010	SAMOS Vermögensverwaltungs GmbH	Köln		100,0
1011	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1012	Schiffsbetriebsgesellschaft Brunswick mit beschränkter Haftung	Hamburg		100,0
1013	SCLF Godo Kaisha	Tokio	5	0,0
1014	Sechste DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		100,0
1015	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG	Düsseldorf		94,7
1016	Serviced Office Investments Limited	St. Helier		100,0
1017	Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0
1018	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
1019	Shopready Limited	London		100,0
1020	Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		100,0
1021	SIMA Private Equity 1 Beteiligungs GmbH	Hamburg		100,0
1022	SIMA Private Equity 1 GmbH & Co. KG	Hamburg	1	0,0
1023	SOAR European Equity Fund Public Limited Company	Dublin		100,0
1024	SOP MultiAssetAllokation	Luxemburg		100,0
1025	SSG Middle Market CLO LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1026	STC Capital YK	Tokio		100,0
1027	Stoneridge Apartments, Inc.	Wilmington	5	0,0
1028	Stores International Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
1029	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0
1030	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		100,0
1031	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
1032	TAF 2 Y.K.	Tokio		100,0
1033	Tapeorder Limited	London		100,0
1034	Taunus Corporation	Wilmington		100,0
1035	Technology Ventures Five GmbH i.L.	Bonn		100,0
1036	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		100,0
1037	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		100,0
1038	Tempurrite Leasing Limited	London		100,0
1039	Tenedora de Valores S.A.	Santiago		100,0
1040	TeraGate Beteiligungs-GmbH	Frankfurt		100,0
1041	Tertia Büromaschinen Vermiet- und Leasing-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1042	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0
1043	The World Markets Company GmbH i.L.	Frankfurt		74,8
1044	THEMIS Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
1045	Tilney (Ireland) Limited	Dublin		100,0
1046	Tilney Acquisitions Limited (in member's voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
1047	Tilney Asset Management International Limited	St. Peter Port		100,0
1048	Tilney Funding Limited (in member's voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
1049	Tilney Group Limited	Liverpool		100,0
1050	Tilney Holdings Limited (in member's voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
1051	Tilney Investment Management	Liverpool		100,0
1052	Tilney Management Limited (in member's voluntary liquidation)	Liverpool		100,0
1053	TILOS Vermögensverwaltungs GmbH	Köln		100,0
1054	TIM (London) Limited	Liverpool		100,0
1055	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		100,0
1056	TQI Exchange, LLC	Wilmington		100,0
1057	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0
1058	Trevona Limited	Road Town		100,0
1059	Triplereason Limited	London		100,0
1060	Tsubasa Angel Fund Y.K.	Tokio		100,0
1061	U.F.G.I.S. Advisors Limited	Larnaka		100,0
1062	U.F.G.I.S. Holdings (Cyprus) Limited	Larnaka		100,0
1063	UDS Capital Y.K.	Tokio		100,0
1064	Unter Sachsenhausen Beteiligungs GmbH i.L.	Köln		100,0
1065	Urbistar Settlement Services, LLC	Wilmington		100,0
1066	US Real Estate Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
1067	Varick Investments Limited	Wilmington		100,0
1068	VB Glas-Großhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
1069	VCG Venture Capital Funds III Verwaltungs GmbH	München		100,0
1070	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		100,0
1071	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1072	VCM III Institutional Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
1073	VCM III Institutional Equity Partners GmbH & Co. KG	München	1	0,1
1074	VCM MIP 2001 GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1075	VCM MIP 2002 GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1076	VCM MIP II GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1077	VCM MIP III GmbH & Co. KG	München	1	8,0
1078	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1079	VCM PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1080	VCM PEP II Beteiligungsverwaltung GmbH	München		100,0
1081	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG II	München	1	4,7
1082	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1083	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG IV	München	1	2,1
1084	VCM REE Beteiligungstreuhand GmbH	Köln		100,0
1085	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0
1086	VCM VI Institutional Private Equity (B) GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1087	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
1088	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
1089	VCPII Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH	Tutzing		100,0
1090	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0
1091	VEXCO, LLC	Wilmington		100,0
1092	VI Resort Holdings, Inc.	New York	5	0,0
1093	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdiendienstleistungen GmbH	Bonn		75,0
1094	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0
1095	Welsh, Carson, Anderson & Stowe IX GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1096	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1097	WERDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1098	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1099	Whispering Woods LLC	Wilmington		100,0
1100	Whistling Pines LLC	Wilmington		100,0
1101	Wilhelm von Finck Deutsche Family Office AG	Grasbrunn		100,0
1102	Wilmington Trust B6	Wilmington		100,0
1103	Wintercrest Inc.	Wilmington		100,0
1104	WMH (No. 15) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1105	WMH (No. 16) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1106	Wohnimmobilien Portfolio Deutschland GmbH & Co. KG	Frankfurt		60,0
1107	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
1108	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		100,0
1109	ZAO "Deutsche Securities"	Moskau		100,0
1110	ZAO "UFG Invest"	Moskau		100,0
1111	Zweite Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1112	Zürich - Swiss Value AG	Zürich		50,1
1113	Zürich - Swiss Value Invest AG	Steinhausen		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1114	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1115	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1116	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1117	ACHAP Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1118	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1119	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1120	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1121	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1122	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1123	ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekt Bietigheim OHG	Düsseldorf		
1124	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1125	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1126	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1127	AETAS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1128	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1129	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1130	AKRUN Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1131	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1132	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1133	Almutkirk Limited	Dublin		
1134	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1135	Alternative LN TR 2007-HY9	New York		
1136	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1137	Andramad Limited	Dublin		
1138	Annapolis Funding Trust	Toronto		
1139	Apexel LLC	Wilmington		100,0
1140	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1141	Asian Hybrid Investments LLP	Singapur	5	0,0
1142	Aspen Funding Corp.	Charlotte		
1143	Asset Repackaging Trust B.V.	Amsterdam	7	
1144	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	7	
1145	Asset Repackaging Trust Six B.V.	Amsterdam	7	
1146	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1147	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1148	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1149	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		
1150	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		
1151	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		0,0
1152	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	7	
1153	Avizandum Limited	Dublin		
1154	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1155	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	7	
1156	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		100,0
1157	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		100,0
1158	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		100,0
1159	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		100,0
1160	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		100,0
1161	Azurix Corp.	Wilmington		100,0
1162	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		100,0
1163	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1164	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1165	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1166	BARDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1167	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1168	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2
1169	Blue Ridge CLO 2009-1	Wilmington		
1170	BNP Paribas Flexi III - Fortis Bond Taiwan	Luxemburg		
1171	BNP Paribas Flexi III - RMB Corporate Bonds	Luxemburg		
1172	Bolsena Holding GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1173	Bozarche Limited	Georgetown		
1174	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		
1175	Canadian Asset Acquisition Trust 2	Toronto	7	
1176	Canal New Orleans Holdings LLC	Dover		
1177	Canal New Orleans Hotel LLC	Wilmington		
1178	Canal New Orleans Mezz LLC	Dover		
1179	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS - Taiwan Bond Fund	Luxemburg		
1180	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		
1181	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		9,5
1182	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		
1183	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		
1184	Cepangie Limited	Dublin		
1185	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		
1186	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		
1187	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		
1188	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1189	CIG (Jersey) Limited	St. Helier		
1190	CLASS Limited	St. Helier	7	
1191	Comprehensive Trust - IBP	Osaka		
1192	Comprehensive Trust - Wakachiku Construction Co., Ltd.	Kita-Kyushu		
1193	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	7	
1194	Coriolanus Limited	Dublin	7	
1195	COUNTS Trust Series 2007 - 3	Newark	7	
1196	Cranfield Aircraft Leasing Limited	Georgetown		
1197	Crystal CLO, Ltd.	Georgetown		
1198	DAGOBA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1199	DAINA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1200	Dariconic Limited	Dublin		
1201	DARKU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1202	DARUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1203	Dawn-BV II LLC	Wilmington		100,0
1204	Dawn-BV LLC	Wilmington		100,0
1205	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		100,0
1206	Dawn-G II LLC	Wilmington		100,0
1207	Dawn-G LLC	Wilmington		100,0
1208	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		100,0
1209	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	5	0,0
1210	DB Aircraft Leasing Master Trust II	Wilmington	5	0,0
1211	DB Akela, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1212	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		100,0
1213	DB Artemis Investments GP	Wilmington		100,0
1214	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0
1215	DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0
1216	DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0
1217	DB Aster, LLC	Wilmington		100,0
1218	DB Bagheera, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1219	DB Capital Investments, L.P.	Wilmington		100,0
1220	DB Clyde, LLC	Wilmington		100,0
1221	DB CRE Empire Hawkeye HoldCo LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1222	DB Dawn, Inc.	Wilmington		100,0
1223	db ETC II plc	St. Helier	7	
1224	db ETC Index plc	St. Helier	7	
1225	db ETC plc	St. Helier	7	
1226	DB GIF GmbH & Co. KG	Köln		100,0
1227	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		
1228	DB Global Masters Trust	Georgetown	7	
1229	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		
1230	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		0,2
1231	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		
1232	DB Impact Investment (GP) Limited	London		100,0
1233	DB Jasmine Holdings Limited	London		100,0
1234	DB Platinum	Luxemburg	7	4,0
1235	DB Platinum II	Luxemburg	7	2,9
1236	DB Platinum IV	Luxemburg	7	3,1
1237	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0
1238	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		100,0
1239	DB Venture Partners (Europe) 2000 LP	St. Helier		20,0
1240	db x-trackers	Luxemburg	7	3,3
1241	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1242	db x-trackers Holdings (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1243	db x-trackers II	Luxemburg	7	7,8
1244	DB Xylophone Holdings Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0
1245	DBVP Europe GP (Jersey) Limited	St. Helier		20,0
1246	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		
1247	Deco 17 - Pan Europe 7 Limited	Dublin		
1248	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-2	Wilmington		
1249	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-3	Wilmington		
1250	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-OA5	Wilmington		
1251	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0
1252	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	5	0,0
1253	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		100,0
1254	Deutsche Bank Capital Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1255	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		100,0
1256	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		100,0
1257	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		100,0
1258	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		100,0
1259	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		100,0
1260	Deutsche Bank Capital Funding LLC X	Wilmington		100,0
1261	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		100,0
1262	Deutsche Bank Capital Funding Trust I	Newark	5	0,0
1263	Deutsche Bank Capital Funding Trust IV	Wilmington	5	0,0
1264	Deutsche Bank Capital Funding Trust IX	Wilmington	5	0,0
1265	Deutsche Bank Capital Funding Trust V	Wilmington	5	0,0
1266	Deutsche Bank Capital Funding Trust VI	Wilmington	5	0,0
1267	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington	5	0,0
1268	Deutsche Bank Capital Funding Trust VIII	Wilmington	5	0,0
1269	Deutsche Bank Capital Funding Trust X	Wilmington	5	0,0
1270	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI	Wilmington	5	0,0
1271	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0
1272	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		100,0
1273	Deutsche Bank Capital LLC III	Wilmington		100,0
1274	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1275	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1276	Deutsche Bank Capital Trust I	Newark	5	0,0
1277	Deutsche Bank Capital Trust II	Newark	5	0,0
1278	Deutsche Bank Capital Trust III	Newark	5	0,0
1279	Deutsche Bank Capital Trust IV	Newark	5	0,0
1280	Deutsche Bank Capital Trust V	Newark	5	0,0
1281	Deutsche Bank Contingent Capital LLC I	Wilmington		100,0
1282	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0
1283	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0
1284	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1285	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0
1286	Deutsche Bank Contingent Capital Trust I	Wilmington	5	0,0
1287	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	5	0,0
1288	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	5	0,0
1289	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	5	0,0
1290	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	5	0,0
1291	Deutsche Bank SPEARS/LIFERs Trusts (DB Series)	Wilmington	8	
1292	Deutsche Beta Finance GmbH	Frankfurt		100,0
1293	Deutsche Colombia S.A.	Bogotá		100,0
1294	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0
1295	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		100,0
1296	Deutsche Impact Investment (GP) Limited	Edinburgh		100,0
1297	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS1	New York		
1298	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS3	New York		
1299	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS4	New York		
1300	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS5	New York		
1301	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS6	New York		
1302	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS7	New York		
1303	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS8	New York		
1304	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2008-RS1	New York		
1305	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2009-RS4	Santa Ana		
1306	Deutsche OBU Pty Limited	Sydney		100,0
1307	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0
1308	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0
1309	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0
1310	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1311	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington		100,0
1312	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington		100,0
1313	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington		100,0
1314	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington		100,0
1315	DIL Beteiligungs-Stiftung	Düsseldorf		
1316	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1317	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1318	DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		100,0
1319	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf		50,0
1320	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1321	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1322	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1323	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1324	Dusk II, LLC	Wilmington		100,0
1325	Dusk LLC	Wilmington		100,0
1326	DWS Bond Flexible	Luxemburg		
1327	DWS Concept	Luxemburg	7	
1328	DWS Institutional Money plus	Luxemburg		
1329	DWS Institutional USD Money plus	Luxemburg		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1330	Dyna Holding GmbH	Eschborn		100,0
1331	Earls Eight Limited	Georgetown	7	
1332	EARLS Trading Limited	Georgetown		
1333	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		
1334	EBEMUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1335	Edomizaka Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		
1336	EGOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1337	EINATUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		10,0
1338	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1339	Eirles Three Limited	Dublin	7	
1340	Eirles Two Limited	Dublin	7	
1341	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt		50,0
1342	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1343	Elmo Funding GmbH	Eschborn		100,0
1344	Elmo Leasing Achte GmbH	Eschborn		100,0
1345	Elmo Leasing Dreundzwanzigste GmbH	Eschborn		100,0
1346	Elmo Leasing Dreizehnte GmbH	Eschborn		100,0
1347	Elmo Leasing Dritte GmbH	Eschborn		100,0
1348	Elmo Leasing Elfte GmbH	Eschborn		100,0
1349	Elmo Leasing Neunte GmbH	Eschborn		100,0
1350	Elmo Leasing Sechste GmbH	Eschborn		100,0
1351	Elmo Leasing Siebte GmbH	Eschborn		100,0
1352	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		100,0
1353	Elmo Leasing Zwölfte GmbH	Eschborn		100,0
1354	Emerging Markets Capital Protected Investments Ltd	Georgetown	7	
1355	Emeris	Georgetown		
1356	EOP Manager, LLC	Wilmington		100,0
1357	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	7	
1358	Equipment Management Services LLC	Wilmington		100,0
1359	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Frankfurt		100,0
1360	Escocla Limited	Dublin		
1361	ETFS Industrial Metal Securities Limited	St. Helier	7	
1362	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		
1363	Fandaro Limited	Dublin		
1364	Farsala Investment SRL	Bukarest		
1365	Film Asset Securitization Trust 2009-1	New York		
1366	Finaqua Limited	London		
1367	Fixed Income Flexible	Luxemburg		100,0
1368	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		
1369	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1370	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1371	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1372	FÜNFZEHNTEN PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1373	G.O. III Luxembourg Oxford S.à r.l.	Luxemburg		
1374	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0
1375	GC Re	Hamilton	7	
1376	GEM ERI Limited	Georgetown		
1377	Gemini Securitization Corp., LLC	Boston		
1378	GEWE-Falkenberg Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1379	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		
1380	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		
1381	GMS Global Investment Strategy II Fund	Frankfurt		
1382	Gottex ABI II Fund Limited	Georgetown		
1383	GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1384	H21 Absolute Return Portfolios SPC - Class ARP-A00-10150	Georgetown		
1385	Hamildak Limited	Dublin		
1386	Harbour Finance Limited	Dublin		
1387	Herodotus Limited	Georgetown	5	
1388	HEST A Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1389	Hotel Majestic LLC	Wilmington		100,0
1390	HSBC Funding (Deutschland) GmbH	Bad Soden am Taunus		14,4
1391	Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp GmbH & Co. Objekt Altlandsberg KG	Düsseldorf		
1392	Infigate GmbH i.K.	Essen		48,0
1393	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		
1394	Investors Cash Trust	Boston	7	
1395	IQ-Markets SA	Luxemburg		
1396	IRADO Holding Limited	Georgetown		100,0
1397	IWA F (Jersey) Limited	St. Helier		
1398	Ixon Public Limited Company	Dublin	7	
1399	JWB Leasing Limited Partnership	London		100,0
1400	Kasteel Roos	Gent		100,0
1401	Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0
1402	Kelvivo Limited	Dublin		
1403	Kingfisher (Ontario) LP	Toronto		100,0
1404	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		100,0
1405	Kingfisher Holdings I (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1406	Kingfisher Holdings II (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1407	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0
1408	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1409	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		0,0
1410	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		0,0
1411	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		
1412	Labuan (Cranfield) Aircraft Leasing Limited	Labuan		
1413	Lambour Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością	Warschau		100,0
1414	LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hagen KG	Düsseldorf		
1415	LECTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weimar KG	Düsseldorf		
1416	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington		100,0
1417	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		
1418	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		70,0
1419	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		9,9
1420	Linker Finance plc	Dublin	7	
1421	Luscina Limited	Dublin		
1422	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg		49,7
1423	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		100,0
1424	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		100,0
1425	Maher Terminals Holding Corp.	Toronto		100,0
1426	Maher Terminals LLC	Wilmington		100,0
1427	Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		100,0
1428	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		100,0
1429	MAN Investments SAC Limited	Hamilton		
1430	Manta Acquisition LLC	Wilmington		100,0
1431	Manta Group LLC	Wilmington		100,0
1432	Maritime Indemnity Insurance Co	Hamilton		100,0
1433	Market Access III - CYD Market Neutral Plus Index Fund	Luxemburg		
1434	Mars Investment Trust II	New York		100,0
1435	Mars Investment Trust III	New York		100,0
1436	Master Aggregation Trust	Wilmington		
1437	Maxima Alpha Bomaral Limited	St. Helier		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1438	Mazuma Capital Funds Limited	Hamilton	7	
1439	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		43,0
1440	Mekabo B.V.	Amsterdam		
1441	Merlin I	Georgetown		
1442	Merlin II	Georgetown		
1443	Merlin XI	Georgetown		
1444	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		
1445	Mikrofinanz Beteiligungsgesellschaft ZWEI GmbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1446	MIRABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berching KG	Düsseldorf	7	
1447	MMCapS Funding XVIII Ltd. - Resecuritization Trust 2010-RS1	Wilmington		
1448	Montage Funding LLC	Dover		
1449	Monterey Funding LLC	Wilmington		
1450	Moon Leasing Limited	London		100,0
1451	MortgageIT Capital Trust I	Newark	5	3,0
1452	MortgageIT Capital Trust III	Wilmington	5	3,0
1453	MortgageIT Trust 2004-1	New York		
1454	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1455	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1456	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1457	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0
1458	NeoAnemos S.r.l.	Mailand		
1459	Netron Investment SRL	Bukarest		
1460	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1461	NEUNZEHNTEN PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1462	Newport Funding Corp.	Charlotte		
1463	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1464	Nineco Leasing Limited	London		100,0
1465	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1466	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0
1467	Norvadano Limited	Dublin		
1468	Novelties Distribution LLC	Wilmington		100,0
1469	Odin Mortgages Limited	London		
1470	Okanagan Funding Trust	Toronto		
1471	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	7	
1472	OPAL	Luxemburg	7	
1473	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		100,0
1474	OPPENHEIM Portfolio Advisors VI GmbH & Co. KG	Köln		100,0
1475	Optima Emerging Markets Fund Limited	Hamilton		
1476	Opus One Private Real Estate Fund	Seoul		
1477	Oran Limited	Georgetown		
1478	Ornegin Investment SRL	Bukarest		
1479	Owner Trust MSN 199	Salt Lake City		
1480	Owner Trust MSN 23336	Salt Lake City		
1481	Owner Trust MSN 23337	Salt Lake City		
1482	Owner Trust MSN 23338	Salt Lake City		
1483	Owner Trust MSN 23344	Salt Lake City		
1484	Owner Trust MSN 23887	Salt Lake City		
1485	Owner Trust MSN 240	Salt Lake City		
1486	Owner Trust MSN 241	Salt Lake City		
1487	Owner Trust MSN 24452	Salt Lake City		
1488	Owner Trust MSN 24453	Salt Lake City		
1489	Owner Trust MSN 24788	Salt Lake City		
1490	Owner Trust MSN 25120	Salt Lake City		
1491	Owner Trust MSN 25259	Salt Lake City		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1492	Owner Trust MSN 25884	Salt Lake City		
1493	Owner Trust MSN 264	Salt Lake City		
1494	Owner Trust MSN 27833	Salt Lake City		
1495	Owner Trust MSN 87	Salt Lake City		
1496	Owner Trust MSN 88	Salt Lake City		
1497	Oystermouth Holding Limited	Nikosia		
1498	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1499	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1500	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1501	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1502	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	7	
1503	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1504	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Seniorenresidenzen KG	Düsseldorf		
1505	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	7	
1506	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1507	PANTIS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1508	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1509	PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0
1510	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		100,0
1511	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		100,0
1512	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1513	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1514	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Briloner KG	Düsseldorf		
1515	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1516	PEIF II S.C.A.	Luxemburg		99,9
1517	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1518	PENTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1519	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1520	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1521	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1522	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1523	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1524	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1525	Pertwee Leasing Limited Partnership	London		100,0
1526	Peruda Leasing Limited	London		100,0
1527	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1528	Perus 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1529	Perus Investments S.à r.l.	Luxemburg		
1530	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1531	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1532	Picture Financial Funding (No.2) Limited	Newport		
1533	Picture Financial Jersey (No.2) Limited	St. Helier		
1534	Picture Home Loans (No.2) Limited	London		
1535	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1536	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0
1537	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1538	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1539	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1540	Prince Rupert Luxembourg S.à r.l.	Sennigerberg		100,0
1541	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1542	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0
1543	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1544	PROVIDE Domicile 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1545	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1546	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1547	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1548	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG	Düsseldorf		
1549	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1550	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	5	
1551	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1552	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1553	R/H Hawthorne Plaza Associates, LLC	Wilmington		
1554	Reference Capital Investments Limited	London		100,0
1555	Regal Limited	Georgetown	7	
1556	REO Properties Corporation	Wilmington		100,0
1557	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		
1558	Rhein - Main Securitisation Limited	St. Helier		
1559	Rhein-Main No. 12 Limited	St. Helier		
1560	Rhein-Main No. 14 Limited	St. Helier		
1561	Rhein-Main No. 5 Mortgage Purchase Limited	St. Helier		
1562	Rheingold No.1 Limited	St. Helier		
1563	Rheingold No.10 Limited	St. Helier		
1564	Rheingold No.14 (Jersey) Limited	St. Helier		
1565	Rheingold No.9 Limited	St. Helier		
1566	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		
1567	RHOEN 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1568	Riverside Funding LLC	Dover		
1569	RM Ayr Delaware LLC	Dover		
1570	RM Ayr Limited	Dublin		
1571	RM Chestnut Delaware LLC	Dover		
1572	RM Chestnut Limited	Dublin		
1573	RM Delaware Multi-Asset LLC	Wilmington		
1574	RM Delaware Triple-A LLC	Dover		
1575	RM Fife Delaware LLC	Dover		
1576	RM Fife Limited	Dublin		
1577	RM Multi-Asset Limited	Dublin		
1578	RM Sussex Delaware LLC	Dover		
1579	RM Sussex Limited	Dublin		
1580	RM Triple-A Limited	Dublin		
1581	Route 28 Titling Trust	Wilmington		
1582	RREEF G.O. III Luxembourg One S.à r.l.	Luxemburg		
1583	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		
1584	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		
1585	RREEF GO III Mauritius One Limited	Port Louis		
1586	RREEF GO III Mauritius Two Limited	Port Louis		
1587	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
1588	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9
1589	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1590	SABRE Securitisation Limited	Sydney		
1591	SAITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		60,0
1592	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1593	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1594	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Brandenburg KG	Düsseldorf		
1595	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf		58,5
1596	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwarzeide KG	Düsseldorf		
1597	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1598	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg KG	Düsseldorf		
1599	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1600	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hafen KG	Düsseldorf		
1601	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1602	Saratoga Funding Corp., LLC	Wilmington		
1603	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1604	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1605	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1606	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Datteln KG	Düsseldorf		
1607	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Eisenach KG	Düsseldorf	7	
1608	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Iserlohn KG i.L.	Düsseldorf		
1609	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1610	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Siekmann KG	Düsseldorf		
1611	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1612	Schiffsbetriebsgesellschaft FINNA mbH	Hamburg		100,0
1613	Schiffsbetriebsgesellschaft GRIMA mbH	Hamburg		100,0
1614	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1615	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1616	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf		95,0
1617	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1618	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1619	SECHSUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1620	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1621	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1622	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Charlotte		
1623	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1624	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1625	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1626	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1627	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG	Düsseldorf		100,0
1628	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1629	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1630	Shaps CDO II Ltd.	Georgetown		
1631	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1632	SIEBENUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1633	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1634	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1635	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1636	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1637	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bonn KG	Düsseldorf		
1638	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1639	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rostock und Leipzig KG	Düsseldorf		
1640	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Eduard Dyckerhoff OHG	Düsseldorf		
1641	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1642	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1643	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Markdorf KG	Düsseldorf		
1644	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tübingen KG	Düsseldorf		
1645	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uhingen KG	Düsseldorf		
1646	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1647	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0
1648	SIRES-STAR Limited	Georgetown	7	
1649	Sixco Leasing Limited	London		100,0
1650	SMART SME CLO 2006-1 Ltd	Georgetown		
1651	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1652	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1653	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1654	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1655	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1656	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heidelberg KG i.L.	Düsseldorf		
1657	Sonata Securities S.A.	Luxemburg	7	
1658	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1659	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hutschenerreuther KG	Düsseldorf		
1660	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf		
1661	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Mainz KG	Düsseldorf		
1662	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1663	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Prima KG	Düsseldorf	7	
1664	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Sekunda KG	Düsseldorf	7	
1665	SPAN No.5 Pty Limited	Sydney		
1666	SPESSART 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1667	SPhinX Limited	Georgetown		50,2
1668	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1669	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1670	Spring Asset Funding LLC	Wilmington		
1671	Spring Asset Funding Ltd	Georgetown		
1672	SPV Optimal SUS Ltd.	Nassau		
1673	SS Aggregation Trust	Wilmington		
1674	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1675	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1676	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		100,0
1677	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		
1678	Stichting Perus Investments	Amsterdam		
1679	Strategic Global Opportunities Ltd. - Class A Main USD	Nassau		
1680	STTN, Inc.	Wilmington		100,0
1681	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		100,0
1682	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1683	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1684	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1685	Sunflower Fund	Luxemburg		
1686	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1687	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1688	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Speyer KG	Düsseldorf		
1689	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1690	Survey Solutions B.V.	Amsterdam		
1691	Survey Trust	Wilmington		
1692	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1693	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1694	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Cottbus KG	Düsseldorf		
1695	Swabia 1 Limited	Dublin		
1696	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Frankfurt		100,0
1697	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		100,0
1698	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1699	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1700	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hameln KG	Düsseldorf		
1701	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordsternpark KG	Düsseldorf		
1702	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1703	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ulm KG	Düsseldorf		
1704	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wendelstein KG i.L.	Düsseldorf		
1705	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1706	Tagus - Sociedade de Titularização de Créditos, S.A.	Lissabon		100,0
1707	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am
				Kapital in %
1708	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1709	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1710	Taunus 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1711	Taunus 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1712	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		100,0
1713	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1714	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1715	TERGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1716	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1717	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bernbach KG	Düsseldorf	5	0,0
1718	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1719	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf		100,0
1720	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf		100,0
1721	Thaumat Holdings Limited	Nikosia		
1722	The Admiral Charitable Trust	St. Peter Port		
1723	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		
1724	The CIG Trust	St. Helier		
1725	The Gill Accumulation Trust	Wilmington		
1726	The Glanmore Property Euro Fund Limited	St. Peter Port		
1727	The GPR Accumulation Trust	Wilmington		
1728	The Life Accumulation Trust	Wilmington		
1729	The Life Accumulation Trust II	Wilmington		
1730	The Life Accumulation Trust III	Wilmington		
1731	The Life Accumulation Trust IV	Wilmington		
1732	The Life Accumulation Trust IX	Wilmington		
1733	The Life Accumulation Trust V	Wilmington		
1734	The Life Accumulation Trust VIII	Wilmington		
1735	The Life Accumulation Trust X	Wilmington		
1736	The Life Accumulation Trust XI	Wilmington		
1737	The Life Accumulation Trust XII	Wilmington		
1738	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		
1739	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		
1740	THRENI Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1741	Tilney Group Limited Employee Incentive Trust	St. Peter Port		
1742	Tintin II SPC	Georgetown		
1743	Tintin III SPC	Georgetown		
1744	Tokutei Mokuteki Kaisha CREP Investment V	Tokio	5	
1745	TONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1746	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1747	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1748	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0
1749	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1750	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1751	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1752	TRS 1 LLC	Wilmington		100,0
1753	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0
1754	TRS Babson I LLC	Wilmington		100,0
1755	TRS Bluebay LLC	Wilmington		100,0
1756	TRS Bruin LLC	Wilmington		100,0
1757	TRS Callisto LLC	Wilmington		100,0
1758	TRS Camulos LLC	Wilmington		100,0
1759	TRS Cypress LLC	Wilmington		100,0
1760	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		100,0
1761	TRS Eclipse LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1762	TRS Elara LLC	Wilmington		100,0
1763	TRS Elgin LLC	Wilmington		100,0
1764	TRS Elm LLC	Wilmington		100,0
1765	TRS Feingold O'Keffe LLC	Wilmington		100,0
1766	TRS Fore LLC	Wilmington		100,0
1767	TRS Ganymede LLC	Wilmington		100,0
1768	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		100,0
1769	TRS Haka LLC	Wilmington		100,0
1770	TRS HY FNDS LLC	Wilmington		100,0
1771	TRS Io LLC	Wilmington		100,0
1772	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		100,0
1773	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0
1774	TRS Metis LLC	Wilmington		100,0
1775	TRS Plainfield LLC	Wilmington		100,0
1776	TRS Poplar LLC	Wilmington		100,0
1777	TRS Quogue LLC	Wilmington		100,0
1778	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0
1779	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		100,0
1780	TRS Stag LLC	Wilmington		100,0
1781	TRS Stark LLC	Wilmington		100,0
1782	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0
1783	TRS Sycamore LLC	Wilmington		100,0
1784	TRS Thebe LLC	Wilmington		100,0
1785	TRS Tupelo LLC	Wilmington		100,0
1786	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0
1787	TRS Watermill LLC	Wilmington		100,0
1788	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1789	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1790	TXH Trust	Wilmington		
1791	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1792	Varapradha Real Estates Private Limited	Hyderabad		
1793	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1794	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1795	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1796	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1797	VIERZEHNTRE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1798	Village Hospitality LLC	Wilmington		100,0
1799	Volga Investments Limited	Dublin		
1800	Warwick Lane Investments B.V.	London		25,0
1801	Wheatfield GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1802	Winchester House Master Trust	Hamilton	7	
1803	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf		50,0
1804	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Düsseldorf		50,0
1805	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönenfeld		50,0
1806	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1807	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1808	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1809	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1810	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1811	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1812	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1813	Zamalik Limited	Dublin		
1814	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1815	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1816	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		93,3
1817	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1818	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
1819	ZEDORA 3 GmbH & Co. KG	München		
1820	ZEDORA 36 GmbH & Co. KG	München		
1821	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1822	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1823	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		93,1
1824	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1825	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1826	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1827	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1828	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1829	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1830	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1831	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1832	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1833	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1834	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1835	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1836	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1837	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1838	Zugspitze 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1839	Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0
1840	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1841	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1842	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1843	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1844	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1845	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1846	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1847	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		8,7
1848	Actavis Equity S.à r.l.	Munsbach	9	0,0
1849	Admiral Private Equity SL	Madrid		45,0
1850	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		40,0
1851	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		28,8
1852	Argantis GmbH	Köln		50,0
1853	Argantis Private Equity GmbH & Co. KG	Köln		25,1
1854	Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG	Köln		36,5
1855	Arvoredo Investments Limited	Georgetown		47,1
1856	Asia Retail Group Limited	Douglas		9,4
1857	Atria Holdings Limited (in member's voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		25,0
1858	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		49,8
1859	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0
1860	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		6,7
1861	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0
1862	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	10	51,0
1863	BHS tabletop AG	Selb		28,9
1864	Bocaina L.P.	Georgetown	10	53,3
1865	BrisConnections Holding Trust	Kedron		35,6
1866	BrisConnections Investment Trust	Kedron		35,6
1867	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1868	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
1869	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		20,0
1870	Challenger Infrastructure Fund	Sydney		12,0
1871	Coalition Development Limited	London		9,7
1872	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0
1873	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9
1874	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1875	DB Alpha Discovery Fund Limited	Georgetown	9	0,0
1876	DB Development Holdings Limited	Larnaka		49,0
1877	DB Funding (Gibraltar) Limited	Gibraltar	10	100,0
1878	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,6
1879	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9
1880	DBG Osteuropa-Holding GmbH i.L.	Frankfurt		50,0
1881	DD Konut Finansman A.S.	Istanbul		49,0
1882	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		16,2
1883	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		50,0
1884	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		50,0
1885	Deutsche Private Equity Fund	Sydney		8,0
1886	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		49,0
1887	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0
1888	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1
1889	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1890	DMG & Partners Securities Pte Ltd	Singapur		49,0
1891	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1
1892	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt		20,0
1893	Duxton Asset Management Pte. Ltd.	Singapur		19,9
1894	DWS Global Agricultural Land & Opportunities Fund Limited	Georgetown		1,1
1895	Edmonton Holding Limited	Georgetown	9	0,0
1896	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1897	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		45,0
1898	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3
1899	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0
1900	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		40,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1901	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		40,0
1902	Financiere Scaprim	Paris		35,0
1903	Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale	Mailand	4	42,5
1904	FREUNDE DER EINTRACHT FRANKFURT Aktiengesellschaft	Frankfurt		30,8
1905	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		40,7
1906	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6
1907	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		15,7
1908	Gemeng International Energy Group Company Limited	Taiyuan		9,0
1909	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0
1910	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse	Düsseldorf		10,0
1911	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7
1912	GIPF-I Holding Corp.	Calgary		2,0
1913	giropay GmbH	Frankfurt		33,3
1914	Gordian Knot Limited	London		32,4
1915	Graphite Resources Holdings Limited	Newcastle upon Tyne	10	70,0
1916	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	Newcastle upon Tyne		45,0
1917	Great Future International Limited	Road Town		43,0
1918	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		44,9
1919	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		33,2
1920	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Tankstelle Troisdorf Spich GbR	Troisdorf		33,0
1921	Gulf Home Finance	Riad		40,0
1922	Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank	Hanoi		10,0
1923	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		30,0
1924	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		19,9
1925	Huamao Property Holdings Ltd.	Georgetown	9	0,0
1926	Hydro S.r.l.	Rom		45,0
1927	I.B.T. Lighting S.p.A.	Mailand		34,0
1928	iCON Infrastructure Management Limited	St. Peter Port	10	99,9
1929	iFast India Investments Pte. Ltd.	Singapur		49,0
1930	IG BCE Mitglieder-Service GmbH	Hannover		50,0
1931	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0
1932	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt Am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0
1933	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1934	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH	Frankfurt		23,3
1935	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1936	ISWAP Limited	London		16,4
1937	Japan Value Added Fund One Limited	Tokio	9	0,0
1938	Jaya Holdings Limited	Singapur		20,6
1939	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		16,6
1940	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		27,0
1941	Kinneil Leasing Company	London		35,0
1942	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		20,8
1943	Lion Indian Real Estate Fund L.P.	Georgetown	9	0,0
1944	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		17,4
1945	London Dry Bulk Limited	London		49,0
1946	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1947	Marblegate Special Opportunities Master Fund, L.P.	Georgetown		39,6
1948	Markit Group Holdings Limited	London		6,4
1949	MidOcean (Europe) 2000-A LP	St. Helier		19,9
1950	MidOcean (Europe) 2000-B LP	St. Helier		19,9
1951	MidOcean (Europe) 2002 LP	St. Helier		15,9
1952	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		20,0
1953	MidOcean Partners, LP	New York		20,0
1954	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1955	Miller Brothers Retail Limited (in member's voluntary liquidation)	Doncaster		40,0
1956	Mittelstand Co-Investment Portfolio GmbH & Co. KG	Frankfurt		0,7
1957	Nexus LLC	Wilmington		11,9
1958	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	10	96,7
1959	Novacare	Laval-sur-Vologne		23,7
1960	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1961	Omnium Leasing Company	London		7,1
1962	OP Cash Euro Plus	Luxemburg	4	25,1
1963	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Holding GmbH & Co. KG	Köln		0,4
1964	Otto Lilienthal Fünfte GmbH & Co. KG	München		19,6
1965	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2
1966	Pago e Transaction Services GmbH	Köln		50,0
1967	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7
1968	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1969	Pilgrim America High Income Investments Ltd.	Georgetown		14,9
1970	Plenary Group (Canada) Limited	Vancouver		20,0
1971	Plenary Group Unit Trust	Melbourne		20,9
1972	Private Capital Portfolio L.P.	London		38,2
1973	Private Partners AG	Zürich		30,0
1974	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta		40,0
1975	PX Holdings Limited	Stockton on Tees		49,0
1976	QPL Lux, S.à r.l.	Luxemburg		6,0
1977	QW Holdings, LLC	Wilmington		12,2
1978	Rama Cylinders Private Limited	Mumbai		26,8
1979	Regent's Park Estates (GP) Limited	Douglas		50,0
1980	Regent's Park Estates Limited Partnership	Douglas		50,0
1981	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		20,0
1982	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1983	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1984	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0
1985	Residential Real Estate Partners III, LLC	Wilmington		10,0
1986	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
1987	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		8,5
1988	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		8,5
1989	Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7
1990	Rosen Consulting Group, LLC	Wilmington		40,0
1991	RPWire LLC	Wilmington		33,3
1992	S/D Partnership	Johannesburg	9	0,0
1993	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	9	0,0
1994	Satrix Managers (Pty) Ltd	Johannesburg		50,0
1995	Schiffahrtsgesellschaft MS "Simon Braren" GmbH & Co KG	Kollmar		25,5
1996	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		6,4
1997	Spin Holdco Inc.	Wilmington		35,0
1998	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5
1999	Starpool Finanz GmbH	Berlin		50,0
2000	Station Holdco LLC	Wilmington		25,0
2001	SunAmerica Affordable Housing Partners 47	Los Angeles		10,3
2002	Teesside Gas Processing Plant Limited	London		31,3
2003	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0
2004	The Glanmore Property Fund Limited	St. Peter Port		5,3
2005	The Portal Alliance LLC	Wilmington		10,0
2006	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		3,7
2007	The Topiary Select Equity Trust	Georgetown	10	59,1
2008	THG Beteiligungsverwaltung GmbH	Hamburg		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2009	TLDB Partners Limited	Tokio		50,0
2010	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2011	Triton Gesellschaft für Beteiligungen mbH	Frankfurt		33,1
2012	Turquoise Global Holdings Limited	London		7,1
2013	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG	München		37,0
2014	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München		26,7
2015	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	München		48,8
2016	VCM Shott Private Equity Advisors, LLC	Wilmington		50,0
2017	VCM VII European Mid-Market Buyout GmbH & Co. KG	Köln		28,8
2018	Verwaltung ABL Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg		50,0
2019	Volbroker.com Limited	London		23,8
2020	WERSE Schiffahrts GmbH & Co. KG MS "DYCKBURG"	Münster		41,5
2021	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2022	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	München		50,0
2023	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		19,5
2024	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen mbH & Co. KG i.L.	Eschborn		33,3
2025	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen Verwaltungs-mbH i.L.	Eschborn		33,3
2026	Xchanging etb GmbH	Frankfurt		49,0
2027	Zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0
2028	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3
2029	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2030	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
2031	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG	Schönefeld		20,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2032	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	11	50,0
2033	Alpha DB Lindsell Limited S.C.S.	Luxemburg	12	100,0
2034	Belzen Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2035	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau	12	100,0
2036	Beta DB Lindsell Limited S.C.S.	Luxemburg	12	100,0
2037	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	32,0
2038	Blue Ridge Trust	Wilmington	11	26,7
2039	CANDOR Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft i.L.	Düsseldorf	13	34,4
2040	Crest Nicholson Holdings Limited	Chertsey	14	20,3
2041	DB (Barbados) SRL	Christ Church	12	100,0
2042	DB (Gibraltar) Holdings No. 2 Limited	Gibraltar	12	100,0
2043	DB Advisors SICAV	Luxemburg	12	100,0
2044	DB Lindsell Limited	Gibraltar	12	100,0
2045	DB Petri LLC	Wilmington	12	100,0
2046	DBR Investments Co. Limited	Georgetown	12	100,0
2047	3-DD Digital Media AG i.L.	München	15	27,1
2048	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	11	49,0
2049	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	40,2
2050	Dogan Gazetecilik A.S.	Istanbul	16	22,0
2051	EQR-Woodland Park A Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2052	EQR-Woodland Park A, LLC	Wilmington	12	100,0
2053	EQR-Woodland Park B Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2054	EQR-Woodland Park B, LLC	Wilmington	12	100,0
2055	EQR-Woodland Park C Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2056	EQR-Woodland Park C, LLC	Wilmington	12	100,0
2057	European Private Equity Portfolio (PE-EU) GmbH & Co. KG	München	15	20,4
2058	FRM Levered Diversified Fund LP	Wilmington	14	49,2
2059	Global Salamina, S.L.	Madrid	13	30,0
2060	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington	10	100,0
2061	Gottex ABI Master Fund Limited	George Town	11	35,3
2062	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Düsseldorf	12	100,0
2063	HealthCap 1999 GbR	Berlin	15	41,5
2064	HQ Limited Partnership	Tokio	11	37,5
2065	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	11	20,5
2066	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf	17	21,6
2067	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf	17	21,6
2068	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	12	100,0
2069	Key Capital Private Limited	Dublin	17	50,0
2070	LEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Esslingen OHG	Düsseldorf	11	48,4
2071	Lindsell Finance Limited	Valletta	12	100,0
2072	Lion Global Infrastructure Fund Limited	St. Peter Port	11	50,0
2073	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	15	99,7
2074	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	13	38,3
2075	Memax Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2076	Merit Capital Advance, LLC	Wilmington	15	20,0
2077	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	40,0
2078	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	11	29,6
2079	Midsel Limited	London	12	100,0
2080	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	15	50,0
2081	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	11	49,9
2082	Nortfol Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2083	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	11	27,7
2084	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington	12	100,0
2085	Safron AMD Partners, LP	Georgetown	15	22,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2086	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	15	21,7
2087	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	11	33,2
2088	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	12	71,1
2089	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	12	100,0
2090	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	11	30,5
2091	STC Financing Ippan Shadan Hojin	Tokio	11	50,0
2092	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG	Düsseldorf	11	48,7
2093	Sundial Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	12	100,0
2094	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	50,0
2095	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	11	25,0
2096	Triton Fund III G L.P.	St. Helier	10	62,5
2097	Willem S.A.	Luxemburg	12	95,0
2098	Zenwix Pty. Limited	Sydney	12	100,0

02 – Konzernabschluss
Zusätzliche Anhangangaben
44 – Anteilsbesitz
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligungen 5 % der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2099	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		8,5
2100	Abraaj Capital Holdings Limited	Georgetown		8,8
2101	Accunia A/S	Kopenhagen		9,9
2102	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6
2103	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5
2104	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4
2105	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3
2106	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2
2107	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,7
2108	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7
2109	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7
2110	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		16,8
2111	EFG Eurobank Properties S.A.	Athen		5,8
2112	EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		16,8
2113	Focus Minerals Ltd	Perth		5,5
2114	Hayes Lemmerz International, Inc.	Wilmington		10,1
2115	HumanOptics AG	Erlangen		11,2
2116	HYPOTHAG AG	Berlin		9,7
2117	Ingenious Media Active Capital Limited	St. Peter Port		13,9
2118	IVG Institutional Funds GmbH	Frankfurt		6,0
2119	KRON AS	Bryne		9,8
2120	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		8,5
2121	NexPak Corporation	Wilmington		6,5
2122	NÜRNBERGER Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Nürnberg		6,6
2123	OTCDeriv Limited	London		7,1
2124	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.l.	Frankfurt		19,5
2125	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0
2126	Private Export Funding Corporation	Wilmington		7,5
2127	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		6,2
2128	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8
2129	SearchMedia Holdings Limited	Georgetown		9,8
2130	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		5,0
2131	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		9,1
2132	United Information Technology Co. Ltd	Georgetown		12,2
2133	3W Power S.A.	Luxemburg		9,2
2134	Yieldbroker Pty Limited	Sydney		16,7
2135	Yukon-Nevada Gold Corp.	Vancouver		12,2

03 -

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers – 400

Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 402

Bericht des Aufsichtsrats – 403

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Anhang (Anhangangaben) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßem Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsyste, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsyste des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluß in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluß sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluß, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 8. März 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dielechner
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 6. März 2012



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

Bericht des Aufsichtsrats

Das wirtschaftliche Umfeld im Jahr 2011 war geprägt von der Staatsschuldenkrise im Euroraum. Die hiermit verbundenen Spannungen an den Finanzmärkten führten in der zweiten Jahreshälfte zu einer deutlichen Verlangsamung der globalen Konjunktur. In unserem Heimatmarkt Deutschland war die konjunkturelle Entwicklung robust, jedoch verlor die deutsche Wirtschaft aufgrund der weltwirtschaftlichen Abkühlung zum Jahresende an Schwung.

Die Deutsche Bank verfolgte im Jahr 2011 die Umsetzung ihrer Strategie konsequent weiter. Durch die weitgehende Integration des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank sowie von Sal. Oppenheim und der Postbank wurden die Geschäftsbereiche Privat- und Geschäftskunden, Private Wealth Management und Global Transaction Banking ausgebaut. Hierdurch wurde die zweite Ertragssäule neben dem Investment Banking gestärkt. Im Investment Banking führte die Neuausrichtung zu einer deutlichen Verbesserung des Risikoprofils der Deutschen Bank.

Die Stärkung der Kapitalkraft der Deutschen Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat unverändert eine hohe Priorität. In einem herausfordernden Marktumfeld hat die Deutsche Bank ihre Tier-1-Kernkapitalquote auf 9,5 % erhöht und ihre Liquiditätsreserven ausgebaut. Bei unserem diesjährigen Dividendenvorschlag haben wir die höheren Kapitalanforderungen aufgrund regulatorischer Vorgaben berücksichtigt, die sich insbesondere im Hinblick auf Basel 2.5 und Basel 3 sowie die Vorgaben der European Banking Authority ergeben. Darüber hinaus wird die weitere Integration der Akquisitionen die Deutsche Bank weiterhin vor große Herausforderungen stellen. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Wie in den Vorjahren befassten wir uns auch im Jahr 2011 mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen. Im Berichtsjahr behandelten wir eingehend die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagementsystem, die Planung und das interne Kontrollsyste. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie der Bank und deren Umsetzung. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2011 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

In der ersten Sitzung des Jahres am 2. Februar 2011 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung im vierten Quartal 2010 und im Geschäftsjahr 2010 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2010 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2011 bis 2013 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Herr Neske gab einen Fortschrittsbericht zur Integration der Deutschen Postbank AG. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschlossen wir Anpassungen in der Geschäftsordnung für den Vorstand einschließlich des Geschäftsverteilungsplans. Wir beschlossen, dass Herr Dr. Börsig und Herr Dr. Eick im Geschäftsbericht

als Finanzexperten nach deutschem und US-amerikanischem Recht benannt werden, und stellten fest, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses weiterhin unabhängig sind. Außerdem beschlossen wir eine Anpassung der Vorstandsverträge an neue regulatorische Vorgaben, erörterten die Bemessungsgrundlagen der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 und legten anschließend die Vorstandsvergütung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Präsidialausschusses und unter Einbindung externer, unabhängiger Rechts- und Vergütungsberater fest.

In der Bilanzsitzung am 11. März 2011 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2010. Außerdem wurden der Compliance- und Antigeldwäschebericht sowie der Vergütungsbericht nach der Instituts-Vergütungsverordnung für das Jahr 2010 erörtert. Wir stimmten der Veräußerung der Immobilie Taunusanlage 12 in Frankfurt am Main an einen geschlossenen Immobilienfonds der DWS mit gleichzeitiger Rückmietung durch die Bank zu. Uns wurden Veränderungen in den Regional Advisory Boards und den Bezirksbeiräten in Deutschland vorgestellt und wir verabschiedeten die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2011.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung behandelten wir deren Ablauf und die angekündigten Gegenanträge sowie den Stand der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen der Jahre 2004 bis 2010. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst.

In einer außerordentlichen Sitzung am 25. Juli 2011 verlängerten wir auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vorstandsbestellungen der Herren Fitschen, Jain und Neske und beschlossen, die Herren Fitschen und Jain mit Wirkung vom Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012 an zu Co-Vorstandsvorsitzenden zu ernennen. Der Niederlegung der Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann zum gleichen Zeitpunkt stimmten wir zu. Herr Dr. Börsig teilte dem Aufsichtsrat mit, dass er sein Mandat als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats mit Ablauf der Hauptversammlung 2012 niederlegen wird.

In der Sitzung am 26. Juli 2011 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2011 sowie das Risikoprofil und befassten uns mit der Neuausrichtung des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank (CIB). Herr Dr. Ackermann berichtete uns über die Ergebnisse des Stresstests der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und wir erhielten Sachstandsberichte zur Integration der Postbank, zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten sowie zum Kapital- und Liquiditätsmanagement der Bank. Auf Vorschlag des Präsidialausschusses stimmten wir der Auszahlung einer Versorgungszusage an Herrn Cohrs zu und wählten, jeweils mit Wirkung vom 1. August 2011, Herrn Dr. Siegert zum Mitglied des Prüfungsausschusses und Frau Labarge zum Mitglied des Risikoausschusses. Darüber hinaus überprüften wir den Zustimmungskatalog des Aufsichtsrats nach § 13 der Satzung.

In der letzten Sitzung des Jahres am 25. Oktober 2011 wurden wir vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal und über aktuelle Entwicklungen in Bezug auf die IT-Infrastruktur der Bank unterrichtet. Wir erörterten ausführlich mit dem Vorstand die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen, die Umstrukturierung europäischer Tochtergesellschaften der Bank sowie den Personalbericht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum fünf Mal. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen an die Vorstandsvergütung und sich hieraus ergebenden Erfordernissen zur Anpassung der Vorstandsverträge sowie mit der Vorbereitung der Festlegung der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2010 durch den Aufsichtsrat. Der Ausschuss behandelte darüber hinaus Fragen zur Besetzung der Ausschüsse des Aufsichtsrats und zur Verlängerung der Vorstandsbestellungen der Herren Fitschen, Jain und Neske. Intensiv befasste er sich mit der Nachfolge von Herrn Dr. Ackermann und erarbeitete einen entsprechenden Vorschlag an den Aufsichtsrat. Erforderliche Anpassungen in der Geschäftsordnung sowie im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand wurden ebenso erörtert wie der Vergütungsbericht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen stimmte der Präsidialausschuss zu.

Der Risikoausschuss behandelte in sechs Sitzungen insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Ausführlich erörterte er die Risikosituation und -vorsorge, die Kapitalausstattung der Bank, die Risikomanagementsysteme sowie Effekte der im Vorjahr getätigten Akquisition der Postbank auf das Risikoprofil der Bank. Ein weiteres Augenmerk lag auf den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, der europäischen Staatsschuldenkrise sowie den politischen Veränderungen in einigen Ländern des Mittleren Ostens / Nordafrikas wie auch ihren Auswirkungen auf die Bank und ihre Risikopositionen. Neben der Entwicklung wesentlicher Rechtsrisiken in einzelnen Geschäftsbereichen und Regionen sowie der Minimierung von Betrugsrisken wurden auch die Auswirkungen von Änderungen aufsichtsrechtlicher Regelungen auf die Bank und deren Risikopositionen eingehend behandelt. Des Weiteren standen die Entwicklung der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank, die Risikotragfähigkeit, der Stress-Test der European Banking Authority sowie deren neue, industrie-weite Anforderungen an das Eigenkapital im Mittelpunkt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und ausführlich besprochen sowie die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank diskutiert und – sofern erforderlich – genehmigt.

Der Prüfungsausschuss tagte im Jahr 2011 sechs Mal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2010, die Zwischenberichte sowie die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2011, erteilte den Prüfungsauftrag, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Eigene Prüfungsschwerpunkte legte er für 2011 nicht fest, da die BaFin von ihrem Recht Gebrauch gemacht hatte, umfangreiche Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG festzulegen. Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kennt-

nis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2010, Maßnahmen zur Bereinigung der Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Absatz 3 Aktiengesetz, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den von der BaFin nach § 30 KWG festgelegten Prüfungsschwerpunkten.

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2011 zwei Mal und behandelte dabei Nachfolgefragen im Aufsichtsrat.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2011 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2011 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil. Die durchschnittliche Präsenz lag über 95 %.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat und der Präsidialausschuss befassten sich in ihren Sitzungen am 25. Mai 2011 mit den Anregungen und Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und nahmen jeweils zur Kenntnis, dass die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in ihrer Plenumssitzung am 4. Mai 2011 keine Änderungen am Kodex vorgenommen hatte.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit der Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss, zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 einen unabhängigen Vergütungsberater sowie einen externen Rechtsanwalt zur Überprüfung der Übereinstimmung mit den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu mandatieren.

Wir haben in der Sitzung am 1. Februar 2012 festgestellt, dass dem Aufsichtsrat eine nach unserer Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem haben wir festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß den Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zu Section 407 des Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten im Prüfungsausschuss wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Absatz 4 und 100 Absatz 5 AktG Herr Dr. Börsig, Herr Dr. Eick sowie Herr Dr. Siegert, der seit 1. August 2011 Mitglied des Prüfungsausschusses ist, benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 27. Oktober 2010 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 25. Oktober 2011 erneuert. Die Deutsche Bank entspricht den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit einer Ausnahme. Diese wurde vorsorglich aufgrund eines nicht rechtskräftigen Urteils des OLG Frankfurt vom 5. Juli 2011, das die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, aufgenommen. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung vom 25. Oktober 2011 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Finanzbericht 2011 auf den

Seiten 411ff. und auf der Homepage der Bank im Internet unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Die im Jahr 2011 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder, Frau Garrett-Cox und Frau Voigt, erhielten auf den individuellen Kenntnisstand zugeschnittene Einführungen und umfangreiche Unterlagen. Außerdem nahmen Mitglieder des Aufsichtsrats an externen Fortbildungsmaßnahmen teil. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Rahmen eines Workshops im Februar 2011 durch einen externen Rechtsanwalt über die rechtlichen Grundlagen der Aufsichtsratstätigkeit informiert. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erörterten mit Mitarbeitern der Finance-Abteilung und des Abschlussprüfers neue Vorschriften zur Rechnungslegung und zur Bilanzierung sowie mit einem externen Rechtsanwalt die Überwachungsanforderungen an den Aufsichtsrat gemäß § 107 Absatz 3 Satz 2 Aktiengesetz. Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert. Darüber hinaus wird im April 2012 ein internes Seminar, das von einem externen Hochschullehrer geleitet wird, zu den Themen Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse, Risikomanagement sowie Funktionen und Verantwortung von Aufsichtsräten durchgeführt werden.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Im Zusammenhang mit der am 21. Dezember 2010 bekanntgegebenen Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und dem US-Justizministerium über den Verzicht auf Strafverfolgung im Zusammenhang mit steuerbezogenen Kundengeschäften hat die Bank ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das auch eine Prüfung möglicher Regressansprüche gegen ehemalige Vorstandsmitglieder zum Gegenstand hatte. Dieses Gutachten wurde in den Sitzungen des Präsidialausschusses und des Aufsichtsrats am 25. Mai 2011 behandelt. Es verneint Ansprüche gegen aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder. An den Diskussionen und Abstimmungen hinsichtlich möglicher Regressansprüche hat Herr Dr. Börsig nicht teilgenommen, da der Vorgang in seine Zeit als Mitglied des Vorstands zurückreicht.

Frau Ruck war bis Ende 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Sie hat sich bei dem nach § 32 Mitbestimmungsgesetz erforderlichen Beschluss des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG für das Geschäftsjahr 2010 enthalten.

Rechtsstreitigkeiten

Wir haben uns wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Hierzu zählten unter anderem die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 sowie die Verfahren Dr. Kirch, beziehungsweise dessen Rechtsnachfolgerin, und KGL Pool GmbH gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie detailliert im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2011 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2011 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese wurde durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt. Nachdem das Landgericht Frankfurt am Main in erster Instanz aufgrund einer Anfechtungsklage die Bestellung für nichtig erklärt hatte, hat das Amtsgericht Frankfurt am Main am 22. Februar 2012 auf Antrag der Bank in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss die KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gerichtlich zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestellt. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses haben wir dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers und der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Diskussion zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Im Jahr 2011 gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 schied Sir Peter Job aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank aus. Als Nachfolgerin wurde Frau Katherine Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Peter Kazmierczak hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 25. Oktober 2011 niedergelegt. Als seine Nachfolgerin wurde am 30. November 2011 Frau Renate Voigt für den Rest seiner Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats gerichtlich bestellt.

Wir danken den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre.

In unserer heutigen Sitzung am 16. März haben wir die Herren Dr. Stephan Leithner, Stuart Wilson Lewis und Henry Ritchotte, jeweils mit Wirkung zum 1. Juni 2012, für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Dr. Leithner ist seit dem Jahr 2000 bei der Deutschen Bank und ist seit 2010 Co-Head of Investment Banking Coverage & Advisory. Herr Lewis kam im Jahr 1996 zur Deutschen Bank und ist seit 2010 Deputy Chief Risk Officer. Herr Ritchotte ist seit dem Jahr 1995 bei der Deutschen Bank und ist seit 2010 Chief Operating Officer des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank. Mit Ablauf des 31. Mai 2012 scheiden Herr Dr. Bänziger und Herr Lamberti aus dem Vorstand aus und verlassen die Bank. Herr Dr. Ackermann wird mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 aus dem Vorstand der Bank, dessen Vorsitzender er seit 2002 ist, ausscheiden.

Frankfurt am Main, den 16. März 2012

Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender

04 -

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 411
Rechnungslegung und Transparenz – 421
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 422
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 422
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 424

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 17. Februar 2012 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Alters, des Jahres ihrer ersten Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank, wobei sich unsere Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Alter: 64

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2013

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank AG im Jahr 1996 Mitglied unseres Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Herr Dr. Ackermann hat im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat sein Mandat als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands zum Ablauf der Hauptversammlung 2012 niedergelegt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), für die er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (2. stellvertretender Vorsitzender), Vizepräsident des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd.; Non-executive Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc und Vizepräsident des Verwaltungsrats der Zurich Financial Services Ltd.

Dr. Hugo Bänziger

Alter: 56
Erste Bestellung: 2006
Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Risk Officer. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommission in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt (jetzt Credit Suisse) in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für Credit Suisse Financial Products ernannt.

Er studierte moderne Geschichte, Verfassungsrecht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und wurde mit einer Doktorarbeit in Bankgeschichte promoviert.

Dr. Bänziger ist Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG.

Jürgen Fitschen

Alter: 63
Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2015

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee und seit 2005 Leiter Regional Management. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Regional Management verantwortlich. Am 25. Juli 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Fitschen zusammen mit Herrn Jain zu Co-Vorstandsvorsitzenden mit Wirkung ab dem Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ernannt.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG.

Anshuman Jain

Alter: 49

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2017

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Corporate und Investment Bank zuständig. Am 25. Juli 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Jain zusammen mit Herrn Fitschen zu Co-Vorstandsvorsitzenden mit Wirkung ab dem Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ernannt.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und machte 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Finanzwissenschaften an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Stefan Krause

Alter: 49

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Financial Officer.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Hermann-Josef Lamberti

Alter: 56

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Operating Officer. Er trat 1998 als Executive Vice President in die Deutsche Bank in Frankfurt am Main ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Lamberti ist Mitglied der Aufsichtsräte des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, der Deutsche Börse AG, Mitglied des Board of Directors der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und Mitglied des Aufsichtsrats der Carl Zeiss AG.

Rainer Neske

Alter: 47

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2017

Rainer Neske wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee. Von 2003 bis zum Jahre 2011 war Herr Neske Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. In unserem Vorstand verantwortet er das Geschäft Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erlangte 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine veröffentlichtungspflichtigen externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften unserer Regionen und Geschäftsbereiche innerhalb unserer kundenorientierten Konzernbereiche, die vom Vorstand ernannt wurden. Dr. Ackermann, Vorsitzender des Vorstands, ist auch Vorsitzender des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandssentscheidungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutschen Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt, mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war und Frau Garrett-Cox, die von der Hauptversammlung 2011 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2016 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter, dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, ihrer Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstigen Mandaten.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 49 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Dr. Clemens Börsig Alter: 63 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats Deutsche Bank AG, Frankfurt	Linde AG; Bayer AG; Daimler AG; Emerson Electric Company
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 58 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Unternehmensberater, KGE Asset Management Consulting Ltd., London	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Katherine Garrett-Cox Alter: 44 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2016	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc, Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Non Executive Director); Alliance Trust Asset Management Ltd. (Chief Executive)
Alfred Herling* Alter: 59 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Gerd Herzberg* Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin (bis Oktober 2011)	Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; Vattenfall Europe AG (stellv. Vorsitzender)
Prof. Dr. Henning Kagermann Alter: 64 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG; Wipro Technologies; BMW Bayerische Motoren Werke AG
Martina Klee* Alter: 49 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVa.G.
Suzanne Labarge Alter: 65 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013		Coca-Cola Enterprises Inc.; XL Group Plc (seit Oktober 2011)
Maurice Lévy Alter: 69 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2012	Chairman und Chief Executive Officer Publicis Groupe S.A., Paris	Publicis Conseil S.A. (Vorsitzender); Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd. (UK); Publicis Groupe U.S. Investments LLC; MMS USA Investments, Inc.; MMS USA LLC Investments, Inc.
Henriette Mark* Alter: 54 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Alter: 54 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Karin Ruck* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats Deutsche Bank AG; Senior Vertriebscoach in der Region Frankfurt/Hessen-Ost; Mitglied des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Dr. Theo Siegert Alter: 64 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012	Geschäftsführender Gesellschafter de Haen Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG; Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats); Henkel AG & Co. KGaA
Dr. Johannes Teyssen Alter: 52 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands E.ON AG, Düsseldorf	E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; Salzgitter AG
Marlehn Thieme* Alter: 54 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Director Infrastructure/Regional Management Communications Corporate Citizenship Deutsche Bank AG, Frankfurt	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Tilman Todenhöfer Alter: 68 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013	Persönlich haftender Gesellschafter Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); HOCHTIEF AG (bis Mai 2011)
Stefan Viertel* Alter: 47 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Senior Sales Manager CIB/GTB Cash Management Financial Institutions, Leiter CMFI Österreich und Ungarn Deutsche Bank AG, Frankfurt	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Renate Voigt* Alter: 57 Gerichtlich bestellt: 2011 Bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Stuttgart/Esslingen/Heilbronn der Deutschen Bank	Keine veröffentlichtungspflichtigen Mandate
Werner Wenning Alter: 65 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats E.ON AG, Düsseldorf (seit Mai 2011)	Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses); HDI VVa.G.; Talanx AG; Freudenberg & Co. KG (Mitglied des Gesellschafterausschusses (seit Juni 2011))

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt; Renate Voigt gerichtlich als Arbeitnehmervertreter bestellt.

Sir Peter Job war als Anteilseignervertreter bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 26. Mai 2011 Mitglied des Aufsichtsrats. Für ihn wurde Frau Katherine Garrett-Cox in den Aufsichtsrat gewählt. Peter Kazmierczak war als Arbeitnehmervertreter bis zum 25. Oktober 2011 Mitglied des Aufsichtsrats. Nach seinem Ausscheiden aus der Bank wurde für den Rest seiner Amtszeit Renate Voigt am 30. November 2011 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen. Dr. Börsig hat in der Aufsichtsratssitzung am 25. Juli 2011 mitgeteilt, dass er mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gem. Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt, die auch in § 4 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat übernommen wurden (http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/terms_of_references.htm).

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitglieder des Vorstands einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind, nehmen – außerhalb des Kreises der abhängigen Gesellschaften dieser Aktiengesellschaft – insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate beziehungsweise Mandate in Aufsichtsgremien von Gesellschaften mit vergleichbaren Anforderungen wahr.

Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der dritten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit internationaler Erfahrung angehören. Derzeit haben fünf Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO international tätiger Konzerne über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung wird der Aufsichtsrat auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 wurde hierauf im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Auf dieser Basis hat die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 auf Vorschlag des Aufsichtsrats Frau Garrett-Cox in den Aufsichtsrat gewählt. Seit den Auf-

sichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 35 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Nachdem das Registergericht Frau Renate Voigt am 30. November 2011 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt hat, gehören acht Frauen dem Aufsichtsrat an. Dies entspricht 40 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren und die Anzahl der Frauen gegebenenfalls auf der Anteilseignerseite weiter zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann (zu den verschiedenen Diversity Initiativen der Deutschen Bank siehe die Seite 163 im Finanzbericht 2011).

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats (siehe dazu die Seiten 403 bis 409 im Finanzbericht 2011).

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern, einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bezüge der Vorstandsmitglieder. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2011 fanden fünf Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Alfred Herling, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientiert er sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Im Geschäftsjahr 2011 fand eine Sitzung und eine Telefonkonferenz des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Überwachung der Rechnungslegung, inklusive des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsysteams, Fragen des Risikomanagements und insbesondere der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der Wirksamkeit des internen Revisionssystems, der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und

dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den Abschlussprüfer. Im Geschäftsjahr 2011 fanden sechs Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Henriette Mark, Karin Ruck, Dr. Theo Siegert (seit 1. August 2011) und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet. Im Geschäftsjahr 2011 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Dr. Henning Kagermann und Suzanne Labarge (seit 1. August 2011). Suzanne Labarge war bis 31. Juli 2011 Ersatzmitglied. Dr. Theo Siegert ist Ersatzmitglied des Risikoausschusses und wird zu allen Sitzungen eingeladen und nimmt regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2011 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Erfolgsorientierte Vergütung

Zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der aufgrund der Bestimmungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes im Lagebericht (Seiten 140 bis 156) abgedruckt ist.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Anhangangabe 33 „Aktienbasierte Vergütungen“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Wolfgang Böhr	545	-
Dr. Clemens Börsig ¹	137.919	-
Dr. Karl-Gerhard Eick	-	-
Katherine Garrett-Cox	-	-
Alfred Herling	1.042	10
Gerd Herzberg	-	-
Prof. Dr. Henning Kagermann	-	-
Martina Klee	874	-
Suzanne Labarge	-	-
Maurice Lévy	-	-
Henriette Mark	584	10
Gabriele Platscher	864	6
Karin Ruck	165	-
Dr. Theo Siegert	-	-
Dr. Johannes Teyssen	-	-
Marlehn Thieme	236	10
Tilman Todenhöfer	1.741	-
Stefan Viertel	95	10
Renate Voigt	213	10
Werner Wenning	-	-
Insgesamt	144.278	56

¹ Darin nicht enthalten sind 270 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts beziehungsweise Erbengemeinschaft zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist, und 16.018 Deutsche Bank-Aktien, die einer gemeinnützigen und rechtsfähigen Stiftung, der Gerhild- und Clemens Börsig Jugend- und Sozialstiftung, zuzurechnen sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 144.278 Aktien, was weniger als 0,02 % der am 17. Februar 2012 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2012 zugeteilt werden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Clemens Börsig, Dr. Karl-Gerhard Eick und Dr. Theo Siegert. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren wesentlichen Werten und den Versprechen gegenüber unseren Zielgruppen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Head of Group Reporting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Im Berichtsjahr 2011 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex für Senior Financial Officer angezeigt.

Die Verhaltens- und Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Webseite der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/ethikkodizes veröffentlicht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2010 und 2011 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2011	2010
Prüfungshonorare	54	53
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	12	9
Honorare für Steuerberatung	7	7
Sonstige Honorare	3	2
Summe der Honorare	76	71

Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung, inklusive Dienstleistungshonoraren, enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungs-fremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, so weit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungs-fremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern,

tern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2011)

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 25. Oktober 2011 die Entsprechenserklärung 2011 gemäß § 161 des Aktiengesetzes abgegeben. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wie folgt entsprochen:

„Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 27. Oktober 2010. Seit diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 2. Juli 2010, entsprochen und sie wird diesen zukünftig entsprechen, wobei vorsorglich jeweils eine Ausnahme hinsichtlich Ziffer 5.5.3 Satz 1, der die Offenlegung von Interessenkonflikten im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung behandelt, erklärt wird.“

Wir werden zukünftig in demselben Umfang wie bisher über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung informieren. Eine weiter gehende Detaillierung der Darstellung würde nach unserer Einschätzung die aktienrechtliche Verschwiegenheitsverpflichtung nach §§ 93, 116 AktG verletzen. Wir halten die Verpflichtungen aus Ziffer 5.5.3 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex durch diese aktienrechtliche Pflicht begrenzt und sehen daher anders als das OLG Frankfurt am Main keine Grundlage für eine Ausweitung der Information. Das Gericht hat in einem nicht rechtskräftigen Urteil die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat durch die Hauptversammlung 2009 unter anderem deshalb für nichtig erklärt, weil in der Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2008 nicht zum Ausdruck gekommen sei, dass Interessenkonflikte und deren Behandlung nicht den Anforderungen der Ziffer 5.5.3 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß offengelegt worden seien. Da unsere Vorgehensweise nach dem oben genannten Urteil der Empfehlung in Ziffer 5.5.3 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht genügt, wir an dieser von uns für richtig gehaltenen Praxis aber festhalten wollen, erklären wir vorsorglich die genannte Ausnahme.“

Die Entsprechenserklärung 2011 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Webseite der Deutschen Bank unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/declaration_of_conformity.htm veröffentlicht, wo auch die aktuelle Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex zu finden ist.

Ziffer 5.4.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass Anträge auf gerichtliche Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern bis zur nächsten Hauptversammlung befristet werden sollen. Nach schriftlicher Bestätigung der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ bezieht sich diese Empfehlung nur auf die von der Hauptversammlung gewählten Vertreter der Anteilseigner. Denn nur diese können durch Wahl der Hauptversammlung bestätigt werden beziehungsweise durch ein anderes, von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied ersetzt werden. Demzufolge trifft diese Überlegung nicht auf gerichtlich bestellte Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat zu. Daher hat das Registergericht Frau Renate Voigt am 30. November 2011 als Vertreterin der Arbeitnehmer bis zum Ablauf der Amtszeit des Aufsichtsrats im Jahr 2013 bestellt.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

05 -

Ergänzende Informationen

- Vorstand – 427
- Aufsichtsrat – 428
- Advisory Boards – 430
- Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 435
- Patronatserklärung – 436
- Glossar – 437
- Impressum – Publikationen – 445

Vorstand

Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender

Dr. Hugo Bänziger

Jürgen Fitschen

Anshuman Jain

Stefan Krause

Hermann-Josef Lamberti

Rainer Neske

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*
– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick
KGE Asset Management Consulting
Ltd.,
London

Katherine Garrett-Cox
seit 26. Mai 2011
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechin, Angus

Alfred Herling*
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*
Stellvertretender Vorsitzender
ver.di Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft bis
31. Oktober 2011,
Hamburg

Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011,
London

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech - Deutsche Akade-
mie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Peter Kazmierczak*
bis 25. Oktober 2011,
Deutsche Bank AG,
Herne

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Toronto

Maurice Lévy
Chairman and Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert
Geschäftsführender Gesellschafter
de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer
Persönlich haftender
Gesellschafter Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Stefan Viertel*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Renate Voigt*
seit 30. November 2011
Deutsche Bank AG,
Stuttgart

Werner Wenning
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
E.ON AG seit 5. Mai 2011,
Leverkusen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland
gewählt; Renate Voigt gerichtlich als
Arbeitnehmervertreter bestellt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss
Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Alfred Herling*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss
Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss
Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Dr. Theo Siegert
seit 1. August 2011

Marlehn Thieme*

Risikoausschuss
Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job
bis 26. Mai 2011

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
seit 1. August 2011
(Ersatzmitglied bis 31. Juli 2011)

Dr. Theo Siegert
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss
Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer
Werner Wenning

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

Professor Dr.-Ing.

Wolfgang Reitzle

– Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands

Linde AG, München

Professor Dr. h.c.

Roland Berger

Gründer Roland Berger Strategy
Consultants GmbH, München

Dr. Kurt Bock

Vorsitzender des Vorstands BASF SE
seit 6. Mai 2011, Ludwigshafen

Lord John Browne of Madingley

Managing Director und Managing
Partner (Europe),

Riverstone Holdings LLC;

ehemaliger Chief Executive Officer, BP,
London

Michael Cohrs

Ehemaliges Vorstandsmitglied der
Deutsche Bank AG, London

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung
und persönlich haftender Gesell-
schafter Merck KGaA,
Darmstadt

Peter Löscher

Vorsitzender des Vorstands
Siemens Aktiengesellschaft,
München

Francis Mer

Ehemaliger französischer
Minister für Ökonomie,
Finanzen und Industrie,
Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands,
Severstal;
Generaldirektor der Severstal-Group,
Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker

Persönlich haftender

Gesellschafter Dr. August Oetker KG,
Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

bis 17. März 2011

Ehemaliger Präsident und Chief
Executive Officer von Compaq
Computer Corporation,
Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Urfahrn

Antonio Puri Purini

Ehemaliger Botschafter Italiens in der
Bundesrepublik Deutschland, Rom

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Ehemaliger Vorsitzender des
Aufsichtsrats J. M. Voith AG,
Heidenheim

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin der Schaeffler Grup-
pe und stellvertr. Vorsitzende des
Aufsichtsrats Schaeffler AG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Vorsitzender des Gesellschafteraus-
schusses Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands
Daimler AG und Leiter
Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
Lockheed Martin

John E. Bryson

bis 20. Oktober 2011
US-amerikanischer Handelsminister;
ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
Edison International

Michael D. Capellas

Chairman und Chief Executive Officer,
Virtual Computing Environment (VCE);
ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
First Data Corp.

James Ireland Cash, Jr. PhD

Emeritus Professor und
Senior Associate Dean,
Harvard Business School

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital LLC;
ehemaliger Chairman & Chief
Executive Officer, The Rouse Co.

Archie W. Dunham

Ehemaliger Chairman,
ConocoPhillips

Benjamin H. Griswold

Chairman, Brown Advisory;
ehemaliger Senior Chairman,
Deutsche Bank Alex. Brown

The Honorable Chuck Hagel

Distinguished Professor, Georgetown
Universität und Universität von
Nebraska in Omaha;
ehemaliger US-Senator, (R-NE)

William R. Howell

Ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
J.C. Penney, Inc.

Robert L. Johnson, Ehrenmitglied

Gründer und Chairman,
The RLJ Cos.; Gründer und
ehemaliger Chairman,
Black Entertainment Television (BET)

Edward A. Kangas

Ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer, Deloitte

Ellen R. Marram

Präsidentin, The Barnegat Group LLC;
ehemalige Präsidentin und Chief
Executive Officer, Tropicana und
Nabisco Biscuit Cos.

The Honorable Lynn M. Martin

Ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Robert P. May

bis 2. April 2011
Ehemaliger Chief Executive
Officer, Calpine Corp.; ehemaliger
Chairman und Chief Executive
Officer, HealthSouth Corp.

George J. Mitchell

seit 8. August 2011
Ehemaliger Sonderbeauftragter für
den Nahost-Friedensprozess;
ehemaliger Chairman, Walt Disney;
ehemaliger US-Senator, (D-ME)

The Honorable John W. Snow

Chairman, Cerberus Capital
Management LP;
ehemaliger US-amerikanischer
Finanzminister

Latin American Advisory Board

Fernando Henrique Cardoso
Ehemaliger Präsident
der Föderativen Republik
von Brasilien

Armando Garza Sada
Chairman, Alfa

Enrique Iglesias
Generalsekretär der ibero-
amerikanischen Gemeinschaft;
ehemaliger Außenminister
von Uruguay

Pedro Pablo Kuczynski
Partner und Senior Advisor,
The Rohatyn Group;
ehemaliger Premierminister
von Peru

The Honorable Lynn M. Martin
Ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Luis Alejandro Pagani
Präsident, Arcor Group

Horst Paulmann
Gründer und Präsident,
Cencosud S.A.

Jesús Reyes-Heroles
Ehemaliger Chairman und Chief
Executive Officer, Petroleos
Mexicanos (Pemex); ehemaliger
Botschafter von Mexiko in den
Vereinigten Staaten von Amerika

Miguel Urrutia Montoya
Professor, Universidad
de los Andes;
ehemaliger Gouverneur der
Zentralbank von Kolumbien

Asia Pacific Advisory Board

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und Wirtschaftslehre, Columbia Business School, International

Toru Hashimoto

bis 23. Juni 2011
Präsident of Development Bank of Japan, Ehemaliger Präsident und Chief Executive Officer sowie ehemaliger Chairman, The Fuji Bank Ltd.; ehemaliger Chairman, Deutsche Securities Inc., Japan

Nobuyuki Idei

Gründer und Chief Executive Officer, Quantum Leaps Corporation; Vorsitzender des Beraterkreises, Sony Corporation, Japan

Gang-Yon Lee

Chairman, Korea Gas Corporation, Korea

Dr. David K.P. Li

Chairman und Chief Executive Officer, The Bank of East Asia, Hong Kong

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Office of Strategy and Development Committee, Chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde, China

Subramanian Ramadorai

Vice Chairman, Tata Consultancy Services Limited, Indien

Dr. Tony Tan Keng Yam

bis 1. September 2011
Präsident der Republik von Singapur, Ehemaliger Deputy Chairman und Executive Director, The Government of Singapore Investment Corp. Pte. Ltd., Singapur

Sofjan Wanandi

Chairman, Santini Group;
Chairman des Arbeitgeberverbands von Indonesien (APINDO), Indonesien

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökonomie und Akademiemitglied, Chinese Academy of Social Science, China

Climate Change Advisory Board

Lord John Browne of Madingley
Managing Director und Managing Partner (Europe), Riverstone Holdings LLC; ehemaliger Chief Executive Officer, BP

John Coomber
Chief Executive Officer, the Pension Corporation; Chairman, ClimateWise; Chairman, The Climate Group (UK)

Fabio Feldmann
Chief Executive Officer, Fabio Feldmann Consultores; ehemaliger Vorstandssekretär, Brazilian Forum on Climate Change

Dr. Jamshed J. Irani
seit 3. Mai 2011
Ehemaliger Direktor, Tata Sons Ltd.

Amory B. Lovins
Chairman und Chief Scientist, Rocky Mountain Institute

Lord Oxburgh
Mitglied des Beraterkreises, Climate Change Capital; ehemaliger Chairman, Shell

Professor Hans Joachim Schellnhuber
Gründungsdirektor, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Professor Robert Socolow
Co-Director, The Carbon Mitigation Initiative;
Professor, Princeton University

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Raumordnung, Bauwesen und Städtebau a.D.; ehemaliger Exekutivedirektor des Umweltpogramms der Vereinten Nationen (UNEP)

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Bilanzsumme	2.164.103	1.905.630	1.500.664	2.202.423	1.925.003
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	412.514	407.729	258.105	269.281	198.892
Summe der Verbindlichkeiten ¹	2.109.443	1.855.262	1.462.695	2.170.509	1.885.688
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital ¹	53.390	48.819	36.647	30.703	37.893
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.270	1.549	1.322	1.211	1.422
Tier-1-Kapital ²	49.047	42.565	34.406	31.094	28.320
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt ²	55.226	48.688	37.929	37.396	38.049
Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Mio €	2011	2010	2009	2008	2007
Zinsüberschuss	17.445	15.583	12.459	12.453	8.849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.839	1.274	2.630	1.076	612
Provisionsüberschuss	11.544	10.669	8.911	9.741	12.282
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.058	3.354	7.109	-9.992	7.175
Sonstige zinsunabhängige Erträge	1.181	-1.039	-527	1.411	2.523
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.783	12.984	15.493	1.160	21.980
Personalaufwand	13.135	12.671	11.310	9.606	13.122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	12.657	10.133	8.402	8.339	8.038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	207	485	542	-252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	-134	585	128
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	25.999	23.318	20.120	18.278	21.468
Ergebnis vor Steuern	5.390	3.975	5.202	-5.741	8.749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.064	1.645	244	-1.845	2.239
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.326	2.330	4.958	-3.896	6.510
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	194	20	-15	-61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4.132	2.310	4.973	-3.835	6.474
Kennziffern	2011	2010	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ³	4,45 €	3,07 €	7,21 €	-6,87 €	12,29 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ³	4,30 €	2,92 €	6,94 €	-6,87 €	11,80 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,75 €	0,50 €	4,50 €	4,00 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	8,2 %	5,5 %	14,6 %	-11,1 %	17,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	10,2 %	9,5 %	15,3 %	-16,5 %	24,1 %
Aufwand-Ertrag-Relation	78,2 %	81,6 %	72,0 %	134,3 %	69,6 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	9,5 %	8,7 %	8,7 %	7,0 %	6,9 %
Tier-1-Kapitalquote ²	12,9 %	12,3 %	12,6 %	10,1 %	8,6 %
Eigenkapitalquote ²	14,5 %	14,1 %	13,9 %	12,2 %	11,6 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) ⁴	100.996	102.062	77.053	80.456	78.291

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Werte für 2011 basieren auf den veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“), die Eingang in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung gefunden hat. Werte für 2010, 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel 2), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Werte für 2007 basieren auf dem Basel 1 - Standard. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß 64h Absatz 3 KWG.

³ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

⁴ Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Asset Management Investmentgesell- schaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesell- schaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	IFN Finance B.V., Rotterdam
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid	OOO „Deutsche Bank“, Moskau

Glossar

A

Alternative A (Alt-A)

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit einer Bonität besser als ▶ Subprime, aber schlechter als ▶ Prime verstanden werden. Zur Bestimmung von Alt-A Positionen werden bankenspezifische Standards wie ▶ FICO-Bewertungen und ▶ Loan-to-Value-Kennzahlen angewandt.

Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in ▶ Private Equity, Wagniskapital, ▶ Mezzaninekapital, Immobilienkaptialanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie ▶ Hedgefonds.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Beträge des Eigenkapitals eines Tochterunternehmens, das einem Mutterunternehmen weder unmittelbar noch mittelbar zugeordnet wird.

Asset-backed Securities

Besondere Form verbrieftter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere entstehen durch Strukturierung bestimmter Finanzaktiva (▶ Verbriefungen).

Assoziiertes Unternehmen

Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. Das Unternehmen stellt weder ein ▶ Tochterunternehmen noch ein ▶ Gemeinschaftsunternehmen dar.

Auction Rate Securities

Lang laufende Anleihen (meist 20 bis 30 Jahre) mit variablem Zinssatz. Die Höhe dieses Zinssatzes wird in regelmäßigen Auktionen festgesetzt.

Aufrechnungsvereinbarungen

Bilaterale Vereinbarungen zwischen dem Konzern und einem Vertragspartner, welche für die einbezogenen Geschäfte sicherstellten, dass im Fall der Eröffnung eines Insolvenz- oder Konkursverfahrens nach der Aufrechnung von sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten nur ein einziger Nettobetrag von einer Partei an die andere Partei geschuldet wird.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquote

Zentrale Kennzahl für Banken, dargestellt als prozentuales Verhältnis zwischen dem ▶ aufsichtsrechtlichen Kapital und der zusammengefassten aufsichtsrechtlichen Risikoposition, bestehend aus ▶ Kredit-, ▶ Markt- und ▶ operationellen Risiken nach ▶ Basel 2.5. Die einzuhaltende Mindestkapitalquote beträgt 8 %.

Aufsichtsrechtliches Handels- und Anlagebuch

Das aufsichtsrechtliche Handelsbuch ist definiert in § 1a KWG. Es umfasst Finanzinstrumente und Waren, die mit Handelsabsicht oder zum Zweck der Absicherung des ▶ Marktrisikos aus anderen Handelsbuchpositionen gehalten werden, ferner Pensions- und Darlehengeschäfte, welche sich auf Handelsbuchpositionen beziehen, sowie Aufgabegeschäfte und Forderungen, die mit Positionen des Handelsbuchs unmittelbar verknüpft sind. Finanzinstrumente und Waren, die dem Handelsbuch zugerechnet werden, müssen handelbar oder absicherungsfähig sein. Das aufsichtsrechtliche Anlagebuch umfasst alle Positionen und Geschäfte, die nicht dem Handelsbuch zugerechnet werden.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital für Kreditinstitute in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 mit Erweiterungen in 2009. Das Eigenkapital gemäß ▶ Basel 2.5 setzt sich zusammen aus:

– Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte ▶ hybride Kapitalinstrumente,

– Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,

– Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Ausfallwahrscheinlichkeit

Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Geschäftspartners wird für den Zeitraum der nächsten zwölf Monate bestimmt und als Prozentsatz angegeben. Der Konzern beurteilt diese nicht für die Gesamlaufzeit der Transaktion. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist die primäre Messgröße für die Kreditwürdigkeit eines Geschäftspartners. Die numerischen Wahrscheinlichkeiten werden in eine 26-stufige Skala zur Bonitätseinstufung überführt, welche den von internationalen Ratingagenturen verwendeten Skalen ähnlich ist.

Außerbörslich gehandelte Derivate

Finanzinstrumente (► Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (außerbörslich) gehandelt werden.

B

Backtesting

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft der ► Value-at-Risk-Berechnungen. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste unter einer Buy-and-hold-Annahme mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Basel 2

Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch Basel 2 genannt, welche die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen stärker auf die zu grunde liegenden Risiken ausrichten.

Basel 2.5

Vorschläge für Reformen des Baseler Regelwerkes, die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht in Reaktion auf die Finanzkrise im Juli 2009 publiziert wurden.

Die wichtigsten Änderungen hinsichtlich der Mindestkapitalanforderungen umfassen neue Maße für das ► Marktrisiko, die zusätzlich zum ► Value-at-Risk berechnet werden: ► Krisen-Value-at-Risk, ► Inkrementeller Risikoausfall, ► Umfassender Risikoansatz für das ► Correlation Trading-Portfolio, das aus speziellen ► Verbrieftungspositionen besteht, und die Anwendung des ► Marktrisikostandardansatzes für ► Verbrieftungen und ► nth-to-Default-Kreditderivate im ► Handelsbuch. Basel 2.5 enthält zudem Normen hinsichtlich Governance, Risikomanagement und Kompensation sowie Offenlegungsvorschriften mit Schwerpunkt auf ► Verbrieftungen. Auf Ebene der Europäischen Union wurde Basel 2.5 in den Capital Requirements Directives (CRD) 2 und 3 umgesetzt.

Basel 3

Beim G20-Gipfel im November 2010 verabschiedete Neufassung der internationalen Standards zur Kapitaladäquanz des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Ziel dieser Neufassung ist es, die globalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften zu stärken, um die Stabilität des Bankensektors zu erhöhen. Bis 2019 werden durch die überarbeiteten Standards schrittweise die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie ein bankspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt. Darüber hinaus wird Basel 3 erstmals international abgestimmte Anforderungen an die Liquidität mit strengen kurz- und langfristigen Kennzahlen beinhalten. Die Umsetzung der neuen Vorschriften in deutsches Recht wird über die ► Solvabilitätsverordnung erfolgen.

Beizulegender Zeitwert

Betrag, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer aktuellen Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) ausgetauscht werden könnte.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Bilanzielle Abbildung von Absicherungsgeschäften, die bestimmten Bedingungen unterliegt. Solche Geschäfte sichern bestimmte, meist finanzielle Risiken ab, indem sie diese gegenläufig abbilden. Aufgrund dieser Gestaltung können Risiken teilweise oder vollständig kompensiert werden. Unterschieden wird zwischen dem Grundgeschäft, welches das Risiko beziehungsweise die Risiken begründet, und dem Sicherungsgeschäft, welches die Risiken mindert.

Börsengang (IPO, Initial Public Offering)

Erstmaliges Angebot an Investoren zum Kauf von Unternehmensanteilen auf einem Kapitalmarkt (Börse).

Bonitätseinstufung

Die objektive Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation – insbesondere der Ausfallwahrscheinlichkeit – von Kunden, die von aktuellen Charakteristika und Annahmen ausgeht. Die Methoden für die Zuordnung von Bonitätseinstufungen hängen von der Kundenart und den verfügbaren Informationen ab. Eine große Methodenanzahl wird für die Beurteilung des ► Kreditrisikos angewendet wie zum Beispiel Expertensysteme und ökonometrische Ansätze.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

C

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in US-Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

► Mortgage-backed Securities (MBS), die Kredite für gewerbliche Immobilien verbrieften.

Credit Default Swap

Ein ▶ Kreditderivat, welches Kreditrisiken im Zusammenhang mit Darlehen, Schuldverschreibungen oder anderen kreditbezogenen Wertpapieren absichert. Die besicherte Partei zahlt im Allgemeinen einen festen Coupon über eine festgelegte Periode und erhält nur dann eine Zahlung, wenn ein bestimmtes im Kreditvertrag definiertes Ereignis, beispielsweise ein Zahlungsausfall aufgrund der Insolvenz eines Kreditnehmers, eintritt.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

D

Derivate

Finanzinstrumente, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere ▶ Swaps, ▶ Optionen und ▶ Futures.

Durchschnittliches Active Equity

Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach ▶ IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind die durchschnittliche sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach

Zustimmung der Hauptversammlung ausgeschüttet wird.

E

Eigenkapitalrendite

(Return on Equity, RoE)

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt. Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals.

Eigenkapitalrendite vor Steuern

(basierend auf dem ▶ durchschnittlichen Active Equity)

Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, am ▶ durchschnittlichen Active Equity.

EMEA (Europe, Middle East and Africa)

Wird im angloamerikanischen Sprachraum verwendet als Abkürzung für den Wirtschaftsraum Europa, Naher Osten und Afrika.

Engagementhöhe bei Ausfall (Exposure-at-Default, EAD)

Der erwartete ausstehende Kreditbetrag gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls.

Equitymethode

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse/(-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn- und Verlustrechnung zu berühren.

Ergebnis je Aktie

Nach ▶ IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der angenommenen Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, noch nicht unverfallbarer zugeteilter Aktienrechte und wandelbarer Schuldtitel und bestimmter Terminkontrakte die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Erwarteter Verlust

Messung für Verluste, die durch ▶ Kredit- und ▶ operationelle Risiken innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten sind.

Erzielbarer Betrag

Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten und Nutzwert.

Event-Risk-Szenarien

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

Exposure

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

F

FICO-Bewertung

FICO ist die Abkürzung für die Fair Isaac Corporation, der Urheber der FICO Scores. Unter Anwendung mathematischer Modelle berücksichtigen die FICO Scores verschiedene Faktoren in den folgenden fünf Kategorien, um die Kreditwürdigkeit zu bestimmen: Zahlungshistorie, aktuelle Schuldensituation, in Anspruch genommene Kreditarten, Länge der Kredithistorie sowie neu aufgenommene Kredite. Ein FICO Score kann zwischen 300 und 850 liegen. Grundsätzlich indiziert ein FICO Score über 650, dass der Kreditnehmer eine sehr gute Kreditwürdigkeit hat. Bei FICO Scores unter 620 wird es substanzell schwieriger, eine Finanzierung zu günstigen Zinsen zu erhalten.

Forderungsbesicherte Schuldverschreibungen

► Asset-backed Securities, die mit Krediten, Schuldverschreibungen oder ► Derivaten besichert wurden.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

G

Geschäftsrisiko (Business Risk)

Risiko, das aufgrund potenzieller Änderungen in den Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten sowie technischem Fortschritt entsteht und die Ertragslage des Konzerns beeinträchtigen kann, wenn sich dieser nicht zügig auf die veränderten Bedingungen einstellt.

Geschäfts- oder Firmenwert

Ein Vermögenswert, der den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen aus anderen, bei einem ► Unternehmenszusammenschluss erworbenen Vermögenswerten darstellt, die nicht einzeln identifizierbar sind. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird erfasst als positiver Unterschiedsbetrag zwischen den ► beizulegenden Zeitwerten der vom Erwerber übertragenen Gegenleistung und den identifizierbaren Vermögenswerten und Schulden des erworbenen Geschäftsbetriebs.

H

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von institutionellen Anlegern und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Hedgefonds zählen zu den sogenannten ► Alternativen Investments. Sie unterliegen keinen oder zumindest keinen strengen regulatorischen Anforderungen und haben daher die Möglichkeit, sich Anlageinstrumenten und -strategien zu bedienen, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und ► Derivate. Hedgefonds bieten die Chance auf eine hohe Rendite, bergen aber auch ein Risiko des Kapitalverlusts in sich; ihre Renditen sind daher nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte vergleichbar.

High-Yield-Anleihen

Festverzinsliche Wertpapiere, bei denen der Emittent einer niedrigen Bonitätseinstufung unterliegt. Sie bieten eine im Vergleich zu Papieren mit besserer Bonitätseinstufung höhere Verzinsung, unterliegen jedoch größeren Risiken.

Hybride Kapitalinstrumente

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative hybride Kapitalinstrumente) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative hybride Kapitalinstrumente).

I

ICAAP

ICAAP (Interner Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit) verlangt von der Bank, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, eine ausreichende Kapitaldeckung für diese Risiken vorzuhalten und angemessene Risikomanagementtechniken anzuwenden, um eine kontinuierliche Kapitaladäquanz sicherzustellen, das heißt, das intern vorgehaltene Kapital muss größer sein als die interne Kapitalnachfrage. Die interne Kapitaladäquanz basiert auf einem unterstellten Liquidationsszenario („Gone Concern“-Ansatz).

IFRS (International Financial Reporting Standards)/vormals IAS (International Accounting Standards)

Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge)

Maß für potenzielle Verluste aufgrund von Migrations- und Ausfallrisiken, die nicht vollständig im ► Value-at-Risk abgebildet werden. Der Inkrementelle Risikoaufschlag ermittelt die potentiellen Verluste derart, dass diese bei Zugrundelegung eines einjährigen Risikohorizontes mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Der Inkrementelle Risikoaufschlag wurde am 31. Dezember 2011 eingeführt und gilt für das spezifische Zinsrisiko von Nicht- ► Verbriefungspositionen im ► Handelsbuch.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Bankgeschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren ► Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und ► Private Equity.

J

Joint Venture

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

K

Konfidenzniveau

Im Rahmen des ▶ Value-at-Risk-Konzepts sowie des ▶ Ökonomischen Kapitals die berechnete Wahrscheinlichkeit, mit der ein tatsächlicher Verlust den potenziellen Verlust, wie er durch den Value-at-Risk oder das Ökonomische Kapital geschätzt wurde, nicht übersteigt.

Korrelationshandelsportfolio (Correlation Trading Portfolio)

Das Correlation Trading Portfolio umfasst ▶ Verbriefungen und entsprechende Absicherungstransaktionen im ▶ Handelsbuch, die strenge Kriterien hinsichtlich der verbrieften Portfolios und ihrer Liquidität erfüllen. Das Correlation Trading Portfolio kann von der Anwendung des ▶ Marktrisikostandardansatzes ausgenommen werden. Die Eigenkapitalanforderung für das Correlation Trading Portfolio basiert auf dem ▶ Umfassenden Risikoansatz.

Kreditderivate

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene ▶ Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

Kreditengagement gegenüber Staaten

► Kreditrisiko gegenüber staatlichen Kreditnehmern. Beinhaltet Engagements gegenüber Staaten und Gebietskörperschaften (einschließlich Bundesländern, autonomen Regionen, Kommunen etc.), sowie bestimmten Körperschaften des Staates oder regionaler beziehungsweise lokaler Gebietskörperschaften.

Kreditrisiko

Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, ▶ Länder- und Abwicklungsrisiken.

Kreditrisikoaufschlag

Renditezuschlag, den Investoren bei einer Anlage in Unternehmensanleihen erhalten. Der Kreditrisikoaufschlag kompensiert den Anleger für die mit der Investition verbundenen Risiken im Vergleich zur Rendite einer risikofreien Anleihe. Je schlechter die ▶ Bonitäteinstufung eines anleihebegebenen Unternehmens ist, desto höher ist der Kreditrisikoaufschlag.

Krisen-Value-at-Risk (Stressed Value-at-Risk)

Maß für durch ▶ Marktrisiken bedingte potenzielle Verluste in einem Stress-Szenario. Diese werden mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % innerhalb einer Portfolio-Haltedauer von 10 Tagen nicht überschritten. Seit dem 31. Dezember 2011 muss der Krisen-Value-at-Risk von Banken, die interne Modelle zur Bestimmung des ▶ Marktrisikos anwenden, berechnet werden. Der Krisen-Value-at-Risk wird anhand des ▶ Value-at-Risk-Modells ermittelt. Im Gegensatz zum ▶ Value-at-Risk, dessen Modellparameter auf der Grundlage aktueller Marktbedingungen geschätzt werden, basiert der Krisen-Value-at-Risk auf Parametern, die für eine kontinuierliche Ein-Jahres-Stressperiode, die mit erheblichen Verlusten für die Bank einherging, ermittelt wurden.

L

Länderrisiko

Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund verschlechterter ökonomischer Bedingungen, politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben.

Leverage Ratio

Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital.

Leveraged-Finance-Aktivitäten

Finanzierung eines Unternehmenskaufs mittels hoher Fremdkapitalaufnahme (Leverage).

Liquiditätsrisiko

Risiko, dass der Konzern möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, seine Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Loan-to-Value-Kennzahl

Kennzahl, die den Beleihungswert zeigt, in dem der Kreditbetrag in Relation zum Wert der Immobilie gesetzt wird.

M

Marktbewertung

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten.

Marktrisiko

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Marktrisikostandardansatz

Der Marktrisikostandardansatz gilt für ▶ nth-to-Default-Kreditderivate und ▶ Verbriefungen des ▶ Handelsbuchs. Die einzige Ausnahme gilt für das ▶ Correlation Trading Portfolio, für das mit Zustimmung der Aufsicht ein internes Modell ▶ (Umfassender Risikoansatz) verwendet werden kann.

Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method)

Die gemäß IAS 19 vorgeschriebene versicherungsmathematische Bewertungsmethode zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen und dem damit verbundenen Dienstzeitaufwand. Es handelt sich um ein Ansammlungsverfahren, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Bewertungstichtag erdienten Versorgungsanspruchs unter Berücksichtigung anzunehmender zukünftiger Leistungssteigerungen anzusetzen ist.

Mezzanine

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Hier: langfristiges nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

Monolineversicherer

Versicherer, die Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.

Monte Carlo-Simulation

Monte Carlo-Methoden werden verwendet, um (komplexe) Instrumente, Portfolios und Investments zu bewerten und zu analysieren. Dies erfolgt durch Simulation der verschiedenen unsicheren Einflüsse auf den Wert des Instruments und anschließende Bestimmung des durchschnittlichen Werts aus der Bandbreite der resultierenden Ergebnisse.

Mortgage-backed Securities (MBS)

▶ Asset-backed Securities, die Hypothekenkredite verbriefen. Unterkategorien sind ▶ Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und ▶ Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

N

Negativer Geschäfts- oder Firmenwert

Im Rahmen eines ▶ Unternehmenszusammenschlusses als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasster Überschuss zwischen dem Anteil des Erwerbers an dem Nettobetrag des ▶ beizulegenden Zeitwerts der erworbenen Vermögenswerte und Schulden und dem Betrag der übertragenen Gegenleistung.

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (unverwässert, beide zum Bilanzstichtag).

Nth-to-default Kreditderivate

Finanzderivate, deren Auszahlungsprofil von der Anzahl (N) an Kreditausfällen innerhalb eines Pools von Wertpapieren oder Referenzwerten anhängt. Sobald die spezifizierte Anzahl an Ausfällen erreicht ist, erlischt das Derivat und eventuelle Ansprüche, die sich aus dem Kontrakt ergeben, werden beglichen.

Nutzungswert

Der Nutzungswert ist der Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer Zahlungsmittelgenerierenden Einheit abgeleitet werden kann.

O

Ökonomisches Kapital

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen.

Operationelles Risiko

Potenzieller Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche undaufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine ▶ Geschäfts- und ▶ Reputationsrisiko.

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption).

P

Personalaufwandsquote

Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Portfolio

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder ▶ Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Prime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit hoher Bonität verstanden werden.

Prime Brokerage

Eine Dienstleistung, die ▶ Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, ▶ Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung für institutionelle Anleger beinhaltet.

Private Banking

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

R

Repogeschäft (Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Reputationsrisiko

Risiko, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in den Konzern negativ beeinflusst wird.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS)

► Mortgage-backed Securities (MBS), die Wohnungsbaukredite verbrieften.

Risikogewichtete Aktiva

(Risk-weighted Assets, RWA)

Risikogewichtete Aktiva sind mit

► Kredit-, ▶ Markt- und/oder ▶ operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewichtet wurden. RWA ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen, multipliziert mit dem Faktor 12,5. Anders ausgedrückt, betragen die Kapitalanforderungen 8 % der RWA.

S

Schaufwandsquote

Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Schaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Sarbanes-Oxley Act (SOX)

US-Kapitalmarktgesezt aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse gelisteten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Schwellenländer

Länder und deren Finanzmärkte, die sich aufgrund ihrer hohen Wirtschaftsdynamik, im Übergang zu entwickelten Ländern befinden.

Segmentberichterstattung

Offenlegung von Vermögens-, Ergebnis- und sonstigen Informationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Solvabilitätsverordnung

Deutsche Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholdinggruppen, mit der das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 (mit Erweiterungen in 2009), auch bekannt als ▶ Basel 2.5, in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden. Zur Bestimmung von Subprime-Risikopositionen werden bankenspezifische Standards wie ▶ FICO-Bewertungen und ▶ Loan-to-Value-Kennzahlen angewandt.

Sukzessiver Erwerb

Bei einem sukzessiven Erwerb erlangt der Erwerber die Beherrschung eines erworbenen Unternehmens, an welchem er unmittelbar vor dem Erwerbszeitpunkt bereits einen Eigenkapitalanteil hält (auch als schrittweiser ▶ Unternehmenszusammenschluss bezeichnet). Bei solchen Transaktionen hat der Erwerber seinen zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteil zu dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden ▶ beizulegenden Zeitwert neu zu bestimmen und den daraus gegebenenfalls resultierenden Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

T

Tier 1-Kapital ohne Hybridinstrumente

Der Konzern unterscheidet dies vom Tier 1-Kapital durch die Herausnahme der hybriden Kapitalinstrumente. Es besteht aus Grundkapital und Rücklagen unter Adjustierung von bestimmten regulatorischen Positionen.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten.

U

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure)

Maß für potenzielle Verluste für ▶ nth-to-Default-Kreditderivate und ▶ Verbriefungen im ▶ Correlation Trading Portfolio. Der ▶ Umfassende Risikoansatz ermittelt die Verluste, die unter Annahme einer einjährigen Portfolio-Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Der Umfassende Risikoansatz wurde am 31. Dezember 2011 eingeführt und basiert auf einem internen Modell, das alle Kursrisiken erfassen muss. Ihre Verwendung muß durch die Aufsicht

genehmigt werden. Die resultierende Eigenkapitalanforderung muss mindestens 8 % der Anforderung entsprechen, die sich bei Anwendung des ▶ Marktrisikostandardansatzes auf das ▶ Correlation Trading Portfolio ergeben würde.

Unternehmenszusammenschluss

Eine Transaktion, durch die ein Erwerber die Beherrschung über einen Geschäftsbetrieb erlangt. Dies betrifft den Erwerb von Anteilen an einer Gesellschaft oder deren einzelner Vermögenswerte und Schulden, ebenso wie die Aufstockung bestehender Eigenkapitalanteile (▶ sukzessiver Erwerb). Häufig beinhaltet dies auch den Ansatz eines ▶ Geschäfts- oder Firmenwerts.

V

Value-at-Risk

Misst für ein gegebenes ▶ Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten ▶ Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Verbriefungen

Schaffung von handelbaren Wertpapieren aus Forderungen, Einlagen (das heißt zukünftigen Zahlungsströmen) oder Eigentumsrechten im weiteren Sinne. Beispiele sind ▶ Asset-backed Securities und ▶ Mortgage-backed Securities. Diese Wertpapiere werden häufig von Zweckgesellschaften ausgegeben, die allein der Be-

gebung solcher Wertpapiere dienen und deren Vermögen aus den dazu eingebrachten Vermögenswerten besteht.

Verlustschwere (Loss-given Default, LGD)

Die Verlustquote bei Ausfall bemisst das wahrscheinliche Verlustmaß bei einem Ausfall des Geschäftspartners. Sie ist eine Schätzung des Risikopositionsteils in Prozent, der bei einem Ausfallereignis uneinbringlich ist, und stellt daher die Schwere eines Verlusts dar.

W

Wrapped Bond

Schuldverschreibung, die von Dritten versichert oder garantiert wird.

Z

Zielgrößendefinitionen

Nach der Zielgrößendefinition, die sich auf das Ergebnis bezieht, werden bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) in der Zielgrößendefinition des Konzerns unberücksichtigt gelassen, wenn sie keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.

Impressum – Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Publikationen zum Jahresabschluss
Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2011 und dem Finanzbericht 2011, besteht.

- **Jahresbericht 2011**
(in Deutsch und Englisch)
- **Finanzbericht 2011**
(in Deutsch und Englisch)
- **Annual Report 2011 on Form 20-F**
(in Englisch)
- **Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2011**
(in Deutsch und Englisch)
- **Verzeichnis der Beiratsmitglieder**
(in Deutsch)
- **Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2011**
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten:
E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/11

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

Online
Jahresbericht 2011 und
Finanzbericht 2011 im Internet:
www.deutsche-bank.de/11

Einweisung in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsbetrieb der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2012 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.de/ir verfügbar.

2012

26. April 2012

Zwischenbericht zum 31. März 2012

31. Mai 2012

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

01. Juni 2012

Dividendenzahlung

31. Juli 2012

Zwischenbericht zum 30. Juni 2012

30. Oktober 2012

Zwischenbericht zum 30. September 2012

2013

31. Januar 2013

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2012

21. März 2013

Geschäftsbericht 2012 und Form 20-F

30. April 2013

Zwischenbericht zum 31. März 2013

23. Mai 2013

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

24. Mai 2013

Dividendenzahlung

30. Juli 2013

Zwischenbericht zum 30. Juni 2013

29. Oktober 2013

Zwischenbericht zum 30. September 2013